

LUDWIG POHLE

KAPITALISMUS  
UND SOZIALISMUS

VIERTE VÖLLIG NEUGESTALTETE  
UND WESENTLICH ERWEITERTE AUFLAGE  
AUS DEM NACHLASS HERAUSGEGEBEN,  
BEARBEITET UND ERGÄNZT

VON

DR. GEORG HALM  
PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT WÜRZBURG



BERLIN  
VERLAG VON JULIUS SPRINGER  
1931

ISBN-13:978-3-642-89320-9 e-ISBN-13:978-3-642-91176-7  
DOI: 10.1007/978-3-642-91176-7

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten.

Copyright 1931 by Julius Springer in Berlin.

## VORBEMERKUNG DES HERAUSGEBERS.

Das nachgelassene Manuskript der vorliegenden vierten Auflage schien noch zu weit von seiner Vollendung entfernt, als daß sich Freunde und Schüler des Verfassers unmittelbar nach dessen Tode zu so beträchtlichen Eingriffen hätten entschließen können, wie die Veröffentlichung einer unfertigen Arbeit sie erfordert haben würde. Mit der Zeit aber mußte der Wunsch, das große Werk nutzbar und wirksam zu machen, die pietätvollen Bedenken überwinden. Deshalb entsprach ich der Aufforderung, die schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe der Bearbeitung zu übernehmen, obgleich ich nie in irgendeiner persönlichen Beziehung zum Verfasser stand. Bei der Durchsicht der Materialien fand ich den fehlenden Teil des Manuskripts, so daß der wesentlichste Einwand, der gegen die Veröffentlichung geltend gemacht werden konnte, beseitigt ist. Eine ins einzelne gehende Darlegung der Gesichtspunkte, die mich bei der Kürzung, Ergänzung, Umstellung und Änderung leiteten, würde die genaueste Kenntnis des nachgelassenen Manuskriptes voraussetzen. Hier deshalb nur soviel: Die aus verschiedenen Gründen vereinbarte *Kürzung* betrifft hauptsächlich Stellen historischen Charakters. Eine *Ergänzung* war erforderlich zur Ausfüllung von Lücken im Manuskript und zur Verwertung praktischer Erfahrungen und wissenschaftlicher Forschungen aus den fünf Jahren nach dem Tode des Verfassers. Abgesehen von kleineren, im ganzen Text verstreuten Zusätzen sind die Abschnitte über die sozialistische Wirtschaftsrechnung, das russische Experiment und das wirtschaftsdemokratische Programm größtenteils oder ganz von mir geschrieben. Nicht behandelt wurde die gegenwärtige Wirtschaftskrise, da sie entgegen einer weitverbreiteten Anschauung nicht als »Krise des Kapitalismus« aufgefaßt werden kann. Die *Umstellung* vereinigte die Abschnitte, die jetzt im dritten Kapitel zusammengefaßt sind und ursprünglich durch das erste und zweite Kapitel getrennt waren. *Geändert* wurde der Text nur dort, wo der Verfasser aller Wahrscheinlichkeit nach selbst noch manche Formulierung verbessert oder abgemildert haben würde, oder wo dies infolge der sonstigen Umarbeitung sich als notwendig erwies. Um Mißverständnisse

auszuschließen, möchte ich betonen, daß trotz der vorgenommenen Bearbeitung meine eigenen Ansichten sich nicht immer restlos mit denen des Verfassers decken.

Würzburg, im Oktober 1931.

Georg Halm.

## VORWORT ZUR VIERTEN AUFLAGE.

Als durch die politischen Ereignisse des Herbstes 1918 die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus in Deutschland in ein ganz neues Stadium trat, da war meine literarische Absicht zunächst nur darauf gerichtet, in gedrängter Darstellung einen Überblick über die Grundlagen der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung sowie die Leitgedanken der Kritik zu geben, die der Sozialismus an ihnen geübt hat. Das kleine Büchlein, das ich in Ausführung dieses Gedankens im Frühjahr 1919 herausbrachte, wollte allerdings von Anfang an mehr sein als nur eine Gelegenheitsschrift. Es bemühte sich, wenn auch unter Beschränkung auf einige ausgewählte Hauptpunkte, eine tunlichst prinzipielle Auseinandersetzung mit der sozialistischen Gesellschaftskritik zu bieten, die auch unabhängig von den besonderen Verhältnissen des Zeitpunktes ihrer Entstehung Beachtung beanspruchen konnte. Infolgedessen hat in meine Ausführungen nur sehr wenig Aufnahme gefunden, was an die speziellen Zeitumstände bei der Entstehung der Schrift hätte erinnern können und nur aus diesen seine Bedeutung schöpfte.

Die freundliche Aufnahme, die das Büchlein in seiner ersten Form gefunden hat, an der auch die zweite und die dritte Auflage nichts Wesentliches geändert hatten, hat in mir nun den Gedanken reifen lassen, die Beschränkungen, die ich mir bei dem ursprünglichen Charakter der Arbeit notgedrungen auferlegen mußte, fallen zu lassen, und die Darstellung auf eine wesentlich breitere Grundlage zu stellen, sie zu erweitern zu einer zusammenhängenden und die Ergebnisse der bisherigen Arbeit auf diesem Gebiet zusammenfassenden *Auseinandersetzung mit dem nationalökonomischen Gedankengehalt der sozialistischen Theorien im allgemeinen*. Die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus gehört ja zu den wichtigsten Aufgaben, die der nationalökonomischen Wissenschaft überhaupt gestellt sind. Sozialismus und Individualismus — Kapitalismus sind nun einmal die beiden Pole, um die sich das wirtschaftliche Denken der Menschen von jeher bewegt hat und auch in Zukunft wohl immer bewegen wird. So oft die hiermit zusammenhängenden Probleme auch schon erörtert worden sind, jede Generation



hat die Aufgabe, sie von neuem zu durchdenken und aus ihrer besonderen Lage heraus zu ihnen Stellung zu nehmen. Und vor allem gilt es, die Diskussion immer wieder auf die Hauptstreitpunkte zurückzuführen und diese in den Mittelpunkt der Erörterung zu stellen. Wenn ein Thema schon lange diskutiert wird, so ist die Gefahr groß, daß die Diskussion auf Nebengeleise gerät und nicht mehr genügend zwischen dem Wesentlichen und dem Unwesentlichen unterschieden wird. Dieser Gefahr, der auch die deutsche Literatur über den Sozialismus, die seit *Schäffles* »Quintessenz des Sozialismus« vom Jahre 1875 erschienen ist, nicht entgangen ist, will meine Darstellung aus dem Wege gehen. Sie macht den Versuch, in straffer und geschlossener Gedankenführung und unter Beschränkung auf das Wesentliche eine Gegenüberstellung des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems und des Systems, das der Sozialismus an seine Stelle setzen will, vorzunehmen. Ich glaube, daß für eine solche Behandlung des Gegenstandes, auch nachdem in der Zwischenzeit das ausgezeichnete und in seiner Grundauffassung sich vielfach mit den von mir vertretenen Anschauungen berührende Werk von *Ludwig Mises* über »Die Gemeinwirtschaft« (Jena 1922) erschienen ist, noch ein Bedürfnis, insbesondere auch im akademischen Unterricht, vorhanden ist. Im Grunde stehen wir doch trotz der umfangreichen Literatur, die bereits über den Sozialismus existiert, erst in den Anfängen der wissenschaftlichen Behandlung desselben.

Meine Darlegungen wenden sich auch in ihrer neuen erweiterten Form an die weiteren Kreise der Gebildeten. Gerade auch unter den Gebildeten ist die Verwirrung der Ansichten auf dem hier in Frage stehenden Gebiet noch groß. Ein großer Teil von ihnen ist durch das unausgesetzte und von der deutschen akademischen Wissenschaft nur schwach erwiderte Trommelfeuer der sozialistischen Kritik in den letzten Jahrzehnten irregeworden an den Grundlagen der bestehenden Wirtschaftsordnung und weiß nicht recht, wie er in dem Kampfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus Stellung nehmen soll. Von der Wissenschaft ist er bei dem Bestreben, klare Unterlagen für seine Stellungnahme zu gewinnen, ziemlich im Stiche gelassen worden. Jedenfalls ist die deutsche akademische Wissenschaft der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege außer Stande gewesen, eine nationalökonomische Theorie aufzustellen, die in solchen grundlegenden Fragen wie denen nach dem Ursprung des arbeitslosen Einkommens, insbesondere des Zinses, mit einem so einheitlichen und geschlossenen System wie dem des Marxismus und der von ihm vertretenen Ausbeutungstheorie irgendwie die Konkurrenz hätte aufnehmen können. Die jahrzehntelange Vernachlässigung der theoretischen Forschung in der deutschen akademischen Wissenschaft unter dem Einfluß der jüngeren historischen Schule hat in dieser Beziehung die Folgen gehabt, die sie notwendig haben mußte, wie jetzt auch manche

Fachkollegen, die früher anders hierüber dachten, wohl zu erkennen beginnen. So ist es kein Wunder, wenn zahlreiche akademisch Gebildete in Deutschland eine leichte Beute der sozialistischen Theorien geworden sind. Andere sind vor diesem Schicksal wohl nur durch die gesunden Instinkte, die ihnen von Haus aus mitgegeben waren, bewahrt geblieben. Der akademischen Wissenschaft kommt hierbei jedenfalls kein erhebliches Verdienst zu. War sie den theoretischen Irrtümern des Sozialismus zum großen Teil doch selbst verfallen. Kathedersozialismus und jüngere historische Schule sind, von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, meist durch Personalunion verbunden gewesen, und die Lehren, die der Kathedersozialismus in den grundlegenden Fragen der nationalökonomischen Theorie vertrat, waren oft weiter nichts als eine Verdünnung und Verwässerung der theoretischen Grundgedanken des Sozialismus selbst. Wie tief die Hinneigung zum Sozialismus damals innerhalb der deutschen akademischen Wissenschaft war, ließ deutlich die Aufnahme erkennen, die das tapfere Buch von *Julius Wolf* über »Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung« bei seinem Erscheinen im Jahre 1891 fand, die fast einmütige Zurückweisung und Ablehnung, die ihm in den deutschen Fachzeitschriften zuteil wurde, und vor allem der Ton, in dem diese Ablehnung erfolgte. Was mein persönliches Verhältnis zum Sozialismus betrifft, so bekenne ich frei, daß ich die verführerische Kraft der sozialistischen Ideen an mir selbst erfahren habe. Ich bin zum Studium der Nationalökonomie ursprünglich wesentlich mit aus Begeisterung für den Sozialismus gekommen. In dem Jahrzehnt zwischen 1880 und 1890 ging eine so starke sozialistische Welle durch das öffentliche Leben Deutschlands und, wie schon erwähnt, auch durch die deutsche Wissenschaft, daß ein lebhafter jugendlicher Geist sich kaum ihrem Einfluß entziehen konnte. Meine ersten Arbeiten lassen den sozialistischen Einfluß noch deutlich erkennen. Aber zwischen Nationalökonomie und Sozialismus bestehen ähnliche Beziehungen, wie nach einem bekannten Wort das Verhältnis zwischen philosophischen Studien und religiösem Glauben beschaffen sein soll. Oberflächliche Beschäftigung mit der Nationalökonomie, insbesondere mit der nationalökonomischen Theorie, mag allerdings dazu verleiten, die Lehren des Sozialismus und speziell seine Kritik der bestehenden Wirtschaftsordnung für richtig zu halten, tieferes Eindringen in die Theorie dagegen führt nicht zum Sozialismus hin, sondern im Gegenteil von ihm weg. So ist es auch mir ergangen. Mit Hilfe des Studiums der Theorie habe ich den Sozialismus in mir selbst überwunden und ihn als das erkannt, was er in Wahrheit ist, ein falsches Ideal, nicht geeignet, der Menschheit greifbare wirtschaftliche Vorteile zu bieten, sondern nur geeignet, die Entwicklung der Menschheit in verhängnisvolle Bahnen zu leiten. Es sollte mich freuen, wenn durch die innere Entwicklung, die ich selbst

durchgemacht habe, ich dazu berufen wäre, auch anderen ein Helfer bei der Überwindung des Sozialismus zu werden!

In der Gestalt, die das Buch jetzt erhalten hat, soll es zugleich eine Ergänzung zu der »Theoretischen Sozialökonomie« bilden, die mein verehrter Freund *Gustav Cassel* in Stockholm veröffentlicht hat. Die theoretische Sozialökonomie *Cassels* sollte ursprünglich die zweite Abteilung eines Lehrbuchs der allgemeinen Volkswirtschaftslehre darstellen, dessen erste, entwicklungsgeschichtlich-soziologische Abteilung ich zu bearbeiten übernommen hatte. Äußere und innere Gründe haben das Erscheinen dieser 1. Abteilung bisher verhindert, und die theoretische Arbeit *Cassels* ist inzwischen auch in einen anderen Verlag übergegangen und dadurch zu einem völlig selbständigen Werk geworden.

Der Gedanke, der somit in der ursprünglich geplanten Weise nicht zur Ausführung gelangen konnte, findet nun in der Neubearbeitung meines »Kapitalismus und Sozialismus« eine wenigstens teilweise Verwirklichung. *Cassel* hat absichtlich darauf verzichtet, sich mit anderen Auffassungen auseinanderzusetzen, um nicht durch polemische Darlegungen die zusammenhängende Gedankenentwicklung zu stören. Manche haben ihm dieses Verfahren zum Vorwurf gemacht. Indessen kann von einem wirklichen Mangel des *Casselschen* Werkes nicht ernstlich die Rede sein. Aber es erscheint mir ganz nützlich und angebracht, die Arbeit *Cassels* nach der negativen Seite hin zu ergänzen. Gerade in der Nationalökonomie kommt es nicht nur darauf an, die wahren Zusammenhänge im Wirtschaftsleben zu erkennen, sondern auch zu wissen, warum manche, dem oberflächlichen Beobachter sich leicht aufdrängende Auffassungen der wirtschaftlichen Erscheinungen falsch sind und nicht das Wesentliche an ihnen erfassen. Das ist aber gerade das Kennzeichen der sozialistischen Betrachtungsweise des Wirtschaftslebens, daß sie einige an der Oberfläche liegenden Merkmale für das wahre Wesen der wirtschaftlichen Erscheinungen nimmt, ihren tieferen Untergrund aber nicht zu erkennen vermag. Wer zeigen will, inwiefern die grundlegenden theoretischen Aufstellungen *Cassels* vor anderen Deutungen der in Frage stehenden Zusammenhänge den Vorzug verdienen, der wird ganz von selbst zu einer Auseinandersetzung mit dem Sozialismus gedrängt. Denn der landläufige Sozialismus mit seinen vorgefaßten Meinungen ist der Hauptfeind, der der Erkenntnis der Wahrheit auf dem Gebiete der Nationalökonomie heute noch im Wege steht.

Leipzig, Ende 1925.

L. Pohle.

# INHALTSVERZEICHNIS.

	Seite
<b>Erstes Kapitel.</b>	
<b>Die Grundlagen der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung.</b>	
1. Die Hauptbestandteile des Kapitalismus . . . . .	I
2. Die individualistische Wirtschaftsordnung . . . . .	4
3. Die Formen der sozialökonomischen Verfassung des Wirtschaftslebens	11
A. Erwerbswirtschaftliche und konsumgenossenschaftliche Produktionsweise . . . . .	12
B. Kapitalistische Unternehmung und Arbeiterproduktivgenossenschaft	21
<b>Zweites Kapitel.</b>	
<b>Die sozialistische Kritik an der bestehenden Wirtschaftsordnung.</b>	
Einleitung: Die Hauptrichtungen der sozialistischen Kritik . . . . .	33
1. Der Ausbeutungsgedanke . . . . .	36
A. Zur Arbeitswertlehre . . . . .	36
B. Die Stellung des Sozialismus zum Unternehmergeinn . . . . .	43
C. Die Stellung des Sozialismus zum Kapitalzins . . . . .	49
D. Die Stellung des Sozialismus zur Grundrente . . . . .	63
E. Grundsätzliches zur sozialistischen Kritik am arbeitslosen Einkommen	73
2. Der Verelendungsgedanke . . . . .	78
A. Die Verelendungstheorie . . . . .	78
B. Die materielle Lage des Lohnarbeiters im kapitalistischen Wirtschaftssystem . . . . .	86
C. Die Arbeitslosigkeit . . . . .	97
D. Kapitalismus und Arbeitsfreude . . . . .	110
3. Der Gedanke der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Kapitalismus .	122
A. Die sozialistische Kritik an der Organisation des Wirtschaftslebens im kapitalistischen System . . . . .	124
a) Die Überschätzung des möglichen Wachstums der Produktivität und die Verkennung der Stellung des Kleinbetriebes durch den Sozialismus . . . . .	126
b) Die psychischen Faktoren im Wirtschaftsleben und der Sozialismus	139
1. Das Problem der Arbeitsleistung 140. — 2. Das Problem der Betriebsleitung und des technischen Fortschritts 155. — 3. Das Problem der Kapitalbildung . . . . .	165

Inhaltsverzeichnis.

IX

	Seite
B. Die sozialistische Lehre von der Hemmung der Produktion durch die kapitalistische Wirtschaftsverfassung, insbesondere die sozialistische Krisenauffassung . . . . .	168
a) Die sozialistischen Beweise für die Fesselung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus im allgemeinen . . . . .	168
b) Die Entwicklung der sozialistischen Krisenauffassung und die nationalökonomischen Irrtümer der Unterkonsumtionstheorie . . . . .	174
c) Die Widersprüche zwischen der Unterkonsumtionstheorie und den ökonomischen Tatsachen . . . . .	182
d) Zur allgemeinen Beurteilung der Wirtschaftskrisen und ihrer zukünftigen Entwicklung . . . . .	190

Drittes Kapitel.

Das Wesen des Sozialismus und seine Hauptrichtungen.

1. Der naturrechtliche Ursprung des Sozialismus . . . . .	199
2. Die Hauptrichtungen der sozialistischen Gesellschaftsreform . . . . .	208
A. Der Kommunismus . . . . .	221
B. Der Kollektivismus . . . . .	228
C. Die sozialistische Wirtschaftsrechnung . . . . .	237
D. Das russische Experiment . . . . .	244
E. Der dezentralistische Sozialismus (Syndikalismus und Gildensozialismus) . . . . .	264
F. Die halb- und pseudosozialistischen Programme (Genossenschaftssozialismus, Planwirtschaft und Staatssozialismus) . . . . .	276
G. Das freigewerkschaftliche Programm einer »Wirtschaftsdemokratie« . . . . .	295
Schlußbetrachtungen . . . . .	304
Personenverzeichnis . . . . .	307
Sachverzeichnis . . . . .	310

## ERSTES KAPITEL.

DIE GRUNDLAGEN DER GEGEN-  
WÄRTIGEN WIRTSCHAFTSVERFASSUNG.I. DIE HAUPTBESTANDTEILE DES  
KAPITALISMUS.

Es ist unmöglich, das Wesen der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung schon mit einem einzigen Merkmal erschöpfend zu kennzeichnen. Die Wirtschaftsverfassung, die wir Kapitalismus nennen, umfaßt vielmehr sehr Verschiedenartiges, und hier wie so oft in der Wissenschaft hat die wissenschaftliche Arbeit mit einem Zerlegen, einem Trennen des im realen Leben gegebenen komplizierten Sachverhaltes zu beginnen.

Wir wollen drei Hauptbestandteile des Kapitalismus, die zusammen erst sein volles Wesen ausmachen, unterscheiden:

Überall, wo der Kapitalismus zur Entfaltung gelangt ist, herrscht *erstens* eine bestimmte *Wirtschaftsordnung*, oder, anders ausgedrückt, es gilt ein bestimmter oberster Rechtsgrundsatz für das Verhältnis des Staates zum Wirtschaftsleben, nämlich das *individualistische* Rechtsprinzip. Dieses Prinzip besagt: Der Staat überläßt die wirtschaftliche Initiative und damit die Verantwortung für ihre wirtschaftliche Existenz den einzelnen Staatsbürgern. Jedes Mitglied des Gemeinwesens hat selbst für sich und sein Vorwärtskommen zu sorgen. Der Staat erkennt weder ein Recht auf Arbeit und Einkommen bei seinen Bürgern an, noch legt er ihnen auf der anderen Seite eine Arbeitspflicht auf.

Mit der individualistischen Wirtschaftsordnung in diesem Sinne fällt der Kapitalismus aber noch nicht ohne weiteres zusammen. Wenn auch der Kapitalismus sich nur auf dem Boden des individualistischen Rechtsprinzips zu entwickeln vermag, so braucht doch nicht überall da, wo die individualistische Wirtschaftsordnung gilt, auch die kapitalistische Wirtschaftsverfassung uns entgegenzutreten. Der Kapitalismus stellt vielmehr eine besondere Ausgestaltung und Weiterentwicklung des individualistischen Wirtschaftssystems dar, die nur da entstehen kann, wo ganz bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Es muß, um aus dem

individualistischen System die kapitalistische Produktionsweise hervorgehen zu lassen, zunächst *zweitens* eine bestimmte Stufe der *produktionstechnischen Organisation* des Wirtschaftslebens oder, wie wir auch sagen können, ein bestimmter Grad der zwischenwirtschaftlichen *Arbeitsteilung* erreicht sein. Und zwar hat die Entstehung des Kapitalismus zur Voraussetzung, daß in dem Wirtschaftsleben bereits derjenige Grad der Arbeitsteilung herrscht, der als Stufe der modernen Volkswirtschaft oder der Warenproduktion bezeichnet wird <sup>1)</sup>. Das bedeutet: Die einzelnen Wirtschaften beschaffen sich die Mittel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse nicht mehr überwiegend durch Eigenproduktion (Stufe der Hauswirtschaft). Sie beschaffen sich das, was sie aus anderen Wirtschaften brauchen, aber auch nicht mehr hauptsächlich in der Weise, daß Produzent und Konsument in direktem Tauschverkehr miteinander stehen, wie das in der Stadtwirtschaft des Mittelalters der Fall war, in der sich die gewerbliche Tätigkeit schon in großem Umfange von der Hauswirtschaft losgelöst und in den Städten konzentriert hatte. Sondern für die produktionstechnische Organisation des Wirtschaftslebens auf der Stufe der Volkswirtschaft oder der Warenproduktion ist in der ersten Linie die Tatsache kennzeichnend, daß besondere Absatzorganisationen vorhanden sind, um die Verbindung zwischen Produktions- und Konsumtionswirtschaft herzustellen. Die Produkte gehen in großem Umfange erst noch durch andere Wirtschaften hindurch, ehe sie aus der Wirtschaft des Produzenten in die des Konsumenten gelangen, sie befinden sich einige Zeit in der Zirkulationssphäre und werden dadurch zu »Waren«.

Zur Hauptsache ist es der selbständige, mit eigenem Kapital und für eigene Rechnung arbeitende Zwischenhandel, der die nötige Verbindung zwischen Produktion und Konsumtion herstellt, und die Stellung, die der selbständige Zwischenhandel im Wirtschaftsleben einnimmt, ist daher auch eines der für die moderne Wirtschaftsverfassung am meisten charakteristischen Momente. Manche Nationalökonomien wollen sogar in der überragenden Bedeutung, die der Handel in der modernen Wirtschaftsorganisation beansprucht, geradezu schon das charakteristische Merkmal der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung sehen. Der Kapitalismus ist ihnen gleichbedeutend mit einer allenthalben vom Handel durchdrungenen Volkswirtschaft. Bis zu einem gewissen Grade ist diese Auffassung ja schon beim Marxismus zu finden. Nach marxistischer Auffassung besteht der Kapitalismus darin, daß der Handel sich die Produktion unterwirft, daß der Produktionsprozeß zu einem Gliede des Zirkulationsprozesses wird. Ähnlich sagt *F. Tönnies*, der damit die

<sup>1)</sup> In der Einteilung der Stufen der produktionstechnischen Organisation des Wirtschaftslebens schließen wir uns im wesentlichen an die von *K. Bücher* in die Wissenschaft eingeführten Begriffe an.

marxistische Auffassung berichtigen will <sup>1)</sup>: »Das Wesen des Kapitalismus ist das Wesen des Handels, jener ist entwickelter und erstarkter wie erweiterter Handel.«

Diese Auffassung des Kapitalismus ist denn aber doch, wenn ihr auch ein ganz richtiges Empfinden zugrunde liegt, allzu einfach. Die Zusammenhänge des Lebens sind erheblich verwickelter, als sie annimmt. Mit dem Übergang von der Hauswirtschaft zur Volkswirtschaft, von der Eigenproduktion zur Warenproduktion, ist nicht ohne weiteres auch schon der Kapitalismus gegeben. Die Entwicklung der Arbeitsteilung und der gewerblichen Betriebsformen, die sich hinter der Formel: Übergang von der Hauswirtschaft zur Volkswirtschaft, verbirgt, ist vielmehr nur eine Voraussetzung für die Entstehung des Kapitalismus, sie stellt aber diesen noch nicht selbst dar. Wollen wir den Zusammenhang zwischen der Stufe der Warenproduktion und der Ausbildung des Kapitalismus verstehen, so müssen wir von folgenden Erwägungen ausgehen, durch die wir zugleich den *dritten* Hauptbestandteil des Kapitalismus kennen lernen:

In einer Volkswirtschaft, die in bezug auf ihre Wirtschaftsordnung auf dem Boden des individualistischen Rechtsprinzips steht und die in ihrer produktionstechnischen Entwicklung die Stufe der Warenproduktion erreicht hat, sind zwei Produktionsweisen gleich denkbar. Das Risiko der Produktion kann entweder getragen werden von Konsumentenvereinigungen, die für den Bedarf ihrer Mitglieder produzieren, oder aber die Produktion erfolgt auf Rechnung und Gefahr einzelner Produzenten, die für fremden Bedarf arbeiten, um dadurch den eigenen Lebensunterhalt zu gewinnen. Von diesen beiden an sich gleichmöglichen Produktionsweisen beherrscht heute die zweite, die *erwerbswirtschaftliche*, in allen Ländern das Feld. Die erste, die *konsumgenossenschaftliche* Produktionsweise dagegen, hat sich in allen Ländern nur einen bescheidenen Platz zu erobern vermocht. Der Erwerbstrieb, nicht die Konsumgenossenschaft oder der Genossenschaftssozialismus, ist zur Hauptsache der Organisator des modernen Wirtschaftslebens geworden.

Die Erwerbswirtschaft tritt uns heute, wo der Großbetrieb für die Organisation der Arbeit auf den Hauptgebieten der gewerblichen Produktion bestimmend geworden ist, überwiegend aber wieder in einer ganz besonderen Form entgegen. Wo heute eine vielköpfige Schar in einer Erwerbswirtschaft für die Produktion vereinigt ist, da sind regelmäßig nicht alle in ihr Erwerbstätigen gleichmäßig an der Tragung des Risikos der Produktion beteiligt. Der normale Zustand ist vielmehr der: ein einzelner oder einige wenige haben die Tragung des Risikos für alle übernommen. Nur dieser eine hängt mit der Vergütung für seine eigene Ar-

---

<sup>1)</sup> *Marx'* Leben und Lehre. Berlin 1921.



beitsleistung und für das Sachvermögen oder Kapital, das er in den Betrieb gesteckt hat, von den schwankenden Erträgen der Erwerbswirtschaft ab. Für ihn ergibt sich ein Einkommen erst, wenn die Erwerbswirtschaft einen Überschuß, einen Reingewinn abgeworfen hat. Die anderen Personen dagegen, die sonst noch mit ihrem Kapital oder ihrer Arbeitskraft beteiligt sind, haben ohne Rücksicht hierauf Anspruch auf Entschädigung, die einen auf eine feste Verzinsung des von ihnen gestellten Kapitals, die anderen auf eine entweder der aufgewandten Zeit oder dem geleisteten Werk entsprechende Bezahlung ihrer Arbeitsleistung. Diejenigen, die in dieser Weise das Risiko der Produktion für andere übernehmen, nennen wir *Unternehmer*, und eine Erwerbswirtschaft, die in ihrer inneren Verfassung der eben entworfenen Schilderung entspricht, eine *Unternehmung*.

Individualistische Wirtschaftsordnung, Warenproduktion, erwerbswirtschaftliche Produktionsweise und Unternehmung sind die Komponenten der Wirtschaftsverfassung, die gegenwärtig in fast allen Ländern europäischer Kultur die Vorherrschaft besitzt. Da man eine soziale Einrichtung erst dadurch richtig kennenlernt, daß man neben sie dasjenige soziale System stellt, das außer ihr denkbarerweise auf dem fraglichen Gebiet herrschen könnte, so wollen wir hier der individualistischen Wirtschaftsordnung die sozialistische, der erwerbswirtschaftlichen Produktionsweise die konsumgenossenschaftliche und der Unternehmung die Arbeiterproduktivgenossenschaft gegenüberstellen <sup>1)</sup>).

## 2. DIE INDIVIDUALISTISCHE WIRTSCHAFTS- ORDNUNG.

Alle denkbaren Rechtsordnungen des Wirtschaftslebens lassen sich auf zwei Grundformen zurückführen: individualistische und sozialistische Wirtschaftsordnungen. Dadurch entsteht die Frage, worin das eigentlich unterscheidende Merkmal zwischen Individualismus und Sozialismus liegt und weshalb wir die gegenwärtige Wirtschaftsordnung eine individualistische nennen.

Die einen, die Anhänger des Sozialismus, sagen, weil in ihr die Institution des individuellen Privateigentums gilt. Die anderen, die Mitglieder der bürgerlichen Parteien, antworten, weil in ihr freie Konkurrenz, überhaupt weitgehende wirtschaftliche Bewegungsfreiheit des Individuums herrscht. Jeder Staatsbürger kann selbst bestimmen, wo und wie er seine Arbeitskraft und seinen Besitz an sachlichen Produktionsmitteln ver-

<sup>1)</sup> Von einem Vergleich der Stufe der Warenproduktion mit den Stufen der Eigenproduktion und Kundenproduktion kann hier abgesehen werden, da ihm unter modernen Verhältnissen nur historische Bedeutung zukommt.

werten will. Es herrscht Freizügigkeit, freie Berufswahl, Freiheit der Personenverbindungen zu wirtschaftlichen Zwecken, insbesondere auch Koalitionsfreiheit usw.

Diese beiden Antworten auf die Frage, warum die gegenwärtige Wirtschaftsordnung als eine individualistische zu bezeichnen ist, sind nun zwar nicht falsch, aber sie sind, jede für sich genommen, unvollständig und treffen nicht das Wesentliche.

Als individualistisch sind die heute geltenden Rechtsordnungen vielmehr deshalb zu bezeichnen, weil das oberste Rechtsprinzip, das heute für das Verhältnis des Staates zum Wirtschaftsleben maßgebend ist, das der *wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit der einzelnen* ist. Die Einzelbürger haben selbst die Verantwortung für ihre wirtschaftliche Existenz und ihr Vorwärtskommen zu tragen, nicht etwa aber nimmt der Staat den einzelnen diese Sorge ab, indem er ihnen von vornherein ihre wirtschaftliche Existenz garantiert. Der Staat setzt das Wirtschaftsleben überhaupt nicht von sich aus in Gang, er nimmt nicht eine zentralistische Leitung der Produktion für sich in Anspruch, er erwartet vielmehr, daß alles, was nötig ist, um die Versorgung der Bürger mit den Gegenständen ihres Bedarf sicherzustellen, also Güterproduktion, Gütertausch, Überlassung von Boden, Kapital und Arbeit an andere, sich durch freie EntschlieÙungen der einzelnen vollzieht. Das ganze Verhalten des Staates zum Wirtschaftsleben bei diesem Rechtssystem ist mehr passiv gewähren lassend, als aktiv eingreifend und treibend. Insbesondere übt der Staat in der individualistischen Wirtschaftsordnung keinen Zwang zur Arbeit aus. Wenn heute der einzelne arbeitet, so tut er es nicht auf Grund staatlicher Vorschrift, sondern aus rechtlich freier EntschlieÙung, gezwungen nur durch den Druck wirtschaftlicher Verhältnisse und um seinem Leben einen befriedigenden Inhalt zu geben.

Da, wo der Rechtsgrundsatz der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit des einzelnen gilt, da sind Erfolg oder Mißerfolg der ökonomischen Betätigung immer von jedem Bürger selbst zu tragen. Jeder ist auf sich selbst gestellt und selbst seines Glückes Schmied. Lächelt ihm das Glück, so kann er den Gewinn für sich allein behalten, erleidet er Verluste, so kann er nicht den Staat dafür haftbar machen. Nur wenn und solange die körperlichen und geistigen Kräfte des einzelnen zu schwach sind, sich selbst und den Angehörigen, für die er nach dem Gesetz zu sorgen hat, das Dasein zu fristen, tritt die öffentliche Armenpflege helfend und unterstützend ein. Nach dem Recht der meisten Kulturstaaten geschah das bisher aber auch nicht etwa im Sinne eines Rechtsanspruchs, den der Verarmte selbst gegen den Staat geltend machen konnte, sondern in Ausübung einer öffentlich-rechtlichen Pflicht.

Wenn wir diese Wirtschaftsordnung die »individualistische« nennen, so ist das freilich, näher betrachtet, kein das Wesen der Sache ganz richtig

bezeichnender Ausdruck. Wie die chemischen Körper nicht unmittelbar aus Atomen gebildet sind, sondern aus Atomen, die in bestimmter Weise zu Molekülen gruppiert sind, so ist die eigentliche Einheit unseres sogenannten individualistischen Gesellschaftssystems nicht das Individuum, sondern die *Familie*, also die nach Blutsverwandtschaft in bestimmter Weise gruppierten Individuen. Diese Tatsache kommt in den Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre meist etwas kurz weg, aber doch ist sie die für das richtige Verständnis unserer Wirtschaftsordnung eigentlich entscheidende Tatsache. Nicht der einzelne ist für sich selbst wirtschaftlich verantwortlich, sondern die Familie hat für ihre Glieder zu sorgen, und nicht dem einzelnen gehört, was er erwirbt, sondern er erwirbt es für die, die durch die Bande der Familie mit ihm zusammenhängen. Die Familie schiebt sich überall als Zwischenglied zwischen den einzelnen und den Staat, und zwar als Zwischenglied, das vor dem Staate den Vorrang beanspruchen kann. Das zeigen ja deutlich die Bestimmungen unseres Erbrechts. Wer stirbt, ohne ein Testament hinterlassen zu haben, dessen Besitztümer fallen nicht dem Staate zu, sondern seine Verwandten haben nach dem Gesetz ein Anrecht auf das hinterlassene Vermögen, und auch wer über seine Hinterlassenschaft testamentarisch verfügt, kann, wenn er eine Frau und Kinder hinterläßt, nicht völlig frei über sein Vermögen verfügen, sondern die nächsten Verwandten können mindestens ihre Pflichtteile beanspruchen. Diese Bestimmungen des Erbrechts, wie sie mit kleinen Modifikationen bei allen Völkern europäischer Kultur sich finden, sind ein klarer Hinweis, wie nicht der einzelne sondern die *Familie* die Grundlage der Gesellschaftsorganisation ist. Es ist darum auch nicht zutreffend, wenn man den Egoismus als die bewegende Kraft unserer Wirtschaftsordnung bezeichnet, woraus dann mit Vorliebe die Annahme einer sittlichen Minderwertigkeit der heutigen Wirtschaftsordnung abgeleitet wird. Nicht der Egoismus der einzelnen, sondern eine gewisse Art des Altruismus spielt diese Rolle, allerdings ein Altruismus, der sich nur auf einen bestimmten Personenkreis beschränkt, diejenigen nämlich, die unserem Herzen durch die Bande des Bluts am nächsten stehen. Wer den Egoismus als den psychischen Motor unseres Wirtschaftslebens hinstellt, der muß jedenfalls immer dessen sich bewußt bleiben: nicht der Individual egoismus, sondern der Familien egoismus erfüllt diese wichtige Funktion.

Wo nun der Staat die einzelnen, genauer also nach dem Gesagten die Familien, die Verantwortung für ihre wirtschaftliche Lage selbst tragen läßt, da folgt daraus notwendig die Anerkennung weiterer Rechtsinstitutionen. Wenn das Wirtschaftsleben auf der Grundlage des individualistischen Rechtsprinzips in glatten und geordneten Gang kommen soll, wenn bei den einzelnen die vom Staate stillschweigend vorausgesetzte Bereitwilligkeit herrschen soll, auf dieser Basis zu produzieren und

in Gütertausch zu treten, dann muß der Staat unbedingt einmal das Institut des *privaten Eigentums* anerkennen, d. h. er muß die einzelnen in ihren wohl erworbenen Eigentumsrechten schützen, und zum anderen, er muß ihnen grundsätzlich *Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung* gewähren. Privateigentum und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit sind notwendige Folgerungen aus dem individualistischen Rechtsprinzip. Die individualistische Wirtschaftsordnung kann ohne sie auf die Dauer nicht bestehen.

Der Gedanke von der Unentbehrlichkeit des Privateigentums für die heutige Wirtschaftsordnung hat manchmal einen etwas eigentümlichen Ausdruck gefunden. Man hat von der »Heiligkeit des Privateigentums« gesprochen und wohl gar verlangt, der Institution des Privateigentums sei ein besonderer strafrechtlicher Schutz gegen literarische Angriffe zu gewähren. Solche Anschauungen haben auf sozialistischer Seite nicht ohne Grund lebhaften Anstoß erregt. Es ist aber doch nicht schwer zu erkennen, welcher an sich durchaus zutreffende Gedanke mit dieser wenig glücklichen Formulierung zum Ausdruck gebracht werden soll. Hinter der ungeschickten Behauptung von der Heiligkeit des Eigentums verbirgt sich im Grunde nur die richtige Erkenntnis, daß der Schutz des Privateigentums nicht um der einzelnen Eigentümer willen notwendig ist, sondern daß er in der heutigen Wirtschaftsordnung um der Volksgesamtheit willen unentbehrlich ist. Ohne die Erfüllung dieser Vorbedingung ist die Aufrechterhaltung eines geordneten Wirtschaftslebens, zumal in einem Zustande mit Arbeitsteilung und Tauschverkehr, ein Ding der Unmöglichkeit. Wird die Sicherheit des Privateigentums in Frage gestellt — und das kann nicht nur durch Raub und Plünderung, sondern auch durch konfiskatorische Maßnahmen geschehen, die sich in scheinbar geordneten Formen vollziehen; man denke an die Wirkungen, welche die Wirtschaftspolitik der Jakobinerregierung in Frankreich nach der klassischen Schilderung von Taine gehabt hat! —, so droht regelmäßig eine für alle Klassen der Bevölkerung gleich verhängnisvolle Lähmung den ganzen Wirtschaftskörper zu befallen<sup>1)</sup>. Der Erkenntnis

---

<sup>1)</sup> Dies bestätigt auch die Entwicklung des sog. »privatwirtschaftlichen Sektors« (Landwirtschaft, Kleinindustrie, privater Handel) nach Einführung der neuen ökonomischen Politik in Sowjetrußland. Die produktiven Auswirkungen der Zulassung eines freien erwerbswirtschaftlichen Markttausches wurden alsbald dadurch erstickt, daß es an jeglicher Rechtssicherheit fehlte. Der kommunistische Staat will »von subjektiven Rechten seiner Bürger, von Garantien des Eigentums und der Persönlichkeit nichts wissen«. Das System der Diktatur definierte Lenin als »eine Macht, die keine Beschränkungen kennt, die durch keine Gesetze, sogar von ihr selbst veröffentlichte, und absolut keine Regeln beschränkt ist, die sich ausschließlich auf Zwang stützt«. Damit ist natürlich einer kapitalistischen Entwicklung die Grundlage entzogen. Dies aber war gerade die Absicht der Sowjetregierung, nachdem man mit Hilfe der neuen ökonomischen Politik die ernstesten Schwierigkeiten

von der gewaltigen sozialen Bedeutung des Privateigentums in diesem Sinne haben sich auch einsichtige Sozialisten nicht verschließen können. So schreibt einmal *Eduard Bernstein*:

»Wenn die Revolutionen von 1648, 1789, 1848 Eile nahmen, die Sicherheit des Eigentums zu proklamieren, so war das nicht lediglich Folge bürgerlicher Beschränktheit oder eines hochgradigen Eigentumskultus. Sie alle waren ja mit mehr oder weniger weitreichenden Eingriffen in das überlieferte Eigentum verbunden. Es sprach aus diesen Proklamationen, Menschenrechtserklärungen, Verfassungsbestimmungen zugleich die Erkenntnis, daß auf dem gegebenen Stand der Wirtschaftsentwicklung Sicherheit des anerkannten Eigentums unerläßliche Bedingung eines gedeihlichen Fortgangs der Wirtschaft war. Wie sehr entwicklungsfeindlich Unsicherheit des Eigentums wirkt, zeigt die Geschichte der orientalischen Völkerschaften. Auch waren in den europäischen Revolutionen die Epochen, wo nicht bloß bestimmtes Eigentum, sondern das Eigentum schlechweg generell gefährdet war oder erschien, Epochen geschäftlicher Stagnation und damit verbundener Notstände, die das Eintreten der Reaktion beschleunigten.«

Länger anhaltende Rechtsunsicherheit droht vor allem denjenigen Streik über die Volkswirtschaft heraufzubeschwören, den Bismarck einmal als den gefährlichsten aller Streiks bezeichnet hat, den Streik der Unternehmer. Darunter ist nicht zu verstehen, daß die Unternehmer ihre Betriebe stilllegen, sondern es bedeutet nur: die Neigung der Unternehmer, neue Betriebe zu gründen und bestehende zu erweitern, hört auf. Das muß aber in kürzester Frist für das ganze Wirtschaftsleben verhängnisvoll werden. Man darf ja nie vergessen: die Volkswirtschaft ist etwas, was fortwährend wachsen muß. Genau so wie die Bevölkerung beständig zunimmt, muß beständig auch am Gebäude der Volkswirtschaft ein Flügel nach dem anderen angebaut, und müssen neue Stockwerke auf die schon vorhandenen aufgesetzt werden. Tritt einmal in diesem Prozeß der beständigen Ausdehnung der Produktion eine Stokung ein, so stellen sich sofort die verhängnisvollsten sozialen und wirtschaftlichen Folgen ein. Vor allem nimmt dann die Arbeitslosigkeit rapid zu; es wird aber auch bald Wohnungsnot eintreten, weil niemand mehr Lust hat, sein Kapital an den Bau von Häusern zu wagen.

Unsicherheit des Privateigentums, wozu auch Ankündigung weitgehender Sozialisierungsmaßnahmen, und zwar vielleicht gar ohne Ent-

---

überwunden hatte. Es ist anzunehmen, daß man sich dieses Mittels zur Überwindung von Wirtschaftskatastrophen ein zweites Mal nicht wird bedienen können, nachdem das Vertrauen einmal gebrochen wurde.

Vgl. die Ausführungen von *Boris Brutzkus* über »Die Sowjetwirtschaft, ihr Wesen und ihre neuere Entwicklung« im holländischen *Economist*, Jahrgang 1929, S. 530 bis 531.

schädigung oder wenigstens ohne angemessene Entschädigung der Vorbesitzer gehört, muß also stets sozial gefährliche Zustände im Wirtschaftsleben nach sich ziehen, und zwar Zustände, denen der Staat mit seinen Machtmitteln hilflos gegenübersteht, da er doch niemanden dazu zwingen kann, Unternehmer zu werden. Man rüttelt eben in der individualistischen Wirtschaftsordnung nicht ungestraft an der Institution des Privateigentums.

Außer dem Privateigentum ist für die individualistische Wirtschaftsordnung grundsätzlich auch *wirtschaftliche Bewegungsfreiheit* unentbehrlich. Der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit der einzelnen hat naturgemäß auf der anderen Seite das Recht zu entsprechen, ihre wirtschaftliche Tätigkeit frei nach ihrem Ermessen zu gestalten. In der individualistischen Wirtschaftsordnung gilt daher grundsätzlich regelmäßig wirtschaftliche Bewegungsfreiheit für die einzelnen. Diese grundsätzliche Bewegungsfreiheit schließt allerdings nicht aus, daß der Staat an zahlreichen Stellen Schranken für die Bewegungsfreiheit seiner Bürger aufrichtet, daß er ihr wirtschaftliches Handeln unter allerlei einengende Vorschriften stellt. Es läßt sich sogar ohne weiteres sagen: Es hat noch nie in der Geschichte eine individualistische Wirtschaftsordnung gegeben, die gänzlich ohne Beschränkungen der ökonomischen Freiheit ausgekommen wäre, in der der Staat sich von jeder Einmischung in das Wirtschaftsleben zurückgehalten hätte. Aber das Maß der staatlichen Einmischung kann dabei allerdings ein sehr verschiedenes sein, und wir stoßen hier auf den Punkt, in dem die individualistischen Wirtschaftsordnungen in der Geschichte und im Leben sich hauptsächlich voneinander unterscheiden. Stets bleibt dabei aber doch der Satz bestehen, daß mit dem individualistischen Rechtsprinzip grundsätzlich wirtschaftliche Freiheit verbunden ist. Denn das bedeutet nur: die Freiheit gilt überall da, wo sie nicht durch Vorschriften des Gesetzgebers ausdrücklich aufgehoben oder eingeschränkt ist. Und insbesondere hat in dem individualistischen Rechtssystem das Individuum regelmäßig auf zwei wichtigen Gebieten große Bewegungsfreiheit. Zur richtigen Beurteilung der Rechtsordnungen des Wirtschaftslebens ist es notwendig, diese beiden Richtungen der wirtschaftlichen Freiheit, denen eine ganz grundlegende Bedeutung zukommt, immer mit im Auge zu behalten. Denn ebenso wie andere freiheitliche Einrichtungen nehmen wir sie leicht als etwas Selbstverständliches hin und werden uns ihrer gar nicht klar bewußt. Die Freiheit, die wir im gesellschaftlich-staatlichen Leben genießen, sind wir für gewöhnlich ebensowenig geneigt zu beachten wie die Luft, die wir einatmen; wir setzen ihr Vorhandensein als etwas Selbstverständliches voraus. Die Freiheit ist ja ihrer Natur nach etwas Negatives, die Abwesenheit von Zwang. Wir fangen daher regelmäßig erst an, sie schätzen

zu lernen und sie überhaupt oft erst gleichsam zu entdecken, wenn sie uns verloren geht, wenn wir auf sie verzichten sollen.

Von den beiden wirtschaftlichen Freiheitsrechten, die für die individualistische Wirtschaftsordnung von grundlegender Bedeutung sind und in ihr regelmäßig in einem Umfange bestehen, von dem erst noch zu prüfen ist, ob er in einem anderen Rechtssystem auch nur annähernd in gleicher Weise durchführbar ist, ist das eine die *Freiheit des Konsums*. Die Freiheit des Konsums besagt, jeder kann selbst bestimmen, wie er sein Einkommen verwenden und was er verbrauchen will. Mit souveräner Freiheit kann der Konsument heute darüber entscheiden, auf welche Waren er seine Nachfrage richten und wieviel er für jede Ware anlegen will. Der Staat enthält sich aller Eingriffe in die Bedarfsbildung und die Einkommensverwendung. Die *Freiheit des Konsums*, wie sie heute besteht, *ist insbesondere auch gleichbedeutend mit dem Verzicht, die Nachfrage durch andere Mittel zu regeln als durch den Druck der Preisbildung*, durch das Auf und Ab der Preise. Auch in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung muß ja irgendwie dafür gesorgt sein, daß die Nachfrage in Übereinstimmung mit den auf allen Gebieten nur knapp vorhandenen Warenvorräten gehalten wird. Das geschieht aber eben heute normalerweise nur durch die Bewegung der Preise, nur durch den Druck, den das Höhergehen der Preise auf die Nachfrage ausübt. Die Konsumenten werden dadurch gezwungen, ihre Nachfrage einzuschränken oder unter Umständen sogar ganz einzustellen. Der Staat dagegen verzichtet seinerseits darauf, wenigstens in gewöhnlichen Zeiten, die Nachfrage durch direkte Vorschriften zu beschränken und dadurch dem knappen Angebot anzupassen. Eine solche Rationierung des Konsums, wie wir sie während des Krieges auf zahlreichen Gebieten in Gestalt von Brot-, Zucker-, Kartoffel-, Fleisch-, Butter-, Seifen- und anderen Karten, in Form von Kleider- und Wäschebezugsscheinen usw. einzuführen genötigt waren, empfinden wir als etwas, was eigentlich dem Wesen der individualistischen Wirtschaftsordnung fremd ist, was nicht in ihren normalen Zustand hineingehört, und von der Bevölkerung daher auch nur widerwillig ertragen wird. Eben deshalb wurden ja diese Einrichtungen als »Kriegssozialismus« bezeichnet. Für gewöhnlich wird eben in der individualistischen Wirtschaftsordnung die Nachfrage lediglich durch den Druck der Preisbildung reguliert. Das ist es, was wir unter Freiheit des Konsums in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung hauptsächlich zu verstehen haben: Herstellung der notwendigen Übereinstimmung zwischen den immer nur knapp vorhandenen Vorräten und der an sich stets unbegrenzten Nachfrage nicht durch direkte staatliche Rationierungsmaßnahmen, sondern lediglich durch den Druck der Preisbildung.

Mit der Freiheit des Konsums korrespondiert in der individualistischen Wirtschaftsordnung regelmäßig zweitens *Freiheit der Produktion und*

*der Arbeit.* Dieses zweite wirtschaftliche Grundrecht des Individuums in der heutigen Wirtschaftsordnung bedeutet: Jeder kann selbst frei, vom Staate unbeeinflusst, entscheiden, in welchem Berufe, an welchem Orte, in welchem Betriebe er eine Arbeitsstelle annehmen und wie lange er in ihr bleiben will. Wie überhaupt niemand rechtlich zur Arbeit gezwungen ist, so steht es jedem auch frei, auf welchem Gebiete er sich mit seiner Arbeitskraft sowie auch seinem etwaigen Besitz an Sachgütern an der Produktion beteiligen will. Es herrscht eine weitgehende Arbeits- und Unternehmungsfreiheit. Wie empfindlich die Bevölkerung gegen Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit gerade auf diesem Gebiete reagiert, das ließ die Unbeliebtheit deutlich erkennen, der die Bestimmungen des Hilfsdienstpflichtgesetzes mit ihren Beschränkungen der Freiheit des Stellenwechsels in der deutschen Arbeiterschaft sehr bald begegneten. Es gehörte darum mit zu den ersten Handlungen der neuen Regierung nach der Revolution, daß sie, den Wünschen der Arbeitermassen entsprechend, das Hilfsdienstgesetz wieder aufhob.

Unternehmungs- und Arbeitsfreiheit sowie Freiheit des Konsums bedingen sich in der heutigen Wirtschaftsordnung gegenseitig. Wenn der Konsum nicht durch staatliche Vorschriften, sondern nur durch das indirekte Mittel der Preisbildung geregelt wird, im übrigen aber völlig frei nach jeder Richtung sich entwickeln kann, so ist unbedingtes Erfordernis, daß zugleich auch Produktions- und Arbeitsfreiheit herrschen. Sonst besitzt die Produktion nicht die Möglichkeit, der Entwicklung des Konsums sich rasch anpassen zu können.

### 3. DIE FORMEN DER SOZIALÖKONOMISCHEN VERFASSUNG DES WIRTSCHAFTSLEBENS.

Die Entwicklung der Arbeitsteilung ist, wie schon einmal angedeutet wurde, noch nicht gleichbedeutend mit der Entstehung des Kapitalismus. Die Formen der produktionstechnischen Organisation des Wirtschaftslebens und insbesondere auch die Entwicklungsstufen der Arbeitsteilung stehen den Rechtsordnungen des Wirtschaftslebens vielmehr zunächst und an sich neutral gegenüber. Die einzelnen produktionstechnischen Organisationsformen können uns je nachdem als Bestandteile sowohl einer individualistischen wie einer sozialistischen Wirtschaftsordnung entgegentreten. Das Wesen einer Fabrik z. B. bleibt dasselbe, gleichviel, ob sie ihre Produktion innerhalb eines individualistischen oder eines sozialistischen Gesellschaftssystems betreibt. Eine Fabrik ist eben nicht ohne weiteres und notwendig immer zugleich eine kapitalistische Unternehmung, wie sich das die vulgäre und manchmal leider auch die wissenschaftliche Betrachtungsweise vorzustellen pflegt,



sondern sie ist zunächst nur eine reine Produktionsanstalt, in der eine größere Zahl von Arbeitern im Dienste der gewerblichen Produktion nach einem bestimmten Organisationsprinzip vereinigt ist. Die produktionstechnischen Organisationsformen des Wirtschaftslebens sind also zunächst ein Kapitel ganz für sich, sie können in Verbindung mit verschiedenen Rechtsordnungen auftreten.

### A. Erwerbswirtschaftliche und konsumgenossenschaftliche Produktionsweise.

Auch wenn sich die Entwicklung der Arbeitsteilung auf dem Boden des individualistischen Rechtsprinzips vollzieht, tritt damit doch nicht ohne weiteres das ins Leben, was man im engeren Sinne Kapitalismus nennt. Der Kapitalismus entsteht vielmehr erst dadurch, daß sich das individualistische Rechtsprinzip im wesentlichen mit der *erwerbswirtschaftlichen* und nicht mit der *konsumgenossenschaftlichen* Produktionsweise verbindet.

Was heißt das zunächst, wenn wir innerhalb der individualistischen Wirtschaftsordnung von erwerbswirtschaftlicher und konsumgenossenschaftlicher Produktionsweise sprechen? Um den Gegensatz, um den es sich hier handelt, zu verstehen, müssen wir von folgenden Erwägungen ausgehen. Mit jeder Produktion ist notwendig stets eine gewisse Verlustgefahr verknüpft. Die Produktion kann einmal *technisch* mißlingen. Aus den Rohstoffen und den Arbeitsleistungen, die man bei der Produktion eingesetzt hat, entsteht nicht das fertige Erzeugnis, das man eigentlich begehrte, oder zum wenigsten entspricht die erzeugte Menge oft nicht den Erwartungen, die man berechtigterweise hegen konnte. Das letztere ist ja ein Schicksal, das dem Landwirt sehr oft zustoßt. Aber auch wenn die Produktion technisch tadellos gelingt, kann sie, sobald es eine Produktion für fremden Bedarf ist, *wirtschaftlich* fehlschlagen. Die Produkte finden, wenn sie die Werkstätte verlassen, nicht mehr den erwarteten Absatz, oder der Konsument ist wenigstens nicht bereit, für sie einen Preis zu zahlen, der den aufgewendeten Kosten entspricht.

Das Risiko, das mit jeder Produktion untrennbar verknüpft ist, wird nun in der individualistischen Wirtschaftsordnung nicht von der Gesamtheit, sondern von einzelnen Privaten getragen. Daß nicht die Gesamtheit es trägt, sondern der einzelne, das entspricht eben dem in ihr herrschenden Grundsatz der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit der Bürger. Zur Tragung des Risikos der Produktion kann die individualistische Wirtschaftsordnung aber wieder in doppelter Weise organisiert sein. Die Privaten, die das Risiko der Produktion

tragen, können entweder sein einzelne Produzenten, die auf eigene Rechnung und Gefahr für fremden Bedarf Waren oder Leistungen herstellen, oder es können sein Vereinigungen von Konsumenten, die in selbsterrichteten Betrieben für den Bedarf ihrer Mitglieder produzieren lassen. Darauf beruht die Unterscheidung zwischen erwerbswirtschaftlicher und konsumgenossenschaftlicher Produktionsweise. Diese Ausdrücke bezeichnen die beiden großen Möglichkeiten zur Organisation des Wirtschaftslebens, zwischen denen die individualistische Wirtschaftsordnung noch die Wahl läßt. Es heißt die Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Produktionsweise, wie sie vor allem durch die heutigen Konsumvereine vertreten wird, sehr verkennen, wenn man in ihr nur ein Mittel neben vielen anderen sieht, um die Lage der Lohnarbeiter in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung etwas zu verbessern. Die Konsumgenossenschaft bedeutet, darin haben die Anhänger der Genossenschaftsbewegung vollkommen recht, ihrem Wesen nach im Grunde unendlich viel mehr. Sie stellt einen Versuch dar, auf dem Boden des individualistischen Rechtsprinzips selbst die Entwicklung zum Kapitalismus aufzuhalten und umzubiegen, das Wirtschaftsleben von solchen Erscheinungen wie der »Profitsucht« zu befreien, um derentwillen der Kapitalismus zum großen Teil bekämpft wird. Insofern hat die Konsumgenossenschaftsbewegung viel Verwandtes mit dem Sozialismus. Sie will, wenn auch mit ganz anderen Mitteln wie der Sozialismus, denn sie läßt den Staat außer dem Spiel, etwas Ähnliches erreichen wie dieser, und sie wird ja darum auch gern als »Genossenschaftssozialismus« bezeichnet. Die extremen Sozialisten freilich lassen den Genossenschaftssozialismus nur als einen Surrogatsozialismus von sehr fragwürdiger Beschaffenheit gelten.

In der Tat sind auch die Unterschiede zwischen erwerbswirtschaftlicher und konsumgenossenschaftlicher Produktionsweise außerordentlich groß und tiefgehend. Die treibende Kraft der erwerbswirtschaftlichen Produktionsweise ist das *Streben nach Gewinn*. Bei ihr fällt den selbständigen Produzenten, die das Risiko der Produktion tragen, der ganze Überschuß der Produktion über die aufgewandten Kosten zu. Darin liegt die große wirtschaftliche Stärke der erwerbswirtschaftlichen Produktionsweise, unter Umständen aber auch eine gewisse moralische Schwäche. Denn es entsteht dadurch auch die Versuchung, den Gewinn durch Anwendung moralisch bedenklicher Mittel zu vergrößern. Bei der konsumgenossenschaftlichen Produktionsweise dagegen ist die Möglichkeit ausgeschlossen, daß jemand an der Befriedigung des Bedarfs anderer Personen einen Gewinn macht. Die konsumgenossenschaftliche Produktionsweise ist sozusagen immer eine Bedarfsdeckung zum *Selbstkostenpreis*. Gelingt es, die Produktion zu verbilligen, so muß der Nutzen hiervon stets den genossenschaftlich organisierten Abnehmern

zufallen. Bei einer Konsumgenossenschaft können eigentlich überhaupt nie Gewinne gemacht, sondern nur Ersparnisse erzielt werden.

Als die schon angedeutete Entwicklung einsetzte, die zur Loslösung von immer mehr gewerblichen Arbeitsgebieten von der Hauswirtschaft führte, da war das Wirtschaftsleben gleichsam vor die Wahl gestellt, ob es den Weg der erwerbswirtschaftlichen oder aber den der konsumgenossenschaftlichen Produktionsweise gehen wolle. Nach kurzem Zögern hat es sich für die erwerbswirtschaftliche Produktionsweise entschieden. Und auch das Aufkommen der Konsumvereine im 19. Jahrhundert hat an der Vorherrschaft, die der Erwerbswirtschaft zugefallen war, nichts Wesentliches mehr ändern können. Die von Konsumgenossenschaften errichteten Betriebe stellen auch da, wo die Konsumvereine die stärkste Entwicklung aufzuweisen haben, wie in Großbritannien und Deutschland, nur kleine Inseln in dem großen Ozean des von dem Erwerbstrieb organisierten Wirtschaftslebens dar.

Der Vorsprung, den die erwerbswirtschaftliche Produktionsweise vor der konsumgenossenschaftlichen besitzt und in der individualistischen Wirtschaftsordnung auch stets behalten wird — in der sozialistischen gibt es den Gegensatz zwischen Konsumgenossenschaft und Erwerbswirtschaft überhaupt nicht mehr —, ergibt sich schon aus der Natur der Aufgabe, die der Produktion in jeder individualistischen Wirtschaftsordnung gestellt ist. Die Aufgabe, welche die Produktion hier beständig von neuem zu lösen hat, besteht ja darin, einem *frei sich bildenden Bedarfe* sich anzupassen. Mit souveräner Freiheit kann der Konsument, wie wir wissen, in der heutigen Wirtschaftsordnung darüber entscheiden, welchen Produkten er seine Nachfrage zuwenden und wie hoch er mit den Preisen für die einzelnen Produkte gehen will. Und nichts hindert ihn auch, die Richtung der Nachfrage und die Höhe des Werts, den er einer Ware beilegt, schnell wieder zu ändern. Dem modernen Kulturmenschen schreibt ja nicht mehr wie dem Bürger und Bauer früherer Jahrhunderte die Sitte vor, wie er sich zu kleiden hat, wie er sich seine Wohnung einzurichten und sein ganzes häusliches Leben zu gestalten hat. Auf immer mehr Gebieten emanzipiert er sich von den früheren feststehenden Gewohnheiten in dieser Hinsicht, und auf immer mehr Gebieten behält er sich dabei bis zum letzten Augenblick die Freiheit der Entscheidung vor, welche Waren er schließlich wählt. Für einen und denselben Gebrauchszweck kommen ja oft sehr verschiedene Waren in Betracht. Und es können da unter Umständen sehr kleine Unterschiede in der Form, in der Farbe, in dem verwendeten Rohmaterial usw. den Ausschlag zugunsten des einen oder des anderen Artikels geben <sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Die folgenden Ausführungen unter Benutzung meines Vortrags über den »Unternehmerstand«, Leipzig 1910, S. 32 ff.

Durch diese Verhältnisse ist der Bedarf, dem sich die Produktion gegenwärtig anzupassen hat, immer wechselnder geworden, immer mannigfaltiger, immer mehr der Mode unterworfen. Nur auf relativ wenig Gebieten kann der Bedarf heute noch als ein ziemlich feststehender und darum im voraus berechenbarer angesehen werden. Auf zahlreichen und großen Gebieten handelt es sich dagegen zunächst nur um einen ganz abstrakten Allgemeinbedarf, der sich erst spezialisiert, wenn ihm eine reiche Auswahl von Mustern vorgelegt wird. Darum ist auch die Vorstellung so verkehrt, man könne den Gesamtbedarf eines Landes für die nächste Wirtschaftsperiode im voraus durch statistische Erhebungen feststellen und dadurch eine Richtschnur für die Produktion schaffen. Manche geben sich wohl gar dem Glauben hin, mit Hilfe einer Universalstatistik könne das Problem der sozialistischen Leitung der Produktion gelöst werden. Dieses naive Zutrauen, das manche zur Statistik haben, ist für diese sehr ehrenvoll, aber durch statistische Erhebungen kann das Problem der einheitlichen Leitung der Produktion auch nicht gelöst werden. Der Konsument vermag zwar vielleicht bei solchen Artikeln wie Salz, Brot, Zucker, Petroleum u. dgl. anzugeben, wieviel er davon ungefähr im nächsten Jahre brauchen wird — übrigens auch bei diesen Artikeln eigentlich nur dann, wenn man ihm die Einhaltung bestimmter Verkaufspreise gewährleistet; denn mit der Höhe der Preise ändert sich bei den meisten Waren auch die Größe ihres Bedarfs —, allein, wenn der Konsument auch angeben sollte, welche Kleider, welche Hüte, welche Bücher, welche Spielsachen usw. er in der nächsten Periode verbrauchen wird, so würde er in die allergrößte Verlegenheit kommen. Hier sind wir gewöhnt, unter den uns in großer Zahl vorgelegten fertigen Warenmustern unsere Auswahl zu treffen, und wir würden es ohne Zweifel alle höchst unangenehm empfinden, wenn man diesen Zustand ändern wollte.

Für die Produktion bedeutet dieser Zustand aber, daß sie es nicht mit der Versorgung eines gegebenen Bedarfs zu tun hat, sondern daß sie selbst vielfach erst den Bedarf wecken muß, den sie befriedigen will. Besonders deutlich läßt sich das in solchen Gewerben, die einem regelmäßigen Modewechsel unterworfen sind, verfolgen, wie z. B. in vielen Zweigen der Textilindustrie, bei der Herstellung von Kleiderstoffen, Bändern, Spitzen, Stickereien usw., ferner aber auch in der Glas- und der keramischen Industrie, der Schmuckwarenfabrikation, der Spiel- und Kurzwarenverfertigung usw. Einen großen Teil der Zeit und der Arbeitskraft der Produzenten nimmt hier die Schaffung neuer Muster in Anspruch, mit denen sie den jährlich sich erneuernden Kampf um den Markt aufnehmen.

Für die Unregelmäßigkeit der Bedarfsgestaltung und für die Erscheinung des periodischen Modewechsels im modernen Wirtschafts-

leben will man nun freilich nicht selten die Produzenten selbst verantwortlich machen. Sie selbst seien es gewesen, die die Geißel geschaffen hätten, unter der sie jetzt stöhnten. Diese Betrachtungsweise beruht indessen auf einer ganz unzulänglichen Auffassung der Ursachen des Modewechsels. Der Modewechsel ist nicht etwa von den Unternehmern willkürlich geschaffen worden, sondern er entspringt allgemeinen Eigenschaften, welche die menschliche Natur im Gemeinschaftsleben entwickelte. In einer Gesellschaft, in der es verschiedene Einkommenschichten gibt und in der Freiheit des Konsums herrscht, wird es immer auch einen Modewechsel geben. Der Modewechsel hat seinen Ursprung einerseits in dem Streben der wirtschaftlich besser Gestellten nach Abwechslung und Unterscheidung von der Masse, andererseits aber in der Nachahmungssucht der weniger bemittelten Bevölkerungskreise. »Die Mode ist der beständige vergebliche Versuch der oberen Schichten, sich von der Allgemeinheit durch eine Neuerung zu unterscheiden«, so formuliert es Professor Heyck einmal sehr treffend. Darum sind auch alle Bestrebungen, den Modewechsel zu beseitigen, bisher erfolglos geblieben.

Nicht die Produzenten sind es also, die den Modewechsel willkürlich hervorrufen. Er wurzelt vielmehr in psychologischen Eigenschaften der menschlichen Natur und in der Art der Bedarfsbildung.

Mit der Art der Bedarfsbildung, wie sie für das heutige Wirtschaftsleben kennzeichnend ist, harmonisiert nun aber am besten eine Produktion, die auf Rechnung und Gefahr einzelner Produzenten, also nach den Grundsätzen der Erwerbswirtschaft, erfolgt. Wenn der Verbraucher sich bis zuletzt die Freiheit der Entscheidung vorbehält, was er konsumieren will, und wenn er am liebsten unter bereits fertig produzierten Waren seine Auswahl trifft, so kann ihm die Möglichkeit hierzu am besten durch eine erwerbswirtschaftliche Einrichtung der Produktion geboten werden. Eine auf Rechnung der Konsumenten selbst geführte Produktion setzt voraus, daß man des Bedarfs im voraus einigermaßen sicher ist. Die Konsumenten müssen sich dann entweder im voraus verpflichten, ihren Bedarf bei der von der Genossenschaft errichteten Fabrik zu decken, und in der Tat finden wir solche Abmachungen nicht selten bei der Gründung von genossenschaftlichen Produktionsanlagen, oder es muß sich um Gebiete handeln, bei denen stillschweigend ein ziemlich regelmäßiger Bedarf vorausgesetzt werden kann. So liegen die Verhältnisse meist in den Fällen, in denen die modernen Konsumvereine zur Eigenproduktion übergegangen sind. Es handelt sich hierbei regelmäßig um Gebiete, die keinem oder doch nur einem geringfügigen Modewechsel unterworfen sind, wie Herstellung von Backwaren, Keks, Schuhwerk, Seifenfabrikation usw. Dagegen haben sich die Konsumvereine bisher aus guten und klugen Gründen ängstlich gehütet, mit ihrer

Eigenproduktion auch solche Gebiete zu betreten, die einem regelmäßigen Modewechsel unterworfen sind. Sie wissen sehr wohl, daß sie bei der Aufnahme der Produktion solcher Gegenstände nicht sicher sein können, ob ihre Mitglieder sie auch wirklich kaufen, und sie können andererseits auch nicht daran denken, ihre Mitglieder zur Abnahme zu verpflichten. So verzichten sie lieber freiwillig auf die Aufnahme der Produktionszweige, mit denen in bezug auf den Absatz der Produkte ein größeres Risiko verknüpft ist.

Die erwerbswirtschaftliche Produktionsweise hat also den Vorzug, daß sie den Bedarf der Konsumenten befriedigt, ohne ihnen den geringsten Zwang und das mindeste Risiko aufzuerlegen. Die konsumgenossenschaftliche Produktionsweise dagegen stellt den Konsumenten vor die Wahl, entweder sich in der Richtung seines Konsums schon im voraus zu binden oder aber ein gewaltiges Risiko auf sich zu nehmen. Da ist es leicht zu verstehen, wenn der Konsument aus diesem Dilemma sich dadurch befreit, daß er seine Gunst den von selbständigen Produzenten für eigene Rechnung hergestellten Waren zuwendet und damit für die erwerbswirtschaftliche Produktionsweise den Ausschlag gibt. Denn das wollen wir doch nicht übersehen: der *Konsument* ist es, der durch sein Verhalten darüber entscheidet, welche Ausbreitung die erwerbswirtschaftliche und die konsumgenossenschaftliche Produktionsweise im Wirtschaftsleben erlangen. Verbreitete sich bei den Konsumenten etwa die Überzeugung, daß sie bei der konsumgenossenschaftlichen Produktionsweise besser auf ihre Rechnung kommen als bei der erwerbswirtschaftlichen, so würden die Rollen zwischen diesen beiden Organisationsprinzipien im individualistischen Staat bald umgekehrt verteilt sein, als sie es heute sind. Nichts vermöchte dann den Siegeszug der konsumgenossenschaftlichen Produktionsweise aufzuhalten. Allein aus der Tatsache schon, daß von einer solchen Entwicklung nichts zu spüren ist, können wir den sicheren Schluß ziehen, daß die Konsumenten ihre Interessen bei erwerbswirtschaftlicher Einrichtung der Produktion besser gewahrt finden als bei der konsumgenossenschaftlichen.

Vor allem zwei Punkte kommen hier in Betracht. Wenn der Erwerbstrieb die Organisation der Produktion übernimmt, so ist einmal besser für die Befriedigung neu auftauchenden Bedarfs in der Volkswirtschaft gesorgt. Das hängt sehr einfach so zusammen: Um neu entstehenden Bedarf auf dem Wege der erwerbswirtschaftlichen Produktion zu befriedigen, genügt es, daß ein einzelner oder höchstens einige wenige Personen die Überzeugung von dem Vorhandensein des neuen Bedarfs gewinnen und bereit sind, ihre Arbeitskraft und ihre Mittel in den Dienst der neuen Produktion zu stellen. Um dasselbe Ziel in der Form der Konsumgenossenschaft zu erreichen, müssen dagegen größere Personenzahlen unter einen Hut gebracht und zu gemeinsamem Vorgehen ver-

einigt werden. Dieses zweite Verfahren, die Vereinigung der Konsumenten zur Schaffung gemeinsamer Produktionsanlagen, ist der Natur der Sache nach viel umständlicher und schwerfälliger. Der Genossenschaftstrieb wird daher niemals so rührig und so beweglich sein wie die Erwerbswirtschaft, er wird niemals die gleiche Initiative entwickeln wie diese. Wenn man mit der Befriedigung neuen Bedarfs im Wirtschaftsleben immer darauf hätte warten müssen, bis Organisationen der Konsumenten die Produktion in die Hand genommen hätten, so wäre ein großer Teil des im letzten Jahrhundert entstandenen Bedarfs wohl bis zum heutigen Tage noch unbefriedigt geblieben.

Die natürliche Überlegenheit, welche die Erwerbswirtschaft in dieser Hinsicht besitzt, läßt sich besonders deutlich z. B. auf dem Gebiete der Versicherung verfolgen. Daß aber gerade auch auf diesem Teilgebiet des Wirtschaftslebens die konsumgenossenschaftliche Produktionsweise in der Fähigkeit, die Befriedigung neuen Bedarfs zu übernehmen, hinter der erwerbswirtschaftlichen zurücksteht, ist deshalb besonders bedeutsam, weil man hier von vornherein eher das Gegenteil vermuten sollte. Der Versicherung ist ja von Haus aus in gewissem Sinne ein genossenschaftlicher Charakter eigentümlich. Sie beruht immer auf der Zusammenfassung einer größeren Zahl von Wirtschaften zur gemeinsamen Tragung eines Risikos. Hier, so sollte man meinen, wäre daher auch die konsumgenossenschaftliche Produktionsweise, für die auf diesem Gebiete in der Gestalt des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit eine besondere Rechtsform geschaffen worden ist, besonders leistungsfähig und übernehme die Führung bei der Einbürgerung neuer Versicherungszweige. Allein die Erfahrung lehrt auch auf diesem für die konsumgenossenschaftliche Produktionsweise scheinbar wie geschaffenen Gebiete gerade das Gegenteil. Die Versicherungslustigen zeigen auf noch unerprobten Gebieten regelmäßig keine Neigung, die nötigen Versicherungseinrichtungen durch Gründung von Gegenseitigkeitsvereinen selbst ins Leben zu rufen. Sie scheuen das Risiko, das hiermit verbunden ist, und ziehen es vor, die Einführung neuer Versicherungszweige Erwerbswirtschaften, die mit festen Prämien arbeiten, namentlich Aktiengesellschaften, zu überlassen.

Die Rolle als Pionier des wirtschaftlichen Fortschritts fällt also in unserem Wirtschaftsleben ganz offensichtlich der erwerbswirtschaftlichen Produktionsweise zu. Konsumgenossenschaftliche Organisationen dagegen stellen sich regelmäßig erst ein, wenn die Bedarfsfrage bereits als gelöst gelten kann, wenn es feststeht, daß ein weitverbreiteter und regelmäßig wiederkehrender Bedarf vorliegt. Und die treibende Kraft bei der Gründung konsumgenossenschaftlicher Einrichtungen ist dann oft das, sei es mit, sei es ohne Grund sich regende Mißtrauen, bei der erwerbswirtschaftlichen Gestaltung der Produktion fließe einzelnen

Personen ein ganz unverdient hoher Gewinn zu. Das Streben, die Gewinne privater Produzenten herabzudrücken, und überhaupt die Hoffnung, durch die Konsumgenossenschaft eine billigere Bedürfnisbefriedigung zu erzielen, pflegt eine der Haupttriebkräfte bei der Wahl dieser Produktionsweise zu sein. Praktisch bedeutsam wird das besonders da, wo auf einzelnen Produktionsgebieten durch kartellmäßigen Zusammenschluß, also Preiskonventionen, Produktionskontingentierung, Gewinnausgleich, Syndikatsbildung u. dgl. die Preisbildung künstlich zu beeinflussen gesucht wird. In solchen Fällen ist die konsumgenossenschaftliche Produktionsweise in erster Linie mit berufen, Hilfe zu bringen. Die Abnehmer, die sich der Preisdiktatur eines Kartells entziehen wollen, haben dazu durch die Schaffung von konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen immer die Möglichkeit. Und tatsächlich ist von diesem Mittel zur Bekämpfung übertriebener Preisforderungen industrieller Kartelle auch schon in einer ganzen Reihe von Fällen Gebrauch gemacht worden. Wo sich Brauereikartelle bildeten und nach Ansicht der Wirtschaftsinhaber unangemessen hohe Bierpreise forderten, da sind mehrfach in den betreffenden Städten von den Wirten Genossenschaftsbrauereien gegründet worden. Oder Schokoladefabrikanten, die sich durch ein Zuckerkartell überteuert glaubten, haben sich zur Gründung einer Zuckerfabrik zusammengeschlossen, Zeitungsverleger zur Errichtung einer Druckpapierfabrik, um den Preisforderungen von Druckpapiersyndikaten zu entgehen, usf. Im ganzen freilich ist von diesem Mittel zur Bekämpfung der Kartelle und ihrer Preispolitik nur verhältnismäßig selten Gebrauch gemacht worden. Es wirkt eben schon durch die bloße Möglichkeit seiner Anwendung zügelnd und mäßigend auf die Preispolitik der Kartelle ein. Die Kartelle wissen genau, daß sie, sobald sie mit ihren Preisforderungen den Bogen stark überspannen, damit rechnen müssen, daß ihre Abnehmer sich zusammenschließen und die Produktion der Artikel auf genossenschaftlichem Wege in die Hand nehmen.

Die konsumgenossenschaftliche Produktionsweise dient also als ein Regulator zur Herstellung einer normalen, im richtigen Verhältnis zu den Produktionskosten stehenden Preisbildung in unserem Wirtschaftsleben. Sie bildet in dieser Beziehung eine wertvolle Ergänzung dessen, was die freie Konkurrenz zwischen den Erwerbswirtschaften leistet. An unmittelbarer Wirksamkeit läßt sie sich mit der freien Konkurrenz allerdings nicht vergleichen. Und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil ihr die Eigenschaft fehlt, die hierfür die erste Voraussetzung bildet, nämlich die Fähigkeit billiger produzieren zu können als die Erwerbswirtschaft. Die konsumgenossenschaftliche Produktionsweise ist ihrem Wesen nach Beamtenverwaltung. Sie wird daher in ihren Leistungen in bezug auf wirtschaftliche Einrichtung und Durchführung



der Produktion immer hinter der von dem Stachel des Selbstinteresses auf der Bahn des ökonomischen Fortschritts in stürmischem Tempo vorwärtsgetriebenen Erwerbswirtschaft zurückbleiben. Von der konsumgenossenschaftlichen Produktionsweise gilt in dieser Hinsicht ganz das gleiche, was von den öffentlichen Unternehmungen des Staates und der Gemeinde gilt, und was wir später noch näher zu untersuchen haben werden. Alle diese Organisationsformen der Produktion, die man an die Stelle der Erwerbswirtschaft zu setzen gesucht hat, können es hinsichtlich des Punktes, der hier stets der entscheidende bleibt, nämlich in bezug auf Billigkeit der Produktion, nicht mit der letzteren aufnehmen. Sie bleiben im Wettlauf mit ihr regelmäßig weit zurück und müssen das Rennen schließlich aufgeben.

Das ist der zweite Punkt, weshalb die Konsumenten bei erwerbswirtschaftlicher Einrichtung der Produktion ihre Interessen regelmäßig besser gewahrt finden als bei konsumgenossenschaftlichem Betrieb, und weshalb sie dieser den Vorzug geben, obwohl ihre natürliche Zuneigung doch eher der Konsumgenossenschaft gelten wird.

Die erwerbswirtschaftliche Produktionsweise gewährleistet also nicht nur eine raschere und bequemere Befriedigung neuen Bedarfs, sie ist im allgemeinen auch die billigere Methode der Bedarfsdeckung. Alle sittliche Entrüstung über die erwerbswirtschaftliche Produktionsweise als eine »Profitwirtschaft« hilft nicht über die Tatsache hinweg, daß bei der von dem Streben nach Profit geleiteten Produktion regelmäßig besser für die Befriedigung des Bedarfs gesorgt ist als bei einer Produktion, die unmittelbar, ohne das Gewinnstreben der Menschen in ihren Dienst zu stellen, auf die Deckung des Bedarfs ausgeht.

Durchaus unrichtig ist es deshalb, wenn es auch neuerdings wieder im wirtschaftsdemokratischen Programm der freien Gewerkschaften heißt: »Kapitalismus bedeutet in seiner typischen Form Produktion für den Markt, dessen Bedürfnisse dauernd schwanken. Auf dem Markt erfüllt der Handel seine Verteilungsaufgabe. Ohne echte Wirtschaftsführung arbeiten die einzelnen Unternehmungen nebeneinander. Die Konsumgenossenschaften aber gehen vom Bedarf aus, ihn stellen sie durch Organisation fest, und sie richten sich in Einkauf und Produktion nach den Erfordernissen des organisierten Bedarfs. Sie treiben *Bedarfsdeckungswirtschaft* gegenüber der Marktwirtschaft des Kapitalismus. Der Verbraucher wird wieder in seine Rechte eingesetzt, die der Kapitalismus ihm genommen hat«<sup>1)</sup>.

In Wirklichkeit hat der Kapitalismus, wie gezeigt, dem Verbraucher seine Rechte nicht genommen. Im Gegenteil! »Die ‚kapitalistische‘

<sup>1)</sup> Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Herausgegeben im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von *Fritz Naphtali*, Berlin 1928, S. 74.

Unternehmung ist nicht nur eine Anstalt zum Profitmachen, sondern wenn man durch dieses vordringliche Merkmal der Gewinnerzielung hindurchschaut, wird man finden, daß die Unternehmung letztlich der Bedarfsbefriedigung dient und ihr dienen muß, daß ihr Entstehen und Gedeihen von den Wünschen und dem Wollen der Verbraucher abhängt, daß der Verbraucher der letzte unsichtbare Dirigent der Unternehmung ist, und daß der Unternehmer nur die Bedarfsansprüche — die offenen und die latenten — der Verbraucher zu erfüllen hat<sup>1)</sup>.

## B. Kapitalistische Unternehmung und Arbeiterproduktivgenossenschaft.

Mit der Entstehung der erwerbswirtschaftlichen Produktionsweise ist der Kapitalismus noch nicht fertig. Es fehlt ihm vielmehr, solange die Erwerbswirtschaften nur den Umfang von Kleinbetrieben, von Bauern- und Handwerkerwirtschaften haben, gerade noch sein wesentliches Merkmal. Natürlich vermag sich der Kapitalismus aber nur auf dem Boden der Erwerbswirtschaft zu entwickeln und hat diese zur Voraussetzung. Er bedeutet eine Fortbildung und Steigerung des der Erwerbswirtschaft zugrunde liegenden Organisationsprinzips, und zwar tritt er ins Leben durch diejenige Fortbildung, die wir gewöhnlich kurz als »Unternehmung« bezeichnen. Mit welchem Rechte legt man nun aber einer Wirtschaftsorganisation, die durch die Vorherrschaft von Unternehmungen gekennzeichnet ist, die Bezeichnung »Kapitalismus« bei, und warum bezeichnet man auch die Unternehmung selbst mit Vorliebe als »kapitalistische Unternehmung«?

Um die Antwort auf diese Fragen zu finden, bedienen wir uns am besten des gleichen methodischen Kunstgriffs, den wir schon früher angewendet haben. Wir fragen nach den anderen sozialen Systemen, die an Stelle der »Unternehmung« denkbarerweise die gleiche wirtschaftliche Funktion hätte übernehmen können, die jetzt die Unternehmung ausübt.

Wenn die Notwendigkeit vorliegt, daß sowohl eine größere Zahl von Arbeitskräften als auch sachliche Produktionsmittel, die verschiedenen Besitzern gehören, im Dienste der Produktion vereinigt werden müssen (wenn man sie nach dem Stande der Technik mit Aussicht auf Erfolg beginnen will), wie das für den mechanischen Großbetrieb im Gewerbe- und Verkehrswesen der Neuzeit zutrifft, so kommen für die Übernahme des Produktionsrisikos an sich folgende drei Möglichkeiten in Betracht:

<sup>1)</sup> Johannes Gerhardt, Unternehmertum und Wirtschaftsführung. Tübingen 1930, S. 215/16.

1. Arbeit und Produktionsmittelbesitz verbinden sich in prinzipiell gleicher Weise zur Tragung des Produktionsrisikos;

2. das Risiko der Produktion wird in erster Linie von der Arbeit übernommen, die Besitzer der sachlichen Produktionsmittel dagegen erhalten für ihre Mitwirkung eine im voraus vereinbarte fixe Entschädigung, haben aber keinen weiteren Anspruch auf Anteil am Reinertrag des Betriebes. Das ist derjenige Weg, den die sogenannte *Arbeiterproduktivgenossenschaft* zu gehen sucht;

3. das Risiko der Produktion wird in erster Linie von den Besitzern der sachlichen Produktionsmittel, speziell des Kapitals getragen. Die bei der Produktion mitwirkenden Arbeiter dagegen erhalten für ihre Leistungen eine Entschädigung, die unabhängig ist von der Größe des erzielten Gewinns oder Verlustes und sich nach ganz anderen Momenten richtet. Diese Form der Verteilung des Risikos ist die der heutigen *Unternehmung* eigentümliche, die wir eben deshalb die »kapitalistische« nennen.

Der erste Fall der gleichmäßigen Tragung des Risikos der Produktion durch Kapital und Arbeit hat nur in der Landwirtschaft und zwar in denjenigen Ländern, in denen der sogenannte Teilbau oder die Teilpacht vorkommt, eine gewisse praktische Bedeutung erlangt, sonst aber keine nennenswerte Anwendung gefunden.

Zu nicht viel größerer praktischer Bedeutung wie der erste theoretisch mögliche Fall hat es auch der zweite hier in Betracht kommende Fall, der der *Arbeiterproduktivgenossenschaft* gebracht, obwohl er immerhin in der wirtschaftlichen Praxis von jeher eine gewisse Rolle gespielt hat und auch jetzt noch spielt und vor allem sehr großes theoretisches Interesse besitzt.

Wenn wir uns den sozial-ökonomischen Gedanken, der der Arbeiterproduktivgenossenschaft zugrunde liegt, in voller Reinheit vorstellen, so bedeutet er folgendes: die Arbeiter, die in einem Großbetrieb zusammenwirken, sind bereit, selbst das Risiko der Produktion zu tragen, sie wollen mit anderen Worten die Höhe der Vergütung, die ihnen für ihre Arbeitsleistung zuteil wird, davon abhängen lassen, ob und in welcher Höhe sich am Schlusse der Geschäftsperiode ein Überschuß des Ertrages über die Kosten ergibt. Das für den Betrieb erforderliche Kapital dagegen wird bei der Arbeiterproduktivgenossenschaft, wenn wir uns ihr Prinzip vollständig durchgeführt denken, seinem ganzen Betrage nach im Kreditwege aufgenommen. Es hat also keinerlei Anspruch auf den etwaigen Gewinn, der sich am Schluß des Geschäftsjahres ergibt, wohl aber hat es Anspruch auf die ihm bei Abschluß der Darlehensverträge zugesagte feste jährliche Verzinsung. Eine notwendige Konsequenz dieses Systems ist natürlich, daß die Leitung der Betriebe, die mit einer solchen sozial-ökonomischen Verfassung ausgestattet sind, einzig und

allein den Arbeitern zusteht, daß aber die Geldgeber, die Kapitalisten, nicht den geringsten Anspruch auf die Betriebsleitung erheben können.

Das, woran die sozialistischen Verfechter der Arbeiterproduktivgenossenschaft bei der heutigen Produktionsweise Anstoß nehmen, war ja vor allem die Tatsache, daß nicht alle, die bei der Produktion in einem Betrieb mitwirken, auch in grundsätzlich gleicher Weise als Unternehmer Einfluß auf die Betriebsleitung und Anspruch auf einen entsprechenden Gewinnanteil haben.

Sie lehnen also nicht die erwerbswirtschaftliche Produktionsweise an sich ab, sondern nur die besondere Form, die sie sich in der Unternehmung gegeben hat. An die Stelle dieser aristokratischen Form wollen sie eine mehr demokratische setzen. Ihr Ideal ist eben die Arbeiterproduktivgenossenschaft, in der die Arbeiter eines Betriebs auch seine Unternehmer sind und daher zum Unternehmen in einer ganz anderen Stellung stehen, als wenn sie als Lohnarbeiter auf jederzeitige Kündigung angenommen sind. Hieraus ergibt sich zugleich, daß die Produktivgenossenschaft in eine ganz andere Kategorie des Genossenschaftswesens gehört als die Konsumgenossenschaft. Die Konsumgenossenschaft verneint das ganze Prinzip, auf dem die Erwerbswirtschaft beruht, ändert aber dafür nichts an der Stellung des Lohnarbeiters im Wirtschaftsleben. Der Lohnarbeiter, der im Betrieb einer Konsumgenossenschaft tätig ist, bleibt genau so Lohnarbeiter wie der Lohnarbeiter in einer Unternehmung, und es hat ja auch schon zahlreiche Konflikte der Angestellten der Konsumvereine mit ihren Arbeitgebern über die Arbeitsbedingungen gegeben. Die Produktivgenossenschaft dagegen verneint nicht die Erwerbswirtschaft an sich, sondern nur die Stellung, die der Lohnarbeiter in der Unternehmung einnimmt. Sie will die Scheidung zwischen Unternehmer und Lohnarbeiter aufheben und den Lohnarbeiter zum gleichberechtigten Unternehmerge nossen machen.

Zu einer so eingerichteten Arbeiterproduktivgenossenschaft stellt die Verfassung, wie wir sie regelmäßig bei den Großbetrieben der Gegenwart finden, das genaue Gegenstück dar. Die Arbeiter, die in einem als Unternehmung organisierten Großbetrieb tätig sind, haben, soweit nicht die Einrichtung der Gewinnbeteiligung besteht, was aber nur für eine relativ kleine Zahl von Unternehmungen gilt, keinerlei Anspruch auf den am Jahres schluß sich etwa ergebenden Gewinn, sondern sie werden für ihre Mitwirkung bei der Produktion ohne Rücksicht auf den sich ergebenden Gewinn oder Verlust nach der Größe ihrer Arbeitsleistung entweder im Zeitlohn oder im Werklohn bezahlt. Die Arbeiter haben vor allem aber auch keinen Einfluß auf die Unternehmungsleitung. Das Risiko der Produktion, die Unsicherheit, ob und in welcher Höhe eine Vergütung abfällt, ist in erster Linie auf das Kapital abgewälzt. Das Kapital hat die Ungewißheit auf sich zu nehmen, ob es in der einzelnen Wirt-

schaftsperiode für seine Mitwirkung überhaupt eine Entschädigung erhält, es muß darauf gefaßt sein, daß es unter Umständen jahrelang leer ausgeht, oder doch nur eine hinter der landesüblichen Verzinsung zurückbleibende Vergütung erhält, wenn es nicht sogar dauernd zur Unrentabilität verurteilt ist. Die Rollen zwischen Kapital und Arbeit in bezug auf die Tragung des Risikos der Produktion sind in der Unternehmung also umgekehrt verteilt wie in der Arbeiterproduktivgenossenschaft. Während in der echten Produktivgenossenschaft die Arbeit das Risiko der Produktion trägt, d. h. die Arbeiter mit ihren Einkommen dafür aufkommen müssen, daß das Kapital immer die versprochene feste Rente von beispielsweise 5% erhält, wofür ihnen andererseits in guten Jahren natürlich auch der ganze Überschuß der Produktion über die Kosten gehört, ist es in der Unternehmung das Kapital, das der Arbeit eine feste Entschädigung für ihre Mitwirkung bei der Produktion gewährt, selbst aber mit der Höhe der Vergütung, die es erhält, auf den wechselnden Ertrag der Unternehmungen angewiesen bleibt. Für die Unternehmung ist es also wesentlich, daß stets ein Kapital vorhanden ist, dessen Entschädigung mit dem Ertrag der Unternehmung auf- und abschwankt, das sogenannte »verantwortliche Unternehmungskapital«. Daneben können natürlich in der Unternehmung auch noch fremde Kapitalien beteiligt sein, denen ein Anspruch auf eine feste Verzinsung eingeräumt ist. So liegen die Verhältnisse ja auch fast regelmäßig in der Praxis. Diese fremden Kapitalien nehmen in der Unternehmung dann eine Stellung ein, die vollkommen der der Lohnarbeit entspricht. Der selbständige Produzent, den wir Unternehmer nennen, ist, wie sich hieraus ergibt, stets auch ein Übernehmer des Risikos der Produktion für andere. Er verpflichtet sich, anderen für ihre Mitwirkung bei der Produktion feste Sätze für die Überlassung ihres Kapitals und ihrer Arbeitskraft zu zahlen, unabhängig von der Tatsache, ob die Produktion mit Gewinn oder Verlust abschließt.

Nun übernimmt aber der Unternehmer die eben geschilderte Unsicherheit nicht nur für das eigene Kapital, das er in sein Unternehmen hineinsteckt, sondern auch in bezug auf die Verwertung seiner eigenen Arbeit, die er dem Unternehmen widmet. Auch in bezug auf die Arbeit, die der Unternehmer seinem Betriebe widmet, besteht die Unsicherheit, ob und in welcher Höhe er für sie am Jahreschluß eine Vergütung erhalten wird. In der Regel steht dabei aber doch das Risiko für das Kapital voran. Wollte der Unternehmer das Risiko der Produktion nur mit seiner Arbeitskraft tragen, sich aber gar nicht auch mit eigenem Kapital an der Produktion beteiligen, so würde er schwerlich die nötigen Geldgeber finden, die bereit wären, ihn in gewöhnlichem Darlehenswege das erforderliche Kapital zur Verfügung zu stellen. Die Sicherheit für die anderen Geldgeber, die ihre Mittel

einem Unternehmen anvertrauen, beruht immer wesentlich mit darauf, daß ein Unternehmungskapital von bestimmter Höhe vorhanden ist, das keinen Anspruch auf feste Verzinsung machen kann, sondern ganz von der Höhe des sich ergebenden Reinertrags abhängt. Und genau ebenso liegen die Dinge auch im Verhältnis des Unternehmers zu seinen Arbeitern. Der Unternehmer übernimmt also das Risiko der Produktion in erster Linie mit dem eigenen Kapital, das er in seinen Betrieben anlegt, oder richtiger gesagt, nicht anlegt, sondern wagt.

Natürlich bleibt auch für die Zinskapitalisten und Lohnarbeiter immer noch ein gewisses Risiko übrig. Bricht die Unternehmung wirtschaftlich zusammen, so kann unter Umständen auch das fremde in ihr angelegte Kapital verloren sein, und ebenso verlieren dann die Arbeiter ihre bisherige Stellung. Die Lage, in der sich Unternehmer, Zinskapitalisten und Lohnarbeiter im Falle des Konkurses eines Unternehmens befinden, ist aber für das Risiko der Produktion, das der Unternehmer zu tragen hat, nicht das Entscheidende. Entscheidend ist die Lage der Dinge beim *normalen* Verlauf der wirtschaftlichen Verhältnisse, d. h. wenn es nicht zum Zusammenbruch des Unternehmens kommt. Und da besteht eben die Funktion des Unternehmers darin, für die anderen an der Unternehmung beteiligten Personen gewissermaßen als Wellenbrecher einzutreten <sup>1)</sup>.

Im Hinblick auf diese Verhältnisse trägt die Unternehmung die Bezeichnung »kapitalistisch« mit Recht, es würde geradezu etwas Wesentliches fehlen, wenn man sie weglassen wollte. Welche Rolle das Unternehmungskapital als Träger des Risikos der Produktion in der modernen Wirtschaft spielt, das tritt mit besonderer Klarheit bei den sogenannten unpersönlichen Unternehmungsformen hervor, deren Haupttypus die Aktiengesellschaft ist. Im Gegensatz zu den persönlichen Unternehmungsformen, der Einzelunternehmung, bei der eine einzige Person die Unternehmerfunktion in sich vereinigt, und der offenen Handelsgesellschaft, bei der eine Mehrheit von Personen in prinzipiell gleicher Weise an der Unternehmerfunktion teil hat, ist ja bei den unpersönlichen Gesellschaftsformen, der Aktiengesellschaft, der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der Gewerkschaft des Bergrechts, dem Kapital eine selbständige Stellung in der Unternehmung eingeräumt, d. h. der Kapitalgeber wird von der Aufgabe, sich an der Betriebsleitung zu beteiligen, befreit. Der Aktionär braucht, wenn er nicht will, ja nicht einmal in der Generalversammlung zu erscheinen, seine wirtschaftliche Funktion gegenüber

---

<sup>1)</sup> Eine gegenteilige Auffassung begründet neuerdings *Johannes Gerhardt* a. a. O. S. 21 ff. Die Gegensätzlichkeit ist jedoch nicht so groß als es zunächst scheinen will, denn *Gerhardt* ist es in diesem Zusammenhang um eine möglichst reine Begriffsbestimmung des »Unternehmers« zu tun, während es sich für den Verfasser um eine Kennzeichnung des Wesens der »Unternehmung« handelte.

dem Unternehmen beschränkt sich eben auf die Aufgabe, das Risiko der Produktion in dem vorhin erläuterten Sinne zu tragen. Und in den Ländern, die in der Entwicklung der Industrie an der Spitze stehen, ist ja bereits der weitaus größere Teil der Industrie und des Verkehrswesens in der Form solcher unpersönlicher Kapitalgesellschaften organisiert.

Gegenüber der kapitalistischen Unternehmung hat die Arbeiterproduktivgenossenschaft von jeher nur einen ungemein bescheidenen Platz sich zu erobern vermocht. Zwar sind mit der Gründung von Produktivgenossenschaften im Laufe des letzten Jahrhunderts nach und nach eine ganz stattliche Reihe von Versuchen gemacht worden. Sie sind aber fast regelmäßig nach einiger Zeit wieder gescheitert. »Die Geschichte der Produktivgenossenschaft ist eine einzige Kette von Mißerfolgen«, bemerkt *F. Oppenheimer*, der diesem Gegenstande eine eingehende Untersuchung gewidmet hat. Er berechnet, daß in Deutschland in der von ihm untersuchten Zeit, d. h. vom Beginn der deutschen Genossenschaftsbewegung an bis etwa zur Mitte der 90er Jahre, insgesamt 322 Arbeitergenossenschaften errichtet worden waren. Davon hatten sich nicht weniger als 213, also mehr als  $\frac{2}{3}$ , bis dahin auch schon wieder aufgelöst, 23 allerdings nur, um eine andere juristische Form anzunehmen, die ganz überwiegende Mehrheit aber doch, weil sie wirtschaftlich nicht vorwärts kamen.

Für das Fehlschlagen der Produktivgenossenschaften werden hauptsächlich drei Momente verantwortlich gemacht: Mangel an Absatz, Mangel an Kapital und Mangel an Disziplin <sup>1)</sup>. Der erste Punkt ist indessen keine wirkliche Erklärung, sondern nur eine Umschreibung der Tatsache des Mißlingens der Produktivgenossenschaft. Wenn es einer Produktivgenossenschaft nicht gelingt, für ihre Erzeugnisse Absatz zu finden, so kann das doch nur daran liegen, daß diese Erzeugnisse entweder in bezug auf Qualität oder in bezug auf Billigkeit die Konkurrenz mit den von der kapitalistischen Unternehmung auf den Markt gebrachten Produkten nicht aufnehmen können, oder auch, daß es der Leitung der Genossenschaft an dem nötigen kaufmännischen Geschick fehlt.

Eher läßt sich schon der Mangel an Kapital oder Kredit als Ursache der Mißerfolge hören. Es ist zuzugeben, daß eine Reihe von Produktiv-

<sup>1)</sup> So gegenwärtig auch im freigewerkschaftlichen Programm einer »Wirtschaftsdemokratie« a. a. O. S. 77: »Früher glaubten weite Kreise des Sozialismus, *Lassalle* an der Spitze, an die Produktionsgenossenschaft. Arbeiter sollen sich zusammenschließen, mit oder ohne Staatshilfe, und gemeinsam in Genossenschaftsform ein Produktionsunternehmen betreiben. Es schien so einfach, so sicher. Aber es schien nur so. Die Produktionsgenossenschaft hat im allgemeinen versagt: Absatzmangel, Kapitalmangel, Disziplinmangel. Erfolgreich war allein das Vordringen der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion.«

genossenschaften — namentlich solche, die von Arbeitern gegründet worden waren, die nach einem Streik ihre Stellung verloren hatten —, dadurch von vornherein mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, daß sie nicht mit zureichendem Kapital ausgestattet waren und auch nicht auf dem Kreditwege sich das Fehlende beschaffen konnten. Daß die Produktivgenossenschaft unter Mangel an Kredit zu leiden hat, das beruht zunächst darauf, daß die Kreditgewährung in hohem Grade von dem Vorhandensein eines Kapitals von genügender Größe abhängig ist, das keinen Anspruch auf feste Verzinsung erheben kann. Ferner geht die Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung darauf zurück, daß die Arbeiterproduktivgenossenschaften, wegen der wohlbekannten Schwächen ihrer Verfassung, das nötige Vertrauen nicht zu finden vermögen. Damit kommen wir zu dem entscheidenden Punkt, auf den alle Mißerfolge dieser Genossenschaftsform schließlich zurückgehen. Es ist die vorhin als *Mangel an Disziplin* bezeichnete Erscheinung, die an dem Scheitern der meisten Produktivgenossenschaften die Schuld trägt <sup>1)</sup>.

Der Mangel an Disziplin, der in der Produktivgenossenschaft herrscht, ist aber nichts Zufälliges, sondern er ist die notwendige Folge des Gedankens, der ihrer Organisation zugrunde liegt. Wenn die Arbeiter eines Betriebs zugleich seine Unternehmer sind und die diesem zustehenden Rechte beanspruchen können, so ist es, wie die Erfahrung gelehrt hat, unmöglich, die Disziplin und Ordnung aufrechtzuerhalten, ohne die ein Großbetrieb nicht zu bestehen vermag. Der Leiter des Betriebs verfügt hier nicht über das Recht, das in der Unternehmung als *ultima ratio* dient, die Disziplin aufrechtzuerhalten, das Recht der Entlassung der Elemente, die sich als untüchtig erweisen und sich der Ordnung des Betriebs nicht fügen wollen <sup>2)</sup>. Der Leiter einer Produktivgenossenschaft kann überhaupt seine Mitarbeiter sich nicht nach seinem Belieben aus-

<sup>1)</sup> *Adolf Weber* erklärt das Versagen der Produktivgenossenschaften mit folgenden Gründen: »1. Die ‚Demokratie der Produzenten‘ verträgt sich nicht mit einer aus Gleichberechtigten hervorgehenden Leitung, die die Einsicht, den Willen und die Macht hat, rücksichtslos über die Einzelinteressen der Genossen hinweg die dauernden wirtschaftlichen Gesamtinteressen zu verfolgen. 2. Es ist regelmäßig unmöglich, jedem der gleichberechtigten Genossen die gleichmäßige und dauernde normalbezahlte Beschäftigung zu vermitteln, auf die sie Anrecht zu haben glauben. 3. Die schnelle und erfolgreiche Ausnutzung der Marktmöglichkeiten wird durch die fast unvermeidlichen persönlichen Auseinandersetzungen innerhalb des Betriebes zum Nachteile des geschäftlichen Erfolges erschwert. 4. Das erforderliche Kapital kann nicht in dem Umfange und nicht so rasch, wie es notwendig wäre, beschafft werden.« *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*, 3. Auflage. München und Leipzig 1930, S. 49f.

<sup>2)</sup> Man beachte vor allem auch, daß eine Regulierung der Arbeiterzahl entsprechend den schwankenden Wirtschaftsverhältnissen nicht in Frage kommen könnte. (Vgl. das zweite Argument *Ad. Webers.*)



suchen und durch beständige Auslese die tüchtigsten herauszufinden hoffen, sondern er ist an seine Arbeiter von vornherein fest gebunden. Sie stehen ihm nicht als betriebsfremde Arbeiter, sondern als gleichberechtigte Genossen gegenüber. Aus diesem Grunde wird die Produktivgenossenschaft im Vergleich mit der Unternehmung immer unter einem gewissen Mangel an Disziplin zu leiden haben. Und das ist, wie gesagt, auch der Punkt gewesen, an dem die meisten Produktivgenossenschaften in der Praxis Schiffbruch gelitten haben. Das kommt in folgenden Worten eines Kenners der Verhältnisse deutlich zum Ausdruck <sup>1)</sup>:

»Das Studium der wenigen Fälle, in denen die Gründung von Produktivgenossenschaften versucht worden ist, läßt als Ursache fast aller der hierbei eingetretenen Mißerfolge erkennen, daß solche Vereinigungen dem Leiter ihres Betriebs und ihrer Geschäfte niemals diejenige autoritative und dauernd gesicherte Stellung einzuräumen sich entschlossen, welche erforderlich ist, um die Interessen eines gewerblichen Unternehmens nach außen wie auch nach innen tatkräftig vertreten zu können. Während der selbständige Einzelunternehmer seine ganze Tätigkeit der Ordnung und Vervollkommnung des Produktionsprozesses sowie der Pflege der Beziehungen zu den Abnehmern seiner Erzeugnisse zu widmen vermag, waren die Geschäftsführer der bisher ins Leben getretenen Produktivgenossenschaften regelmäßig gezwungen, ein gut Teil ihrer Kraft bei Überwindung derjenigen Schwierigkeiten zu verbrauchen, welche der Verkehr mit den eigenen Angehörigen der Genossenschaft verursachte. Zwar ist auch die Leitung eines Betriebs, der sich als Arbeitskräfte angenommener Lohnarbeiter bedienen muß, an Mühseligkeiten durchaus reich genug, aber diese reichen doch nicht entfernt an jene sich bis zur Unüberwindlichkeit steigernden Hindernisse heran, welche sich einem Betriebsleiter bieten müssen, der mit Arbeitskräften produzieren soll, denen gegenüber er irgendwelche Disziplinarmittel nicht anzuwenden vermag, und die ohne Rücksicht auf ihre Leistungen doch ein dauerndes Anrecht auf Zugehörigkeit zu der Genossenschaft besitzen.«

Hiermit wird ohne Zweifel der wunde Punkt in der Verfassung der Produktivgenossenschaft richtig bloßgelegt. Mangel an Disziplin in einem Großbetrieb ist aber nicht nur etwas, was für den Leiter des Betriebs persönlich unangenehm ist, es ergeben sich daraus auch schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Wie ein Heer, in dem keine Disziplin herrscht, für den Kampf nicht mehr zu gebrauchen ist und vor der kleinsten, aber noch gut disziplinierten Truppe zurückweichen wird, so ist auch, um den wirtschaftlichen Wettkampf siegreich zu bestehen, Disziplin unentbehrlich <sup>2)</sup>. Hieran fehlt es aber regelmäßig in der Pro-

<sup>1)</sup> Assessor *Hertig* in der »Sozialen Praxis«, 16. Jahrgang, Nr. 42.

<sup>2)</sup> Sogar ein Mann wie *Lenin* war, durch bittere Erfahrungen über den Rück-

duktivgenossenschaft. Und überhaupt bringt es die Verfassung der Produktivgenossenschaft mit sich, daß ihre kaufmännische Leitung nicht so beweglich, rührig und schlagfertig sein kann wie die einer Unternehmung<sup>1)</sup>. In der Genossenschaft haben zu viele mitzusprechen, infolgedessen kann sich ihre Leitung nicht so frei bewegen wie die einer Unternehmung. Die Zahl der Produktivgenossenschaften, die infolge dieser Mängel zusammengebrochen sind, ist überaus groß. Andere haben sich nur dadurch am Leben erhalten können, daß sie die Produktion für den freien Markt aufgaben und bei den Konsumvereinen einen Unterschlupf suchten, also sich aus Erwerbswirtschaften in konsumgenossenschaftliche Produktionsstätten umwandelten.

Fast noch bemerkenswerter aber als das Zugrundegehen so vieler Produktivgenossenschaften ist aus der Geschichte dieser Genossenschaftsform eine andere Tatsache. Das ist die Erscheinung, daß diejenigen Genossenschaften, die vom Untergang verschont blieben und geschäftlich vorwärtskamen, regelmäßig eine tiefgreifende Wandlung ihres Wesens durchzumachen hatten. Sie hörten nämlich auf, Produktivgenossenschaften zu sein, und verwandelten sich in bloße Unternehmungen. Wenn nämlich das Geschäft so gut ging, daß eine Erweiterung des Betriebs nötig wurde, so wurden die neuen Arbeitskräfte nicht mehr zu gleichen Rechten mit den bisherigen Mitgliedern, also mit Einfluß auf die Betriebsleitung und Anspruch auf Anteil am Gewinn, eingestellt, sondern sie wurden nur als Lohnarbeiter auf Kündigung zu den ortsüblichen Lohnsätzen angenommen. Oder aber die neu eintretenden Arbeiter mußten ein Eintrittsgeld bezahlen, und die Höhe des Eintrittsgeldes, das von ihnen verlangt wurde, stufte sich genau entsprechend den Überschüssen der einzelnen Genossenschaften ab. *Oppenheimer*

gang der Arbeitsleistung in den sozialisierten Betrieben der russischen Sowjetrepublik belehrt, zu der Einsicht gekommen, daß »jede maschinelle Großindustrie die bedingungslose und strengste Einheit des Willens« und »widerspruchslose Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses« erfordert. (Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht S. 43 44.) Er lehnte daher die willkürlichen Eingriffe des »Meetingdemokratismus der arbeitenden Massen« in die Betriebsverhältnisse ab und forderte sogar, daß jeder Arbeiter, der gegen die Arbeitsordnung eines Betriebes verstößt, vor Gericht zu stellen und erbarmungslos zu bestrafen sei (ebenda S. 40). Sollte übrigens im Vergleich mit dem hier vorgeschlagenen Strafsystem die Strafe der Entlassung, die heute den Arbeiter trifft, der sich der Fabrikdisziplin dauernd nicht fügen will, nicht doch die mildere Form der Bestrafung sein?

<sup>1)</sup> Mit ähnlichen Schwierigkeiten wie die Arbeiterproduktivgenossenschaften muß gegenwärtig bezeichnenderweise die sowjetrussische Industrie kämpfen. Nicht nur, daß die Betriebsdisziplin schwer gefährdet ist, wie die unausgesetzten Klagen der Sowjetpresse beweisen: die größten Schwierigkeiten entstehen durch den Bürokratismus der Leitung, bei dem »Fragen, die ein kapitalistischer Fabrikdirektor in einigen Minuten eigenmächtig entscheidet, in vielköpfigen Kommissionen diskutiert werden und eine Reihe von Instanzen durchgehen«. *Boris Brutzkus* a. a. O. S. 527.

spricht im Hinblick hierauf geradezu von einem »Gesetz der Transformation«, das die Entwicklung der Produktivgenossenschaft beherrscht. Und man wird ihm in der Tat darin beipflichten müssen, daß hier keine zufällige, sondern eine durchaus notwendige und innerlich begründete Erscheinung vorliegt. Von den in Deutschland jetzt noch unter dem Namen Produktivgenossenschaften bestehenden Gebilden sind sehr viele infolgedessen überhaupt nicht mehr eigentliche Produktivgenossenschaften, sondern Unternehmungen, die nur aus ehemaligen Genossenschaften hervorgegangen sind, in ihrer inneren Verfassung sich aber in nichts von einer gewöhnlichen Unternehmung unterscheiden. Man darf sich also durch den Namen nicht über den wahren wirtschaftlichen Charakter dieser Gebilde täuschen lassen <sup>1)</sup>.

Aber auch der Mangel an Disziplin ist noch nicht das unüberwindlichste Hindernis, das der Ausbreitung dieser sozialökonomischen Organisationsform im Wirtschaftsleben im Wege steht. Wenn wir uns einmal einen Augenblick vorstellen, es wäre gelungen, für die Produktivgenossenschaft eine Organisation zu finden, welche den Mangel an Disziplin, unter dem sie jetzt leidet, auf ein erträgliches Maß herabsetzt und wenn wir uns weiter vorstellen, die Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung für die Genossenschaften seien dadurch überwunden, daß der Staat ihnen seinen Kredit in ausgedehntestem Maße zur Verfügung stellt, selbst dann ist nicht darauf zu rechnen, daß diese Organisationsform nun etwa mit Siebenmeilenstiefeln sich ausbreitet und die kapitalistische Unternehmung in kurzer Zeit verdrängt. Zunächst würden natürlich in dem angenommenen Falle wohl zahlreiche Neugründungen von Produktivgenossenschaften erfolgen, allein bald würde der Gründungseifer erlahmen, und die Produktivgenossenschaft würde sicherlich auch unter diesen für sie denkbar günstigsten Verhältnissen niemals die vorherrschende Form der Erwerbswirtschaft werden und die kapitalistische Unternehmung aus ihrer jetzigen Stellung verdrängen.

Und zwar erscheint eine solche Entwicklung aus folgendem einfachen Grunde ausgeschlossen: *Die Arbeiter wollen und können mit ihrem Einkommen gar nicht das Risiko der Produktion tragen* <sup>2)</sup>, sie werden sehr bald dahinter kommen, daß der jetzige Zustand des Wirtschaftslebens, bei dem die mit der Freiheit des Konsums und der erwerbswirtschaftlichen Produktionsweise unvermeidlich verbundenen starken Schwankungen des Ertrags in erster Linie das Unternehmungskapital treffen, für sie vorteilhafter ist, als ein Zustand, in dem sie zwar in gewissen

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu *Herbert Weil*, Die gewerblichen Produktivgenossenschaften in Deutschland, 1913.

<sup>2)</sup> Man vgl. hierzu die Ausführungen über »Die Arbeiter als Unternehmer und Kapitalisten« bei *Adolf Weber*, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 5. Aufl., 1930, S. 506 ff.

Perioden höhere Einnahmen als jetzt zu erzielen die Aussicht haben, dafür aber in Jahren rückläufiger Konjunktur auch mit einem Einkommen sich begnügen müssen, das ihnen sehr harte Entbehrungen und Einschränkungen auferlegt. Und wenn der Arbeiter so denkt, handelt er wirtschaftlich auch durchaus richtig. Die Anweisung auf den Gewinn des Betriebs, die er als Mitglied einer Produktivgenossenschaft erhält, würde sich für ihn als ein Danaergeschenk erweisen. Ein etwas niedrigeres, aber dafür in seiner Höhe in den einzelnen Wirtschaftsperioden möglichst gleichbleibendes Einkommen ist vom Standpunkte des Arbeiters aus einem Einkommen vorzuziehen, das im ganzen vielleicht etwas höher ist, aber von Jahr zu Jahr viel größeren Schwankungen unterliegt. Schon bei dem jetzigen Zustande klagen die Arbeiter darüber, und nicht ohne Grund, daß sie in ihren Einkommensverhältnissen von dem Wechsel der Konjunkturen noch sehr empfindlich getroffen würden. Die Schwankungen in den Einkommen der Arbeiter würden aber noch ganz andere Dimensionen annehmen, wenn sie sämtlich nicht »Lohnarbeiter«, sondern Mitglieder von Produktivgenossenschaften wären, die aus dem Ertrag des Betriebs in erster Linie die feste Verzinsung des im Kreditwege aufgenommenen Kapitals zu bestreiten hätten. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, was für leidenschaftliche Anklagen in einer solchen Wirtschaftsorganisation in Jahren des geschäftlichen Rückgangs ertönen, wie die Arbeiter dann darüber stöhnen würden, daß sie dazu verurteilt seien, unter den schwersten eigenen Entbehrungen die Verzinsung für das Kapital aufzubringen. Diese Art von Kapitalismus würde bald noch viel heftigeren Anfeindungen ausgesetzt sein als der Kapitalismus, der heute herrscht und dessen Wesen eben darin besteht, daß das Kapital in erster Linie die Schwankungen des Ertrages auf sich nimmt.

Diese Erscheinung ist es, die man im Auge hat, wenn man sagt, das Kapital oder die Unternehmer tragen im gegenwärtigen Wirtschaftsleben das Risiko der Produktion. Um das richtige Verständnis für die Bedeutung der Leistung, die der Unternehmer damit vollbringt, zu gewinnen, muß man in Gedanken damit beständig den Zustand vergleichen, bei dem nicht das Kapital, sondern die Arbeit diese Funktion übernommen hätte. Im Vergleich damit erscheint ohne Frage der heutige Zustand, auch vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus betrachtet, als das kleinere Übel. Denn unzweifelhaft ist das Kapitaleinkommen viel eher in der Lage, die bei der heutigen Produktionsweise unvermeidlichen Schwankungen auf sich zu nehmen, als das Lohneinkommen.

Die Erkenntnis dieser Sachlage ist es, die bewirkt hat, daß auch in einem Teil der sozialistischen Kreise der Traum von der Arbeiterproduktivgenossenschaft heute schon ausgeträumt ist. Verständige

Sozialisten haben ihr <sup>1)</sup> und den aus ihr entsprungenen Einrichtungen, wie der Gewinnbeteiligung der Arbeiter <sup>2)</sup>, eine entschiedene Absage erteilt und sich auf den Boden des vom Sozialismus so scharf angegriffenen Lohnsystems gestellt, eben weil auch ihnen die Schwierigkeiten, die die Durchführung der Produktivgenossenschaftsidee für die Arbeiter selbst mit sich bringt, nicht verborgen geblieben sind.

Die individualistische Wirtschaftsordnung führt, das ist das Ergebnis unserer bisherigen Betrachtungen, mit innerer Notwendigkeit zum Kapitalismus. Der Versuch, die Entwicklung der individualistischen Wirtschaftsordnung in die Bahnen der Konsumgenossenschaft oder der Arbeiterproduktivgenossenschaft zu lenken, ist gescheitert und wird immer wieder scheitern. Hält man an der individualistischen Wirtschaftsordnung fest, so gibt es kein Ausweichen vor der kapitalistischen Produktionsweise. Der Sieg der Erwerbswirtschaft über die Konsumgenossenschaft und der Unternehmung über die Produktivgenossenschaft ist auf dem Boden der individualistischen Wirtschaftsordnung unbedingt sicher; die immanenten Gesetze der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung selbst bedingen diesen Sieg, so würde der Marxismus es ausdrücken. Die Stellungnahme, die gegenüber der individualistischen Wirtschaftsordnung einzig und allein in Betracht kommt, ist daher die, daß man zu ihr sagt: *sit ut est aut non sit!*

Der Sozialismus hat sich für das »non sit« entschieden!

---

<sup>1)</sup> Vgl. Anmerkung zu S. 26.

<sup>2)</sup> »Die Gewinnbeteiligung ist für die deutsche Gewerkschaftsbewegung stets ohne Interesse geblieben und reizt im Grunde nur von Zeit zu Zeit sozialpolitische Dilettanten zu Vorschlägen . . . sie haben die Massen nie im geringsten berührt.« *Cassau*, zit. bei *Ad. Weber*, *Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit*, S. 515. In den Richtlinien für die Aktion der freien Gewerkschaften in der Gegenwart, »Wirtschaftsdemokratie«, S. 177/78, fehlt die Forderung der Gewinnbeteiligung.

## ZWEITES KAPITEL.

DIE SOZIALISTISCHE KRITIK AN DER  
BESTEHENDEN WIRTSCHAFTSORDNUNG.EINLEITUNG: DIE HAUPTRICHTUNGEN  
DER SOZIALISTISCHEN KRITIK.

Die Kritik des Sozialismus an dem bestehenden Wirtschaftssystem kann sich scheinbar sehr verschiedene Angriffspunkte aussuchen und sehr verschiedene Maßstäbe anlegen. Wenn man näher zusieht, wird man indessen finden, daß es im Grunde nur drei Hauptgedanken sind, mit denen der Sozialismus seine Kritik des bestehenden Wirtschaftsystems bestreitet. In drei Heerhaufen gleichsam hat der Sozialismus die Truppen geordnet, die er zum Angriff gegen den Kapitalismus in Bewegung setzt. Die erste Heeresgruppe kämpft unter dem Banner des *Ausbeutungsgedankens*, die zweite unter dem des *Verelendungsgedankens*, die dritte unter dem der *wirtschaftlichen Rückständigkeit* des Kapitalismus. Allerdings bleiben im Eifer des Gefechts die drei Heeresgruppen nicht immer scharf voneinander geschieden. Will man die Kräfte, über die der Sozialismus in seinem Kampfe gegen das kapitalistische System verfügt, richtig verstehen, dann scheint es uns aber doch das Richtige zu sein, den Aufmarsch der sozialistischen Streitkräfte in dieser Weise geordnet zu denken.

1. **Der Ausbeutungsgedanke.** Die erste und in mancher Hinsicht wichtigste Anklage, die der Sozialismus gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zu erheben hat, ist die, daß die Einkommensverteilung in ihr *ungerecht* sei. Ungerecht aber ist die Einkommensverteilung in der heutigen Gesellschaft nach sozialistischer Auffassung nicht einfach nur, weil sie große Ungleichheiten zeigt, sondern vor allem, weil sie auf einer *Ausbeutung* der arbeitenden Klassen durch die nichtarbeitenden beruht. Alles arbeitslose Einkommen: Kapitalzins, Grundrente und (wenigstens nach der Auffassung vieler Sozialisten) Unternehmergeinn kommt nach der Lehre des Sozialismus nur durch eine Ausbeutung der arbeitenden Klassen zustande. Es ist an sich wirtschaftlich überflüssig und zwecklos und nur dazu da, die einen da ernten zu lassen, wo die

anderen gesät haben. »Wenn es irgendeinen Grundsatz gibt«, sagt z. B. *Tugan-Baranowsky*, »der nach der sozialistischen Lehre und Kritik als festbegründet gilt, so ist es der, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln sich nach unerbittlichen wirtschaftlichen Gesetzen in das Recht der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verwandelt, unvermeidlich die Freiheit der Persönlichkeit des arbeitenden Menschen beschränkt und die angeborene Gleichheit aller in eine leere juristische Fiktion verwandelt«<sup>1)</sup>.

Mit dieser Auffassung ist die Aufgabe für die nationalökonomische Theorie des Sozialismus gegeben. Sie hat eben den Nachweis zu erbringen, daß alles Einkommen, das nicht auf eigener Teilnahme an der Produktion beruht, nur durch Ausbeutung, durch Aneignung des Arbeitsertrags anderer, erworben werden kann. Und die neue Gesellschaftsordnung, welche die Sozialisten erstreben, muß vor allem so beschaffen sein, daß in ihr ein arbeitsloses Einkommen nicht mehr entstehen kann und damit die natürliche Gleichheit aller wiederhergestellt wird.

Diese erste Hauptrichtung des kritischen Sozialismus gliedert sich wieder in verschiedene Unterabteilungen, je nachdem, welchem Zweige des arbeitslosen Einkommens in erster Linie der Charakter der Ausbeutung der arbeitenden Klassen zugeschrieben wird. Es gibt Sozialisten, die in dem Kapitalzins die Wurzel alles Übels sehen, andere, bei denen der Unternehmergewinn (Profit) diese Rolle spielt, während der Kapitalzins als relativ harmlos erscheint, wieder andere, für welche die Grundrente die *bête noire* ist, kurz, alle möglichen Kombinationen treten uns hier in der Geschichte des Sozialismus entgegen. Der Marxismus bedeutet auch insofern den Höhepunkt in der Entwicklung des Sozialismus, als er alle Arten des arbeitslosen Einkommens unter dem Namen »Mehrwert« aus derselben Quelle fließen läßt und sie daher auch alle mit dem gleichen Verdammungsurteil belegt.

**2. Der Verelendungsgedanke.** Wie die eben besprochene, so gibt auch die Richtung des Sozialismus, zu der wir jetzt kommen, ihrem Standpunkt in letzter Linie — man darf sich durch die nationalökonomisch-entwicklungsgeschichtliche Verbrämung nicht täuschen lassen — eine ethische Begründung. Allein diese ist von anderer Art als im ersten Falle. Während die Vertreter der sozialistischen Ausbeutungstheorie bei ihrer Kritik der bestehenden Gesellschaft vor allem an den Gerechtigkeits-sinn appellieren, rufen die Vertreter dieser zweiten Richtung bei ihrer Kritik der jetzigen Zustände mehr das menschliche Mitgefühl an. Der Ausgangs- und Angelpunkt ihrer Kritik ist die elende wirtschaftliche Lage, in der sich große Teile, wenn nicht überhaupt der größte Teil der

<sup>1)</sup> *Michael Tugan-Baranowsky*, Der moderne Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung. Dresden 1908, S. 12.

Bevölkerung im herrschenden Wirtschaftssystem, befinden. Große Teile der Bevölkerung bewegen sich in ihren Einkommensverhältnissen beständig am Rande des Existenzminimums, wenn sie nicht noch darunter herabsinken. Und dabei wird nach der Lehre vieler Sozialisten die ökonomische Lage des Proletariats in der privatkapitalistischen Wirtschaftsverfassung auch noch immer elender. Die »Verelendungstheorie« in diesem Sinne spielt in einer Reihe von sozialistischen Systemen eine außerordentlich wichtige Rolle. Die Klage des Sozialismus über die elende Lage des Proletariats, über Pauperismus usw. ist aber zugleich immer eine Anklage. Denn hinter den sozialistischen Verelendungstheorien steckt immer der Gedanke: Im Grunde brauchte dem nicht so zu sein. An dem herrschenden sozialen Elend tragen nicht irgendwelche natürlichen Faktoren die Schuld, sondern die gesellschaftlichen Einrichtungen sind dafür verantwortlich zu machen.

Vor allem an *eine* Erscheinung des Wirtschaftslebens der Gegenwart knüpfen die Vertreter dieser Richtung im Sozialismus gern ihr Verdammungsurteil über die gegenwärtigen sozialen Zustände: Das ist die *Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz*, unter der große Teile der Bevölkerung in der modernen Volkswirtschaft zu leiden haben. Über dem Lohnarbeiter schwebt beständig die Gefahr der *Arbeitslosigkeit* und damit auch der Verarmung. Diese Gefahr ist aber von der heutigen Produktionsweise untrennbar. Die Arbeitslosigkeit, die Existenz einer »industriellen Reservearmee«, wie *Marx* es nannte, gehört zu den immanenten Erscheinungen des Kapitalismus; solange die kapitalistische Produktionsweise bestehen bleibt, wird auch die Arbeitslosigkeit und damit das Elend nicht aufhören. Und neben der Niedrigkeit seines Lohnes und der Unsicherheit der Existenz hat der Arbeiter im Kapitalismus auch noch unter einer seelischen Verelendung zu leiden: die Arbeitsmethoden, die der Kapitalismus eingeführt hat, nehmen ihm jede Freude an seiner Arbeit und hemmen seine geistige Entwicklung.

**3. Der Gedanke der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Kapitalismus.** Der Sozialismus klagt das bestehende Wirtschaftssystem nicht nur wegen der in ihm herrschenden Einkommensverteilung und seiner sozialen Zustände an, er hat schon seit langem auch noch einen dritten Hauptvorwurf gegen dasselbe zu erheben: es leistet wirtschaftlich nicht das, was geleistet werden könnte. Der Kapitalismus legt angeblich der Entfaltung der Produktivkräfte Fesseln an. Der Produktionsertrag ist nicht so groß, wie er nach dem Stande der Technik und bei der vorhandenen Fähigkeit zu produzieren an sich sein könnte. Damit bleibt aber natürlich auch die Versorgung der Bevölkerung mit den Gegenständen ihres Bedarfs hinter dem an sich möglichen Maß zurück. Der Kapitalismus leidet also auch an wirtschaftlicher Rückständigkeit. Einer nach seinen Prinzipien aufgebauten Wirtschaftsorganisation dagegen glaubt der



Sozialismus auch eine viel größere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu schreiben zu können, er glaubt sie vor allem auch von einem Hauptgebrechen des Kapitalismus, den periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen, frei machen zu können.

Weder in moralischer, noch in sozialer, noch auch in wirtschaftlicher Hinsicht kann also die heutige Wirtschaftsordnung vor der sozialistischen Kritik bestehen, und der Sozialismus kommt daher folgerichtig zu dem Schluß: *écrasez l'infâme!*

Es liegt dabei in der Natur der Dinge, daß die sozialistische Bewegung um so höhere Wellen werfen wird, je stärker die Erscheinungen im Wirtschaftsleben hervortreten, die überhaupt den Widerspruch des Sozialismus gegen die bestehende Wirtschaftsordnung hervorgerufen haben. Ein großer Teil der Menschheit glaubt in seiner Verzweiflung in ihm den Ausweg zu sehen, der sie aus allen Nöten der Gegenwart herausführen kann. In Wahrheit ist aber durch die Nöte der Gegenwart die Lage der Dinge gegenüber dem Sozialismus keine andere geworden, als sie es früher auch war. Das wird sich klar ergeben, wenn wir die sozialistischen Anklagen gegen die bestehende Wirtschaftsordnung der Reihe nach etwas näher auf ihre Unterlagen prüfen, sowie vor allem auch die wirtschaftlichen Wirkungen des Sozialismus selbst einer Betrachtung unterziehen.

## I. DER AUSBEUTUNGSGEDANKE.

### A. Zur Arbeitswertlehre.

Der Sozialismus ist in erster Linie eine Theorie der »gerechten« Verteilung. Er übt ursprünglich seine Kritik an der Einkommensverteilung der bestehenden Wirtschaftsverfassung auf Grund der Gleichheitsidee. Es ist einfach der Gegensatz zwischen Arm und Reich, der seinen Widerspruch herausfordert. Sehr bald aber hat der wissenschaftliche Sozialismus die Kritik an der Einkommensverteilung auf eine wesentlich veränderte Grundlage gestellt. An die Stelle der Gleichheitsidee tritt die Idee der Verwerfung des arbeitslosen Einkommens in seinen verschiedenen Formen: Grundrente, Kapitalzins und Unternehmergewinn. Denn gegen die sozialistische Kritik, die von der Gleichheitsidee ausgeht, kann man ja den Einwand erheben, daß sie willkürlich sei, daß nichts dazu zwingt, gerade nur eine gleichmäßige Verteilung des Einkommens und der Güter dieser Welt als gerecht anzusehen. *Mises* bemerkt mit Recht hierüber: »Wenn man sagt: Alle Menschen sollen das gleiche Einkommen haben, so kann man vom wissenschaftlichen Standpunkt dagegen allerdings ebensowenig etwas vorbringen wie dafür. Wir haben hier ein ethi-

sches Postulat vor uns, über dessen Einschätzung nur die subjektiven Urteile der Menschen zu entscheiden vermögen«<sup>1)</sup>). Das haben natürlich auch die Sozialisten selbst gefühlt, und sie sahen sich daher nach einem anderen Maßstab für ihre Kritik der Einkommensverteilung um, einem Maßstab, der ihnen dasselbe leisten könnte wie die Gleichheitsidee, dabei aber nicht wie diese dem Vorwurf der Willkürlichkeit und der Subjektivität ausgesetzt war, sondern den Eindruck eines von den objektiven Tatsachen des Wirtschaftslebens selbst an die Hand gegebenen Maßstabs hervorrufen konnte. Bei dem Suchen nach einem solchen Maßstab waren die Sozialisten bald erfolgreich. Die klassische Nationalökonomie hatte unter der Führung von *Ricardo* eine Lehre über die Preisbestimmungsgründe der Waren ausgebildet, die nur einer kleinen Umbiegung oder Umdeutung bedurfte, um für die Zwecke der Sozialisten wie geschaffen zu sein. *Ricardo* war in seinem Streben, möglichst einfache nationalökonomische Formeln zu finden, durch eine Reihe von mehr oder weniger künstlichen Abstraktionen zu dem Ergebnis gekommen, daß die verschiedenen Mengen von Arbeit, welche die Herstellung der einzelnen Güter erfordert, als das ihren Tauschwert auf dem Markte auf die Dauer bestimmende Moment betrachtet werden können. Die Grundrente, den Preis der Bodennutzung, schaltete er in ihrem Einfluß auf die Bildung der Warenpreise durch die Annahme aus, daß die Grundrente eine Differentialrente sei, oder, anders ausgedrückt, daß bei der Produktion stets ein Boden mitwirke, der noch keine Rente trage. Trifft dies zu, dann ist ja in der Tat der Preis der Bodennutzung kein selbständiger Bestandteil der Warenpreise, dann kommen die Warenpreise zustande, ohne daß für die Mitwirkung des Bodens ein besonderer Ansatz gemacht zu werden braucht. Und den Preis für die Nutzung des Kapitals schaltete er dadurch als selbständiges Element der Preisbildung aus, daß er von der Annahme ausging, daß in allen Produktionszweigen das quantitative Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit dasselbe sei, daß auf die gleiche Menge Arbeit überall die gleiche Menge Kapital entfalle. Geht man von diesen — von der Wirklichkeit freilich sich weit entfernenden — Annahmen aus und ignoriert man auch alle Qualitätsunterschiede, die bei der Arbeit selbst bestehen, betrachtet man die bei der Produktion aufzuwendende Arbeit als etwas Einheitliches, das nach der Zeit gemessen werden kann, so kommt man allerdings zu dem Ergebnis, daß die Tauschwerte der Waren auf die Dauer mit ihren Arbeitskosten übereinstimmen müssen. Es lag *Ricardo* jedoch ganz fern, mit dieser Lehre auch über die Ursache oder die »Substanz« des Wertes etwas aussagen zu wollen, er hatte nur ein einfaches Maß angeben wollen, nach dem sich die Höhe der Tauschwerte der Waren, das Verhältnis, nach dem sie gegeneinander

<sup>1)</sup> *Ludwig Mises*, Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Jena 1922, S. 428.

auf dem Märkte ausgetauscht werden, richtet <sup>1)</sup>). Unter den geschickten Händen der Sozialisten wurde aber aus der Lehre *Ricardos* bald etwas ganz anderes. Mit instinktiver Sicherheit erkannten sie, was sich für die Zwecke des Sozialismus aus dieser Lehre machen ließe, wenn man eine scheinbar nur geringfügige Änderung mit ihr vornahm, wenn man nämlich das, was für *Ricardo* und die klassische Nationalökonomie ein einfacher Maßstab zur Berechnung der Höhe des Tauschwertes gewesen war, zugleich zur Ursache oder Quelle des Wertes machte. So entstand die sozialistische Lehre von der Arbeit als der einzigen Quelle des Wertes und dem einzigen Kostenelement der Produktion. Im Grunde brauchte der Sozialismus diese Lehre nicht erst zu entdecken, und es hätte, um diese Lehre aufzustellen, auch nicht notwendig der Anknüpfung an die vorhin entwickelte Lehre *Ricardos* bedurft. Diese Lehre bildet vielmehr von jeher einen Bestandteil der Nationalökonomie des täglichen Lebens, sie liegt dem populären Denken über die wirtschaftlichen Dinge zugrunde. Das primitive wirtschaftliche Denken kennt als Kostenelement der Produktion und als wertbestimmendes Prinzip überall nur die menschliche Arbeit, weil dieser Faktor sich unmittelbar in seiner Bedeutung der Erkenntnis aufdrängt, während die anderen Faktoren, die außer der Arbeit noch im Spiele sind, nicht so leicht zu erkennen sind. Natürlich war es aber für den Sozialismus ungemein wertvoll, daß er für seine Lehre von der Arbeit als dem einzigen wertschaffenden Prinzip sich auf die Autorität der Wissenschaft berufen konnte. Die Kritik, die er an der Einkommensverteilung übte, erhielt damit anscheinend eine objektive wissenschaftliche Grundlage. Denn wenn die Arbeit die einzige Quelle des Wertes war, wenn alle Werte nur von der Arbeit geschaffen wurden, dann ließ sich ja die Folgerung gar nicht umgehen, daß dem Arbeiter und ihm allein auch das ganze Produkt der Arbeit gehöre. Mit anderen Worten, die Lehre von der Arbeit als dem einzigen wertschaffenden Prinzip führt ganz von selbst, mit zwingender logischer Notwendigkeit, zur Anerkennung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag. Und damit hatte der Sozialismus das gefunden, was er brauchte und was für die Kritik der Einkommensverteilung in der bestehenden Gesellschaft eine viel schärfere Waffe war als die reine naturrechtliche Gleichheitsidee: ein scheinbar von den Zusammenhängen des Wirtschaftslebens selbst dargebotenes und also der menschlichen Subjektivität entrücktes Prinzip zur Beurteilung der Einkommensverteilung im Wirtschaftsleben der Gegenwart.

Am klarsten und bestimmtesten hat von den späteren Sozialisten

---

<sup>1)</sup> Über den Sinn der *Ricardoschen* Lehre von den Arbeitskosten vgl. *Gustav Cassel*, Die Produktionskostentheorie *Ricardos*, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 57. Jahrg., 1901, S. 68 ff. und Theoretische Sozialökonomie, 4. Aufl., Leipzig 1927, S. 273 ff.

wohl *Rodbertus* den theoretischen Satz formuliert, auf dem sich die sozialistische Betrachtung des Wirtschaftslebens aufbaut. Gleich das erste der fünf Theoreme, die er in seiner kleinen Schrift vom Jahre 1842 »Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände« aufstellt, lautet: »Alle wirtschaftlichen Güter kosten Arbeit und kosten nur Arbeit.« *Rodbertus* läßt an Stelle der drei Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital), welche die klassische Schule unterschieden hatte, also nur einen einzigen gelten, die Arbeit. »Es gibt nichts, was die Güter außer der Arbeit noch kosteten, oder, die Arbeit ist das *einzig*e Element in der Entstehungsgeschichte, welches unter dem Gesichtspunkte der Kosten aufgefaßt werden kann.« Jede andere Auffassung der Entstehung der Güter ist nach *Rodbertus* naturgeschichtlich oder technologisch, aber nicht wirtschaftlich. Einen besonderen Beweis für diesen Satz zu geben, hält *Rodbertus* im Grunde gar nicht für nötig. Der Satz, daß alle Güter, wirtschaftlich betrachtet, nur als Arbeitsprodukte aufzufassen sind, daß das einzige Opfer, das der Mensch bei der Erzeugung der Güter zu bringen hat, in Arbeit besteht, tritt bei *Rodbertus* vielmehr mit den Geltungsansprüchen eines Axioms auf. Er stellt diesen Satz als eine Lehre hin, über die in der vorgeschrittenen Nationalökonomie gar kein Streit mehr sei.

Die Lehre, daß die Herstellung der Güter, sobald man die Dinge vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkte betrachtet, nur Arbeit und sonst weiter nichts kostet, findet sich aber nicht etwa bloß bei *Rodbertus* und seinen unmittelbaren Anhängern, sondern diese Lehre ist der theoretische Grundgedanke des ganzen Sozialismus. Die sozialistischen Betrachtungen und Erklärungen des Wirtschaftslebens stehen entweder stillschweigend oder auch mehr oder weniger deutlich ausgesprochen sämtlich auf dem Standpunkte, daß die Produktionskosten der Güter, vom Standpunkte der wirtschaftenden Gesamtheit aus betrachtet, sich lediglich in Arbeit auflösen lassen, daß die Menschheit, um die Mittel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu erlangen, nichts anderes als Arbeit aufzuwenden hat.

Auch die Arbeitswerttheorie, die *Marx* in seinem Kapital vertritt, hat im Grund keinen anderen Sinn als den, daß *Marx* damit sagen will: Für die Menschheit als Ganzes betrachtet und ohne Rücksicht auf die heute geltende Rechtsordnung kostet die Herstellung der Güter nur Arbeit; andere Produktionskosten als Arbeit gibt es nicht <sup>1)</sup>. *Marx* begründet nämlich seine Arbeitswerttheorie folgendermaßen: Er wirft die Frage auf, was das Gemeinsame sei, das alle Waren enthalten, und das ihren Tauschwert begründe. Die Tauschwerte der Waren müssen sich

<sup>1)</sup> Daß dies der eigentliche Sinn der Wertlehre des Marxismus ist, wird auch von Sozialisten wie z. B. *Tugan-Baranowsky* anerkannt: »Theoretische Grundlagen des Marxismus«. Jena 1905.

nach seiner Auffassung reduzieren lassen auf ein Gemeinsames, woran sie ein Mehr oder Minder darstellen. Der Gebrauchswert der Waren — ein bei *Marx* etwas unklar bleibender und wohl ziemlich abstrakt gedachter Begriff — oder andere natürliche Eigenschaften der Waren können das nicht sein, denn »es ist gerade die Abstraktion von ihren Gebrauchswerten, was das Austauschverhältnis der Waren augenscheinlich bestimmt«. Und er fährt nun fort: »Sieht man vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten«, und zwar, wie dann näher ausgeführt wird, von Produkten abstrakter (gleicher) menschlicher Arbeit.

Damit hat *Marx* für seine weiteren Betrachtungen den gleichen Ausgangspunkt gewonnen, auf den sich auch *Rodbertus* gestellt hatte. Ebenso wenig wie dieser hält er es für notwendig, den grundlegenden Satz seines Systems näher zu beweisen, er tritt bei ihm genau ebenso wie bei *Rodbertus* mit dem Geltungsanspruch eines Axioms auf. Dabei ist aber doch leicht zu erkennen, daß der Satz, daß die Waren, wenn man von ihrem Gebrauchswert abstrahiert — angenommen, aber nicht zugegeben, daß diese Abstraktion überhaupt zulässig ist —, nur noch als Arbeitsprodukte aufzufassen sind, d. h. ihre Herstellung nur Arbeit kostet, durchaus nicht selbstverständlich, sondern im Gegenteil höchst willkürlich gewählt ist. Wollte man den Gedankengang von *Marx* logisch zu Ende führen, so müßte man vielmehr zunächst viel allgemeiner sagen: »Sieht man von dem Gebrauchswert der Waren ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, nämlich die, daß ihre Herstellung Kosten verursacht«. Daran würde sich dann sofort die weitere Frage anschließen, wieviel selbständige und ursprüngliche Bestandteile der Produktionskosten der Waren zu unterscheiden sind, oder anders ausgedrückt, wieviel Elementargüter es gibt, mit denen die Menschheit wirtschaften muß, und zwar unter allen Umständen, unabhängig von der jeweils geltenden Rechtsordnung des Wirtschaftslebens, ob die Arbeit das einzige Kostenelement ist oder ob neben der Arbeit noch andere ursprüngliche und allgemeine Bestandteile der Produktionskosten anzuerkennen sind, ob insbesondere das Kapital Anspruch darauf hat, als solcher anerkannt zu werden. Der Sozialismus setzt diese Frage, die für die ganze nationalökonomische Theorie von grundlegender Bedeutung ist, von vornherein schon als zugunsten der Arbeit beantwortet voraus. Er macht sich damit einer Erschleichung schuldig. Was erst einer gründlichen und sehr schwierigen Untersuchung bedarf — ein großer und wichtiger Teil der nationalökonomischen Theorie ist diesem Gegenstande gewidmet — das sieht der Sozialismus von vornherein schon als bewiesen an. Es genügt, dieses Verfahren des wissenschaftlichen Sozialismus in seiner Unzulänglichkeit hier kurz zu kennzeichnen. Hat man einmal die Einsicht in die Willkürlichkeit und

Einseitigkeit des Ausgangspunktes der ganzen sozialistischen Theorie gewonnen, dann wird man sich auch nicht darüber wundern, wenn diese Theorie bei der Erklärung der Erscheinungen des realen Wirtschaftslebens sich in zahlreiche Unklarheiten und Widersprüche verstrickt <sup>1)</sup>).

Von diesem ihren theoretischen Ausgangspunkt aus müssen die Sozialisten natürlich dann folgerichtig zu einer Verurteilung alles arbeitslosen Einkommens kommen. Irgendeinen wirtschaftlichen Sinn oder Zweck vermögen sie an ihm nicht zu entdecken, wenn nicht den, den sie als berechtigt nicht anerkennen können: nämlich die einen da ernten zu lassen, wo die anderen gesät haben. So entsteht in ihnen notwendig ein Haß gegen das sogenannte arbeitslose Einkommen und die heutige Wirtschaftsordnung, die dieses Einkommen anscheinend ohne jeden Nutzen für die Gesamtheit zuläßt. Das arbeitslose oder Renten-Einkommen ist ihnen geradezu die Wurzel alles Übels im Wirtschaftsleben. »Alle unsere Nöte stammen aus dem Mehrwert, dem arbeitslosen Einkommen, Profit und Grundrente. Mit dem Mehrwert verschwinden die Klassen. Das Ziel des Strebens, die Rettung der Menschheit kann daher nur sein die vom Mehrwert befreite und daher klassenlose Gesellschaft der Zukunft: kurz Sozialismus«, so hat erst kürzlich wieder ein Sozialist und zwar bemerkenswerterweise ein Sozialist, der vielen Hauptlehren des Marxismus ablehnend gegenübersteht, *F. Oppenheimer*, ausgerufen.

Der Haß der Sozialisten gegen das arbeitslose Einkommen ist dabei um so größer, als sie gewöhnlich den Anteil, der vom Gesamteinkommen der Volkswirtschaft auf die arbeitslosen Einkommen entfällt, gewaltig überschätzen. So operiert *Marx* in dem Beispiel, an dem er die Entstehung des Mehrwerts demonstrieren will, mit der Annahme, daß der Unternehmer die Hälfte vom Werte des Arbeitsprodukts, das der Arbeiter liefert, in seine Tasche stecke, und *Oppenheimer* betont, daß es sich bei

---

<sup>1)</sup> Aus der umfangreichen Literatur über die Wert- und Mehrwerttheorie des Marxismus seien hier nur folgende Werke genannt: *Boris Brutzkus*, Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution. Berlin 1928. — *Gustav Cassel*, Theoretische Sozialökonomie, 4. Aufl., Leipzig 1927. — *Heinrich Dietzel*, Vom Lehrwert der Wertlehre und vom Grundfehler der Marxschen Verteilungslehre. Leipzig und Erlangen 1921. — *Johannes Gerhardt*, Art. »Arbeitswerttheorie« und Art. »Marxismus« im Handwörterbuch der Arbeitswissenschaft. Halle 1927 ff. — *Eduard Heimann*, Mehrwert und Gemeinwirtschaft, Kritische und positive Beiträge zur Theorie des Sozialismus. Berlin 1922. — *Robert Liefmann*, Geschichte und Kritik des Sozialismus. Leipzig 1922. — *Eduard Lukas*, Spekulation und Wirklichkeit im ökonomischen Marxismus. Eine Untersuchung zum Dogma der kapitalistischen Ausbeutung. Essen-Ruhr 1922. — *Johannes Meßner*, Art. »Marxismus« im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft. Freiburg 1926 ff. — *Adolf Weber*, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., München und Leipzig 1930.

dem Abzug, der für Kapitalzins und Grundrente vom Arbeitsertrag gemacht werde, um einen »Riesentribut« handle.

Dabei wird aber übersehen — darauf wird später noch einzugehen sein —, daß ein großer Teil des »Mehrwerts«, wenn wir mit diesem Ausdruck, der sozialistischen Terminologie folgend, Kapitalzins, Grundrente und Unternehmergeinn zu einer Einheit zusammenfassen, gar nicht dem persönlichen Konsum seiner Bezieher, sondern der Kapitalvermehrung dient. Das aber ist eine wirtschaftliche Aufgabe, für die in jeder Wirtschaftsordnung Einkommensteile reserviert werden müssen. Also höchstens die »Konsumquote«, nicht auch die »Investitionsquote« des Mehrwerts kann als etwas betrachtet werden, was zur Erhöhung des Einkommens der arbeitenden Klassen zur Verfügung steht. Zieht man aber die Investitionsquote vom Mehrwert ab, dann schrumpft dieser sofort beträchtlich zusammen. Man darf wohl annehmen, daß mindestens die Hälfte des Besitz- und Unternehmereinkommens in den modernen Industriestaaten wieder der Kapitalbildung zugeführt wird <sup>1)</sup>.

Aber hiervon ganz abgesehen: vor allem bedarf die sozialistische Auffassung, die allen Mehrwert als einen wirtschaftlich ganz zwecklosen Abzug vom Arbeitsertrag betrachtet, der kritischen Nachprüfung, und ebenso bedarf der Nachprüfung, ob alle Arten des Einkommens, das der moderne Sozialismus als Mehrwert bezeichnet, in gleicher Weise als »arbeitsloses«, d. h. persönlich unverdientes Einkommen betrachtet werden dürfen.

Die sozialistische Kritik des Mehrwerts wird auf die einzelnen Arten desselben meist ganz unterschiedslos angewendet. Namentlich der Marxismus macht zwischen Leihkapitalzins und Grundrente einerseits und dem durch eigene Unternehmertätigkeit erzielten Gewinn andererseits keinen wesentlichen Unterschied. Leihzins, Grundrente, industriell-

---

<sup>1)</sup> *Eduard Heimann* meint in »Mehrwert und Gemeinwirtschaft« (S. 9): »Es ist bekannt, daß die größere Hälfte des kapitalistischen Einkommens gespart wird« und schreibt neuerdings: »Für den Verzehr steht eben nicht der ganze Mehrwert zur Verfügung, sondern nur abzüglich der Kapitalbildung; und dieses kapitalistische Verbrauchseinkommen — neben dem breiteste bürgerliche Kreise natürlich noch Einkommen aus eigener Arbeit beziehen — würde bei radikaler Aufteilung nur eine geringe Kopfquote ergeben, weil die beteiligten Menschen viel zahlreicher sind als die bürgerlichen Zins- und Profitempfänger. Eine genaue Berechnung wäre sehr schwierig; aber schon aus wenigen rohen Ziffern wird die Größenordnung erkennbar, um die es sich handelt. Nimmt man das gesamte Volkseinkommen — problematischer Begriff! — mit gegenwärtig 70 Milliarden Mark an, die Zahl der Erwerbstätigen mit 35 Millionen, so entfielen auf den einzelnen Erwerbstätigen ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 2000 Mark. Davon gingen dann Steuern und Reparationen ab, ferner die Beträge für die Kapitalbildung, und was für den Verbraucher übrig bliebe, wäre also ein auf alle Fälle sehr bescheidener Betrag und keinesfalls erheblich mehr als heute für breite Kreise der Arbeitnehmer.« »Sozialisierung«, in *Neue Blätter für den Sozialismus*, Jahr 1, Potsdam 1930, S. 14.

ler Gewinn (Profit) und Handelsgewinn sind ihm weiter nichts als Spezialzweige, in die sich der »Mehrwert«, die Urform des arbeitslosen Einkommens, teilt, wobei das Verhältnis, in dem diese Teilung erfolgt, als eine innere Angelegenheit der besitzenden Klassen hingestellt wird. In Wahrheit liegen die Verhältnisse bei den einzelnen Arten des arbeitslosen Einkommens sehr verschieden, die Rentennatur ist in sehr verschiedenem Grade ausgeprägt. Unternehmergewinn, Kapitalzins, Grundrente bedeuten in diesem Sinne eine aufsteigende Reihenfolge. Diese Unterschiede werden verwischt, wenn man die einzelnen Arten des Besitzeinkommens unter dem Namen Mehrwert alle in einen Topf wirft. Wir wollen daher so vorgehen, daß wir die einzelnen Arten des Besitz- oder Renteneinkommens einer gesonderten Betrachtung unterwerfen, um besser erkennen zu können, inwieweit die Kritik, die der Sozialismus an ihnen unter dem Gesichtspunkt übt, daß es sich bei ihnen um unverdientes Einkommen handelt, berechtigt ist. Wir beginnen mit dem Unternehmergewinn oder industriellen Profit.

## B. Die Stellung des Sozialismus zum Unternehmergewinn.

Bis zu einem gewissen Grade haben sich auch die Sozialisten nicht der Erkenntnis verschließen können, daß der Unternehmer nützliche Arbeit in der Volkswirtschaft leistet und für diese Arbeit ebensogut wie jeder andere Arbeiter eine Entschädigung beanspruchen kann. Die Sozialisten sind daher schon von *Hodgskin* an teilweise bereit, den Unternehmern als Produktionsdirigenten und Betriebsleitern eine angemessene Entschädigung zuzugestehen. Das Zugeständnis auf diesem Gebiet, wie es von den Sozialisten gewöhnlich gemacht wird, genügt indessen nicht, um den Verhältnissen des wirklichen Lebens Rechnung zu tragen. Dieses Zugeständnis wird von ihnen nicht selten dazu benützt, um gerade den weitaus größten Teil des Unternehmereinkommens als arbeitsloses, als unverdientes Einkommen, nämlich als Zins oder Rente, bezeichnen zu können. Es ist in der Nationalökonomie ja schon seit langem üblich, in dem Einkommen des Unternehmers mehrere Bestandteile von wesentlich verschiedener volkswirtschaftlicher Natur zu unterscheiden. Vor allem drei Hauptbestandteile werden hier mehr oder weniger scharf auseinandergehalten: 1. Der sogenannte Unternehmerlohn, d. h. die Vergütung für die Arbeit, die der Unternehmer als Betriebsleiter leistet; 2. Die Verzinsung für das eigene Kapital, das der Unternehmer in seinem Betriebe investiert hat, und 3. der eigentliche Unternehmergewinn, d. h. der Teil des Ertrags des Unternehmers, der über die beiden ersten Posten noch hinausgeht und der wieder auf verschiedene Weise entstehen kann, worauf dann noch näher eingegangen werden wird. Eine solche Zerlegung des Unternehmerprofits in



seine verschiedenen volkswirtschaftlichen Bestandteile vorzunehmen, erscheint schon aus privatwirtschaftlichen Rücksichten für den Unternehmer sehr angezeigt. Wenn z. B. ein Unternehmer mit einem Eigenkapital von 1 Million Mark, das er in seinen Betrieb gesteckt hat, nur im Durchschnitt ein Einkommen von vielleicht 40 000 Mark erzielt — es werden in diesem Beispiel Verhältnisse vorausgesetzt, wie sie vor dem Weltkriege herrschten — so muß er sich eigentlich sagen, daß er wirtschaftlich unrichtig gehandelt hat. Denn eine Verzinsung von 4% hätte er auch schon bei Anlegung seines Kapitals in Staats- oder Kommunalpapieren oder anderen festverzinslichen Effekten ohne eigene Unternehmertätigkeit erreichen können, es bleibt also nichts für ihn als Unternehmerlohn, als Entschädigung für die Unternehmerarbeit, die er leistet, übrig. Er hätte also klüger getan, sein Vermögen einfach zinstragend anzulegen und sich eine Stellung als Direktor einer Aktiengesellschaft oder auch als höherer kaufmännischer Beamter zu suchen. So hätte er sein Vermögen und seine Arbeitskraft besser verwertet, als wenn er Unternehmer geworden wäre. Erst wenn er aus seiner Unternehmung ein durchschnittliches Einkommen von vielleicht 65—70 000 Mark erzielte, konnte er sich sagen, daß auch seine Unternehmertätigkeit eine angemessene Entschädigung fand.

Gegen diese Berechnungsweise ist an sich gewiß nichts einzuwenden. Sie darf aber nicht dazu benutzt werden, wozu bei den Sozialisten oft eine starke Neigung besteht, um den nach Abzug des Unternehmerlohns übrig bleibenden Teil des Unternehmereinkommens einfach als »Kapitalzins« zu betrachten und mit dem Leihkapitalzins hinsichtlich seines ökonomischen Ursprungs auf eine Stufe zu stellen. Die Entschädigung, die der Unternehmer für das eigene Kapital, das er in seinem Unternehmen investiert hat, beanspruchen kann, wird nur realisiert unter der Voraussetzung, daß er fortgesetzt die Marktlage zutreffend beurteilt und danach die entsprechenden Dispositionen in bezug auf Art und Richtung der Produktion, Wahl der Produktionsmethoden, Organisation des Absatzes usw. trifft. Im Gegensatz zum Leihkapitalzins erfordert also der Kapitalgewinn des Unternehmers zu seiner Entstehung eine fortgesetzte Tätigkeit, es müssen Erkundigungen eingezogen, Überlegungen und Berechnungen angestellt, Dispositionen getroffen werden. Diese Tätigkeit darf aber nicht ohne weiteres als schon durch den Unternehmerlohn in dem vorhin bezeichneten Sinne abgegolten betrachtet werden. Das darf nicht als der Sinn der vorhin vorgenommenen Zerlegung des Unternehmereinkommens in verschiedene Bestandteile angesehen werden, daß damit nur ein Teil des Unternehmereinkommens als »verdient« anerkannt, der andere dagegen als arbeitsloses oder unverdientes Einkommen hingestellt werden soll. Vielmehr ist durchaus daran festzuhalten, daß auch der Kapitalgewinn des Unternehmers in

seiner Entstehung als das Ergebnis der wirtschaftlichen Dispositionen des Unternehmers anzusehen ist und daher nicht unter den Begriff des unverdienten Einkommens gebracht werden kann<sup>1)</sup>).

Schließlich noch ein Wort über den vorhin an dritter Stelle erwähnten Bestandteil des Unternehmereinkommens, den eigentlichen Unternehmergewinn, insbesondere die Frage, inwieweit er zum arbeitslosen Einkommen zu rechnen ist. Zweifellos gibt es ja zahlreiche Unternehmungen, die einen Ertrag abwerfen, der über die übliche Verzinsung für das verantwortliche Unternehmungskapital, auch wenn man das etwaige höhere Risiko in dem betreffenden Geschäftszweige mit in Rechnung stellt, plus eine angemessene Entschädigung für die vom Unternehmer geleistete Arbeit der Betriebsleitung, noch erheblich hinausgeht. Ein solcher Extra-Unternehmergewinn, wie er von Zeit zu Zeit in ganzen Geschäftszweigen allgemein auftreten kann oder wie er sich wenigstens bei bestimmten Unternehmungen eines Industriezweigs als mehr oder weniger dauerhafte Erscheinung zeigt, kann verschiedene Ursachen haben. Wenn es sich um das gleichzeitige Auftreten eines übernormal hohen Unternehmergewinns in ganzen Industriezweigen handelt, dann wird ja die Sache meist so liegen, daß die Gunst der Nachfrage sich plötzlich den Erzeugnissen der betreffenden Industrie zugewandt hat und von den vorhandenen Betrieben der so rasch gewachsene Bedarf nicht befriedigt werden kann. Den alten schon vor-

---

<sup>1)</sup> Sehr treffend schreibt hierüber *Mises*: »Vermögen, die in Kapital angelegt sind, stellen keine ewig fließende Rentenquelle dar, wie sich dies die naive Wirtschaftsphilosophie des gemeinen Mannes denkt. Daß das Kapital Ertrag abwirft, ja daß es überhaupt nur erhalten bleibt, ist nicht eine selbstverständliche Sache, die sich schon aus der Tatsache seiner Existenz erklärt. Die Kapitalgüter, aus denen sich das Kapital konkret zusammensetzt, gehen in der Produktion unter; an ihre Stelle treten andere Güter, in letzter Linie Genußgüter, aus deren Wert der Wert der Kapitalmasse wieder hergestellt werden muß. Das ist nur möglich, wenn die Produktion erfolgreich verlaufen ist, das heißt, wenn durch sie mehr an Wert erzeugt wurde als in sie hineingesteckt worden war. Nicht nur der Kapitalgewinn, auch die Reproduktion des Kapitals hat den erfolgreichen Produktionsprozeß zur Voraussetzung. Kapitalsertrag und Kapitalserhaltung sind stets das Ergebnis einer glücklich verlaufenen Spekulation. Schlägt sie fehl, dann bleibt nicht nur der Kapitalertrag aus, auch die Kapitalsubstanz wird mit hergenommen . . . . Das Kapital muß in der Produktion immer wieder neugeschaffen werden. Die einzelnen Kapitalgüter, aus denen es sich zusammensetzt, haben ein zeitlich beschränktes Dasein; dauernden Bestand gewinnt das Kapital nur durch die Art und Weise, in der es der Wille des Eigners in der Produktion einsetzt. *Wer Kapitalvermögen besitzen will, muß es täglich immer wieder neu erwerben. Kapitalvermögen ist keine Quelle von Rentenbezug, der auf die Dauer in Trägheit genossen werden kann . . . . Es gibt so wenig eine ewige Kapitalsanlage wie es eine sichere gibt. Jede Kapitalsanlage ist ein spekulatives Wagnis, dessen Erfolg im vorhinein nicht mit Bestimmtheit abzusehen ist.* A. a. O. S. 368/70. Die letzten Sätze des Zitats sind von mir hervorgehoben.

handenen Unternehmungen wird man natürlich ein besonderes Verdienst an dem Extra-Gewinn, der ihnen auf diese Weise zuteil wird, nicht zuschreiben können, zumal wenn sie im übrigen nichts tun, um für die Befriedigung des gestiegenen Bedarfs zu sorgen, also ihre Betriebe nicht erweitern. Dagegen wird bei den Unternehmern, die durch diese Marktlage veranlaßt werden, ihre Betriebe auf die Herstellung der plötzlich so stark nachgefragten Produkte umzustellen oder neue Betriebe auf dem fraglichen Gebiete zu gründen, die Teilnahme an dem erhöhten Unternehmergeinn durchaus gerechtfertigt erscheinen. Denn ihrer Initiative ist es ja zu danken, wenn die Befriedigung des gestiegenen Bedarfs nach kurzer Zeit wieder zu Preisen, die in normalem Verhältnis zu den Produktionskosten stehen, möglich wird, also eine volkswirtschaftlich sehr erwünschte Wirkung erzielt wird.

Entsteht nun für einzelne Unternehmungen ein besonders hoher Gewinn, so wird dies wohl am häufigsten darin seinen Grund haben, daß diese Unternehmungen sich vor den mit ihnen konkurrierenden Betrieben irgendeinen wirtschaftlichen Vorsprung zu verschaffen verstanden haben, etwa durch Verbesserungen an den Betriebseinrichtungen, durch eine besonders geschickte Arbeitsorganisation, durch eine besonders sorgfältige Auswahl und Anlernung ihrer Arbeiterschaft u. dgl. Momente mehr. Es liegt auf der Hand, daß gegen den Bezug eines Extragewinns, der auf die eigene Initiative des Unternehmers, sein Organisationstalent, seine Geschicklichkeit in der Menschenbehandlung und Betriebsleitung, seine größeren technischen Kenntnisse usw. zurückzuführen ist, unter moralischen Gesichtspunkten, d. h. vom Standpunkte der Bekämpfung des arbeitslosen Einkommens, sich kaum etwas einwenden läßt. Ein auf solchen Momenten beruhender Vorsprung der einen Unternehmung vor der anderen wird sich auf die Dauer freilich im Konkurrenzkampf kaum behaupten lassen. Namentlich technische Verbesserungen in einem Betriebe haben die Tendenz, bald zum Gemeingut der ganzen Industrie zu werden. Darin besteht ja eine wichtige Aufgabe für jeden rührigen Unternehmer, daß er dahinter zu kommen sucht, warum seine Konkurrenzbetriebe billiger zu produzieren imstande sind als er selbst. Und infolgedessen bleiben gewöhnlich Verbesserungen der technischen Betriebseinrichtungen und der Produktionsmethoden nicht lange Geheimnis einzelner Betriebe. Damit verschwindet der erhöhte Profit, den diese ursprüngliche bezogen. Allein durch neue technische Kombinationen können immer von neuem Produktionsvorteile für einzelne Unternehmungen geschaffen werden, und solange die Konkurrenz noch nicht hinter die Natur dieser Vorteile gekommen ist, bleibt diesen Unternehmungen dann auch ein erhöhter Gewinn gesichert. Auch der strengste Moralist wird zugestehen müssen, daß dieser Gewinn teil persönlicher Tätigkeit und Tüchtigkeit seine Ent-

stehung verdankt und daß bei ihm von Rentenbezügen nicht die Rede sein kann.

Nun finden wir aber fast in jedem Produktionszweig einzelne Unternehmungen, die in der Lage sind, dauernd oder wenigstens lange Jahre hindurch besonders hohe Gewinne zu erzielen. Es ist üblich geworden, mit bezug auf diese Gewinne von Differentialrenten zu sprechen, die einzelnen von der Natur begünstigten Unternehmungen ohne jedes Zutun des Unternehmers in den Schoß fallen. Der Fall der Grundrente, der dritten Hauptform des arbeitslosen Einkommens, der von besonderer Bedeutung für die Landwirtschaft und den Bergbau ist, wird uns nachher noch näher beschäftigen. Wenn man den Begriff der Rente oder Differentialrente auch auf den industriellen Unternehmergewinn anwendet, muß man jedenfalls große Vorsicht walten lassen. Es geht nicht an, in allen Fällen, wo Unternehmungen dauernde Produktionsvorteile vor den anderen Betrieben des gleichen Zweiges besitzen und infolgedessen einen erhöhten Gewinn beziehen, nun gleich von Differentialrenten zu sprechen und damit die Vorstellung zu erwecken, wie wenn die Gunst der Verhältnisse ohne jedes Zutun des Unternehmers ihm diesen Gewinn in den Schoß werfe. So kann man z. B. von Vorteilen des Standorts nicht generell sagen, daß sie dem Betrieb ohne Zutun des Unternehmers anhaften. Die Wahl des richtigen Standorts ist vielmehr eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des Unternehmers. Wer hier den richtigen Blick hat und seinem Betrieb eine vielleicht für den billigen Bezug der Rohstoffe einzig günstige Lage sichert, der hat ihm damit für alle Zeit einen Vorsprung vor den Konkurrenzbetrieben verschafft. Ähnlich steht es, wenn ein Unternehmer bei der baulichen Anlage und Ausgestaltung seiner Betriebe geschickt vorgeht. Durch eine zweckmäßige Einrichtung der ganzen Fabrikanlage kann er vielleicht erheblich an Transportkosten innerhalb des Betriebs sparen und sich dadurch für lange Zeit einen Vorsprung vor allen anderen Betrieben sichern, da diese doch nicht daran denken können, ihre Anlagen nun auch sofort entsprechend umzubauen. In solchen Fällen liegt keine Berechtigung vor, von Differentialrenten in dem Sinne zu sprechen, wie dieser Ausdruck gewöhnlich in der Nationalökonomie verstanden wird, wo man mit ihm eine verschiedene Gunst der natürlichen, vom Menschen unabhängigen Produktionsbedingungen meint.

Fassen wir das Ergebnis unserer Betrachtungen über den Unternehmergewinn zusammen, so erhellt deutlich, daß es nicht angeht, den Unternehmergewinn in Bausch und Bogen als arbeitsloses Einkommen hinzustellen. Aber doch hat dies ein großer Teil des Sozialismus, auch des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus, getan, und in der Praxis der sozialistischen Agitation geschieht es noch fortwährend. Die Tatsachen sprechen in dieser Hinsicht aber doch eine so deutliche

Sprache, daß unter der Wucht der Tatsachen auch der marxistische Sozialismus einzulenken beginnt. »Es geht etwas wie die Entdeckung des Unternehmers durch die neueste sozialistische Literatur«, schreibt *Schumacher*<sup>1)</sup> einmal treffend, und diese Entdeckung des Unternehmers kommt natürlich auch der Beurteilung des Unternehmergewinnns zugute. Ganz deutlich kommt diese veränderte Haltung des Sozialismus gegenüber dem einst so scharf verurteilten Einkommenszweig z. B. zum Ausdruck bei *Ed. Heimann*. Er schreibt ganz in Übereinstimmung mit dem hier Ausgeführten: »Überblickt und gliedert man zum Schluß die Gesamtsumme des Mehrwerts, der in der Volkswirtschaft verzehrt wird, so scheidet zunächst diejenige Gruppe aus, welche der sozialistischen Theorie als vornehmster Vertreter und ursprüngliche Form allen Mehrwerts gilt: der Profit. Er ist grundsätzlich Arbeitseinkommen, also Erzeugnis derjenigen, welche ihn beziehen«<sup>2)</sup>.

Damit wird eine Hauptposition der Mehrwerttheorie des Marxismus aufgegeben und anerkannt, daß *Marx* in einem entscheidenden Punkte sich geirrt hat. Denn diese veränderte Beurteilung des Unternehmergewinnns ist doch erst wieder die Folge davon, daß die Unhaltbarkeit der marxistischen Lehre von der Wertbildung der Waren erkannt worden ist. Es ist eben nicht so, daß die materielle Arbeit für sich allein schon wertbildend wirkt, wie dies bei *Marx* den Anschein hat, nachdem er den Gebrauchswert als etwas Nebensächliches beiseite schiebt. Die ganze Wertbildung der Waren wird bei *Marx* auf einen technischen Vorgang reduziert, und diese Verwechslung zwischen Wirtschaft und Technik ist der Grundirrtum des Marxismus. In dem Maße, wie sich mit den Naturstoffen Arbeit verbindet, wächst nach *Marx* auch ihr Wert.

<sup>1)</sup> Gegenwartsfragen des Sozialismus. Schmollers Jahrbuch 1920, S. 14.

Im wirtschaftsdemokratischen Programm der freien Gewerkschaften heißt es (a. a. O. S. 48): »... Das Problem, das sich bei einer solchen Umgestaltung zeigt, ist die Erhaltung der Unternehmerfunktion in der Wirtschaftsführung bei Aufhebung der Herrschaftsgrundlage des Privateigentums, auf dem sie heute noch beruht.«

<sup>2)</sup> A. a. O. S. 112. Schon vorher bemerkt *Heimann* bei der Besprechung der *Schumpeterschen* Theorie der Entstehung des Unternehmergewinns und in Übereinstimmung mit dieser (a. a. O. S. 73): »Der Profit ist also überhaupt nicht Mehrwert im sozialistischen Sinne, nicht arbeitsloses Einkommen, um welches ein Arbeitender entsprechend gekürzt würde; ,er ist der Geistesarbeit des Unternehmers zuzurechnen, er ist originales Einkommen, nicht Beutegewinn, und übrigens Mehrwert im eigentlichen Sinn: Überschuß über die Kosten'. Wer, wie z. B. *Oppenheimer* das uneingeschränkt tut, wie es aber überhaupt im Begriff des Ausbeutungsmehrwertes liegt, für gerecht hält, daß jedem der Ertrag seiner Arbeit als Einkommen zufließe, müßte auch in der sozialistischen Ordnung für volle Auszahlung des Profits an den ,Unternehmer' eintreten. Denn der ,dynamische Profit ist, obwohl er nicht in der Lohnform in Erscheinung tritt, Lohn höchstqualifizierter Arbeit und kann daher nicht ohne schwerstes Unheil für den Fortschritt der Versorgung ignoriert werden'.«

Die Arbeit für sich allein schafft aber eben noch nicht Werte, sondern nur Produkte. Ob und in welcher Höhe diesen Produkten auch Wert zukommt, das hängt in entscheidender Weise ab von der Tätigkeit der Unternehmer, inwieweit sie den gesellschaftlichen Bedarf richtig zu erkennen vermocht haben. Sowie man diesen grundlegenden Zusammenhang einmal sich klar gemacht und die *Marxschen* Konstruktionen als das erkannt hat, was sie in Wirklichkeit sind — unerlaubte Abstraktionen von unentbehrlichen Voraussetzungen des realen Lebens — muß man von selbst auch zu einer veränderten Auffassung der Entstehung des Unternehmergewinns kommen.

Je mehr sich aber aus dieser Erkenntnis heraus die Notwendigkeit ergibt, den Unternehmergeinn von dem Verdikt auszunehmen, das der Sozialismus über das arbeitslose Einkommen fällt, um so größer wird offenbar bei manchen Sozialisten die Neigung, Kapitalzins und Grundrente als jeder inneren Berechtigung entbehrende Zweige des arbeitslosen Einkommens hinzustellen — eine Auffassung, die z. B. schon bei *Heimann* deutlich durchklingt. Prüfen wir zunächst, wie die Sachlage beim Kapitalzins liegt, wenn man diesen unter dem Gesichtspunkt betrachtet, inwieweit es sich bei ihm um ein moralisch berechtigtes und verdientes Einkommen handelt.

### C. Die Stellung des Sozialismus zum Kapitalzins.

Ein Teil der älteren Zinstheorie glaubte einen Weg gefunden zu haben, um nicht nur die wirtschaftliche Entstehung des Kapitalzinses im allgemeinen zu erklären, sondern um zugleich — was natürlich etwas ganz anderes ist — das Zinseneinkommen des einzelnen Kapitalisten moralisch gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Das ist die sogenannte *Abstinenztheorie*, wie sie in ausführlicherer Form zuerst von dem englischen Nationalökonom *Nassau Senior* begründet worden ist. Der Ausgangspunkt dieser Theorie ist die Tatsache, daß die Entstehung und Vermehrung des Kapitals immer an die Bedingung eines Sparens, einer Konsumbeschränkung in dem Sinne geknüpft ist, daß in der laufenden Wirtschaftsperiode nicht so viel Güter verzehrt werden, als der Höhe des Einkommens entspricht, daß der Konsum hinter dem Maße der geleisteten Arbeit zurückbleibt, ein Teil der verfügbaren Arbeit also nicht in den Dienst der Befriedigung des laufenden Konsums gestellt wird, sondern der Herstellung von Gütern dient, deren Nutzen erst späteren Wirtschaftsperioden zugute kommt. So liegen ja die Dinge z. B., wenn ein Landwirt, statt etwa noch Gerste zu bauen, aus der er dann Bier brauen kann, einen Teil seiner Arbeit darauf verwendet, um sich eine Wasserleitung anzulegen oder seine Wiesen zu entwässern oder eine andere Bodenmelioration durchzuführen. Derjenige nun, der

dadurch, daß er seinen laufenden Konsum beschränkt oder, anders ausgedrückt, Teile seines Einkommens kapitalisiert, die unentbehrliche Vorbedingung für die Entstehung neuer Kapitalgüter erfüllt, durch die dann entweder eine qualitativ bessere Bedürfnisbefriedigung erzielt oder aber die Arbeit ertragreicher gemacht wird, hat nach dieser Auffassung auch berechtigten Anspruch darauf, eine Vergütung für das wirtschaftliche Opfer besonderer Art, das er durch die Enthaltung vom Konsum gebracht hat, zu erhalten. Und als Vergütung für das Opfer, das der Sparer durch seine Enthaltensamkeit bringt, ist eben der Zins anzusehen.

Tatsächlich ist es aber unmöglich, zwischen der Spartätigkeit des Kapitalisten und dem Zins, den er bezieht, einen solchen unmittelbaren Zusammenhang herzustellen, wie ihn die Abstinenztheorie in ihrer naiven ursprünglichen Form behauptete. Die Annahme eines solchen unmittelbaren Zusammenhangs stößt vor allem auf zwei große Schwierigkeiten. Läge der Ursprung des Zinses wirklich direkt in dem vom Sparer-Kapitalisten gebrachten Opfer an Enthaltensamkeit, so wäre die Folgerung nicht zu umgehen, daß der Zins um so höher sein müßte, je größere Entbehrungen der Sparer sich hat auferlegen müssen, um das Sparkapital anzusammeln. Und vor allem: Der Anspruch des Kapitals auf Verzinsung wird doch nicht bloß zu Lebzeiten desjenigen erhoben, der durch seine eigene Spartätigkeit das Kapital angesammelt hat, sondern der Anspruch des Kapitals auf Verzinsung ist ein dauernder, er überdauert die Person des ursprünglichen Sparers. Schon *Senior* selbst, der Begründer der Abstinenztheorie, mußte im Hinblick auf diese Erscheinung erklären, jedes Einkommen aus Kapital, das infolge Todesfalls den Besitzer wechsele, ändere vollständig seine Natur, es nehme den Charakter einer Rente an, da der Erbe sich nicht mehr auf eine von ihm persönlich geleistete Enthaltensamkeit berufen könne<sup>1)</sup>. Dies ist auch der Punkt, über den die Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus gewöhnlich nicht hinwegkommen, wenn sie zu der Frage der moralischen Berechtigung des Zinsbezugs Stellung nehmen.

Der Zins kommt nach Auffassung der Sozialisten nur zustande durch Ausbeutung der Arbeit anderer. Wie aber geht das zu, durch welche gesellschaftlichen Einrichtungen oder Zusammenhänge wird die Ausbeutung vermittelt, was verleiht dem einen Teil der Gesellschaft die Macht, sich — ohne wirtschaftliche Gegenleistung und ohne sonstigen Nutzen für die Gesellschaft — einfach einen Teil des Arbeitsertrages anzueignen? Die Darlegung dieser Zusammenhänge bildet den eigentlichen Inhalt der sozialistischen Zins- bzw. Mehrwertlehre.

---

<sup>1)</sup> Vgl. hierüber *Gide* und *Rist*, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, 3. Aufl., Jena 1923, S. 407.

Nach *Marx* besteht in der kapitalistischen Gesellschaft ein immanenter Gegensatz zwischen dem Tauschwert der Ware Arbeitskraft und ihrem Gebrauchswert. Auf dem Arbeitsmarkte kann der Unternehmer-Kapitalist jederzeit die Ware Arbeitskraft zu einem Preise kaufen, der hinter ihrem Gebrauchswert erheblich zurückbleibt. Denn »der Wert der Ware Arbeitskraft wird gleich dem jeder anderen Ware bestimmt durch die . . . zur Reproduktion dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit«. Wie dieser Satz erkennen läßt, schließt sich *Marx* in bezug auf die Bestimmungsgründe des Arbeitslohnes also im wesentlichen an die Lehre der klassischen Schule an, nach der der Preis der menschlichen Arbeit in der Hauptsache sich richtet nach den Herstellungskosten der Unterhaltungsmittel für den Arbeiter und seine Familie, insbesondere nach dem Wert der Summe von Lebensmitteln, die nötig ist, um den Arbeiter am Leben zu erhalten und ihm zu gestatten, seine Kinder großzuziehen. Nun aber kommt erst »der Kasus, der den Kapitalisten lachen macht«, wie *Marx* sich ausdrückt. Denn »die vergangene Arbeit, die in der Arbeitskraft steckt« (d. h. die Kosten der Erhaltung des Arbeiters und seiner Familie) »und die lebendige Arbeit, die sie leisten kann — ihre täglichen Erhaltungskosten und ihre Verausgabung — sind ganz verschiedene Größen. Die erstere bestimmt ihren Tauschwert, ihren Lohn; die andere bildet ihren Gebrauchswert. Daß ein halber Arbeitstag nötig ist, um ihn während 24 Stunden am Leben zu erhalten, hindert den Arbeiter keineswegs, einen ganzen Tag zu arbeiten; der Wert der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß sind also zwei verschiedene Größen. Diese Wertdifferenz hatte der Kapitalist im Auge, als er die Arbeitskraft kaufte . . . Der Geldbesitzer hat den Tageswert der Arbeitskraft gezahlt; ihm gehört daher ihr Gebrauch während des Tages, die tagelange Arbeit. Der Umstand, daß die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Arbeitstag kostet, obgleich die Arbeit einen ganzen Tag wirken kann, arbeiten kann, daß daher der Wert, den ihr Gebrauch schafft, *doppelt so groß* ist als ihr eigener Tageswert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer«<sup>1)</sup>.

Das Geheimnis der Entstehung des Mehrwerts und speziell des Zinses besteht also in der Differenz zwischen dem Tauschwert und dem Gebrauchswert der Arbeitskraft. Womit beweist nun aber *Marx*, daß diese Differenz in der kapitalistischen Gesellschaft beständig vorhanden sei und immer von neuem sich bilden müsse, und zwar noch dazu in einer solchen Höhe, daß eine Mehrwertrate von 100% sich ergibt — denn der Arbeiter schafft ja nur die eine Hälfte des Arbeitstages in seinem Interesse, die volle andere Hälfte für den Kapitalisten?

<sup>1)</sup> Das Kapital, I. Bd., 1. Buch, 5. Kap. 2. Der Verwertungsprozeß oder die Produktion des Mehrwertes.



Auf diejenigen Beweise für seine Theorie, an die man zunächst denken könnte, das *Malthussche* Bevölkerungsgesetz und das daraus abgeleitete eherne Lohngesetz *Lassalles* verzichtet *Marx* ausdrücklich. Denn es würde zu schlecht zu der Grundtendenz des ganzen Sozialismus (der doch die Rechtsordnung, die Gesellschaftsorganisation als allein schuldig an allen Nöten und Mängeln hinstellt) passen, wenn man für die elende Lage, in der sich große Teile der Bevölkerung befinden, die natürlichen Anlagen und Triebe der Menschen verantwortlich machen wollte. *Marx* ist also genötigt sich nach anderen Stützen für seine Mehrwertlehre umzusehen, und zwar trägt nach ihm die Hauptschuld an dem Zustand, daß der Arbeiter sich fortgesetzt einen so großen Abzug von seinem Arbeitsertrag gefallen lassen muß, das, was er als das *gesellschaftliche Klassenverhältnis* des *Kapitals* bezeichnet. Da dieser Begriff des Kapitals im System des Marxismus, speziell in der Mehrwerttheorie, eine überaus wichtige Rolle spielt, ist es notwendig, hier etwas näher auf ihn einzugehen.

Unter »Kapital« versteht *Marx* in weiter Abweichung von der sonst in der Nationalökonomie üblichen Terminologie nur eine historische Kategorie des Wirtschaftslebens, ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis, das auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktionstechnik und der Produktivkräfte entstanden ist, und zwar ist das Kapital ein Produktionsverhältnis der geschichtlichen *bürgerlichen* Produktionsstufe. Von einem »Kapital« in dem Sinne, wie der Marxismus diesen Ausdruck versteht, kann überhaupt nur die Rede sein unter der Voraussetzung, daß eine »bürgerliche Gesellschaft« da ist, d. h. daß die Gesellschaftsordnung auf der Institution des Privateigentums beruht, wie man dies gewöhnlich auszudrücken pflegt. Und das Wesen des gesellschaftlichen Klassenverhältnisses, das *Marx* als »Kapital« bezeichnet, besteht nun darin, daß in der bürgerlichen Gesellschaft eine vollständige oder wenigstens sehr weitgehende Trennung des Kapitalbesitzes von der Arbeit sich herausgebildet hat, daß die Klassenscheidung und Entwicklung bis dahin gediehen ist, daß auf der einen Seite die Besitzer der Produktionsmittel für sich stehen, auf der anderen Seite aber die von allen Arbeitsmitteln entblößten, zugleich aber rechtlich freien Arbeiter. *Marx* selbst antwortet auf die Frage: »Worin besteht das gesellschaftliche Kapitalverhältnis?« mit den Worten: »Darin, daß an dem einen Pole der sozialen Stufenleiter sich alles Kapital befindet, während an dem anderen Pole sich die »freien Arbeiter« befinden, frei in einem doppelten Sinne: sie sind frei; entblößt von allem eigenem Kapitalbesitz und daher gezwungen, sich dem Kapitalisten auszuliefern, und sind zweitens frei, weil sie als politisch freie Bürger das Recht haben, über ihre Arbeitskraft nach Belieben zu verfügen.«

Die Annahme einer bis zu diesem Punkte gediehenen Klassenscheidung

in der Gesellschaft ist der Ausgangspunkt und die grundlegende Voraussetzung der marxistischen Mehrwerttheorie. Erst durch das Vorhandensein dieser Voraussetzung wird der Produktionsmittelbesitz zum »Kapital« im marxistischen Sinne, d. h. zum Mehrwert heckendem Wert, oder kommt mit anderen Worten eine Ausbeutung des Arbeiters zustande. *F. Oppenheimer*, den man zu diesem Punkte wohl als berufenen *Marx*-Interpreten gelten lassen kann, bemerkt hierüber <sup>1)</sup>: »Nur, wenn diese Scheidung gegeben ist, kann es zu jener Abgabe oder jenem Abzuge vom Arbeitsertrage kommen, den wir Profit nennen. Wären alle Menschen gleichmäßig mit Produktionsmitteln ausgestattet, so brauchte keiner dem anderen etwas abzugeben, brauchte sich keiner vom anderen etwas abziehen zu lassen. Jenes gesellschaftliche Verhältnis zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden ist also die Grundlage des Kapitalismus; und darum nennt *Marx* es kurz und glücklich: das ‚Kapitalverhältnis‘«.

Statt von einem »Kapitalverhältnis« könnte man für den Tatbestand, den *Marx* zum Ausdruck bringen will, natürlich ebensogut auch von einem Arbeitsverhältnis bestimmter Art sprechen. Warum nun eigentlich mit der Entstehung des Kapitalverhältnisses im marxistischen Sinne von Anfang an auch eine Ausbeutung des Arbeiters als notwendige Erscheinung verknüpft sein soll, das tritt im System des Marxismus nicht mit der Deutlichkeit hervor, wie man es eigentlich bei einem Punkte von so entscheidender Bedeutung für das System zu erwarten berechtigt wäre. Soviel ist aber klar, daß *Marx* mit dem Kapitalverhältnis von Anfang an eine ökonomische Übermacht der besitzenden Klassen gegeben sein läßt. Die Entstehung des Kapitalverhältnisses ist ihm gleichbedeutend mit der Herausbildung einer ungünstigen Situation für die Arbeiter auf dem Arbeitsmarkte. Die Arbeiter sind, eben weil sie des Besitzes eigener Produktionsmittel ermangeln, gezwungen, ihre Arbeitskraft denen zur Verfügung zu stellen, welche die Produktionsmittel besitzen, und dabei herrscht nach der Annahme von *Marx* offenbar schon von Anfang an der Zustand eines Überangebots von Arbeit, es laufen immer zwei Arbeiter einem Unternehmer nach und unterbieten sich, so daß der Lohn hinter dem Ertrag der geleisteten Arbeit zurückbleibt und für den Arbeitgeber Mehrwert übrig bleibt <sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Die soziale Frage und der Sozialismus. 12. und 13. Tausend. Jena 1925, S. 40.

<sup>2)</sup> So ist auch nach *Oppenheimers* Auffassung die Lehre von *Marx* zu interpretieren. »Nur wenn immer zwei Arbeiter einem Meister nachlaufen und sich unterbieten, ist es augenscheinlich möglich, daß eine ganze Wirtschaftsentwicklung nach dem Typus der kapitalistischen abläuft, so daß der gesamte oder doch fast der gesamte Zuwachs der gütererzeugenden Kräfte einer Minderheit zugute kommt; umgekehrt aber würden, das ist gar nicht zu bezweifeln, in einer Gesellschaft ohne Überfluß an freien Arbeitern sich alle Vorteile der Arbeitsteilung und des mit ihr

Während es bei *Marx* einigermaßen unklar bleibt, warum die Entstehung des Kapitalverhältnisses, »die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals«, wie der Vorgang in der Sprache des Marxismus heißt, gleich von einem Überangebot an Arbeit begleitet ist, von dem eine lohndrückende Wirkung ausgeht, hat *Marx* dann großen Scharfsinn und viel Mühe darauf verwendet, den Nachweis dafür zu erbringen, warum das Kapitalverhältnis, nachdem es einmal entstanden war, sich immer wieder von selbst und von Innen heraus, d. h. durch die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eigentümlichen Bewegungsgesetze, reproduzieren muß. In dem sogenannten »Gesetz der Akkumulation«, in der Erklärung, wie die fortgesetzte Reproduktion der Armee freier Arbeiter und damit die beständige Erneuerung des Überangebots von Arbeit auf dem Arbeitsmarkte zustande kommt, liegt der wichtigste Teil der ganzen Mehrwerttheorie. Darauf hat *Marx* selbst hingewiesen, indem er erklärte, ein Mehrwert könne nur solange im kapitalistischen Reproduktionsprozeß herauskommen, wie das Kapitalverhältnis selbst sich reproduziert. *Oppenheimer* hat daher nicht Unrecht, wenn er das Gesetz der Akkumulation die »Zitadelle« der ganzen marxistischen Systematik nennt, während die Arbeitswerttheorie, die von den bürgerlichen Ökonomen immer benannt werde, nur ein Außenwerk der *Marxschen* Gedankenfestung darstelle, mit dessen Fall die Zitadelle noch nicht einmal bedroht, geschweige denn erobert sei.

Was besagt nun das *Marxsche* Gesetz der Akkumulation? *Marx* hat ja, wie schon erwähnt, auf die nächstliegende Art, wie man die Entstehung eines beständigen Überangebots auf dem Arbeitsmarkte erklären kann, auf das von *Malthus* aufgestellte Bevölkerungsgesetz verzichtet. Statt eines aus den allgemein menschlichen Trieben und Anlagen abgeleiteten, für alle Zeiten und Länder gültigen Bevölkerungsgesetzes entwickelt *Marx* ein spezifisches Bevölkerungsgesetz für die kapitalistische Gesellschaft, und dieses spezifische Bevölkerungsgesetz hat in seinem System zugleich die wichtige Aufgabe, zu erklären, wie ein beständiges Überangebot an Arbeit und damit ein Mehrwert, den der Arbeiter an den Kapitalisten abtreten muß, zustande kommt. Gegen die *Marxsche* Lehre, daß das Kapitalverhältnis mit einem beständigen Überangebot an Arbeitern auf dem Arbeitsmarkte gleichbedeutend ist, liegt es ja nahe den Einwand zu erheben: im Anfang der Entwicklung mag das vielleicht zutreffen, aber warum muß das immer so bleiben? Kann nicht auch die Kapitalbildung einmal ein so schnelles Tempo annehmen, daß das Kapital schneller sich vermehrt als die Bevölkerung? Muß damit nicht von selbst das Über-

---

verknüpften technischen Fortschritts mit großer Gleichmäßigkeit über alle Schichten des Volkes verteilen.« (A. a. O. S. 132/33.)

angebot von Arbeit auf dem Arbeitsmarkte verschwinden und der Lohn auf eine Höhe steigen, die die Entstehung eines Mehrwerts unmöglich macht und das Kapitalverhältnis vernichtet? Nein, so erwidert *Marx* auf diesen Einwand, das ist durch die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise ausgeschlossen. Diese bewirken nämlich, daß das für die Zunahme oder Abnahme der Beschäftigung von Arbeitern allein entscheidende Lohnkapital, das sogenannte variable Kapital, im Verhältnis zum Wachstum der Bevölkerung immer langsamer sich vermehrt. Denn im Laufe der Entwicklung verändert sich infolge der Fortschritte der Technik auch die organische Zusammensetzung des Kapitals: ein relativ beständig zunehmender Teil des Kapitals entfällt auf das konstante Kapital, das in Maschinen, Produktionsanlagen aller Art usw. angelegt werden muß; für das variable, das in Lohn ausgelegte Kapital bleibt infolgedessen entsprechend weniger übrig. Da nun aber der auf immer mehr Gebieten sich vollziehende Übergang zur Maschinenteknik gleichzeitig auch eine Freisetzung von Arbeitern bewirkt, Arbeiter beschäftigungslos macht, und zwar nicht nur vorübergehend, sondern dauernd, so entsteht in der kapitalistischen Produktionsweise beständig von Neuem ein Überangebot von Arbeitern, oder, wie *Marx* in seiner Sprache es bezeichnet, eine »industrielle Reservearmee«.

Nun ist zwar sicher richtig, daß die Einführung von Maschinen oft große Verschiebungen in der Beschäftigung von Arbeitern hervorruft, aber für die Arbeiter, die durch die Maschinenteknik zunächst in einem Produktionszweig überflüssig werden, entsteht regelmäßig an anderen Stellen der Volkswirtschaft eine Mehrnachfrage nach Arbeit, die ausreicht, um den Rückgang der Nachfrage nach Arbeit in dem die Maschine einführenden Industriezweig wieder auszugleichen. Ganz gleich, wem der Gewinn zufällt, der durch die Einführung der Maschine erzielt wird, ob er sich bei den Unternehmern in Gestalt erhöhter Unternehmergewinne niederschlägt, oder ob er sich in höhere Löhne für die Arbeiter umsetzt, oder ob er endlich, — das wird ja auf die Dauer die Hauptwirkung sein — den Konsumenten in Gestalt niedrigerer Preise für die von ihnen gekauften Produkte zugute kommt: dieser Gewinn muß irgendwo in der Volkswirtschaft in einer Mehrnachfrage nach Arbeit wieder zutage treten. Für die durch die Maschine verdrängten Arbeiter bietet sich also stets eine Kompensationsmöglichkeit, so daß quantitativ durch die Maschine keine Verminderung der Nachfrage der Arbeit hervorgerufen wird. Mit dieser Feststellung verliert das *Marxsche* Gesetz der Akkumulation eine seiner Hauptstützen, und auch die Mehrwerttheorie selbst wird erschüttert.

Die nun folgenden kurzen Überlegungen über den Zins als Knappheitspreis und seine wirtschaftlichen Funktionen schließen sich in allen

Hauptpunkten an die Zinstheorie von *Gustav Cassel* an <sup>1)</sup>). Die *Casselsche* Auffassung des Zinsproblems ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß sie die Frage der Notwendigkeit des Zinses an sich trennt von der Frage des privaten Zinsbezugs. In der Mehrzahl der älteren Zinstheorien laufen ja diese beiden Probleme hoffnungslos durcheinander. Man muß aber die Frage des privaten Zinsbezugs völlig trennen von der Frage der Notwendigkeit des Zinses an sich, und also zunächst die Frage aufwerfen, ob nicht auch eine auf dem Gemeineigentum an den sachlichen Produktionsmitteln aufgebaute Gesellschaft genötigt sein würde, bei der Preisbildung der Waren einen besonderen Preis für die Nutzung des Kapitals zu erheben. Diese Frage ist nun entschieden zu bejahen. Auch eine sozialistische Gesellschaft kommt nicht ohne die Erhebung eines Zinses aus, sobald der sozialistische Staat seinen Bürgern *Freiheit des Konsums* gewährt, und die Hauptvertreter des wissenschaftlichen Sozialismus haben ja im Unterschiede von den eigentlichen Kommunisten erklärt, an der Einrichtung der Freiheit des Konsums festhalten zu wollen. Unter diesen Umständen wird aber die Erhebung eines Zinses nach dem Maße, wie bei der Herstellung der einzelnen Güter Kapital gebraucht wird, zur unumgänglichen Notwendigkeit. Auch der sozialistische Staat kommt dann mit einer Berechnung der Güterpreise bloß nach den Arbeitskosten nicht aus, er kann beispielsweise die Mietpreise der Wohnungen nicht in der Weise festsetzen, daß durch die Mieten nur die jährlichen Unterhaltungskosten der Häuser und ihre Abnutzung gedeckt werden, auf einen Zins für das in den Häusern steckende Kapital dagegen verzichtet wird.

Herrscht in einer Wirtschaftsordnung Freiheit des Konsums, verzichtet also der Staat darauf, die Nachfrage mit dem Angebot auf andere Weise als nur durch den Druck der Preisbildung zur Übereinstimmung zu bringen, so muß bei der Bildung der Warenpreise für jeden Bestandteil der Produktionskosten, der aus selbständigen Gründen knapp ist im Verhältnis zum Bedarf, auch ein besonderer Preiszuschlag gemacht werden. Das trifft aber für das Kapital ebenso zu wie für die Arbeit. Das Angebot von Kapitalnutzungen ist immer nur beschränkt vorhanden, es hat noch nie ausgereicht, um gleichzeitig alle Fälle, wo an sich das Kapital mit Nutzen verwertet werden könnte, zu berücksichtigen. Diese beständige Knappheit des Kapitals geht aber auf ihre eigenen, besonderen Ursachen zurück. Das Kapital ist nicht nur knapp, weil die Arbeit knapp ist, und zur Anfertigung der konkreten Kapitalgüter, der Maschinen, Schiffe, Hochofenanlagen, Häuser usw. Arbeit gebraucht wird, sondern es ist knapp, weil zur Vermehrung des Kapitals einer Gesellschaft von

<sup>1)</sup> Vgl. *Theoretische Sozialökonomie*, 4. Aufl., Leipzig 1927; *The Nature and Necessity of Interest*. London 1902; *Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag*. Göttingen 1900.

der wirtschaftenden Menschheit, und zwar ganz ohne Rücksicht auf die Rechtsordnung, in der sie lebt, außer der Arbeit, welche die Anfertigung der Kapitalgüter erfordert, noch ein zweites wirtschaftliches Opfer zu bringen ist, nämlich eine Einschränkung des laufenden Konsums, ein Genußaufschub, ein Sparen, oder wie man es bezeichnen will. Dieses Opfer kann aber in jeder Wirtschaftsperiode stets nur in beschränktem Maße gebracht werden. Denn bei der Einschränkung des laufenden Konsums lassen sich gewisse Grenzen nicht überschreiten. Die Ausdehnung des Konsums und nicht seine Einschränkung ist doch das eigentliche Ziel jeder menschlichen Wirtschaft. Durch die jährliche Vermehrung des Kapitals ist daher bisher die Kapitalknappheit noch nie beseitigt worden. Denn während das Angebot von Kapital zunahm, hat gleichzeitig auch immer wieder der Kapitalbedarf namentlich infolge des Wachstums der Bevölkerung, ferner aber auch infolge der Fortschritte der Technik eine entsprechende Zunahme erfahren, und das Verhältnis zwischen Bedarf und Deckung im ganzen ist infolgedessen ziemlich unverändert geblieben.

Die Notwendigkeit des Kapitalzinses wurzelt also in zwei Tatsachen:

1. In einer *natürlichen Tatsache*, die ganz unabhängig ist von der jeweils geltenden Rechtsordnung des Wirtschaftslebens, nämlich in der andauernden, auf selbständigen Ursachen beruhenden Knappheit des Kapitals. Der Kapitalzins ist ebenso als ein Knappheits- oder Seltenheitspreis aufzufassen wie das von dem Preis der menschlichen Arbeit, dem Arbeitslohn, gilt. Der Annahme einer besonderen Machtstellung, in der sich die Kapitalisten gegenüber den Arbeitern befinden, bedarf es für die Erklärung der Entstehung des Zinses ebensowenig, wie man daran denkt, die Entstehung des Arbeitslohnes etwa aus der Ausnutzung einer besonderen Machtstellung im Wirtschaftsleben, deren sich die Arbeiter erfreuen, abzuleiten. Zur Kritik der Lehren, die den Ursprung des Zinses auf die Ausnutzung einer Machtstellung zurückführen, bemerkt *Cassel* treffend <sup>1)</sup>:

»Die Kapitalisten bilden wohl die einzige wirtschaftliche Gruppe der modernen Gesellschaft, die keine Organisation zur Verteidigung ihres gemeinsamen Interesses hat. Sie beziehen einen Zins in der tatsächlichen Höhe, nicht weil sie sich durch irgendwelche Machtmittel diesen Zins erzwingen, ja nicht einmal, weil sie es wollen, sondern einfach deshalb, weil es eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, die Nachfrage nach Kapitaldisposition zu beschränken und weil diese Beschränkung nach den allgemeinen Prinzipien der Preisbildung der Tauschwirtschaft nur dadurch durchgeführt werden kann, daß auf die Kapitaldisposition ein hinreichend hoher Preis gesetzt wird. Denkt man sich, daß die Sparer

---

<sup>1)</sup> Theoretische Sozialökonomie, 4. Aufl., S. 224/25.

ganz dieselbe Menge Kapitaldisposition zur Verfügung stellen würden, auch wenn sie gar keinen Zins erhielten, so würde dennoch der Zinsfuß nicht verschwinden. Die Knappheit der zur Verfügung stehenden Menge von Kapitaldisposition würde immer eine Beschränkung der Nachfrage durch einen angemessenen Zinsfuß notwendig machen. Die Existenz des Zinses ist also von der Forderung der Kapitalisten, einen Zins zu bekommen, wesentlich unabhängig.«

2. In einer *sozialen Tatsache*, in einer Einrichtung der Rechtsordnung. In gewissem Sinne hat also der Sozialismus recht, wenn er den Zins als eine Folgeerscheinung der heutigen Rechtsordnung hinstellt. Aber zugleich springt der gewaltige Unterschied der gewöhnlichen sozialistischen Auffassung des Zinses von der hier vorgetragenen in die Augen. Nach sozialistischer Auffassung ist der Zins nichts weiter als ein Abzug vom vollen Arbeitsertrage, den der Eigentümer des Kapitals auf Grund seines Eigentumsrechts zu machen imstande ist. Der Zins verdankt also lediglich der Institution des Privateigentums seine Entstehung. Irgendein anderer wirtschaftlicher Zweck ist mit der Einrichtung des Zinses aber nicht verbunden; er dient nur der Ausbeutung der einen durch die anderen. Wir sind im Gegensatz hierzu zu dem Ergebnis gekommen: der Zins ist in jeder Gesellschaft unentbehrlich, die ihren Mitgliedern Freiheit des Konsums gewährt, gleichviel, ob Privateigentum oder Gemeineigentum an den Produktionsmitteln herrscht. Nur der kommunistische Staat, in dem die Zentralbehörde allen Bürgern die Rationen zu mißt, die sie von jedem Gute verzehren dürfen, kann denkbarerweise auf den Zins verzichten und der Tatsache der Kapitalknappheit auf andere Weise als durch Erhebung eines Kapitalzinses Rechnung tragen, für alle Gesellschaftsordnungen dagegen, in denen die Freiheit des Konsums noch anerkannt wird, ist das unmöglich.

Zugleich erhellt hieraus, welches die weitere oder mittelbare wirtschaftliche Funktion des Zinses ist, abgesehen von seiner unmittelbaren Aufgabe, die Nachfrage nach Sparkapital hinreichend zu beschränken. *Der Zins hat die Aufgabe, die Mittel für den wirtschaftlichen Fortschritt zu liefern, insbesondere für diejenige Ausdehnung und Erweiterung der Produktion, die durch das Wachstum der Bevölkerung nötig wird*<sup>1)</sup>. In einer Gesellschaft, in der die Bevölkerung regelmäßig fortfährt, sich zu vermehren, werden unbedingt auch immer beträchtliche Mittel für die Erweiterung der Produktion gebraucht. Was in einem Lande wie Deutschland in jedem Jahre an Kapital gebildet werden muß, um die

<sup>1)</sup> »Eine fortschreitende Gesellschaft kann niemals die volle Frucht ihrer Arbeit genießen; die Arbeiter müssen für die Nützlichkeiten im ganzen über die Arbeitskosten hinaus ein Agio, einen »Mehrwert« bezahlen. Damit ist ein für allemal der fundamentale Irrtum des theoretischen Sozialismus bloßgelegt« (*Cassel*, Recht auf den vollen Arbeitsertrag, S. 124).

Zahl der Wohnungen, die Produktionsanlagen in der Industrie, die Verkehrseinrichtungen usw. entsprechend dem Bevölkerungswachstum zu vergrößern, das war vor dem Kriege auf eine Summe von etwa 4 bis 5 Milliarden Mark zu veranschlagen. In einer solchen wachsenden Gesellschaft aber ist es ganz unmöglich, dem Arbeiter ein Recht auf den vollen Arbeitsertrag einzuräumen. In jeder fortschreitenden Gesellschaft müssen vielmehr die Arbeiter immer sich Abzüge vom Arbeitsertrag gefallen lassen, sonst wäre jede Ausdehnung der Produktion unmöglich. Das hat auch *K. Marx* sehr wohl gewußt. Unter den Posten, die nach ihm vom Volkseinkommen abgezogen werden müssen, ehe sich das ergibt, was für den Konsum verteilt werden kann, befinden sich als Nr. 2 »zusätzliche Teile für die Ausdehnung der Produktion«.

Die einfachste, zweckmäßigste und gerechteste Form, wie sich auch eine sozialistische Gesellschaft die für die Ausdehnung der Produktion erforderlichen Mittel beschafft, wird aber die Erhebung von Preiszuschlägen auf die Arbeitskosten der einzelnen Waren nach Art der heutigen Kapitalzinsen sein. Und wenn Freiheit des Konsums im Sozialstaate herrschen soll, dann kommt, wie bereits gezeigt, eine andere Art der Erhebung (etwa durch allgemeine Steuern) überhaupt nicht in Frage. Denn ohne die Ansetzung von Kapitalzinsen bei der Warenpreisbildung würde eine Regulierung des Konsums nur durch den Druck der Preisbildung ganz undurchführbar sein.

Durch die Ergebnisse, zu denen wir bei dieser Betrachtung gelangt sind, gewinnt nun auch die Frage des *privaten Zinsbezugs* und überhaupt des arbeitslosen Einkommens in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ein ganz anderes Gesicht. Wir werden dadurch genötigt, bei der Beurteilung des arbeitslosen Einkommens nicht in erster Linie darauf zu achten, in welcher Höhe arbeitsloses Einkommen von einzelnen Personen bezogen wird, als vielmehr darauf, wie dieses Einkommen von ihnen *verwendet* wird. Die Frage des arbeitslosen Einkommens in der heutigen Wirtschaftsordnung ist nicht sowohl zu beurteilen vom Standpunkte des Einkommensbezugs als vielmehr von dem der Einkommens*verwendung* aus. Auch in der heutigen Wirtschaftsordnung müssen irgendwie die Mittel für den wirtschaftlichen Fortschritt aufgebracht werden, und auch heute ist zunächst das Zinsen- und sonstige Renteneinkommen dazu da, um zur Vermehrung des volkswirtschaftlichen Kapitals verwendet zu werden.

*Die für die volkswirtschaftliche Beurteilung des privaten Zinsbezugs entscheidende Frage ist also die nach der Verwendung des Zinseneinkommens.* Verwenden die privaten Kapitalbesitzer das Einkommen, das ihnen ihr Besitz abwirft, zur Hauptsache nicht für ihren persönlichen Bedarf, geben sie es mit anderen Worten nicht konsumtiv aus, sondern stellen sie es in den Dienst der Kapitalbildung und -vermehrung, so verliert die



Tatsache des Vorhandenseins von arbeitslosem Einkommen ihre Hauptgefahr. Denn diese liegt darin, daß die Bezieher des Kapitalzinses und der Grundrente ihr Einkommen zu einer müßigen und verschwenderischen Lebensführung verwenden. Wenn sie das tun, dann wird die Institution des arbeitslosen Einkommens allerdings die Folge haben, daß die eigentlich arbeitenden Schichten der Bevölkerung dadurch in ihrem Einkommen verkürzt werden. In dem Maße dagegen, in dem die Kapitalisten und Grundbesitzer ihr Renteneinkommen dazu verwenden, um immer wieder neues Vermögen zu bilden, wird diese Gefahr vermieden.

Das Urteil über das arbeitslose Einkommen in der heutigen Gesellschaft muß also in erster Linie von dem Gebrauch abhängig gemacht werden, den die Klassen, die dieses Einkommen beziehen, von ihm machen. Hier ist somit ein Punkt, wo das Urteil über die bestehende Wirtschaftsverfassung wesentlich mitbedingt wird durch das wirtschaftlich-moralische Verhalten der besitzenden Klassen selbst. Je einfacher und sparsamer diese leben, je mehr sie ihren Verbrauch beschränken auf das, was sie durch eigene Arbeit verdient haben, während sie das Zinseneinkommen der Vermögensbildung zuführen und es somit der Aufgabe widmen, für die es recht eigentlich bestimmt ist, um so weniger wird sich unter sozialen Gesichtspunkten gegen die Existenz des arbeitslosen Einkommens einwenden lassen. *Cassel* hat diesen Gedanken einmal sehr treffend folgendermaßen formuliert: »Man könnte es als eine ideale Pflicht der Gesellschaftsklassen, die in der Hauptsache das Zinseneinkommen beziehen, als der höheren Einkommensklassen, bezeichnen, im ganzen eine entsprechende Summe zum Ankauf von neuem Kapital zu verwenden. Tun sie das, dann erfüllen die Privatkapitalisten ihr Amt zu denselben Bedingungen, wie die sozialistische Gesellschaft es tun würde, der Zinsfuß ist derselbe, wie er bei sozialistischer Organisation der Volkswirtschaft sein würde. Dann würde auch die strengste Kritik im Beziehen eines Zinseneinkommens keine Spur von Ausbeutung der ärmeren Klassen entdecken können«<sup>1)</sup>.

Wie steht es nun in diesem für die allgemeine Beurteilung der bestehenden Wirtschaftsordnung in erster Linie mitentscheidenden Punkte mit dem tatsächlichen Verhalten der wohlhabenden und reichen Klassen? Es ist natürlich nicht leicht, hierüber ein Urteil abzugeben. Denn es handelt sich hier um die Frage, wieviel die oberen Klassen von ihrem Einkommen konsumtiv ausgeben und wieviel sie wieder der Kapitalbildung widmen. Darüber dringt aber im allgemeinen nichts in die Öffentlichkeit. Trotzdem ist es doch nicht unmöglich, hierüber etwas auszusagen. Wir stoßen hier aber auf einen Punkt, wo die Verhältnisse bei dem ursprüng-

---

<sup>1)</sup> Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, S. 139/40.

lichen Zins, den der Unternehmer bezieht, etwas anders liegen als bei dem Leihkapitalzins. In bezug auf den *Kapitalgewinn der Unternehmer* darf man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß bei ihm eine größere Quote der Kapitalbildung zugeführt wird als das bei dem Darlehenszins für ausgeliehene Kapitalien der Fall ist. Daß hier, bei dem Kapitalgewinn der Unternehmer, die »Investitionsquote« größer ist als die Konsumquote im Vergleich mit den Verhältnissen bei dem gewöhnlichen Leihkapitalzins, das erklärt sich aus verschiedenen Momenten. *Marx* spricht einmal etwas ironisch von dem »faustischen Konflikt zwischen Akkumulations- und Genußtrieb, der sich in der Hochbrust des Kapitalindividuums entwickelt«. In Wahrheit hat der Unternehmer oft gar keine Wahlfreiheit mehr, wieviel er von dem Reinertrag seiner Betriebe auf die Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse seiner selbst sowie seiner Familie verwenden und wieviel er in den Dienst der Kapitalansammlung stellen will, sondern die Verhältnisse schreiben ihm seine Entscheidung vor. Wenn er sein Unternehmen lebens- und konkurrenzfähig erhalten will, dann ist er nicht selten gezwungen, immer wieder von neuem den größten Teil seines Gewinns in das Geschäft zu stecken und sich mit dem Rest zu begnügen, der dann noch übrig bleibt. In bezug auf das Unternehmereinkommen braucht man also nicht zu befürchten, daß hier die Konsumquote zu reichlich und die Investitionsquote zu mager ausfallen könne. Daß hier kein Grund zu Besorgnissen vorliegt, dafür hat der Sozialismus selbst Zeugnis abgelegt, wenn auch wider Willen, in der allgemeinen Klage, die er und andere mit ihm über die Schrankenlosigkeit und Unersättlichkeit des Erwerbstriebes der Unternehmer angestimmt haben. Die Allgemeinheit dieser Klagen, die das Lieblingsthema der Moralprediger aller Länder schon seit Jahrhunderten bilden, ist ein deutliches Zeichen, daß das Unternehmertum im allgemeinen nicht von dem Streben nach üppiger Lebensführung und Genuß beherrscht ist. Wäre dem so, dann könnte nicht gut zugleich darüber geklagt werden, daß vom Unternehmertum in seinem rastlosen Erwerbstreben nur immer Kapital auf Kapital gehäuft werde. Der eine Vorwurf hebt den anderen auf. Wenn wir immer wieder hören müssen, daß die großen Unternehmer »Vermögen ansammeln, die ihren Besitzern selbst zum Unheil gereichen und jedem vernünftigen Maßstabe eines kulturgemäßen Bedarfs Trotz bieten«, wenn z. B. Äußerungen von *Rockefeller* zitiert werden, die angeblich in geradezu klassischer Form die jeden vernünftigen Grundes bare Tendenz zum schrankenlosen Erwerb zum Ausdruck bringen sollen, die dem kapitalistischen Unternehmer eigentümlich sein soll, wenn *Rockefeller* selbst dabei als der Geschäftsmann bezeichnet wird, der, fragte man ihn selber, nicht zu sagen wüßte, weshalb er immer nach mehr strebt, da er doch längst genug hat, so sind das ebensoviel Zeugnisse dafür, daß der Unternehmerstand sein Lebensziel nicht in ver-

schwenderischem Luxus, sondern in der Arbeit am Ausbau seiner Unternehmungen und in der fortgesetzten Vermögensbildung erblickt.

Etwas anders als beim Unternehmergewinn liegt, wie bereits angedeutet, die Sache beim *Leihkapitalzins*. Hier muß man ohne Zweifel damit rechnen, daß die Konsumquote im Verhältnis viel größer ist als beim Unternehmergewinn. Dieses Moment, in Verbindung mit dem Charakter dieser Einkommensart als eines nicht durch eigene Betätigung erworbenen Einkommens, ist wohl die Ursache, weshalb dieser Einkommenszweig bei manchen Sozialisten besonders scharf verurteilt wird. Wenn von dem Zinseneinkommen der Nurkapitalisten ein geringerer Teil der Kapitalbildung zugeführt wird als von dem Gewinn der Unternehmerkapitalisten, dann wollen wir aber doch die soziale Funktion nicht übersehen, die diesem Zinseneinkommen heute in großem Umfange mit übertragen ist. Jede Gesellschaft, und daher selbstverständlich auch ein auf allgemeiner Arbeitspflicht aller erwachsenen Gesellschaftsmitglieder beruhendes sozialistisches Gemeinwesen, muß Mittel aufwenden, um die noch nicht, sowie die nicht mehr arbeitsfähigen Gesellschaftsmitglieder zu unterhalten, die ersteren wenigstens, soweit sie keine Angehörigen haben, die für sie zu sorgen imstande sind. Und es liegt auf der Hand, daß die Belastung einer sozialistischen Gesellschaft durch die Alters- sowie die Witwen- und Waisenrenten, die sie gewähren muß, nicht gering sein wird. Diese soziale Funktion, für die nicht mehr produktiven Altersklassen sowie die Witwen und Waisen aus bestimmten Gesellschaftsklassen, nämlich aus dem Unternehmertum und dem selbständigen Mittelstande, die nötigen Mittel zu liefern, fällt heute zur Hauptsache dem Zinseneinkommen und zwar speziell in der Form des Leihkapitalzinses zu. Zuzugeben ist höchstens, daß die so durch private Initiative geschaffenen Alters-, Witwen- und Waisenrenten manchmal vielleicht reichlicher ausfallen, als sie der Staat gewähren würde, wenn die Aufgabe, für die unproduktiven Altersklassen zu sorgen, zu den Verpflichtungen des Staates gehörte. Bringen wir nun aber von dem Gesamt-Zinseneinkommen in der Volkswirtschaft den wieder der Kapitalbildung zugeführten Teil sowie ferner den Teil, der nur den Charakter angemessener Alters-, Witwen- und Waisenrenten für den wirtschaftlich selbständigen Teil der Bevölkerung besitzt, in Abzug, ist der dann noch übrig bleibende Teil wirklich groß genug, daß man um seinetwillen einen Feldzug gegen das Zinseneinkommen überhaupt eröffnen und eine Neuorganisation der Gesellschaft auf einer Grundlage fordern muß, bei der jede Möglichkeit zum Bezug eines arbeitslosen Einkommens beseitigt ist?

Die Grundgedanken der *Casselschen* Zinstheorie führen von selbst auch zu einer Rechtfertigung des Zinses, allerdings einer Rechtfertigung ganz anderer Art, als sie die ältere Abstinenztheorie geben wollte und der

Sozialismus sie sucht. Sozialismus und Abstinenztheorie stimmen darin überein, daß sie das Zinseneinkommen nur als gerechtfertigt ansehen zu können glauben, wenn sie auf entsprechende persönliche Leistungen der individuellen Zinsbezieher hinzuweisen imstande sind. Man braucht aber, um den Zins gerechtfertigt zu finden, nicht diesen Weg einzuschlagen. Man kann den Zins auch gerechtfertigt finden, nicht durch persönliche Verdienste der einzelnen Zinsbezieher, sondern durch das, was der Zins für die Gesellschaft im ganzen leistet. Das ist der Weg der Rechtfertigung des Zinses, den die *Casselsche* Zinstheorie geht, oder zu dem sie wenigstens hinführt. Nach ihr ist der besondere Preis für die Kapitalnutzung, der heute allgemein sich bildet, aufzufassen als ein Preis, den die Gesellschaft für die Freiheit des Konsums zahlt. Daher kann von allen Wirtschaftsordnungen denkbarerweise nur die kommunistische den Zins entbehren, weil sie auf die Freiheit des individuellen Konsums verzichtet. Der Preis, den wir im Zins für die Freiheit des Konsums bezahlen, ist aber recht billig zu nennen, denn der Zins ist zugleich eine sehr bequeme Methode der Aufbringung der Mittel für den wirtschaftlichen Fortschritt, für die Ausdehnung und Vervollkommnung der Produktion, sowie auch der Aufbringung eines Teils der Altersrenten, die die Gesellschaft sonst zahlen müßte. Und endlich sorgt die Einrichtung des Zinses dafür, daß das stets nur in beschränkter Menge verfügbare neugebildete Kapital der Volkswirtschaft denjenigen Verwendungsweisen zugeführt wird, in denen es den höchsten Nutzen zu stiften vermag, — eine Aufgabe der Produktionsleitung, bei der uns gewöhnlich die Sozialisten die Antwort auf die Frage schuldig bleiben, wie sie in einem zinsfreien Sozialstaat der Zukunft gelöst werden sollte.

#### D. Die Stellung des Sozialismus zur Grundrente.

Die Grundrente stellt für den Sozialismus — in dieser Beziehung dürfte der gesamte Sozialismus einig sein — den Typus des arbeitslosen Einkommens in seiner reinsten Form dar. Von der Grundrente ist ja die Bezeichnung dieses Einkommens als eines Renteneinkommens erst abgeleitet.

Mit welcher Feindschaft man auf sozialistischer Seite der Grundrente gegenübersteht, dafür ist der deutlichste Beweis, daß innerhalb des Gesamtsozialismus speziell zur Bekämpfung des privaten Bezugs der Grundrente noch eine besondere Richtung sich gebildet hat. Diese Abart des Sozialismus bezeichnet man als »Agrarsozialismus« oder »Bodenreform«. Das Eigentümliche dieser Spielart des Sozialismus — wenigstens in seiner ursprünglichen Form; der Gedanke einer Bodenreform hat im Laufe der Zeit viele Wandlungen und Abschwächungen erfahren — liegt darin, daß sie durch eine *Teilsozialisierung* (Aufhe-

bung des Privateigentums lediglich am Grund und Boden und Verstaatlichung des Bodenbesitzes oder wenigstens Einführung starker Beschränkungen des Bodenbesitzrechtes) dasselbe erreichen zu können glaubt, wozu der gewöhnliche Sozialismus die *Vollsozialisierung* — die Einführung des Gemeinbesitzes an den Produktionsmitteln — für nötig hält.

Der theoretische Grundgedanke der Agrarsozialisten oder Bodenreformer ist, daß die Grundrente und der beständig wachsende Anteil, den sie vom Produktionsertrag für sich mit Beschlag belegt, für alle sozialen Mißstände des heutigen Wirtschaftslebens, insbesondere für das niedrige Einkommen der Lohnarbeiter, weiter aber auch für das periodische Auftreten von allgemeinen Wirtschaftskrisen verantwortlich zu machen sei. Kapitalzins und Unternehmergewinn sind dagegen nach ihrer Auffassung berechnete Einkommenszweige und fallen nicht unter die Verdammnis, der die Grundrente unterliegt.

Die gemeinsozialistische Auffassung von der Grundrente geht gewöhnlich von der Tatsache aus, daß der Grund und Boden, für dessen Nutzung die Grundrente bezahlt wird, nicht von Menschenhänden geschaffen worden ist. No man made the land; it is the original inheritance of the whole species, so formuliert bereits *John Stuart Mill* den Unterschied zwischen dem Produktionsfaktor Grund und Boden und den durch menschliche Arbeit geschaffenen Gütern. Und *H. George* sekundiert dieser Auffassung mit den Worten: »Das gleiche Recht aller Menschen auf den Gebrauch von Grund und Boden ist so klar wie ihr Recht Luft zu atmen. Es ist ein Recht, das durch die Tatsache ihres Daseins verbürgt wird.«

Neben dieser mehr naturrechtlichen Basis hat die sozialistische Auffassung der Grundrente aber auch eine volkswirtschaftlich-theoretische Grundlage. Das ist die nationalökonomische Lehre von der Entstehung der Grundrente, wie sie namentlich von *Ricardo* begründet worden ist. Nach der Lehre *Ricardos* hat die Grundrente, worunter er den Preis für die ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens versteht, also unter Ausschluß des Wertes, der dem Boden erst durch menschliche Tätigkeit, durch Meliorationsarbeiten (Rodung u. dgl.) verliehen worden ist, den Charakter einer *reinen Differentialrente*. Den Ursprung der Grundrente, wobei *Ricardo* zunächst nur an die bei landwirtschaftlicher Nutzung des Bodens erzielte Rente, nicht an die Rente des städtischen Wohn- und Geschäftbodens denkt, haben wir uns nach ihm nach folgendem Schema vorzustellen. Die Bodennutzungen stehen dem Menschen an sich in unbeschränkter Menge zur Verfügung, und zwar gilt das auch heute noch. Aber sie sind von sehr ungleicher Qualität. Diese Qualitätsunterschiede beziehen sich vor allem darauf, daß von gleichen Flächen mit dem gleichen Aufwand von Arbeit und

Kapital ein sehr verschieden großer Ertrag gewonnen werden kann. Der Gang der landwirtschaftlichen Kultur ist nun im allgemeinen der, daß zunächst nur die besten Böden, deren Bestellung mit den geringsten Produktionskosten erfolgen kann, unter den Pflug genommen werden. Solange die Bestellung dieser besten Bodenklasse ausreicht, um den Gesamtbedarf der Bevölkerung zu decken, fällt noch keine Grundrente ab. Allein unter dem Druck der wachsenden Bevölkerung erweist es sich allmählich nötig, neben dem Boden der ersten Fruchtbarkeitsklasse auch den der 2., 3., 4., 5. usw. Klasse mit zur Kultur heranzuziehen. In dem Maße, als dieses geschieht, entsteht zunächst für die Güter der 1. Bodenklasse, dann die der 2., dann die der 3. usw. ein Vorzugsgewinn. Nur auf der zuletzt in Kultur genommenen Fruchtbarkeitsklasse entsteht noch keine Grundrente. Sie erhält in den Preisen für ihre Produkte lediglich die aufgewandten Produktionskosten vergütet. Es ist für die *Ricardosche* Auffassung wesentlich, daß nach ihr stets ein Boden bei der Produktion mitwirkt, der noch keine Rente trägt. Nach den Produktionskosten des Getreides auf diesem Boden richtet sich aber der allgemeine Marktpreis des Getreides, sofern eben nur die Heranziehung auch dieser Bodenklasse erforderlich ist, um den Gesamtbedarf an Getreide usw. zu decken. Da nun aber der Marktpreis für das auf den verschiedenen Bodenklassen gewonnene Getreide notwendig ein einheitlicher ist, so entsteht für die besseren Bodenklassen ein Extragewinn, dessen Höhe sich danach richtet, um wieviel die Produktionskosten auf den besseren Böden niedriger sind, als auf dem schlechtesten jeweils noch benutzten, gleichwohl aber für die Deckung des Gesamtbedarfs unentbehrlicher Boden. In dem Maße, wie der Bodenbau sich ausdehnt und damit auf Grundstücke von immer geringerer Ertragsfähigkeit sich erstreckt, wird einmal die Zahl der rentetragenden Grundstücke immer größer, sowie zum anderen auch die Gesamtgrundrente, die bezahlt werden muß, immer höher. —

Diese Auffassung über die Entstehung der Grundrente legt es förmlich nahe, aus ihr bodenreformerische Konsequenzen zu ziehen. Das Anwachsen der Grundrente erscheint hier im Lichte einer Bewegung, die sich ganz automatisch ohne jedes Zutun der Grundbesitzer nur durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge vollzieht. Und was dabei vom Standpunkte der Gesamtheit als ein Unglück erscheint, die Notwendigkeit, beim Bodenbau zu weniger fruchtbareren Bodenklassen überzugehen, gerade das wirft den privaten Grundbesitzern beständig wachsende Gewinne in den Schoß. Sie profitieren daran, daß die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit sich in absteigender Linie bewegt und damit die Lage der großen Masse der Bevölkerung immer ungünstiger sich gestaltet.

So einfach liegen die Dinge im Leben aber doch nicht. Der Grundbesitzer — worunter wir uns hier den sein Landgut selbst bewirtschaftenden Eigentümer vorzustellen haben — steht der Entwicklung der Grundrente nicht einfach passiv gegenüber, sondern er vermag durch seine Tätigkeit, durch die Art, wie er seinen Landwirtschaftsbetrieb einrichtet, sehr wohl auch Einfluß auf die Höhe der Grundrente auszuüben. Die allzu abstrakte und schematische Betrachtungsweise *Ricardos* und seiner sozialistischen Nachfolger wird hier den Verhältnissen des Lebens nicht gerecht. Die Höhe der Grundrente, die ein Grundstück oder Landgut seinem Besitzer abwirft, ist immer teils das Ergebnis der unpersönlichen gesellschaftlichen Zusammenhänge, teils aber auch die Folge der persönlichen Tätigkeit und Tüchtigkeit des Besitzers. Wie oft können wir nicht im Leben beobachten, wie ein Landgut unter der Leitung eines neuen Besitzers auf einmal in seiner Rente zurückgeht oder aber auch umgekehrt — das wird wohl sogar der häufigere Fall sein — eine viel höhere Rente abwirft als bisher. Mit der letzteren Erscheinung hängt eine andere eng zusammen, die oft als Unterlage zu scharfen Urteilen über die ganze Einrichtung der Grundrente dient, im Grunde aber anders zu deuten ist, als sie gewöhnlich gedeutet wird. Wir meinen damit den Vorgang, daß ein Landgut oder auch ein städtisches Hausgrundstück — es kann sich in beiden Fällen um einen grundsätzlich ganz gleich gelagerten Vorgang handeln — an einen neuen Besitz zu einem viel höheren Preis übergeht als dem Erwerbspreis, den seinerzeit der bisherige Besitzer dafür gezahlt hat. Die gewöhnliche Deutung dieses Falls ist ja die, daß hier wieder einmal ein Fall des Steigens der Grundrente vorliege, und nach dem früher Gesagten entzündet sich dann die sozialpolitische Entrüstung über das Steigen der Grundrente an ihrem Sichtbarwerden in kapitalisierter Form. Der Fall kann aber auch ganz anders zu erklären sein. Der höhere Preis, der dem Vorbesitzer bezahlt wird, wird diesem bewilligt, nicht weil unter ihm bereits der Ertrag des Grundstücks entsprechend gestiegen ist, sondern weil der neue Erwerber durch eine andere Art der Bewirtschaftung erst diese Ertragsteigerung erzielen zu können hofft, und der Vorbesitzer geht gerade deshalb auf den Verkauf ein, weil er selbst eine dem ihm gebotenen Kaufpreis entsprechende Rente nicht aus dem Grundstück herauszuwirtschaften vermag.

Es geht nicht an, diesen persönlichen Faktor bei der Betrachtung der Grundrente einfach zu ignorieren. Damit ist aber zugleich gesagt, daß der Sozialismus nicht die Berechtigung hat, die Grundrente so, wie er es gewöhnlich in einseitigem Ausgehen von der Lehre *Ricardos* tut, in Bausch und Bogen als arbeitsloses Einkommen hinzustellen. *Fr. v. Wieser* hat vielmehr durchaus recht, wenn er von der Grundrente

des selbst wirtschaftenden Eigentümers sagt <sup>1)</sup>: »Die Grundrente, welche der selbstwirtschaftende Besitzer bezieht, ist erarbeitet, ist *verdient*. Auch wenn sie dem Boden als solchem zuzurechnen ist, kann sie dem Boden in vollem Umfange doch nur abgewonnen werden, wenn der Besitzer wirtschaftend seine volle Schuldigkeit tut«.

Bei jeder Erhöhung der Grundrente muß man also eigentlich prüfen, inwieweit sie, um mit *John Stuart Mill*, der die vorhin dargelegten Zusammenhänge schon ganz richtig erkannte, zu sprechen, »nur durch die allgemeinen Umstände der Gesellschaft oder auch durch die Geschicklichkeit und Anlagen des Eigentümers bewirkt worden ist« — eine Aufgabe, die freilich nie in befriedigender Weise sich lösen lassen wird. Über die Steuerverordnungen, die sich bisher an der Lösung dieser Aufgabe versucht haben, bemerkt *Diehl* <sup>2)</sup> mit Recht: »Durch kein noch so fein ausgeklügeltes Steuersystem läßt es sich erreichen, daß der Steuerbeamte bei der jedesmaligen Abschätzung genau ermitteln kann, welcher Teil des ‚Mehrerts‘ des Bodens durch die persönliche Tätigkeit des Besitzers, durch seinen Fleiß, seine Kapitalverwendung, seinen Unternehmungsgeist, und welcher Teil durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge, durch die Volksvermehrung, die Umgestaltung der Verkehrsverhältnisse usw. entstanden ist. An dieser Schwierigkeit muß jeder Plan, die sogenannte ‚reine Grundrente‘ wegzusteuern oder wegzupachten, scheitern.«

Wie in dem schon besprochenen, so bedürfen auch noch in einem anderen Punkte die Vorstellungen, die sich der Sozialismus im Anschluß an *Ricardo* zumeist über das Wesen der Grundrente gebildet hat, der Richtigstellung. Es ist falsch, in jedem Steigen der Grundrente ohne weiteres auch eine Mehrbelastung der Konsumenten, eine Erhöhung des diesen abgepreßten Tributs zu sehen, wie dies auf sozialistischer Seite gewöhnlich geschieht. Vielmehr kann die Grundrente auch steigen, ohne diese Wirkung zu haben. Es geschieht dies dann, wenn es durch Bodenmeliorationen, Ent- oder Bewässerungsanlagen, ferner durch Einführung neuer landwirtschaftlicher Kulturmethoden u. dgl. gelingt, einen Teil der Grundstücke in einem Lande in eine höhere Fruchtbarkeitsklasse zu versetzen, als diejenige war, der sie ursprünglich angehörten. Es wird auf diese Weise der Anteil der besseren Bodenklassen an der Gesamtfläche nachträglich vergrößert, ein Teil der Fläche bringt infolgedessen eine höhere Rente als bisher, ohne daß man aber sagen kann, der allgemeine Stand der Grundrente habe sich erhöht. Der letztere Fall tritt nur ein, wenn es sich nötig macht, schlechtere Bodenklassen zum Anbau heranzuziehen. Als man z. B. um die Jahrhundert-

<sup>1)</sup> Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft. Grundriß der Sozialökonomik, I. Abteilung, II. Teil, 2. Aufl. Tübingen 1924, S. 238.

<sup>2)</sup> Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. 5. Aufl. Jena 1923, S. 92.



wende in dem unter englischer Verwaltung stehenden Ägypten den großen Nilstaudamm bei Assuan einrichtete und dadurch eine weit regelmäßigere und bessere Bewässerung des Bodens in Unterägypten herbeiführte, mit deren Hilfe es möglich wurde, dem Boden zwei Ernten im Jahre statt wie bisher nur eine, teilweise aber sogar drei Ernten abzugewinnen, da stiegen die Pacht- und Bodenpreise in Unterägypten sofort auf das Drei- bis Vierfache. Also, ein außerordentlich rasches Anwachsen der Grundrente, und doch brauchten die Ägypter für die Agrarprodukte keine höheren Preise zu bezahlen wie bisher. Man sieht, wie falsch die allzu schematische Vorstellung ist, die jedes Steigen der Grundrente mit der Auferlegung eines erhöhten Tributs auf die Konsumenten gleichsetzt.

Übrigens hängt die Rechtfertigung der Grundrente als volkswirtschaftlicher Einkommenszweig gar nicht davon ab, ob es gelingt, sie in mehr oder weniger großem Umfang als erarbeitetes Einkommen nachzuweisen, sondern vielmehr davon, welche Wirkung das Vorhandensein oder Fehlen des privaten Grundeigentums, mit dem der private Bezug der Grundrente steht und fällt, auf die landwirtschaftliche Produktion ausübt.

Über das Grundsätzliche dieses Standpunkts bei der Beurteilung der bestehenden Wirtschaftsordnung und der in ihm herrschenden Einkommensverteilung wird im nächsten Abschnitt noch einiges zu sagen sein. Jetzt sei nur mit einigen Worten auf die Frage eingegangen, inwieweit gerade das private Grundeigentum oder, anders ausgedrückt, der private Bezug der Grundrente die ihm von der Gesellschaftstheorie des ökonomischen Liberalismus zugeordnete Aufgabe erfüllt. Da kann wohl kein Zweifel bestehen, daß in der Tat die Einrichtung des privaten Grundeigentums im allgemeinen die Wirkung hat, die Landgüter in die Hände der besten Wirte zu bringen. Gerade die Fälle, von denen schon die Rede war und die in der Öffentlichkeit eine so lebhaftere Entrüstung hervorzurufen pflegen, die Fälle, in denen beim Besitzwechsel von Grundstücken wesentlich höhere Preise erzielt werden, als der letzte Erwerbspreis war, sind ein deutlicher Beweis dafür, wie das Privateigentum seine Mission erfüllt, den Grund und Boden in den Besitz des besten Wirts zu bringen. Von den neuen Besitzern, die einen so hohen Erwerbspreis gezahlt haben, darf man nämlich erwarten, daß sie alle ihre Kräfte einsetzen werden, um dem Boden dauernd einen möglichst hohen Ertrag abzugewinnen.

Wie steht es aber in dieser Beziehung bei einer Verstaatlichung des Grundbesitzes?

Welche Wirkungen hat es auf die landwirtschaftliche Produktion, wenn das ursprüngliche Ideal der Bodenreformbewegung zur Verwirklichung gelangt, der Staat der einzige Grundbesitzer wird und alle, die

Landwirtschaft treiben, zu ihm in das Verhältnis von Pächtern treten? Die Frage läuft, wie man sieht, praktisch darauf hinaus, wie das Pacht-system, wenn es die allgemeine Rechtsform der Bodennutzung wird, auf den Betrieb der Landwirtschaft wirkt. Wirtschaftlich undurchführbar ist diese Betriebsweise der Landwirtschaft nun gewiß nicht. Aber ebenso sicher ist, daß sie die Landwirte nicht dazu anspornt, aus dem Boden das Höchste herauszuholen, was sich unter Erhaltung seiner Kräfte aus ihm herausholen läßt. Vielmehr gilt hier der alte Erfahrungssatz, daß die Landwirtschaft immer am besten gedeiht bei einer individualistischen Verfassung, d. h. wenn die Landwirte als freie Eigentümer auf ihren Höfen sitzen. Jeder Landwirtschaftsbetrieb ist ja nach Lage, nach Bodenbeschaffenheit, nach Zusammensetzung aus Ackerland, Wiesenfläche usw., überhaupt in allen seinen natürlichen und sozialen Bedingungen eine Individualität für sich. Was aus dieser Individualität auf die Dauer wirtschaftlich am besten sich machen läßt, das erkennt am sichersten der, der nicht vorübergehend als Pächter auf der Scholle sitzt, sondern sich als Eigentümer mit ihr wirklich verwachsen fühlt. Und zwar treten die Nachteile und Gefahren des Pacht-systems für den Landwirtschaftsbetrieb um so mehr hervor, einmal, wenn die durchschnittlichen Betriebsgrößen nur gering sind, wenn es sich um Bauernstellen handelt, und zum anderen auf je kürzere Fristen die Pachtungen vergeben werden. Schließt aber der Staat im Hinblick auf den letzten Punkt nur langfristige Pachtverträge ab, so ist wieder damit zu rechnen, daß dann unter Umständen die Grundrente zum Teil gar nicht der Gesamtheit zufließt, sondern in den Taschen der Pächter hängen bleibt, wenn nämlich während der Pachtdauer ein allgemeines Steigen der Preise der Agrarprodukte einsetzt. Der eigentliche Zweck der Verstaatlichung wäre dann also verfehlt. Bedenkt man weiter die große politische und soziale Kraft, die in einem Bauernstand liegt, dessen Angehörige als freie Eigentümer auf ihren Höfen sitzen, während in einer Landwirtschaft, deren Mitglieder zu dem von ihnen bewirtschafteten Boden nur in dem Verhältnis von Staatspächtern stehen, stets Unzufriedenheit und Mißstimmung gegen den Staat herrschen wird, so kommt man notwendig zu dem Ergebnis, daß nur ein abstrakter und wirklichkeitsfremder Doktrinarismus an der Forderung der Verstaatlichung oder Kommunalisierung des ganzen Grundbesitzes, zum Zwecke, den privaten Bezug der Grundrente unmöglich zu machen, festhalten kann. Der private Bezug der Grundrente wird dabei um so weniger anstößig sein, je gesünder die Grundbesitzverteilung in einem Lande ist, d. h. je mehr die bäuerlichen Besitzgrößen überwiegen. Wir stimmen in dieser Hinsicht ganz mit der Auffassung *Wiesers* überein, der über den privaten Bezug der Grundrente schreibt: »Wenn bei steigendem Ertrage die landwirtschaftliche Bevölkerung wächst, wobei die

durchschnittliche Größe der Besitze abnimmt, so ist dies die beste Art der gesellschaftlichen Verteilung der Grundrente, die innerhalb der privaten Wirtschaftsverfassung überhaupt zu denken ist«<sup>1)</sup>).

Bei unseren bisherigen Betrachtungen über die Grundrente haben wir einen Begriff noch gar nicht erwähnt, der in den sozialistischen Erörterungen über die Grundrente gewöhnlich eine große Rolle spielt: den Begriff des *Monopols*. Namentlich bei der Erklärung der städtischen Bodenrente wird mit Vorliebe auf die Annahme einer Monopolstellung, die den Besitzern des städtischen Wohnbodens eine wirtschaftliche Übermacht verleiht, zurückgegriffen.

Von einem Monopol sprechen wir in der Wissenschaft nur da, wo (möglichst) das gesamte Angebot einer Ware in einer Hand zusammengefaßt ist und diese Stelle auch das ausschließliche Recht besitzt, die Ware auf den Markt zu bringen.

Wie steht es nun in Wahrheit mit dem so oft behaupteten »monopolistischen Charakter« des Grund und Bodens? Soweit man dieser Lehre überhaupt eine nähere Begründung zu geben für nötig gehalten hat, bestand sie gewöhnlich nur darin, daß man sich ganz allgemein auf die Unvermehrbarkeit des Bodens berief, aus der die Monopolstellung seiner Besitzer folge. Die Unvermehrbarkeit des Bodens kann nur bis zu einem gewissen Grade zugegeben werden — genau genommen, ist ja auch diese Behauptung nicht richtig.

Für die Fragen, die hier zu entscheiden sind, kommt es jedoch gar nicht darauf an, ob der Boden selbst vermehrbar ist oder nicht, sondern es kommt nur darauf an, *ob die Güter, die mit Hilfe des Bodens produziert werden, nach unserem Belieben vermehrt werden können oder nicht*. Diese Frage ist aber mit aller Entschiedenheit zu bejahen. Wenn die Menschen nicht *mehr* Getreide, Kartoffeln, Gemüse, Obst usw. produzieren, als es tatsächlich geschieht, so liegt das nicht daran, daß die Unvermehrbarkeit des Bodens ihrer Tätigkeit nach dieser Richtung hin unüberschreitbare Grenzen setzt, sondern es ist die Folge davon, daß die Menschen ihre Bedürfnisse besser zu befriedigen meinen, wenn sie nach Herstellung der jetzt produzierten Mengen von Bodenerzeugnissen ihre produktiven Kräfte der Anfertigung anderer Güter widmen, deren Konsum ihnen wichtiger ist als die Deckung ihres Bedarfs an weiteren Mengen von Getreide usw. Die Grenze für die Herstellung der einzelnen Güter liegt also nicht in natürlich-technischen Tatsachen, wie die Unvermehrbarkeit des Bodens eine solche sein würde, sondern sie liegt in uns selbst, in der Skala unserer Bedürfnisse und Wertschätzungen. An sich könnte aber heute, trotzdem der Boden unvermehrbar ist, die Produktion aller gewöhnlichen Bodenprodukte noch ge-

---

<sup>1)</sup> Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, 2. Aufl., S. 239.

waltig gesteigert werden. Die Unvermehrbarkeit des Bodens bereitet ihr jedenfalls kein Hindernis. Wirtschaftlich spielt diese also eine völlig bedeutungslose Rolle.

Gilt das schon von dem weitaus den größten Teil alles Landes in Anspruch nehmenden landwirtschaftlich genutzten Grund und Boden, so gilt das erst recht von dem städtischen Wohnungsboden. Von einer Unvermehrbarkeit des Wohnungsbodens zu sprechen hat gar keinen rechten Sinn. So lange für den Wohnungsboden ein höherer Preis gezahlt wird, als dem Ertragswert des Ackerlandes entspricht, wie das in den Städten regelmäßig geschieht, steht für die Vermehrung des Wohnungsbodens die ganze ungeheure Fläche des land- und forstwirtschaftlich genutzten Areals zur Verfügung. Sobald das Baugelände einmal knapp wird, kann man auf diese große Reserve zurückgreifen und das Angebot vermehren. Da auf derselben Fläche, die kaum ausreicht, um Nahrung für einen Menschen zu erzeugen, gegen 100 Menschen bequem wohnen können, ist der für Bauzwecke verfügbare Boden in der Volkswirtschaft praktisch geradezu als unbegrenzt zu bezeichnen.

Die Lehre von dem Monopolcharakter des Bodens, mit der gewöhnlich zugleich dem Boden eine Sonderstellung unter den anderen Produktionsfaktoren angewiesen werden soll, ist also unhaltbar. Soweit sich ein Körnchen Wahrheit hinter dieser Theorie verbirgt, beruht es auf einer Verwechslung der Begriffe »Knappheit« und »Monopolstellung«. Bei allen Produktionsfaktoren ist das Angebot knapp im Verhältnis zum Bedarf, d. h. es reicht nicht aus, um die Bedürfnisse nach allen Gütern, die nur mit Hilfe der betreffenden Produktionsfaktoren hergestellt werden können, zu befriedigen. Und auf der Knappheit der Mengen, in denen die einzelnen Produktionsfaktoren zur Verfügung stehen, beruht die Notwendigkeit, für jede Teilmenge von ihnen einen Preis zu bezahlen. In dieser Beziehung liegen die Verhältnisse bei den drei Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital sowie Grund und Boden ganz gleich. Knappheit ist aber noch nicht gleichbedeutend mit Monopol. Wenn man bei der Arbeit anerkanntermaßen es nicht für nötig hält, den Monopolbegriff zu Hilfe zu rufen, um ihre Preisbildung zu erklären — und auch beim Kapital geschieht das ja gewöhnlich nicht — so liegt dazu beim Grund und Boden erst recht keine Veranlassung vor. Denn soweit beim Grund und Boden eine Sonderstellung im Vergleich mit den beiden anderen Produktionsfaktoren anzuerkennen ist, liegt sie zweifellos nicht in der Richtung, daß die der wirtschaftenden Menschheit zur Verfügung stehende Menge von Bodennutzungen in höherem Grade knapp ist, als das von den verfügbaren Mengen der anderen Produktionsfaktoren gilt, sondern die Sonderstellung des Bodens besteht umgekehrt gerade darin, daß die Knappheit der verfügbaren Vorräte bei ihm eine weniger ausgesprochene ist als bei Arbeit und Kapital. Das ist ja auch der eigentliche

Sinn der *Ricardoschen* Auffassung der Grundrente als einer reinen Differentialrente. *Ricardo* will damit sagen: nicht die Menge der verfügbaren Bodennutzungen an sich ist knapp; diese sind vielmehr unbeschränkt vorhanden. Knapp sind nur die Bodennutzungen besserer Qualität, diejenigen, die einen bestimmten Arbeits- und Kapitalaufwand mit einem höheren Ertrag belohnen. Ganz in Übereinstimmung hiermit bemerkt *v. Wieser* <sup>1)</sup>: »Ein Monopol im wahren Sinne liegt für den Boden . . . nicht vor, die Zahl der Grundstücke ist absolut und relativ im Verhältnis zum Bedarf außerordentlich groß; soweit freie Bodenklassen noch zur Verfügung stehen, wie es ja die Regel ist, ist das wirtschaftliche Mengenverhältnis sogar weniger ausgesprochen, als bei den Kapitalgütern und selbst bei der Arbeit, nur die Grundstücke allerbesten Lagen haben eine stark begünstigte spezifische Marktstellung.«

Ebenso wie bei der ländlichen Grundrente, auf die sich die letzten Ausführungen zunächst bezogen, liegen die Dinge auch bei der städtischen Bodenrente. Auch bei der Rente, die für den Wohn- und Geschäftsboden in den Städten gezahlt wird, liegt keine Veranlassung vor, sie als Folge einer Monopolstellung des städtischen Grundbesitzes aufzufassen. Wenn man den Versuch macht, mit dieser Theorie die wirklichen Unterschiede in der Höhe der Bodenrente, welche die einzelnen Stadtgrundstücke abwerfen, zu erklären, so sieht man sofort, wie diese Theorie vollkommen versagt. Man müßte dann zu der lächerlichen Annahme greifen, daß man neben Vollmonopolstellung,  $\frac{3}{4}$ ,  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{8}$  usw. Monopolstellungen konstruierte und daraus die verschiedene Höhe der Rente abzuleiten unternähme — ein natürlich ganz aussichtsloses Beginnen. Eine wirklich befriedigende Erklärung der städtischen Bodenrente und ihrer tatsächlichen Verschiedenheiten vermag uns vielmehr nur ihre Ableitung aus den Überbietungen der Nachfrage zu geben. Diesen Weg sind denn auch die neueren Untersuchungen über die städtische Bodenrente, wie die von *A. Voigt*, *Ad. Weber*, *W. Gemünd*, *M. Naumann und mir selbst* <sup>2)</sup> zumeist gegangen, und die Genannten sind dabei zugleich sämtlich einig in der Abweisung der »Monopoltheorie«. Den Grundgedanken der Erklärung der städtischen Bodenrente aus den Überbietungen der Nachfrage bringen am kürzesten und prägnantesten folgende Sätze *v. Wiesers* <sup>3)</sup> zum Ausdruck, die deshalb zur Charakterisierung dieser Theorie hier angeführt seien: »Die Stadtrente ist jener Teil des Mietzinses, der für den Vorteil der besseren Lagen als Aufgeld gegeben wird. Ein einfacher Gedanke, ebenso einfach wie der, daß die landwirtschaftliche Grundrente aus den Kostensparungen der besseren Bodenklassen

<sup>1)</sup> Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft. 2. Aufl., S. 238.

<sup>2)</sup> Vgl. die Literaturangabe bei *Adolf Weber*, Die Wohnungsproduktion. Grundriß der Sozialökonomik, VI. Abteilung, 2. Aufl. Tübingen 1923, S. 254/57.

<sup>3)</sup> Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft. 2. Aufl., S. 240.

entsteht, aber wie dieser letztere Gedanke genügt, um die ganze Theorie der landwirtschaftlichen Rente zu tragen, so genügt der erstere dazu, um die ganze Theorie der Stadtrente zu tragen. Wir haben, um die Theorie der Stadtrente zu vollenden, nichts weiter zu tun, als daß wir den Aufbau der Lagevorteile zeigen, wie er sich in der Stadt entwickelt.«

## E. Grundsätzliches zur sozialistischen Kritik am arbeitslosen Einkommen.

Der Sozialismus erweckt durch seine Kritik der Einkommensverteilung unwillkürlich die Vorstellung, als könne das Arbeitseinkommen immer gleich dem persönlich verdienten Einkommen gesetzt werden, und als beruhe hierauf die Berechtigung des Arbeitseinkommens in der bestehenden Gesellschaft. In Wahrheit liegt aber auch bei dem sogenannten Arbeitseinkommen zu einer solchen Gleichsetzung keine Berechtigung vor — denn welches persönliche Verdienst hat der von der Natur mit größerer Kraft und Geschicklichkeit ausgestattete Arbeiter an seiner größeren Arbeitsfähigkeit? — und der Sozialismus selbst glaubt ja im Grunde gar nicht an sie, wie der ganz anders geartete Maßstab der »Gleichheit« oder der »Zuteilung nach den Bedürfnissen«, den er für die Verteilung im Zukunftsstaat aufstellt, erkennen läßt.

Die Rechtfertigung, die der Sozialismus offiziell für das Arbeitseinkommen gibt, entspricht aber auch gar nicht dem Geiste der bestehenden Wirtschaftsordnung und den Ideen, auf denen diese beruht. Der Sozialismus bewegt sich mit dieser Rechtfertigung vielmehr in Gedankengängen, die der Grundidee der heutigen Wirtschaftsordnung fremd sind. Er betrachtet diese, als wolle sie eine moralische Anstalt sein, die nach bestimmten moralischen Gesichtspunkten Belohnungen auszuteilen hat. Damit wird aber in die heutige Wirtschaftsordnung etwas hineingetragen, was ihrem Wesen durchaus fremd ist. Wenn in der heutigen Wirtschaftsordnung der Grundsatz herrscht, daß die Arbeit nach der Größe ihrer Leistung an dem Ertrage der Produktion Anteil erhält, wenn insofern ein Recht auf den vollen Arbeitsertrag in der heutigen Gesellschaftsordnung verwirklicht ist — wenn auch in anderem Sinne, als der Sozialismus dieses Recht auffaßt — so geschieht das nicht, weil man diese Art der Entlohnung der Arbeit als die allein gerechte ansieht, sondern vielmehr, *weil man in der Entlohnung der Arbeit nach diesem Grundsatz das Mittel erkannt hat, um ein möglichst hohes Niveau der Produktivität der Volkswirtschaft und damit eine möglichst reiche Versorgung der Mitglieder des Gemeinwesens mit den Gegenständen ihres Bedarfs zu erreichen.* Dieses — wirtschaftliche — Ziel, aber nicht irgendwelche abstrakten Gerechtigkeitserwägungen bilden in Wahrheit die Rechtfertigung für die Ver-

teilung des Arbeitseinkommens in der gegenwärtigen Volkswirtschaft. Die heutige Wirtschaftsordnung geht von einer zutreffenden Psychologie der Arbeit aus, sie hat die menschliche Natur richtig erkannt, sie weiß, daß der Arbeiter nur dann seine volle Kraft bei der Arbeit einsetzt und das Höchstmaß dessen, was seine körperlichen und geistigen Kräfte ihm zu erreichen gestatten, bei der Produktion leistet, wenn er die Gewißheit hat, daß ihm im Arbeitslohn der volle Wert seiner Arbeitsleistung vergütet wird. In dem Maße, wie der Zusammenhang zwischen Arbeitslohn und Arbeitsleistung sich lockert, läßt unfehlbar auch die Arbeitsleistung nach.

Das Prinzip, das wir eben zur Rechtfertigung des Arbeitseinkommens in seiner heutigen Gestalt aus dem Geiste der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung heraus benutzt haben, gestattet nun aber auch eine Anwendung auf die übrigen Einkommenszweige, also das arbeitslose Einkommen. *Und darin liegt die große Bedeutung dieses Prinzips, daß es eine einheitliche und gleichmäßige Anwendung auf alle Arten des Einkommens gestattet.* Die Frage, die man aufzuwerfen hat, wenn man die Berechtigung der einzelnen Einkommenszweige prüft, ist gar nicht die, ob bei ihnen immer ein richtiges Verhältnis zwischen der Höhe des Einkommens und persönlichen Verdiensten des Einkommensbezieherers besteht, *sondern vielmehr die, ob diese Art der Einkommensverteilung eine Vorbedingung für die Erreichung einer möglichst hohen Produktivität der Volkswirtschaft ist.* Ist diese Frage zu bejahen, dann wird man die Einkommensverteilung für gerechtfertigt erklären können, auch wenn sie mit den moralischen Maßstäben, die der Sozialismus für die Verteilung des Einkommens aufstellt, nicht übereinstimmt.

Und damit kommen wir überhaupt zu der letzten und tiefsten Wurzel des Gegensatzes, um den es sich bei der Stellungnahme der sozialistischen und der nichtsozialistischen Nationalökonomie zu den Prinzipien der Einkommensverteilung handelt. Der Gegensatz zwischen dem Sozialismus und seinen Gegnern auf diesem Gebiete wurzelt in letzter Instanz in einer verschiedenen Auffassung des *Verhältnisses zwischen Ethik und Wirtschaft.* Die Auffassung, die dem Sozialismus in dieser Beziehung eigentümlich ist, ist das eigentliche Zentrum der sozialistischen Stellung. Die sozialistische Auffassung über das Verhältnis zwischen Ethik und Wirtschaft ist aber gekennzeichnet durch den Primat, der der Ethik über die Wirtschaft zuerkannt wird. Der Sozialismus räumt den ethischen Gesichtspunkten vor den wirtschaftlichen den Vorrang ein, er betrachtet das Wirtschaftsleben als eine moralische Anstalt, die in erster Linie dazu da ist, gewisse Forderungen der Gerechtigkeit bei der Einkommensverteilung zu erfüllen. Die Forderungen und Ideale, die er in dieser Beziehung vertritt, werden dabei von ihm als allgemeingültig und von der konkreten Wirtschaftsordnung unabhängig aufgefaßt, sie können nach

seiner Auffassung beanspruchen, unter allen Umständen verwirklicht zu werden. Von diesem grundsätzlichen Standpunkte aus macht der Sozialismus sein Urteil über die herrschende Wirtschaftsordnung davon abhängig, ob es ihm gelingt, bei den einzelnen Einkommensarten, die uns in ihr entgegentreten, Momente zu finden, die das betreffende Einkommen als moralisch verdient erscheinen lassen oder nicht. Bei dem Einkommen des Kapitalisten, des Grundbesitzers vermag er solche Momente nicht zu finden, folglich glaubt er über die ganze heutige Wirtschaftsordnung mit ihrem Prinzip des Privateigentums an den Produktionsmitteln den Stab brechen zu müssen.

Der sozialistischen Betrachtungsweise, die das Wirtschaftsleben und seine Organisation als eine Einrichtung aufgefaßt wissen will, deren oberste Aufgabe in der Verwirklichung von bestimmten ethischen Forderungen besteht, läßt sich mit gleichem Recht eine andere entgegenstellen, die die oberste Aufgabe der Wirtschaftsorganisation in etwas ganz anderem erblickt, nämlich in *der möglichst reichlichen Versorgung aller mit den Gegenständen ihres Bedarfs*. Diese Betrachtungsweise wird ihr Urteil über die verschiedenen Wirtschaftsorganisationen aber vor allem davon abhängig machen, was die einzelnen Wirtschaftsordnungen auf dem Gebiete der Produktion leisten, welches Maß von Gütern sie durchschnittlich zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Man kann sich also aus guten Gründen, die vor dem Richterstuhl der Moral durchaus mit Ehren bestehen können, auch gerade auf den umgekehrten Standpunkt stellen wie der Sozialismus: man braucht das Urteil über die bestehende Wirtschaftsordnung nicht davon abhängen zu lassen, ob es gelingt, in dem Zinseneinkommen des einzelnen Kapitalisten und dem Grundrenteneinkommen des einzelnen Grundbesitzers Momente aufzuzeigen, die dieses Einkommen als persönlich wohl verdient erscheinen lassen, sondern man kann gerade umgekehrt das moralische Urteil über das Zinseneinkommen der einzelnen Kapitalisten usw. davon abhängig machen, ob die Wirtschaftsordnung, die notwendig ein solches Einkommen entstehen läßt und es nicht entbehren kann, im Vergleich mit den sonst noch möglichen Wirtschaftsordnungen als die rationellere und vollkommener Form der Organisation des Wirtschaftslebens, insbesondere als diejenige sich darstellt, welche die höhere Produktivität und damit die reichlichere Bedürfnisbefriedigung verbürgt. Gibt man einer Wirtschaftsordnung in dieser Weise um ihrer rein wirtschaftlichen oder auch um sonstiger Vorteile (z. B. um größerer Freiheit) willen den Vorzug, dann hat man aber nicht mehr das Recht, notwendige Auswirkungen ihrer grundlegenden Einrichtungen als unsittlich zu brandmarken, sondern dann ist man gebunden, *ihre notwendigen Folgewirkungen auch als sittlich berechtigt anzuerkennen*. Ganz in Überein-



stimmung hiermit bemerkt *Mises* <sup>1)</sup> über das Verhältnis zwischen Ethik und Wirtschaft: »Die ethische Beurteilung hat zu wählen zwischen einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung und einer auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhenden. Hat sie sich für die eine oder die andere entschieden — die Entscheidung kann für die eudämonistische Ethik nur vom Gesichtspunkte der Leistungen einer jeden der beiden denkbaren Gesellschaftsformen erfolgen — dann kann sie nicht hinterher einzelne Konsequenzen der von ihr gewählten Ordnung als unsittlich bezeichnen. Dann ist eben das, was der Gesellschaftsordnung, für die sie sich entschieden hat, notwendig ist, sittlich, alles andere unsittlich.«

Zwischen den eben charakterisierten Betrachtungsweisen gilt es also zu wählen, wenn man zu der Wirtschaftsordnung kritisch Stellung nimmt. Die eine Betrachtungsweise, die wirtschaftsmoralistische des Sozialismus, sieht die Maßstäbe des sittlichen Urteils von vornherein als feststehend und maßgebend an und unterwirft die Wirtschaftsordnungen dem aus der Anlegung dieser Maßstäbe sich ergebenden Urteil, ohne auf irgendwelche Momente sonst Rücksicht zu nehmen, wobei sie, wie gezeigt, auch noch ziemlich inkonsequent und willkürlich verfährt. Die andere dagegen untersucht die verschiedenen möglichen Wirtschaftsordnungen auf die Gesamtheit ihrer Wirkungen, insbesondere auch der rein wirtschaftlichen, sie fragt, was jede von ihnen für die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern leistet, sie fragt ferner nach dem Maß von Bewegungsfreiheit, das den Einzelmitgliedern des Gemeinwesens in jeder Wirtschaftsordnung zusteht. Auf Grund einer Prüfung dieser Momente entscheidet sie sich dann, welcher Wirtschaftsordnung sie den Vorrang geben will. Diese Betrachtungsweise stellt die moralischen Maßstäbe also erst in die zweite Linie, sie erkennt ihnen jedenfalls nicht das *ausschließliche* Recht zu, die Frage der Wirtschaftsordnung zu entscheiden, wie das der Sozialismus tut. Der Sozialismus leidet an einer Hypertrophie des moralischen Urteils. Die Sozialisten sind Fanatiker oder Gefangene der moralischen Idee.

Was hat nun die Wissenschaft zu diesem Streite zu sagen, in dessen Zentrum die Frage nach dem Verhältnis zwischen Ethik und Wirtschaft, oder, anders ausgedrückt, die Frage steht, ob bei der Beurteilung der Wirtschaftsordnung die wirtschaftlichen oder aber die moralischen bzw. rechtspolitischen Gesichtspunkte den Vorrang verdienen? Die Antwort auf diese Frage kann gar nicht besser gegeben werden, als *Mises* sie formuliert hat: »Die Aufgabe der wissenschaftlichen Betrachtung kann hier nur die sein, zu zeigen, was die Erreichung dieses Zieles (scil. der Verwirklichung der sozialistischen Rechtsidee) kosten würde, das heißt,

---

<sup>1)</sup> Die Gemeinwirtschaft, S. 428.

welche andere Ziele nicht erreicht werden können, wenn wir dieses Ziel anstreben wollen. Die meisten, wenn nicht alle, die für die möglichste Gleichheit der Einkommensverteilung eintreten, machen sich nämlich nicht klar, daß es sich hier um eine Forderung handelt, die nur durch Verzicht auf die Erreichung anderer Ziele verwirklicht werden kann. Man stellt sich vor, daß die Summe der Einkommen unverändert bleibt, und daß nur ihre Verteilung gleichmäßiger erfolgen soll als in der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaftsordnung. Die Reichen werden soviel von ihrem Einkommen abgeben, als sie über das Durchschnittseinkommen beziehen, die Armen werden soviel dazu erhalten, als ihnen zum Durchschnittseinkommen fehlt. Das Durchschnittseinkommen selbst aber wird unverändert bleiben. Es gilt sich klar zu machen, daß diese Meinung auf einem schweren Irrtum beruht. Wir konnten zeigen, daß, wie immer man sich die Ausglei- chung der Einkommensunterschiede denken will, sie immer notwendigerweise zu einem sehr beträchtlichen Rückgang des gesamten Volkseinkommens und somit auch des durchschnittlichen Kopfeinkommens führen muß. Wenn dem aber so ist, dann lautet die Frage ganz anders. Dann muß man sich entscheiden, *ob man für gleiche Einkommensverteilung bei niedrigerem Durchschnittseinkommen oder für Ungleichheit der Einkommensverteilung bei höherem Durchschnittseinkommen ist* <sup>1)</sup>. Diese Entscheidung wird naturgemäß im wesentlichen davon abhängen, wie groß man die durch die Änderung der gesellschaftlichen Einkommensverteilung bewirkte Schmälerung des Durchschnittseinkommens einschätzt. Schätzt man sie so ein, daß man annimmt, in der das Postulat der Gleichheit der Einkommen verwirklichenden Gesellschaftsordnung werde jeder- mann nur ein Einkommen beziehen, das hinter dem zurückbleibt, das heute die Ärmsten beziehen, dann wird die Stellung, die man zu ihm einnimmt, wohl eine ganz andere sein als die, die die meisten Gefühls- sozialisten heute haben« <sup>2)</sup>.

So wie es *Mises* mit den letzten Worten andeutet, liegen aber in Wahr- heit die Dinge. Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschafts- ordnung, in der es keine nennenswerten Unterschiede der Einkommens- gröÙe mehr gibt, ist nur durchführbar unter einer gewaltigen Herab- drückung der Produktivität der Volkswirtschaft und damit des Volks- wohlstandes. Die Sozialisten wollen das freilich nicht wahr haben, sie nehmen im Gegenteil für die Wirtschaftsordnung, für die sie eintreten, auch die größere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die höhere Pro- duktivität in Anspruch. Die nähere Untersuchung des Gegenstandes im übernächsten Abschnitt wird aber ergeben, daß diese Ansprüche des

<sup>1)</sup> Von mir hervorgehoben.

<sup>2)</sup> Die Gemeinwirtschaft, S. 428/29.

Sozialismus unberechtigt sind. Hier genügt es zunächst, als Ergebnis unserer bisherigen Betrachtungen festzuhalten, daß die Stellungnahme zu Kapitalismus und Sozialismus unter moralischen Gesichtspunkten schließlich auf die Frage nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beider Gesellschaftsordnungen zurückführt, daß die moralische Beurteilung gar nicht für sich allein vorgenommen werden kann, sondern daß die Entscheidung, welcher Gesellschaftsordnung man den Vorzug geben soll, nur unter Berücksichtigung der Antwort, welche auf die Frage nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beider zu geben ist, gefällt werden kann. Daß dies der Standpunkt ist, auf den man sich vernünftigerweise zu stellen hat, müssen schließlich auch die Sozialisten trotz ihrer doktrinären Vorliebe für die rein ethische Betrachtung des Gegenstandes erkennen. Ihre Anerkennung der Richtigkeit des eben gekennzeichneten Standpunktes kommt in der Mühe zum Ausdruck, die sie sich geben, die sozialistische Wirtschaftsordnung als die wirtschaftlich leistungsfähigere Gesellschaftsform zu erweisen.

## 2. DER VERELEDUNGSGEDANKE.

### A. Die Verelendungstheorie.

Ausbeutung kann denkbarerweise vorkommen, auch ohne daß die ausgebeuteten Gesellschaftsklassen sich in elender Lage zu befinden brauchen. Erst wenn die Gesellschaftsklassen, die durch die Einrichtungen der Wirtschaftsordnung bei der Verteilung des Nationaleinkommens ungerecht zurückgesetzt wurden, zugleich auch dazu verurteilt sind, sich dauernd am Rande des Existenzminimums zu bewegen, ohne ihre wirtschaftliche Lage wesentlich verbessern zu können, wird ein solcher gesellschaftlicher Zustand als unerträglich empfunden werden. Auf diesem einfachen Zusammenhang beruht die enge und fast unauflösliche Verbindung, in der in den meisten sozialistischen Systemen Ausbeutungsgedanke und Verelendungsgedanke stehen.

Am innigsten ist die Verbindung wohl im System des Marxismus. Dasselbe »Gesetz der Akkumulation«, das dazu bestimmt ist, die Begründung der Mehrwerttheorie, also den Beweis für das Vorhandensein einer bedingungslosen Ausbeutung der Arbeit zu liefern, hat zugleich die Aufgabe, die Lehre von der dauernden Verelendung der Massen im kapitalistischen Wirtschaftssystem zu begründen.

Das eiserne Lohngesetz *Lassalles*, »daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsgemäß zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist«, wurde, wie schon erwähnt, von *Marx*

zurückgewiesen, als er sich bewußt wurde, daß die Anerkennung des ehernen Lohngesetzes zugleich die Anerkennung der *Malthusschen* Bevölkerungstheorie bedeuten würde. »Nehme ich das Gesetz mit *Lassalles* Stempel und daher in seinem Sinne, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie? Wie *Lange* schon kurz nach *Lassalles* Tode zeigte: Die *Malthussche* Bevölkerungstheorie. Ist sie aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz nicht aufheben, und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern jedes gesellschaftliche System beherrscht. Gerade hierauf fußend, haben seit 50 Jahren und länger die Ökonomen bewiesen, daß der Sozialismus das naturbegründete Elend nicht aufheben, sondern nur verallgemeinern, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen könne«<sup>1)</sup>.

Zum andern aber hatte *Marx* bei seinen Studien über die Wirtschaftskrise und den industriellen Zyklus die Tatsache nicht entgehen können, daß die Wellenbewegung der Löhne in einem anderen Rhythmus verläuft, als daß sie unmittelbar auf die Schwankungen der natürlichen Bevölkerungsbewegung in der vom ehernen Lohngesetz behaupteten etwas naiven Weise sich zurückführen ließe<sup>2)</sup>.

1) Vgl. Neue Zeit, Jahrgang 1891, S. 570/71.

2) Er bemerkt über diesen Gegenstand (und es wird ohne weiteres klar, daß die Worte auf *Lassalle* und sein ehernes Lohngesetz gemünzt sind):

»Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen. Sie sind also nicht bestimmt durch die Bewegung der absoluten Anzahl der Arbeiterbevölkerung, sondern durch das wechselnde Verhältnis, worin die Arbeiterklasse in aktive Armee und Reservearmee zerfällt, durch die Zunahme und Abnahme des relativen Umfanges der Übervölkerung, durch den Grad, worin sie bald absorbiert, bald wieder freigesetzt wird. Für die moderne Industrie mit ihrem zehnjährigen Zyklus und seinen periodischen Phasen . . . wäre es in der Tat ein schönes Gesetz, welches die Nachfrage und Zufuhr von Arbeit nicht durch die Expansion und Kontraktion des Kapitals, . . . sondern umgekehrt die Bewegung des Kapitals von der absoluten Bewegung der Bevölkerungsmenge abhängig machte. Dies jedoch ist das ökonomische Dogma. Nach demselben steigt infolge der Kapitalakkumulation der Arbeitslohn. Der erhöhte Arbeitslohn spornt zur rascheren Vermehrung der Arbeiterbevölkerung an und diese dauert fort, bis der Arbeitsmarkt überfüllt, also das Kapital relativ zur Arbeiterzufuhr unzureichend geworden ist. Der Arbeitslohn sinkt, und nun die Kehrseite der Medaille. Durch den fallenden Arbeitslohn wird die Arbeiterbevölkerung nach und nach dezimiert, so daß ihr gegenüber das Kapital wieder überschüssig wird . . . . Eine schöne Bewegungsmethode dies für die entwickelte kapitalistische Produktion! Bevor infolge der Lohnerhöhung irgendein positives Wachstum der wirklich arbeitsfähigen Bevölkerung eintreten könnte, wäre die Frist aber- und abermals abgelaufen, worin der industrielle Feldzug geführt, die Schlacht geschlagen und entschieden sein muß.« (Das Kapital, I. Bd., 1. Buch, 23. Kap., 3. Zunehmende Produktion einer relativen Übervölkerung oder industriellen Reservearmee.)

Gibt *Marx* so das eherne Lohngesetz *Lassalles* preis, so ist er doch weit davon entfernt, damit etwa auch die Lehre von der Verelendung der Massen *in der kapitalistischen Gesellschaft* preisgeben zu wollen. Im Gegenteil: sein heißestes Bemühen ist gerade darauf gerichtet, für diese Lehre eine festere Grundlage zu finden, als sie ihr das eherne Lohngesetz *Lassalles* zu bieten vermochte. Und er glaubt diese neue Grundlage für die Verelendungstheorie in dem Gesetz der kapitalistischen Akkumulation oder dem Gesetz der industriellen Reservearmee, das er im 23. Kap. des ersten Bandes des »Kapitals« entwickelt, gefunden zu haben. Dieses Gesetz bedeutet einen zweiten Höhepunkt in der Entwicklung der sozialistischen Verelendungstheorie. Nachdem das eherne Lohngesetz *Lassalles* etwa seit 1890 seine Rolle ausgespielt hatte, trat immer mehr das marxistische Gesetz der industriellen Reservearmee an seine Stelle, um den wissenschaftlichen Beweis für die sozialistische These von der dauernden Verelendung der Arbeitermassen *in der bestehenden Wirtschaftsordnung* zu liefern. Von diesem Gesetz hat man mit Recht gesagt, daß es so gut ein ehernes Lohngesetz sei wie das von *Lassalle* unter diesem Namen proklamierte. Auch von sozialistischer Seite ist das anerkannt worden. *Ed. Bernstein* geht sogar so weit, das Lohngesetz des Marxismus »schlimmer als ehern« zu nennen. Und in einem führenden Organ der sozialistischen Partei wurde 1890 die Bedeutung des Gesetzes der industriellen Reservearmee folgendermaßen gekennzeichnet <sup>1)</sup>: »Indem *Marx* die wirklichen Bewegungen des Arbeitsmarktes genau verfolgte, kam er zu einer Theorie, welche die Hoffnungslosigkeit der Arbeiterklassenlage mit noch viel schärferer Evidenz als *Lassalles* ehernes Lohngesetz hervortreten läßt.«

Das ist vollkommen zutreffend. Denn *Marx* begnügt sich nicht etwa damit, den Nachweis zu führen, daß sich die arbeitenden Klassen in den zum Kapitalismus übergegangenen Staaten der Gegenwart tatsächlich in einem sehr elenden Zustande befinden, das Ziel, das er sich gesteckt hat, ist ein viel höheres. Er will beweisen, daß die elende Lage der arbeitenden Klassen im kapitalistischen Wirtschaftssystem von diesem untrennbar ist, daß dieses System dem Arbeiter jede Hoffnung auf eine Besserung seiner Lage nimmt, daß es ihn in alle Ewigkeit zu unsicherer Existenz, nicht über die Lebensnotdurft sich erhebenden Löhnen und auch psychischer Verelendung verurteilt.

Eine dreifache Verelendung ist es dabei, die, wenn wir näher sehen, das kapitalistische Wirtschaftssystem nach marxistischer Auffassung über den Lohnarbeiter verhängt, ohne daß es für ihn ein Entrinnen gibt. Nämlich:

---

<sup>1)</sup> Zitiert nach *J. Wolf*, Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung. 1892, S. 272.

1. Die schon aus dem ehernen Lohngesetz bekannte *materielle Verelendung*; der Lohn des Arbeiters bewegt sich immer in der Nähe des Existenzminimums, der Arbeiter hat keinen Anteil an den Früchten der wachsenden Produktivität der Arbeit. »Der moderne Arbeiter, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch rascher als Bevölkerung und Reichtum.«

2. *Die Unsicherheit der Existenz des Arbeiters*, hervorgerufen durch die im kapitalistischen System beständig über ihm schwebende Gefahr des Arbeitsloswerdens.

3. *Die seelische Verelendung*. Sie ist vor allem die Folge der weitgetriebenen Arbeitsteilung sowie der Maschinenteknik, deren sich der Kapitalismus bedient. Durch die umfassende Anwendung der Maschinerie ist die Arbeit ihres individuellen Charakters beraubt und der Arbeiter zu einem bloßen Anhängsel der Maschine gemacht worden. Die Mechanisierung der Arbeit durch den Kapitalismus tötet die Persönlichkeit des Arbeiters und nimmt ihm jede Freude an seiner Arbeit.

Die Wurzel der Verelendung der Arbeiterschaft im kapitalistischen Wirtschaftssystem ist also eine dreifache. Die dritte Richtung der Verelendung, die Herabdrückung des Menschen zum Anhängsel der Maschine, nimmt dabei eine mehr selbständige Stellung ein und ist eine Erscheinung, die für sich beurteilt sein will. Dagegen besteht zwischen der Unsicherheit der Lage des Arbeiters und der Niedrigkeit seines Lohnes nach Auffassung des Marxismus ein inniger Zusammenhang. Den Beweis für die Hoffnungslosigkeit der Lage des Lohnarbeiters im heutigen Wirtschaftssystem sucht *Marx* gerade auf dem Wege zu führen, daß er zwischen den ersten beiden Richtungen der Verelendung des Arbeiters das Vorhandensein eines organischen Zusammenhangs behauptet. Die Arbeitslosigkeit und die Ursache, durch die sie im kapitalistischen Wirtschaftssystem immer von neuem erzeugt wird, sind nach ihm das Mittel, das in diesem Wirtschaftssystem dazu dient, jeden Versuch zu einem dauernden Ansteigen der Löhne im Keime zu ersticken. Es gehört nämlich zu den immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise, daß die Arbeiterbevölkerung stets rascher wächst als das Verwertungsbedürfnis des Kapitals. »Der Mechanismus der kapitalistischen Produktion sorgt . . . dafür, daß der absolute Zuwachs an Kapital von keiner entsprechenden Steigerung der allgemeinen Arbeitsnachfrage begleitet ist«<sup>1)</sup>. Durch den technischen Fortschritt, insbesondere die beständige Verbesserung der Maschinerie werden immer von neuem Arbeitskräfte

<sup>1)</sup> Das Kapital, Bd. I, 23. Kapitel, 3. Zunehmende Produktion einer relativen Übervölkerung oder industriellen Reservearmee.

freigesetzt. Die so immer wieder sich bildende »industrielle Reservearmee« ist es, die an alle Bestrebungen der Arbeiterklasse, ihre Löhne zu steigern, sich wie ein Bleigewicht hängt und sie zur Erfolglosigkeit verurteilt. So sind also die Arbeitslosigkeit, die durch den technischen Fortschritt immer von neuem erzeugt wird, und der niedrige, das Existenzminimum kaum übersteigende Stand der Löhne zwei Erscheinungen, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem folgerichtig wie die Räder eines Triebwerks ineinandergreifen. »In der industriellen Reservearmee wird die Kraft erzeugt, die an der Kurbel der gesellschaftlichen Bewegung steht. Sie bewirkt, daß der arbeitende Arbeiter stets auf dem Maße der absoluten Lebensnotdurft festgehalten werden kann und aller Gewinn aus gesteigerter Produktivkraft der Arbeit den Unternehmern zufällt«<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> *J. Wolf*, Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung, S. 258. *Marx* formuliert die Hauptthesen der Verelendungstheorie folgendermaßen:

»Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also im wachsenden Umfange die Mittel ihrer eigenen relativen Überzähligmachung. Es ist dies ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliches Populationsgesetz, wie in der Tat jede besondere historische Produktionsweise ihre besonderen, historisch gültigen Populationsgesetze hat . . . . . Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansionskraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber die Reserve im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. *Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.*«

»Das Gesetz, wonach eine immer wachsende Masse von Produktionsmitteln, dank dem Fortschritt in der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, mit einer progressiv abnehmenden Ausgabe von Menschenkraft in Bewegung gesetzt werden kann — dies Gesetz drückt sich auf kapitalistischer Grundlage, wo nicht der Arbeiter die Arbeitsmittel, sondern die Arbeitsmittel den Arbeiter anwenden, darin aus, daß, je höher die Produktivkraft der Arbeit, desto größer der Druck der Arbeiter auf ihre Beschäftigungsmittel, desto prekärer also ihre Existenzbedingung: Verkauf der eigenen Kraft zur Vermehrung des fremden Reichtums oder zur Selbstverwertung des Kapitals. Rascheres Wachstum der Produktionsmittel und der Produktivität der Arbeit als der produktiven Bevölkerung drückt sich kapitalistisch also umgekehrt darin aus, daß die Arbeiterbevölkerung stets rascher wächst als das Verwertungsbedürfnis des Kapitals . . . . . Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß. Das Gesetz, welches die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht hält, schiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von

Die Vorstellung, auf der das ganze marxistische Gesetz der kapitalistischen Akkumulation in grundlegender Weise fußt, daß für die Arbeiter, die durch die Maschine freigesetzt werden, auf dem Arbeitsmarkt keine entsprechende Nachfrage vorhanden sei, ist falsch und unhaltbar, wie schon bei der Kritik der Mehrwerttheorie des Näheren gezeigt wurde (s. S. 55). Die Einführung von Maschinen ruft selbstverständlich gewaltige Verschiebungen in der Nachfrage nach Arbeit hervor, der Übergang zur Maschinenteknik kann aber nicht als ein Moment betrachtet werden, das zu einer dauernden Verminderung des Gesamtarbeitsbedarfes in der Volkswirtschaft führt. »Denn so verhängnisvoll die Freisetzung von Arbeitern durch neue Maschinen für die Betroffenen sein mag, volkswirtschaftlich handelt es sich stets nur um eine Übergangsschwierigkeit, weil durch die Verbilligung der Ware gleichzeitig Kaufkraft auf der Nachfrageseite freigesetzt wird und eine zusätzliche Nachfrage entfaltet«<sup>1)</sup>.

Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß es in der *Marx'schen* Akkumulationstheorie durchaus unverständlich bleibt, warum ausgerechnet das konstante Kapital und nicht das variable Kapital, das den großen Vorzug hat, Mehrwert zu erzeugen, dauernd vermehrt wird.

Sehr interessant ist schließlich der Hinweis von *Heimann*, daß das *Marx'sche* Gesetz vom »Ausgleich der Profitrate« mit dem »Gesetz der industriellen Reservearmee« nicht in Übereinstimmung gebracht werden kann. Der Zusammenhang ist folgender: Wenn nur die menschliche Arbeit Mehrwert erzeugt, dann muß der Profitsatz in arbeitsintensiven Betrieben höher sein als in kapitalintensiven. Der Profitsatz muß aber einheitlich sein und wird auch in der Tat dadurch ausgeglichen, daß sich eben die Unternehmer solange den arbeitsintensiven Betrieben zuwenden und so weitgehend die kapitalintensiven Betriebe meiden, bis schließlich ein entsprechender Profitausgleich eingetreten ist. Es liegt aber auf der Hand, daß dies zu steigender Arbeitsnachfrage führt — was unsere einfache Annahme, daß unter den von *Marx* geschilderten Verhältnissen arbeitsintensive Produktionen besonders beliebt sein müßten, bestätigt<sup>2)</sup>.

Abgesehen von dem fehlerhaften theoretischen Fundament, auf dem die *Marx'sche* Verelendungstheorie ruht, geben ihr aber auch die Tatsachen der neueren ökonomischen Entwicklung ganz offenkundig unrecht. *Marx* und vor allem *Engels*, der ja *Marx* um länger als ein

---

Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf seiten der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.« (Das Kapital, Bd. I, 23. Kapitel: »Die allgemeinen Gesetze der kapitalistischen Akkumulation.«)

<sup>1)</sup> *Eduard Heimann*, Mehrwert und Gemeinwirtschaft, S. 33/34.

<sup>2)</sup> Vgl. *Heimann*, Mehrwert und Gemeinwirtschaft, S. 31 ff.



Jahrzehnt überlebte, haben die Anfänge der Entwicklung, die in offenbarem Widerspruch zu allen Voraussagen ihrer Verelendungstheorie stand, selbst noch miterlebt. *Engels* veröffentlichte im Hinblick hierauf im Sommer 1885 einen Aufsatz in der »Neuen Zeit«, in dem er über die seit 1848 eingetretenen Veränderungen in der Lage der arbeitenden Klassen speziell mit Bezug auf englische Verhältnisse sich ausspricht. Er gibt sich darin Mühe, die Besserung, die in der Lage der arbeitenden Klassen Englands eingetreten ist, möglichst klein und unbedeutend erscheinen zu lassen. Sie betrifft nach ihm im wesentlichen nur die in den großen Trade Unions organisierten Arbeiter. »Ihre Lage hat sich unzweifelhaft seit 1848 merkwürdig verbessert; der beste Beweis dafür ist, daß seit mehr als 15 Jahren nicht nur ihre Beschäftigten mit ihnen, sondern auch sie mit ihren Beschäftigern äußerst zufrieden gewesen sind. Sie bilden eine Aristokratie in der Arbeiterklasse.«

Allein diese Besserung will nach seiner Anschauung aus zwei Gründen nicht viel besagen. Einmal handelt es sich nur um die Hebung der Lage einer Minderheit der Arbeiterschaft. »Aber was die große Masse der Arbeiter betrifft, so steht das Niveau des Elends und der Existenzunsicherheit für sie heute ebenso niedrig, wenn nicht niedriger als je. Das Ostende von London ist ein stets sich ausdehnender Sumpf von packendem Elend und Verzweiflung, von Hungersnot, wenn unbeschäftigt, von physischer und moralischer Erniedrigung, wenn beschäftigt. Und so in allen anderen Großstädten, mit Ausnahme nur der bevorrechteten Minderheit der Arbeiter; und so in den kleineren Städten und in den Landbezirken. Das Gesetz, das den Wert der Arbeitskraft auf den Preis der notwendigen Lebensmittel beschränkt, und das andere Gesetz, das ihren Durchschnittspreis der Regel nach auf das Minimum dieser Lebensmittel herabdrückt, diese beiden Gesetze wirken auf sie mit der unwiderstehlichen Kraft einer automatischen Maschine, die sie zwischen ihren Rädern erdrückt.«

Zum anderen aber bietet auch die Besserung, die bei einer Minderheit der Arbeiterschaft eingetreten ist, nach *Engels* keine Gewähr der Dauer. Sie ist nur die Folge einer vorübergehenden Konstellation, der Monopolstellung, deren sich die englische Industrie in der fraglichen Zeit auf dem Weltmarkte erfreuen konnte. »Das Industriemonopol Englands ist der Angelpunkt des bestehenden englischen Gesellschaftssystems.« Aber was soll werden, wenn dieses Industriemonopol einmal zu Ende geht, eine Entwicklung, für welche die Anzeichen schon deutlich hervortreten? »Wenn selbst unter der unerhörten Ausdehnung des Handels und der Industrie von 1848—68 sie (die Arbeiterklasse) solches Elend durchzumachen hatte, wenn selbst damals ihre große Masse im besten Falle nur eine vorübergehende Besserung ihrer Lage erfuhr, während nur eine kleine privilegierte, geschützte Minorität dauernd den Vorteil

hatte, wie würde es sein, wenn diese blendende Periode endgültig zum Abschluß kommt, wenn die gegenwärtige drückende Stagnation sich nicht nur noch steigert, sondern wenn dieser gesteigerte Zustand ertötenden Drucks der dauernde, der Normalzustand der englischen Industrie wird?«

Im Grunde sind diese Ausführungen weiter nichts als Ausflüchte, um nicht den vollständigen Zusammenbruch der Verelendungstheorie zugeben zu müssen. In Wahrheit war die in dem Gesetz der industriellen Reservearmee verankerte Lohntheorie des Marxismus schon durch diejenige Entwicklung der Löhne widerlegt, die *Engels* selbst noch miterlebt hatte. Das *Marxsche* Gesetz der kapitalistischen Akkumulation weiß ja nichts von einem Ansteigen der Löhne, sei es für größere oder für kleinere Teile der Arbeiterschaft, das durch eine längere Reihe von industriellen Zyklen hindurch sich fortsetzt, wie es die Signatur der Zeit von der Mitte bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts in Großbritannien war. Aus dem Gesetz der industriellen Reservearmee, wie *Marx* es formuliert hat, folgt vielmehr, daß der Arbeiter im kapitalistischen System niemals einen Anteil an den Früchten der steigenden Produktivität der Arbeit erhält, daß sein Lohn beim Durchlaufen der verschiedenen Phasen des industriellen Zyklus vielmehr immer wieder auf den Ausgangspunkt zurückgeworfen wird, so daß der Arbeiterklasse jeder Weg zum Aufstieg versperrt und sie in alle Ewigkeit zu einem elenden Dasein verurteilt ist.

Hatte die marxistische Verelendungstheorie somit schon durch die aufsteigende Entwicklung des Arbeiterstandes, die *Engels* selbst noch hatte beobachten können, einen schweren Stoß empfangen, so hat erst recht der Fortgang dieses Aufsteigens nach dem Tode von *Marx* und *Engels* die völlige Unhaltbarkeit der Verelendungstheorie dargetan. Das letzte halbe Jahrhundert, die Periode von 1866/70 bis zum Ausbruch des Weltkriegs, hat überall eine starke und anhaltende Besserung in der materiellen Lage des Arbeiterstandes gebracht, und zwar nicht etwa nur in dem durch sein angebliches Industriemonopol begünstigten England, wie *Engels* meinte, sondern überhaupt in allen Ländern europäischer Kultur, in denen die kapitalistische Produktionsweise sich ausbreitete. Das Vordringen des so viel geschmähten Kapitalismus erwies sich überall als ein starker Hebel, um eine aufsteigende Entwicklung der Arbeiterklasse einzuleiten, sobald nur die ersten Anfangsschwierigkeiten, sozusagen die Kinderkrankheiten des Kapitalismus, überwunden waren. Um dieser Entwicklung gegenüber die Verelendungstheorie des Marxismus in irgendeiner, wenn auch schon stark abgeschwächten Form aufrecht erhalten zu können, mußten die Epigonen von *Marx* und *Engels* wie *Kautsky*, *Mehring* usw. sich z. B. auf eine angeblich von *Marx* nur behauptete »relative« Verelendung, d. h. ein

langsamerer Aufsteigen der Arbeiterklasse im Vergleich mit den anderen Gesellschaftsklassen, zurückziehen. Auf die Versuche, die Verelendungstheorie durch solche Umdeutungen und Interpretationskünste zu retten, soll hier nicht weiter eingegangen werden. Man darf in diesen Versuchen, die Verelendungstheorie durch allerlei Umdeutungen ihres ursprünglichen Sinns zu entkleiden, aber wohl das Zugeständnis erblicken, daß man auch in sozialistischen Kreisen immer mehr zu der Überzeugung kommt, daß sie in ihrer ursprünglichen Form unmöglich aufrechterhalten werden kann.

## **B. Die materielle Lage des Lohnarbeiters im kapitalistischen Wirtschaftssystem.**

Es kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht auf eine ausführliche Schilderung der Entwicklung der Lage der arbeitenden Klassen seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts ankommen, sondern nur auf die Hervorhebung einiger besonders bemerkenswerter Tatsachen, unter Beschränkung auf die beiden führenden Industriestaaten Europas: Deutschland und England.

Das Jahrzehnte hindurch anhaltende Aufsteigen des Arbeiterstandes in diesen beiden Ländern genügt ja schon, um die Behauptungen der marxistischen Verelendungstheorie zu widerlegen. Wenn es im kapitalistischen Wirtschaftssystem möglich ist, daß während eines Zeitraums von mehreren Jahrzehnten die Lebenshaltung so gut wie der gesamten Arbeiterklasse, nicht nur einzelner auserwählter Teile derselben, sich in stark aufsteigender Linie bewegt, so ist damit ein für allemal der Beweis erbracht, daß entgegen den Thesen der sozialistischen Verelendungstheorie der Arbeiterklasse unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise der Weg zum Aufstieg nicht dauernd versperrt ist und daß sie nicht notwendig für die Zeit dieser Herrschaft zu einem elenden Dasein verurteilt ist. Und zugleich ist damit dargetan, daß jedenfalls nicht die kapitalistische Produktionsweise an sich, sondern daß andere Faktoren darüber entscheiden, ob die Lage der arbeitenden Klassen während einer Periode sich in aufsteigender oder in absteigender Linie bewegt.

An die Spitze unserer Betrachtung wollen wir eine Tatsache stellen, die die Behauptung einer zunehmenden Verelendung vielleicht am besten widerlegt: die Erhöhung der durchschnittlichen Lebensdauer in der Zeit der Ausbreitung und Ausgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung.

## Durchschnittliche Lebensdauer im Deutschen Reich:

	beim männlichen Geschlecht	beim weiblichen Geschlecht
1871—1880	35,6 Jahre	38,5 Jahre
1881—1890	37,2 »	40,3 »
1891—1900	40,6 »	44,0 »
1901—1910	44,8 »	48,3 »
1910—1911	47,4 »	50,7 »
1924—1926	56,0 »	58,8 »

In derselben Zeit, in der das angeblich zu einer allgemeinen Verelendung führende kapitalistische Wirtschaftssystem in Deutschland festen Fuß gefaßt hat und in der die diesem Wirtschaftssystem eigentümlichen Arbeitsmethoden sich ausgebreitet haben, denen man so oft nachsagt, sie führten zu einer schnellen Abnutzung des Menschenmaterials, einem rascheren Verbrauch der menschlichen Lebenskraft, hat also die mittlere Lebensdauer nicht abgenommen, sondern zugenommen, und zwar in einem Maße, von dem man ohne weiteres sagen kann, daß sich in der ganzen deutschen Wirtschaftsgeschichte dazu kein Gegenstück finden lassen wird.

Die Verringerung der Sterblichkeit (die Sterbeziffer — Gestorbene auf 1000 Einwohner — sank von 28,2 im Durchschnitt der Jahre 1871/75 auf 16,0 im Durchschnitt der Jahre 1911/13) hat vor allem folgende Ursachen:

1. Die Fortschritte der ärztlichen Kunst und Wissenschaft.
2. Die Einführung der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenversicherung. Durch diese im vorletzten Jahrzehnt des verflossenen Jahrhunderts geschaffene große sozialpolitische Organisation ist dafür gesorgt, daß der erkrankte Arbeiter sich schonen kann, daß er in Krankheitsfällen ärztliche Hilfe, Medikamente usw. erhält, daß ihm unter Umständen Heilstättenbehandlung zuteil wird. Solche Einrichtungen müssen natürlich auf eine Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer hinwirken. Der englische Arzt *Shadwell*, der die Lage der Industriearbeiterschaft in Großbritannien, Deutschland und den Vereinigten Staaten einer vergleichenden Untersuchung unterzogen hat, bemerkt hierüber: »Niemand kann daran zweifeln, daß das allgemeine Wohlbefinden der arbeitenden Klassen in Deutschland, das auffällig in die Augen springt und durch die Statistik der Bevölkerungsbewegung trotz vieler ungünstiger Umstände bestätigt wird, im großen Maße auf das Versicherungssystem zurückzuführen ist.«

3. Die Hebung des Volkswohlstandes, insbesondere das Ansteigen der Arbeitslöhne und ihrer Kaufkraft. Wir halten diesen Faktor sogar für den wichtigsten von allen. Wenn die Menschen imstande sind, sich besser ernähren und mehr für Wohnung und Kleidung ausgeben zu können,

so erhöht das naturgemäß ihre Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten und wirkt damit verringernd auf die Sterblichkeit. Namentlich die Sterblichkeit an Krankheiten wie Tuberkulose ist in erster Linie mit abhängig von der Lebenshaltung, die sich eine Bevölkerung auf Grund ihres Einkommens gestatten kann. Die Sterblichkeit an Tuberkulose war früher bedeutend größer als jetzt, und auch in der Nachkriegszeit haben sich die Ziffern trotz mancher Schwankungen erheblich verbessert (auf 10 000 Lebende der Altersstufe 15—30 Jahre kamen z. B. beim weiblichen Geschlecht 1913 18,1, 1927 aber nur 12,5 Sterbefälle an Tuberkulose).

Damit kommen wir auf den uns hier hauptsächlich interessierenden Punkt: die Bewegung der Arbeitslöhne in Deutschland in der Zeit nach dem Übergang Deutschlands zu den modernen Wirtschaftsformen. Diese letztere Entwicklung hat sich ja in Deutschland erheblich später vollzogen als in Großbritannien, und auch hinter Frankreich und Belgien stand Deutschland anfänglich lange zurück. Der Übergang zu den großindustriellen Betriebsformen setzt in den meisten Teilen Deutschlands eigentlich erst nach der Begründung des Zollvereins im Jahre 1834 stärker ein. Wirklich intensiv wird die Entwicklung erst nach den politischen Sturmjahren 1848/49, und die schnellsten Fortschritte fallen in die Jahre nach 1870 sowie dann wieder nach 1890. Die ganze Zeit der Einführung und Ausgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsformen ist aber zugleich eine Zeit des Ansteigens der Löhne und der Hebung der Lebenshaltung des Arbeiterstandes.

Für die letzten Jahrzehnte vor dem Krieg läßt sich dann auch die Entwicklung der Löhne der Industriearbeiter genauer verfolgen, vor allem an der Hand der Bergarbeiterlöhne. Und die Löhne für die Bergarbeiter dürfen in den modernen Industrieländern, wie der preußische Handelsminister *Möller* einmal zutreffend im Landtag bemerkte, als der Regulator des allgemeinen Lohnniveaus in der Volkswirtschaft betrachtet werden. Natürlich sind auch sie und sie sogar ganz besonders dem allgemeinen Gesetz unterworfen, das die Entwicklung der Löhne im modernen Wirtschaftsleben beherrscht, d. h. sie unterliegen einer periodischen Wellenbewegung, die dem Zyklus der Konjunkturschwankungen in der Industrie entspricht. Es handelt sich also nicht um ein ununterbrochenes Aufsteigen in gerader Linie, sondern um ein Ansteigen, das in Zeiten der industriellen Depression durch Rückschläge unterbrochen wird. Allein im ganzen ist es doch unverkennbar stark aufwärts gegangen. Das lassen die nachstehenden Zahlenreihen deutlich erkennen:

Der Durchschnittslohn eines Kohlenhauers im Bezirk Dortmund betrug in den Jahren 1872—1910 in Mark:

	2,79 (1881)	4,08 (1891)	4,98 (1901)
4,50 (1872)	3,01	3,87	4,57
5,00	3,15	3,71	4,64
4,00	3,08	3,73	4,78
3,80	3,04	3,75	4,84
3,00	2,92	3,90	5,28
2,56	2,93	4,32	5,98
2,66	2,96	4,55	5,86
2,55	3,42	4,84	5,33
2,70	3,98	5,16	5,37

Für den Zeitraum von 1875 bis zur Mitte der 80er Jahre kann nach den Zahlen allerdings von einer klar ausgesprochenen Aufwärtsbewegung der Löhne noch nicht die Rede sein. Es hängt das damit zusammen, daß in den ersten Jahren nach 1870 die Löhne im raschen Anstieg außerordentlich stark in die Höhe getrieben worden waren, worauf dann in der 2. Hälfte der 70er Jahre im Zusammenhang mit der lang andauernden Depression, von der das deutsche Wirtschaftsleben damals heimgesucht wurde, eine Periode des Stillstandes bzw. des Rückganges der Löhne einsetzte. Aber seit der Mitte der 80er Jahre ist diese Periode überwunden, und es setzt nun ein nur durch geringe Rückschläge unterbrochenes Ansteigen der Löhne ein. Im ganzen beläuft sich die Steigerung der Geldlöhne von diesem Ausgangspunkte bis in die letzten Jahre vor Kriegsausbruch auf etwa 100%. Nicht ganz so stark wie die Geldlöhne sind die Reallöhne gestiegen, aber man kann doch sagen, daß es sich bei dem Ansteigen der Löhne im letzten Menschenalter vor dem Kriege zur Hauptsache um ein Steigen des Reallohns, nicht bloß um ein solches des Nominallohns handelt. Nur etwa 20—25% der Lohnsteigerung sind durch das gleichzeitige Höhergehen der Warenpreise aufgezehrt worden. 75—80% der Lohnsteigerungen waren also Reingewinn für die Arbeiterschaft.

Wie auf dem Gebiete des Bergbaus, so war es aber auch auf den übrigen Gebieten der Volkswirtschaft. Überall zeigten die Löhne im Verhältnis zu der gleichzeitigen Bewegung der Warenpreise einen Entwicklungsgang, der den Arbeitern eine sehr beträchtliche Verbesserung ihrer Lebenshaltung ermöglichte. »Der für Maurer festgestellte Durchschnittslohn betrug pro Stunde 1885 28 Pfg., 1895 34,8 Pfg., 1905 46 Pfg., 1910 52,2 Pfg. Nach der Lohnstatistik des Zentralverbandes der Zimmerer, die im Jahre 1911 nahezu 80 000 Berufsgenossen umfaßte, erhielt im Jahre 1895 die größere Hälfte aller Zimmerer pro Tag weniger als 4 Mark, nur ein Fünftel kam auf 5 Mark und mehr. Im Jahre 1911 brauchen sich mit weniger als 4 Mark nur noch ein knappes Siebentel zu begnügen, mehr als 5 Mark erhielten über die Hälfte aller Berufs-

genossen. Der Durchschnittslohn stand 1895 auf 3,50 Mark; im Jahre 1911 dagegen auf etwa 5,75 Mark«<sup>1)</sup>).

»Die Zahl der Haushaltsvorstände und Selbständigen, die mit ihrem Einkommen unter 900 Mark blieben, sank nach der preußischen Einkommensteuerstatistik von 75,1% im Jahre 1896 auf 52% im Jahre 1912. Ein Durchschnittseinkommen von 900—3000 Mark hatten 1896 22% und 1912 43%. Ein solches von mehr als 3000 Mark 1896 2,9% und 1912 5%«<sup>1)</sup>).

Wie die Arbeiterschaft auf Grund der gestiegenen Löhne und Einkommen in der Lage war, ihre Lebenshaltung zu verbessern läßt sich an Hand der Bewegung der Konsumziffern für verschiedene Artikel des Massenverbrauches verfolgen: »Der Fleischverbrauch stieg pro Kopf der Bevölkerung im Gebiet des Deutschen Reichs von 13,6 kg im Jahre 1816 auf 48,5 kg im Jahre 1911 und weiter auf 52,84 kg im Jahre 1928. Der Zuckerverbrauch pro Kopf der Bevölkerung betrug im Jahre 1912/13 19 kg, 1928 lag er mit 23 kg rund 22% über dem Vorkriegsstande. Der deutsche Konsum von Tabak (sämtliche Tabakfabrikate auf Tabakgewicht umgerechnet) betrug je Kopf der Bevölkerung in der Vorkriegszeit 1,54 kg, 1928 bezifferte sich die Kopfquote des deutschen Tabakkonsums auf rund 2 kg, sie überstieg also den Vorkriegsverbrauch um 30%! Wir wissen ferner, daß sich der Verbrauch roher Baumwolle von 0,34 kg pro Kopf jährlich im Jahrfünft 1836—40 bis auf 7,6 kg im Jahre 1912 hob. Auch der Verbrauch von Wolle und Jute hatte schnell zugenommen«<sup>2)</sup>).

Die Entwicklung der Konsumziffern zeigt deutlich, daß es sich bei dem Ansteigen der Löhne im letzten halben Jahrhundert nicht bloß um eine Scheinbesserung, sondern um eine sehr reelle Hebung der Lage der arbeitenden Klasse handelt. Damit wird auch schon der Einwand erledigt, daß der Arbeiter von der Lohnsteigerung keinen Vorteil gehabt hätte, da die ganze Steigerung dazu hätte verwandt werden müssen, die stark gestiegenen Wohnungsmieten zu bezahlen<sup>3)</sup>).

Die Erscheinung, durch die sich die Vertreter des Bodenreformgedankens und viele andere Sozialpolitiker zu dieser pessimistischen Auffassung verleiten ließen, war die Tatsache, daß die Arbeiter in den Städten einen wachsenden Prozentsatz ihres Einkommens für die Wohnungsmiete auszugeben hatten. Hatte die Miete früher vielleicht nur 10% des Einkommens oder weniger ausgemacht, so stieg sie im Laufe der

<sup>1)</sup> *Adolf Weber*, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 5. Aufl. Tübingen 1930, S. 5.

<sup>2)</sup> Ebenda S. 4.

<sup>3)</sup> *Damaschke*, der Führer der deutschen Bodenreformbewegung schrieb z. B.: »Was hilft es denn der Gewerkschaftsbewegung, wenn sie eine Lohnerhöhung wirklich durchsetzt? Die Mietsteigerung frißt die Lohnerhöhung.«

Zeit auf 15, 20 ja teilweise 25% des Einkommens. Dieses relative Anwachsen des Anteils des Wohnungsaufwandes am Einkommen sah man ohne weiteres als gleichbedeutend mit einer Verschlechterung der Lage des Arbeiters an, ohne zu bedenken, daß der Anteil der Miete am Einkommen recht stark anwachsen und der Arbeiter sich doch noch erheblich besser stehen kann. Ferner muß aber natürlich berücksichtigt werden, daß die Steigerung des Mietaufwandes ihre Ursache auch haben kann in einer quantitativ reichlicheren oder qualitativ besseren Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses. Tatsächlich hat auch die Wohn-dichte in deutschen Großstädten vor dem Kriege — entgegen der landläufigen Annahme — keine Zunahme, sondern im Gegenteil eine deutliche Tendenz zur Abnahme gezeigt. Und noch wichtiger: die Qualität der Wohnungen hat sich gehoben, die innere Einrichtung und Ausstattung der Wohnungen ist im Laufe der Zeit eine ganz andere geworden. Auch von Arbeiterseite hat man das anerkannt. So bemerkt das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1909:

»Die Steigerung der Wohnungspreise, wo sie eingetreten ist, beruht zum Teil auch in einer Verbesserung der Qualität der Wohnungen. Heute werden beispielsweise in Berlin recht viel kleine modern eingerichtete Wohnungen gebaut. Der durch diese Verbesserung der Wohnungsqualität herbeigeführte höhere Preis bedeutet nicht ohne weiteres eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter. Wohl aber zeugt es vom Gegenteil, wenn die Arbeiter durch ihre gewerkschaftliche Aktion ihre Einkommensverhältnisse dermaßen verbessern, daß sie bessere Wohnungen bezahlen können. Die höhere Belastung des Arbeiterbudgets durch die Wohnungsmiete kann also zu einem Teile sehr wohl eine Besserstellung der Lage der Arbeiter bedeuten.«

In der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands in dem Zeitraum von 1834—1914 findet die sozialistische Lehre von der wachsenden Verelendung, zu der das kapitalistische Wirtschaftssystem die arbeitenden Klassen verurteilt, also nirgends Bestätigung. Im Gegenteil: parallel mit der Einführung und Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsformen hat ein Aufsteigen des Arbeiterstandes und eine allgemeine Besserung der Lebenshaltung der Bevölkerung stattgefunden, wie sie in der deutschen Wirtschaftsgeschichte wohl überhaupt noch nie zu verzeichnen war. Das glänzendste Kapitel, das die deutsche Wirtschaftsgeschichte bisher aufzuweisen hat, ist von dem so arg geschmähten Kapitalismus geschrieben worden!

Die gleichen in sozialer Hinsicht erfreulichen Erscheinungen, die in Deutschland mit dem Übergang zum Kapitalismus verbunden waren, lassen sich auch bei der Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung Großbritanniens feststellen. Allerdings hat es in Großbritannien eine



Zeit gedauert, bis es deutlich hervortrat, daß im Gegensatz zu den sozialistischen Behauptungen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung ein allgemeines Anziehen der Löhne und ein Aufsteigen des Arbeiterstandes möglich war. England als das eigentliche Heimat- und Ursprungsland der modernen Wirtschaftsformen hat den Übergang zum Kapitalismus ganz aus eigener Kraft vollziehen müssen, konnte nicht wie die Länder, die ihm später auf dieser Bahn folgten, die Kredithilfe der älteren, bereits kapitalistisch durchorganisierten Länder in Anspruch nehmen. Infolgedessen sind in Großbritannien die Geburtswehen bei der Entstehung der neuen Wirtschaftsverfassung schwerer verlaufen als bei den Ländern, die sich bei der Neuorganisation der Wirtschaft schon mit auf die Kapitalkraft Englands stützen konnten.

Dazu kam weiter, daß bald, nachdem in England die Ausbildung der neuen Betriebsformen des Gewerbes eingesetzt hatte, der britische Staat in einen Jahrzehnte währenden Kampf auf Leben und Tod mit Frankreich verwickelt wurde. Dieser Kampf stellte ebenfalls ungeheure Ansprüche an den britischen Kapitalmarkt. Zugleich wurde in diesem Kampf England für lange Zeit von dem wichtigsten seiner bisherigen Zufuhrgebiete für Getreide abgeschnitten. Das trieb die Getreidepreise für Jahrzehnte auf einen unerhört hohen Stand. So schien sich in den ersten Jahrzehnten des Übergangs zum Kapitalismus in England förmlich alles gegen die Arbeiter verschworen zu haben, um ihre Lebenshaltung herabzudrücken und ihre Löhne auf einem niedrigen Niveau festzuhalten. Diese aus den Zeitumständen zu erklärenden Verhältnisse muß man, wie schon erwähnt, immer im Auge behalten, wenn man die pessimistischen Lohngesetze der älteren Nationalökonomie verstehen will.

Nachdem die geschilderten widrigen Verhältnisse überwunden waren, setzte in England ein kräftiges Aufsteigen des Arbeiterstandes ein. Zur Hauptsache gehört es der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts an, besonders die Perioden 1860 bis 1875 und 1885 bis 1900 zeichneten sich durch ein rasches Höhergehen der Löhne aus.

Nach einer Berechnung des englischen Statistikers *Bowley* über die Reallöhne in England hat sich das Ansteigen der Reallöhne, wenn man den Lohnstand im Jahre 1900 gleich 100 setzt, seit 1830 in folgender Weise vollzogen <sup>1)</sup>:

Jahr	Reallohn	Jahr	Reallohn
1830	45	1880	70
1840	50	1885	72
1850	50	1890	84
1860	55	1895	93
1870	60	1900	100
1875	70		

<sup>1)</sup> Zit. nach *Carl v. Tyszka*, Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 145. Bd., 1914, S. 222.

Im ganzen hat sich der Reallohn der britischen Industriearbeiterschaft im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahezu verdoppelt. Die Verbrauchsziffern von Gütern des Massenkonsums zeigen pro Kopf der Bevölkerung ein entsprechend rasches Ansteigen. Hält man diesen Ziffern gegenüber, was die marxistische Doktrin über das Schicksal der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Wirtschaft gelehrt hatte, so sieht man, daß wohl selten eine Doktrin durch die Tatsachen so gründlich ad absurdum geführt worden ist, wie die marxistische Verelendungstheorie.

Das Bild, das wir von dem Aufsteigen des Arbeiterstandes entworfen haben, bedarf nach einer wichtigen Richtung sowohl für Großbritannien wie für Deutschland noch der Ergänzung. Das höhere Einkommen, das der Lohnarbeiterschaft im Laufe des letzten halben Jahrhunderts zuefiel und das ihr gestattete, an den materiellen Genüssen des Lebens in ganz anderem Umfange teilzunehmen als früher, wurde ihr zuteil, ohne daß sie ihre Arbeitszeit auszudehnen brauchte. Im Gegenteil, während der Lohn stieg, wurde die Arbeitszeit herabgesetzt. Die soziale Entwicklung während des letzten Jahrhunderts und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse würde nur sehr unvollkommen gekennzeichnet sein, wenn nicht auch auf diese Seite derselben hier wenigstens mit einigen Worten eingegangen würde.

Nach dem Überblick, den das Ehepaar Webb über die Entwicklung auf diesem Gebiete in Großbritannien gibt, ist dort im Laufe des letzten Jahrhunderts die Arbeitszeit in folgendem Maße verkürzt worden. Am Anfang des 19. Jahrhunderts betrug nach der genannten Quelle der normale Arbeitstag für alle qualifizierten Gewerbe noch 12 Stunden täglich mit Einschluß der Pausen; dabei ist aber bekannt, daß in der neu entstandenen Fabrikindustrie, insbesondere auf dem Gebiete des Textilgewerbes, die Dauer des Arbeitstages oft erheblich über dieses Maß hinausging. Im Jahre 1813 erkämpften zunächst die Londoner Baugewerbe, in der zweiten Hälfte der 30er Jahre die Londoner Maschinenbauer den Zehnstudentag. 1847 wurde der Zehnstudentag nach erregten Auseinandersetzungen, deren Nachzittern man noch in den der Länge des Arbeitstages gewidmeten Abschnitten des »Kapitals« von *Karl Marx* spürt, auf gesetzlichem Wege für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter der Textilindustrie, und, da diese in sehr starkem Maße auf weibliche und jugendliche Arbeitskräfte angewiesen war, damit auch für die Gesamtarbeiterschaft derselben eingeführt. Den ersten Anfängen der Bewegung für den Neunstudentag begegnen wir 1846 in Liverpool, 1871 war der Neunstudentag in den Hauptteilen der britischen Industrie erreicht. In den 70er Jahren waren die Bestrebungen der englischen Arbeiterorganisationen hauptsächlich darauf gerichtet, den Sonnabendnachmittag arbeitsfrei zu machen. Diese Bestrebungen,

die in innerem Zusammenhang mit den strengen britischen Bestimmungen über die Sonntagsruhe stehen, hatten auch in großen Umfange Erfolg. Am Sonnabend herrscht von 1 Uhr Nachmittag ab in der englischen Industrie Arbeitsruhe. Seit den 80er Jahren fing die englische Arbeiterschaft dann an, für die Erringung des Achtstundentages zu kämpfen. In der Zeit von 1889—1897 wurde der Achtstundentag bereits in mehr als 500 Fabrikbetrieben, darunter vor allem vielen Betrieben des Staats und der Gemeinden, eingeführt, und das Ehepaar Webb konnte bereits um die Jahrhundertwende die Erwartung aussprechen, daß noch die jetzige Generation die allgemeine Einführung des Achtstundentages in England erleben werde, eine Erwartung, die der Erfüllung in der Zwischenzeit sehr nahegerückt ist.

Ähnliche, wenn auch nicht ganz so starke Fortschritte hatte die Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit bis zum Kriegsausbruch auch in allen übrigen Industriestaaten gemacht. War England bis 1914 dem Achtstundentag bereits sehr nahegekommen, so war die deutsche Industrie zu dieser Zeit bei einem Arbeitstage angelangt, dessen normale Dauer zwisch neun und zehn Stunden schwankte, in den Großstädten dabei aber vielfach schon näher an neun als an zehn Stunden sich befand. Zwischen den einzelnen Gewerben bestanden dabei noch erhebliche Verschiedenheiten. Sehr natürlicherweise. Denn die verschiedene Abstufung der Dauer des Arbeitstags in den einzelnen Berufen ist ja hauptsächlich die Art und Weise, wie das Wirtschaftsleben der Tatsache Rechnung trägt, daß die Art der Arbeit in den einzelnen Gewerben sehr verschiedene Ansprüche an die geistigen und körperlichen Kräfte des Arbeiters stellt, eine sehr verschiedene Arbeitsintensität von ihm fordert. In allen Gewerben zeigte sich dabei eine deutliche Tendenz zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, fast kein Jahr verging, wo nicht mehr oder weniger große Fortschritte nach dieser Richtung erzielt wurden. Die Arbeiterorganisationen konnten auf diesem Gebiete in den meisten Gewerben und Ländern über ebenso regelmäßige Fortschritte berichten wie auf dem Gebiete der Lohnbewegung.

Im Durchschnitt ist auf diesem Wege die industrielle Arbeitszeit im Laufe des letzten Jahrhunderts vielleicht um drei bis vier, in Deutschland um wenigstens zwei bis drei Stunden verkürzt worden. Erst wenn man diese Tatsache immer mit im Auge behält, gewinnt die Erscheinung, daß die Arbeiterklasse in Deutschland und in Großbritannien ihre Lebenshaltung so, wie gezeigt, verbessern konnte, ihre volle Bedeutung.

Dabei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht etwa in erster Linie ein Erfolg der Arbeiterschutzesetzgebung gewesen ist. Die Gesetzgebung ist vielmehr der natürlichen Entwicklung nur gefolgt, hat sie vielleicht in Einzelheiten auch korrigiert, von sich aus ihren Gang aber doch nicht zu bestimmen vermocht.

Es würde ein Leichtes sein, auch noch aus anderen Industriestaaten statistische Unterlagen dafür beizubringen, daß sich in ihnen ebenfalls ein Aufsteigen des Arbeiterstandes in neuerer Zeit vollzogen hat <sup>1)</sup>. Allein die Schilderung des Aufsteigens des Arbeiterstandes in Großbritannien und Deutschland im Zeitalter des Kapitalismus genügt für unsere Zwecke. Wenn in den beiden Ländern Europas, die von der kapitalistischen Entwicklung ohne Zweifel vor dem Kriege am intensivsten erfaßt waren, diese nicht zu der von sozialistischer Seite vorausgesagten Verelendung der Arbeitermassen geführt hat, dann ist damit dargetan, daß der Kapitalismus nicht in der Weise ein Hindernis für jede Besserung der Lage der arbeitenden Klassen sein kann, wie der Sozialismus das behauptet hat. Wir drücken uns absichtlich in dieser vorsichtigen Form aus, denn es liegt uns fern, den Kapitalismus, d. h. die Wirtschaftsordnung als solche für den Stand der Löhne in einem Lande als ausschlaggebend anzusehen. Was den Stand der Löhne in erster Linie bestimmt, das ist nicht die *Wirtschaftsordnung*, sondern die jeweilige *Wirtschaftslage*, worunter wir vor allem den Stand der Arbeitsproduktivität, die Größe des Produktionsertrags zu verstehen haben. Gewiß ist auch die Wirtschaftsordnung von Einfluß auf die Lohnhöhe, aber doch nur insoweit, als durch sie die Größe des Produktionsertrags, insbesondere durch die Einwirkung, die sie auf die Arbeitswilligkeit ausübt, mitbestimmt wird. Der letztthin über die Lohnhöhe entscheidende Faktor bleibt immer die Größe des Arbeitsproduktes, das in einem Lande durchschnittlich erzielt wird. Wenn in einem Lande in allen Produktionszweigen pro Kopf des Arbeiters ein doppelt so großes Arbeitsergebnis erzielt wird wie in einem anderen, so können nicht nur, sondern müssen auch unter sonst gleichen Umständen in dem ersten Lande die Löhne ungefähr doppelt so hoch stehen wie in dem zweiten. Auf diese Weise ist z. B. der Unterschied in den Reallöhnen zwischen den Vereinigten Staaten und den Industriestaaten Europas zu erklären. In wichtigen Zweigen der Produktion, vor allem im Bergbau und in der Landwirtschaft, erzielt eben der amerikanische Arbeiter vermöge der Gunst der natürlichen Produktionsbedingungen ein doppelt und dreifach so großes Produkt wie sein europäischer Berufsgenosse. Das gibt ihm die Möglichkeit, auch einen etwa doppelt so hohen Reallohn zu beziehen. Diese Unterschiede der *Wirtschaftslage* sind es überhaupt, die die großen Unterschiede im Stande der Löhne zwischen verschiedenen Ländern in erster Linie und hauptsächlich erklären. Die Rolle, welche die Wirtschaftsordnung hierbei spielt, beschränkt sich darauf, daß sie es Veränderungen der Wirtschaftslage, die natürlich an sich sowohl zum Vorteil als eventuell auch zum Nachteil der Arbeiter ausschlagen können, nicht unmöglich macht, sich in höhere

---

<sup>1)</sup> Vgl. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 145/III.

oder unter Umständen auch in niedrigere Löhne umzusetzen. Das ist es, was hier vernünftigerweise die Wirtschaftsordnung leisten kann. Das wird von ihr aber auch bei kapitalistischer Produktionsweise geleistet. Insbesondere ist durch den Mechanismus der Preisbildung, wie er in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung besteht, dafür gesorgt, daß Fortschritte der Technik der Gesamtheit der Konsumenten in Gestalt billigerer Preise zugute kommen müssen und die Arbeiterschaft somit Anteil bekommt an dem Wachstum der Produktivität der Arbeit der Volkswirtschaft, indem sich die Kaufkraft ihrer Löhne erhöht.

Selbstverständlich kann auch die gegenwärtige Weltwirtschaftslage mit ihren Folgeerscheinungen nicht als Beweis für die Richtigkeit der Verelendungstheorie angesehen werden. Denn abgesehen davon, daß von einer zunehmenden Verelendung nicht gesprochen werden kann: die Gründe für die Stockungserscheinungen sind zum weitaus größten Teil außerwirtschaftlicher Natur und für die gegenwärtige Wirtschaftsordnung um so weniger belastend, als häufig gerade die Verletzung der Grundlagen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu den schwersten Störungen führte. Es gilt dies von den Beeinträchtigungen des internationalen Güteraustausches ebenso, wie von den monopolistischen Übersteigerungen der Preise. Wenn das komplizierte Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften verschiedener Völker, auf das sich die Volkswirtschaften unter Verzicht auf nationale Autarkie eingestellt haben, durch Krieg und Inflation, durch neue Grenzen und sinnlos gesteigerte Zölle zerstört wird, so muß sich das als Minderung der Produktivität und tendenzielle Verschlechterung der Lebenshaltung auswirken. Und wenn die Preise über dem Stand, bei dem Angebot und Nachfrage zum Ausgleich gebracht würden, gehalten werden, so muß notwendig Absatzmangel und Arbeitslosigkeit die Folge sein <sup>1)</sup>.

Unzweifelhaft wären auch die Schäden des Weltkrieges in kürzester Zeit wieder gut gemacht worden, wenn man die Gesundungskräfte, die in der freien Wirtschaft ruhen, nicht dauernd durch politische Maßnahmen behindert hätte. Der schlimmste, doch durchaus nicht der einzige Fehler war die Reparationspolitik.

Bedenkt man dies, so muß es sogar erstaunlich erscheinen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die Lebenshaltung der Vorkriegszeit erreicht und überschritten werden konnte. Vergleicht man die tatsächlichen Durchschnittswochenlöhne der gelernten und ungelerten Arbeiter im Deutschen Reich im Jahre 1913 mit den Tariflöhnen (die in Wirklichkeit überschritten wurden) unter Berücksichtigung der Geldwertsenkung, so ergeben sich folgende Ziffernreihen:

---

<sup>1)</sup> Vgl. *Otto Conrad*, Absatzmangel und Arbeitslosigkeit als Dauerzustand, Wien 1926.

Jahr	Reallohn	
	gelernter Arbeiter	ungelernter
1913	34,73	23,29
Jan. 1924	23,03	19,08
Jan. 1925	28,85	21,53
Jan. 1926	32,89	24,36
Jan. 1927	31,59	23,88
Sept. 1927	32,71	24,98
März 1928	32,83	25,07
März 1929	33,49	25,91
Juni 1930	36,67	28,33

Die Wochenreallöhne sind also *trotz der Verkürzung der Arbeitszeit* bei den gelernten Arbeitern über den Vorkriegsstand gestiegen; bei den Ungelernten übertreffen sie die Vorkriegslöhne gegenwärtig schon um ein Fünftel. Dies im Deutschen Reich, das unter den Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in ganz besonderem Maße zu leiden hat.

Die Besserung der Lebenshaltung kommt auch in den schon früher (S. 90) angeführten Ziffern der Sterblichkeit und des Massenkonsums zum Ausdruck.

Wenn also behauptet werden darf, daß trotz Krieg, Inflation, Reparationen, Schutzzöllen und sonstigen Eingriffen in die freie Wirtschaftsgestaltung eine zunehmende Verelendung breiter Volksschichten *nicht* eingetreten ist, so kann gerade die Nachkriegsperiode eher als Beweis für, denn als ein Beweis gegen die Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft angesehen werden.

### C. Die Arbeitslosigkeit.

Die zweite Erscheinung in der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung, auf die sich die sozialistische Theorie der Verelendung der Massen im kapitalistischen Wirtschaftssystem stützt, ist die in ihr beständig in gewissem Umfang anzutreffende Arbeitslosigkeit. Mit den Vorwürfen und Anklagen, die der Sozialismus aus diesem Grunde gegen die bestehende Wirtschaftsverfassung erhebt, hat er zweifellos auch auf weite nicht-sozialistische Kreise einen tiefen Eindruck gemacht. Jedem Menschen schwebt das Ziel vor, daß er eine *gesicherte* ökonomische Existenz erlangen möchte. Das ist ja einer der Hauptgründe, weshalb der Andrang zu den staatlichen und kommunalen Beamtenstellen so groß ist. Ihre Inhaber erfreuen sich einer gesicherten Stellung; sie können aus ihrer Stellung nur beim Vorliegen ganz bestimmter Voraussetzungen wieder entfernt werden. Sonst ist sie ihnen aber für ihr ganzes Leben sicher, und auch im Alter und bei Arbeitsunfähigkeit haben sie Anspruch auf Versorgung. Dem Lohnarbeiter fehlt diese Sicherung seiner ökonomischen Existenz.

Er muß mit der Gefahr rechnen, arbeitslos zu werden. Ihm steht scharf vor Augen, wie das Ehepaar Webb es ausdrückt, »daß die einzige Gewißheit aller Lohnarbeit ihre Ungewißheit sei«<sup>1)</sup>. Für jeden, von dem wir hören, daß er stellenlos ist, beschleicht uns unwillkürlich Mitleid. Und dieses Mitleid hat seine tiefe Berechtigung. Die Arbeitslosigkeit ist eine schwere Gefahr für die Arbeiterbevölkerung. »Die große Mehrzahl der Menschen wird«, wie *G. von Schanz* einmal treffend bemerkt, »durch den regulären Gang der Beschäftigung und des Einkommens auf dem Wege des Guten erhalten, und sie strauchelt, sobald dieser Gang unterbrochen wird und die Not an die Tür klopft.«

Es ist daher sehr verständlich, wenn das Mitleid, das wir mit jedem Arbeitslosen empfinden, leicht in Entrüstung über den brutalen Unternehmer, der angeblich nach seinem Belieben den Arbeiter aufs Pflaster wirft, oder auch in leidenschaftlichen Anklagen gegen die ganze heutige Wirtschaftsordnung, die den Arbeiter von Zeit zu Zeit zur Arbeitslosigkeit verurteilt, sich Luft macht. Auch derjenige Volkswirt, der nicht auf dem Boden des marxistischen Gesetzes der industriellen Reservearmee steht, hat alle Veranlassung zu fragen, ob man nicht einer Wirtschaftsordnung, in der die Arbeitslosigkeit sozusagen stets eine normale Erscheinung bildet, den Krieg ansagen muß.

Warum gibt es im modernen Wirtschaftsleben ständig eine gewisse Zahl von Arbeitslosen? Selbstverständlich wird diese Frage hier nur in dem Sinne gestellt, daß die wirtschaftlichen Ursachen, aus denen in gewöhnlichen Zeiten in unserer Wirtschaftsordnung Arbeitslosigkeit entspringt, untersucht werden sollen. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit dagegen, die ihre Entstehung hauptsächlich den schon genannten außerwirtschaftlichen Gründen verdankt, scheidet aus der Untersuchung deshalb aus, weil sie nicht der Wirtschaftsordnung als solcher zur Last gelegt werden kann<sup>2)</sup>.

Der Sozialismus, wenigstens der marxistische, verfährt, wenn er die Ursachen der Arbeitslosigkeit erörtert, gewöhnlich sehr summarisch und einseitig. Er kennt von den verschiedenen Ursachen, die Arbeitslosigkeit hervorrufen können, regelmäßig nur eine und gibt sich dabei auch nicht die Mühe, tiefer in die Art und Weise, wie die Arbeitslosigkeit im modernen Wirtschaftsleben zustande kommt, einzudringen. So hat nach marxistischer Auffassung die Arbeitslosigkeit im Grunde nur eine Quelle, die in der kapitalistischen Gesellschaft herrschende Tendenz der Freisetzung von Arbeitern durch die Maschine. Das ist nach dem Marxismus

<sup>1)</sup> Das Problem der Armut. Deutsch von *Helene Simon*. 1912, S. 59.

<sup>2)</sup> Es scheidet also aus die Untersuchung der sog. »strukturellen« Arbeitslosigkeit. Vgl. hierüber *O. v. Zwickmeck-Südenhorst*, Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit, Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 2. Jahrg. 1927, Erg.-Heft 1.

die Kraft, die immer von neuem eine industrielle Reservearmee erzeugt. Andere Sozialisten wieder sehen mit ebenso großer Einseitigkeit in der Arbeitslosigkeit nur eine Folgeerscheinung der angeblich der heutigen Wirtschaftsordnung wesenseigentümlichen Eigenschaft, daß der Entfaltung der Produktivkräfte in ihr Fesseln angelegt sind, daß sie durch ihre grundlegenden Einrichtungen und die Art, wie sich in ihr die Verteilung des Einkommens vollzieht, gehindert ist, so viel zu produzieren, wie sie nach dem Stand der Technik bequem produzieren könnte. So schreibt z. B. *Tugan-Baranowsky*:

»Was schafft diese dauernde, wenn auch nach ihrem Umfange schwankende Arbeitslosigkeit? . . . Nicht die natürlichen, technischen Produktionsbedingungen. Es ist kein Mangel an Arbeitswerkzeugen für alle Arbeitslosen vorhanden, kein Mangel an Materialien zur Bearbeitung und kein Mangel an Bedürfnissen, die mittels der erzeugten Produkte hätten befriedigt werden können. Warum finden denn die Menschen keine Arbeit, wenn gleichzeitig die Produktionsmittel brach liegen, und die Volksmasse die ihr zum Leben notwendigen Gegenstände entbehren muß? Nur deshalb, weil das moderne Wirtschaftssystem, das den Arbeiter der Produktionsmittel beraubt und den volkswirtschaftlichen Organismus auf Millionen unabhängiger, autonomer Privatwirtschaften zersplittert, die gesellschaftliche Produktion in eiserne Fesseln schmiedet und sie der Möglichkeit beraubt, die von der Wissenschaft entdeckten, in dem Schoße der modernen Gesellschaft schlummernden ungeheuren Produktionskräfte auszunutzen«<sup>1)</sup>.

Im Gegensatz zu diesen einseitigen Auffassungen der Entstehung der Arbeitslosigkeit wollen wir hier möglichst alle Momente, die bei dem Zustandekommen der Arbeitslosigkeit mit im Spiele sind, einer kurzen Betrachtung unterziehen. Bei einer solchen Untersuchung der Einzelursachen der Arbeitslosigkeit sind zweckmäßig zwei Hauptarten der Arbeitslosigkeit zu unterscheiden: eine Form, die auf periodisch wiederkehrende Ursachen zurückgeht, und eine Form, der das Merkmal der mehr oder weniger regelmäßigen periodischen Wiederkehr fehlt.

Um zunächst auf diejenigen Ursachen der Arbeitslosigkeit einzugehen, die ohne jede Regelmäßigkeit im Wirtschaftsleben auftreten, so kommt hier vor allem die Arbeitslosigkeit im Gefolge von *einmaligen* Störungen in Betracht, von denen einzelne Produktionszweige betroffen werden.

Bei den einmaligen wirtschaftlichen Störungen, die wir hier im Auge haben, ist — von elementaren, politischen und sozialen Ereignissen (Krieg, Streik und dergleichen) abgesehen — vor allem an Bedarfsverschiebungen sowie an die Einführung von arbeitsparenden techni-

---

<sup>1)</sup> Der moderne Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung. Dresden 1908, S. 95.



schen Erfindungen zu denken. Die Art und Weise, wie die Arbeitslosigkeit zustande kommt, ist dabei in beiden Fällen im Grunde die gleiche. Es genügt daher, das Typische des Vorgangs, der sich hierbei abspielt, am Beispiel der Bedarfsverschiebungen etwas näher zu erläutern.

Die Freiheit des Konsums ist, wie schon mehrfach hervorgehoben, ein Grundgesetz unserer Wirtschaftsordnung. Die Freiheit des Konsums bewirkt aber, daß die Gunst der Mode sich bald diesem, bald jenem Artikel zuwendet. Diese Schwankungen brauchten allerdings an sich nicht notwendig zu Arbeitslosigkeit zu führen. Denn um ungefähr ebensoviel, wie von dem einen Artikel weniger gebraucht wird, wird ja von dem anderen mehr verlangt. Und demgemäß wird auch ungefähr in demselben Maße, wie die eine Industrie ihre Nachfrage nach Arbeit einschränkt, in anderen die Nachfrage nach Arbeit ausgedehnt. Der Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt, der hierdurch geschaffen wird, vermag aber doch die Entstehung von Arbeitslosigkeit nicht zu verhüten. Das würde nur dann zutreffen, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden: die neue Mehrnachfrage nach Arbeit müßte einmal an denselben Orten oder wenigstens in großer Nähe der Orte auftreten, an denen gleichzeitig die Nachfrage nach Arbeit sich mindert, und zum anderen, die Arbeiter, die in dem einen Gewerbe arbeitslos werden, müßten nach ihrer erworbenen technischen Geschicklichkeit imstande sein, in den Gewerben, denen jetzt die Gunst der Mode sich zuwendet, die Arbeit aufzunehmen. Weder die eine noch die andere Bedingung ist aber gewöhnlich in solchen Fällen in genügendem Umfange erfüllt.

Unter diesen Umständen wird aber im Gefolge von Bedarfsverschiebungen regelmäßig auch eine stärkere Arbeitslosigkeit in den auf die Schattenseite der Nachfrage geratenen Gewerben unvermeidlich sein. Je beweglicher allerdings die Arbeiterschaft wird, je leichter sie bereit ist, den Wohnort zu wechseln, um so eher wird sich diese Arbeitslosigkeit überwinden lassen.

Alles, was eben über die Arbeitslosigkeit im Gefolge von Bedarfsverschiebungen gesagt wurde, trifft auch für die Arbeitslosigkeit zu, von der einzelne Gewerbe im Zusammenhang mit der Einführung arbeitssparender Erfindungen, insbesondere neuer Maschinen, getroffen werden. Gewerbe, die eine solche technische Umwälzung erfahren, entgehen ja gewöhnlich auch dem Geschick nicht, durch eine Periode vermehrter Arbeitslosigkeit hindurch zu müssen. Auch hier liegen die Dinge nicht etwa so, wie die vulgäre Auffassung und auch viele Sozialisten, an ihrer Spitze *Marx*, meinen, daß durch die Maschine überhaupt die Gesamtnachfrage nach Arbeit in der Volkswirtschaft vermindert würde, sondern die Arbeitslosigkeit entsteht erst durch das Zusammenwirken der eben näher geschilderten Momente. Sie entsteht also dadurch, daß die Freisetzung der Arbeiter durch die Maschine einerseits sowie die vermehrte

Nachfrage nach Arbeit, welche die Verbilligung der Produktion durch die Maschine regelmäßig irgendwo hervorruft, andererseits auf örtlich und beruflich getrennten Arbeitsmärkten sich abspielen und ein Ausgleich zwischen diesen Arbeitsmärkten, wenn überhaupt, erst nach längerer Zeit zu erzielen ist.

Von der Arbeitslosigkeit, von der wir jetzt sprechen, können wir mit *Beveridge* sagen, daß sie als eine Frage der Organisation des Arbeitsmarktes sich darstellt. Es gilt dies sogar in noch erheblich weiterem Sinne, als aus unseren bisherigen Betrachtungen sich ergibt. Auch eine Volkswirtschaft, die freibleibt von einmaligen wirtschaftlichen Störungen in dem zuletzt erörterten Sinne, in der keine Bedarfsverschiebungen und keine Freisetzungen von Arbeitern durch Einführung von technischen Betriebsverbesserungen vorkommen, wird immer eine gewisse Zahl von Arbeitslosen aufweisen. Denn ein gewisses Maß von Arbeitslosigkeit ist heute unvermeidbar als Folge der absoluten Freiheit des Arbeitsverhältnisses, die für beide Parteien des Arbeitsvertrages gilt, sowie der natürlichen Unvollkommenheit, die notwendig jeder Arbeitsvermittlung anhaftet, gleichviel wie ihre Organisation geartet ist. In einer Wirtschaftsordnung, die dem Arbeiter das unbeschränkte Recht gibt, seine bisherige Stellung zu kündigen und ebenso unbeschränkt darüber zu entscheiden, ob er eine neue, ihm angebotene Stellung annehmen will oder nicht, und in der ebenso der Unternehmer die entsprechenden Rechte besitzt, wird es jederzeit eine gewisse Zahl von Arbeitslosen geben. Denn auch die denkbar beste Organisation der Arbeitsvermittlung kann es nie dahin bringen, daß die Arbeiter, die aus irgendeinem Grunde ihre bisherige Stellung aufgegeben haben, immer da, wo offene Stellen für sie vorhanden sind, sofort wieder eingestellt werden, ohne daß dazwischen eine Zeit der Beschäftigungslosigkeit eintritt. So ist es insbesondere zu erklären, daß auch in der Zeit des besten Geschäftsganges, wenn in der Industrie Hochkonjunktur herrscht, eine Statistik, die darauf ausgeht, die augenblicklich nicht in Beschäftigung stehenden Arbeiter zu zählen, stets einen bestimmten Prozentsatz der Lohnarbeiter als arbeitslos ermitteln wird. Die Tatsache, daß im modernen Wirtschaftsleben beständig eine gewisse Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist, darf daher auch nicht so gedeutet werden, als ob es eine Eigentümlichkeit unserer Wirtschaftsordnung sei, daß das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage andauernd übertreffe. Vielmehr können gleichzeitig im ganzen noch mehr Arbeitsstellen unbesetzt sein, als Arbeitslose vorhanden sind.

Mit der eben bezeichneten Arbeitslosigkeit ist also im Wirtschaftsleben unter allen Umständen zu rechnen. Sie kann indessen im allgemeinen auch als unbedenklich bezeichnet werden, als unbedenklich so-

wohl vom Standpunkte der Arbeiterklasse als auch von dem des einzelnen Arbeiters aus.

Vom Standpunkte der Arbeiterklasse aus ist eine Arbeitslosigkeit, die sich in engen Grenzen hält insofern unbedenklich, als sie *kein Hindernis für eine aufsteigende Bewegung der Löhne bildet*. Wie auf dem Wohnungsmarkte ein Vorrat von 3% leerstehender Wohnungen noch keinen fühlbaren Druck auf die Mietpreise auszuüben vermag, sondern erst, wenn der Wohnungsvorrat wesentlich über dieses Maß hinaus anschwillt, die Preisbildung der Wohnungen nach unten beeinflußt wird, so steht es ähnlich auf dem Arbeitsmarkte. Eine Arbeitslosenziffer von 3% und weniger vermag die Aufwärtsbewegung der Löhne nicht aufzuhalten, erst, wenn die Ziffer von 3% wesentlich überschritten wird, tritt eine Umkehr in der Bewegung der Lohnsätze ein. Das lassen die nachstehenden Angaben für Großbritannien deutlich erkennen, in denen die Jahresdurchschnittsziffer der Arbeitslosen bei den britischen Gewerksvereinen mit der Zunahme oder Abnahme der wöchentlichen Lohnsätze im Vereinigten Königreich verglichen wird. Es betrug:

Jahr	Allgemeine Arbeitslosenziffer der Gewerksvereine	Zunahme bzw. Abnahme der wöchentlichen Lohnsätze in 1000 £	Jahr	Allgemeine Arbeitslosenziffer der Gewerksvereine	Zunahme bzw. Abnahme der wöchentlichen Lohnsätze in 1000 £
1896	3,3	+ 26,5	1905	5,0	— 2,2
1897	3,3	+ 31,5	1906	3,6	+ 57,9
1898	2,8	+ 80,7	1907	3,7	+ 200,9
1899	2,0	+ 90,3	1908	7,8	— 59,2
1900	2,5	+ 208,6	1909	7,7	— 68,9
1901	3,3	— 76,6	1910	4,7	+ 14,5
1902	4,0	— 72,6	1911	3,0	+ 34,6
1903	4,7	— 38,3	1912	3,2	+ 139,5
1904	6,0	— 39,2	1913	2,1	+ 164,2

Auch vom Standpunkt des einzelnen Arbeiters kann eine Arbeitslosigkeit, die nicht über 3% hinausgeht, im allgemeinen als unbedenklich angesehen werden, denn wenn der Umfang der Arbeitslosigkeit diese Grenze nicht überschreitet, kann zugleich angenommen werden, daß die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt nur *kurzfristig* ist. Diese beiden Dinge gehen überhaupt gewöhnlich Hand in Hand. Ist der Umfang der Arbeitslosigkeit nur gering, d. h. hält er sich unter etwa 3%, so ist auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nicht lang, nimmt dagegen der Umfang der Arbeitslosigkeit zu, so erfährt gewöhnlich gleichzeitig auch ihre Dauer eine Verlängerung. Das ist selbstverständlich aber für die wirtschaftliche und soziale Beurteilung ein Punkt von außerordentlicher Wichtigkeit. In einer Arbeitslosigkeit, die nur

einige wenige Tage dauert, ist noch nicht, wenigstens nicht ohne weiteres, etwas Bedrohliches zu erblicken. Erst wenn sich die Arbeitslosigkeit länger, wochen- und monatelang, hinzieht, führt sie zum wirtschaftlichen und oft auch zum moralischen Verfall der Familie.

Es ist daher ungemein wichtig, zu wissen, wie lange die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt dauert. An umfassenden Erhebungen fehlt es hierüber freilich noch. Allgemeine Arbeitslosenzählungen sind bisher überhaupt erst ganz vereinzelt vorgenommen worden. Das Deutsche Reich hat im Jahre 1895 zuerst von allen Industriestaaten der Welt eine solche Zählung veranstaltet und zwar gleich zweimal, einmal im Sommer im Zusammenhang mit der Berufszählung, und zum anderen im Winter im Zusammenhang mit der Volkszählung. In bezug auf die Dauer der Arbeitslosigkeit hatten diese Erhebungen folgendes Ergebnis:

Dauer der Arbeitslosigkeit am Zähl- tage .....	<i>Arbeitslose</i>			
	absolut		in Prozent	
	14. 6.	2. 12.	14. 6.	2. 12.
seit 1 Tage .....	2 104	15 791	1,17	2,85
„ 2—7 Tagen .....	17 471	70 589	9,76	12,75
„ 8—14 „ .....	39 659	155 206	22,16	28,03
„ 15—28 „ .....	19 782	98 180	11,05	17,74
„ 29—90 „ .....	39 398	132 810	22,01	23,99
„ 91 und mehr Tagen .....	25 256	39 051	14,11	7,05
unbekannt .....	35 334	42 013	19,74	7,59
Summa	179 004	553 640	100	100

Bei beiden Zählungen entfiel also auf die Arbeitslosigkeit, die nicht über die Dauer eines Monats hinausging, ein sehr beträchtlicher Teil aller Fälle, im Winter sogar mehr als die Hälfte der Gesamtzahl. Nun kommt es freilich nicht auf die Dauer der Arbeitslosigkeit am Zählungstage an, sondern auf ihre gesamte Dauer bis zur Erlangung einer neuen Stelle. Im Anschluß an die Erhebungen des Reiches von 1895 haben einzelne Städte versucht, auch über diesen Punkt Klarheit zu schaffen. Sie suchten durch ergänzende Nacherhebungen zu ermitteln, wann die Arbeitslosen wieder Beschäftigung bekommen haben. Eine solche Erhebung wurde z. B. in Berlin veranstaltet. Dabei stellte sich heraus, daß die Arbeitslosigkeit durchschnittlich 38 Tage dauerte. In Stuttgart, wo eine analoge Nacherhebung im Anschluß an die Winterzählung stattfand, hatten bereits 10 Tage nach dem 2. Dezember 19,1% der Arbeitslosen wieder Beschäftigung gefunden. In einem sehr beträchtlichen Teil aller Fälle handelt es sich also nur um eine kurzfristige und daher weniger bedenkliche Arbeitslosigkeit. Daneben sind freilich auch die Fälle von schwerer, langdauernder Arbeitslosigkeit in nicht geringer Zahl vertreten. Dabei ist aber noch etwas anderes zu beachten.

Unter den Arbeitslosen befinden sich immer auch Existenzen, die im Begriffe stehen, aus dem Erwerbsleben wegen mangelnder physischer, geistiger oder moralischer Leistungsfähigkeit überhaupt ganz ausgeschieden zu werden. Namentlich bei den Fällen von schwerer, langdauernder Arbeitslosigkeit handelt es sich oft um in irgendeiner Hinsicht minderwertige Elemente, die den normalerweise im Erwerbsleben zu stellenden Anforderungen nicht zu genügen vermögen. Zu den eigentlichen Arbeitslosen kann man diese Elemente im Grunde gar nicht mehr zählen. Denn sie haben infolge ihrer körperlichen und geistigen Mängel oft überhaupt keine Aussicht mehr, eine dauernde Beschäftigung zu finden. Sie sind als erwerbsunfähig oder doch höchstens als halb erwerbsfähig zu betrachten.

Hinter der Arbeitslosenfrage verbirgt sich heute also zugleich das Problem, wie für die vermindert Erwerbsfähigen zu sorgen ist. Das ist zweifellos ein Problem, das in jeder Gesellschaftsordnung irgendwie gelöst werden muß, und das in der bestehenden Gesellschaft noch keine ausreichende und befriedigende Lösung gefunden hat. Dem Problem der Arbeitslosigkeit in der heutigen Wirtschaftsordnung würde ein großer Teil seiner Schärfe genommen werden, sobald es gelänge, aus den Arbeitslosen die eben bezeichnete Kategorie herauszunehmen und für sie besondere Einrichtungen zu schaffen.

Ein gewisses Maß von Arbeitslosigkeit ist also, wie gezeigt, im heutigen Wirtschaftsleben ganz unvermeidbar und auch im allgemeinen unbedenklich. Woher kommt nun aber die zeitweise abnorme Steigerung der Arbeitslosenziffer?

Schon die bisher besprochenen allgemeinen Ursachen der Arbeitslosigkeit wirken ja nicht immer mit gleicher Stärke. Indessen sind die Schwankungen der Gesamtarbeitslosenziffer, die durch die schon erörterten Arten der Arbeitslosigkeit hervorgerufen werden, verhältnismäßig doch nur gering, weil hierbei gewöhnlich ein gewisser Ausgleich zwischen den einzelnen Industrien eintritt. Zur Hauptsache werden die großen Schwankungen der Arbeitslosenziffer, die wir in der modernen Volkswirtschaft beobachten können, durch die nunmehr zu besprechenden periodisch auftretenden Ursachen einer verstärkten Arbeitslosigkeit hervorgerufen.

Bei den mit einer gewissen Regelmäßigkeit periodisch wiederkehrenden Ursachen der Arbeitslosigkeit haben wir wieder 2 Hauptfälle zu unterscheiden. Wir haben da zunächst Industrien, in denen sich das Anwachsen der Arbeitslosenziffer regelmäßig in jedem Jahre in bestimmten Monaten wiederholt. Diese Art der Arbeitslosigkeit ist ja eine ihrer bekanntesten Erscheinungsformen. Es ist die Arbeitslosigkeit der *Saison- und Campagnegewerbe*. Sie entspringt aus der Tatsache, daß manche Produktionszweige nur einen Teil des Jahres hindurch betrieben werden und die in ihnen beschäftigten Arbeiter dann in dem Reste des Jahres

keine Stellen finden können. Campagnegewerbe sind solche, deren Betrieb aus natürlichen Gründen auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist und während des übrigen Jahres ruht (Zuckerindustrie, Konservenfabrikation, Fischräucherei usw.), Saisongewerbe sind solche, die an sich das ganze Jahr betrieben werden können, aber zu bestimmten Jahreszeiten regelmäßig einen verstärkten Betrieb haben (Baugewerbe, Strohhutindustrie, Spielwarenverfertigung usw.).

Dabei ist, wenn man zum richtigen Verständnis der Ursachen der Arbeitslosigkeit gelangen will, aber noch ein Punkt zu beachten. Es wäre an sich nicht unbedingt notwendig, daß durch das Vorhandensein von Saison- und Campagne-Industrien in der Volkswirtschaft so und so viele Tausende von Arbeitern längere Zeit arbeitslos werden<sup>1)</sup>. Lügen die Dinge z. B. so, daß die Gewerbe, deren Saison in das Sommerhalbjahr fällt, ungefähr ebensoviel Arbeiter beschäftigten wie die Gewerbe, deren Saison in den Winter fällt, so brauchte durch das Vorhandensein der Saisongewerbe noch keine Arbeitslosigkeit zu entstehen. Das würde allerdings nur unter der weiteren Voraussetzung zutreffen, daß die Arbeiter der Sommersaisongewerbe zugleich auch in den Wintersaisongewerben verwendbar sind, daß also die Ansprüche, welche in beiden Arten von Saisongewerben an die Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeiter gestellt werden, im großen und ganzen übereinstimmen. In der Tat findet nun auch in gar nicht geringem Umfange eine solche Ausgleichung und Ergänzung zwischen den verschiedenen Saisongewerben statt. So rekrutiert sich ein großer Teil der Arbeiter der Rübenzuckerindustrie der Provinz Sachsen, deren Campagne in den Winter fällt, aus den zu dieser Zeit beschäftigungslosen Arbeitern der Baugewerbe der benachbarten Großstädte. Eine vollkommene Ausgleichung kann hierdurch aber schon aus dem Grunde nicht erreicht werden, weil bei dem weitaus größeren Teil aller hierhergehörigen Gewerbe die Saison in die gleiche Jahreszeit, nämlich in den Sommer fällt. Von den 155 979 periodischen Gewerbebetrieben, die am 14. Juni 1895 ermittelt wurden, waren 120 642 die sechs Sommermonate hindurch voll im Betrieb, die sechs Wintermonate hindurch dagegen nur 54 309<sup>2)</sup>. Diese Tatsache erst gibt die eigentliche Erklärung für das regelmäßige Anschwellen der Arbeitslosenziffer in jedem Winter. Und zwar ist der Unterschied zwischen Sommer und Winter sehr beträchtlich. Im Jahre

<sup>1)</sup> In der Tat behaupten die *Webbs* (Das Problem der Armut, S. 78), »daß es für die *Gesellschaft als Ganzes* keine Schwankungen im Arbeitsbedarf nach Jahreszeiten gibt«. Diese Auffassung ist indessen nach den im Text mitgeteilten statistischen Daten nicht haltbar. Sie ist wohl nur dadurch zu erklären, daß die *Webbs* bei ihrer Betrachtung der Saisonarbeit das wichtigste aller Saisongewerbe, die Bautätigkeit, vernachlässigten.

<sup>2)</sup> Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 119, S. 188. Zu dem Folgenden vgl. ebenda, Bd. 111, S. 245 ff.

1895 belief sich die Zahl der Arbeitslosen nach Abzug der Arbeitsunfähigen im Sommer auf 179 004, im Winter dagegen auf 553 640. Das sind im Sommer 1,11%, im Winter aber 3,40% der Gesamtzahl der Arbeitnehmer. Am größten ist der Unterschied zwischen Sommer und Winter, abgesehen von der absolut ziemlich unbedeutenden Berufsgruppe, welche die Fabrikarbeiter, Gesellen usw. ohne nähere Bezeichnung umfaßt, im Baugewerbe. In dieser Berufsgruppe waren im Sommer 2,87%, im Winter jedoch 15,61% der Gesamtzahl arbeitslos. Die arbeitslosen Bauarbeiter stellen demgemäß auch bei allen großstädtischen Arbeitslosenzählungen im Winter das Hauptkontingent der Arbeitslosen.

Neben der regelmäßig in jedem Winter auftretenden Arbeitslosigkeit der Saisongewerbe gibt es nun aber noch eine zweite Form der periodischen Steigerung der Arbeitslosigkeit im modernen Wirtschaftsleben. Das ist das Anschwellen der Arbeitslosenziffer, das im Gefolge der allgemeinen Schwankungen der industriellen Konjunktur in Fristen von etwa 7—10 Jahren wiederkehrt und so ziemlich die ganze Industrie, wenn auch in den einzelnen Teilen in sehr verschieden starkem Maße, in Mitleidenschaft zieht. Diese Art der Arbeitslosigkeit, die *Krisenarbeitslosigkeit*, ist es, die der modernen Volkswirtschaft vom Sozialismus in ganz besonderem Maße zum Vorwurf gemacht wird.

Namentlich der Marxismus hat die mit den periodischen Konjunkturschwankungen verbundene Arbeitslosigkeit zum Gegenstande schwerster Angriffe gegen die bestehende Wirtschaftsordnung gemacht. Er sieht in dieser Arbeitslosigkeit — der einzigen Art, die sein System überhaupt berücksichtigt — weiter nichts als eine Einrichtung, die es den Unternehmern ermöglicht, die Löhne dauernd auf einem niedrigen Stande festzuhalten. Die periodischen Schwankungen der allgemeinen Konjunktur sind ihm nichts, was auf natürliche Weise im normalen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung von selbst entsteht und woran sich dann in weiterer Folge die zeitweise Arbeitslosigkeit eines Teils der bisher beschäftigten Arbeiter anschließt, sondern das Wechselspiel der Konjunkturen wird nach ihm von den Unternehmern erst dadurch hervorgerufen, daß es ihnen zuvor gelungen ist, Arbeitslosigkeit zu erzeugen und eine industrielle Reservearmee zu schaffen. Nicht die Krisen rufen also die industrielle Reservearmee hervor, sondern umgekehrt die industrielle Reservearmee bildet die Grundlage für die Entstehung der Wechselperioden des industriellen Zyklus <sup>1)</sup>.

---

<sup>1)</sup> »Die plötzliche und ruckweise Expansion der Produktionsleiter ist die Voraussetzung ihrer plötzlichen Kontraktion; letztere ruft wieder die erstere hervor, aber die erstere ist unmöglich ohne disponibles Menschenmaterial, ohne eine vom absoluten Wachstum der Bevölkerung unabhängige Vermehrung von Arbeitern. Sie wird geschaffen durch den einfachen Prozeß, der einen Teil der Arbeiter beständig ‚freisetzt‘, durch Methoden, welche die Anzahl der beschäftigten Arbeiter

Es ist hier nun noch nicht der Ort, die sozialistische Auffassung der Entstehung der Konjunkturbewegung in der modernen Volkswirtschaft einer kritischen Prüfung zu unterziehen — es wird das wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes später in einem besonderen Abschnitt (S. 174—198) geschehen —; zur vorläufigen Orientierung über das Wesen der Krisenarbeitslosigkeit sei hier aber schon soviel über die Entstehung der periodischen Konjunkturschwankungen bemerkt: der periodische Konjunkturwechsel in der Industrie entspringt daraus, daß die Bildung von stehendem Kapital in der Gestalt von ausdauernden Gütern wie Eisenbahnen, Häusern, Hochöfen, Kraftzentralen, Kanälen usw. infolge der Wechselwirkung, die zwischen der Höhe des Zinsfußes und der Unternehmungslust in der Industrie, d. h. der Neigung, neue Betriebe zu gründen und vorhandene zu erweitern, besteht, sehr ungleichmäßig vor sich geht. Bald, nämlich wenn der Zinsfuß niedrig steht, herrscht die Neigung, die Produktion von stehendem Kapital stark auszudehnen, was vor allem der Eisenindustrie in ihren verschiedenen Abteilungen zugute kommt, da der größte Teil der Güter, die zum stehenden Kapital gehören, heute aus Eisen hergestellt wird. Bald wieder, wenn nämlich durch die rasche Ausdehnung der Unternehmungstätigkeit und die steigenden Ansprüche, die dadurch an den Kapitalmarkt gestellt werden, der Zinsfuß in die Höhe getrieben ist, läßt die Unternehmungslust rasch nach, und die Produktion von neuem stehendem Kapital muß eingeschränkt werden. Dabei hat regelmäßig sowohl die Unternehmungslust im aufsteigenden Ast der Bewegung wie die Unternehmungsunlust in ihrem absteigenden Ast etwas Ansteckendes.

Hieraus erhellt zugleich, daß der periodische Wechsel der Konjunkturen seinen Sitz in einem ganz bestimmten Teile der Volkswirtschaft hat. Der eigentliche Krisenherd des Wirtschaftslebens sind die Produktionszweige, in denen das stehende Kapital der Volkswirtschaft hergestellt wird, also die Eisen- und die übrige Metallindustrie, der Schiffsbau, der Eisenbahnbau, das Baugewerbe usw. Wenn wir von allgemeinen Konjunkturschwankungen und allgemeinen Industriekrisen sprechen, so ist das im Grunde somit auch nicht ganz richtig. Nur insofern ist es richtig, als die vorhin bezeichneten Produktionsmittelgewerbe einen so großen Teil der Gesamtindustrie darstellen, daß, wenn es ihnen gut oder schlecht geht, notwendig die ganze Industrie das

---

im Verhältnis zur vermehrten Produktion vermindern. Die ganze Bewegungsform der modernen Industrie erwächst also aus der beständigen Verwandlung eines Teiles der Arbeiterbevölkerung in unbeschäftigte oder halbbeschäftigte Hände. « . . . »der kapitalistischen Produktion genügt keineswegs das Quantum disponibler Arbeitskraft, welches der natürliche Zuwachs der Bevölkerung liefert. Sie bedarf zu ihrem freien Spiel einer von dieser Naturschranke unabhängigen industriellen Reservearmee.« (Das Kapital, I. Bd., 23. Kapitel, 3. Zunehmende Produktion einer relativen Übervölkerung oder industriellen Reservearmee.)



mitfühlen muß und dadurch in ihrer Lage beeinflußt wird. Immerhin bleibt aber bestehen, daß die periodischen Konjunkturschwankungen in erster Linie eine Angelegenheit der Produktionsmittelgewerbe sind, hier zuerst und am schärfsten auftreten und sich erst von hier aus über die übrige Volkswirtschaft ausbreiten.

Aus dem periodischen Konjunkturwechsel und seinen Rückwirkungen entspringt nun auch das zeitweise verstärkte Auftreten von Arbeitslosigkeit in der modernen Volkswirtschaft. Um von den Schwankungen der Arbeitslosigkeit, die aus dieser Quelle fließen, eine Vorstellung zu geben, lassen wir hier die Durchschnittsziffer der Arbeitslosen bei der Gesamtheit der britischen Gewerkvereine für die Periode 1871—1910 folgen. Zum Vergleich haben wir noch die Arbeitslosenziffern bei der Metallindustrie, dem Schiffs- und Maschinenbau daneben gestellt. Die viel stärkeren Schwankungen, welche die zweite Reihe erkennen läßt, bilden zugleich eine Bestätigung des vorhin Ausgeführten, daß der Konjunkturwechsel seinen eigentlichen Sitz in den Produktionsmittelgewerben hat <sup>1)</sup>.

Jahr	Allgemeine Arbeitslosen- ziffer der britischen Gewerkvereine	Arbeitslosen- ziffer in der Metallindustrie, im Schiffs- und Maschinenbau	Jahr	Allgemeine Arbeitslosen- ziffer der britischen Gewerkvereine	Arbeitslosen- ziffer in der Metallindustrie, im Schiffs- und Maschinenbau
1871	1,6	1,3	1891	3,5	4,1
1872	0,9	0,9	1892	6,3	7,7
1873	1,2	1,4	1893	7,5	11,4
1874	1,7	2,3	1894	6,9	11,2
1875	2,4	3,5	1895	5,8	8,2
1876	3,7	5,2	1896	3,3	4,2
1877	4,7	6,3	1897	3,3	4,8
1878	6,8	9,0	1898	2,8	4,0
1879	11,4	15,3	1899	2,0	2,4
1880	5,5	6,7	1900	2,5	2,6
1881	3,5	3,8	1901	3,3	3,8
1882	2,3	2,3	1902	4,0	5,5
1883	2,6	2,7	1903	4,7	6,2
1884	8,1	10,8	1904	6,0	8,4
1885	9,3	12,9	1905	5,0	6,6
1886	10,2	13,5	1906	3,6	4,1
1887	7,6	10,4	1907	3,7	4,9
1888	4,9	6,0	1908	7,8	12,5
1889	2,1	2,3	1909	7,7	13,0
1890	2,1	2,2	1910	4,7	6,8

<sup>1)</sup> Die Jahre, in denen die Arbeitslosenziffer am Ende einer Aufschwungszeit ihren niedrigsten Stand erreicht, sind fettgedruckt, die Jahre des Maximums dagegen sind kursiv gesetzt.

Bei der Entstehung der periodischen Krisenarbeitslosigkeit — in gewissem Umfang übrigens auch bei den anderen Arten der Arbeitslosigkeit — spielt aber noch ein anderes Moment eine Rolle, von dem bisher noch gar nicht die Rede war, ohne dessen Erwähnung jede Erklärung der Arbeitslosigkeit im gegenwärtigen Wirtschaftsleben aber unvollständig bleibt. Das ist die *Lohnhöhe*. In den Jahren der aufsteigenden Konjunktur können der Bergbau und die Produktionsmittelgewerbe ihren stark steigenden Arbeiterbedarf regelmäßig nur durch fortgesetzte Lohnerhöhungen befriedigen. Die Bewegung der Durchschnittsschichtlöhne der Bergarbeiter läßt das deutlich erkennen. Wenn dann aber der Umschlag der Konjunktur einsetzt, zeigt sich, daß es wirtschaftlich unmöglich ist, eine so große Arbeiterzahl wie bisher zu den gestiegenen Löhnen weiter zu beschäftigen. Die sinkenden Preise für Kohlen, Eisen, Walzwerkerzeugnisse usf. erlauben das nicht mehr.

Das ist die Situation, aus der heraus die Arbeitslosigkeit in Krisenzeiten entsteht. Für die menschliche Arbeitskraft bildet sich dann eine ganz ähnliche Lage, wie sie auf den Warenmärkten nicht selten zu beobachten ist. Waren sind bekanntlich dann unverkäuflich, wenn sich Käufer und Verkäufer nicht über den Preis einigen können, wenn der Verkäufer sich nicht zu entschließen vermag, die Ware für den Preis herzugeben, den der Käufer äußerstenfalls für sie noch zu zahlen bereit ist. Ebenso wird die Ware Arbeitskraft unverkäuflich oder, was dasselbe besagt, die Arbeiter werden arbeitslos, wenn die Behauptung der Lohnsätze auf ihrer bisherigen Höhe unmöglich wird und die Löhne, welche die Unternehmer etwa gerade noch zahlen könnten, wenn die ganze bisher beschäftigte Arbeiterzahl auch weiterhin Beschäftigung finden sollte, weit abweichen von den Löhnen, welche die Arbeiter als angemessen ansehen. In dieser Situation wird es immer zu Arbeiterentlassungen und zu Arbeitslosigkeit kommen. Vielleicht wäre es möglich, durch eine sofortige starke Reduktion der Lohnsätze die Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Aber der Versuch wird regelmäßig gar nicht gemacht. Und er wäre wohl von vornherein zum Scheitern verurteilt und würde durch die Lohnkämpfe, die sich unvermeidlich an ihn anschließen, das in dieser Situation ohnehin schon sehr empfindliche Wirtschaftsleben nur noch mehr in Verwirrung bringen.

Aus dem Gesagten erhellt, wie die Arbeitslosigkeit auch im Zusammenhang mit der Höhe der Lohnsätze in der Volkswirtschaft steht — ein bei der Erörterung der Ursachen der Arbeitslosigkeit bezeichnenderweise zumeist ganz mit Stillschweigen übergangener Gesichtspunkt <sup>1)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Das Lohnproblem spielt besonders in der Diskussion über die hier nicht behandelte Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung der Nachkriegszeit eine große Rolle. Man vgl. die Untersuchungen von *Gustav Cassel*, *Sozialismus oder Fortschritt*. Berlin 1929. — *Otto Conrad*, *Absatzmangel und Arbeitslosigkeit als Dauerzustand*.

Diese ganzen Betrachtungen lassen den engen Zusammenhang erkennen, der zwischen dem Zustandekommen der Arbeitslosigkeit und der Freiheit des Arbeitsverhältnisses, der Freiheit der Konsumwahl — überhaupt den wirtschaftlichen Freiheitsrechten in der heutigen Wirtschaftsordnung besteht. Das Problem der Arbeitslosigkeit spitzt sich also schließlich auf die Frage zu: was ist vorzuziehen, eine Wirtschaftsordnung, welche allen die größtmögliche Bewegungsfreiheit gewährt, oder eine Wirtschaftsordnung, die allen ihre wirtschaftliche Existenz von Staats wegen garantiert? Man kann in der Tat die Arbeitslosigkeit als den Kaufpreis bezeichnen, der in der gegenwärtigen Wirtschaft für die genannten Freiheitsrechte bezahlt wird.

## D. Kapitalismus und Arbeitsfreude.

»Wenn der Mensch Freude an seiner Arbeit hat, so wird ihm alles übrige von selbst zufallen.« Wer wird nicht die tiefe, psychologische Wahrheit, die in diesem Wort *Gorkis* steckt, anerkennen! Um so wuchtiger muß aber die Anklage erscheinen, die der Sozialismus gegen die kapitalistische Produktionsweise erhebt, daß sie die Arbeit entseelt und der großen Masse der Bevölkerung auch die Freude an ihrer Arbeit genommen habe. Die Arbeitsmethoden, die der Kapitalismus in das Wirtschaftsleben eingeführt hat, werden als etwas für die Psyche des Arbeiters Untaugliches, als etwas, was die geistige Persönlichkeit im Arbeiter töten muß, hingestellt.

Die Maschine befreit nach *Marx* den Arbeiter nicht von der Arbeit, sondern vom *Inhalt* der Arbeit. Und an einer anderen Stelle fragt er: »Gilt dem Arbeiter dies zwölfstündige Weben, Spinnen, Bohren, Drehen usw., als Äußerung seines Lebens, als Leben?« Und die Antwort hierauf lautet: »Umgekehrt, das Leben fängt da für ihn an, wo diese Tätigkeit aufhört, am Tisch, auf der Wirtshausbank, im Bett.« Ähnlich bemerkt *Engels* über die Arbeit im modernen Fabrikbetrieb: »Der trübselige Schlendrian einer endlosen Arbeitsqual, worin derselbe mechanische Prozeß immer wieder durchgemacht wird, gleicht der Arbeit des Sisyphus.« Und sein bekanntes Urteil über die Arbeitsteilung lautet: »Indem

---

Wien und Leipzig 1926. — *F. H. Curschmann*, Zur sozialökonomischen Funktion hoher Löhne. Berlin 1929. — *Georg Halm*, Zum Problem der Lohnsenkung. Schmollers Jahrb. Bd. 55. 1931. — *Adolf Lampe*, Notstandsarbeiten oder Lohnabbau. Jena 1927. — *Emil Lederer*, Wirkungen des Lohnabbaus. Tübingen 1931. — *Heinrich Mannstaedt*, Lohn- und Preissenkungspolitik. Jena 1931. — *J. Marschak*, Die Lohndiskussion. Tübingen 1930. — *Karl Massar*, Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne. Berlin 1928. — *Ludwig Mises*, Die Ursachen der Wirtschaftskrise. Tübingen 1931. — *Fritz Tarnow*, Warum arm sein? Berlin 1929. — *Adolf Weber*, Ende des Kapitalismus? München 1929. — *Rudolf Wedemeyer*, Mit Lohnsenkungen gegen die Arbeitslosigkeit? Berlin 1930.

die Arbeit geteilt wird, wird auch der Mensch geteilt; der Ausbildung einer einzigen Tätigkeit werden alle übrigen körperlichen und geistigen Fähigkeiten zum Opfer gebracht.«

Es gibt wohl kein zweites Gebiet, auf dem die sozialistische Gesellschaftskritik soviel Zustimmung auch in nicht sozialistischen Kreisen gefunden hat, wie das hier in Frage stehende.

Äußerungen aus den Kreisen der Philosophen, Ästheten, Theologen und nichtsozialistischen Nationalökonomien lassen erkennen, daß auch in bürgerlichen Kreisen, wenigstens in Deutschland, das Urteil über diese Seite der kapitalistischen Entwicklung nicht weniger scharf lautet, als bei den Sozialisten selbst. So schreibt z. B. *Sombart*: »Ich möchte es als das gewaltigste und folgenreichste Ergebnis aller Wirkungen der kapitalistischen Entwicklung auf die Arbeiterschaft bezeichnen, daß sie dieser die Arbeit als höchstes Gut genommen hat.« Solche Urteile ließen sich in beliebiger Zahl anführen.

Liegt nun aber wirklich zu einer so pessimistischen Beurteilung der Dinge ein ernster Grund vor? So aussichtslos es zunächst bei der Stärke der herrschenden Strömung erscheint, gegen den Strom schwimmen und ein anderes, günstigeres Urteil über den Stand der Arbeitsfreude im gegenwärtigen Wirtschaftsleben als das jetzt zur *communis opinio* gewordene begründen zu wollen, so wollen wir doch den Versuch wagen. Wir sind überzeugt, daß die ungünstigen Urteile, die man heute überall über die im modernen Wirtschaftsleben eingetretenen Wandlungen in dem Charakter der Arbeit hören kann, zum großen Teil auf willkürlichen Gegenüberstellungen und fragwürdigen Unterlagen beruhen und einer ernsthaften Kritik nicht standzuhalten vermögen. Insbesondere drei Einwände sind gegen diese absprechenden Urteile geltend zu machen: 1. Sie gehen von unhaltbaren historischen Voraussetzungen aus; 2. sie verkennen die Ansprüche, welche die große Masse der Arbeiterschaft an die Beschaffenheit ihrer Arbeit stellt; 3. sie suchen die Ursache für die unleugbar in erheblichem Umfange vorhandene Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihrer Arbeit auf falschen Gebieten und richten daher auch ihre Vorwürfe an die falsche Adresse.

Das heute mit solcher Bestimmtheit auftretende Urteil, der Kapitalismus habe dem Arbeiter die Freude an seiner Arbeit genommen, habe sie entseelt und zu einer Qual gemacht, kommt natürlich nur zustande durch die Annahme, es habe in der Vergangenheit eine Zeit gegeben, in der das Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit noch anders sich gestaltete, in der der größte Teil der in der Volkswirtschaft verrichteten Arbeit für den Menschen noch nicht eine Qual, sondern eine Lust, jedenfalls nicht mit so starken Unlustempfindungen wie gegenwärtig verknüpft war.

Diese Zeit ist das schon seit der Zeit der Romantik namentlich in

Deutschland immer wieder hochgepriesene Mittelalter. In der in New York erscheinenden Zeitschrift »Survey Graphic« wurde z. B. vor einiger Zeit ein Vergleich zwischen der Psychologie der Arbeit zur Zeit der Zünfte und der im jetzigen Maschinenzeitalter angestellt. Das Resultat, zu dem diese Untersuchung gelangt, lautet: »Der Arbeiter des Mittelalters war frei, intelligent und froh, der der Gegenwart ist lediglich eine Maschine«<sup>1)</sup>. Da haben wir eine der Hauptquellen so vieler absprechender Urteile über den verhängnisvollen Einfluß des Wirtschaftslebens der Gegenwart auf das Verhältnis des Arbeiters zu seiner Arbeit:

Man stellt sich einen hochstehenden Kunsthandwerker in einer mittelalterlichen Stadt vor, der, in behaglichen Lebensverhältnissen lebend und durch die Zunftorganisation zugleich in seiner sozialen Stellung geschützt, sein Gewerbe mit Liebe betreibt, und diesem Mann stellt man dann aus der Gegenwart gegenüber einen ungelerten Arbeiter, der an einer einfachen Maschine beschäftigt ist und an dieser immer wieder denselben Handgriff zu verrichten hat, ohne daß dabei sein Geist irgendwie in Anspruch genommen wird. Und diese absolut willkürliche Gegenüberstellung glaubt man dann als typisch für die Entwicklung des Verhältnisses des Arbeiters zu seiner Arbeit ansehen zu können. Weder kann aber der Kunsthandwerker in der mittelalterlichen Stadt als der typische Vertreter der Arbeit im Mittelalter hingestellt werden, noch auch wird durch den mit einem einfachen, immer wiederkehrenden Handgriff beschäftigten ungelerten Arbeiter der Gegenwart das Verhältnis des Arbeiters zu seiner Arbeit bei der modernen Technik erschöpfend dargestellt, wobei auch noch die Frage offen bleibt, ob wirklich die beständige Wiederholung der gleichen Beschäftigung die Arbeit für den Arbeiter schon qualvoll machen muß.

Welcher Teil der Bevölkerung hat denn im Mittelalter als Kunsthandwerker in den Städten leben können? Es ist doch bekannt, daß der Teil der Bevölkerung, der in den Städten gewerblichen Berufen nachging, im Mittelalter überhaupt viel geringer war als gegenwärtig. Die Loslösung der gewerblichen von der landwirtschaftlichen Arbeit hatte damals noch nicht entfernt den Umfang erreicht wie in der Gegenwart. Ein sehr großer Teil der Verarbeitung der Rohstoffe zu Konsumgütern erfolgte noch im Hause und mit den Arbeitskräften der Familie, infolgedessen gehörte der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung noch der Urproduktion, d. h. der Landwirtschaft an. Der Anteil der Gesamtbevölkerung, der im mittelalterlichen Deutschland auf Handel und Gewerbe entfiel, läßt sich vielleicht höchstens auf 15—20% schätzen. Und von den städtischen Gewerbetreibenden konnte sich wieder nur

<sup>1)</sup> Hier zitiert nach der Frankfurter Zeitung, 167. Jahrgang Nr. 185, Abendblatt vom 10. März 1923.

ein kleiner Teil den Handwerksberufen mit künstlerischem Charakter widmen, ein großer Teil gehörte Berufen an, denen dieses Moment fehlte, wie z. B. den Nahrungsmittelgewerben, in denen, nebenbei bemerkt, die Arbeit seit dem Mittelalter ihren Charakter gar nicht wesentlich verändert hat.

Die Wiege der Vorfahren des ungelerten Arbeiters der modernen Industrie hat also nicht in den Häusern der Kunsthandwerker der mittelalterlichen Städte gestanden, sondern der ungelerte Arbeiter und auch ein Teil der gelernten Arbeiterschaft der modernen Industrie hat seine eigentlichen Vorfahren in der Landarbeiter- und Bauernschaft früherer Jahrhunderte zu suchen. Sollte aber wirklich die harte, anstrengende, oft mit Fronarbeit verbundene Landarbeit früherer Jahrhunderte weniger anstrengend und weniger mit Unlustgefühlen verbunden gewesen sein, als es die Tätigkeit des Arbeiters in der modernen Industrie ist? Wie liegen denn die Dinge auf diesem Gebiete in der Gegenwart?

Wir stoßen hier auf einen eigentümlichen Widerspruch zwischen dem nach der Theorie zu erwartenden und dem tatsächlichen Verhalten der Arbeiterschaft. Die absprechenden Urteile, die über die Gestaltung des Verhältnisses des Arbeiters zu seiner Arbeit in der Gegenwart so häufig gefällt werden, beziehen sich ja regelmäßig nur auf die industrielle Arbeit. Und insofern mit Fug und Recht, als die Hauptvorwürfe, die gegen die moderne Industriearbeit mit Vorliebe erhoben zu werden pflegen, daß sie monoton und geisttötend geworden sei, sich gegen die landwirtschaftliche Arbeit unmöglich erheben lassen. Die Arbeit in der Landwirtschaft hat ja überhaupt ihren Charakter in den letzten anderthalb Jahrhunderten nicht so durchgreifend verändert wie die Arbeit in der Industrie. Die Verwendung der Maschine spielt in der Landwirtschaft nicht entfernt die gleiche Rolle wie in der Industrie, und auch wo man in der Landwirtschaft zur Maschinenverwendung übergegangen ist, da handelt es sich regelmäßig nur um eine kurze Frist, für welche die Benutzung der Maschine in Betracht kommt. Die Maschinenteknik hat in der Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie also die Möglichkeit einer abwechselnden Beschäftigung des Arbeiters mit verschiedenen Verrichtungen nicht aufgehoben, die landwirtschaftliche Arbeit auf der Basis der dauernden Bindung der Einzelarbeiter an bestimmte Teilbeschäftigungen zu organisieren, ist überhaupt wegen der Naturgebundenheit des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses, seiner Abhängigkeit von der Jahreszeit und der Witterung, ganz unmöglich. Die landwirtschaftliche Arbeit hat sich also ihren abwechslungsreichen Charakter gegenüber der industriellen Beschäftigung bewahrt. Man sollte hiernach erwarten, daß die Arbeiterschaft aller Länder der landwirtschaftlichen Arbeit vor der von der sozialistischen Theorie so ungünstig beurteilten industriellen Arbeit, so weit als es nur irgend

geht, den Vorzug geben, daß sie den Übergang zu der durch ihre Monotonie so qualvollen industriellen Beschäftigung selbst um den Preis von Lohnneinbußen nach Möglichkeit vermeiden würde. Die Wirklichkeit zeigt uns aber von der nach der Theorie zu erwartenden Erscheinung das genaue Gegenteil. Die Länder europäischer Kultur stehen schon seit langem sämtlich im Zeichen der Landflucht und des chronischen Arbeitermangels auf dem Lande. Seitdem die moderne Industrie aufgekomen ist und neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen hat, strömen die Arbeiter in Massen aus der Landwirtschaft ab und suchen Beschäftigung in den städtisch-industriellen Berufen. Diese Bewegung ist ja so intensiv, daß auf dem Lande fast allenthalben zahlreiche Arbeitsstellen unbesetzt bleiben müssen, weil eben schon geringe Lohnvorteile, manchmal vielleicht sogar solche eingebildeter Art, dazu ausreichen, um den Arbeiter zu veranlassen, seine landwirtschaftliche Beschäftigung aufzugeben und den Übergang zur industriellen Tätigkeit zu vollziehen. Eben daß oft schon geringe in Aussicht stehende Lohnvorteile genügen, um bei großen Arbeitermassen diesen Wechsel der Beschäftigung hervorzurufen, ist aber ein deutliches Zeichen dafür, daß bei dieser Bewegung auch eine starke Abneigung gegen die landwirtschaftliche Arbeit trotz ihrer scheinbaren Vorzüge mit im Spiele sein muß. Und diese wachsende Abneigung gegen die landwirtschaftliche Arbeit ist ja auch schon von zahlreichen Beobachtern festgestellt worden. Für Großbritannien hat z. B. *Levy* auf den Zusammenhang der Landflucht mit dieser Erscheinung hingewiesen <sup>1)</sup>. Nach ihm ist es auch die Art der Arbeit, welche die Kritik des mit städtischem Leben vertraut gewordenen Arbeiters zu erregen beginnt. Die Arbeit im Stall und Hof, das Düngerfahren oder Kuhmelken erscheint als niedrigere Arbeit als die in der Fabrik. Dazu kommt noch die starke Inanspruchnahme des ländlichen Arbeiters durch die Viehpflege, die schon früh am Morgen beginnt und erst abends spät ihn aus ihrem Dienst entläßt.

Berücksichtigt man das Urteil über die industrielle Arbeit, das die Arbeiter nicht durch ihre Worte, sondern durch ihre Taten zum Ausdruck bringen, indem sie schon um kleiner Lohnvorteile willen massenhaft zur industriellen Arbeit übergehen, so wird man notwendig zu dem Schluß gedrängt: es kann einfach nicht wahr sein, daß die industrielle Arbeit von den Arbeitern selbst in dem Maße als geisttötend und die Arbeitsqual unerträglich vermehrend empfunden wird, wie das von denen, die sich zu Wortführern der Arbeiter aufgeworfen haben, sowie auch von wohlmeinenden Philanthropen, Sozialpolitikern usw. so oft behauptet worden ist.

Und ist denn die so oft beklagte entsetzliche Einförmigkeit und Spe-

---

<sup>1)</sup> Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 18. Band, S. 249 ff.

zialisierung der Arbeitsverrichtungen in der modernen Fabrikindustrie die einzige Veränderung, welche die Umgestaltung der Technik in der modernen Volkswirtschaft in bezug auf die Arbeitsweise und das Verhältnis des Arbeiters zu seiner Arbeit hervorgebracht hat? Ist das alles, was in dieser Beziehung über die Maschinenteknik zu sagen ist? Wenn man bei der Erörterung des Einflusses der Maschine auf die Stellung des Arbeiters im Wirtschafts- und Arbeitsleben nichts anderes hervorzuheben weiß als die Spezialisierung der Verrichtungen, die der Übergang zur Maschinenteknik gewöhnlich mit sich gebracht hat, so vergißt man zu erwähnen, daß erst die Maschinenteknik dem Arbeiter die Arbeit sehr erleichtert hat. Die motorische Arbeit, die im Produktionsprozeß geleistet werden muß, ist dem Arbeiter auf den meisten Gebieten der industriellen Produktion in den letzten anderthalb Jahrhunderten in beständig wachsendem Umfang abgenommen worden, und was von ihm noch verlangt wird, das ist überwiegend leitende und beaufsichtigende Arbeit, die mit viel geringerer Arbeitsanstrengung für ihn verbunden ist. *A. Voigt* kennzeichnet im Hinblick hierauf den Prozeß, den die Technik im letzten Jahrhundert durchgemacht hat, geradezu folgendermaßen <sup>1)</sup>:

»Die ökonomische Aufgabe besteht nun darin, die technischen Prozesse so zu gestalten, daß in ihrem System möglichst wenig Menschen als Glieder Verwendung finden, und womöglich nur für leitende, nicht für motorische Arbeit; also die meiste Arbeit durch natürliche Kräfte leisten zu lassen. Sie ist in der neueren Technik im großen Umfange gelöst worden. Man nennt diesen Vorgang die *Mechanisierung der Arbeit*. Das wesentlichste Mittel zu diesem Zweck ist nun die *Maschine*.«

Daraus erhellt zugleich: das, was man gemeinhin Mechanisierung der Arbeit nennt und unter dem Gesichtspunkt der Entgeistigung betrachtet, bedeutet in Wahrheit Vergeistigung der Arbeit, Stellung höherer geistiger Ansprüche an den Arbeiter, während er von der Last der körperlichen Arbeit zur Hauptsache befreit wird.

Es ist also grundverkehrt, von der modernen Technik generell zu behaupten, daß sie zu einer Verkrüppelung des Intellekts des Arbeiters führe. Im Gegenteil. Wenn daran kein Zweifel bestehen kann, daß in der Industriearbeiterschaft aller Länder heute eine große geistige Regsamkeit herrscht, die sich in dem Streben nach geistiger Fortbildung, lebendiger Anteilnahme an dem öffentlichen Leben der Nation usw. äußert, so wird man diese Erscheinung direkt in Zusammenhang bringen dürfen mit den Fähigkeiten, die die Tätigkeit an der Maschine, die ununterbrochene angespannte Aufmerksamkeit, die diese Tätigkeit

<sup>1)</sup> Art. »Mechanisierung der Arbeit«, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., VI. Bd., S. 536.



erfordert, im Arbeiter geweckt hat. Nicht etwa die politische Arbeiterbewegung hat erst das geistige Leben in der Arbeiterschaft geschaffen, sondern umgekehrt, weil die Beschäftigung an der modernen, schnell arbeitenden Maschine zu einer Entwicklung des Intellekts führt, deshalb fand die politische Arbeiterbewegung einen so fruchtbaren Boden.

Wenn das allgemeine Wesen der Umgestaltung der Arbeit durch die moderne Technik darin besteht, daß vom Arbeiter jetzt eine geringere körperliche, aber eine größere geistige Leistung verlangt wird als früher, worauf stützt sich dann eigentlich die landläufige Anschauung, daß die moderne Technik zu einer Entgeistigung der Arbeit geführt und dem Arbeiter jedes innere Interesse an seiner Arbeit genommen habe? Die Vorstellung, die dieser Behauptung zugrunde liegt, ist natürlich die, daß eine Arbeit, die in der beständigen Wiederholung der gleichen Teilverrichtung besteht, doch unmöglich eine innere Befriedigung zu gewähren vermöge.

Es ist zuzugeben, daß diese Auffassung sich auch auf eine ganze Reihe von Zeugnissen aus Arbeitermund zu berufen vermag. Aber abgesehen davon, daß wir umgekehrt auch aus Arbeiterkreisen eine gar nicht geringe Zahl von Zeugnissen dafür besitzen, daß der Arbeiter auch an einer Beschäftigung, die hochgradig spezialisiert ist und ihn dauernd an eine bestimmte Maschine bindet, Freude empfinden kann, darf man die aus Arbeitermund selbst stammenden Klagen über unerträgliche Monotonie der Fabrikarbeit usw. schon aus folgendem Grunde nicht ohne weiteres für bare Münze nehmen. Wie auf allen bisherigen Entwicklungsstufen der Kultur, so steht auch heute noch die menschliche Arbeit unter dem Gesetz, daß sie, um eine einigermaßen auskömmliche Bedürfnisbefriedigung zu ermöglichen, bis zu einer Dauer ausgedehnt werden muß, die weit über den Punkt hinausliegt, bis zu dem die Arbeit vom Menschen nur als Befriedigung seines Betätigungstriebes empfunden und daher als etwas Willkommenes betrachtet wird. Die Notwendigkeit, um der Bedürfnisbefriedigung willen die Arbeit regelmäßig über diesen Punkt hinaus ausdehnen zu müssen, ist die eigentliche Ursache dafür, daß die Arbeit vom Menschen als Beschwerde und Unlust empfunden wird. Was kann nun natürlicher sein und näher liegen, als daß der einfache Mensch die Unlust, die die Fortsetzung der Arbeit über das vorhin bezeichnete Maß hinaus unter allen Umständen hervorruft, auf die spezielle Art der Arbeit, die er zu verrichten hat, überträgt und in der speziellen Art seiner Arbeit, besonders ihrer Einförmigkeit, die Ursache dafür sucht, daß die Arbeit von ihm als Qual und Plage empfunden wird? Eine so feine Unterscheidungsfähigkeit, wie sie nötig wäre, um die wahre Ursache zu entdecken, weshalb seine Arbeit für ihn leidvoll ist, kann man von dem gewöhnlichen Arbeiter gar nicht erwarten. In diesen Zusammenhängen wurzelt ein großer Teil der Klagen über die

Monotonie der Fabrikarbeit. Es verbirgt sich dahinter nur die natürliche Abneigung des Menschen gegen die regelmäßige, angestrengte Arbeit von längerer Dauer überhaupt.

Nun stammen die Urteile über die allgemeine Entgeistigung der Arbeit im modernen Wirtschaftsleben aber gar nicht bloß aus Arbeiterkreisen, sondern sie stammen zu einem sehr großen Teile von neutralen Dritten, von Sozialpolitikern, Nationalökonomern, Ärzten, Lehrern usw., können also scheinbar ein größeres Gewicht beanspruchen. Diese haben beim Besuch von Fabriken die Arbeiter bei ihrer Beschäftigung beobachtet und sich nun das Urteil gebildet: das muß doch auf die Dauer geradezu unerträglich sein, Tag aus Tag ein immer die gleiche Verrichtung wiederholen zu müssen. Einer solchen Beschäftigung vermag doch der menschliche Geist unmöglich ein tieferes Interesse abzugewinnen, er wird bei ihr notwendig verkümmern müssen. Wir irren wohl nicht, wenn wir auf diese Weise zustande gekommene Urteile Dritter, an sich der Fabrikindustrie fremd gegenüberstehender Personen sogar für eine Hauptquelle des landläufigen absprechenden Urteils über den Charakter der modernen industriellen Arbeit ansehen.

Dazu ist nun aber zu bemerken: Was für den Außenstehenden einförmig und jeder Abwechslung bar erscheint, das braucht es für den, der in der Arbeit mitten darin steht, durchaus nicht zu sein. Die Urteile über die Einwirkung der Fabrikarbeit auf die Psyche des Arbeiters, die auf Grund mehr oder weniger flüchtiger Beobachtungen bei Fabrikbesichtigungen usw. zustande gekommen sind, sind daher ebenso wie die Äußerungen der Arbeiter selbst über diesen Punkt nur mit großer Vorsicht aufzunehmen. Diejenigen Personen, die selbst in der Fabrikarbeit mitten darin stehen, wie Ingenieure und Techniker, und den Arbeiter tagtäglich bei seiner Arbeit zu beobachten Gelegenheit haben, pflegen hierüber auch wesentlich anders zu urteilen wie die Personen, die nur von außen her einen Blick in Fabrikbetriebe zu werfen Gelegenheit hatten, so führt der Ingenieur *Jul. H. Maß* zu unserem Thema aus <sup>1)</sup>:

»Es ist vollkommen verkehrt, zu glauben, daß die Wiederholung derselben Handgriffe zehntausendmal am Tage an sich geisttötend ist. Es kann der Fall sein, wenn diese Handgriffe keinerlei Aufmerksamkeit erfordern; aber die Fälle, in denen dies zutrifft, sind in den Fabrikbetrieben verhältnismäßig selten, denn gerade das ist charakteristisch für unsere modernen Maschinen, daß wir bemüht sind, sie so zu bauen, daß sie uns alle monotonen Handgriffe, die keine Aufmerksamkeit und kein Nachdenken erfordern, abnehmen.«

---

<sup>1)</sup> In einem Aufsatz »Der moderne Fabrikmensch« in der Zeitschrift »Europa«, Jahrgang 1905.

Zu dem gleichen Ergebnis wie dieser Ingenieur ist bei der Untersuchung des Gegenstandes auch ein Vertreter der experimentellen Psychologie *H. Münsterberg*, gekommen und dem Theoretiker sekundiert der Praktiker *Henry Ford*, indem er entschieden bestreitet, daß unter der Eintönigkeit der Arbeit und unter der beständigen Wiederholung der gleichen Beschäftigung das Seelenleben des Arbeiters leiden müsse, und sich zum Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung auf sehr charakteristische Beobachtungen in seinen eigenen Betrieben beruft <sup>1)</sup>.

So viele Zeugnisse — teilweise aus Arbeitermund — sich aber auch anführen lassen, so kann durch sie doch nicht die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß in weiten Kreisen der Arbeiterschaft heute unzweifelhaft das Gegenteil von Freude an der Arbeit herrscht. Jede unbefangene Betrachtung der Dinge muß die unleugbar vorhandene tiefgehende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit der Arbeit zugeben. Es fragt sich nur, was die tieferen Gründe der Erscheinung sind, ob sie insbesondere einfach als Folge der Veränderungen technischer Natur, welche die Arbeitsverrichtungen in der modernen Industrie erfahren haben, angesehen werden kann, wie das die hergebrachte Auffassung tut. Diese landläufige Betrachtungsweise bleibt durchaus an der Oberfläche haften. Ob jemand eine Arbeit als befriedigend oder unbefriedigend empfindet, das hängt gar nicht allein und nicht einmal in erster Linie von der technischen Natur der fraglichen Verrichtungen ab, sondern in allererster Linie davon, was der Betreffende überhaupt für ein Mensch ist, was für eine Welt- und Lebensanschauung er hat und mit welchen wirtschaftlichen, sozialen, ethischen und politischen Vorstellungen er an seine Arbeit herangeht. Die Arbeit empfängt ihren Sinn nicht durch die Technik, sondern immer durch den Geist, in dem sie verrichtet wird. Wenn heute so viele mit ihrer Arbeit unzufrieden sind, so ist das nicht sowohl die Folge davon, daß die Arbeitsmethoden technisch sich verändert haben, als vielmehr davon, daß die Auffassungen der Menschen über den Sinn und das Ziel der Arbeit bzw. des Lebens überhaupt eine gründliche Wandlung durchgemacht haben. Besonders die Auffassungen, die unter sozialistischem Einfluß in breiten Kreisen der Arbeiterschaft über die Stellung der Lohnarbeit im modernen Wirtschaftssystem in den letzten Jahrzehnten Fuß gefaßt haben, haben dazu beigetragen, das Verhältnis des Arbeiters zu seiner Arbeit von Grund aus zu verändern. Der Sozialismus klagt die moderne Wirt-

---

<sup>1)</sup> Mein Leben und Werk, Leipzig 1924. Eine Reihe von Beispielen, welche geistige Anspannung und Konzentration die scheinbar so monotonen Beschäftigungen des Arbeiters in maschinellen Betrieben erfordern, hat *Adolf Weber* zusammengestellt in »Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit« 3. und 4. Auflage, Tübingen 1921, S. 7 f. (Diese Stelle fehlt in der 5. Auflage.)

schaftsverfassung an, daß sie dem Arbeiter die Freude an seiner Arbeit geraubt habe. In Wahrheit kann man diesen Vorwurf gegen ihn selbst erheben. Durch die Anschauungen, die er über die Stellung von Unternehmern und Arbeitern im Wirtschaftsleben, das zwischen ihnen angeblich notwendig bestehende Verhältnis des Klassenkampfes usw. in die Arbeitermassen hineingetragen hat, hat er vielleicht mehr dazu getan, die Arbeitsfreude zu zerstören und es dem Arbeiter unmöglich zu machen, ein inneres Verhältnis zu seiner Arbeit zu gewinnen, als alle Änderungen der Technik nach dieser Richtung zu wirken vermocht haben.

Man muß sich nur einmal klarmachen, was es für das Verhältnis des Arbeiters zu seiner Arbeit bedeutet, wenn ihm in immer neuen Variationen die grundverkehrte, auf einer ganz oberflächlichen Betrachtung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge beruhenden Theorie vorgetragen wird, die Produktion in der modernen Volkswirtschaft richte sich gar nicht nach dem gesellschaftlichen Bedarf, sondern werde lediglich durch das Profitstreben der Kapitalisten geleitet. Dr. *Artur Jacobs* hat z. B. in der »Tat« dieser von Dilettanten der nationalökonomischen Theorie mit besonderer Vorliebe verkündigten These folgende Formulierung gegeben, in der die Nutzenanwendung für das Arbeitsleben des Lohnarbeiters deutlich hervortritt: »Ohne Sinn ist die Arbeit des Proletariers. Er muß herstellen, was das *Profitbedürfnis* einiger Weniger, denen der Boden, die Rohstoffe und die Arbeitsmittel gehören, verlangt. Deshalb ist diese Arbeit *freudlos*. Und weil sie freudlos, weil sie ohne Sinn, weil der Arbeiter ohne Beziehung zu den Dingen seiner Arbeit, zum Material, zur Technik, zur Kunst der Formen ist, deshalb ist auch sein Leben wesenlos, ohne Sinn und daher ohne Glück, erfüllt von Dumpfheit und ödem Sinnenrausch <sup>1)</sup>.«

So viel Worte, so viel Mißverständnisse und Übertreibungen. Die viel geschmähte Profitwirtschaft arbeitet in einer Weise für die Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs und paßt sich ihm mit einer Schnelligkeit und Genauigkeit an, wie bisher noch keine andere Wirtschaftsordnung den Beweis erbracht hat, daß sie es in gleicher Vollendung zu tun vermag. Der Gewinn der Produzenten ist heute in ausschlaggebender Weise davon abhängig gemacht, daß der Produktion eine Richtung gegeben wird, die den Wertschätzungen der Konsumenten entspricht. Nur dann erzielen die Unternehmerproduzenten den höchsten Gewinn, wenn sie die Waren herstellen, welche von den Konsumenten am dringlichsten begehrt und am höchsten geschätzt werden, mit anderen Worten, wenn sie den gesellschaftlichen Bedarf und seine Verteilung auf die verschiedenen Produktgattungen richtig zu beurteilen verstehen. Die mo-

---

<sup>1)</sup> Zitiert nach dem 1. Morgenblatt der Frankfurter Zeitung vom 24. Dezember 1922.

derne Volkswirtschaft ist ja, wie man treffend gesagt hat, eine »Konsumentendemokratie«; nur der erlangt in ihr eine führende Stellung, wird ein erfolgreicher Unternehmer, der es versteht, den Bedarf der Konsumenten richtig vorauszusehen und sich in den Dienst seiner Befriedigung zu stellen. Durch die Vorstellung, daß seine Arbeit zwecklos sei, daß sie nicht dem Wohle der Gesellschaft, sondern dem Profitstreben der Unternehmer diene, braucht sich also kein Arbeiter die Freude an seiner Arbeit nehmen zu lassen. Der Gegensatz, der hier konstruiert wird, ist in Wirklichkeit gar nicht vorhanden, er ist lediglich das Erzeugnis einer oberflächlichen und dilettantischen Betrachtung der Volkswirtschaft. Leider sind aber nur zu viele auch unter den Gebildeten in den Bann einer solchen kurzsichtigen, die wirklichen Zusammenhänge des Wirtschaftslebens verkennenden Betrachtungsweise geraten. Sogar in die Wissenschaft hat sie Eingang gefunden und das sozialphilosophische Denken sich untertan gemacht. Der Neukantianismus eines *Hermann Cohen* und seiner Schule steht, wie schon *Mises* richtig erkannt hat, stark unter dem Einfluß der Wirtschaftstheorie des Sozialismus, speziell seiner marxistischen Ausprägung. Er hat sich dadurch zu der grundfalschen Auffassung verleiten lassen, die geltende Wirtschaftsordnung sei auf einem immanenten Widerspruch zu dem kategorischen Imperativ jeder Sozialethik aufgebaut. Sie verstoße nämlich gegen das Prinzip: »Handle so, daß du deine Person wie die Person eines jeden anderen zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.« Der Verstoß wird darin erblickt, daß die Arbeiter von den Besitzern der Produktionsmittel abhängig sind und daß die Arbeit in der heutigen arbeitsteilig organisierten Volkswirtschaft einen Marktwert hat. Das soll mit der Würde der menschlichen Persönlichkeit nicht vereinbar sein. Die Behauptungen des Marxismus, daß die Arbeiter in der kapitalistischen Produktionsweise bloß Produktionsmittel, aber nicht Zweck und nicht Selbstzweck der Produktion sind, sind, wie man sieht, von dieser Sozialphilosophie für bare Münze genommen worden.

Die ganze Lehre des Neukantianismus von *Cohen* und seinen Nachfolgern über die im Grunde unsittliche Natur der heutigen Wirtschaftsordnung, die dann von sozialistischen Nationalökonomern aufgegriffen worden ist, ist ein warnendes Exempel dafür, auf welche Irrwege ein sozialphilosophisches Denken geraten kann, das der tieferen Einsicht in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens entbehrt und infolgedessen eine leichte Beute sozialistischer Schlagworte wird.

Wenn solche Irrtümer auf den höchsten Höhen der Wissenschaften vorkommen, so ist es nicht zu verwundern, wenn bei den Ungebildeten, die durch ihre Einfachheit so leicht faßbaren Wirtschaftstheorien des Sozialismus rasch Fuß gefaßt haben und gläubig aufgenommen worden sind. Bei den Arbeitern hatte das aber eben die verhängnisvolle Wir-

kung, daß ihnen dadurch das innere Verhältnis zu ihrer Arbeit verloren ging, daß sie mit Abneigung und Haß gegen ihre Berufsarbeit erfüllt wurden. *H. Herkner* bemerkte hierüber bereits auf der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik in Wien im Jahre 1909:

»Bis zur Unerträglichkeit kann die Bürde der Arbeit gesteigert werden, wenn man glaubt, die Arbeit nicht zur eigenen und zur Wohlfahrt der Gesellschaft zu leisten; wenn man meint, daß sie wesentlich nur zur Bereicherung des verhaßten Kapitals diene; wenn man glaubt, daß man nur einen kleinen Teil der gelieferten Arbeit im Lohn vergütet erhalte, daß, wenn nur das Kapital nicht wäre, das ‚riesenhafte Wachstum der Produktivität‘ allen gestatten würde, herrlich und in Freuden zu leben. Daraus resultiert der hier und da bis zur Weißgluthitze gesteigerte Klassenhaß, der alle Freude an der Arbeit verdorren läßt, nicht nur auf Seite der Arbeiter, sondern auch auf Seite der Angestellten und der Unternehmer selbst«<sup>1)</sup>.

Der Mangel an Arbeitsfreude, der in der Gegenwart herrscht, ist also zu einem großen Teile das Ergebnis der falschen Wirtschaftstheorie, die der Sozialismus jahrzehntelang gepredigt hat. Wir wollen aber nicht ungerecht sein. Die tiefgehende Unzufriedenheit großer Teile der Arbeiterschaft mit ihrer Berufsarbeit hat noch allgemeinere und tieferliegende Ursachen. Sie ist in erster Linie auch mit aufzufassen als ein Symptom der ernsten Krankheit, die den Gesellschaftsorganismus der Völker europäischer Kultur befallen hat, daß nämlich die Kultur dieser Völker ihre eigentliche Seele verloren hat: die einheitliche, die Volksmassen geistig zusammenfassende Weltanschauung auf religiöser Grundlage. Sie gibt die Kraft, Freude an der Arbeit zu empfinden, auch wenn die Art der Arbeit vielleicht gar nicht dazu angetan erscheint, dem Menschen Freude einzuflößen. Ganz im Sinne dieser Auffassung schreibt *Graf Hermann Keyserling* auf Grund der Eindrücke, die er in China gewonnen hat, in seinem Reisetagebuch eines Philosophen: »Jeder Kuli lebt die ewige Wahrheit, die unsere Größten tauben Ohren gepredigt haben, daß Glück Sache des inneren Verhaltens ist und von den äußeren Umständen als solche nicht abhängt.« Diese starke ethische Kraftquelle, die aus einer einheitlichen Weltanschauung fließt und die gerade für das Arbeitsleben von der höchsten Bedeutung ist, ist uns aber in der Gegenwart mehr oder weniger verloren gegangen. Wer kann *John Maynard Keynes* widersprechen, wenn er die Zustände auf dem Gebiete der Weltanschauung in dem heutigen Europa kurz so charakterisiert: »Wir sind heute die ungläubigsten Menschen geworden. Alle unsere religiösen oder politischen Konstruktionen sind von Motten zerfressen — sogar durchlöcherter, als wir es uns selbst zugestehen wollen. Unsere

---

<sup>1)</sup> Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 134. Bd., S. 554.

offiziellen Religionen haben ungefähr denselben praktischen Einfluß auf uns wie die Monarchie oder der Galawagen des Lord Mayors, aber wir haben keinen Ersatz mehr für sie in dem kampflostigen Skeptizismus von *Voltaire* und *Hume* oder dem humanitären Optimismus eines *Bentham*, *Comte* oder *Mill* oder den Abstraktionen eines *Hegel* . . . Nachdem die Religion gestorben und die Philosophie unfruchtbar geworden ist, rennt das Volk zu Kurpfuschern <sup>1)</sup>.«

Nicht die technische Natur der Arbeitsverrichtungen entscheidet über das innere Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit, sondern die allgemeine Auffassung, die er sich über ihren Sinn und ihre Bedeutung auf Grund seiner Weltanschauung gebildet hat. Und darum wird der heutige, unbefriedigte Zustand auch nicht eher wieder verschwinden, als bis es auf dem Gebiete der Weltanschauung und der Sozialethik anders geworden sein wird. Was wir brauchen, um wieder mehr Arbeitsfreude in das Volksleben hineinzubringen, das sind nicht Reformen der Technik, sondern Fortschritte unserer sozialetischen Anschauungen. Das, was uns am meisten nottut, was sich freilich nicht einfach durch Resolutionen und Beschlüsse von Kongressen oder Parlamenten hervorzaubern läßt, das ist der Gewinn einer neuen Weltanschauung, die den Menschen dazu erzieht, die Arbeit, die er verrichtet, gleichviel welcher Art sie ist, aufzufassen und zu werten, einmal als einen Dienst an der Gesellschaft, zum anderen zugleich aber als Mittel, den Lebensunterhalt für sich und die Seinigen zu gewinnen. Vor allem auch aus der zweiten Betrachtungsweise der Arbeit strömen starke Kräfte, sobald man nur versteht, die ganze Bedeutung dieses Moments zu erfassen. Nur wenn die Arbeit in diesem doppelten Lichte betrachtet wird, gewinnt sie für den Menschen einen Wert, der ganz unabhängig ist von ihrer technischen Beschaffenheit, und verschafft ihm innere Befriedigung. In diesem Sinne möchte ich dem Satz *Wiesers*: »Der Mensch ist immer das, was die Arbeit aus ihm macht«, der mir doch das Verhältnis allzu grob materialistisch aufzufassen scheint, den anderen Satz entgegenstellen: »Der Mensch ist immer das, was er aus seiner Arbeit macht.«

### 3. DER GEDANKE DER WIRTSCHAFTLICHEN RÜCKSTÄNDIGKEIT DES KAPITALISMUS.

»Die kapitalistische Wirtschaft verurteilt nicht nur die Masse des Proletariats zu maßloser Arbeit und elender Existenz, sondern sie hindert auch das Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums, hemmt die Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit bis zu dem durch die moderne Technik zulässigen Niveau. Eine planmäßige Organisation

<sup>1)</sup> Manchester Guardian Commercial, 12. Wiederaufbaunummer, S. 778.

der gesellschaftlichen Arbeit ist nicht nur im Interesse der gerechten Verteilung der Produkte der gesellschaftlichen Arbeit, sondern auch im Interesse der Steigerung der Masse der Produkte erforderlich. Die kapitalistische Ordnung ist nicht nur ungerecht, sondern auch wirtschaftlich rückständig.«

Mit diesen Worten des russischen Sozialisten *Tugan-Baranowsky*<sup>1)</sup> findet der dritte der drei Hauptgedanken der sozialistischen Gesellschaftskritik klaren Ausdruck. Neuerdings tritt gerade er besonders in den Vordergrund. Das hängt damit zusammen, daß man sich auch auf sozialistischer Seite der Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der Verelendungstheorie und der Brüchigkeit der Ausbeutungstheorie nicht länger verschließen konnte und sich deshalb um so mehr daran klammerte, daß wenigstens, soweit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der beiden Gesellschaftsordnungen in Frage steht, die sozialistische Kritik berechtigt sei.

Ferner aber braucht der Sozialismus die These von der wirtschaftlichen Überlegenheit seines Gesellschaftssystems notwendig, um dem Einwand zu begegnen, der Sozialismus könne durch die Verwirklichung seines Gesellschaftsideals an der materiellen Lage der Arbeiterschaft nichts Wesentliches ändern, die sozialistische Ordnung werde nur zu einer allgemeinen Gleichheit der Verarmung führen. Dieser Einwand trifft auch in der Tat ins Schwarze, wenn der Sozialismus nicht über geheimnisvolle Kräfte verfügt, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gesellschaft mit einem Schlage gewaltig zu heben. Denn durch zahlreiche Berechnungen ist schon dargetan worden, daß wenn der Sozialismus das Einkommen des Arbeiters nur um den Betrag zu erhöhen imstande wäre, der jetzt anderen Gesellschaftsklassen als den Arbeitern in Form von arbeitslosem Einkommen zufließt, den Arbeitern damit nicht viel geholfen wäre. Dabei könnte aber nicht einmal ein sozialistisches Gemeinwesen daran denken, seinen Mitgliedern etwa den vollen Überschuß der Verkaufspreise über die Produktionskosten als Einkommen auszuzahlen. Ein sehr erheblicher Teil des Überschusses muß unbedingt immer für die Erweiterung und Vervollkommnung der Produktionseinrichtungen zurückbehalten werden.

Diese Zusammenhänge geben die Erklärung für das große Gewicht, das fast von allen Sozialisten auf die Lehre von der wirtschaftlichen Überlegenheit des Sozialismus gelegt wird, daher die Begeisterung, mit der uns die Sozialisten immer wieder versichern, »daß wir uns nur einen mangelhaften Begriff davon machen können, welch kleiner Teil der Produktivkräfte, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen, gegenwärtig

---

<sup>1)</sup> Der moderne Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung. Dresden 1908, S. 97.



von ihr ausgenutzt wird«<sup>1)</sup>). Hat man sich diese inneren Zusammenhänge einmal klar gemacht, dann versteht man ohne weiteres, daß die Sozialisten gar nicht anderes können als an dem Dogma der wirtschaftlichen Überlegenheit ihres Gesellschaftsideals festhalten, wenn sie den Sozialismus nicht ganz aufgeben wollen. Geben sie diese Lehre, die bei ihnen dogmatischen Charakter besitzt, preis, so verliert der Sozialismus auch seine letzte Stütze.

Unter den sozialistischen Systemen, die bei ihrer Gesellschaftskritik den Schwerpunkt mehr oder weniger deutlich auf die wirtschaftliche Rückständigkeit des Kapitalismus legen und die daher an dieser Stelle zu behandeln sind, sind zwei Hauptausprägungen dieses Gedankens zu unterscheiden. Die eine Richtung sieht die Ursache für die wirtschaftliche Inferiorität des Kapitalismus in erster Linie in der mangelhaften Organisation des gegenwärtigen Wirtschaftslebens, der Betriebszersplitterung und Arbeitsverschwendung, die in ihm herrschen, die andere Richtung dagegen glaubt eine Verbindung zwischen der wirtschaftlichen Unterlegenheit des Kapitalismus und der in ihm herrschenden Ausbeutung und Verelendung des Arbeiters nachweisen zu können. Die Grundthese dieser Richtung ist der Satz, daß in der kapitalistischen Produktionsweise die Produktion durch das Zurückbleiben der Kaufkraft, das durch die fehlerhafte Verteilung des Nationaleinkommens hervorgerufen wird, beständig eine Hemmung erfährt, durch die die kapitalistische Gesellschaft daran gehindert wird, soviel zu produzieren, als sie nach dem Stande ihrer produktiven Kräfte eigentlich erzeugen könnte. Der Unterschied zwischen den beiden Hauptrichtungen läßt sich kurz auch so formulieren: die erste Richtung richtet ihre Anklagen in erster Linie gegen die Unvollkommenheit des Baues oder der Organisation der gegenwärtigen Volkswirtschaft, die zweite dagegen macht die Unvollkommenheit der Bewegung oder des Ganges des Wirtschaftslebens zum Hauptgegenstand ihrer Angriffe und Anklagen. Während die erste Richtung demgemäß von der unzureichenden Verbreitung des Großbetriebs und der rationellen Maschinenteknik im Wirtschaftsleben der Gegenwart ausgeht, stellt die zweite die Erscheinung der periodischen allgemeinen Wirtschaftskrisen in den Mittelpunkt ihrer Gesellschaftskritik.

## A. Die sozialistische Kritik an der Organisation des Wirtschaftslebens im kapitalistischen System.

Seitdem *Fourier* zum ersten Male das Thema der ungeheuren Vorteile, die sich durch die restlose Durchführung des technisch vollkommen ausgerüsteten Großbetriebs auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens er-

<sup>1)</sup> *Tugan-Baranowsky*, Der moderne Sozialismus, S. 87.

zielen lassen, in seiner Gesellschaftskritik angeschlagen hat, ist dieses Thema nicht wieder aus der sozialistischen Literatur verschwunden. Es gehört seitdem zu dem eisernen Bestand der Vorwürfe der Sozialisten fast aller Schattierungen gegen die bestehende Wirtschaftsordnung, daß in ihr die Konzentration der Betriebe nicht so weit getrieben sei, wie sie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eigentlich getrieben werden müsse, und daß die Gesellschaft dadurch großer wirtschaftlicher Vorteile beraubt werde, die eine sozialistische Organisation ihr sofort verschaffen könne. Es hat keinen Zweck, die Sozialisten, bei denen dieser Gedanke in den verschiedensten Variationen wiederkehrt, hier von *Fourier* bis *Oppenheimer*, *Wilbrandt*, *Neurath* etwa alle einzeln aufzuzählen, es genügt, hervorzuheben, daß wohl keine Spielart des Sozialismus sich dieses Argument entgehen läßt.

Einzelne Sozialisten sind im Verfolg dieses Gedankens direkt dazu übergegangen, Berechnungen darüber aufzustellen, welche Vorteile sich in wirtschaftlicher Hinsicht durch den Übergang zum Sozialismus und die diesem eigentümliche weitgehende Betriebskonzentration und vollständige Rationalisierung des Wirtschaftslebens erzielen ließen. Um für diese Vorteile einen kurzen Ausdruck zu finden, wird für solche Berechnungen gewöhnlich die Form gewählt, daß die Zahl der täglichen Arbeitsstunden ausgerechnet wird, in denen eine sozialistische Gesellschaft ihre Mitglieder mit den Gegenständen ihres Bedarfs versorgen könne. Auf diese Weise hat unter den Sozialisten ein förmliches Unterbieten in bezug auf die Länge des Arbeitstags stattgefunden, mit dem eine sozialistische Gesellschaft auskommen könne. *Bebel*, der ja trotz seines offiziellen Bekenntnisses zum Marxismus auch von den Ideen *Fouriers* viel in sich aufgenommen hat, kommt bei einer solchen Berechnung in seinem bekannten, weitverbreiteten Buche über »Die Frau und der Sozialismus« sogar zu dem Ergebnis, daß bereits eine tägliche Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Bevölkerung von zweieinhalb Stunden genügen würde, um die notwendigen Bedürfnisse aller zu befriedigen. Einem ähnlichen Optimismus gibt sich der Österreicher *Th. Hertzka* in seinem 1886 erschienenen Buche »Die Gesetze der sozialen Entwicklung« hin. »Wie ist es möglich, daß die Mehrzahl trotz harter Arbeit dem Elend preisgegeben bleibt, wenn höchstens 20% der verfügbaren Arbeitskraft zu vollständigem Lebensunterhalt aller genügen würden?« Und die Antwort darauf lautet eben, daß in unserer Wirtschaftsordnung und der Verteilung des Produktionsertrages, die sie bewirke, das Hindernis für die Entfaltung unserer Produktion auf die an sich mögliche Höhe liege.

Alle anderen aber übertrumpft *Ballod*, nach dem eine fünf- bis sechsjährige »vaterländische Arbeitspflicht« bei einer täglichen Arbeitszeit von acht Stunden für Männer und Frauen genügt, um allen Bürgern ein behagliches Dasein zu gewähren.

Über den Grad der Produktivitätssteigerung gibt man sich phantastischen Vorstellungen hin. *Tugan-Baranowsky* hält selbst *Ballods* Berechnung noch für unzureichend, um eine Vorstellung vom tatsächlichen Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums im sozialistischen Staate zu geben und spricht von einer »ungeheuren Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit bei einer planmäßigen Organisation der gesellschaftlichen Produktion« und *Oppenheimer* schreibt, daß die Versorgung der Menschen mit genußreifen Gütern bis zu einem Grade gesteigert werde, der für unsere Begriffe übermenschlich ist. »Die Möglichkeit, jedem Mitgliede der Gesellschaft ein durchschnittliches Einkommen zu gewähren, wie es heute der Millionär hat, ist durchaus gegeben.«

Woher kommt nun der sozialistische Irrglaube an die wirtschaftliche Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems?

Die Wurzeln dieses Irrglaubens liegen auf verschiedenen Gebieten, und zwar kommen hauptsächlich zwei Gebiete in Betracht:

Einmal neigt der Sozialismus dazu, die Bedeutung, welche die technischen Fortschritte der letzten anderthalb Jahrhunderte für den allgemeinen Stand der Produktivität der Volkswirtschaft gehabt haben, gewaltig zu *überschätzen* und in Verbindung damit die Stellung des Kleinbetriebes im Wirtschaftsleben der Gegenwart und die Ursachen, die ihn in dieser Stellung erhalten, zu verkennen.

Zum anderen überläßt sich der Sozialismus regelmäßig einer *Unterschätzung* des Einflusses, den die psychischen Faktoren, die aus der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung entspringenden oder durch sie wenigstens geförderten Motive zur Arbeit, zur Spartätigkeit usw. auf die Größe des Produktionsertrages und den wirtschaftlichen Fortschritt ausüben.

#### **a) Die Überschätzung des möglichen Wachstums der Produktivität und die Verkennung der Stellung des Kleinbetriebes durch den Sozialismus.**

Zu der Überschätzung des möglichen Wachstums der Produktivität, der sich die Sozialisten gewöhnlich hingeben, sind sie wohl verleitet worden durch die Methode, nach der das Anwachsen der Produktivität der Arbeit regelmäßig berechnet und dargestellt zu werden pflegt. Es wird dabei nämlich so verfahren, daß einfach der Arbeitsaufwand der nach der alten Arbeitsmethode, bei Handarbeit, zur Herstellung einer bestimmten Produktmenge erforderlich war, verglichen wird mit dem Arbeitsaufwand, der bei der neuen maschinellen Arbeitsmethode zur Herstellung der gleichen Menge gebraucht wird. Bei dieser Vergleichsmethode wird der *Nettoertrag* der Handarbeit dem *Bruttoertrag* der Maschinenarbeit gegenübergestellt. Das muß zu einer Überschätzung der Bedeutung, welche die Einführung der Maschinenteknik für das Anwachsen

der Produktivität besitzt, führen. Will man hier zu einem richtigen Urteil kommen, so muß man folgende Momente berücksichtigen:

Einmal ist zu beachten, daß die Einführung der Maschine in einem Produktionszweig immer auch die Bedeutung hat, daß ein Teil der zur Herstellung der fraglichen Produkte erforderlichen Arbeit nicht mehr in dem betreffenden Produktionszweig verrichtet, sondern in einen früheren Abschnitt der Produktion verlegt wird, ein Vorgang, den *K. Bücher* als »Arbeitsverschiebung« bezeichnet hat. In erster Linie ist hier natürlich an die Herstellungskosten der Maschine selbst zu denken. In jeder Maschine steckt ja eine erhebliche Arbeitsmenge und anderer Produktionsaufwand. Jede Maschine wird aber bei der Produktion im Laufe der Zeit abgenutzt und muß durch eine neue ersetzt werden. Jede Werkzeugmaschine erfordert ferner zu ihrem Betrieb eine Kraftmaschine, und diese verbraucht während ihrer Benutzung große Mengen von Betriebsmaterialien. Das bedeutet, wenn wir als Betriebsmaschine uns eine Dampfmaschine vorstellen, daß zu den unmittelbar im Betrieb beschäftigten Arbeitern eigentlich noch die Arbeiter hinzugerechnet werden müssen, die im Kohlenbergwerk die Kohlen zutage fördern, welche die Dampfmaschine verbraucht. Man hat durchaus nicht das Recht, diese Größen bei derartigen Vergleichen, wie sie hier in Frage stehen, einfach als *quantité négligable* anzusehen. Noch mehr ins Gewicht fällt aber ein anderer Punkt.

Die Maschinenteknik in ihren höheren und leistungsfähigeren Formen ist regelmäßig nur im Großbetrieb anwendbar, weil überhaupt erst bei einer Produktion im großen, die die volle Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Maschinen und sonstigen Produktionsanlagen gewährleistet, die neuen Produktionsmethoden ihre die Herstellung verbilligenden Wirkungen in vollem Ausmaß entfalten können. Wenn auf Gebieten, auf denen bisher der Kleinbetrieb herrschte, die Produktion an den Großbetrieb übergeht, so bedeutet das aber in der Regel, daß, um die im Großbetrieb erzeugten Waren den Verbrauchern zuzuführen, auf zwei Gebieten der Volkswirtschaft mehr Arbeit geleistet werden muß als bisher, nämlich einerseits auf dem Gebiete des *Transportwesens* und andererseits in den distributiven Gewerben, bei der Besorgung des *Warenabsatzes*. Wenn Großbetriebe angelegt werden, so wird sich damit in der Regel die durchschnittliche Entfernung der Erzeugungsstätten der Güter von ihren Konsumtionsorten vergrößern. Das bedeutet aber, daß zu der eigentlichen Produktionsarbeit, die bei Maschinenteknik zu leisten ist, gewöhnlich noch Transportarbeit hinzukommt, die bei dem früheren Handarbeitsverfahren nicht erforderlich war, um die Produkte in die Hände der Verbraucher zu bringen. Auf diese Weise ist ja die bekannte Erscheinung zu erklären, daß trotz der gewaltigen technischen Fortschritte, die gerade auf dem Gebiet des Ver-

kehrswesens im letzten Jahrhundert gemacht worden sind, die Gesamtzahl der im Transportgewerbe beschäftigten Personen nicht etwa abgenommen, sondern, soweit wir das zu beurteilen vermögen, ganz beträchtlich zugenommen hat. Der Gesamtbetrag der Transportarbeit, die in der modernen Volkswirtschaft zu leisten ist, hat eben trotz der Verbilligung der Kosten der einzelnen Transportleistung infolge der Zunahme der territorialen Arbeitsteilung und der dadurch bewirkten Vermehrung der Gütertransporte eine starke Zunahme erfahren.

Nicht anders geht es auf dem Gebiete der distributiven Gewerbe, bei der Verteilungsarbeit, die in der Volkswirtschaft zu leisten ist. Bei den Produkten des handwerksmäßigen Kleinbetriebs kann man die Vertriebskosten praktisch ignorieren, bei den maschinell hergestellten Produkten des Großbetriebs geht das nicht mehr an. Um diese dem Konsumenten bequem erreichbar zu machen, ist eine zahlreiche Arbeitskräfte beschäftigende und mit anderen erheblichen Unkosten verbundene Zwischenhandelsorganisation nötig. Hiermit hängt ja die Erscheinung zusammen, daß seit dem Auftreten des gewerblichen Großbetriebs im Wirtschaftsleben die Zahl der mit der Besorgung des Warenabsatzes beschäftigten Personen noch erheblich schneller zugenommen hat als die Bevölkerung. Die Kosten der Organisation, die der Absatz der Produkte des mechanischen Großbetriebs erfordert, muß man ebenfalls mit in Rechnung stellen, wenn man sich ein richtiges Urteil darüber bilden will, wie sich die Herstellungskosten einer Ware einerseits bei Handarbeit und andererseits bei Maschinenarbeit stellen. Wie sehr die Produkte des Großbetriebs durch die erhöhten Absatzkosten, die ihr Vertrieb bedingt, verteuert werden, können wir ja deutlich daran erkennen, daß die Preise im Ladengeschäft im Vergleich zu den Fabrikpreisen, zum Beispiel bei Schuhwaren und Möbeln, sich um 25—33⅓% höher stellen. Das heißt mit anderen Worten aber: ein erheblicher Teil der Arbeit der durch die Maschine bei der Produktion erspart worden ist, muß in der Verteilung wieder zugesetzt werden. Für die bei der Verteilung der Waren, ihrer Zuführung an die Konsumenten, geleistete Arbeit hat freilich der Sozialismus gewöhnlich ein sehr geringes Verständnis, er glaubt sie durch irgendwelche von ihm zu schaffende Organisationen zum großen Teil ersparen zu können und übersieht dabei, welche Unsummen von Arbeit und Wegen heute den Konsumenten durch die große Zahl von Ladengeschäften, die für die meisten Waren existieren, abgenommen wird, eine Arbeit, die der Konsument bei dem Wegfall dieser Geschäfte dann selbst leisten müßte.

Schließlich aber muß man, wenn man die Einwirkung der Maschinenteknik auf das Anwachsen der Produktivität in der Volkswirtschaft im ganzen richtig beurteilen will, sorgfältig prüfen, welche Stellung diejenigen Gewerbe, in denen bisher das hergebrachte Arbeitsverfahren durch

die Maschine am meisten verändert worden ist, innerhalb des gesamten Wirtschaftslebens einnehmen. Eine Produktivitätssteigerung mag noch so gewaltig sein, wenn sie einen Produktionszweig betrifft, der im Haushalt der Gesellschaft nur eine relativ unbedeutende Rolle spielt, von der Gesamtzahl der Arbeitskräfte der Volkswirtschaft vielleicht nur einige wenige Prozent beschäftigt, so kann sie unmöglich von großer Wirkung auf die Lebenshaltung der Bevölkerung sein. Sehen wir von der Textilindustrie ab, so haben aber die wirklichen großen Arbeitersparnisse, die die Umgestaltung der Technik im Laufe der letzten 100 bis 150 Jahre mit Hilfe der Maschine bewirkt hat, ganz überwiegend Produktionszweige betroffen, deren Erzeugnisse in dem Ausgabebudget der großen Masse der Bevölkerung nicht sehr zu Buch schlagen. Es kommt aber, wie man treffend bemerkt hat, nicht so sehr darauf an, daß wir Nähadeln, Metallknöpfe, Stahlfedern, Briefumschläge, Bleistifte, Ansichtspostkarten und ähnliche Dinge mit immer geringeren Kosten herstellen lernen, als daß wir instand gesetzt werden, die Produktion derjenigen Waren durchgreifend zu verbilligen, die im Ausgabehaushalt der breiten Schichten der Bevölkerung die Hauptposten bilden. Das sind bekanntlich aber die Posten für Ernährung und für Wohnung. Weder von der Herstellung der Hauptnahrungsmittel, etwa vom Zucker abgesehen, noch der der Wohnungen können wir aber sagen, daß sie durch technische Fortschritte in dem letzten Jahrhundert wesentlich verbilligt worden ist. Wenn im letzten Menschenalter, d. h. seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts einige der wichtigsten Lebensmittel, namentlich die Brotgetreidearten, in Europa allgemein billiger geworden sind, so ist das nicht technischen Neuerungen zu danken, die bei ihrer Produktion Eingang fanden <sup>1)</sup>, sondern es war die Folge der raschen Erschließung großer jungfräulicher Ackerbaugebiete in den überseeischen Ländern, die bei dem günstigen Verhältnis, das dort noch zwischen Bodenfläche und Bevölkerungszahl herrscht, die — vorläufige — Anwendung sehr extensiver und darum nach dem Bodenertragsgesetz billiger Bewirtschaftungsformen gestatteten. Die Technik hat bei diesem wichtigen Vorgange nur eine auslösende Wirkung gespielt insofern, als die durch die Fortschritte der Verkehrstechnik bewirkte Verbilligung der Frachtsätze seit den 70er Jahren es den überseeischen Getreidebaugebieten ermöglichte, ihre von Anfang an vorhanden gewesene Überlegenheit auf den europäischen Märkten wirksam zur Geltung zu bringen.

Was durch die technischen Fortschritte der letzten anderthalb Jahrhunderte und speziell die Maschinenteknik wirtschaftlich erreicht und geleistet worden ist, soll durch diese Betrachtungen nicht verkleinert

<sup>1)</sup> Nur daß gleichzeitig auch die Differenz zwischen den Getreide- und den Mehlpreisen gesunken ist, geht allerdings auf technische Momente, auf die Fortschritte im Mühlenwesen, zurück.

und herabgesetzt werden. Die Hebung des Volkswohlstandes, die wir der Technik verdanken, bleibt auch nach den hier gemachten Abzügen und Einschränkungen noch groß genug. Aber im Hinblick auf die maßlose Überschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung des technischen Fortschrittes, der man sich auf sozialistischer Seite gern hingibt, ist es allerdings notwendig, etwas Wasser in den Wein der vulgärsozialistischen Begeisterung für ihn zu gießen.

Wäre das Wachstum der Produktivität der Arbeit wirklich so riesenhaft, wie die Sozialisten glauben machen möchten, dann muß es eigentlich auffallen, daß dieses riesenhafte Wachstum der Arbeitsproduktivität sich nicht in eine noch viel stärkere Erhöhung der Kaufkraft der großen Masse umgesetzt hat, als sie tatsächlich eingetreten ist. Für diese Erscheinung haben die Sozialisten nun u. a. die Erklärung bereit, daß die gegenwärtige Wirtschaftsorganisation dem technischen Fortschritt nicht Gelegenheit gebe, sich auf allen Gebieten im vollen Umfange auszuwirken. Beweis: das zahlreiche Vorkommen von technisch rückständigen Kleinbetrieben im Wirtschaftsleben der Gegenwart. Wir werden dadurch auf die Frage geführt, worin das häufige Vorkommen von technisch anscheinend stark rückständigen Klein- und Mittelbetrieben in der heutigen Volkswirtschaft seine Wurzeln hat. Der Sozialismus sieht darin, wie gesagt, lediglich den Beweis für die wirtschaftliche Unvollkommenheit der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Diese Annahme ist indessen ein Irrtum. Wie unrichtig sie ist, erkennen wir, wenn wir uns die Ursachen vergegenwärtigen, aus denen heute in der wirtschaftlichen Praxis die besten von der Technik geschaffenen Methoden nicht überall da, wo ihre Anwendung an sich möglich erscheint, zur Anwendung gelangen, sondern in gewissem Umfange überall der Kleinbetrieb mit seinen technisch unvollkommenen Einrichtungen sich behauptet. Es ist das nicht etwa immer die Folge von Schlendrian, Mangel an Einsicht usw., sondern die teilweise Erhaltung der technisch weniger vollkommenen Betriebsformen hat meist ihre sehr triftigen und realen Gründe. Und solange der Sozialismus an diesen Verhältnissen nichts zu ändern vermag, wird er auch den Kleinbetrieb im gewissen Umfange neben dem Großbetrieb dulden müssen. Sobald sich aber diese Verhältnisse ändern, steht auch in der heutigen Wirtschaftsorganisation dem Übergang zum Großbetrieb nichts mehr im Wege.

Eine entscheidende Rolle spielt hierbei die Siedlungsweise der Bevölkerung, ihre Verteilung über das Land hin. Daraus ergeben sich unter Umständen auf bestimmten Gebieten Märkte von einer solchen Kleinheit, daß dadurch dem Vordringen der vollkommeneren Produktionsmethoden und der großgewerblichen Betriebsformen eine Schranke gezogen wird. Nehmen wir als Beispiel die Getreidemüllerei. Allerdings bedeutet die moderne große Dampfmühle gegenüber den alten Wind- und Wasser-

mühlen, von anderen Vorteilen abgesehen, eine beträchtliche Kostenersparnis. Trotzdem aber bleibt auch nach ihrer Erfindung die Benutzung der kleinen Wind- und Wassermühlen in vielen Gegenden Deutschlands das wirtschaftlich Angebrachte und ist es in gewissem Umfang noch heute. Wir müssen hier besonders die Verhältnisse in manchen dünn besiedelten ländlichen Bezirken ins Auge fassen. Das in diesen Gegenden produzierte Getreide wird zu einem großen Teil gleich an Ort und Stelle verzehrt. Sollen nun etwa die Landwirte das für ihren eigenen Konsum bestimmte Getreide nach der vielleicht mehr als 100 km entfernten nächsten Dampfmühle schicken, nur damit es nach der neusten und billigsten Mahltechnik ausgemahlen werde? Das würde wegen der großen Kosten des Hin- und Rücktransportes eine Verschwendung sein. Die Landwirte städtearmer agrarischer Bezirke handeln daher durchaus richtig, wenn sie den kleinen Mühlenbetrieben auf dem Lande trotz ihrer rückständigen Technik ihre Aufträge zuwenden.

Ähnliches wie für die Müllerei gilt für zahlreiche andere Gewerbebetriebe. In vielen Fällen, in denen der Großbetrieb dem Kleinbetrieb wirtschaftlich überlegen ist, führt diese Überlegenheit daher doch nicht zur radikalen Verdrängung des Kleinbetriebs, sondern das Leben zeigt ein Nebeneinander verschiedener Produktionsmethoden und Betriebsformen. Und darin ist nicht Willkür und Zufall zu erblicken — es handelt sich nicht einfach um Schlendrian und technische Rückständigkeit — sondern es kommt darin die Gesetzmäßigkeit zum Ausdruck, die das ganze Wirtschaftsleben beherrscht. Das teilweise Bestehenbleiben des Kleinbetriebs neben dem Großbetrieb ist eben die Folge davon, daß letzterer nicht allenthalben einen so großen Markt für seine Produkte findet, wie er ihn braucht, wenn er imstande sein soll, billiger zu produzieren als der Kleinbetrieb. Will man die jetzt in dieser Hinsicht herrschenden Zustände durchaus ändern und überall die Möglichkeit zur Anwendung der technisch vollkommensten Produktionsmethoden schaffen, so bleibt nichts übrig, als eine völlig veränderte Verteilung der Bevölkerung über das Land hin vorzunehmen, sie etwa nur noch in Städten von einer bestimmten Mindestinwohnerzahl zusammenwohnen zu lassen. Nach einem solchen radikalen Eingriff in die Siedungsverhältnisse könnte allerdings der Großbetrieb sein Gebiet beträchtlich erweitern. Soweit diese Voraussetzung erfüllt wäre, würde aber auch in der heutigen Wirtschaftsordnung der Großbetrieb seinen Platz ausdehnen, eines Übergangs zum Sozialismus bedürfte es dazu nicht.

Ähnlich wie durch Eingriffe in die Siedlungsweise könnte der Sozialismus auch durch solche in die Wohnweise der Bevölkerung und ihre Ernährungsweise allerdings manche Ersparnisse erzielen. Wenn der Familienhaushalt überhaupt aufgelöst wird, wenn die Menschen in großen Anstalten zusammenwohnen und aus Zentralküchen verköstigt werden,



so läßt sich im Vergleich mit dem heutigen Zustand ohne Zweifel manches wirtschaftlicher gestalten, obwohl auch hier die Vorteile nicht so groß sind, wie man zunächst meint. Aber der moderne Sozialismus protestiert ja zumeist energisch gegen die Behauptung, er wolle die Familie zerstören, und daher kann dieser Punkt hier außer Betracht bleiben.

Eine besondere Betrachtung erfordert in diesem Zusammenhange noch die Stellung, die der *Kleinbetrieb* in der *Landwirtschaft* einnimmt. Die weite Verbreitung, die der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft gegenwärtig zeigt, wird ja von sozialistischer Seite vielfach auch als eines der Haupthindernisse für eine rationelle Gestaltung der Wirtschaft und für die Steigerung der Arbeitsproduktivität angesehen. Der Großbetrieb soll in der Landwirtschaft genau ebenso als die überlegenere Betriebsform anzusehen sein wie in der Industrie. Das ist insbesondere die Auffassung des orthodoxen Marxismus. Der Marxismus hat in bezug auf die Frage der ökonomischen Betriebsform von Anfang an Industrie und Landwirtschaft vollkommen gleichgestellt. Die beiden großen Abteilungen der Produktion sind nach ihm in gleicher Weise dem Gesetz der Entwicklung zum Großbetrieb unterworfen.

Diese Auffassung ist später allerdings auch innerhalb der sozialistischen Theorie nicht ohne Widerspruch geblieben. Die Frage des Verhältnisses zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft ist ja einer der Punkte geworden, an denen sich der Gegensatz zwischen Revisionismus und Orthodoxie innerhalb der Sozialdemokratie hauptsächlich mit entzündet hat. Als Hauptführer der Richtung, die die schematische Übertragung der für die industrielle Entwicklung geltenden Regeln auch auf die Landwirtschaft entschieden verwarf und dem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb auf vielen Gebieten eine ebenbürtige Stellung neben dem Großbetrieb zuerkannte, ist *Ed. David* <sup>1)</sup> zu nennen. Die orthodoxe Lehre wurde gegen diese Angriffe vor allem von *Karl Kautsky* <sup>2)</sup> verteidigt. Sie hat bis zum heutigen Tage noch zahlreiche Anhänger unter den Sozialisten behalten.

Es soll hier nicht das Problem des Verhältnisses zwischen Kleinbetrieb und Großbetrieb in der Landwirtschaft in seinem ganzen Umfange aufgerollt werden, aber wenigstens die Hauptpunkte, die die gegenwärtige starke Verbreitung des Kleinbetriebs in der Landwirtschaft erklären, sowie die allgemeinen Wirtschaftsgesetze, die sich in der starken Lebenskraft des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs offenbaren, müssen, wenn auch nur kurz, hervorgehoben werden.

Im Gewerbe verdankt der Großbetrieb die gewaltige Überlegenheit über den Kleinbetrieb, die er auf den meisten Gebieten gegenwärtig er-

<sup>1)</sup> *Eduard David*, Sozialismus und Landwirtschaft, zweite umgearbeitete und vervollständigte Auflage, Leipzig 1922.

<sup>2)</sup> *Karl Kautsky*, Die Agrarfrage, Stuttgart 1899.

langt hat, bekanntlich hauptsächlich dem Umstande, daß er arbeitssparende Produktionsmethoden, insbesondere die Arbeitserlegung und die Maschinenteknik anzuwenden in der Lage ist, die der Kleinbetrieb nicht oder wenigstens nicht entfernt in dem gleichen Umfange zur Anwendung zu bringen vermag, solange er Kleinbetrieb bleibt. Natürliche sowie auch wirtschaftliche Umstände bringen es mit sich, daß in der Landwirtschaft für diejenigen Momente, welche in der Industrie die Entwicklung zum Großbetrieb in so großem Maßstab hervorgerufen haben, nur verhältnismäßig wenig Raum sich bietet. Es kommen dabei hauptsächlich folgende Umstände in Betracht:

In der Landwirtschaft fehlt zunächst der Anlaß und die Möglichkeit, die Spezialisierung in der Produktion auch nur annähernd so weit zu treiben wie im Gewerbe. Und zwar sind es im Grunde ganz die gleichen Umstände, nämlich Rücksichten der Wirtschaftlichkeit, die einerseits im Gewerbe die Neigung zu einer weit getriebenen Spezialisierung, und auf der anderen Seite in der Landwirtschaft die entgegengesetzte Neigung zur zusammenfassenden Vereinigung verschiedener Produktionszweige hervorrufen. Die Industrie hat sich »fächerförmig« in zahlreiche Zweige auseinandergereitet, weil sie damit die Voraussetzung für eine billigere Produktion schuf, die Produktionszweige der Landwirtschaft dagegen sind zusammengeblieben, weil hier umgekehrt gerade das Zusammenbleiben die Produktion zu verbilligen geeignet war.

Sowohl um die Bodenkräfte richtig auszunutzen, als auch um die Gespanne und die Menschen gleichmäßig zu beschäftigen und das gesamte lebende und tote Inventar des Betriebs gut auszunutzen, ist der Landwirt im allgemeinen auf die Pflege mehrerer Kulturzweige und auf den gleichzeitigen Anbau verschiedener Gewächse hingewiesen. Die einzelnen Gewächse und Kulturen stellen nicht nur an den Boden und seine Eigenschaften sowie auch an die Witterung verschiedene Anforderungen, sondern es sind vor allem auch die Zeiten, zu denen sie tierische und menschliche Arbeit beanspruchen, verschiedene. Die Hackfrüchte Kartoffeln und Zuckerrüben verhalten sich in beiden Beziehungen ganz anders als die Getreidearten, und auch unter diesen bestehen wieder wesentliche Verschiedenheiten. Erst der Anbau von Hackfrüchten sowohl als von Halmfrüchten und ferner Klee und Hülsenfrüchten, die Verbindung des Ackerbaues mit der Wiesenkultur usw. verbürgt daher eine gute Ausnutzung des Bodens ebensowohl wie der sonstigen Betriebsmittel eines Landwirtschaftsbetriebs.

Weil in der Landwirtschaft die Möglichkeit zu einer so weitgehenden Spezialisierung der Produktion wie in der Industrie fehlt, deshalb ist in ihr aber auch die Anwendung der Arbeitserlegung und der Maschinenteknik in dem in der Industrie üblichen Maß ausgeschlossen. Die ganze Produktion auf der Grundlage der Anwendung dieser Methoden ein-

richten, das kann man nur in Betrieben, in denen ununterbrochen dieselben Arbeiten zu leisten sind, in denen die ganze Arbeit ein beständiges Nebeneinander von gleichförmig sich wiederholenden Vorgängen zeigt. Das trifft nun zwar auf die industrielle Produktion zu, nicht aber auf die landwirtschaftliche. In der Industrie kann weiter auch auf den meisten Gebieten die Produktion zu jeder beliebigen Zeit begonnen und dann ohne Unterbrechung fortgesetzt werden. Nicht so in der Landwirtschaft. Die einzelnen landwirtschaftlichen Arbeiten wiederholen sich nicht das ganze Jahr hindurch gleichmäßig, sie kommen regelmäßig nur zu bestimmten Zeiten des Jahres vor.

Wegen dieser Naturgebundenheit der landwirtschaftlichen Arbeit sowie wegen der fehlenden Möglichkeit zur Spezialisierung kann im Landwirtschaftsbetrieb weder von der Arbeitsteilung noch von der Maschinenteknik in gleichem Umfang und mit gleichem Erfolge Gebrauch gemacht werden wie im Gewerbe.

Was aber dann noch an Momenten übrigbleibt, die den Großbetrieb in der Landwirtschaft begünstigen, wenn eine umfassende und systematische Anwendung der Arbeitsteilung und der Maschinenteknik nicht in Betracht kommen kann, reicht nicht aus, um ihm ein entscheidendes Übergewicht zu geben. Allerdings ergibt sich eine gewisse wirtschaftliche Überlegenheit des Großbetriebs daraus, daß dieser für Gebäude, landwirtschaftliche Geräte, Zugvieh usw. verhältnismäßig weniger Kapital braucht als der Kleinbetrieb. Die Stallgebäude, Speicher, Scheunen usw., die ein Großbetrieb von 300 Hektar Bodenfläche braucht, kosten zusammen wesentlich weniger als die baulichen Anlagen für Betriebszwecke, die auf 20 Kleinbetriebe von je 15 Hektarumfang erforderlich sind, aber diese Vorteile reichen nicht aus, um ihm einen *allgemeinen und dauernden* Vorsprung vor dem Kleinbetrieb in bezug auf die Höhe der Produktionskosten zu verschaffen.

Ein allgemeines Gesetz, nach dem ein für allemal eine bestimmte Betriebsgröße als die wirtschaftlich zweckmäßigste sich darstellt, und daher die Entwicklung sich allgemein auf diese zubewegt, gibt es in der Landwirtschaft nicht. Wenn man für die Landwirtschaft eine allgemeine Formel über die Entwicklung der Betriebsgrößen aufstellen will, so wird man zunächst zwei Seiten des Problems scharf auseinander halten müssen, die bei den bisherigen Erörterungen nicht immer mit der nötigen Schärfe getrennt worden sind. Man wird nämlich unterscheiden müssen zwischen der Entwicklung der Betriebsgröße, nach dem Umfang der von einem Betrieb bewirtschafteten Landfläche, und der Entwicklung der Betriebsgröße nach der Zahl der in einem Landwirtschaftsbetrieb beschäftigten Arbeitskräfte.

In bezug auf den ersten Punkt läßt sich feststellen, daß die Durchschnittsgröße der Landwirtschaftsbetriebe, ihrer Fläche nach betrachtet,

mit dem Intensitätsgrad, der für den Ackerbau eines Landes ökonomisch angezeigt ist, sich in abnehmender Richtung zu ändern die Neigung hat <sup>1)</sup>. In dem Maße, wie ein Land unter dem Drucke der wechselnden Bevölkerung gezwungen ist, zu intensiveren Formen der Bodenbestellungen überzugehen, der gleichen Bodenfläche immer größere Ernterträge abzugewinnen, ändert sich auch die Betriebsgröße, die in der Landwirtschaft die größten wirtschaftlichen Vorteile bietet, und zwar in dem Sinne, daß eine allmähliche Verringerung der Durchschnittsfläche der Betriebe das wirtschaftlich Gebotene wird. Dies ist eigentlich das einzige allgemeine Gesetz, das sich über die Entwicklung der Betriebsformen in der Landwirtschaft aufstellen läßt.

Wie steht es nun aber mit der Entwicklung der Betriebsgrößen in der Landwirtschaft, gemessen nach der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte? Ein Landwirtschaftsbetrieb von dem gleichen Flächenumfang kann ja hinsichtlich seiner sozialen Struktur, insbesondere darnach, ob in ihm die Trennung zwischen leitender und ausführender Arbeit durchgeführt ist, die die allgemeine Scheidelinie zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb bildet, einen sehr verschiedenen Charakter zeigen. In der Nordamerikanischen Union z. B. weisen auch Farmbetriebe von 80—200 Hektar Bodenfläche entsprechend dem extensiven Charakter der amerikanischen Landwirtschaft noch eine ausgesprochene familienhafte Arbeitsverfassung auf, während in Deutschland die Betriebe von 100 Hektar an regelmäßig eigentliche Großgutsbetriebe sind, d. h. einen stattlichen Stamm von betriebsfremden Arbeitern beschäftigen. Gibt es nun auch in bezug auf die Entwicklung der Betriebsform der Landwirtschaft in diesem Sinne ein allgemeines Gesetz und von welcher Art ist es? Wir scheuen uns nicht, an die Spitze dieser Betrachtungen den vielleicht zunächst etwas gewagt erscheinenden Satz zu stellen, daß die Entwicklung der Landwirtschaft im ganzen bisherigen Verlauf der Wirtschaftsgeschichte in dieser Beziehung im Grund eigentlich immer einer und derselben Betriebsform zugestrebt hat, nämlich dem bäuerlichen Betrieb mit familienhafter Arbeitsverfassung. Diese Betriebsverfassung, bei der die einzelnen Betriebe gerade groß genug sind, um die Arbeitskraft eines Landwirts und seiner Familie voll auszunutzen, ist als das Ideal anzusehen, nach dem die Agrarverfassung der meisten Länder von Anfang an mehr oder weniger bewußt orientiert war. Wenn diese Regel in der Wirtschaftsgeschichte durch eine sehr große Zahl von Ausnahmen durchbrochen wird, eine so große sogar, daß man vielleicht zweifelhaft sein kann, ob man hier überhaupt noch von einer Regel sprechen darf, so ist das ganz überwiegend auf das Walten außerwirtschaftlicher Kräfte zu-

<sup>1)</sup> Vgl. *Georg Halm*, Art. »Groß- und Kleinbetrieb«. *Hdw. d. Staatswissenschaften* 4. Aufl., Erg.-Bd., S. 396.

rückzuführen, die ihren Einfluß auf das Wirtschaftsleben geltend gemacht haben. Der landwirtschaftliche Großbetrieb früherer Zeiten verdankt seine Entstehung zu einem großen Teil politischen Momenten. Im Mittelalter z. B. steht er bei vielen Völkern im Zusammenhang mit ihrer Wehrverfassung, die eine bestimmte Verteilung des Bodenbesitzes notwendig machte, wenn der Staat imstande sein sollte, ein ausreichendes Heer von bewaffneten Reitern aufzustellen. Er beruhte dabei gewöhnlich auf einem System der Zwangsarbeit (Frondienste oder gar Sklaverei), einer Grundlage, die ebenfalls darauf hinweist, daß er in wirtschaftlicher Hinsicht vielfach ein künstliches Gebilde war. Hätten aber nicht politische Machtverhältnisse, die Zusammensetzung der Gesellschaft aus Schichten von sehr verschiedener sozialer Stellung, die Bodenbesitzverteilung in vielen Ländern entscheidend beeinflußt, so hätte sich wohl überall der Zug zu einer bäuerlichen Agrarverfassung siegreich durchgesetzt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, d. h. die Bedingungen, unter denen die landwirtschaftliche Produktion im Großbetrieb und Kleinbetrieb steht, waren jedenfalls bisher nicht imstande, ein starkes Gegengewicht gegen die Tendenz zur familienhaften Betriebsverfassung in der Landwirtschaft zu schaffen.

Bezeichnend ist nun, daß auch durch die technische Entwicklung des letzten Jahrhunderts, die im Gewerbe das Verhältnis zwischen Kleinbetrieb und Großbetrieb so gründlich verschoben hat, hieran im Grunde nicht viel geändert worden ist. Trotz aller Fortschritte, welche die Maschinenteknik auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft gemacht hat, hat dadurch der Großbetrieb vor dem Kleinbetrieb in der Landwirtschaft nicht einen entscheidenden Vorsprung erlangt. Denn nach wie vor kann der Kleinbetrieb dem, was der Großbetrieb technisch vor ihm voraus hat (z. B. Trennung von leitender und ausführender Arbeit), als annähernd gleichartigen Ausgleich das entgegenstellen, worin er auf dem Gebiete der Arbeitsleistung dem Großbetrieb überlegen ist. In den kleinen Landwirtschaftsbetrieben mit familienhafter Arbeitsverfassung sind die Arbeitskräfte, die die nötigen Arbeiten verrichten, am Ertrag der Produktion unmittelbar interessiert. Sie arbeiten daher fleißiger und vor allem auch sorgfältiger, als der betriebsfremde Lohnarbeiter des Großbetriebs im allgemeinen arbeiten wird. Durch Einführung des Akkord- oder Werklohnes sowie von Lohnprämien und dergleichen läßt sich das nur zu einem Teil ausgleichen, weil der Anwendung dieser Entlohnungsmethoden in der Landwirtschaft durch natürliche Umstände relativ enge Grenzen gezogen sind. Durch dieses Moment werden die Vorteile, die der Großbetrieb in anderen Beziehungen vor dem Kleinbetrieb in der Landwirtschaft voraus hat, zur Hauptsache wieder ausgeglichen. In der Landwirtschaft spielt eben die Qualität der geleisteten Arbeit, weil es sich hier nicht um die Verarbeitung toter Dinge,

sondern um die Züchtung von Lebewesen, von Pflanzen und Tieren handelt, eine ganz andere Rolle wie in der Industrie. Oder richtiger gesagt, die Methoden, die in der Industrie zur Kontrolle der Qualität der geleisteten Arbeit angewendet werden — in der Industrie kontrolliert bei geteilter Arbeit jeder folgende Teilarbeiter ganz von selbst die Arbeitsleistung des vorhergehenden —, können in der Landwirtschaft nicht dasselbe leisten, wie in der Industrie; denn in der Landwirtschaft zeigt sich gewöhnlich erst hinterher, nach längerer Zeit, ob eine Arbeit mit der nötigen Sorgfalt ausgeführt worden ist. Beim Getreidesäen mit der Hand z. B. sieht man Fehler in der Regel erst nach dem Auflaufen der Saat, beim Ausstreuen von Chilesalpeter erst nach Eintreten der Wirkung und bei Verwendung der übrigen Kunstdüngemittel meist überhaupt nicht.

Eben weil aber in der Landwirtschaft die Dinge so liegen, deshalb können in ihr mit betriebsfremder Arbeit, auch wenn man in möglichstem Umfange Akkordlöhnung anzuwenden sucht, nur unbefriedigende Ergebnisse erzielt werden. Will man hier ein gutes Arbeitsresultat erzielen, so ist die unumgängliche Voraussetzung die: dem Arbeiter muß selbst das Produkt seiner Arbeit gehören, er muß die Landwirtschaft auf eigene Rechnung und Gefahr treiben, mit anderen Worten, die Wirtschaftsordnung muß eine individualistische mit vorherrschendem Kleinbetrieb sein.

Damit haben wir die letzten und tiefsten Gründe kennengelernt für den ungemein starken Zug zum Kleinbetrieb und zur familienhaften Arbeitsverfassung, der durch die Betriebsorganisation der Landwirtschaft in allen Ländern und von jeher geht. Diesen Zug finden wir in der amerikanischen Landwirtschaft mit ihren durchschnittlich so viel größeren Farmflächen ebenso stark ausgeprägt, wie in der am anderen Ende der Entwicklung stehenden chinesischen Landwirtschaft mit ihren Zwergfarmen. Dabei spielt allerdings auch ein psychologisches Moment eine sehr bedeutsame Rolle, und unsere Betrachtungen würden unvollständig sein, wenn wir nicht auch dieses hervorheben würden.

Ohne Zweifel hat die gewaltige Kraft, mit der die Tendenz zu einer familienhaften Arbeitsverfassung der Landwirtschaft, oder kurz gesagt, zum bäuerlichen Betrieb, in allen Ländern und zu allen Zeiten sich durchzusetzen sucht, ihre Wurzeln ganz wesentlich mit in dem starken Drange der menschlichen Natur nach wirtschaftlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Dieser Selbständigkeitstrieb könnte indessen unmöglich einen so ausschlaggebenden Einfluß auf die Gestaltung der landwirtschaftlichen Betriebsverfassung gewinnen, wenn der familienhafte Kleinbetrieb nicht zugleich in seiner Arbeitsverfassung eine starke Stütze besäße, die ihn dem Großbetrieb wirtschaftlich annähernd ebenbürtig macht. Vertreter der orthodox-marxistischen Lehre von der wirtschaft-

lichen Inferiorität des Kleinbetriebs wie *Kautsky* wollen das allerdings nicht zugeben. Sie haben für die Zähigkeit, mit der der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft aller Länder seinen Besitzstand behauptet, die Erklärung bereit, die Erhaltung der kleinbäuerlichen Betriebsformen in der Gegenwart sei auf »Überarbeit und Unterkonsumtion« zurückzuführen, die sich das Kleinbauerntum in seinem Eigentumsfanatismus auferlege, um sich nur behaupten zu können.

Dazu ist nun aber zu sagen: Lügen die Dinge hier wirklich so, daß der Großbetrieb seinen Lohnarbeitern vermöge seiner größeren Produktivität etwa ein Mehrfaches des Einkommens als Lohn gewähren könnte, das sie als selbständige kleine Landwirte in der eigenen Wirtschaft zu erzielen imstande sind, so vermöchte keine Macht der Erde den Übergang zum Großbetrieb auch in der Landwirtschaft aufzuhalten. Dieser Zustand müßte unabwendbar über kurz oder lang dahin führen, daß die selbständigen Kleinlandwirte, ihr wahres Interesse erkennend, es vorziehen, ihren Besitz an die Großbetriebe zu verkaufen und als Lohnarbeiter in deren Dienst zu treten.

Die von *Kautsky* für die Erhaltung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs vorgetragene Auffassung ist als eine gewaltige Übertreibung abzuweisen. Vor allem liegt es auf der Hand, daß es ganz absurd sein würde, die *Kautskysche* Erklärung auf die Vorherrschaft der familienhaften Arbeitsverfassung auch in der amerikanischen Landwirtschaft anwenden zu wollen. Die Tatsache, daß in der Landwirtschaft der familienhafte Kleinbetrieb eine so ganz andere Bedeutung besitzt wie in der Industrie und daß er vielfach unzweifelhaft im Vordringen begriffen ist, läßt vielmehr nur die eine Deutung zu, daß zwischen beiden Betriebsformen in der Landwirtschaft in bezug auf die ökonomische Leistungsfähigkeit nicht entfernt ein so großer Unterschied zugunsten des Großbetriebs sich ergibt wie in der Industrie. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bereiten also der Durchführung eines Agrarprogramms, auf dessen Verwirklichung zunächst das der menschlichen Natur tief eingeborene Verlangen nach Selbständigkeit hindrängt, keine ernste Hindernisse. Was der Großbetrieb etwa voraus hat an Vorteilen technischer Art, das wird durch die qualitativ bessere Arbeitsleistung des Kleinbetriebs bei der großen Bedeutung, die der Qualität der Arbeit für das Ergebnis des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses zukommt, im wesentlichen wieder ausgeglichen, und es ergibt sich so im ganzen ein annäherndes Gleichgewicht in ökonomischer Hinsicht zwischen den beiden Betriebsformen.

Die Vorteile, die der Kleinbetrieb aus der besseren Qualität seiner Arbeitsleistungen zu ziehen vermag, sind in den einzelnen Produktionszweigen der Landwirtschaft dabei allerdings von ungleicher Bedeutung, und ebenso spielen wieder die den Großbetrieb begünstigenden Mo-

mente, wie die Maschinenteknik, in den einzelnen Zweigen der Landwirtschaft eine verschiedene Rolle. Im großen und ganzen läßt sich in dieser Beziehung unter den Verhältnissen, wie sie in west- und mitteleuropäischen Ländern bisher herrschten, etwa sagen: die Vorteile des Großbetriebs kommen — dieser Punkt ist ja schon oft hervorgehoben worden — im Getreidebau sowie auch im Zuckerrübenbau, bei dem allerdings noch besondere Umstände mitsprechen, zur Geltung, der Kleinbetrieb dagegen entfaltet die ihm eigentümlichen Vorteile in ganz besonderem Maße in der Viehaufzucht — mit einziger Ausnahme der Schafzucht — sowie im Obst- und Gemüse- und Handelsgewächsbau.

Das Gesamtergebnis unserer Betrachtungen lehrt deutlich, wie unhaltbar die Auffassung vieler Sozialisten und namentlich auch der orthodoxen Marxisten ist, die Landwirtschaft unterstehe in bezug auf die Produktionsvorteile von Großbetrieb und Kleinbetrieb den gleichen Gesetzen wie die Industrie.

Unterliegt aber die eine der beiden Hauptabteilungen der Produktion, die Landwirtschaft, nicht dem Gesetz der Entwicklung zum Großbetrieb, sondern entspricht hier der Kleinbetrieb den Forderungen der menschlichen Natur, ohne dabei den Geboten der Wirtschaftlichkeit allzu stark zu widersprechen, so ist das für die Beurteilung aller sozialistischen Forderungen eine Tatsache von ganz fundamentaler Bedeutung. Bei der Stellung, welche die Landwirtschaft innerhalb des gesamten Wirtschaftslebens einnimmt, und aus natürlichen Gründen normalerweise immer einnehmen muß, ist dann der Sozialismus für immer zur Aussichtslosigkeit verurteilt, oder er läßt sich nur durchführen, indem man der menschlichen Natur Gewalt antut. Bei dieser Sachlage besteht auch keine Aussicht, daß der Sozialismus die große Mehrheit der Bevölkerung für seine Ideen gewinnt, worauf er mit solcher Bestimmtheit rechnet.

#### **b) Die psychischen Faktoren im Wirtschaftsleben und der Sozialismus.**

Daß für die Größe des Produktionsertrages neben dem Stande der Technik die *psychischen Momente*, d. h. die Gefühle und Willenimpulse, mit denen die am Wirtschaftsleben aktiv Beteiligten ihre Tätigkeiten ausüben, sowie das Verhältnis, in dem die Produzenten zu dem Produktionsergebnis stehen, ein Punkt von fundamentaler Bedeutung sind, daß alle Vollkommenheit der Maschinenteknik nichts nützt, wenn nicht auch die psychischen Motoren der Produktion angekurbelt sind, das ist ein Gedanke, der bei den Sozialisten zu kurz kommt. In ihrem Glauben an die Allmacht der Technik sind die Sozialisten gewöhnlich schlechte Psychologen. In der unzureichenden Psychologie liegt die Hauptschwäche des Sozialismus, wie schon *Adolf Wagner* richtig erkannt hat.



Die immanente Gefahr jeder sozialistischen Wirtschaftsverfassung liegt darin, daß das Interesse des Produzenten am Erfolg seiner Tätigkeit geschwächt wird.

Denn das Wesen des Sozialismus läuft darauf hinaus, diejenige Kraft aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten oder zum mindesten stark abzuschwächen, die heute die einzelnen treibt, ihre Fähigkeiten und ihre Energie auf das äußerste anzuspannen: die wirtschaftliche Selbstverantwortlichkeit des einzelnen. Die Produktion erfolgt im sozialistischen Gesellschaftssystem nicht mehr auf Rechnung und Gefahr von einzelnen Personen, sondern sie erfolgt auf Rechnung der Gesamtheit, der ja auch die Produktionsmittel gehören. Wie wird dieser Zustand auf die Entwicklung des Volkswohlstandes und die Größe des Produktionsertrages in einem Lande einwirken?

Das Problem, das hiermit aufgeworfen ist, hat drei Hauptseiten. Einmal handelt es sich um die Frage, wie im sozialistischen Gesellschaftssystem bei der ausführenden Arbeit die *Leistung* auf ihrer gegenwärtigen Höhe gehalten werden kann, sodann um die zweite Frage, auf welche Kräfte und Antriebe sich der *technische Fortschritt* im System des Sozialismus stützen kann, und endlich die dritte Frage, wie im sozialistischen System für die wirtschaftliche Vorbedingung des technischen Fortschritts, die *Kapitalbildung*, gesorgt ist. Was hat der Sozialismus an die Stelle der psychischen Kräfte zu setzen, auf denen die jetzige Intensität der Arbeitsleistung, sowie das jetzige lebhaftige Tempo des technischen Fortschritts und der Kapitalbildung beruhen?

1. **Das Problem der Arbeitsleistung.** Die Einrichtungen des Wirtschaftslebens müssen so beschaffen sein, daß der einzelne veranlaßt wird, das Höchstmaß dessen zu leisten, was er nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Kräfte ohne vorschnellen Verbrauch seiner Arbeitskraft zu leisten vermag.

Im individualistischen Gesellschaftssystem sind nun verschiedene Wege eingeschlagen worden, um das Problem einer in diesem Sinne nach Quantität und Qualität befriedigenden Arbeitsleistung zu lösen. Die einfachste Lösung besteht darin, daß der Arbeiter zugleich Eigentümer der Produktionsmittel ist und entweder, wie auf der Stufe der Hauswirtschaft, überhaupt nur für den eigenen Bedarf produziert oder, wenn er für fremden Bedarf tätig ist, die Produktion für eigene Rechnung führt. Wo der Arbeiter im Wirtschaftsleben diese Stellung einnimmt, da löst sich sowohl das Problem der Länge des Arbeitstages als auch das Problem der während der Arbeitszeit einzuhaltenden Arbeitsintensität von selbst. Man kann sich hier darauf verlassen, daß der Arbeiter von sich aus, gleichsam instinktiv, das Beste leisten wird, was seine Kräfte hergeben. Es ist darum auch schon eine alte, z. B. bereits von *Sismondi* ausgesprochene Beobachtung, daß der auf der eigenen Scholle sitzende Bauer sich durch

ganz besonderen Arbeitsfleiß und ebenso durch besondere Arbeitsorgfalt auszeichnet, wenigstens wenn er sicher sein kann, daß die Früchte seines Fleißes ihm selbst zufallen und ihm nicht etwa durch andere oder auch durch zu hohe Steuern weggenommen werden können. Das gleiche gilt natürlich auch von dem in eigener Werkstatt und für eigene Rechnung arbeitenden Handwerksmeister. Was das Privateigentum in Verbindung mit der Produktion für eigene Rechnung in dieser Hinsicht leistet, das ist auch von sozialistischer Seite mehrfach rückhaltlos anerkannt worden. So schreibt z. B. *Kautsky* einmal <sup>1)</sup>: »Es ist unleugbar, daß die Bauern viel mehr arbeiten als die Lohnarbeiter der Großgrundbesitzer. Der Bauer hat kaum je freie Zeit und selbst während seiner wenigen freien Zeit denkt er darüber nach, wie er seinen Betrieb verbessern könnte. Es gibt für ihn nichts anderes als seinen Betrieb.«

Also in einer individualistischen Volkswirtschaft, in der der Kleinbetrieb allgemein verbreitet ist, in der die Arbeiter das Eigentum an den Produktionsmitteln haben und als selbständige Produzenten ihrer Arbeit nachgehen, da gibt es überhaupt noch kein Problem der Steigerung der Arbeitsleistung. Und auch, wenn in den Betrieben schon eine gewisse Anzahl betriebsfremder Arbeiter mitarbeiten, braucht sich das nicht sofort zu ändern. Eine nicht allzu große Anzahl betriebsfremder Arbeiter, eine Anzahl, die sich etwa in den Grenzen hält, wie sie durch die Möglichkeit der Aufnahme der Arbeiter in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers bezeichnet werden, kann vom Kleinbetrieb assimiliert werden, ohne daß es Mühe macht, daß die betriebsfremden Arbeiter das gleiche Arbeitstempo und die gleiche Arbeitsorgfalt annehmen wie die der eigenen Familie des Betriebsinhabers zugehörigen Arbeitskräfte. Darin liegt der eigentliche Sinn der sogenannten patriarchalischen Arbeitsverfassung, eine solche Assimilation der betriebsfremden Arbeitskräfte herbeizuführen. Die Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft und an den Tisch des Arbeitgebers, wie sie in den bäuerlichen Betrieben in bezug auf Knechte und Mägde, im Handwerk in bezug auf Gesellen und Lehrlinge hergebrachte Sitte war, hat vor allem die Bedeutung, zwischen dem Betriebsinhaber und seinen Mitarbeitern nicht das Gefühl irgendeines Interessengegensatzes aufkommen zu lassen. Der Knecht, der mit seinem bäuerlichen Arbeitgeber an einem Tische ißt und mit ihm überhaupt alles teilt, was das ländliche Leben bringt, lernt unwillkürlich die Interessen seines Arbeitgebers wie seine eigenen ansehen und verrichtet demgemäß auch seine Arbeiten mit dem entsprechenden Interesse, selbst wenn er nicht unter der fortwährenden Aufsicht seines Arbeitgebers steht. Das ist jedenfalls der ursprüngliche Sinn und die ursprüngliche Wirkung der patriarchalischen Arbeits-

---

<sup>1)</sup> Die soziale Revolution. 3. Aufl., Berlin 1919, S. 98.

verfassung, mag sich davon unter dem Einfluß der auflösenden Kräfte des letzten Jahrhunderts auch schon viel verflüchtigt haben.

In einer Volkswirtschaft, in der der Großbetrieb immer mehr die vorherrschende Betriebsform wird, reichen diese kleinen Mittel indessen nicht mehr aus, um die großen Massen der betriebsfremden Arbeiter zu einer intensiven Arbeitsleistung anzuhalten, oder ihre Anwendung stößt auf unüberwindliche technische und andere Hindernisse. Erst mit der Ausbreitung des Großbetriebs im Wirtschaftsleben entsteht also das Problem, wie bei der großen Masse der Arbeiter der nicht schon von selbst in der nötigen Intensität sich einstellende Arbeitseifer auf die richtige Höhe gebracht und dauernd auf ihr gehalten werden kann. Das Wirtschaftsleben kann hierzu wieder verschiedene Wege einschlagen. Vor allem zwischen zwei Hauptwegen hat es die Wahl, es kann entweder den Weg des Zwangs oder den der Freiheit gehen. Es ist dabei bemerkenswert, daß das Wirtschaftsleben historisch zuerst den Weg des Zwangs eingeschlagen hat. Wo uns in früheren Jahrhunderten Großbetriebe entgegneten, es sei an die Großbetriebe des klassischen Altertums sowohl in der Landwirtschaft als im Bergbau erinnert, ferner an die großen Fronhofswirtschaften des Mittelalters der europäischen Völker, da beruhte die Arbeitsverfassung dieser Großbetriebe gewöhnlich zunächst auf einem System der Zwangsarbeit.

Es liegt auf der Hand, daß mit diesem System keine günstigen Arbeitserfolge sich erzielen lassen. »Zwangsarbeit ist die unproduktivste Arbeit«, bemerkt auch *Kautsky* treffend <sup>1)</sup>. Schon auf der Höhe des Mittelalters hat man daher in einzelnen Ländern Europas, wie in Großbritannien, das System der Fronarbeit aufgegeben, und es vorgezogen, das Land, das bisher mit Hilfe der Hand- und Spanndienste der fronpflichtigen Bauern bestellt worden war, entweder gegen feste Renten zu verpachten oder auch seine Bewirtschaftung mit Hilfe freier, gegen Lohn gemieteter Arbeitskräfte durchzuführen. Allgemein und vollständig ist dann das System der Fronarbeit in den west- und mitteleuropäischen Ländern zwischen 1789 und 1850 gesetzlich beseitigt worden.

Seit dem 19. Jahrhundert hat in allen Ländern europäischer Kultur das System der freien Lohnarbeit die Alleinherrschaft angetreten. Von dem städtischen Gewerbe ausgehend, hat es sich schließlich die ganze Volkswirtschaft erobert. Überall kann das Arbeitsverhältnis von beiden Parteien des Arbeitsvertrags mit Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen oder vertragsmäßig vereinbarten Kündigungsfrist — praktisch haben die Kündigungsfristen in der Großindustrie sogar schon fast jede Bedeutung verloren — wieder gelöst werden, und die Bezahlung des

---

<sup>1)</sup> Die Sozialisierung der Landwirtschaft. Berlin 1919, S. 52.

Arbeiters richtet sich nach dem Maß der von ihm geleisteten Arbeit, die entweder nach der Zeit oder nach dem erzielten Erfolge gemessen wird. Das sind die wesentlichsten Merkmale des Systems der freien Lohnarbeit.

Für den uns hier beschäftigenden Gegenstand bedeutet nun die allgemeine Einführung der freien Lohnarbeit, daß das Problem der Erzielung einer ausreichenden Arbeitswilligkeit auf einem anderen Wege als dem bis dahin beschrittenen zu lösen versucht wird. Nicht mehr wie bei den älteren Arbeitssystemen durch Zwang, Strafen und ähnliche Mittel, sondern in erster Linie durch das *Inaussichtstellen wirtschaftlicher Vorteile oder Nachteile*. Das System der freien Lohnarbeit hebt, das ist wahr, die Sicherung, welche die wirtschaftliche Existenz der Arbeiter bis dahin in der Erblichkeit des Dienstverhältnisses besaß, auf, allein es gibt dem Arbeiter, der für seine Existenz die Verantwortung nun selbst zu tragen hat, dafür einmal die Rechte der freien Persönlichkeit, und es eröffnet ihm zum anderen neue wirtschaftliche Möglichkeiten, das neue System appelliert weniger an die Furcht, als an das Interesse des Arbeiters. Es sucht die Aufgabe, den nötigen Arbeitseifer im Wirtschaftsleben zu erzielen, vor allem zu lösen mit Hilfe des natürlichen Strebens jedes gesund empfindenden Menschen seine wirtschaftliche Existenz nicht unnötig aufs Spiel zu setzen, vielmehr vorwärts zu kommen und seine wirtschaftliche Lage zu verbessern.

Als zweites in der gleichen Richtung wirkendes Mittel dient ein fein ausgebildetes System von Lohnberechnungsmethoden, das den Zweck verfolgt und im allgemeinen auch erreicht, ein genaues Verhältnis herzustellen zwischen der Arbeitsleistung des Arbeiters und der Höhe seiner Entlohnung. Bei dem Zeitlohn dient diesem Zweck hauptsächlich die Einteilung der Arbeiter je nach ihrer Leistung in verschiedene Lohnklassen, bei der Akkordlöhnung und den Prämiensystemen besorgen die Arbeiter diese Einteilung selbst, indem sich die Lohnhöhe genau der Größe ihrer individuellen Arbeitsleistung anpaßt. Ohne Zweifel ist diese geschickte Verbindung von rein wirtschaftlichen Mitteln geeignet, den Arbeitseifer des Arbeiters anzufachen und ihn auf ein dem volkswirtschaftlichen Produktionsinteresse im allgemeinen genügendes Maß zu bringen. Die Wirksamkeit dieser Mittel wird ja auch von keiner Seite angezweifelt. Im Gegenteil. Es wird ihnen von sozialistischer Seite oft der Vorwurf gemacht, daß sie zu kräftig wirken, daß sie zu einem vorzeitigen Verbrauch der Kräfte des Arbeiters, einem Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft führen.

Wie steht es nun mit den Antrieben, die gegenwärtig auf eine hohe Arbeitsintensität und -sorgfalt hinwirken, im Gesellschaftssystem des Sozialismus? Kann der Sozialismus darauf rechnen, daß diese Kräfte in einer nach seinen Prinzipien konstruierten Wirtschaftsverfassung in

unverminderter Stärke fortwirken, und wenn nicht, durch welche anderen Kräfte will er das, was die jetzigen Lohnberechnungsmethoden und die Möglichkeit der Entlassung des Arbeiters leisten, ersetzen?

Die Sozialisten pflegen auf diese Frage gewöhnlich etwa folgendes zu antworten. Sie sagen: Auch heute schon befindet sich die große Masse der Bevölkerung gar nicht mehr selbst im Besitz der Produktionsmittel, sie sind gar nicht mehr Eigentümer, die für eigene Rechnung und Gefahr produzieren, sondern sie sind Lohnarbeiter. Dieselben Mittel nun aber, die heute angewendet werden, um die Lohnarbeiter zu einer intensiven Arbeit zu veranlassen, lassen sich ebenso gut in einem sozialistischen Staate anwenden. So vermag indessen nur ein sehr oberflächliches volkswirtschaftliches Denken zu argumentieren, das sich die grundlegenden Unterschiede zwischen einer individualistischen und einer sozialistischen Gesellschaft nicht genügend klar gemacht hat. Weder bei Akkordlohn noch bei Zeitlohn lassen sich die Verhältnisse in einem sozialistischen Gemeinwesen ohne weiteres mit denen in der heutigen Wirtschaftsordnung vergleichen.

Der Akkordlohn hat eigentlich überhaupt aus dieser Erörterung auszuscheiden. Wenn einzelne neuere Sozialisten ihm einen bedeutsamen Platz in der Organisation der Zukunftsgesellschaft zuweisen wollen, so ist das im Grunde eine Inkonsequenz. Es liegt darin das Zugeständnis, daß man auch im Sozialismus nicht ohne die individualistischen Kräfte der menschlichen Natur auskommen kann. Denn der Akkordlohn stellt jeden Arbeiter auf sich selbst, er paßt die Höhe seines Einkommens genau der Größe seiner individuellen Arbeitsleistung an. Im konsequenten Sozialismus ist daher eben kein Raum für den aus einer anderen Gedankenwelt stammenden Akkordlohn. Und viele Sozialisten wollen deshalb auch nichts von ihm wissen. Selbst *Marx*, so wenig er sich im ganzen über die Konstruktion der Zukunftsgesellschaft ausgesprochen hat, betont doch ausdrücklich, daß in der höheren Phase des Kommunismus eine Verteilung des Gesellschaftsprodukts nach der individuellen Arbeitsleistung nicht mehr in Betracht kommen könne, sondern daß dann jeder nach seinen Bedürfnissen einen Anteil an den produzierten Gütern beanspruchen dürfe. Den meisten Sozialisten schwebt für die Verteilung des Produktionsertrags im Zukunftsstaate wohl ein Zustand vor, bei dem jedes Mitglied über die von ihm geleisteten Arbeitsstunden Bescheinigungen erhält und sich dafür in den Magazinen der Gesellschaft entsprechende Gütermengen geben lassen kann, deren Preise ebenfalls nach Arbeitsstunden berechnet sind. Sofern nicht von vornherein eine absolute Gleichheit der Einkommen zum maßgebenden Verteilungsprinzip des Sozialstaates gemacht wird, wird also eine bestimmte Form des Zeitlohns, der Stundenlohn, zur Grundlage der Entlohnung im Zukunftsstaate gemacht.

Aber auch diejenigen Sozialisten, die im Widerspruch zu den Grundgedanken ihres Gesellschaftsideals den Akkordlohn zulassen, werden genau so wie die heutige Gesellschaft, deren Tendenzen auf möglichst umfassende Anwendung des Werklohns gerichtet sind, nicht ohne den Zeitlohn auskommen. Neben dem Akkordlohn finden wir heute überall in gewissem Umfange den Zeitlohn, weil die Anwendung des Werklohns an bestimmte Voraussetzungen (genaue Meßbarkeit der einzelnen Arbeitsleistungen und bequeme Möglichkeit der Kontrolle der Qualität der geleisteten Arbeit) geknüpft ist, die nicht überall gegeben sind.

Auf jeden Fall wird also der Zeitlohn, auch wenn die Sozialisten an sich bereit sind, dem Akkordlohn in Abweichung von den Grundprinzipien ihres Gesellschaftssystems einen Platz einzuräumen, eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Grundlage des Lohnsystems im Zukunftsstaate bilden. Es erhebt sich daher die Frage, durch welche Mittel glaubt der Sozialismus in seinen Betrieben eine genügend hohe Arbeitsleistung erzielen zu können? Besteht insbesondere die Aussicht, daß der Sozialismus die beiden Mittel, mit denen heute der Zeitlöhner zu einer genügend intensiven Arbeitsleistung gebracht wird, Einteilung der Arbeiter in verschiedene Lohnklassen, verbunden mit strenger Überwachung der Arbeit, sowie ferner die Entlassung des trägen Arbeiters, mit gleichem Erfolge wie die bestehende Wirtschaftsordnung anwenden kann?

Hier springt nun sofort der gewaltige Unterschied in die Augen, der zwischen der Überwachung der im Zeitlohn verrichteten Arbeit in der heutigen Gesellschaftsordnung und in einem sozialistischen Gesellschaftssystem besteht. Heute wird die Einteilung der Arbeiter in Lohnklassen und die beständige Überwachung der Arbeitsleistung vorgenommen von Personen oder wenigstens im Auftrage von Personen, die mit ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz abhängen von dem Reinertrag, der im Betriebe erzielt wird, von den Unternehmern. Dadurch ist gewährleistet, daß die Einteilung der Zeitlöhner ebenso wie ihre Überwachung mit der nötigen Strenge und Genauigkeit erfolgt. Im sozialistischen System dagegen würden diese Funktionen ausgeübt von Angestellten oder Beauftragten des Staates, von denen unmöglich erwartet werden kann, daß sie in dieser Hinsicht das gleiche leisten wie der mit seinem Betrieb auf Gedeih und Verderben verbundene Privatunternehmer.

Etwas ganz ähnliches kommt beim Werklohn in Betracht. Der entscheidende Punkt beim Werklohn ist die genaue Ermittlung der Arbeitszeit, die ein Arbeiter von durchschnittlicher Geschicklichkeit braucht, um ein bestimmtes Arbeitsstück, oder bei Herstellung vieler Arbeitsstücke gleicher Art, eine Serie von bestimmter Zahl anzufertigen. Die Grundlage aller Lohnsätze im Akkordlohn sind ja derartige Annahmen über die Arbeitszeit, und es muß dabei auch beständig nachgeprüft

werden, ob die Annahmen über die erforderliche Herstellungszeit, von denen ursprünglich ausgegangen worden ist, richtig waren und noch zutreffen, oder ob sie etwa durch Verbesserungen im Arbeitsverfahren inzwischen überholt worden sind.

Es kann ebensowenig wie in dem vorhin betrachteten Falle erwartet werden, daß der Beamte eines sozialistischen Gemeinwesens in dieser Beziehung das gleiche leistet wie ein Privatunternehmer. Schon in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung kann man ja beobachten, wie in den öffentlichen Betrieben, den Betrieben des Staats und der Gemeinden, die durchschnittliche Leistung der Arbeiter hinter der in gleichartigen Privatbetrieben zurückbleibt. Auf die verschiedenen Ursachen, die hierbei im Spiele sind: das geringere Interesse des Leiters eines öffentlichen Betriebs am Ertrag des Werks, die geringere Bewegungsfreiheit, die er genießt, die größeren Schwierigkeiten, die Disziplin unter den Arbeitern eines öffentlichen Betriebs aufrecht zu erhalten, kann hier noch nicht näher eingegangen werden. Es genügt hier festzustellen, daß die Arbeitsleistung, die in einem Betriebe erzielt wird, gar nicht allein von den Arbeitern selbst abhängt, sondern auch von dem Verhältnis, in dem die Betriebsleiter zu dem Ergebnis des Betriebs stehen. Das Problem, die Arbeitsleistung auf der optimalen Höhe zu halten, geht hier also über in das früher von uns an zweiter Stelle formulierte Problem, wie die wirtschaftlich tüchtigste Betriebsleitung und der technische Fortschritt im Wirtschaftsleben am besten erreicht werden können. Dieses Problem soll aber erst an anderer Stelle seine Behandlung finden.

Ebenso wie die positiven Mittel zur Steigerung der Arbeitsleistung des Lohnarbeiters im Sozialstaat versagen oder doch wenigstens an Wirksamkeit stark verlieren würden, würde auch das negative Mittel, das heute den Arbeitseifer des Lohnarbeiters und speziell des Zeitlöhners anspornt, die Gefahr, seine Stelle zu verlieren, unbrauchbar werden. Erst die Möglichkeit der Kündigung gibt, wie schon angedeutet, dem Verlangen des Arbeitgebers nach einer ausreichenden Arbeitsleistung dem Zeitlöhner gegenüber den rechten Nachdruck. Ein sozialistisches Gemeinwesen kann aber unmöglich über den nachlässigen und unzuverlässigen Arbeiter die Strafe der Entlassung verhängen. Die Anwendung dieser Strafe setzt voraus, daß es zahlreiche wirtschaftlich selbständig nebeneinanderstehende Betriebe gibt, so daß der Arbeiter, der in einem Betriebe seine Stellung verliert, noch genug Möglichkeiten hat, in einem anderen Betriebe unterzukommen. Im sozialistischen System ist der Staat der einzige Arbeitgeber, er ist Eigentümer sämtlicher Produktionsmittel, im streng durchgeführten Kollektivismus gibt es gar keine anderen Betriebe als die staatlichen. Schließt der Staat den Arbeiter aus einem Betriebe aus, so wird er eigentlich damit aus allen ausgeschlossen. Das ist aber natürlich eine offenbare Unmöglichkeit. Man erkennt sofort,

der Sozialismus wird durch die Natur der Verhältnisse selbst gezwungen, andere Mittel anzuwenden als die bestehende Gesellschaft, um die Disziplin im Betriebe aufrecht zu erhalten und eine angemessene Arbeitsleistung zu erzielen. Es wird ihm nichts anderes übrigbleiben, als zu diesem Zweck zu einem förmlichen System von eigentlichen Strafen, von Geld- und Freiheitsstrafen, Strafversetzung, Entziehung von Urlaub und dergleichen seine Zuflucht zu nehmen, an Stelle der mehr indirekt wirkenden Mittel, deren sich die heutige Wirtschaftsordnung zu diesem Zwecke bedient.

Es erscheint aber ausgeschlossen, auf diesem Wege das im gegenwärtigen Wirtschaftssystem herrschende Maß von durchschnittlicher Arbeitsleistung zu erreichen. Man darf hierbei nicht übersehen, daß das Zeitlohnsystem trotz aller Schwächen, die ihm unleugbar anhaften, doch auch starke positive Kräfte im Sinne der Hebung der Arbeitsleistung zu wecken geeignet ist. Es veranlaßt den tüchtigen Arbeiter und Angestellten zu einer ständigen Nachprüfung, ob seine Leistung auch wirklich ihrem Werte entsprechend bezahlt wird. Kann er in dem einen Betriebe nicht eine Bezahlung seiner Leistung erreichen, die seiner Meinung nach im richtigen Verhältnis zu ihrem Werte steht, so kündigt er eben die Stellung in diesem Betriebe und sucht sich eine Stellung, und sei es schließlich, wenn es nicht anders geht, durch Auswanderung, in einem anderen Betriebe, der seine Leistung besser zu würdigen weiß oder ihm mehr Gelegenheit gibt, sie zur Geltung zu bringen. Es würde eine höchst einseitige Betrachtung der Sachlage sein, wenn man nur die Möglichkeit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses auf seiten des Arbeitgebers als ein die Arbeitsleistung hebendes Moment ansehen und dabei ignorieren wollte, daß die Kündbarkeit des Arbeitsverhältnisses vor allem auch die Bedeutung hat, dem Arbeitnehmer die Möglichkeit zu geben, sich eine Stellung zu suchen, in der seine Leistung besser anerkannt wird.

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich deutlich, daß das Arbeitsverhältnis in einem voll sozialisierten Gemeinwesen notwendig einen anderen Charakter annimmt, als es ihn in der heutigen Gesellschaft besitzt. Das Grundgesetz jeder sozialisierten Gesellschaft ist die allgemeine, wenn auch vielleicht nach Alter und Geschlecht mehr oder weniger differenzierte Arbeitspflicht aller Erwachsenen. Daraus ergibt sich aber mit innerer Notwendigkeit die Unmöglichkeit, die Freiheit des Arbeitsverhältnisses in dem heute bestehenden Umfange aufrecht zu erhalten, vielmehr müssen die Mitglieder des Gemeinwesens sich in bezug auf den Betrieb, in dem sie arbeiten, die Art der Beschäftigung usw. den Anordnungen der zuständigen Zentralstelle unterwerfen. Die Sozialisten pflegen über diesen Punkt in ihren Schilderungen des Zukunftsstaats zwar gern vorsichtig hinwegzugehen, aber aus ihren Darlegungen erhellt



schließlich deutlich, daß der Sozialismus nicht nur die Aufhebung des Privateigentums an den sachlichen Produktionsmitteln, sondern auch die Aufhebung des Privateigentums an der menschlichen Arbeitskraft bedeutet. Der Arbeiter verliert die freie Verfügung über seine Arbeitskraft und diese wird zu einem Gute, das zum Nutzen der Gesamtheit durch die hiermit beauftragten Organe verwaltet wird.

Es ist selbstverständlich, daß mit dieser tiefgreifenden Wandlung der Stellung der Arbeit im Wirtschaftsleben auch das ganze Arbeitsverhältnis eine Umgestaltung erfährt. Es verliert seinen bisherigen Sinn, und es wird aus ihm etwas ganz anderes. Jeder Arbeiter wird im Zukunftsstaat, wie *Goldscheid* richtig sagt, ein öffentlicher »Funktionär«, damit werden aber auch die Kräfte, die bisher den Arbeitseifer anspornten, zur Hauptsache außer Wirksamkeit gesetzt, und es muß dafür nun, wie gezeigt, um das gleiche Ziel zu erreichen, zu anderen Hilfsmitteln gegriffen werden, den Mitteln des Zwangs und der Strafe. Mit diesen Mitteln kann man nun zwar vielleicht eine pünktliche Anwesenheit der Arbeiter im Betriebe erreichen, eine intensive Arbeitsleistung, bei der jeder Arbeiter das hergibt, was seine körperlichen und geistigen Kräfte ihm zu leisten gestatten, kann man aber auf diesem Wege niemals erzielen. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt *Graf von Degenfeld-Schonburg*. Nach ihm stellt sich die Gesamtwirksamkeit der Motive zur Arbeit im sozialistischen Gesellschaftssystem »niedriger als heutzutage, weil die meisten viel schwächer, keines in nennenswertem Grade stärker ist als unter dem Kapitalismus. Soll dieser Unterschied wettgemacht werden, so kann es nur durch *ein* Mittel geschehen: durch immer stärkere, immer furchtbarere Anwendung der Zwangsarbeit. Auf diesem Wege könnte es vielleicht noch möglich sein, eine Zeitlang gleichbleibende Arbeitsleistungen zu erzielen. Die volle Nutzbarmachung der individuellen Fähigkeiten für die Gesellschaft . . . läßt sich aber damit keinesfalls erreichen«<sup>1)</sup>.

Im Grunde haben auch die Sozialisten selbst nur wenig Zutrauen zu der arbeitsfördernden Wirksamkeit der neuen Grundlagen, auf die das Arbeitsverhältnis im Sozialstaate gestellt werden soll. Das verraten sie deutlich dadurch, daß sie bei der Erörterung der Frage regelmäßig noch eine Reihe anderer Momente heranziehen, auf die nach ihrer Meinung die Erwartung auf eine hohe durchschnittliche Arbeitsleistung im Sozialstaate gegründet werden kann. Es ist ganz interessant, diese Momente einer kurzen Prüfung zu unterziehen und zu sehen, inwieweit sie wohl die von den Sozialisten auf sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen imstande sind.

*Kautsky*, der in seiner Schrift über »Die soziale Revolution« auch Be-

<sup>1)</sup> Die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns und der deutsche Marxismus. Tübingen 1920, S. 199/200.

trachtungen über die Mittel der Heranziehung der Arbeiter zur Arbeit anstellt, rechnet zunächst einfach darauf, daß schon die durch den Kapitalismus herbeigeführte Gewohnheit und noch mehr die durch die Gewerkschaften anerzogene Disziplin die Arbeiter auch im Zukunftsstaat zu einer intensiven Arbeitsleistung veranlassen werden. Auf wie schwachen Füßen die Erwartung steht, daß hierdurch auf die Dauer im Zukunftsstaat sich eine hohe Arbeitsleistung erzielen lasse, das bedarf keines Beweises. Die Erfahrungen, die man in der Zwischenzeit in den sozialisierten Betrieben Sowjetrußlands gesammelt hat, reden in dieser Hinsicht eine sehr deutliche Sprache.

Plausibler klingt das Argument, das in der sozialistischen Tagesliteratur eine große Rolle spielt: das Gefühl, nicht mehr für den verhaßten Kapitalismus, sondern für eine nach gemeinwirtschaftlichen Prinzipien konstruierte und dem Arbeiter endlich Gerechtigkeit widerfahrenlassende Gesellschaft zu arbeiten, werde auf die Arbeitsleistung nach Einführung des Sozialismus fördernd wirken.

Diese Auffassung beruht indessen auf einer völligen Verkennung der Sachlage und ist auch durch die inzwischen gemachten Beobachtungen einwandfrei widerlegt. Die Notwendigkeit, arbeiten und zwar hart arbeiten zu müssen, unter der alles Wirtschaften auf unserem Planeten steht, tritt dem Arbeiter gegenwärtig allerdings zunächst in der Gestalt entgegen, daß er gezwungen ist, in einem kapitalistischen Unternehmen sich eine Stelle zu suchen und dort seiner Arbeit nachzugehen. Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn im Arbeiter sich die Vorstellung festsetzt, die Unternehmer und die ganze kapitalistische Wirtschaftsordnung seien diejenigen, die den Zwang, arbeiten zu müssen, über ihn verhängt haben. In Wahrheit richtet sich sein Unwille aber nicht nur gegen die Arbeit innerhalb des kapitalistischen Systems, sondern gegen die Notwendigkeit, arbeiten zu müssen, überhaupt. Es kommt in dieser Stimmung der Lohnarbeiter nur die natürliche Abneigung der Menschen gegen die länger dauernde und anstrengende Arbeit an sich zum Ausdruck. Daß dem so ist, zeigt mit voller Deutlichkeit die Tatsache, daß in der kritischen Zeit nach 1918 auch in den öffentlichen Betrieben des Staates und der Gemeinde nicht mehr gearbeitet wurde als in privatkapitalistischen Betrieben. Der »österreichische Volkswirt« stellte dies speziell für Österreich damals mit folgenden Worten fest: »Die Erfahrung zeigt, daß die Arbeitsleistung in den Betrieben, in denen nur für das Gemeinwesen gearbeitet wird, leider nicht um eine Spur größer ist, als in den privatkapitalistischen, und daß es — zur Ehre der Arbeiterschaft sei es gesagt — zahlreiche privatkapitalistische Betriebe gibt, in denen der ‚unpersönliche Haß‘ gegen die kapitalistische Produktionsweise die Arbeiterschaft nicht von der Erfüllung ihrer Pflicht abhält«<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> XII. Jahrgang Nr. 6.

In der gleichen Zeitschrift bemerkte eine anderer Autor <sup>1)</sup> treffend über die Arbeitsunlust der Arbeiter auch der öffentlichen Betriebe:

»Hätten die Arbeiter in den zahlreichen öffentlichen Betrieben von Staat und Gemeinde im Augenblick des Umsturzes freiwillig eiserne Disziplin gehalten, ihre Arbeitsleistung verdoppelt und so gezeigt, daß sie entschlossen seien, im sozialisierten Betrieb ihre ganze Kraft für die Volkswirtschaft einzusetzen, niemand hätte es gewagt, einer allgemeinen schleunigen Sozialisierung der gesamten Industrie Widerstand zu leisten. Tatsächlich aber hat sich gezeigt, daß der Arbeiter, der sich ‚Sozialist‘ nennt, in Wirklichkeit durchaus *individualistisch* denkt und handelt, daß auch ihm der augenblickliche persönliche Vorteil über alles geht, ganz gleichgültig, ob er im öffentlichen — sozialisierten — oder im Privatbetrieb beschäftigt ist« <sup>2)</sup>.

Nun behaupten aber viele Sozialisten, daß im Sozialstaat die Arbeit unter viel angenehmeren äußeren Bedingungen vor sich gehen werde als gegenwärtig, daß sie sich viel abwechslungsreicher gestalten würde, und daß dadurch die Unlusterscheinungen, die sie jetzt im Arbeiter auslöse, zum größeren Teil entfallen würden. Der Gedanke, der Arbeit durch eine andere Organisation des Arbeitsprozesses, insbesondere durch den Verzicht auf die Arbeitsteilung in ihrer jetzigen strengen Form, bei der jeder Arbeiter dauernd und ausschließlich mit den gleichen Spezialverrichtungen beschäftigt ist, ihre jetzige Unannehmlichkeit zu nehmen, ist schon sehr alt. Er spielt bereits bei *Fourier* eine große Rolle und *Engels* schreibt in seinem Anti-Dühring hierüber: »Namentlich muß die alte Teilung der Arbeit verschwinden. An ihre Stelle muß eine Organisation der Produktion treten, in der einerseits kein einzelner seinen Anteil der produktiven Arbeit, dieser Naturbedingung der menschlichen Existenz,

<sup>1)</sup> *Otto Conrad* in Nr. 8 vom 22. November 1919.

<sup>2)</sup> Es wäre nicht angebracht an dieser Stelle auf die Erfahrungen Sowjetrußlands hinzuweisen, da die produktive Leistung des Arbeiters (nach *Krzizanovskij* betrug die Produktmenge pro Arbeiter 1925/26 in Prozenten des Jahres 1913 99,3) heute auf Entlohnungsmethoden zurückzuführen ist, die viel zu sehr mit den kapitalistischen übereinstimmen, als daß sie als typisch für eine sozialistische, geschweige denn eine kommunistische Wirtschaft angesehen werden könnten. In der Vollkommunistischen Periode (1920) betrug die Produktmenge pro Arbeiter nur 14,9% der Menge von 1913. Doch darf selbstverständlich diese Periode völliger Umwälzung und kriegerischer Verwicklungen (»Kriegskommunismus«) ebenfalls nicht als typisch angesehen werden. Es sei hier vermerkt, daß die sozialistische Arbeiterschaft Deutschlands das Sowjetexperiment wegen der mit ihm verbundenen »furchtbaren Vernichtung der Produktivkräfte« ablehnt, wobei anzunehmen ist, daß hierbei nicht nur an Fehlleitungen der Produktion, sondern auch an den Rückgang der Arbeitsleistung pro Arbeiter gedacht wird. (Wirtschaftsdemokratie, herausgeg. im Auftrag des ADGB, von *Naphthalé*, Berlin 1928, S. 9; die obigen Ziffern zitiert nach *F. Pollock*, Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917—27. Leipzig 1929, S. 150.)

auf andere abwälzen kann; in der andererseits die produktive Arbeit, statt Mittel der Knechtung, Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu befriedigen, und in der sie so aus einer Last eine Lust wird.« Wie das gemeint ist, erläutert *Engels* dann selbst dahin, »daß es einmal keine Karrenschieber und keine Architekten von Profession mehr geben soll, und daß der Mann, der eine halbe Stunde lang als Architekt Anweisungen gegeben hat, auch eine Zeit lang die Karre schiebt, bis seine Tätigkeit als Architekt wieder in Anspruch genommen wird«.

Merkwürdigerweise hat auch ein Mann wie *Walter Rathenau* einen »Grundsatz des Arbeitssaugleichs« aufgestellt, der auf das gleiche hinausläuft, wie der *Engelssche* Vorschlag der Wiederaufhebung der Arbeitsteilung zwischen geistiger und körperlicher, oder richtiger gesagt, zwischen leitender und ausführender Arbeit. *Rathenau* bekennt sich nämlich zu der Anschauung <sup>1)</sup>, »daß jeder mechanisch Arbeitende beanspruchen kann, einen Teil seines Tagewerks in angenehmer geistiger Arbeit zu leisten; daß jeder geistig Arbeitende verpflichtet ist, einen Teil seines Tagewerks körperlicher Arbeit zu widmen«.

Was gegen diese Vorschläge zu sagen ist, liegt auf der Hand. Zunächst muß man wohl an die Sozialisten die Frage richten, wie sie glauben, die dem sozialistischen Gesellschaftssystem zugeschriebene wirtschaftliche Überlegenheit aufrecht erhalten zu können, wenn sie die Vorteile der Arbeitsteilung ohne weiteres preiszugeben bereit sind. An dem hohen Stand der Produktivität der Arbeit im Wirtschaftsleben der Gegenwart hat doch die fein entwickelte Arbeitsteilung, die in ihm herrscht, einen ganz wesentlichen Anteil. Verzichtet der Sozialismus auf den jetzt erreichten hohen Grad der Arbeitsteilung, macht er die Spezialisierung der Beschäftigungen, auf der die hohe Arbeitsleistung in den meisten Berufen gegenwärtig beruht, rückgängig, so ist das gleichbedeutend damit, daß auch eine Hauptbedingung der gegenwärtigen Produktivität der Volkswirtschaft erschüttert wird <sup>2)</sup>. Und glauben die Sozialisten wirklich im Ernste, daß jeder Karrenschieber auch geeignet ist, Architektenarbeit zu leisten? Der utopische Gedanke von der Gleichheit der menschlichen Anlagen, insonderheit auch auf geistigem Gebiete, der hinter dem sozialistischen Vorschlage steckt, im Zukunftsstaate einen allgemeinen Wechsel zwischen geistiger und körperlicher Arbeit eintreten zu lassen,

<sup>1)</sup> Die neue Gesellschaft. Berlin 1919, S. 80.

<sup>2)</sup> Auch viel vorsichtigere Vorschläge, die auf dem Wege einer »Gruppenfabrikation« (*Hellpach*) oder »Werkstattaussiedlung« (*Rosenstock*) die Nachteile der Arbeitsspezialisierung zu kompensieren suchen, sind aus diesem Grunde nur von geringer Bedeutung, wie *Johannes Gerhardt* in seinem Buche »Arbeitsrationalisierung und persönliche Abhängigkeit« gezeigt hat (Tübingen 1925).

steht mit der tatsächlichen Lage der Dinge auf diesem Gebiete doch in zu schreiendem Widerspruch. Mögen heute infolge der Unzulänglichkeit unserer Schul- und Prüfungseinrichtungen auch manche in die höheren Berufe gelangen, die dazu nach ihren geistigen Fähigkeiten eigentlich nicht berufen sind, so darf man daraus doch nicht den Schluß ziehen, daß nun überhaupt jeder Beliebige geeignet ist, auch an der leitenden Arbeit im Zukunftsstaate teilzunehmen. Das könnte sich für den letzteren bald als verhängnisvoll erweisen. Gerade für diesen müßte es noch viel mehr als heute darauf ankommen, nur die allerbefähigtesten Köpfe in die leitenden Stellungen aufsteigen zu lassen. Vor allem aber ist es eine Illusion, wenn sich die Sozialisten dem Glauben hingeben, der Arbeit lasse sich ihr beschwerlicher, als Last empfundener Charakter dadurch nehmen, daß man die Arbeiter nach kurzer Zeit ihre Tätigkeit wechseln läßt. *L. Mises*, der dem Gegenstand eine eingehende Untersuchung gewidmet hat, bemerkt hierüber treffend <sup>1)</sup>: »Das Überwiegen des Arbeitsleides über den unmittelbaren Arbeitsgenuß ist nur zum geringsten Teile darauf zurückzuführen, daß der Arbeiter anfängt, gerade der Arbeit, mit der er beschäftigt ist, überdrüssig zu werden, ohne daß seine Empfänglichkeit, bei anderer Arbeit unmittelbaren Arbeitsgenuß zu empfinden, beeinträchtigt wäre. Der größere Teil des Arbeitsleides ist auf die allgemeine Ermüdung des Organismus und auf seine Sucht nach Freisein von jedem weiteren Zwang zurückzuführen. Der Mann, der durch Stunden am Schreibtisch gearbeitet hat, wird lieber eine Stunde lang Holz spalten, als eine weitere Stunde am Schreibtisch zubringen. Doch das, was ihm die Arbeit leidbringend macht, ist nicht nur der Mangel an Abwechslung, sondern mehr noch ihre Länge . . . Die vielverbreitete Anschauung, als ob es Arbeit gebe, die nur den Geist, und solche, die nur den Körper ermüdet, ist, wie jeder an sich selbst erfahren kann, nicht richtig. Alle Arbeit greift den ganzen Organismus an. Man täuscht sich darüber, weil man bei Beobachtung fremder Arbeit nur den unmittelbaren Arbeitsgenuß zu sehen pflegt.«

Schließlich hat der Sozialismus noch ein letztes Argument bereit, auf das sich sein Glaube stützt, das Mitglied des Zukunftsstaates werde auch ohne die heute wirksamen egoistischen Antriebe zur Arbeit eine genügende Arbeitsleistung vollbringen. Der Sozialismus rechnet auf nichts Geringeres als auf eine Wandlung der menschlichen Natur unter dem Einfluß der sozialistischen Gesellschaftsorganisation. Und solche Gedanken finden wir nicht etwa nur bei den älteren utopischen Sozialisten wie *Fourier* ausgesprochen, dessen lebhafteste Phantasie nicht allein Änderungen der menschlichen Natur, sondern überhaupt der ganzen Natur auf unserem Planeten für möglich hält; sie treten uns, wenn

---

<sup>1)</sup> Die Gemeinwirtschaft. Jena 1922 S. 156.

auch in etwas vorsichtigerer Formulierung, auch bei den Vertretern des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus entgegen. *Fr. Engels* hat seinem Vertrauen auf die Wandlungsfähigkeit der menschlichen Natur unter dem Einfluß des Sozialismus in seiner Vorarbeit zum kommunistischen Manifest mit den Worten Ausdruck gegeben: »Der gemeinsame Betrieb der Produktion durch die ganze Gesellschaft und die daraus folgende neue Entwicklung der Produktion wird ganz anderer Menschen bedürfen und auch erzeugen«<sup>1)</sup>. Und *Marx* macht es, den gleichen Gedanken noch schärfer und allgemeiner formulierend, *Proudhon* einmal zum Vorwurf, er wisse nicht, »daß die ganze Geschichte nur eine fortgesetzte Umwandlung der menschlichen Natur ist«<sup>2)</sup>. Und auch im »Kapital« hat *Marx* an der Anschauung von der Wandlungsfähigkeit der menschlichen Natur festgehalten<sup>3)</sup>, er spricht gelegentlich von der »in jeder Epoche historisch modifizierten Menschennatur«. Unter diesen Umständen macht es *Marx* keine Schwierigkeiten, sich auch eine in bezug auf die jetzt wirksamen Motive zur Arbeit vollständig veränderte menschliche Natur vorzustellen. Von der späteren Phase der kommunistischen Gesellschaft nimmt er ohne weiteres an, daß in ihr »die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden sein würde«!

Von einem ähnlichen Glauben an die Wandlungsfähigkeit der menschlichen Natur und der Annahme, daß die menschliche Natur unter dem Einflusse des Sozialismus eine vollständige Umstellung erfahren werde, sind aber auch noch Sozialisten der allerneuesten Zeit erfüllt. Besonderes Gewicht auf diesen Punkt legt der von *R. Wilbrandt* vertretene Sozialismus, der überhaupt sehr stark mit ethischen Ideen durchtränkt ist, und durch dieses Moment vom offiziellen Marxismus abweicht. Wenn der Mensch zur Arbeit gegenwärtig in erster Linie durch egoistische Motive angetrieben wird, so ist das nach *Wilbrandt* nicht Folge der angeborenen Natur des Menschen, sondern es ist eine Folgeerscheinung der bestehenden Wirtschaftsordnung. »Das Wirtschaftsleben, wie es heute ist, zwingt die Menschen, sich egoistisch gegeneinander zu verhalten.« Der Mensch im sozialistischen Zeitalter wird aber ein anderer sein als er im kapitalistischen war. An die Stelle der jetzigen egoistischen Antriebe zur Arbeit werden Rücksichten auf den gemeinsamen Vorteil der Gesellschaft treten. Sozialismus ist nach *Wilbrandt* geradezu Gestaltung der Gesellschaft nach der Idee: »den gemeinsamen Vorteil vor-

---

<sup>1)</sup> Grundzüge des Kommunismus.

<sup>2)</sup> Das Elend der Philosophie.

<sup>3)</sup> Belege hierfür zusammengestellt bei *von Degenfeld-Schonburg*, Die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns und der deutsche Marxismus. Tübingen 1920, S. 101, Anm. 7.

anzustellen, den Einzelvorteil nur durch ihn zu wollen«<sup>1)</sup>, also kurz gesagt, Hingabewirtschaft. Die Änderung der menschlichen Natur in diesem Sinne wird von *Wilbrandt* teils als Wirkung der Umgestaltung der sozialen Verhältnisse erwartet, zum anderen Teil aber soll sie durch eine planmäßig dieses Ziel verfolgende Erziehung herbeigeführt werden. Das sozialistische Gemeinwesen wird dann über Menschen verfügen, die, um fleißig zu arbeiten, »die Krücken der Vergangenheit«, nämlich die egoistischen Motive, nicht mehr nötig haben.

Bei denen, die etwas tiefer über die menschliche Natur nachgedacht haben und sie genauer zu beobachten Gelegenheit hatten, wird aber der Glaube an diese Botschaft, so schön sie klingt, fehlen. Der realistisch denkende Menschenkenner wird den Lehren des Sozialismus von der Wandlungsfähigkeit der menschlichen Natur starke Zweifel entgegengesetzen, er wird es in dieser Hinsicht lieber mit *Goethe* halten, der sich zu der Auffassung bekannte: »Die Menschheit schreitet fort, aber der Mensch bleibt immer derselbe.« Und ganz besonders wird der Mensch in seiner Einstellung zu der Arbeit immer derselbe bleiben. Denn die Einstellung, wie wir sie gegenwärtig finden, daß der Mensch zur Arbeit regelmäßig nur in dem Maße bereit ist, wie er darin sein eigenes Wohl finden, insbesondere seine Bedürfnisbefriedigung reicher gestalten kann, entspringt nicht irgendwelchen Einrichtungen der jetzt bestehenden Wirtschaftsordnung, sondern sie hat ihren Ursprung in den Naturtatsachen und Naturbedingungen des Wirtschaftslebens, worunter vor allem die seelischen Anlagen und Eigenschaften des Menschen selbst zu verstehen sind. Die menschlichen Bedürfnisse sind jederzeit als praktisch unbegrenzt anzusehen, der Mensch hat stets noch Bedürfnisse, die er gern befriedigt sehen würde; um seine Bedürfnisse befriedigen zu können, muß er aber Arbeit aufwenden, die für ihn mit Anstrengung und Beschwerden verknüpft ist. Aus der Gegenüberstellung dieser beiden Tatsachen: der Unbegrenztheit der menschlichen Bedürfnisse und dem beschwerlichen Charakter der Arbeit folgt ganz von selbst, daß der Mensch zur Arbeit nur bereit sein wird in dem Maße, als für ihn selbst und diejenigen, deren Wohl er mit dem seinigen als identisch ansieht, aus der Arbeit sich noch ein Vorteil ergibt. Mag man mit den Theologen diese Anlage der menschlichen Natur nun als Erbsünde ansehen und mag man sie als Egoismus anklagen oder nicht, auf jeden Fall muß man mit ihr als mit einer gegebenen Tatsache rechnen. Wer es unterläßt, sie in seine Rechnung einzustellen, der wird eine arge Enttäuschung erleben. So ist es ja den russischen Kommunisten ergangen. Sie mußten erleben, daß in den nationalisierten Betrieben der russischen Industrie die Arbeitsleistung in geradezu katastrophaler

---

<sup>1)</sup> Sozialismus, 2. Aufl., Jena 1921.

Weise zurückging, weil den Arbeitern die rechten Antriebe zur Arbeit fehlten, so daß schließlich nichts anderes übrig blieb, als in der sogenannten neuen ökonomischen Politik zu teilweise kapitalistischen Produktions- und Entlohnungsmethoden zurückzukehren <sup>1)</sup>. Ein Führer des russischen Bolschewismus, und zwar kein geringerer als *Trotzky* hat ja im Hinblick auf diese schmerzlichen Erfahrungen den Ausspruch getan, »der Mensch ist von Natur ein Faultier«. Dieser Satz scheint weit mehr mit den Realitäten des Lebens übereinzustimmen als die idealistischen Anschauungen von *Wilbrandt* und der Glaube von *Marx*, daß durch eine Änderung der Gesellschaftsordnung es einst dahin kommen werde, daß die Arbeit dem Menschen das »erste Lebensbedürfnis« sein werde. Man darf, wie *Mises* richtig bemerkt hat, das, was für einzelne auserwählte Naturen, wie Erfinder, Künstler, Dichter, Gelehrte, gilt, daß sie, von ihrem Dämon getrieben, ihr ganzes Leben der Arbeit widmen, und gar nichts anderes können als sich im Dienst einer Idee aufzehren, nicht auch auf die große Masse der Menschen und auf die gewöhnliche ausführende Arbeit, die bei der Produktion zu leisten ist, übertragen.

Insbesondere darf man auch von einer Erziehung, die sich die Aufgabe stellt, den Menschen zu einem Wesen zu bilden, der aus Gemeinsinn handelt, nicht eine grundlegende Umgestaltung der menschlichen Natur erwarten. Der Mensch ist nicht Wachs in den Händen seiner Erzieher; er läßt sich nicht von diesen in jede beliebige Form bringen. Was die Erziehung vermag, ist, die natürlichen Anlagen des Menschen einerseits zu entwickeln und andererseits zu beschneiden, sie vermag aber nicht, im Menschen etwas ganz Neues zu erzeugen. Von dem Glauben an die Allmacht der Erziehung und der Schule sollte man nun im 20. Jahrhundert doch allmählich frei geworden sein.

**2. Das Problem der Betriebsleitung und des technischen Fortschritts.** Die Mehrzahl der sozialistischen Theoretiker hat für das Problem der Unternehmungsleitung und für das, was der Unternehmer heute für seine Lösung leistet, wenig Verständnis. Insbesondere nach marxistischer Auffassung ist der Unternehmer eine ziemlich überflüssige Person. Seine Funktion besteht im wesentlichen darin, Mehrwert einzuheimsen. *Engels* meinte, durch die Entwicklung des Genossenschaftswesens sei der Beweis erbracht, »daß sowohl der Kaufmann wie der Fabrikant sehr entbehrliche Personen« seien <sup>2)</sup>. Man kann sich also nicht darüber wundern, daß die Sozialisten glauben, den Unternehmer leicht ersetzen zu können. Und zwar verfallen sie auf den in solchen Fällen sehr naheliegenden Ausweg, die lebendige Persönlichkeit durch Organisationen, in denen möglichst viele Faktoren: Arbeiter, Konsumenten und eventuell auch die Wissenschaft, vertreten sein sollen, ersetzen zu wollen, wie ja

<sup>1)</sup> Vgl. Anmerkung 3 zu S. 150.

<sup>2)</sup> Herrn *Eugen Dührings* Umwälzung der Wissenschaft.



die Sozialisten überhaupt meist zu den Menschen gehören, die glauben, alles durch geschickt konstruierte Organisationen machen zu können<sup>1)</sup>. Ganz im Sinne dieser Auffassung schreibt z. B. *Kautsky* in den in der Nachkriegszeit erschienenen »Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm«: »Das gemeinsame Interesse der Arbeiter und Konsumenten wird den Stachel zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit ersetzen, den unter kapitalistischen Verhältnissen das Profitstreben des Unternehmers bildet.« In dem gleichen Gedankenkreise bewegen sich die Sozialisierungsvorschläge, die in der ersten Nachkriegszeit von dem österreichischen Sozialdemokraten *Otto Bauer* aufgestellt und dann in ihren Grundzügen von der österreichischen Sozialdemokratie übernommen wurden. Die Leitung der für die Sozialisierung reifen Betriebe — Schwerindustrie und Großgrundbesitz — soll für jeden Produktionszweig durch einen Verwaltungsrat erfolgen, der sich zu einem Drittel zusammensetzt aus Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, zu einem Drittel aus Vertretern der Konsumenten und zu einem Drittel aus Vertretern des Staates. Für die Ernennung der leitenden Beamten ist ein besonderes Vorschlagsverfahren vorgesehen<sup>2)</sup>. In ganz ähnlichem Sinne sind auch die Vorschläge gehalten, die *Wilbrandt* für die Organisation der Zukunftsgesellschaft in seinem »Sozialismus« macht.

Die große Frage ist nun, mit welchem Recht man erwarten darf, daß von staatlichen Funktionären mit Hilfe solcher Beiräte verwaltete Betriebe in bezug auf Wirtschaftlichkeit der Produktion und Tempo des technischen Fortschritts das gleiche leisten werden wie Betriebe, die von privaten Unternehmern für ihre Rechnung und Gefahr, unter Einsetzung ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz, geleitet werden. Diese Frage braucht heute glücklicherweise nicht mehr ausschließlich auf Grund von theoretischen Erwägungen erörtert zu werden, man kann bei ihrer Beantwortung ausgehen von den Erfahrungen, die während der letzten Jahrzehnte in verschiedenen Ländern mit öffentlichen Betrieben, Betrieben des Staates und der Gemeinde, gemacht worden sind<sup>3)</sup>.

Als Ende der 70er Jahre im Anschluß an die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Deutschland und anderen Ländern in Wissenschaft und Praxis eine dem öffentlichen Betrieb sehr günstige Stimmung aufkam, da gab man sich in großen Kreisen außerordentlich weitgehenden Hoff-

---

<sup>1)</sup> In diesen Fehler verfällt auch das freigewerkschaftliche Programm einer Wirtschaftsdemokratie, über das *Gustav Stolper* sehr richtig bemerkt: »Es ist die große Schwäche der Denkschrift, daß sie überall nur Organisationen und Schemen und nicht Menschen sieht« (*Der Deutsche Volkswirt*, 2. Jahrg., Heft 50).

<sup>2)</sup> Diese Angaben nach *v. Degenfeld-Schonburg*, Die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns und der deutsche Marxismus. Tübingen 1920, S. 166.

<sup>3)</sup> Vgl. zu den folgenden Ausführungen: *Manuel Saitzew*, Die öffentliche Unternehmung der Gegenwart. Tübingen 1930.

nungen hin, welche Gebiete die öffentliche Unternehmung künftig noch erobern werde. Diese Erwartungen haben sich bisher nicht erfüllt und werden sich wohl auch nicht erfüllen. Die Praxis der Verwaltung hat sich trotz des eifrigen Zuredens mancher Theoretiker nicht zur Überschreitung bestimmter Grenzen verleiten lassen. Diese Grenzen hat sie gleichsam instinktiv richtig herausgefunden. Der öffentliche Betrieb hat sich nämlich nur auf solchen Gebieten neu eingebürgert, wo die Konkurrenz entweder überhaupt ausgeschlossen ist oder wo sie sich doch wenigstens aus Gründen, die in der Natur der Sache liegen, nicht so stark geltend machen kann wie im übrigen Wirtschaftsleben. Wenn wir die Gebiete durchmustern, die der öffentlichen Unternehmung in neuerer Zeit zugefallen sind, so finden wir, daß es sich sowohl bei den staatlichen als auch bei den kommunalen Betrieben regelmäßig um Gebiete handelt, die sich einer vor dem Aufkommen neuer Konkurrenz gesicherten *monopolistischen oder wenigstens monopolähnlichen Stellung* erfreuen. Für den staatlichen Betrieb der Post, des Telegraphen und des Fernsprechers ist ja in einer Reihe von Ländern direkt ein Monopol, allerdings ein solches von verschieden weitem Umfange, in Anspruch genommen worden, ebenso liegt die Sache beim Notenbankwesen. Aber auch auf den anderen hier in Betracht kommenden Gebieten ergibt sich für Staat und Stadt als Betriebsunternehmer regelmäßig eine bevorzugte, vor dem Auftreten neuer Konkurrenz geschützte Stellung. Bei den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken entspringt die bevorzugte Stellung dieser Betriebe daraus, daß sie auf die Benutzung der der Gemeinde gehörigen öffentlichen Wege angewiesen sind, um ihre Leitungsnetze legen zu können. Die Stadt, die selbst als Betriebsunternehmerin solcher Werke auftritt, hat es also ganz in der Hand, ob sie Konkurrenzunternehmungen aufkommen lassen will oder nicht. Auch dann, wenn die Städte nicht selbst als Betriebsunternehmer auftreten, werden ja Konkurrenzunternehmungen auf diesen Gebieten von ihnen nicht so leicht konzessioniert. Ähnliche Verhältnisse walten bei den Verkehrsanstalten, insbesondere den staatlichen Eisenbahnen und den kommunalen Trambahnen, ob. Auch hier ist die Entstehung von Konkurrenzbetrieben an sehr erschwerende Bedingungen geknüpft.

Das Vordringen der öffentlichen Unternehmung beschränkt sich also auf solche Gebiete, in denen der Unternehmer besonderen Schutz vor dem Aufkommen neuer Konkurrenz genießt. Zwischen völlig freier Konkurrenz und wirklichem Monopol gibt es eben im Wirtschaftsleben noch eine Reihe von Zwischenstufen, und das Gebiet dieser Zwischenstufen ist es, auf welches die öffentliche Unternehmung in neuerer Zeit ihre Herrschaft ausgedehnt hat. Das ist aber kein Zufall, sondern hat seinen tiefen Sinn. Und diese Tatsache ist nicht ein Zeichen der Stärke, sondern ein Zeichen der Schwäche des öffentlichen Betriebs.

In ihr kommt zum Ausdruck, daß die öffentliche Unternehmung sich eben nur auf solchen Gebieten zu behaupten vermag, wo nicht der scharfe Wind völlig freien Wettbewerbs weht, sondern wo es sich um konkurrenzgeschützte Plätze handelt. Das ist das eine. Das andere Moment aber, das bei der neuerlichen Ausbreitung des öffentlichen Betriebs eine Rolle gespielt hat, ist das folgende: Da, wo einzelne Betriebe oder Gewerbebezüge in eine solche bevorzugte, monopolartige Stellung gelangen, sprechen sehr starke Gründe dafür, dem öffentlichen Betrieb den Vorzug vor dem privaten zu geben. Denn hier besteht dann immer die Gefahr, daß die privaten Unternehmer ihre begünstigte Stellung zur Erzielung abnorm hoher Gewinne ausnutzen. Zum mindesten ist die öffentliche Meinung regelmäßig von einem starken Mißtrauen nach dieser Richtung — und sicher nicht ohne Grund — erfüllt. Sie läßt sich von der Erwägung eines amerikanischen Gerichtshofs leiten, der in einem Prozeß gegen den Standard-Oil-Trust sich einmal dahin aussprach, es sei nicht angebracht, der menschlichen Natur da zu trauen, wo ihr Gelegenheit gegeben sei, sich auf Kosten anderer zu bereichern. Wo sich im Wirtschaftsleben durch die Natur der Verhältnisse selbst monopolähnliche Stellungen herausbilden, da entscheidet sich darum die öffentliche Meinung gewöhnlich mit großer Wucht und Bestimmtheit dafür, daß diese Betriebe in der Hand des Staates oder der Gemeinde am besten aufgehoben seien.

Das sind die wahren Gründe für das in den letzten Jahrzehnten festzustellende Vordringen des öffentlichen Betriebs. Dagegen ist es eine falsche Deutung der Tatsachen, wenn man daraus den Schluß ableitet, »die Beamtenverwaltung« habe den Beweis erbracht, daß sie es in bezug auf Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung jetzt schon vollkommen mit der privaten Unternehmung aufnehmen könne. So wird ja in der Literatur die Erscheinung nicht selten zu erklären gesucht. Das Vordringen des öffentlichen Betriebs wird als ein Parallelfall zu dem Vordringen der Aktienunternehmung aufgefaßt. Gemeinbetrieb und Aktienunternehmung bedienen sich beide gleichmäßig der Beamtenverwaltung. Der Siegeszug, den die Aktiengesellschaft durch das moderne Wirtschaftsleben gehalten habe, sei gleichbedeutend damit, daß die Beamtenverwaltung sich bewährt habe. Wenn aber die Beamtenverwaltung in Gestalt der Aktiengesellschaft mit gutem wirtschaftlichen Erfolge anwendbar sei, dann gelte das gleiche eben auch von der Beamtenverwaltung in der Form des öffentlichen Betriebs.

Diesem Gedankengang kann man heute nicht selten in der nationalökonomischen Literatur begegnen. Ganz in Übereinstimmung mit dem eben Gesagten schreibt z. B. *C. von Tyszka*: »... So könnte man aus dem wirtschaftlichen Aufsteigen der Großunternehmen in der Form der Aktiengesellschaft vielleicht folgern, daß die Überführung in die Staats-

wirtschaft hier nicht nur möglich sei, sondern sogar Vorteile versprache«<sup>1)</sup>. Im Sinne des gleichen Gedankengangs schreibt ferner *K. Bücher*: »Es kann nicht schwer fallen, an die Stelle des Privatbeamten, der an der Spitze steht, mag er Generaldirektor oder sonstwie heißen, den Staatsbeamten zu setzen. Wir werden also sagen können, daß in der Industrie die Sozialisierung soweit ins Auge gefaßt werden kann, wie diese gesellschaftlichen Unternehmungsformen reichen, insbesondere die Aktiengesellschaften«<sup>2)</sup>. *K. Rathgen* endlich bringt denselben Gedanken mit folgenden Worten zum Ausdruck: »Wo der Beamtenbetrieb erprobt und bewährt ist, wird häufig die öffentliche Unternehmung billiger und besser wirtschaften als die Aktiengesellschaft, und tatsächlich sehen wir Staat und kommunale Körperschaften solche Beamtenbetriebe übernehmen: Eisenbahnen, Versicherung, Bankbetrieb, Gas- und Wasseranstalten, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen. Die Aktiengesellschaft erscheint von diesem Gesichtspunkt aus als das Versuchsfeld des öffentlichen Betriebs«<sup>3)</sup>.

Diese ganze weit verbreitete Theorie stimmt indessen nicht. Sie steht zunächst schon insofern in Widerspruch mit den Tatsachen, als der öffentliche Betrieb, obwohl man es doch wahrlich nicht an Agitation für ihn hat fehlen lassen, nicht entfernt auch auf alle diejenigen Gebiete sich auszubreiten gesucht hat, auf denen die Aktiengesellschaft schon seit langem mit gutem wirtschaftlichen Erfolge angewendet wird. Man braucht dabei nur etwa an solche Gebiete wie das Hüttenwesen und die Metallverarbeitung, die Maschinenfabrikation, die Spinnerei, die Bierbrauerei, die Zuckerfabrikation oder auch an das große Gebiet der chemischen Industrie usw. zu denken. Auf allen diesen und noch auf manchen anderen Gebieten haben wir in allen modernen Industriestaaten gegenwärtig schon Dutzende oder gar Hunderte von gut rentierenden Aktiengesellschaften, aber es ist nichts davon bekannt geworden, daß Staat oder Gemeinde irgendwo daran dächten, diese Gebiete nun auch für die öffentliche Unternehmung mit Beschlag zu belegen. Sollte das wirklich nur an der Kurzsichtigkeit der Regierungen und Stadtverwaltungen liegen, nur daran, daß sie bisher übersehen haben, daß hier noch ein großes Gebiet vorliegt, das für die öffentliche Unternehmung ebenso geeignet ist wie die von ihr schon besetzten Gebiete? Mit Recht wird man in diesem Tun oder richtiger Unterlassen der öffentlichen Gewalten vielmehr eine Anerkennung der Tatsache erblicken müssen, daß für die

<sup>1)</sup> Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens. 2. Aufl., Jena 1922, S. 39. Die Stelle ist bezeichnenderweise gegenüber der 1. Auflage (Jena 1919, S. 41) schon wesentlich zurückhaltender formuliert.

<sup>2)</sup> Die Sozialisierung. Tübingen 1919, S. 22.

<sup>3)</sup> Wörterbuch der Volkswirtschaft, 3. Aufl., Art. »Aktiengesellschaft«, 1. Bd., S. 72.

Ausdehnung der öffentlichen Unternehmung auf ein neues Gebiet ganz andere Umstände entscheidend sind, als nur der, ob die Aktiengesellschaft mit ihrer Beamtenverwaltung auf diesem Gebiete sich schon bewährt hat. Die Anschauung, die jedes Gebiet, auf dem die Aktienunternehmung stärker vertreten ist, sofort auch als reif für die öffentliche Unternehmung ansieht, zeugt von einer sehr unzulänglichen Kenntnis der Bedingungen, unter denen sich einerseits die Beamtenverwaltung bei Aktiengesellschaften und andererseits die Beamtenverwaltung bei Staatsbetrieben vollzieht. Wer diese beiden Dinge ohne weiteres gleichsetzen will, der argumentiert mehr aus dem Klang der Worte als aus wirklicher Kenntnis der Verhältnisse heraus.

Einzelne Nationalökonomien gehen aber sogar soweit, die öffentliche Unternehmung der privaten in Form der Aktiengesellschaft nicht nur als ebenbürtig, sondern als überlegen hinzustellen. Man wird gespannt sein, die Gründe kennenzulernen, auf die sich dieses Urteil stützt. Der einzige Grund, der dafür angeführt wird, besteht darin, daß die Aktiengesellschaft regelmäßig noch viel weniger als eine öffentliche Körperschaft imstande sei, ihre leitenden Beamten zu kontrollieren. Nun ist das Vorhandensein eines reichlichen Kontrollapparates bei den öffentlichen Unternehmungen gewiß zuzugeben. Billig bezweifeln darf man aber, ob der wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens von der reichlichen Ausbildung der bei ihm bestehenden Kontrolleinrichtungen abhängt. Im Gegenteil. Das Vorhandensein von Kontrolleinrichtungen und verschiedenen Instanzen, die bei der Leitung des Unternehmens mitzusprechen haben, bedeutet immer eine Einengung der Bewegungsfreiheit des Betriebsleiters. Und diese Beschränkung seiner Dispositionsfreiheit kann so stark werden, daß sie ihn an der raschen Ausnutzung günstiger Konjunkturen hindert, ihm auch die Freude und das Interesse an seiner Tätigkeit beeinträchtigt, weil er eben nicht seinen eigenen Eingebungen folgen darf, sondern immer abwarten muß, was andere dazu sagen. Gerade in der hieraus entspringenden Gebundenheit des Leiters eines Staatsbetriebes wird der Kenner der Praxis einen der Hauptgründe sehen, aus denen der Staatsbetrieb so leicht wirtschaftlich hinter dem Privatbetrieb, und zwar besonders auch hinter der Aktiengesellschaft zurücksteht. Diese Erscheinung ist aber von dem Wesen der öffentlichen Unternehmung untrennbar. Denn die einzelne öffentliche Unternehmung ist regelmäßig nur ein kleines Rädchen in einem großen Mechanismus, und sie hat daher regelmäßig zahlreiche Instanzen über sich, zumal in den heutigen parlamentarisch oder konstitutionell regierten Ländern, in denen auch die gewählten Körperschaften Einfluß auf die Verwaltung der öffentlichen Betriebe ausüben wollen. Jede Aktiengesellschaft dagegen ist ein Unternehmen für sich, das unabhängig von anderen Unternehmungen und Instanzen dasteht.

Wie die öffentliche Unternehmung infolgedessen an Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit an wechselnde Konjunktoren hinter der privaten, und zwar auch der in Aktienform betriebenen, erheblich zurücksteht, so gilt das gleiche aber auch noch in einem anderen wichtigen Punkte. Bei der öffentlichen Unternehmung ist es kaum möglich, das *Selbstinteresse des Betriebsleiters* an dem Gange des Geschäfts so stark zu machen und so in den Dienst des Unternehmens zu stellen, wie bei den privaten <sup>1)</sup>. Hier wird es besonders deutlich, wie verkehrt es ist, wenn man bei der Aktiengesellschaft in gleicher Weise wie bei öffentlichen Betrieben von einer Beamtenverwaltung spricht. Die Stellung des Angestellten einer Aktiengesellschaft ist eine ganz andere als die eines Angestellten des Staates. Der Staatsbeamte, so läßt sich das wesentliche des Unterschieds kurz ausdrücken, ist unkündbar, wenigstens nach deutschem Staatsrecht, und er bezieht ein festes, regelmäßig steigendes Gehalt. Der Angestellte einer Aktienunternehmung dagegen wird nur auf Kündigung angestellt, sein Gehalt richtet sich nach seiner Leistung, und seine Einnahmen hängen wesentlich von den geschäftlichen Erfolgen ab, die er erzielt.

Vor allem wichtig ist hierbei, daß dem öffentlichen Betrieb nach deutschem Staatsrecht gewöhnlich das scharfe Mittel fehlt, auf dessen Anwendung die Leistungsfähigkeit so vieler Werke der Privatindustrie in letzter Linie beruht, nämlich die Möglichkeit, die leitenden Beamten zu entlassen. Die Kündbarkeit der Direktoren ist für den Erfolg von Aktiengesellschaften viel bedeutsamer als der Ausbau der Kontroll-einrichtungen. Am Erfolg ihrer Tätigkeit kontrolliert eine Aktiengesellschaft ihre Direktoren, hat man treffend gesagt, und will sich der gewünschte Erfolg nicht einstellen, dann wechselt sie eben das leitende Personal.

Das geringere Interesse, das der Staatsbeamte, der ein industrielles Werk zu leiten hat, am geschäftlichen Erfolg desselben hat, setzt sich aber ganz naturgemäß in höhere Produktionskosten um. Die durchschnittliche Arbeitsleistung der beschäftigten Arbeiter wird nicht auf demselben Stande wie in Privatbetrieben sich bewegen, die Ausnutzung der verwendeten Roh- und Hilfsstoffe wird eine geringere sein, die ganze

<sup>1)</sup> *Boris Brutzkus* urteilt auf Grund seiner Erfahrungen in Sowjetrußland: »Entscheidend ist die Tatsache, daß in den von uns betrachteten Unternehmungen kein privatwirtschaftliches kapitalistisches Interesse steckt. Daraus folgt der außerordentliche Bürokratismus und die Schwerfälligkeit aller dieser Staatsunternehmungen . . . . Der Direktor einer Sowjetfabrik ist ein Beamter eines bestimmten Ranges mit einer bestimmten Gage. Es kann ihn interessieren, daß die Produktion vor sich geht. Weniger kann er sich dafür interessieren, daß die Waren gut seien, — die Unternehmung nimmt doch so wie so eine Monopolstellung auf dem Markte ein . . . .« (Die Sowjetwirtschaft, ihr Wesen und ihre neuere Entwicklung, Economist, Jaargang 1929, S. 526/27).

Organisation wird nicht eine so straffe sein, kurz in bezug auf die Wirtschaftlichkeit des Betriebs wird nicht der Grad erreicht werden, den wir herkömmlich in Privatunternehmungen finden, deren Besitzer mit ihrer wirtschaftlichen Existenz und mit der Zukunft ihrer Familie von dem Erfolg des Betriebs abhängen.

Manche Sozialisten glauben nun allerdings, den Gefahren, die der Wirtschaftlichkeit von der Verstaatlichung drohen, und deren Bedeutung auch sie anerkennen müssen, dadurch zu entgehen, daß sie sagen, die Sozialisierung bedeute gar keine Verstaatlichung im alten Sinne des Worts. Sozialisierung sei etwas ganz anderes als Verstaatlichung. Wer wird sich aber durch solche »Wortmaskeraden« täuschen lassen? Alle Sozialisierungsvorschläge, die bisher gemacht worden sind, laufen trotz aller tönenden Worte, hinter denen man diese Tatsache zu verbergen sucht, schließlich doch immer wieder auf eine Verstaatlichung alten Stils hinaus, insofern nämlich in den neuen Organisationen, die man schaffen will, nicht mehr die private Initiative des Unternehmers, der für eigene Rechnung wirtschaftet, maßgebend sein soll, sondern öffentliche Funktionäre unter der Kontrolle von öffentlichen Organen die entscheidenden Stimmen haben werden. Das Problem, wie eine Sozialisierung sich bewerkstelligen läßt, die nicht zugleich eine Bürokratisierung ist, ist von dem Sozialismus bisher nicht gelöst worden, und es wird auch niemals gelöst werden. Denn es schließt einen inneren Widerspruch in sich. Sozialisierung führt notwendig zur Bürokratisierung<sup>1)</sup>. Auf dem Papier zwar kann man versichern, die Leitung der sozialisierten Industrien werde sich vom Bürokratismus und Schematismus freihalten, aber man bleibt den Beweis dafür schuldig, wie die Leitung eines sozialisierten Betriebes dieses Kunststück fertig bringen soll, da ihm doch nicht die Bewegungsfreiheit eines privaten Unternehmers zusteht und nach Lage der Sache auch gar nicht zugestanden werden kann. Ungemein charakteristisch hierfür sind die vorhin erwähnten Sozialisierungsvorschläge *Otto Bauers* und der österreichischen Sozialdemokratie. Auch hier wird zunächst eine bürokratische Verwaltung der sozialisierten Betriebe scharf abgelehnt, die Stellung, die dem Leiter eines solchen Betriebes gegenüber den anderen Verwaltungsinstanzen in dem Programm angewiesen wird, läßt aber erkennen, daß die Bürokratisierung sich gar nicht umgehen läßt. *v. Degenfeld-Schonburg* bemerkt in seiner Kritik der *Bauerschen* Sozialisierungsvorschläge speziell im Hinblick auf die Stellung, welche die Leiter der sozialisierten Gutsbetriebe einnehmen sollen, treffend folgendes: »Ich glaube, ein Gutsverwalter, der den Ver-

<sup>1)</sup> Vgl. *Eduard Heimann*, Sozialisierung, Neue Blätter für den Sozialismus. Jahr 1, Heft 1, 1930, S. 20 ff. »4. Sozialisierung und Bürokratisierung«.

*Johannes Gerhardt*, Unternehmertum und Wirtschaftsführung. Tübingen 1930, Kap. 6 und 8.

tretern der Konsumvereine, den Arbeitern, den Angestellten, der Bezirksvertretung und allen möglichen anderen Leuten verantwortlich ist, wird vor aller Verantwortlichkeit nichts so sehr fürchten als die frische Tat. Wie un gelenk *Bauers* Apparat gedacht ist, dafür ein Beispiel: Wir haben gesehen, daß der landwirtschaftliche Großbetrieb von einem Verwalter unter einem höchst kompliziert zusammengesetzten Verwaltungsrat bewirtschaftet wird. Über den Verwaltungsräten stehen Landeskulturräte, über diesen ein Reichslandwirtschaftsrat. Diese alle werden in ähnlicher Weise zusammengesetzt. Vom Reingewinn jedes Gutes nun wird ein Teil an den staatlichen Investitionsfonds abgeführt, über den der Reichslandwirtschaftsrat zu verfügen hat. Sind nun auf den einzelnen Gütern Investitionen und Meliorationen vorzunehmen, so setzt dies der Reichslandwirtschaftsrat fest. Ich glaube, es ist kaum möglich, eine Verwaltung schwerfälliger zu gestalten<sup>1)</sup>.

Ein praktisches Beispiel ähnlicher Art aus Sowjetrußland: *Boris Brutzkus* entnimmt einem Buche des Kommunisten *Jakovlev* (»Das Dorf, wie es ist«) folgende charakteristische Stelle: »Eine kommunistische Studienkommission (an solchen ist in Sowjetrußland kein Mangel), an der *Jakovlev* teilgenommen hat, besucht in einem großen Dorfe im Gouvernement Kursk eine Getreideaufkaufstelle der staatlichen Handelsorganisation ‚Chleboprodukt‘. Um sich besser zu orientieren, nahm die Kommission einen früheren Kaufmann, der vor der Revolution dasselbe Geschäft, das damals einen viel größeren Umfang hatte, im Dorfe betrieb. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Einkaufsstelle 17 Beamte beschäftigt. Die Kommission fragte den Kaufmann, wieviel Angestellte bei ihm das Geschäft besorgten. ‚Drei‘, antwortete der Kaufmann, ‚und auch das war zuviel, aber‘, fügte er treffend hinzu, ‚Sie können es nicht anders, denn sie haben zuviel Schreibereien‘. Der Bürokratismus ist eben die Folge dessen, daß es an Ort und Stelle keinen gibt, der die materielle Verantwortung für das Geschäft trägt. Diese wird immer weiter auf den unpersönlichen Staat abgewälzt«<sup>2)</sup>.

Um ähnliche Schwierigkeiten zu vermeiden fordert *Kautsky* in seinen Sozialisierungsplänen trotz rationellster Zentralisierung Dezentralisierung der Staatsbetriebe und Gewährung möglicher Selbständigkeit an ihre Leiter<sup>3)</sup>! Die Widersprüche, in welche sich die Sozialisten bei der Erörterung dieses Problems verwickeln, sind aber nichts Zufälliges. Hier,

<sup>1)</sup> Die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns und der deutsche Marxismus, S. 168.

<sup>2)</sup> Die Sowjetwirtschaft, ihr Wesen und ihre neuere Entwicklung. S. 526/27. Weitere Beispiele bei *F. Pollock*, Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917—1927. Leipzig 1929, insbes. S. 204 ff.

<sup>3)</sup> Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm. Berlin 1919.



wie so oft, mühen sie sich um die Lösung unlösbarer Probleme, sie wollen unvereinbare Dinge miteinander zu einem lebensfähigen Gebilde vereinigen, sie wollen zwar die selbständigen Unternehmer aus dem Wirtschaftsleben ausschalten und der Gesellschaft die Leitung der Produktion übertragen, verlangen dabei aber doch, daß der Beauftragte der Gesellschaft eine ebenso freie und selbständige Stellung erhalten soll, wie sie heute der private Unternehmer hat. Wie das zu machen ist, das wird ihr Geheimnis bleiben.

Indem der Sozialismus für das Problem der Betriebsleitung keine befriedigende Lösung weiß, gesteht er aber zugleich sein Unvermögen ein, das damit eng verbundene Problem des technischen Fortschritts zu lösen. Verschwindet der freie, selbständige Unternehmer aus dem Wirtschaftsleben, wird ihm die Rolle als Organisator der Produktion entzogen und an ganz anders geartete Instanzen übertragen, so verschwindet damit auch diejenige Kraft aus dem Wirtschaftsleben, die heute am stärksten an dem technischen Fortschritt und seiner raschen Ausbreitung interessiert ist und daran arbeitet. Durch ein System von Nationalbelohnungen für Arbeiter, Angestellte und Betriebsleiter, die technische Verbesserungen erfinden, wie es manche Sozialisten im Auge haben, läßt sich das niemals ersetzen, was gegenwärtig der Unternehmer für den technischen Fortschritt leistet. Die Hauptsache für den technischen Fortschritt ist oft gar nicht die Lösung eines technischen Problems an sich, sondern das Vorhandensein einer Persönlichkeit, die die Tragweite einer technischen Neuerung erkennt und den Mut hat, Vermögen an ihre Einführung in die Praxis zu wagen. Für den technischen Fortschritt ist mit anderen Worten der Unternehmer ebenso unentbehrlich wie der Erfinder. Erfinder und Unternehmer arbeiten gemeinsam am technischen Fortschritt, der eine braucht den anderen. Die Erfindung allein macht den technischen Fortschritt noch nicht, es muß auch für ihre rasche Einführung in die Praxis gesorgt sein, und das ist oft das schwierigere Problem. Hier stoßen wir wieder auf eine bedenkliche Lücke im sozialistischen Gesellschaftssystem. Es ist damit allein nicht getan, daß die sozialistische Gesellschaft durch Aussetzung von Prämien und Belehrungen die Anregung gibt, neue Erfindungen zu machen, es muß auch eine Instanz vorhanden sein, die in der denkbar stärksten Weise, nämlich unter Umständen mit ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz, daran interessiert ist, den technischen Fortschritt in raschem Tempo vorwärts zu treiben. An dieser Instanz fehlt es aber im sozialistischen Gesellschaftssystem, da dieses den selbständigen Unternehmer nicht kennt, und sie läßt sich, wie gezeigt, innerhalb des sozialistischen Systemes auch gar nicht schaffen, ohne dessen Grundlagen wieder aufzuheben.

Auch Sozialisten haben anerkannt, daß die im übrigen von ihnen abgelehnte kapitalistische Produktionsweise auf dem Gebiete des tech-

nischen Fortschritts ganz Hervorragendes geleistet, daß sie die Menschheit in relativ kurzer Frist auf diesem Gebiete sehr weit vorwärts gebracht hat. Namentlich der Marxismus hat für diese Seite der kapitalistischen Entwicklung einen offenen Blick gehabt und, wenn auch mit allerlei Vorbehalten und Einschränkungen, dem Kapitalismus wenigstens hierin eine gute Note ausgestellt. Um so nachdrücklicher darf man feststellen, daß der Sozialismus keinerlei ernsthafte Garantien dafür bietet, daß der technische Fortschritt in seinem System ein ähnlich lebhaftes Tempo beizubehalten vermag. Der Sozialismus wird, wenn man ernsthafte Versuche mit seiner Durchführung macht, zunächst von den Errungenschaften des Kapitalismus zehren, sie vielleicht zu verallgemeinern suchen, bald aber wird dieses Kapital aufgebraucht sein, und dann besteht die Gefahr, daß der sozialistische Strom in das tote Meer einer stationären Technik einmündet.

**3. Das Problem der Kapitalbildung.** Neben der Arbeitsamkeit und dem Unternehmungsgeist ist der dritte psychische Faktor, von dem der Volkswohlstand in einem Lande in entscheidender Weise abhängt, der Spartrieb oder die Sparsamkeit. Es fragt sich also schließlich noch, was hat der Sozialismus den psychischen Kräften, unter deren förderndem Einfluß heute die Sparkapitalbildung vor sich geht, entgegenzustellen, wie ist im sozialistischen System dafür gesorgt, daß die Spartätigkeit in ausreichendem Maße vor sich geht, die ja auch in einem sozialistischen Staate ganz unentbehrlich ist, wenn bei stetig wachsender Bevölkerung das bis dahin erreichte Niveau der Lebenshaltung beibehalten und noch weiter gesteigert werden soll?

Gegenwärtig vollzieht sich in normalen Zeiten ja das Anwachsen des Realkapitals der Volkswirtschaft, ihrer Bestände an Wohnhäusern, Fabrikgebäuden und Produktionsanlagen aller Art, Verkehrseinrichtungen usw. in einem Tempo, das nicht nur dem Wachstum der Bevölkerung entspricht, sondern darüber hinaus Raum läßt für eine Vermehrung des Kapitalvorrats der Volkswirtschaft, eine Zunahme ihrer Kapitalintensität. In fast allen Ländern Europas konnte vor dem Weltkriege ein rasches Wachstum ihres Realkapitals festgestellt werden, ein Wachstum, das mit *G. Cassel* auf ungefähr 3% jährlich sich schätzen läßt. Die unumgängliche Voraussetzung für dieses rasche Anwachsen des Volksvermögens in der heutigen Wirtschaftsorganisation ist aber der Umfang, in dem in den modernen Volkswirtschaften »gespart« wird, indem die einzelnen Privaten freiwillig große Teile ihres Einkommens dem Konsum entziehen und in den Dienst der Kapitalbildung stellen. Der große Umfang, in dem die Spartätigkeit sich heute in allen Ländern europäischer Kultur vollzieht und dadurch die Vorbedingung für die Vermehrung des Realkapitals erfüllt wird, hängt aber wieder ganz wesentlich mit ihrer individualistischen Wirtschaftsverfassung zusam-

men. Sowie das individualistische Wirtschaftssystem in Frage gestellt wird, wird auch die Neigung der einzelnen zu sparen gefährdet und unter Umständen geradezu gelähmt. Der einzelne spart ja heute nicht zu dem objektiven Zwecke, um dadurch das Realkapital der Gesellschaft zu vermehren, sondern er spart unmittelbar aus einem subjektiven Grunde, nämlich hauptsächlich, um dadurch die eigene sowie die Zukunft seiner Angehörigen sicher zu stellen. In dem Maße, wie ihm das durch Änderungen der Rechtsordnungen im sozialistischen Sinne unmöglich gemacht oder erschwert wird, wird auch der Spartrieb der Bevölkerung in verhängnisvoller Weise geschwächt werden.

Aber auch wenn wir hiervon absehen, bleibt der Zweifel bestehen, ob eine sozialistische Gesellschaft imstande ist, in bezug auf die Vermehrung des Kapitals gleichen Schritt mit der heutigen Wirtschaftsordnung zu halten. Das Sparen, das unter allen Umständen und in jeder möglichen Rechtsordnung des Wirtschaftslebens die Voraussetzung für die Produktion neuen Realkapitals bildet, kann in einem sozialistischen Gemeinwesen denkbarerweise in zwei Formen vor sich gehen, entweder wie heute als freiwilliges Sparen einzelner Privatpersonen, oder aber so, und das ist eigentlich die normale Form, die das Sparen in einem kollektivistischen Gemeinwesen annimmt, daß der Staat selbst es besorgt, indem er bei der Festsetzung der Preise für die in seinen Betrieben hergestellten Produkte Zuschläge zu den Selbstkosten erhebt, diese ansammelt und dann für die Vermehrung des Realkapitals bestimmt. In beiden Fällen wird es außerordentlich schwer sein, zu erreichen, daß jährlich ein ebenso großer Teil des Volkseinkommens gespart wird, wie das heute geschieht. Im ersten Falle steht dem vor allem die größere Gleichheit der Einkommensverhältnisse, welche die sozialistische Gesellschaft herstellen will, entgegen. Es kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß eine stark differenzierte Einkommensverteilung, mag man sonst über sie denken, wie man will, das Sparen stark erleichtert. Für einen Mann, der 150 000 Mark Einkommen bezieht, ist es doch viel leichter, jährlich 50 000 Mark zurückzulegen, als es für 50 Arbeiter, von denen jeder 3000 Mark Einkommen bezieht, ist, auch nur 25 000 Mark zusammenzusparen.

Wird aber das Sparen von der Regierung selbst mit besorgt, so läuft es ja seinem Wesen nach auf nichts anderes als auf eine Form der indirekten Besteuerung hinaus, und es wird über diese Form der Besteuerung im Sozialstaate ebenso heftige Kämpfe geben, wie sie überhaupt über jede Besteuerung sich entspinnen. Dem Sparen wird das keinesfalls günstig sein. Die Regierung wird es aus naheliegenden Gründen in möglichst engen Kreisen zu halten suchen <sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Diese Überlegungen gelten also nicht für den Fall der Diktatur. In Sowjetrußland wird gegenwärtig die Industrialisierung und somit auch die Sparkapital-

Wird aber aus solchen Gründen im Sozialstaate wenig gespart, dann fehlt auch die Voraussetzung zur raschen Einführung neu erfundener Maschinen. Mit dem raschen und allgemeinen Übergang zur vollkommensten Maschinenteknik, welche die Sozialisten für ihr Gesellschaftssystem so gern als etwas Selbstverständliches hinstellen, ist es dann nichts. Denn der Übergang zur kapitalintensiveren Produktionsmethode ist in jeder Wirtschaftsordnung, der sozialistischen ebensowohl wie in der individualistischen, an die Bedingung einer entsprechenden Sparfähigkeit gebunden.

Dazu kommt aber weiter noch die ernste Frage, ob im Sozialstaate, selbst wenn seine Sparwilligkeit sehr hoch entwickelt sein sollte, auch die *Sparfähigkeit* ebenso groß sein würde wie heute. Die Sparfähigkeit einer Volkswirtschaft, die Summe der möglichen Ersparnisse, hängt ja in erster Linie ab von dem Stande der Produktivität der Arbeit, oder genauer gesagt, von dem Maße, in dem das durchschnittliche Volkseinkommen über das Existenzminimum hinausragt. Nur das, was nicht unbedingt zur Fristung des Lebens gebraucht wird, kann denkbarerweise überhaupt gespart werden. Die Kapitalbildung in einem Lande ist somit auch in sehr maßgebender Weise mit abhängig von der Größe des Produktionsertrages.

Das Problem der Kapitalbildung im Sozialstaat führt also wieder zurück auf das von uns bereits erörterte Problem, wie sich der Produktionsertrag im Sozialstaate unter dem Einfluß der veränderten Antriebe zur Arbeit und zur Höchstleistung auf dem Gebiete der Betriebseinrichtung und -leitung gestalten wird. In dem Maße, wie nach dem Wegfallen der stärksten der gegenwärtig wirksamen Motive zur Arbeit und zur Anspornung aller wirtschaftlichen Kräfte der Produktionsertrag sinkt, wird zugleich die Fähigkeit zur Kapitalbildung geschwächt. Sowohl von der Seite der Sparfähigkeit wie von der Seite der Sparwilligkeit betrachtet, erscheint also die Kapitalbildung und damit der wirtschaftliche Fortschritt im Sozialstaat schwer bedroht. Auch in dieser Beziehung wird man nicht ungestraft an den Grundlagen der bestehenden Wirtschaftsordnung rütteln. *Marx* und *Engels* haben bekanntlich

---

bildung aus verschiedenen Gründen (Streben nach Autarkie, Schaffung eines industriellen Proletariats usw.) aufs äußerste forciert. Dies kann selbstverständlich nur geschehen unter entsprechender Beschränkung des Konsums der breiten Massen, in Rußland also hauptsächlich auf Kosten der Bauern. »Die Bauern müssen gezwungen werden, ihre Erzeugnisse billig zu verkaufen und für die Erzeugnisse der Industrie angemessen hohe Preise zu zahlen. Das ist ‚Mehrwertaneignung durch Ausbeutung der Bauernschaft‘, wie sich ein hervorragender Vertreter des Kommunismus *Preobrazhenskij* ausdrückt.« Wie weitgehend die russische Bauernschaft diese Kapitalbildung ertragen können, das scheint die Kernfrage Sowjetrußlands zu sein. (Vgl. *Boris Brutzkus*, Die Sowjetwirtschaft, ihr Wesen und ihre neuere Entwicklung, S. 536.)

erklärt, die bestehende Gesellschaft werde dereinst, wenn sie nicht untergehen solle, den Übergang zum Sozialismus vollziehen müssen. Und *Engels* hat in seiner Streitschrift gegen *Dühring* die Strafe, welche die Gesellschaft erwartet, wenn sie nicht die heutige Klassengesellschaft ersetzt durch das klassenlose sozialistische Gemeinwesen, noch näher präzisiert als ein »Versinken in chinesisches Kulitum«. Nach den Ergebnissen, zu denen wir bei unseren Untersuchungen über die voraussichtliche Entwicklung der Produktivität in der sozialisierten Gesellschaft gekommen sind, ist aber viel eher zu erwarten, daß die Strafe des Versinkens in chinesisches Kulitum diejenige Gesellschaft treffen wird, die leichtsinnig genug ist, den Sprung in den Sozialismus zu wagen. Die Ereignisse, die in Rußland der Sozialisierung folgten, haben bereits ein Beispiel dafür geliefert, wie das Versinken ins Kulitum vor sich geht.

## **B. Die sozialistische Lehre von der Hemmung der Produktion durch die kapitalistische Wirtschaftsverfassung, insbesondere die sozialistische Krisenauffassung.**

### **a) Die sozialistischen Beweise für die Fesselung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus im allgemeinen.**

Der Sozialismus hat für seine Lehre von der wirtschaftlichen Überlegenheit seines Gesellschaftssystems noch eine zweite Begründung bereit. Die heutige Wirtschaftsordnung steht nach seiner Auffassung nicht nur dadurch hinter einer sozialistischen Gesellschaft zurück, daß die Betriebskonzentration und die Rationalisierung der Produktionsmethoden in ihr höchst mangelhaft durchgeführt sind; die Warenerzeugung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung hat außerdem auch unter einer Reihe von Hemmungen zu leiden, die die vorhandenen Produktivkräfte nicht zu ihrer vollen Entfaltung kommen lassen. Diese zweite Spielart der Lehre von der Unwirtschaftlichkeit des Kapitalismus ist in der einen oder anderen Form fast bei jedem Anhänger des Sozialismus zu finden. Auch diejenigen Sozialisten, die wie die Marxisten bereit sind, anzuerkennen, daß der Kapitalismus auf dem Gebiete der Steigerung der Produktion und des technischen Fortschritts Hervorragendes geleistet habe, vertreten daneben doch regelmäßig die Anschauung, daß die kapitalistische Produktionsweise, wenigstens von einem bestimmten Punkte ihrer Entwicklung ab, zu einer Fessel der Produktion werde und die Gesellschaft daran hindere, so viel Güter zu erzeugen, wie sie an sich, nach dem Stande ihrer produktiven Kräfte, ganz gut erzeugen könne. Und nach der Auffassung anderer Sozialisten ist es überhaupt von Anfang an eine immanente Eigentümlichkeit der bestehenden Wirt-

schaftsordnung, daß sie die vorhandenen Produktivkräfte nicht zu ihrer vollen Entfaltung kommen läßt, daß im individualistischen Wirtschaftssystem beständig ein Gegensatz zwischen den Produktions- und Absatzmöglichkeiten besteht, der innerhalb dieses Wirtschaftssystems nicht überwunden werden kann.

Die sozialistische Behauptung von den Hemmungen der Produktion in der bestehenden Wirtschaftsordnung ist so oft wiederholt worden, daß sie schließlich auch in nichtsozialistischen Kreisen Gläubige gefunden hat und sogar von manchen Nationalökonomern schon als eine feststehende Wahrheit angesehen wird. Glaubt sich diese Lehre doch auf Tatsachen berufen zu können, die von jedermann als gegeben anerkannt werden müssen. So muß als eine Hauptstütze dieser Lehre gewöhnlich die bekannte Erscheinung des *Zurückbleibens der tatsächlichen Produktion hinter der Produktionsfähigkeit* dienen, das sich gegenwärtig auf zahlreichen industriellen Produktionsgebieten beobachten läßt. Wenn wir die einzelnen Industrien durchgehen, so werden wir ja fast regelmäßig finden, daß die vorhandenen Betriebsanlagen für eine größere Produktion eingerichtet sind als diejenige, die sie tatsächlich im Durchschnitt meist nur erreichen. So nimmt z. B. die Roheisenproduktion die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Hochöfen in den meisten Ländern nur selten voll in Anspruch, nur vorübergehend decken sich wirkliche Produktionsleistung und Produktionsfähigkeit. Besonders deutlich tritt das Mißverhältnis zwischen Produktion und Produktionsfähigkeit in solchen Industrien hervor, die mit großen stehenden Anlagen arbeiten.

Es ist indessen ein arger Trugschluß, in dieser Tatsache ohne weiteres den Beweis zu sehen, daß in der heutigen Wirtschaftsordnung nicht soviel produziert und infolgedessen auch konsumiert wird, wie nach dem Maß unserer Produktionskräfte eigentlich produziert und konsumiert werden könnte. Daß die Leistungsfähigkeit der Produktionsanlagen auf vielen Gebieten größer ist, als die wirkliche Produktion, ist noch nicht gleichbedeutend damit, daß auch die tatsächliche Produktion auf allen in Betracht kommenden Gebieten gleichzeitig entsprechend gesteigert werden kann. Soll die tatsächliche Produktion auf allen beteiligten Gebieten der Leistungsfähigkeit der Produktionsanlagen entsprechend vergrößert werden, so gehört dazu eine verhältnismäßige Vermehrung der Arbeitskräfte sowie der Rohstoffe; und zur Vermehrung der letzteren werden wieder neue Arbeitskräfte erforderlich sein. Das unentbehrliche Erfordernis jeder Produktionsvergrößerung ist also ein Mehr an Arbeitskräften. Das erforderliche Mehr an Arbeitskräften läßt sich aber nicht nach Belieben aus dem Boden stampfen. Und die normalerweise brach liegenden Arbeitskräfte reichen nicht entfernt aus, um eine gleichzeitige Steigerung der Produktion auf allen Gebieten bis auf das äußerste Maß der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Produktionsanlagen durchzu-

führen. Zahlenangaben über das durchschnittlich in Ländern mit moderner Wirtschaftsverfassung anzutreffende Maß von Arbeitslosigkeit wurden ja bereits im letzten Abschnitt angeführt. Im Durchschnitt ist die Arbeitslosenziffer auf etwa 3—4% zu schätzen. Auf diese Zahl läßt sich aber nicht die Hoffnung auf eine große Steigerungsmöglichkeit des Produktionsertrags gründen, angenommen einmal, es könne überhaupt durch irgendeine Organisation des Wirtschaftslebens dahin gebracht werden, daß alle Arbeitsfähigen niemals auch nur einen Tag ohne Beschäftigung sind. Die Einstellung der normalerweise vorhandenen Arbeitslosen kann also nicht entfernt bewirken, daß in allen Betrieben gleichzeitig die Produktion bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit sich hebt. Darum ist aber auch der Schluß, der heute so häufig aus der nicht voll ausgenutzten Leistungsfähigkeit der Produktionsanlagen auf das Zurückbleiben der wirklichen Produktion hinter der an sich möglichen gezogen wird, falsch und unbegründet.

Die Erscheinung selbst, die zu so weittragenden Schlußfolgerungen Anlaß gegeben hat, erklärt sich übrigens sehr einfach. Wenn neue Produktionsanlagen errichtet werden, so erscheint es den Unternehmern mit Recht gewöhnlich vorteilhaft, diesen eine Leistungsfähigkeit zu geben, die über die zunächst zu erwartende Inanspruchnahme hinausgeht. Erst allmählich wächst die Anlage dann im Laufe der Jahre mit ihrer wirklichen Erzeugung in die mit ihrem Produktionsmittelapparat mögliche Warenerzeugung hinein. Wenn die Unternehmer so vorgehen, so handeln sie nicht anders wie Gemeinden, die beim Bau ihrer Schulhäuser den in den nächsten Jahren zu erwartenden Mehrbedarf schon mitberücksichtigen.

Die Verwertung der Erscheinung, daß die Produktionsfähigkeit der Betriebsanlagen die tatsächliche Produktion heute für gewöhnlich übertrifft, als Bestätigung für die sozialistische Theorie von der Fesselung der Produktionskräfte durch den Kapitalismus, entbehrt also der Berechtigung. Nicht besser steht es mit den anderen Begründungen, die der Sozialismus dieser Lehre zu geben versucht hat.

Eine schwere Fessel der Produktion soll nach sozialistischer Auffassung ferner in dem Vorherrschen des *Rentabilitätsgesichtspunktes* liegen, das die heutige Wirtschaftsordnung kennzeichnet. Die letztere krankt nach Ansicht des Sozialismus an einem schweren *Widerspruch zwischen Rentabilität und Produktivität*. Die Herrschaft des Rentabilitätsprinzips bedingt, daß heute nur diejenige Produktion betrieben werden kann, die für einen Unternehmer gewinnbringend ist. Ein sozialistisches Gemeinwesen dagegen kann sich, wie die Sozialisten versichern, viel freier bewegen, da brauche nicht mehr nach der Rentabilität vom Standpunkte eines Unternehmers aus gefragt zu werden, sondern es genüge das Vorhandensein eines Bedarfs als Bedingung der Produktion. Damit werde

eine schwere Fessel der Produktion wegfallen und zahlreiche Produktionen, die jetzt wegen fehlender Rentabilität unterbleiben müßten, würden dann möglich werden. Ganz im Sinne dieser Auffassung schreibt z. B. *Bebel* einmal: »Heute sind alle . . . Unternehmungen in erster Linie eine Frage der ‚Rentabilität‘ . . . eine sozialistische Gesellschaft kennt keine andere Frage als die nach genügenden Arbeitskräften, und sind diese da, so wird das Werk . . . vollbracht«<sup>1)</sup>. In neuester Zeit ist es vor allem *Neurath* gewesen, der in seinen Schriften das Dogma von dem Widerspruch zwischen Rentabilität und Produktivität in dem kapitalistischen System verkündet und aus dem Wegfall dieses Gegensatzes in der sozialistischen Gesellschaft die wirtschaftliche Überlegenheit der letzteren abgeleitet hat.

Was ist nun eigentlich damit gemeint, wenn wegen der Herrschaft des Rentabilitätsprinzips im Kapitalismus diesem ein Ausfall an Produktion nachgesagt wird? Eine gelegentlich vorkommende Erscheinung aus dem Wirtschaftsleben der Gegenwart, auf die damit angespielt wird, ist z. B. die, daß unter Umständen nicht alles Getreide, das auf dem Felde gewachsen ist, geerntet wird, daß man bei einem Teil auf die Aberntung verzichtet und ihn auf dem Felde verfaulen läßt. In den überseeischen Getreidebaugebieten, in Argentinien, Kanada, ist dieser Fall in der Tat bei sehr reichem Ernteausfall vorgekommen, in Mittel- und Westeuropa bei Getreide wohl kaum noch, dagegen konnte auch hier manchmal bei sehr reichen Obsternten beobachtet werden, daß die Landwirte einen Teil des Obstes an den Bäumen hängen ließen.

Die Gegner des Kapitalismus glauben in dieser Erscheinung den vollgültigen Beweis dafür zu sehen, daß die bestehende Wirtschaftsordnung an einem schweren wirtschaftlichen Fehler leidet; hier sehe man deutlich, daß im herrschenden System die Frage, wieviel produziert werden solle, rein vom Standpunkt privatwirtschaftlicher Rentabilität, vom Standpunkt der Produzenten- oder Unternehmerinteressen aus entschieden werde. Das volkswirtschaftliche Interesse an einem möglichst großen Konsum dagegen werde in der bestehenden Gesellschaft nicht gewahrt. Und doch könne kein Zweifel darüber bestehen, daß auch in der jetzigen Gesellschaft noch viele Personen existiert hätten, die das nicht geerntete Getreide oder das nicht geerntete Obst gern gegessen hätten!

Wie steht es nun mit der Berechtigung dieser ganzen Betrachtungsweise? Und vermag der Sozialismus — das ist doch die offenbare Grundlage des schweren Vorwurfs, der hier gegen die bestehende Ordnung erhoben wird — wirklich anders zu rechnen und zu handeln als die bestehende Gesellschaft? *Liefmann* hat der so oft falsch verstandenen und als Beweismittel für schwere Anklagen gegen den Kapitalismus ver-

<sup>1)</sup> Hier zitiert nach *Mises*, Die Gemeinwirtschaft, S. 153.



wendeten Erscheinung eine eingehende Untersuchung gewidmet <sup>1)</sup>). Ganz in Übereinstimmung mit den Resultaten, zu denen *Liefmann* bei der Untersuchung gelangt, können wir die aufgeworfene Frage dahin beantworten <sup>2)</sup>): Es besteht hier gar kein grundlegender Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Der schwere Vorwurf, der wegen solcher Erscheinungen gegen den Kapitalismus erhoben zu werden pflegt, beachtet nicht, daß das menschliche Wirtschaftsleben, gleichviel wie es rechtlich organisiert ist, stets unter der Herrschaft des Gesetzes der Knappheit steht, d. h. kein auftretender Bedarf vermag ganz, bis zur völligen Sättigung, befriedigt zu werden. Man darf sich also dadurch nicht irremachen lassen, daß »noch viele Leute gern Reis oder Getreide gegessen hätten«, und daß dieser Konsum etwas sehr Erfreuliches und seine Ausdehnung sehr erwünscht sei. Sondern man muß sich fragen: Müssen nicht, wenn auch diese weitere Nachfrage nach Getreide noch befriedigt werden soll, andere dringendere Bedürfnisse unbefriedigt bleiben? Und diese Frage ist entschieden zu bejahen. Es ist also nicht der Standpunkt der ganzen Volkswirtschaft, sondern ausschließlich der Standpunkt der noch nicht befriedigten Konsumenten eines Produkts, den man vertritt, wenn man unter dem Hinweis, daß noch manche Leute gern Getreide gegessen hätten, es für produktiv erklärt, daß das ganze gewachsene Getreide auch geerntet werden müsse. Volkswirtschaftlich produktiv ist es im Gegenteil nur, wenn nur so viel von jenen Produkten geerntet oder herbeigeschafft wird, daß darunter die Versorgung mit anderen Produkten, für die bei den Konsumenten noch höhere unbefriedigte Wertschätzungen bestehen, nicht leidet. Jede Wirtschaftsordnung, die überhaupt noch eine geordnete Befriedigung der Bedürfnisse anstrebt, d. h. diese nicht wahllos, sondern nach ihrer Dringlichkeit zu befriedigen sich die Aufgabe stellt, muß sich von diesem Grundsatz leiten lassen. Auch in einer sozialistischen Gesellschaft würde man nicht anders handeln können. Denn auch in einer sozialistischen Gesellschaft wird die verfügbare Arbeitsmenge stets knapp sein im Verhältnis zu den Bedürfnissen der Gesellschaft; daher kann man die verfügbaren Arbeitskräfte nicht wahllos auf die verschiedenen Arbeitsaufgaben verteilen, sondern man muß sie so verwenden, daß sie den höchsten Nutzen stiften. Das kann aber unter Umständen gerade so wie heute dazu führen, daß man einen Teil der Ernte an den Bäumen hängen oder auf dem Felde stehen läßt. Jede andere Handlungsweise würde auch in der sozialistischen Gesellschaft unwirtschaftlich sein und ein Geschenk

<sup>1)</sup> Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, II. Bd., 2. Aufl., Stuttgart und Berlin 1922, S. 713 ff.

<sup>2)</sup> Ich verwende hier einen Teil der Ausführungen wörtlich, die ich dem Gegenstande im Artikel »Kapitalismus« im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., V. Bd., S. 602, gewidmet habe.

der Gesamtheit an einzelne Konsumentenschichten bedeuten. (Wenn z. B. in einem sozialisierten Seefischereibetrieb der Fang allzu reichlich ausgefallen ist und die Fischpreise sinken dann bei der Verauktionierung der Fische so, daß durch den Erlös vielleicht nicht einmal die Löhne des Personals der Fischdampfer gedeckt werden, so bedeutet das eben, daß der Staat, der den Fischern die alten Löhne weiter zahlt, gezwungen wird, einen Teil der Löhne aus allgemeinen Einnahmen zuzuschießen.) Ebenso steht es natürlich in bezug auf die Verwendung des Kapitals. Es ist eine Illusion zu glauben, eine sozialistische Gesellschaft könne sofort überall da, wo überhaupt durch die Maschine Arbeit erspart werden kann, die Maschinenteknik einführen und brauche sich um die Schranke, die heute die Einrichtung des Kapitalzinses der Verwendung der Maschine zieht, gar nicht mehr zu kümmern. Der ganze Gegensatz zwischen Rentabilität und Produktivität, den man als eine Wesenseigentümlichkeit des Kapitalismus hingestellt hat und von dem der Sozialismus angeblich frei sein soll, besteht nur in der Einbildung und beruht auf einem nicht genügenden Durchdenken der zugrunde liegenden wirtschaftlichen Zusammenhänge <sup>1)</sup>).

Für seine Behauptung des Vorhandenseins von Produktionshemmungen im kapitalistischen Wirtschaftssystem verfügt der Sozialismus nun schließlich noch über ein drittes Beweismittel, das ist *das periodische Auftreten von Wirtschaftskrisen* in der gegenwärtigen Gesellschaft. In dieser Spielart geht die sozialistische Lehre von der wirtschaftlichen Mangelhaftigkeit des bestehenden Gesellschaftssystems eine eigentümliche Verbindung ein mit der Ausbeutungs-, sowie auch mit der Verelendungstheorie.

Denn der Grundgedanke dieser Lehre, an die sich zum mindesten Anklänge wohl bei allen sozialistischen Richtungen finden, ist der folgende:

<sup>1)</sup> Selbstverständlich können Rentabilität und Produktivität aber trotzdem auseinanderfallen. Dies gilt insbesondere für die Fälle einer Steigerung des Güterwertes durch natürliche oder künstliche Verknappung. Jedes Gut (Boden etwa!) das im Verhältnis zum Bedarf seltener wird, steigt in seinem wirtschaftlichen Wert, erzielt einen höheren Preis. Aber die Preis- und Wertsteigerung ist nicht das Zeichen einer erhöhten Produktivität, sondern im Gegenteil ein Zeichen dafür, daß sich unser Verhältnis zur Güterwelt verschlechtert hat, was zwar für den Besitzer des betreffenden Gutes, nicht aber für die Gesamtheit erfreulich ist. In diesem Falle differieren also privatwirtschaftliche Rentabilität und volkswirtschaftliche Produktivität. Aber dies begründet nicht notwendig einen Einwand gegen die gegenwärtige Wirtschaftsordnung, da eine natürliche oder künstliche Verknappung des Güterangebotes in jeder Wirtschaftsordnung denkbar ist.

Vgl. *Georg Halm*, Die Konkurrenz, Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft. München und Leipzig 1929, S. 96 ff.; ferner »Produktivität« in »Deutsche Arbeit«, 13. Jahrgang, S. 233 ff.

Die ungerechte, auf Ausbeutung der arbeitenden Klassen beruhende Einkommensverteilung, die gegenwärtig herrscht, hat die Wirkung, daß die großen Massen der Bevölkerung in ihr nur wenig kaufkräftig sind. Die Arbeiterschaft ist zu einer chronischen Unterkonsumtion verurteilt. Die geringe Kaufkraft des Hauptteils der Bevölkerung wirkt aber wieder auf die Produktion hemmend zurück. Diese hat infolgedessen fortwährend mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen, und diese Absatzschwierigkeiten steigern sich von Zeit zu Zeit zu allgemeinen Absatzstockungen und Handelskrisen. Durch die periodisch auftretenden Krisen wird die Luft zwar vorübergehend gereinigt, aber da die Grundursache des Übels, die Ausbeutung und Verelendung der Arbeiterklasse, bestehen bleibt, so kommen die Absatzstockungen und allgemeinen Wirtschaftskrisen immer von neuem wieder.

In den periodischen Wirtschaftskrisen offenbart sich nach sozialistischer Auffassung die ganze Widersinnigkeit des bestehenden gesellschaftlichen Zustandes. In den Krisen herrschen Not und Überfluß zugleich. Während sich in den Magazinen und Warenlagern große Mengen von unverkäuflichen Produkten anhäufen, ist die große Masse der Bevölkerung zum Darben verurteilt. Für die sozialistische Auffassung der Krisen ist das Wort bezeichnend, das zuerst *Fourier* geprägt hat und das dann von *Fr. Engels* aufgenommen worden ist: *crise pléthorique*, Krisis aus Überfluß. Die weitere Erörterung wird ergeben, daß diese Charakterisierung ganz willkürlich ist und gar nicht das Wesentliche des Vorgangs trifft.

#### **b) Die Entwicklung der sozialistischen Krisenauffassung und die nationalökonomischen Irrtümer der Unterkonsumtionstheorie.**

Der mit den letzten Sätzen skizzierte Gedankengang begegnet uns schon bei Schriftstellern aus den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Seitdem überhaupt im modernen Wirtschaftsleben der ihm eigentümliche Rhythmus der Entwicklung, das regelmäßige Wechselspiel zwischen industriellem Aufschwung und Niedergang, sich deutlicher ausprägen angefangen hat, wobei naturgemäß der Umschlag der aufsteigenden in die absteigende Bewegung und die gewöhnlich mit ihm verbundene mehr oder weniger heftige Erschütterung des Wirtschaftslebens durch zahlreiche Zahlungseinstellungen, allgemeine Stockung des Warenabsatzes usw. die Aufmerksamkeit in besonderem Maße auf sich zog, also etwa seit der Wiederherstellung des europäischen Friedens im Jahre 1815, seitdem taucht auch der Gedanke auf, daß die periodisch wiederkehrenden Krisen mit der zu geringen Kaufkraft der Masse und dem hierin begründeten Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion in Zusammenhang zu bringen seien. Als die eigentlichen Be-

gründer dieser Krisenerklärung, der sogenannten Unterkonsumtionstheorie, die im Laufe des 19. Jahrhunderts dann die populärste aller Krisentheorien geworden ist, sind *Robert Owen* und *Simonde de Sismondi* zu nennen. Sie haben ziemlich gleichzeitig, 1818 bzw. 1819, die Unterkonsumtion der Massen für die Krisen verantwortlich gemacht. In Deutschland hat *K. Rodbertus*, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in seinen »Sozialen Briefen«, vor allem im vierten derselben, der Unterkonsumtionstheorie diejenige Formulierung gegeben, in der sie am meisten bekannt geworden ist, und den größten Einfluß ausgeübt hat. Nach *Rodbertus* haben der Pauperismus der modernen Gesellschaft und die Handelskrisen die gleiche Ursache: nämlich, daß »der Lohn der arbeitenden Klassen ein immer kleinerer Teil des Nationalprodukts wird« (sog. Gesetz der fallenden Lohnquote)<sup>1)</sup>. Während die Produktivität unter den Händen der Unternehmer immer leise und mächtig fortschreitet, schreiten die Abfindungen der Majorität der Gesellschaft gleichmäßig immer leise und mächtig zurück. Das ist der Zustand, aus dem notwendig periodische Absatzstockungen hervorgehen müssen. Denn auf diese Weise schwindet den Unternehmern fortwährend und unvermerkt der Boden unter den Füßen. Diese Auffassung von dem engen Zusammenhang des Pauperismus mit den Handelskrisen ist der Gedanke, der den Ausgangspunkt der ganzen *Rodbertusschen* Gesellschaftskritik bildet.

An diese *Rodbertussche* Auffassung haben sich dann zahlreiche andere Theoretiker angeschlossen; die Unterkonsumtionstheorie ist die eigentliche Krisentheorie des Sozialismus geworden. Aber auch außerhalb des eigentlichen Sozialismus, in den Kreisen der akademischen Nationalökonomie, die in Deutschland ja lange Zeit stark im Banne der sozialistischen Gedankenwelt stand und teilweise noch steht, hat die Unterkonsumtionstheorie in Deutschland manchen Anhänger gefunden. Die Krisenerklärung, die in den ersten Auflagen des »Handwörterbuches der Staatswissenschaften« von *H. Hevner* in dem Artikel »Krisen« vorgetragen wurde, bekannte sich, wenn sie auch eklektisch vorging und aus verschiedenen Krisentheorien Bestandteile in sich aufnahm, unverkennbar zu den Grundgedanken der Unterkonsumtionstheorie in der Fassung von *Rodbertus*. Und auch noch bis in die neueste Zeit hat die *Rodbertussche* Krisenauffassung in Deutschland Schule gemacht. Die Krisenerklärung von *R. E. May*<sup>2)</sup> bedeutet weiter nichts als eine Wie-

<sup>1)</sup> *K. Rodbertus*, Das Kapital (Schriften, Berlin 1899, Bd. I).

<sup>2)</sup> *R. E. May*, Das Grundgesetz der Wirtschaftskrisen und ihr Vorbeugungsmittel im Zeitalter des Monopols. Berlin 1902. Das letzte Jahrzehnt brachte insofern einen ganz besonderen Aufschwung der Unterkonsumtionstheorie, als in Deutschland die freien Gewerkschaften nunmehr eine »Kaufkrafttheorie des Arbeitslohnes« vertreten, die im wesentlichen Gedankengänge der älteren Unter-

deraufnahme des *Rodbertusschen* Gedankens, das Gesetz der fallenden Lohnquote, das angeblich die Verteilung des Nationaleinkommens in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung beherrscht, für das periodische Auftreten von Krisen verantwortlich zu machen. Denn nach ihm entstehen die allgemeinen Wirtschaftskrisen dadurch, daß »die Verkaufspreise aufhören in fallender Richtung oder die Löhne und Gehälter in steigender Richtung fortzuschreiten zusammen (eins ins andere gerechnet) in gleicher Geschwindigkeit mit der Produktivität der Arbeit«.

Wenn die Unterkonsumtionstheorie in Deutschland gewöhnlich mit dem Namen von *Rodbertus* verknüpft wird, so erfordert aber die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß auch *Rodbertus* bei der Ableitung der Krisen aus der Unterkonsumtion der arbeitenden Klassen im Grunde nicht über das bereits von *Sismondi* Gesagte hinausgekommen ist. Auch der Gedanke, der gewöhnlich bei *Rodbertus* für neu und originell gehalten wird, sein Gesetz der fallenden Lohnquote, ist schon von *Sismondi* ausgesprochen worden. *Rodbertus* hat diesen Gedanken nur klarer und schärfer formuliert und mehr in den Mittelpunkt der Darstellung gerückt, als dies bei *Sismondi* geschehen war, der sich überhaupt an Prägnanz der Darstellung und Klarheit des Aufbaues der Gedanken nicht mit *Rodbertus* vergleichen läßt <sup>1)</sup>.

Wenden wir uns nun zu einer kritischen Betrachtung der Unterkonsumtionstheorie!

Der gemeinsame Grundgedanke der Unterkonsumtionstheorie in allen

---

konsumtionstheorie übernimmt und in den Vereinigten Staaten weite Kreise ihren übergroßen Wirtschaftsoptimismus mit ähnlichen Theoremen zu begründen suchen. Für die gewerkschaftliche Auffassung dürften die schon erwähnten Schriften von *Fritz Tarnow* (»Warum arm sein?«, Berlin 1929) und *Karl Massar* (»Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne«, Berlin 1928) typisch sein; für die amerikanische Version ist charakteristisch etwa die Schrift »Das ist wirtschaftlicher Wohlstand!« von *G. Garrett* (Freiburg 1926) oder — extremer — die vieldiskutierte Theorie von *W. Foster* und *W. Catchings* (vgl. *F. A. Hayek*, Gibt es einen Widersinn des Sparens? in der Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 1, Wien 1930), Über die neuere Entwicklung vergleiche man *Adolf Weber*, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., München und Leipzig 1930, S. 252, 253 und 421 ff.

<sup>1)</sup> Auch *Marx* verwertet bei seiner Gesellschaftskritik verschiedentlich die Gedankengänge der Unterkonsumtionstheorie. Offiziell hat er sie allerdings abgelehnt. Seine eigene Krisentheorie entbehrt der rechten Bestimmtheit und Klarheit. Was er im dritten Bande des »Kapitals« über das Zustandekommen der Wirtschaftskrisen ausführt, läßt sich mit den auf die Wirtschaftskrisen eingehenden Bemerkungen des ersten Bandes kaum zu einer einheitlichen Krisentheorie verbinden. Hier wie bei anderen wichtigen Lehren des Marxismus klaffen zwischen dem ersten und dritten Bande des »Kapitals« starke Widersprüche. *Marx* ist vielzusehr bemüht, die Krisen als ein Argument in seiner Theorie vom bald bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus zu verwenden, als daß ihm eine unbefangene Untersuchung der Ursachen des Wechsels von Aufschwung und Stockung möglich wäre.

ihren Spielarten ist die Zurückführung der periodischen allgemeinen Krisen auf eine Verschiebung der relativen Anteile, welche die einzelnen Gesellschaftsklassen am Nationaleinkommen beim Steigen der Produktivität der Arbeit erhalten. Und zwar soll es das Steigen des Einkommens der besitzenden Klasse im Verhältnis zu dem der arbeitenden Klassen sein, was die Krisen hervorruft. Darüber, welcher Art des Besitzeinkommens die Steigerung in erster Linie zugute kommt, gehen die Meinungen unter den Anhängern der Unterkonsumtionstheorie aber wieder erheblich auseinander. Mit Rücksicht auf diesen Punkt lassen sich verschiedene Untergruppen der Unterkonsumtionstheorien unterscheiden. Die eine Gruppe, die vor allem von den Anhängern der Bodenreformbewegung (*Henry George, M. Flürscheim* u. a.) gebildet wird, macht in erster Linie das Anwachsen der Grundrente für die Krisen verantwortlich. Die andere Gruppe, an deren Spitze der schon genannte *Rodbertus* steht, stellt den Kapitalgewinn der Unternehmer als den schuldigen Teil hin.

Wie die Vertreter der Unterkonsumtionstheorie nach dem Gesagten sämtlich auf den Schultern *Sismondis* stehen, so tritt auch der Grundirrtum ihrer Anschauungsweise schon deutlich bei *Sismondi* selbst hervor. Sie ignorieren sämtlich die Tatsache, daß es für das Wirtschaftsleben in ähnlicher Weise ein Gesetz der Erhaltung der Kaufkraft gibt, wie in der Natur das Gesetz von der Erhaltung der Kraft gilt. Das Gesetz von der Erhaltung der einmal vorhandenen Kaufkraft gilt im Wirtschaftsleben wenigstens insofern, als eine Änderung der relativen Anteile der verschiedenen Einkommenszweige am Nationalprodukt an sich keine Veränderung des gesamten Betrags der Kaufkraft der Nation hervorruft. Die kauffähige Nachfrage, welche der Gesamtproduktion der Gesellschaft gegenübersteht, ist vielmehr, wenn nicht andere Umstände besonderer Art störend dazwischen treten, nach der Veränderung in der Einkommensverteilung genau dieselbe wie zuvor. Das ist im Grunde selbstverständlich, da das Quantum Kaufkraft, das der einen beteiligten Partei bei dem Vorgang entzogen wird, den anderen Parteien zuwachsen muß und also nicht vom Markte verschwinden kann. Denn Arbeitslohn, Grundrente, Kapitalzins und Unternehmergewinn sind ja nur Anteile am Ertrag der nationalen Produktion.

Es ist aber notwendig, auf das scheinbar Selbstverständliche noch etwas näher einzugehen, da es so leicht außer acht gelassen wird. Und zwar wird das Gesetz von der Erhaltung der Kaufkraft besonders in einem wichtigen Falle oft übersehen, nämlich in dem Falle der Verbilligung der Produktion durch Einführung von arbeitsparenden Erfindungen, insbesondere von Maschinen. Wie schon *Sismondi* die Entstehung der Krisen aus der Unterkonsumtion an einem Beispiel entwickelt, bei dem stillschweigend eine Verbilligung der Produktion an-

genommen, aber dann nicht genügend in ihren Konsequenzen für den Preis der Produkte beachtet wird, so bringt ja auch *Rodbertus* die Unterkonsumtion, welche die periodischen Krisen erzeugt, in engen Zusammenhang mit den Fortschritten der Produktivität der menschlichen Arbeit durch die Entdeckungen der Wissenschaft und die Erfindungen der Technik. Und auch die jüngeren Vertreter der Unterkonsumtionstheorie wie *R. E. May* nehmen ganz in der Weise, wie dies bei *Sismondi* und *Rodbertus* geschieht, eine Verbindung zwischen den beiden eben hervorgehobenen Momenten an.

Nun haben die *Sismondi*, *Rodbertus*, *George*, *May* usw. darin ja vollkommen recht: Eine durch Produktionskostensparnisse ermöglichte Mehrerzeugung von Waren vermag nur dann glatt Absatz zu finden, wenn entweder die Konsumenten infolge eines Herabgehens der Verkaufspreise der Produkte oder aber die bei der Produktion Mitwirkenden durch eine Erhöhung ihres Einkommens in die Lage versetzt werden, die ganze Mehrerzeugung aufzunehmen. Ist von diesen Theoretikern aber wirklich der Beweis dafür erbracht worden, daß im Falle der Verbilligung der Produktion durch technische Fortschritte die Kaufkraft der Gesellschaft auf einmal nicht mehr ausreicht, das gesamte Produkt zurückzukaufen, so daß also ein Teil der nationalen Kaufkraft spurlos verschwindet? Schon bei *Sismondi* tritt uns der typische Denkfehler, der von dieser Richtung begangen wird, klar entgegen. *Sismondi* nimmt an, daß vor zehn Jahren das Produkt 10 000 Ellen Zeug und das zur Konsumtion dieses Produkts hinreichende Einkommen 45 000 Fr., nämlich 30 000 bei den Arbeitern, 6000 bei den Kapitalisten und 9000 bei den Fabrikanten betragen habe. Jetzt soll sich das Erzeugnis auf 40 000 Ellen Kleiderstoff vermehrt haben, während das die Konsumtion darstellende Gesamteinkommen sich nur auf 88 000 Fr. belaufe, nämlich 40 000 bei den Arbeitern, 8000 bei dem Kapitalisten, der das umlaufende, und ebensoviel bei demjenigen, der das stehende Kapital geliehen habe, endlich 32 000 Fr. bei dem Unternehmer. Die Produktion habe sich also vervierfacht, die Konsumtion dagegen nicht einmal ganz verdoppelt. Diese zunächst nur für eine einzige Manufaktur aufgestellte Rechnung passe auch für das ganze Volk und schließlich für den gesamten Markt der ganzen Welt <sup>1)</sup>.

In Wahrheit paßt aber das Beispiel *Sismondis* weder für die einzelne Unternehmung noch für die ganze Volkswirtschaft oder gar für die Weltwirtschaft. Es beruht auf einer Voraussetzung, die in der Wirklichkeit niemals zutreffen kann. *Sismondi* nimmt nämlich stillschweigend an, wie aus seinem Beispiel hervorgeht, daß, während die Erzeugung sich

---

<sup>1)</sup> In der Darstellung und Kritik *Sismondis* folgen wir *E. v. Bergmann*, Geschichte der nationalökonomischen Krisentheorien, S. 174 ff. Stuttgart 1895.

vervielfacht habe, der Preis der Produkte unverändert geblieben sei. Ist dies aber der Fall, und ist zugleich die Gesamtlohnsumme nur von 30 000 auf 40 000 Fr. gestiegen, dann kann unmöglich der Reinertrag der Unternehmer nur so hoch sein, wie ihn *Sismondi* angibt. Und umgekehrt, beträgt der Gewinn des Fabrikanten trotz der Mehrproduktion nur die von *Sismondi* angegebene Summe, so können unmöglich die Preise unverändert geblieben, sondern sie müssen von ihrer früheren Höhe heruntergegangen sein. Der eine oder der andere dieser beiden Fälle muß unbedingt eingetreten sein. Damit fällt aber die ganze Beweisführung *Sismondis*, daß die Entwicklung der modernen Volkswirtschaft zu einem Zurückbleiben der Kaufkraft der Gesellschaft hinter ihrer Produktivkraft führe, in sich zusammen. Und eine Absatzstockung, die dann auch die Entlassung eines Teils der Arbeiterschaft nach sich ziehen müßte, braucht in dem *Sismondischen* Beispiele nicht einzutreten.

Es gilt hier eben der allgemeine Satz <sup>1)</sup>, der uns schon aus der Besprechung der marxistischen Lehre von der Bildung der industriellen Reservearmee bekannt ist: Die Nachfrage nach Arbeit, die durch Verbilligung der Produktion in einem Industriezweige infolge der Einführung arbeitsparender Maschinen zunächst freigesetzt, d. h. nicht mehr zur Beschäftigung von Arbeitern in diesem Produktionszweig verwendet wird, kann nicht verloren gehen, sondern muß stets in ihrem vollen Betrage erhalten bleiben. Und zwar besteht sie zunächst zu einem Teil fort als Amortisationsfonds für die neu eingeführten Maschinen, die ja nach einer gewissen Zeit erneuert werden müssen, und deren Herstellung so und soviel Arbeitern neue Beschäftigung gibt. Der hierdurch nicht gedeckte Rest muß dann, wenn die Verkaufspreise der hergestellten Waren unverändert bleiben, notwendig auftreten entweder als Mehrgewinn der Unternehmer bzw. der Kapitalisten oder in Gestalt erhöhter Arbeitslöhne und, falls die Verkaufspreise sinken, als Barersparnis der Konsumenten, die nun ihre Konsumtion entsprechend erweitern können. Auf diese vier Fälle kann sich der Vorteil des Produktionsfortschritts, der durch die Maschinenverwendung erzielt worden ist, in höchst mannigfaltiger Weise verteilen. Auf jeden Fall erfährt aber der Gesamtbetrag der Kaufkraft der Nation und damit auch der Nachfrage nach Arbeit durch die Einführung von Maschinen und anderen arbeitsparenden Erfindungen keine Verminderung. Und zwar auch dann nicht, wenn die Verbilligung der Produktion ausschließlich eine Erhöhung des Gewinns der Unternehmer zur Folge hat. Denn der Unternehmer mag seinen vermehrten Gewinn verwenden, wie er will, so wird dadurch der Gesamt-

<sup>1)</sup> Vgl. zu dem folgenden auch meinen im Jahrbuch des Freien Deutschen Hochstift zu Frankfurt a. M., Jahrgang 1903, S. 167 ff., erschienenen Aufsatz: »Die periodischen Wirtschaftskrisen und die Unterkonsumtionstheorie«, der hier stellenweise wörtlich benutzt worden ist.



betrag der kauffähigen Nachfrage nicht verringert. In dem Falle, daß der Unternehmer seinen persönlichen Konsum entsprechend dem Anwachsen seines Gewinns steigert, ist das ja ohne weiteres offenkundig. Aber auch, wenn der Unternehmer seinen Mehrgewinn nicht konsumtiv verwendet, sondern ihn kapitalisiert, gilt das gleiche. Die durch die Spartätigkeit dem konsumtiven Verbrauch entzogenen Summen bedeuten nicht, daß die Gesamtnachfrage in der Volkswirtschaft eine Abnahme erfährt, sondern nur, daß Verschiebungen in der Richtung der Nachfrage eintreten. An der Stelle von Spitzen, Pelzwerk, Schmucksachen, feinen Weinen und anderen Gegenständen des Luxusverbrauchs werden neue Kapitalgüter, wie Wohnhäuser, Fabrikgebäude, Maschinen von der Nachfrage begehrt und dementsprechend von der Produktion in wachsendem Umfange hergestellt.

Ein Teil der Unterkonsumtionstheoretiker glaubt nun aber doch eine Spezialform der Kapitalanlage entdeckt zu haben, die zu einer Verringerung des Gesamtbetrags der gesellschaftlichen Kaufkraft führt und in der daher die unmittelbare Ursache der periodischen Absatzstockungen und Wirtschaftskrisen im modernen Wirtschaftsleben zu erblicken ist. Das ist der im letzten Abschnitt schon kurz erwähnte bodenreformerische Flügel der Unterkonsumtionstheorie. Die Bodenreformer geben zu, daß durch die Anlage von Ersparnissen zur Erweiterung der Produktion keine Unterkonsumtion und folglich auch keine Krisis entstehen können. Nach ihnen gibt es aber doch eine besondere Art der Kapitalanlage, durch die Unterkonsumtion und Krisen hervorgerufen werden, und zwar soll das die Verwendung der angesammelten Ersparnisse zum Ankauf von Grund und Boden sein. Jedem industriellen und kommerziellen Aufschwunge folge, so führen sie aus, eine Erhöhung der Bodenpreise. Durch erhöhte Mieten und Pachtpreise würden aber die Produzenten gezwungen, einen stets wachsenden Teil ihres Einkommens an Leute auszuzahlen, die diesen Einkommenszuwachs meist nicht wieder zu Konsumzwecken verwendeten, sondern zum beständig fortgesetzten Erwerb neuer Tributrechte durch spekulativen Ankauf von Grund und Boden und Monopolrechten, während die breiten Massen gleichzeitig gezwungen seien, sich entsprechend einzuschränken. Auf diese Weise soll das Anwachsen der Grundrente periodische Krisen und Absatzstockungen im Wirtschaftsleben hervorrufen.

Eine Anwendung dieser allgemeinen Krisenerklärung der Bodenreformer speziell auf die Verhältnisse, die bei dem Ausbruch der deutschen Wirtschaftskrisis von 1900 im Spiele waren, hat z. B. *R. Eberstadt* zu geben versucht <sup>1)</sup>. Er behauptet, daß nicht der Kapitalbedarf der Industrie, sondern die Kapitalansprüche anderer Faktoren die da-

<sup>1)</sup> In der Schrift: *Der Deutsche Kapitalmarkt*, Leipzig 1901.

malige Krisis veranlaßt hätten. Und zwar sollen nach ihm z. B. im Jahre 1899 für die Kapitalisierung des Grund und Bodens Ansprüche an den Kapitalmarkt gestellt worden sein, die größer gewesen seien, als der gesamte Kapitalbedarf, der in den Börsenemissionen des genannten Jahres zum Ausdruck kam.

Für die Kapitalisierung des Grund und Bodens sollen nach *Eberstadt* 1899 nämlich mindestens 3700 Millionen Mark erforderlich gewesen sein, von denen 1900 Millionen allein auf die Verzinsung der stehenden Verschuldung entfielen. Der letztere Betrag gehört indessen überhaupt nicht hierher, denn die Zinsen, welche für die Hypothekenschulden jährlich aufzubringen sind, werden nicht aus den Ersparnissen, sondern aus dem Einkommen einer Nation bezahlt. Ein Anwachsen der Hypothekenzinsen bedeutet nicht wachsende Ansprüche an den Kapitalmarkt, sondern eine veränderte Verteilung des Nationaleinkommens. Dieser ganze Posten muß also in Wegfall kommen. Damit geht die Summe, welche nach *Eberstadt* den jährlichen Anspruch für die Kapitalisierung des Bodens darstellt, sofort auf die Hälfte zurück, von 3700 auf 1800 Millionen. Allein auch der letztere Betrag, der die Summe darstellt, um die angeblich die Kapitalverschuldung des Bodens jährlich wächst, darf nicht als ein Posten angesehen werden, durch den dem Kapitalmarkt Beträge in der gleichen Höhe entzogen werden. Die hypothekarische Bodenverschuldung kann zunehmen, ohne daß irgendwelche Ansprüche an den Kapitalmarkt gestellt werden, ja nicht einmal dem Geldmarkte brauchen dadurch solche zu erwachsen. Wie letzteres zugeht, hat *Eberstadt* selbst geschildert. Er weist an einer Stelle darauf hin, daß Grundstücke und Häuser oft in der Weise zu einem höheren Preise verkauft werden, daß der Verkäufer den Gewinn, den er erzielt, nicht in barem Geld, sondern so erhält, daß für ihn eine neue Hypothek eingetragen wird.

Das ist durchaus richtig. Daraus folgt aber, daß die Summe, um welche die Bodenverschuldung jährlich wächst, nicht einen ebenso großen jährlichen Anspruch an den Kapitalmarkt darstellt. Und selbst, wenn alle Gewinne, welche aus dem Steigen des Bodenwerts entstehen, den Bodenbesitzern jährlich bar ausgezahlt würden, so wären dadurch doch nicht die entsprechenden Beträge dem Kapitalmarkt dauernd entzogen worden. Es würde dadurch nur eine andere Verteilung der gesammelten Ersparnisse bewirkt, aber es würde noch kein Kapital dauernd festgelegt.

Der Grundirrtum der Bodenreformer ist, wie sich hieraus ergibt, die so häufig vorkommende Verwechslung zwischen privatwirtschaftlicher Vermögensübertragung und volkswirtschaftlicher Kapitalneubildung. Von ihnen wird der Vorgang so aufgefaßt und so hingestellt, als ob mit der Verwendung von Ersparnissen zum Ankauf von Besitzrechten am

Grund und Boden der Kreislauf dieser Ersparnisse im Wirtschaftsleben abgeschlossen und sie damit der Konsumtion definitiv vorenthalten seien. Dabei wird aber übersehen, daß die durch den Vorgang zunächst zum Verschwinden gebrachte Kaufkraft an einer anderen Stelle der Volkswirtschaft wieder neu zum Vorschein kommen muß. Wenn jemand seine Ersparnisse dazu verwendet, städtischen oder ländlichen Grundbesitz zu erwerben, dessen Wert unter dem letzten Besitzer gewaltig gewachsen ist, so sind damit seine Ersparnisse noch nicht festgelegt und für die Konsumtion verloren gegangen, sondern es hat nur ein Wechsel in der Person des Besitzers derselben stattgefunden. Der neue Besitzer muß aber den Kaufpreis, den er erhalten hat, auch wieder anlegen, — wenn er ihn nicht etwa ausnahmsweise konsumtiv ausgibt, womit ja die von dem Sparer der Konsumtion entzogenen Summen ihr sofort wieder zurückgegeben wären. Und sollte er selbst den Kaufpreis vielleicht auch nur wieder zum Ankauf von Grundstücken oder zum Erwerb bereits vorhandener Obligationen, Aktien, Pfandbriefe usw. verwenden, so wird das Kapital auf seiner Wanderung doch unabwendbar schließlich einmal zur Neugründung oder Erweiterung eines Unternehmens bestimmt werden. An Stelle der bloßen Vermögensübertragung tritt dann die wirkliche Neuentstehung von Kapital, und an die privatwirtschaftliche Vermögensbildung des ersten Sparers schließt sich nun die eigentliche volkswirtschaftliche Kapitalbildung an, die die gesparten Beträge dem Markte wieder als Nachfrage zuführt <sup>1)</sup>.

### c) Die Widersprüche zwischen der Unterkonsumtionstheorie und den ökonomischen Tatsachen.

Was bisher zur Kritik der Unterkonsumtionstheorie bemerkt wurde, richtete sich gegen die inneren Widersprüche, die nationalökonomischen Unmöglichkeiten, die sie in sich schließt. Ebenso wie die Unterkonsumtionstheorie logisch widerspruchsvoll ist, so erweist sich aber auch ihre Unhaltbarkeit, wenn man den Versuch macht, mit ihrer Hilfe die Erscheinungen, die den tatsächlichen Ablauf der Krisen und ihre periodische Wiederkehr begleiten, zu erklären. Und das ist doch das Gebiet, auf dem sich eine Krisentheorie vor allem zu bewähren hat. Sie muß imstande sein, uns den Vorgang, der in gewissen Zwischenräumen immer

<sup>1)</sup> Vgl. auch *Adolf Weber*, *Depositenbanken und Spekulationsbanken*, 3. Aufl. München und Leipzig 1922, S. 267/68 und *Georg Halm*, *Das Zinsproblem am Geld- und Kapitalmarkt*, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 125. Band, S. 112—14. Mit ähnlichen Gründen wurde auch die Behauptung, daß Börsengewinne und Kurssteigerungen der Volkswirtschaft Kapital entziehen würden, zurückgewiesen. Vgl. die übereinstimmenden Urteile von *Cassel*, *Hahn*, *Lansburgh* und *Spiethoff* in den Nummern 338, 341, 347 und 350 der *Frankfurter Zeitung* 1927.

wieder zum Auftreten von Krisen im modernen Wirtschaftsleben führt, und den konkreten Ablauf der Erscheinungen von innen heraus verständlich zu machen. Und dabei handelt es sich nicht nur um die Erklärung der Krisis im engeren Sinne des Wortes, d. h. des Umschlags der geschäftlichen Konjunktur aus der aufsteigenden in die absteigende Bewegung, sondern um die Erklärung der Konjunkturbewegung überhaupt, die Erklärung des regelmäßigen Wechselspiels zwischen Aufschwung und Stockung, von dem die Wirtschaftskrisis nur einen kleinen Ausschnitt bildet. Die Krisentheorie, die wirklich diesen Namen verdienen will, muß sich unbedingt zur Theorie des Konjunkturrewechsels erweitern, sie muß uns nicht nur sagen können, wie es zugeht, daß jede Aufschwungsperiode mit einer Überproduktion oder wenigstens einer Absatzstockung endet, sondern sie muß uns auch die Kräfte zu zeigen imstande sein, die ebenso regelmäßig bewirken, daß das Wirtschaftsleben, nachdem es durch das Fegefeuer der Krisis oder wenigstens der Depression hindurchgegangen ist, aus der Stockung den Weg zu einem neuen Aufschwung findet, wodurch eben der in etwa zehnjährigen Zeitspannen sich vollziehende Kreislauf der industriellen Entwicklung mit seinen verschiedenen Phasen, deren man jetzt gewöhnlich nicht mehr nur zwei: Aufschwung und Stockung, sondern vier (*Cassel*) oder gar fünf und noch mehr, wie *Spiethoff*, zu unterscheiden pflegt, zustande kommt.

Prüfen wir die Unterkonsumtionstheorie also jetzt mit anderen Worten auf ihre Übereinstimmung mit den Tatsachen der Erfahrung! Diese Probe besteht die Unterkonsumtionstheorie ebenso schlecht wie die auf ihre logische Richtigkeit. Eines der wichtigsten Ergebnisse, zu denen die neueren Beobachtungen und Untersuchungen über den tatsächlichen Verlauf der periodischen Konjunkturschwankungen in den führenden Industriestaaten hingeleitet haben, ist das, daß es eigentlich eine unzutreffende Ausdrucksweise ist, wenn man die Erscheinung, um die es sich handelt, als *allgemeine* Wirtschafts- oder auch nur allgemeine Industriekrisen bezeichnet. In Wahrheit ist es gar nicht das gesamte Wirtschaftsleben oder auch nur die gesamte Industrie, was uns als Träger der periodischen Konjunkturschwankungen entgegentritt, sondern es sind vielmehr nur ganz bestimmte Teile der Industrie, die Produktionsmittelindustrien oder die Kapitalgüterproduktion, der eigentliche Sitz dieser Wellenbewegung. Die übrigen Teile der Industrie, die Konsumgütergewerbe, werden nur von den Rückwirkungen der Schwankungen, denen die Kapitalproduktion ausgesetzt ist, mitbetroffen, sie treten in ihnen viel schwächer und auch zeitlich gewöhnlich später auf, als in den Produktionsmittelgewerben<sup>1)</sup>. Mit dieser wichtigen Feststellung ist zugleich

<sup>1)</sup> Der eingehende empirische Beweis für diese grundlegende Tatsache, von der jede Krisentheorie auszugehen hat bei *Cassel*, Theoretische Sozialökonomie, 4. Aufl. Leipzig 1927, 4. Buch: Theorie der Konjunkturbewegungen, insbesondere § 64.

gesagt, daß die Übererzeugung, welche den Eintritt der Krisis oder die Depression zu begleiten pflegt, von ganz besonderer Art ist. Sie zeigt sich nicht — von dieser Vorstellung, zu der die sozialistische Unterkonsumtionstheorie hinführt, muß man sich als den Tatsachen widersprechend freimachen —, bei Gütern, die unmittelbar für den menschlichen Konsum bestimmt sind, sondern bei Produkten, aus denen das feste Kapital der Volkswirtschaft in seinen verschiedenen Formen (Eisenbahnen, Schiffe, Fabrikanlagen, Wohnhäuser usw.) hergestellt wird, also bei Eisen, Zement, Holz, Ziegelsteinen und anderen Rohstoffen der Kapitalgütererzeugung.

Allerdings kann man in den Zeiten, in denen die Krisis zum Ausbruch gelangt, von einem Mangel an Kaufkraft sprechen, der Absatzstockungen hervorruft. Allein der Mangel, um den es sich handelt, ist nicht ein Mangel an Einkommen schlechthin, sondern ein Mangel an *gespartem* Einkommen, an Sparkapital. Denn die Produkte, deren Absatz mit einem Male zu stocken anfängt, werden überhaupt nicht direkt aus dem Einkommen bezahlt, sondern wenn sie glatten Absatz finden sollen, so setzt das das Vorhandensein entsprechender Mengen von freiem Sparkapital, von anlagesuchenden Ersparnissen voraus. An diesen fehlt es aber regelmäßig in den Zeiten, die dem Ausbruch von Krisen unmittelbar vorangehen. Das Sparkapital, das gebildet wird, reicht nicht mehr aus, um den gleichzeitig hergestellten neuen Kapitalgütern einen glatten Absatz zu sichern.

Das bisher über das Wesen der Krisen bzw. des periodischen Konjunkturwechsels Gesagte läßt sich kurz in folgenden Worten *Cassels* zusammenfassen: »Die typische moderne Hochkonjunktur bedeutet keine Überproduktion, keine Überschätzung der Nachfrage der Konsumenten oder des Bedürfnisses der Gesellschaft an den Diensten des festen Kapitals, wohl aber eine Überschätzung des Kapitalangebots, also der Menge der Sparmittel, die zur Übernahme des produzierten Realkapitals zur Verfügung steht«<sup>1)</sup>.

In dem zuletzt hervorgehobenen Zustande liegt auch die eigentliche Störung des normalen Verlaufs der wirtschaftlichen Entwicklung und die Ursache, weshalb der Aufschwung, der bisher im Wirtschaftsleben herrschte, nicht unverändert fortgesetzt werden kann, sondern abgebrochen werden muß, ein Vorgang, den wir eben, je nachdem, ob er sich plötzlich und unter heftigen Erschütterungen des Wirtschaftslebens speziell auf dem Gebiete des Kredit- und Zahlungsverkehrs vollzieht, als Krisis, oder aber, wenn er mehr schleichend und ohne solche auffallende Begleiterscheinung eintritt, als Depression bezeichnen. In der Zeit des Aufschwungs nimmt eben die Kapitalgütererzeugung einen

---

<sup>1)</sup> *Cassel a. a. O.* S. 575.

Umfang an, für den — wenigstens zunächst — die Vorbedingungen noch fehlen, sie gerät in ein Mißverhältnis zur Sparkapitalbildung. Dieser Zustand kann aber von der Volkswirtschaft auf die Dauer nicht ertragen werden, er bedarf einer Korrektur. Und diese Korrektur erfährt er in der Krisis oder Depression. Die Kapitalgüterproduktion wird eingeschränkt — vor allem die Eisen- und in geringerem Grade auch die Kohlenenerzeugung muß zurückgehen — und damit wieder in ein gesundes Verhältnis zu der gleichzeitig sich vollziehenden Sparkapitalbildung gebracht. Gewöhnlich schlägt die Pendelbewegung sogar nun zunächst zu stark nach der anderen Seite aus, wie das überhaupt in der Natur der allein von der Preisbildung regulierten Bewegungen der Produktion in unserem Wirtschaftsleben liegt. Die Kapitalgütererzeugung wird in der Krisis noch mehr eingeschränkt, als die Verhältnisse auf dem Sparkapitalmarkt es eigentlich erfordern. Hat diese übertriebene Einschränkung einige Zeit hindurch angehalten, und ist der Zinsfuß im Zusammenhang hiermit stark gesunken, so pflegt das über kurz oder lang eine Gegenbewegung, d. h. eine verstärkte Tätigkeit in der Neugründung von Unternehmungen und in der Erweiterung bestehender Betriebe, und damit auch eine verstärkte Nachfrage nach den Erzeugnissen der Kapitalgüterproduktion hervorzurufen. Das sind — ganz schematisch gezeichnet und von allem verwirrenden Beiwerk gereinigt — die volkswirtschaftlichen Vorgänge, die sich hinter dem Auf und Ab der allgemeinen geschäftlichen Konjunktur im modernen Wirtschaftsleben verbergen. Die Wechselwirkung, die zwischen der Lage des Kreditmarktes <sup>1)</sup> und der industriellen Unternehmungslust und damit der Nachfrage nach Kapitalgütern bestehen, sind es, die dem Gange der wirtschaftlichen Entwicklung in der gegenwärtigen Wirtschaftsorganisation den Charakter einer fortwährenden Wellenbewegung geben.

Daß die eben dargelegten Momente wirklich die typischen Vorgänge bei dem periodischen Wechsel der allgemeinen Konjunktur zum Ausdruck bringen, darüber herrscht in der neuen Krisenliteratur eine weitgehende Übereinstimmung. Im Grunde weicht die Erklärung des Zustandekommens und des Verlaufs des periodischen Zyklus der modernen Industrie, wie sie der Sozialist *Tugan Baranowsky* <sup>2)</sup> vorträgt, von der »Theorie der Konjunkturbewegungen«, wie sie *Gustav Cassel* entwickelt, oder der Lehre vom Kreislauf der industriellen Wechsellagen, wie sie *A. Spiethoff* <sup>3)</sup> aufstellt, gar nicht so sehr ab. Von allen diesen modernen

<sup>1)</sup> Vgl. *Halm*, Das Zinsproblem am Geld- und Kapitalmarkt. Jahrbuch für Nationalök. und Statistik, 125. Bd., III. Geldmarkt und Konjunkturbewegung, S. 16 ff.

<sup>2)</sup> Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England, 1894, deutsch, Jena 1901.

<sup>3)</sup> Art. »Krisen« in Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Bd. VI, Jena 1925.

Krisentheoretikern werden übereinstimmend die vorhin hervorgehobenen Tatsachen als die eigentlich wesentlichen Momente, als die arteigenen Eigenschaften der periodischen industriellen Konjunkturschwankungen anerkannt. In welchem Verhältnis steht nun aber die Unterkonsumtionstheorie zu den von der neuen Krisenforschung festgestellten Tatsachen?

Die Unterkonsumtionstheorie in der naiven Form, in der sie von den Sozialisten im Anschluß an die Lehren von *Sismondi*, *Rodbertus* usw. gewöhnlich vertreten wird, weiß von all den Tatsachen, die erst den periodischen Industriekrisen ihr bestimmtes wirtschaftliches Kolorit geben, so gut wie nichts. Sie tut so, als ob es sich bei den periodischen Wirtschaftskrisen um eine ganz allgemeine Überproduktion von Waren aller Art und ganz besonders von Konsumgütern handle; die Tatsache, daß in erster Linie nur eine Überproduktion an Kapitalgütern vorliegt, wird von ihr ignoriert<sup>1)</sup>. Ebenso existiert für sie die Tatsache nicht, daß die Absatzstockung beim Wechsel der Konjunktur zuerst in den Gewerben eintritt, die Produktionsmittel herstellen, und erst von da aus auf die Industriezweige sich fortpflanzt, die Gegenstände für den menschlichen Konsum erzeugen. Ebensowenig wie die Unterkonsumtionstheorie *dieser* Erscheinung eine Erklärung zu geben vermag, ist sie imstande, einen vernünftigen Grund dafür anzugeben, weshalb aus der Depression schließlich immer wieder ein neuer Aufschwung entsteht. Ihr ganzes Interesse ist nur auf die Krisis oder höchstens die Depression gerichtet, das größere Ganze, von dem die Krisis oder die Depression nur einen Teil bildet, existiert für sie gar nicht als Problem. Kurz die Unterkonsumtionstheorie ist eine vollkommen welt- und wirklichkeitsfremde Theorie, die primär wohl auch gar entstanden ist aus dem Bestreben, eine objektive Erklärung für einen verwickelten Tatbestand zu finden, sondern geboren ist aus dem Verlangen, wieder einen Anklagepunkt mehr gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung formulieren zu können.

<sup>1)</sup> Merkwürdigerweise tut das auch *Spiethoff* an einer Stelle seines vortrefflichen Artikels »Krisen« im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (a. a. O. S. 83). Obwohl er sich im allgemeinen da ganz auf den Standpunkt der auch hier vertretenen Krisentheorie stellt, und demgemäß die Überproduktion, die in Krisenzeiten herrscht, als eine solche von Gegenständen des mittelbaren Verbrauchs charakterisiert, bemerkt er bei der zusammenfassenden Beurteilung der Wechselagen am Schluß seines Artikels dann doch: »Ihr großer Schade ist dasselbe, was die große Schwäche der freien kapitalistischen Marktwirtschaft bildet: die Übererzeugung. Druck und Not nicht als Folge von Mangel, sondern als Folge des Überflusses ist ein schweres Gebrechen.« Zu einer solchen Konzession an die herkömmliche sozialistische Betrachtungsweise der Krisen liegt meines Erachtens aber gar kein Anlaß vor, wenn man die besondere Art der Überproduktion, um die es sich in Krisenzeiten handelt, immer im Auge behält. (Vgl. zu dem hier vom *Verfasser* Ausgeführten auch die Kritik des Herausgebers in »Das Zinsproblem am Geld- und Kapitalmarkt«, Jahrb. f. Nationalök. und Statistik, 125. Bd., S. 28—34).

Wie wenig die Unterkonsumtionstheorie mit den Tatsachen, die für den Verlauf der Krisen kennzeichnend sind, in Einklang zu bringen ist, erhellt am besten wohl daraus, daß einige der wichtigsten Begleiterscheinungen der periodischen Krisen gerade durch die entgegengesetzte Annahme als diejenige, von der die Unterkonsumtionstheorie ausgeht, nämlich die Annahme einer *Überkonsumtion*, eine ganz natürliche und ungezwungene Erklärung finden würden. Eine der hervorstechendsten Tatsachen bei dem periodischen Konjunkturrewechsel ist z. B., wie vorhin gezeigt, der Mangel an freiem Leihkapital, der beim Umschlag der Hochkonjunktur in die Depression regelmäßig herrscht. Diese Erscheinung würde mit der Annahme einer Überkonsumtion, die in der Volkswirtschaft durch ein Aufsteigen der Arbeitslöhne auf Kosten des Unternehmergewinns und des Kapitalzinses stattgefunden hat, sehr gut vereinbar sein. Die Überkonsumtionstheorie in diesem Sinne geht also ebenfalls von der Annahme einer Verschiebung in den relativen Anteilen der einzelnen Klassen am Nationaleinkommen aus. Allein während die Unterkonsumtionstheorie ein Steigen des Renteneinkommens auf Kosten des Arbeitslohnes behauptet, geht die Überkonsumtionstheorie gerade umgekehrt von der Annahme aus, daß der Anteil der Arbeit am Gesellschaftsprodukt relativ wächst, der des Besitzers dagegen sinkt.

Die Annahme, daß in der Zeit, die der Krisis vorangeht, dem letzten Abschnitt der Aufschwungsperiode, eine solche Verschiebung der Einkommensverhältnisse zugunsten des Arbeitslohnes vor sich gehe und hierdurch der Ausbruch der Krisis veranlaßt werde, ist nun durchaus nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Kein geringerer als *Karl Marx* hat darauf hingewiesen, daß »die Krisen jedesmal vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt, und die Arbeiterklasse realiter größeren Anteil an dem für die Konsumtion bestimmten Teile des jährlichen Produkts erhält«. Und durch die Ergebnisse der neueren Krisenforschung wird diese Lehre von *Karl Marx* überwiegend bestätigt. Soweit wir Zahlen über die Entwicklung der einzelnen Einkommenszweige in den verschiedenen Phasen des industriellen Kreislaufs besitzen, weisen sie darauf hin, daß der Arbeitslohn am Schluß der Hochkonjunktur ein schnelles und starkes Ansteigen zeigt, während der Unternehmergeinn in dieser Zeit nur noch eine langsame Zunahme aufzuweisen hat, wenn er nicht stagniert oder schon in rückläufiger Bewegung sich befindet. Eine derartige Verschiebung der Einkommensverhältnisse bedeutet aber immer, wie *W. Roscher* es einmal ausgedrückt hat, daß »einer sparenden Klasse genommen und einer nichtsparenden gegeben wird«. Die Arbeiter werden die Erhöhung der Löhne, die ihnen zuteil wird, in erster Linie zu einer Verbesserung ihrer Lebenshaltung, einer Steigerung ihres Konsums verwenden, —



das liegt in der Natur der Verhältnisse und bedarf keiner besonderen Begründung — niemand hat auch das Recht, der Arbeiterklasse deshalb einen Vorwurf zu machen —, der Rückgang des Unternehmergewinns dagegen ist gleichbedeutend mit einer Abnahme der Sparkapitalbildung. Denn vom Unternehmergewinn wird immer ein sehr beträchtlicher Teil, wenn nicht die Hauptmasse, direkt oder indirekt in den Dienst der Kapitalvermehrung gestellt. Darin, daß er zu diesem Zwecke hauptsächlich verwendet wird, liegt ja nach dem früher Gesagten die volkswirtschaftliche Rechtfertigung des Kapitalgewinns.

Eine solche Verschiebung der Einkommensverhältnisse, wie wir sie angenommen haben, ist also gleichbedeutend mit einer Steigerung der Konsumtion in der Volkswirtschaft überhaupt und zwar einer Steigerung auf Kosten der Spartätigkeit. Der hieraus entspringende Mangel an freiem Leihkapital muß aber in weiterer Folge notwendig zu krisenartigen Erscheinungen führen. Denn es wird infolgedessen eine Einschränkung der Kapitalgüterproduktion mit den hieran sich anschließenden Arbeiterentlassungen in der Eisenindustrie, im Kohlenbergbau, in den Baugewerben usw. nötig. Es fehlen jetzt eben die Ersparnisse, um die Kapitalgüterproduktion in dem Umfange weiter betreiben zu können, den sie in der früheren Zeit, als der Unternehmergewinn noch hoch stand und daher eine reichliche Kapitalsparbildung möglich war, angenommen hatte.

Eine allgemeine Wirtschaftskrisis, die auf die eben dargelegte Art und Weise entstände, wäre zu charakterisieren als durch Überkonsumtion veranlaßt. Es wäre zuviel konsumiert und zuwenig kapitalisiert worden, wodurch notwendig eine Industriekrisis in der Form, wie sie für das moderne Wirtschaftsleben charakteristisch ist, hervorgerufen wird, zumal in einem Lande, dessen Bevölkerung dabei fortfährt, sich regelmäßig zu vermehren.

Die Überkonsumtionshypothese besteht also, wie sich hieraus ergibt, viel besser als die Unterkonsumtionstheorie die Probe der Übereinstimmung mit den Tatsachen des Lebens. Insbesondere bietet sie eine einleuchtende Erklärung für den den Krisenausbruch begleitenden und ihn unmittelbar verursachenden Mangel an Sparkapital. Trotzdem soll hier nun nicht etwa einfach an die Stelle der sozialistischen Unterkonsumtionstheorie ihr Gegenstück, die Überkonsumtionstheorie als Krisenerklärung gesetzt werden. Gewiß kann die von uns vorhin vorausgesetzte Verschiebung der Anteile des Arbeitslohns und des Unternehmergewinns am Nationaleinkommen in der letzten Zeit der Hochkonjunktur mit dazu betragen, den Zustand des Sparkapitalmangels bei Ausbruch der Krisis zu verschärfen, ganz allein durch dieses Moment hervorgerufen wird er bei den Krisen der Wirklichkeit indessen sicherlich nicht. Er ist zur Hauptsache wohl nicht eine Folge einer plötzlichen Verringe-

rung des Angebots auf dem Sparkapitalmarkte, als vielmehr die Folge der großen Ansprüche, die im Laufe der Aufschwungsperiode von allen Seiten an diesen gestellt worden sind. Die Kapitalknappheit, die die Signatur des Wirtschaftslebens beim Ausbruch der Krisis bildet, hat ihre Ursache weniger auf der Angebot- als auf der Nachfrageseite. Die gewaltigen Ansprüche, die in einer länger währenden Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs — eine solche Periode kann ja vier, fünf und sechs Jahre anhalten —, durch die oft alles vernünftige Maß übersteigende Gründungstätigkeit der Unternehmer an den Kapitalmarkt gestellt werden, können wohl in ihrer Größe eine Zeitlang durch die Zins- und Kreditpolitik der Banken, durch die Elastizität, welche diese Kreditgewährung vermöge ihres Zusammenhangs mit den bargeldsparenden Zahlungsmethoden, der Banknotenausgabe sowie dem Depositengeschäft, besitzt, verschleiert werden. Der Umlauf an Bankzahlungsmitteln läßt sich aber nicht ohne Gefahr über ein gewisses Maß hinaussteigern. Wird diese Gefahrenzone bei den Krediterteilungen der Banken erreicht, so werden sofort Krediteinschränkungen nötig, wenigstens in Ländern, die noch eine effektive Metallwährung haben und diese intakt erhalten wollen. Damit wird aber plötzlich die wirkliche Lage des Kreditmarktes, die große Kapitalknappheit, offenbar, und das Ende des Aufschwungs ist da. Ob er ohne oder mit Krisis in den Zustand der Depression übergeht, das hängt, wie bereits gesagt, in dieser Lage davon ab, in welchem Maße die Kapitalgüterproduktion in der Aufschwungsperiode sich von ihren gesunden Grundlagen entfernt hat, inwieweit Übertreibungen in der Kreditgewährung, spekulative Ausschreitungen und dergleichen vorgekommen sind.

Wenn also nach dem Gesagten die Krisen der Wirklichkeit kaum einfach als Exempel für die von der Überkonsumtionshypothese gemachten Annahmen angesehen werden können, so war es doch nicht überflüssig, uns mit dieser zu beschäftigen. Denn die Gedankengänge und Schlußfolgerungen, zu denen wir dadurch hingeführt wurden, bilden eine sehr wirksame Widerlegung der Annahme, von denen sich der Sozialismus bei seiner Krisenauffassung leiten läßt. Wir sehen, wie eine Benachteiligung des Kapitalgewinnes bei der Verteilung des Nationaleinkommens zugunsten des Arbeitslohnes einen Rückgang der Spartätigkeit hervorruft und daher in einem Lande, dessen Bevölkerung wächst, notwendig zu Krisen und Arbeitslosigkeit führen muß. Wenn aber durch Lohnerhöhungen, und seien sie noch so stark, die Krisen nicht verhütet werden können, sondern vielmehr direkt hervorgerufen werden, so ergibt sich unausbleiblich der Schluß, daß, wie *Lexis* treffend es ausgesprochen hat, »auch in dem tatsächlichen Stande der Löhne nicht die Ursache der Überproduktion und der Krisen liegen kann, wenn auch

aus anderen Gründen eine Erhöhung derselben sehr wünschenswert sein mag«<sup>1)</sup>).

**d) Zur allgemeinen Beurteilung der Wirtschaftskrisen und ihrer zukünftigen Entwicklung.**

Bei der außerordentlich bedeutsamen Rolle, die die Erscheinung der Wirtschaftskrisen in der vom Sozialismus an der bestehenden Ordnung geübten Kritik spielt, seien dem Gegenstande hier noch einige abschließende Bemerkungen mehr allgemeiner Natur gewidmet. Zu den Lehren, die der neuere Sozialismus über die Wirtschaftskrisen aufgestellt hat, gehört insbesondere auch die, daß die Krisen im Laufe der Zeit immer *verheerender* auftreten und schließlich zum Zusammenbruch des ganzen kapitalistischen Systems führen müssen. Was ist an dieser Lehre richtig, und sind überhaupt die Wirtschaftskrisen als eine Erscheinung von solcher Gefährlichkeit anzusehen, daß um ihretwillen das Todesurteil über die bestehende Wirtschaftsordnung gesprochen werden muß?

Einen zwingenden Beweis dafür, daß die Wirtschaftskrisen im Laufe der Zeit sich immer mehr verschärfen müssen, oder daß sie auch nur eine notwendige Begleiterscheinung der modernen kapitalistischen Produktionsweise sind, hat der Sozialismus bisher nicht geliefert. Die Lehre von der zunehmenden Verschärfung des Charakters der Krisen hat auf Grund der Beobachtungen, die in den letzten Jahrzehnten über den Verlauf der Konjunkturbewegung, insbesondere in Großbritannien und Deutschland gemacht worden sind, auch bereits von vielen Seiten Widerspruch erfahren, sogar auch von sozialistischer Seite selbst, wie z. B. von *Ed. Bernstein*<sup>2)</sup>. Aber auch die in der sozialistischen Theorie fast als etwas Selbstverständliches auftretende Betrachtung der Krisen als eines immanenten Bestandteils des kapitalistischen Wirtschaftssystems — »Ganz wie Himmelskörper, einmal in eine bestimmte Bewegung geschleudert, dieselbe stets wiederholen, so die gesellschaftliche Produktion, sobald sie einmal in jene Bewegung wechselnder Expansion und Kontraktion geworfen ist«, sagt *Marx* (Kapital, I, 23. Kap.) — ist in der neueren nationalökonomischen Theorie nicht ohne Widerspruch geblieben. Vor allem *G. Cassel* hat sich mit sehr beachtenswerten Argumenten gegen diese Lehre gewendet. »Alle Urteile über die modernen Auf- und Niedergangsperioden und Krisen als notwendige Begleiterscheinungen der modernen Produktions- und Gesellschaftsordnung sind . . . verfrüht«, wie er sagt. »Wir befinden uns . . . bis auf weiteres

---

<sup>1)</sup> Art. »Überproduktion« im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Aufl., Bd. VII, S. 244.

<sup>2)</sup> Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart 1899.

noch in einer Übergangszeit und müssen erst abwarten, welchen Einfluß auf die genannten Bewegungen der Abschluß dieses Übergangs zeigen wird«<sup>1)</sup>. Es müsse daher die Frage offen bleiben, inwiefern die großen wirtschaftlichen Wellenbewegungen im Zusammenhang stehen mit der hier bezeichneten, ihrer Natur nach einmaligen, Umwälzung der gesellschaftlichen Wirtschaftsordnung, und inwieweit also zu erwarten sei, daß sie mit dem Abschluß der letzteren an Stärke verlieren werden.

Um für das hiermit bezeichnete Problem eine Lösung zu finden, untersucht *Cassel* die Frage, woher die kapitalgüterproduzierenden Industrien bisher den Zuschuß an Arbeitskräften bekommen haben, den sie zur Durchführung der in Zeiten des Aufschwungs vor sich gehenden starken Ausdehnung der Produktion brauchen, und ob sie auch für die Zukunft darauf rechnen können, einen solchen Zuschuß dauernd zu bekommen. *K. Marx* hat sich die Beantwortung dieser Frage im ersten Bande des »Kapitals« ziemlich leicht gemacht. Nach ihm »erwächst die ganze Bewegungsform der modernen Industrie aus der beständigen Verwandlung eines Teils der Arbeiterbevölkerung in unbeschäftigte oder halb beschäftigte Hände«. Er nimmt also offenbar an, daß der Arbeiterbedarf der Industrie in der Zeit der Hochkonjunktur zur Hauptsache gedeckt werden kann durch die industrielle Reservearmee, die durch die Arbeiterentlassungen in der Zeit der Depression entstanden ist. Dazu reicht aber die industrielle Reservearmee, die beim Beginn einer Aufschwungsperiode vorhanden zu sein pflegt, nicht entfernt aus. Von dem Beginn eines neuen Aufschwungs im Wirtschaftsleben kann man, wie *Cassel* treffend darlegt, überhaupt erst dann sprechen, wenn nach Abschluß der Depression die am Ende der vorhergehenden Hochkonjunktur erreichten Produktionsziffern bei Eisen, Kohle usw. von neuem erreicht sind, wenn mit anderen Worten die während der Depressionsperiode freigesetzten Arbeitskräfte von der Industrie schon wieder annähernd vollständig in Anspruch genommen worden sind. Damit beginnt erst der neue Aufschwung. Woher kommen nun aber die für die dann erfolgende weitere Ausdehnung der Kapitalgüterproduktion erforderlichen Arbeitskräfte, insbesondere soweit die Ausdehnung dieses Produktionszweigs über das gleichzeitige Tempo des Bevölkerungswachstums weit hinausgeht?

*Cassel* beantwortet diese Frage mit dem Hinweis auf die gewaltigen Mengen von Arbeitskräften, die im Laufe des letzten Jahrhunderts durch die ganze Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft überflüssig geworden sind und daher von der Landwirtschaft an die Industrie abgegeben werden konnten. »Der Strom, der also der Industrie Arbeitskräfte zugeführt hat, ist aber nicht gleichmäßig ge-

---

<sup>1)</sup> Theoretische Sozialökonomie, 4. Aufl., S. 476.

flossen. Die kapitalproduzierenden Industrien haben in den Depressionsperioden überhaupt keine Arbeitskraft von außen aufnehmen können, dagegen in den Hochkonjunktoren sehr große Zuschüsse gebraucht. Die Überschußbevölkerung der Landwirtschaft ist also in den Depressionsperioden gewissermaßen in der Landwirtschaft zurückgehalten, sozusagen magaziniert worden, bis sie in den Hochkonjunktoren von den kapitalproduzierenden Industrien in Anspruch genommen worden ist. Diese verfügbaren Vorräte von Arbeitskräften in der Landwirtschaft haben für die kapitalproduzierenden Industrien die eigentliche ‚industrielle Reservearmee‘ ausgemacht. Erst durch diese Reserve sind die Hochkonjunktoren in dem Umfang, den sie bisher gehabt haben, überhaupt ermöglicht worden«<sup>1)</sup>).

Die Ursachen, die eine so starke Abwanderung der Arbeitskräfte von der Landwirtschaft in die Industrie bewirkt haben, können nun aber zur Hauptsache nur als einmalig, nicht als dauernd wirkende Kräfte angesehen werden. Sobald der Prozeß der Loslösung vieler Zweige der gewerblichen Tätigkeit von der Hauswirtschaft, der mit dem Aufkommen des Großbetriebs in den Textilgewerben und auf anderen Gebieten des Wirtschaftslebens eingesetzt hat, zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, muß in den betreffenden Ländern auch die Abwanderung aus der Landwirtschaft aufhören oder doch viel von ihrer bisherigen Stärke verlieren. Diese Bewegung kann sich unmöglich unbegrenzt fortsetzen, es ist vielmehr anzunehmen, daß sie in den am meisten industrialisierten Ländern Europas ihren möglichen Grenzen schon ziemlich nahegekommen ist<sup>2)</sup>).

Der allgemeine Schluß, der sich durch diese Betrachtungen aufdrängt, ist aber notwendig der: *die Konjunkturbewegungen sind zu einem wesentlichen Teile nur eine Begleiterscheinung der Übergangsperiode von den alten Wirtschaftsformen zu den modernen, sie brauchen aber nicht einen immanenten Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise darzustellen.*

Mit diesem Satz steht auch die verschiedene Heftigkeit, mit der die Krisen und Depressionen in den einzelnen Ländern aufgetreten sind, in Einklang. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß in den Vereinigten Staaten der Wechsel zwischen Aufschwungs- und Niedergangsperioden sich viel schärfer ausgeprägt hat als in anderen Ländern. In den Vereinigten Staaten zeigte insbesondere z. B. das Wachstum der Eisen- und der Kohlenproduktion während der Aufschwungsjahre Steigerungsprozente, die in anderen Ländern unerhört gewesen wären. Dafür sind dann aber auch in den Krisenjahren die Rückschläge in der Eisen- und

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 501. Das statistische Beweismaterial für diese Sätze a. a. O. § 66, S. 500 ff.

<sup>2)</sup> Die nähere Begründung siehe wieder bei Cassel a. a. O. S. 505.

Kohlenproduktion um so heftiger gewesen: von 25,8 Millionen Tonnen in dem Hochkonjunkturjahre 1907 sank die Roheisengewinnung der Union in dem Krisenjahre 1908 auf 15,9 Millionen Tonnen zurück, um im nächsten Jahre dann allerdings schon wieder den Stand von 1907 zu erreichen. Das sind Rückschläge von einer Heftigkeit, wie sie im Kreislauf der industriellen Konjunkturen in den europäischen Ländern nicht beobachtet werden konnten. *Cassel* trifft aber sicherlich das Richtige, wenn er die ganz besondere Schärfe der Konjunkturschwankungen in den Vereinigten Staaten damit in Zusammenhang bringt, daß diese in Gestalt ihrer immer mehr anschwellenden Einwanderung vor dem Weltkriege in Zeiten der Hochkonjunktur auf einen fast unbegrenzten Zufluß von Arbeitskraft aus der ganzen Welt rechnen konnten. In dem Maße, wie sich das ändert, muß auch der Verlauf der Konjunkturbewegung ein ganz anderer, weniger schroffer werden. Die Anzeichen dafür sind ja jetzt nach dem Weltkriege, wo die Einwanderung nach der Union ins Stocken geraten ist und auch viel stärkeren gesetzlichen Einschränkungen unterliegt, schon deutlich zu erkennen.

Der oben speziell auf die Konjunkturbewegung der Union angewendete Gedanke muß aber, wie vorhin im Anschluß an *Cassel* gezeigt wurde, überhaupt für den Verlauf der Krisen in der modernen Wirtschaftsorganisation verallgemeinert werden. Die Frage, ob damit zu rechnen ist, daß die Krisen in Zukunft heftiger werden, ist vor allem danach zu beantworten, welche Arbeiterreserven der Industrie dann zu einer raschen Ausdehnung der Kapitalproduktion in Hochkonjunkturzeiten zur Verfügung stehen werden. Muß angenommen werden, daß die Quelle, die bisher den Zufluß von Arbeitskräften zur Kapitalgüterproduktion in Aufschwungsperioden hauptsächlich gespeist hat, in Zukunft viel weniger reichlich fließt oder gar allmählich versiegt — und für diese Annahme sprechen die vorhin erwähnten starken Gründe —, so ist auch damit zu rechnen, daß die Wellenbewegungen unseres Wirtschaftslebens sanfter als bisher verlaufen, daß der Wachstumsprozeß der Volkswirtschaft — denn um Störungen des Wachstumsprozesses der Volkswirtschaft handelt es sich bei den Krisen und Depressionen in letzter Linie — ein gleichmäßiger werden wird.

Aber auch noch ein zweites Moment weist darauf hin, daß im Gegensatz zu der sozialistischen Lehre nicht mit einer Verschärfung, sondern eher mit einer Abschwächung der Konjunkturbewegung in der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation zu rechnen ist. »Die letzte Ursache der Aufschwungsbewegungen ist etwas *Seelisches* und nichts Wirtschaftliches«, sagt ein neuerer Krisentheoretiker (*A. Spiethoff*)<sup>1)</sup> einmal treffend. Damit wird übrigens nur ein Gedanke wieder aufgenommen, der

---

1) A. a. O. S. 70.

auch bei älteren Krisentheoretikern schon gelegentlich zum Ausdruck gekommen ist: daß der ganze Kreislauf der industriellen Wechsellagen wesentlich mit durch psychologische Eigenheiten des Menschen hervorgerufen wird. So hat bereits der Engländer *Stanley Jevons* darauf hingewiesen, daß die Krisen bzw. die Konjunkturschwankungen dadurch zustande kommen, daß in bestimmten Lagen des Wirtschaftslebens »zu viele das gleiche tun«. Damit ist natürlich vor allem gemeint, daß bei aufsteigender Konjunktur zu viele Unternehmer auf einmal von den Vorteilen des niedrigen Zinsfußes profitieren wollen und sich dadurch zu einer die Kapitalkraft der Volkswirtschaft übersteigenden Vergrößerung ihrer Betriebe oder zu einer ungehemmten Neugründungstätigkeit verleiten lassen. Was man in England sprichwörtlich sagt »John Bull könne viel vertragen, nur nicht einen Zinsfuß von 2%«, das gilt nicht nur von den Unternehmern Englands, sondern ebenso auch von den Unternehmern anderer Länder. Die Unternehmungslust hat eben, wenn sie einmal erwacht ist, etwas Ansteckendes, umgekehrt natürlich auch die Unternehmungsunlust. Daß solche psychologischen Momente und die daraus nur zu leicht entspringende Überschätzung der Leistungsfähigkeit des Kapitalmarktes bei dem Zustandekommen der Konjunkturschwankungen eine wichtige Rolle spielen, wird von den neueren Krisentheorien fast allgemein in der einen oder anderen Form anerkannt und betont <sup>1)</sup>. Im Grunde ist es auch nur der gleiche Gedanke, der bei den sozialistischen Theoretikern in der besonderen Form wiederkehrt, daß von ihnen die anarchische Produktionsweise der modernen Volkswirtschaft, das Fehlen jeder planmäßigen Regelung für das Auftreten der Krisen mit verantwortlich gemacht wird. *Tugan-Baranowsky* bemerkt z. B., nachdem er das bekannte Wort von *Friedrich Engels* über »den Gegensatz zwischen der Organisation in der einzelnen Fabrik und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft« innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems angeführt hat, über die Rolle, die die anarchische Produktionsweise der Gegenwart bei dem Zustandekommen des industriellen Zyklus spielt, folgendes: »Wenn die gesellschaftliche Produktion planmäßig organisiert wäre, wenn die Leiter der Produktion eine vollkommene *Kenntnis* der Nachfrage und die *Macht* hätten, die Arbeit und das Kapital frei aus einem Produktionszweig in einen anderen zu überführen, so könnte, wie niedrig die gesellschaftliche Konsumtion auch sein möchte, das Angebot der Waren die Nachfrage nicht überschreiten. Aber die Akkumulation des Kapitals bei einer völligen Planlosigkeit der gesellschaftlichen Produktion, bei der Anarchie,

<sup>1)</sup> So bemerkt auch *Cassel* in Übereinstimmung mit dem eben Ausgeführten daß »die tiefste Ursache der Krise in einer Fehlberechnung der Möglichkeiten, auf dem künftigen Kapitalmarkt das zur Durchführung angefangener Unternehmen nötige Kapital zu bekommen, liegt«. A. a. O. S. 576.

welche auf dem Warenmarkt herrscht, führt unausbleiblich zu Krisen.«

Daß das, was die Sozialisten »Anarchie der Produktion« nennen, also anders ausgedrückt, die Tatsache, daß der einzelne Unternehmer bei der Erweiterung seines Betriebs ohne Kenntnis der Pläne seiner Konkurrenten und der Lage des gesamten Kapitalmarktes vorgeht, eine wesentliche Rolle bei der Entstehung des Kreislaufs der Konjunkturen spielt, kann natürlich nicht geleugnet werden und wird auch von Krisentheoretikern aus dem nichtsozialistischen Lager regelmäßig anerkannt <sup>1)</sup>. Es fragt sich nur, ob man dieses Moment als einen konstanten Faktor in das Krisenproblem einzustellen und demgemäß auch damit zu rechnen hat, daß die Krisen eine dauernde Erscheinung in der kapitalistischen Produktionsweise bleiben und auch immer etwa in der gleichen Heftigkeit auftreten werden. Auf diesem pessimistischen Standpunkt steht ja, wie wir sehen, *Marx*, der die Kreislaufbewegung der Industrie in der modernen Volkswirtschaft sogar mit der Unveränderlichkeit der Bahnen, welche die Himmelskörper beschreiten, in Vergleich stellt. Einem ähnlichen Pessimismus gibt sich auch *Spiethoff* hin, der, nachdem er die Überanlage von Kapital in den Produktionsmittelgewerben während der Hochkonjunktur in wesentlicher Übereinstimmung mit der hier entwickelten Krisentheorie als die letzte Ursache der wirtschaftlichen Wechsellagen bezeichnet hat, schreibt: »Diese Überanlage wird herbeigeführt durch die Wesensart des heutigen Menschen und der heutigen Wirtschaftsverfassung. Beide sind wie geschaffen für die Überanlage und besitzen keine Einrichtungen zu deren Verhinderung. Der Mensch ist seelisch ganz wirtschaftlich eingestellt. Vermögenserwerb und Kapitalbildung beherrschen ihn. Alle Gelegenheiten, die sich hierfür bieten, werden schrankenlos verfolgt, und so ist die Überanlage des Kapitals bei günstigen Gelegenheiten unausweichlich. Die Wirtschaftsverfassung bietet alle wünschbaren Bedingungen für die Entfaltung dieses Geistes, hat aber keine Schutzwerkzeuge gegen die Überanlage entwickelt« <sup>2)</sup>. Aus diesen Erwägungen heraus bezeichnet

---

<sup>1)</sup> Wir zitieren hier noch folgende Ausführungen *Cassels*, mit denen er dartun will, wieso es leicht zu einer Überschätzung des Kapitalangebots kommen kann: »Zur Beurteilung der Lage des Kapitalmarkts hat der einzelne Unternehmer kein anderes Mittel als den Stand des Zinsfußes. In der Depression und in der ersten Periode der Hochkonjunktur ist nun aber der Zinsfuß niedrig oder wenigstens mäßig. Die Ansprüche, die die gesteigerte Unternehmertätigkeit auf dem Gebiete der Produktion von festem Kapital an die Kapitaldisposition stellt, machen sich noch nicht vollauf geltend. Es ist also sehr wohl möglich, daß Unternehmungen, wie Hausbauten, Eisenbahnen usw. usw., in so großem Umfange geplant und auch angefangen werden, daß ihr Kapitalbedürfnis, wenn es später vollständig zutage tritt, nicht befriedigt werden kann.« (A. a. O. S. 575.) Vgl. auch *Adolf Weber*, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., S. 425.

<sup>2)</sup> A. a. O. S. 82/83.



unser Autor den Kreislauf der Wechsellagen geradezu als »das Normale« für die freie, geldwirtschaftliche hochkapitalistische Marktverfassung.

Bis zu einem gewissen Grade kann man das als richtig anerkennen. Die Disposition zu dem periodischen Wechselspiel der allgemeinen industriellen Konjunktur ist in der Tat einerseits in den Einrichtungen unserer Wirtschaftsverfassung wie andererseits auch in gewissen Eigenschaften der menschlichen Natur — sagen wir kurz, der Herdentiernatur des Menschen — verankert. Es darf aber doch die Frage aufgeworfen werden, ob nicht trotzdem die Möglichkeit besteht, daß die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens in Zukunft allmählich einen sanfteren Charakter annimmt. Man hat nicht das Recht, das subjektive Element, das, wie gezeigt, bei dem Zustandekommen der Krisen eine so wichtige Rolle spielt, als einen Faktor von beständig gleichbleibender Wirksamkeit anzusehen. In dem Maße, wie bei den Unternehmern die Einsicht in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge wächst, wie sich bei ihnen die Erkenntnis verbreitet, daß sie selbst es sind, die dadurch, daß sie sich von ihrer Unternehmungslust allzu weit fortreißen lassen, die Krisen vorbereiten, unter denen sie dann so schwer zu leiden haben, darf man hoffen, daß die Unternehmer sich nicht mehr so ungezügelt ihrem Ausdehnungsdrang überlassen wie zu der Zeit, als die kapitalistische Produktionsweise sich erst ausbreitete und die Krisen noch eine neue, in ihrem inneren Wesen geheimnisvolle Erscheinung waren. Wenigstens ein Teil der Unternehmerschaft wird dann, gewitzigt durch früher gemachte Erfahrungen eine vorsichtigere Expansionspolitik treiben und sich nicht mehr einer so grenzenlosen Überschätzung der Leistungsfähigkeit des Kapitalmarktes überlassen wie seither. Von einem nach dieser Richtung veränderten Verhalten wenn auch nur eines Teils des Unternehmertums darf man eine Abschwächung der Konjunkturschwankungen erwarten<sup>1)</sup>. Wir stimmen in dieser Beziehung ganz den Worten von *Stanley Jevons* zu: »Es wird solange Krisen geben, bis das Publikum lernt, sie vorauszusehen und dementsprechend zu handeln. Der Geschäftsmann muß in flauen Zeiten kühn und in spekulativen vorsichtig werden, anstatt gerade entgegengesetzt zu handeln. Nur eine genaue Kenntnis der Krisen kann das bewirken«<sup>2)</sup>.

Gleichviel aber, ob man die Hoffnungen auf eine allmähliche Abschwächung des Gegensatzes zwischen Aufschwungs- und Niedergangsperioden höher oder niedriger spannen mag, auf keinen Fall liegt ein Grund vor, mit dem marxistischen Sozialismus die periodischen Wirt-

<sup>1)</sup> Ganz zu schweigen von etwaigen Erfolgen einer auf exakter Konjunkturforschung ruhenden Konjunkturpolitik.

<sup>2)</sup> Hier zitiert nach der Übersetzung in den »Ausgewählten Lesestücken zum Studium der politischen Ökonomie«. Herausgegeben von *K. Diehl* und *P. Mombert*. VII. Bd., Karlsruhe 1913, S. 203.

schaftskrisen als eine Krankheit von solcher Gefährlichkeit zu betrachten, daß der Patient früher oder später an ihr zugrunde gehen muß. Und ebensowenig liegt ein Grund vor, — es ist das eigentlich nur eine andere Spielart des gleichen Gedankens —, mit anderen sozialistischen Richtungen das periodische Auftreten der Wirtschaftskrisen zum Anlaß zu nehmen, um über die ganze bestehende Wirtschaftsordnung den Stab zu brechen und sie für reif zum Untergang zu erklären. Zu einem solchen vernichtenden Urteil über die Grundlagen des jetzigen Wirtschaftsystems lediglich im Hinblick auf die Krisenerscheinung kann man nur durch gewaltige Übertreibungen der wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die sich an das Wechselspiel der Konjunktur knüpfen, gelangen. Einmal sind diese Folgen in Wahrheit gar nicht so verheerend, und zum anderen: die Wirtschaftspolitik steht ihnen auch gar nicht so machtlos gegenüber, wie das die Meinung namentlich des Vulgärsozialismus ist. Die periodischen Schwankungen der industriellen Konjunktur, die man so gern als »Wellenbewegungen« bezeichnet, tragen diesen Namen auch insofern mit Recht, als sie ebenso wie die Wellenbewegungen des Meeres ein Vorgang sind, der nicht das Meer in seiner ganzen Tiefe aufwühlt, sondern nur auf der Oberfläche sich abspielt. Am stärksten betroffen werden von den periodischen Konjunkturschwankungen nach dem früher Gesagten die Produktionszweige, die das stehende Kapital der Volkswirtschaft herstellen, insbesondere die Eisengewinnung und der Kohlenbergbau. Wenn wir näher zusehen, so finden wir aber, daß selbst in diesen am stärksten von den Krisen heimgesuchten Industriezweigen der Rückgang der Produktion in Depressionsperioden, von der Nordamerikanischen Union abgesehen, in relativ engen Grenzen sich bewegte und oft nur einige wenige Prozent ausmachte. Und auch das Anschwellen der Gesamtarbeitslosenziffer war in Krisenzeiten bis zum Weltkriege nicht so bedeutsam, wie man nach den sozialistischen Ausführungen über die verheerenden Wirkungen der Krisen eigentlich hätte erwarten können.

Da man nach den bisherigen Erfahrungen, die man mit der Arbeitslosenversicherung gemacht hat, sagen darf, daß das Problem für *normale* Zeiten trotz seiner nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten lösbar ist, werden in *normalen* Zeiten auch die sozialen Auswirkungen der schlimmsten Folge der Konjunkturbewegung auf ein erträgliches Maß gebracht.

Was dann noch an ungünstigen Folgewirkungen der Krisen übrigbleibt, das reicht nicht entfernt aus, um der Forderung nach Aufhebung der bestehenden Wirtschaftsordnung eine sachliche Begründung zu geben. Und man darf doch nicht übersehen, daß den Nachteilen, die mit den Krisen verknüpft sind, auch Vorteile gegenüberstehen, die ins Haben zu buchen sind. *A. Spiethoff*, der weit davon entfernt ist, die Schatten-

seiten der periodischen Konjunkturschwankungen zu übersehen, urteilt schließlich doch zusammenfassend über die Bedeutung des Wechsels von Aufschwung und Stockung folgendermaßen: »Er bildet das stärkste Mittel, das hätte erdacht werden können, aus dem Menschen an wirtschaftlichen Kraftwillen herauszupressen, was er herzugeben vermag. Im Aufschwung das Zuckerbrot des Gewinns, in der Stockung die Peitsche der Not. Was ist Wirkungsvolleres erfindbar«<sup>1)</sup>!

Zu einem ähnlichen, das Verdikt des Sozialismus ablehnenden Urteil über die Konjunkturschwankungen gelangt *Cassel*, indem er vor allem den engen Zusammenhang betont, in dem die Konjunkturbewegungen zu dem Fortschritt der menschlichen Gesellschaft stehen. »Wer über die Konjunkturbewegungen klagt und eine Gesellschaftsordnung, die solche ermöglicht oder duldet, verdammt, der klagt . . . in Wahrheit über den Fortschritt unserer materiellen Kultur. . . . Solange überhaupt ein Willen zum Fortschritt besteht und solange die materiellen Bedingungen der Bedürfnisbefriedigung eine Anwendung von festem Kapital in großem Umfange erfordern, muß eine unseren jetzigen Konjunkturbewegungen ähnliche Schwankung in der produktiven Tätigkeit der Gesellschaft erwartet werden«<sup>2)</sup>.

Im Grunde hat das sozialistische Urteil, das die bestehende Wirtschaftsordnung wegen der Krisen verwirft, ja auch keine andere Grundlage als den Aberglauben, es lasse sich eine Gesellschaftsordnung ausklügeln, die nur die Vorteile des bestehenden Systems sich zu eigen mache, aber seine Nachteile vermeide. Hier wie in anderen Fällen kommt die sozialistische Kritik der bestehenden Gesellschaft nur dadurch zustande, daß die soziologische Einsicht ignoriert wird, daß jedes System notwendig die Fehler seiner Vorzüge besitzt, und daß man nicht die Elemente grundverschiedener Gesellschaftssysteme beliebig zu einem neuen lebensfähigen Ganzen verbinden kann. Es wäre sehr schön, eine von Krisen völlig freie Wirtschaftsverfassung zu haben, in der im übrigen der wirtschaftliche Fortschritt sich in einem solchen größtmöglichen Tempo vollzieht und in der zugleich allen Mitgliedern des Gemeinwesens eine so weitgehende Bewegungsfreiheit eingeräumt ist, wie das in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung der Fall ist. Es wird dies aber wohl immer ein unerreichbares Ideal bleiben.

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 84.

<sup>2)</sup> A. a. O. S. 571 und 573. Vgl. auch *Halm*, Die Konkurrenz, S. 107—111.

## DRITTES KAPITEL.

DAS WESEN DES SOZIALISMUS UND  
SEINE HAUPTRICHTUNGEN.I. DER NATURRECHTLICHE URSPRUNG DES  
SOZIALISMUS.

Die Parteien, die sich sozialistisch nennen, sind heute die Träger für so viele und so mannigfache Bestrebungen geworden, daß manche es schon aufgeben, ja es überhaupt für unmöglich erklären, das begriffliche Wesen des Sozialismus zu bestimmen. So schreibt *J. Feig*<sup>1)</sup>: »Es kann und darf keine feste Definition des ‚Sozialismus‘ gleich der des Begriffs ‚Unternehmung‘ geben; denn der Sozialismus ist eine historische Kategorie, in seiner Gestaltung den veränderlichen Zeitverhältnissen unterworfen.«

Wenn dieses Diktum richtig wäre, dann würde auf dem ganzen großen Gebiet der gesellschaftlich-geschichtlichen Erscheinungen, überhaupt auf allen Gebieten, die einer Entwicklung unterworfen sind, eine Begriffsbildung unmöglich sein — eine Anschauung, die von der wissenschaftlichen Logik schon längst zurückgewiesen worden ist. Zu einer solchen Bankrotterklärung der Begriffsbildung für große Klassen von Erscheinungen liegt glücklicherweise kein sachlicher Grund vor. Wer so schreibt, der dokumentiert damit nur sein Unvermögen, bis zu dem Kern einer Erscheinung vorzudringen und das Wesentliche an ihr zu erkennen.

Was ist nun aber der Kern des Sozialismus?

Wir sind heute gewöhnt, im Sozialismus so etwas wie eine nationalökonomische Theorie oder ein nationalökonomisches System zu sehen. Die nationalökonomische Theorie, die heute regelmäßig mit dem Sozialismus verbunden zu sein pflegt, ist aber nicht das Wesentliche an ihm. Sie ist ein Gewand, in das sich der Sozialismus erst relativ spät gehüllt hat und durch das seine wahre Gestalt sich jetzt den Augen vieler ent-

<sup>1)</sup> Unternehmertum und Sozialismus, 1922, S. 7.

zieht. Seinem innersten Kern und seinem Ursprunge nach ist der Sozialismus zu bezeichnen als *eine Theorie einer idealen Gesellschaftsverfassung*, also eine *naturrechtliche* oder *rechtsphilosophische Idee*, ein ethisch-politisches Prinzip, das der Beurteilung der bestehenden Gesellschaftsordnung und zwar speziell der Beurteilung der Einkommensverteilung in ihr dient. An die rechtsphilosophischen Ideen, die im Sozialismus stecken, haben sich dann erst nachträglich die nationalökonomischen Theorien angeschlossen, die man heute vielfach als die Hauptsache am Sozialismus ansieht, während sie in Wahrheit, wie vieles andere, das sich mit der sozialistischen Bewegung verbunden hat, erst nachträgliche Zutat und Beiwerk sind, dem nur sekundäre Bedeutung zukommt. Daß die rechtsphilosophischen Gedanken den eigentlichen Kern des Sozialismus bilden, hat schon *A. Menger* treffend betont, der den Sozialismus geradezu als die »Rechtsphilosophie der besitzlosen Volksklassen« bezeichnet. Von nationalökonomischer Seite dagegen wird es leider immer wieder übersehen. Daher rührt zum großen Teil das Unbefriedigende und Unklare in den nationalökonomischen Darstellungen des Sozialismus. *Menger* schreibt ganz in Übereinstimmung mit dem eben Bemerkten <sup>1)</sup>: »Von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis auf *Ricardo* erscheint der Sozialismus auch in der äußeren Form als eine philosophische Rechtslehre, während die sozialistische Theorie seit *Ricardo* . . . . . den Charakter einer volkswirtschaftlichen Disziplin von vorherrschend polemischer Richtung annahm. Trotz dieser nationalökonomischen Verbrämung . . . . . sind doch die rechtsphilosophischen Elemente als der eigentliche Kern des Sozialismus zu betrachten.« Welches ist nun aber die leitende rechtsphilosophische Idee, die dem Sozialismus zugrunde liegt? Von manchen wird als die leitende Idee des Sozialismus einfach die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln oder überhaupt des Privateigentums hingestellt. Das ist aber doch eine Betrachtungsweise, die gänzlich an der Oberfläche haften bleibt. Die Aufhebung des Privateigentums ist nicht das Endziel des Sozialismus, sondern sie ist nur das Mittel, das der Sozialismus oder doch wenigstens einige seiner Hauptrichtungen zur Erreichung des Endziels zur Anwendung bringen wollen. Das Endziel selbst kann indessen nicht ein bloßes rechtstechnisches Prinzip sein, sondern muß sich in einer sozial- oder rechtsphilosophischen Idee darstellen. Wenn man über den Sozialismus schreibt, ohne von der Betrachtung seiner leitenden rechtspolitischen Ideen auszugehen, dann bleibt man notwendig an Äußerlichkeiten haften. Es ist wichtig festzustellen, daß auch sozialistische Autoren sich neuerdings auf den Boden der hier vertretenen Auf-

---

<sup>1)</sup> Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, 4. Aufl., Stuttgart und Berlin 1910 S. 38/39.

fassung des Sozialismus gestellt haben, so namentlich *Tugan-Baranowsky* <sup>1)</sup>). Sieht man nun näher zu, so findet man, daß es sich im Grunde nicht bloß um eine, sondern um zwei rechtspolitische Ideen handelt, die das Fundament der Forderungen und Programme des modernen Sozialismus geworden sind. So eng diese beiden Ideen auch miteinander verbunden sind, so tut man doch besser, sie bei der Darstellung zu trennen.

Die eine grundlegende rechtspolitische Idee des Sozialismus ist die der *ökonomischen Gleichheit*. Die Männer, die den Ausdruck »Sozialismus« in die Literatur eingeführt haben, wie *Pierre Leroux* <sup>2)</sup>), und die sich selbst als »Sozialisten« bezeichneten, wie die Anhänger *Owens* in England, fußen alle auf der Gleichheitsidee als ihrem obersten ethischen Prinzip. »Der Grundfehler in der Organisation der Gesellschaft«, so schreibt z. B. *W. Thompson* <sup>3)</sup>), »der Fehler, welcher notwendig jedes andere Übel erzeugen muß, ist die übermäßige Ungleichheit des Reichtums.«

Mit der Idee der ökonomischen Gleichheit hat sich im Sozialismus dann allmählich eine zweite Rechtsidee verbunden, und zwar ist die Verbindung in der Gegenwart so innig geworden, daß bei vielen Sozialisten die beiden hauptsächlichsten Rechtsideen, die dem Sozialismus zugrunde liegen, unauflöslich miteinander verknüpft erscheinen. Diese zweite leitende Idee des Sozialismus ist die der *Sicherung der ökonomischen Existenz aller Mitglieder des Gemeinwesens durch den Staat*. Diese Idee kann sich naturgemäß erst entwickeln, wenn die Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz in der bestehenden Wirtschaftsordnung deutlicher hervortritt, also, wenn eine umfangreiche, völlig vom Boden losgelöste und mit persönlicher Freiheit ausgestattete Bevölkerung entstanden ist und die Arbeitsteilung einen hohen Grad der Ausbildung erreicht hat. Erst in dem Maße, wie das Wirtschaftsleben im 19. Jahrhundert mehr und mehr unter den Einfluß des industriellen Konjunkturwechsels geriet und damit seine Abhängigkeit von gesellschaftlichen Mächten im Gegensatz zu der früheren überwiegenden Abhängigkeit von natürlichen Faktoren (Mißernten) stärker hervortrat, ist die Forderung auf Sicherung der wirtschaftlichen Existenz aller durch den Staat zu einem Hauptpunkt der sozialistischen Programme geworden.

Hat man einmal das Verständnis für die allgemeinen Rechtsideen ge-

---

<sup>1)</sup> »Der moderne Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung«, Dresden 1908; vgl. die dort in der Einleitung vom Standpunkte dieser Auffassung aus geübte treffende Kritik an einer Reihe von Definitionen des Sozialismus.

<sup>2)</sup> Vgl. *Gide-Rist*, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, 3. Aufl., Jena 1923, S. 285, Anmerkung 3.

<sup>3)</sup> In seinem 1824 erschienenen Hauptwerk »Untersuchungen über die Grundsätze der Güterverteilung, die dem Glück des Menschen am günstigsten sind«.

finden, die dem Sozialismus zugrunde liegen, so wird man es ohne weiteres begrifflich finden, daß in jeder individualistischen Wirtschaftsordnung auch immer eine gewisse sozialistische Stimmung oder Disposition vorhanden sein wird. Der Sozialismus begleitet den Individualismus wie der Schatten das Licht. Das Vorhandensein einer sozialistischen Bewegung oder wenigstens Gesinnung in jeder individualistisch geordneten Gesellschaft entspricht geradezu einem psychologischen Gesetz. Wenn es zwei an sich mögliche Systeme der Ordnung eines sozialen Gebiets gibt, so wird dasjenige System, das im Leben tatsächlich herrscht, selbst wenn es ganz unzweifelhaft das weitaus bessere ist, doch stets einer Opposition begegnen, die es verurteilt und zu seiner Abschaffung auffordert. Der Durchschnittsmensch neigt regelmäßig dazu, von dem sozialen System, unter dem er wirklich lebt, nur die Mängel und Unvollkommenheiten zu sehen, die guten Seiten dagegen als etwas Selbstverständliches hinzunehmen. Für gewöhnlich nimmt er sie eben gar nicht wahr, er fängt erst an, sie zu entdecken, wenn sie ihm verlorengehen. Von dem zur Zeit nicht herrschenden sozialen System dagegen ist er umgekehrt gestimmt, nur die guten Seiten zu sehen, seine Übel dagegen, eben weil er nicht unter ihnen zu leiden hat, weil sie höchstens vorgestellte Übel sind, geringzuschätzen, sie gewissermaßen nur in perspektivischer Verkleinerung zu sehen. So kommt es, daß die Menschen auf allen Gebieten die Einrichtungen verurteilen, die gerade eingeführt sind, und sich nach denen sehnen, die zur Zeit nicht bestehen.

Der Sozialismus wurzelt, wie gezeigt, in naturrechtlichen Ideen. Aber er leugnet diese Herkunft. Insbesondere diejenige sozialistische Richtung, die in der Gegenwart zur Hauptvertreterin und weitaus einflußreichsten Gruppe des Sozialismus geworden ist, der Marxismus, weist es weit von sich, sich auf irgendwelche naturrechtlichen oder rechtsphilosophischen Prinzipien zu stützen. Die Arbeiterklasse hat nach einem viel zitierten Wort von *Marx* keine Ideale zu verwirklichen. Der Sozialismus kommt nicht, weil die Menschen in ihm eine gerechtere oder vollkommeneren Gesellschaftsordnung erblicken, sondern weil die Gesetze, die die Entwicklung des Wirtschaftslebens beherrschen, mit Notwendigkeit zu ihm hinführen. Der Marxismus sieht in dieser neuen, von allen naturrechtlichen und moralischen Bestandteilen freien Begründung, die er dem Sozialismus gegeben zu haben glaubt, ein wesentliches Stück in der Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

Die Behauptung, daß der Sozialismus durch den Marxismus zu einer von allen ethischen Idealen unabhängigen, völlig auf den Boden der objektiven Tatsachen gestellten wissenschaftlichen Lehre geworden sei, ist indessen eine Selbsttäuschung. Die scheinbar gegen alle Ideologie gerichtete Anschauung des modernen Sozialismus ist, wie *A. Voigt* es

treffend ausgedrückt hat, selbst nichts anderes als eine Ideologie. Was der Sozialismus getan, ist vielmehr nur, daß er mit den ethischen Ideen ein Versteckspiel treibt, durch das sich unkritische Köpfe haben täuschen lassen. Da, wo früher von naturrechtlichen Forderungen die Rede war, da verwendet er jetzt scheinbar der objektiven Wissenschaft angehörige Begriffe nationalökonomischen Inhalts. Richtig besehen, sind aber auch diese Begriffe bis zum Rande angefüllt mit ethischen Vorstellungen und Werturteilen.

Zwei Lehren sind es bekanntlich, auf die sich der marxistische Sozialismus hauptsächlich stützt: einmal die Mehrwertlehre und zum anderen die Lehre von dem notwendig bevorstehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft. Beide Lehren sind in reichem Maße mit Werturteilen und ethischen Postulaten durchsetzt.

Der Begriff des Mehrwerts zunächst, der im Zentrum der Wirtschaftstheorie des Marxismus steht, kann gar nicht gebildet werden ohne Annahme der rechtspolitischen Idee, daß dem Arbeiter das ganze Arbeitsprodukt gehört, daß ein Recht auf den vollen Arbeitsertrag in dem Sinne, wie es schon der vormarxistische Sozialismus verkündet hat, anzuerkennen ist. Der Gedanke des Mehrwerts ist also aus naturrechtlichen und rechtsphilosophischen Anschauungen abgeleitet und bricht zusammen, wenn man ihm diese Grundlage nimmt <sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> So meint z. B. auch *Bernstein*: »Wenn wir in bezug auf Menschen von Ausbeutung sprechen, so können wir kaum jemals den moralischen Sinn des Wortes davon trennen.« *Der Sozialismus einst und jetzt*, 1922, S. 34.

*Eduard Heimann* schreibt: »Die Verbindung des ethischen mit dem theoretischen Mehrwertbegriff findet sich bei allen modernen Sozialisten, trotz gegenteiligen Anscheins auch bei *Marx*.« *Mehrwert und Gemeinwirtschaft*, Berlin 1922, S. 7.

*S. Budge* stellt fest: »Der Widerspruch läßt sich in der Tat nicht anders lösen, als daß *Marx* eine plötzliche Volte von der Ökonomik in die Ethik gemacht hat, so unversehens, daß diese Wendung nicht nur seinen Anhängern, sondern, soweit ich sehe, auch seinen Kritikern völlig entgangen zu sein scheint. Noch eben auf dem Boden der nüchternen, anscheinend völlig voraussetzungslosen ökonomischen Theorie stehend, sehen wir uns, ohne daß wir uns dessen klar bewußt werden, auf das Gebiet eines ethischen Anspruches, des ‚Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag‘ versetzt; denn nur in dieser Bedeutung kann die Redewendung von der ‚unbezahlten Arbeit‘ überhaupt einen Sinn haben.« *Der Kapitalprofit*. Jena 1920, S. 101.

Interessant ist die Wandlung *Sombarts*, die sich aus folgender, widerspruchsvoller Formulierung herauslesen läßt: »Das *wissenschaftliche* System des Marxismus ist zwar seiner inneren Struktur nach a-ethisch. Ich bin noch heute der Meinung, daß meine vor 30 Jahren geprägte Formel: ‚das *Marxsche* System enthält kein Gran Ethik‘, mit dem ich dessen Eigenart den Köpfen einzuprägen versuchte, richtig ist. Das schließt jedoch nicht aus, daß es als Ganzes auf ethischem Fundamente ruht, und daß es auch in Einzelheiten mit zahlreichen ethischen Bestandteilen durchsetzt ist. Diese finden sich in der Wert- und Mehrwertlehre und machen sich namentlich fühlbar in der durch Willensimpulse bestimmten Formulierung wichtiger ‚Gesetze‘ und Entwicklungstendenzen.« *Der proletarische Sozialismus*, I. Bd. Jena 1924, S. 313.



Dasselbe gilt auch von der Lehre von dem unabwendbar kommenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise, dem zweiten Hauptpfeiler, auf den sich das Lehrgebäude des marxistischen Sozialismus stützt. Auch diese Lehre erweist sich als durchaus mit Werturteilen und teleologischer Wertvorstellung durchtränkt, sobald man etwas tiefer in sie eindringt. Die Entwicklungstendenzen, die nach *Marx* in der kapitalistischen Gesellschaft walten: die Zentralisation der Betriebe, die Konzentration des Kapitalbesitzes in den Händen einiger Weniger, die zunehmende Verschärfung der periodisch auftretenden Handelskrisen, die wachsende Verelendung der Massen — sie können zwar dem Kommen des Sozialismus vorarbeiten, der entscheidende Anstoß zum Übergang zum Sozialismus kommt aber auch hier aus der ethischen Überzeugung der Menschen von der moralischen und wirtschaftlichen Minderwertigkeit des Kapitalismus und ihrem demgemäß eingestellten politischen Willen. Was uns zunächst als eine Naturnotwendigkeit hingestellt wird, erweist sich bei näherem Zusehen als eine moralische Notwendigkeit. Die Summe der Empörung, d. h. der sittlichen Entrüstung über die durch den Kapitalismus geschaffenen Zustände wird so riesengroß, daß diese Zustände von der Bevölkerung nicht länger ertragen werden <sup>1)</sup>.

---

<sup>1)</sup> »Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung; aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert.« *Marx*, Das Kapital, I. Bd., am Ende des 24. Kapitels. *Kautsky* schreibt: »Die Kraft der Lohnarbeiterschaft wird es sein, die den Sozialismus bringt.« Und er erläutert das ausdrücklich noch dahin, daß er das Kommen des Sozialismus nicht von einem durch eine chronische Überproduktion hervorgerufenen Zusammenbruch des Kapitalismus erwarte, sondern, wie *Marx*, »von der Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse« (Von der Demokratie zur Staatssklaverei, 1921, S. 103). Damit wird ganz

Der neuere Sozialismus ist also im Grunde genau so wie der ältere seinem innersten Wesen nach eine rechtspolitische Idee, ein Wertmaßstab zur Beurteilung der Wirtschaftsverfassungen, aber niemals bloß eine objektive Theorie der wirtschaftlichen Erscheinungen und der Gesetze, die ihre Entwicklung beherrschen. Ganz in Übereinstimmung hiermit sagt *Mises* <sup>1)</sup>: »Im Grunde genommen ist der Sozialismus nichts anderes als eine Theorie einer ‚gerechten‘ Verteilung und die sozialistische Bewegung nichts anderes als das Bestreben, dieses Ideal zu verwirklichen. Alle sozialistischen Pläne gehen daher vom Verteilungsproblem aus und münden wieder in das Verteilungsproblem ein. Für den Sozialismus ist das Verteilungsproblem das Problem der Wirtschaft.«

Wenn im modernen Sozialismus dieser sein naturrechtlicher oder rechtspolitischer Charakter nicht mehr so leicht zu erkennen ist, so ist das einfach die Folge davon, daß der moderne Sozialismus nach dem bekannten Grundsatz handelt, daß sich das Moralische von selbst versteht. Und so ist es auch zu erklären, daß bei einem großen Teile der neueren Sozialisten von der Gleichheitsidee nur noch so wenig die Rede ist. Der Gleichheitsgedanke ist für den überzeugten Sozialisten eben etwas so Selbstverständliches, etwas, das ihm so in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß er es gar nicht für nötig, wohl auch aus taktischen Erwägungen nicht für klug hält, über dieses allgemeinste ethische Prinzip seiner Gesellschaftskritik, das für ihn die Bedeutung eines über jeden Zweifel erhabenen Dogmas hat, erst noch viel Worte zu machen. Trotzdem bleibt es jedoch richtig, daß auch in der Gegenwart noch die Gleichheitsidee die eigentlich treibende Kraft der sozialistischen Bewegung ist und im Zentrum der gesamten sozialistischen Ideenwelt steht. Die Gleichheitsidee verbirgt sich heute nur meist hinter spezielleren Ideen, die aber, was oft übersehen wird, regelmäßig als Ableger der Gleichheitsidee anzusehen und aus ihr als ihrer gemeinsamen Wurzel entsprossen sind. So steht es insbesondere mit der im modernen Sozialismus eine so gewaltige Rolle spielenden Idee des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag oder, negativ ausgedrückt, der Bekämpfung des arbeitslosen oder Renteneinkommens: Das arbeitslose Einkommen ist die Hauptursache der Ungleichheit der Einkommensverteilung in der gegenwärtigen Gesellschaft. Wird das arbeitslose Einkommen in seinen Haupterscheinungsformen: Kapitalzins, Grundrente, Unternehmergewinn aufgehoben, so verschwinden von selbst auch die schroffen Unterschiede der Einkommensverteilung, denen wir im Wirtschaftsleben der Gegenwart begegnen. Wenn der Sozialismus das arbeitslose Einkommen be-

---

in Übereinstimmung mit der im Text entwickelten Auffassung auf die Macht der Idee als treibende Kraft der geschichtlichen Entwicklung hingewiesen und die Lehre von *Marx* wieder mehr ins Naturrechtliche umgebogen.

<sup>1)</sup> Die Gemeinwirtschaft, Jena 1922, S. 138.

kämpft und seine Abschaffung verlangt, so entfernt er sich also durchaus nicht etwa von der Gleichheitsidee, sondern er handelt vollkommen in ihrer Konsequenz. Das arbeitslose Einkommen war vom Sozialismus als seinem Gleichheitsideal widersprechend schon längst verworfen, ehe man die Theorien erfand, die diese Ablehnung nationalökonomisch begründen sollten. Es war hier wie so oft der Wille, der vom Intellekt verlangte, daß er die nötigen Waffen zur Verteidigung der schon vorher gewählten Position ihm schmiede.

Der moderne Sozialismus steht also, auch wenn er bei seiner Kritik der bestehenden Einkommensverteilung jetzt scheinbar andere Ideen in den Vordergrund stellt, noch durchaus auf dem Boden des Gleichheitsgedanken. Die Gleichheitsidee ist die Zentralsonne, welche die übrigen Gedanken des sozialistischen Systems umkreisen und von der sie ihr Licht empfangen. *Diehl*<sup>1)</sup> gibt sich einem großen Irrtum hin, wenn er behauptet, »daß nur ein ganz verschwindender Teil der Sozialisten die Idee der Gleichheit vertritt«.

Denn auch bei demjenigen Teil des modernen Sozialismus, der für den Zukunftsstaat nicht eine absolut gleiche Einkommensverteilung, sondern Verteilung des Produktionsertrags nach dem Maße der geleisteten Arbeit verlangt, kann man doch nicht von einer Preisgabe, sondern nur von einer Abwandlung der Gleichheitsidee sprechen. Wenn die Einkommen der einzelnen nur noch um soviel voneinander abweichen dürfen, als der Größe und der Bedeutung ihrer Arbeitsleistungen für die Gesellschaft entspricht, so ist schon von selbst dafür gesorgt, daß unter allen Mitgliedern der Gesellschaft eine annähernde Gleichheit der ökonomischen Lage hergestellt wird. Es ist unverständlich, wie man bei dieser Sachlage die Bedeutung der Gleichheitsidee für den modernen Sozialismus hat leugnen können. Vielmehr hat *C. Grünberg*, der selbst dem Sozialismus sehr nahe steht, durchaus recht, wenn er seine Betrachtungen über Sozialismus und Kommunismus im »Wörterbuch der Volkswirtschaft«<sup>2)</sup> mit der Bemerkung schließt, daß sämtliche sozialistische Denker sich im Gleichheitsgedanken begegnen, und daß der Gleichheitsgedanke dem rückwärts gewendeten Blick als das Bleibende im Wechsel der sozialistischen Bewegung erscheint. Das ist zweifellos richtig. Auch der moderne Sozialismus steht im Grunde auf einer ethisch-naturrechtlichen Basis, so sehr er sich auch bemüht, diese Basis durch eine darüber gebreitete Hülle den Blicken der Gegner und teilweise auch der eigenen Anhänger zu entziehen. Wie sehr auch der moderne Sozialismus in ethischen Überzeugungen und teleologischen Vorstellungen wurzelt, das läßt sehr deutlich die gegenwärtige Situation innerhalb des Sozialismus erkennen.

1) Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus, 4. Aufl., 1922, S. 17.

2) 3. Aufl., 2. Bd.

Wäre der moderne Sozialismus wirklich nur, wie das so oft behauptet wird, von der Geltung gewisser Tendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung abhängig, dann müßte er längst zusammengebrochen sein. Denn alle die Entwicklungstendenzen, auf die er sich ursprünglich stützte, haben sich in der Zwischenzeit als unrichtig oder wenigstens als viel weniger stark erwiesen, als die orthodox-marxistische Lehre ursprünglich verkündet hatte. *Simkhovitsch* faßt das Resultat seiner eingehenden Untersuchungen über die Entwicklungstheorie des Marxismus sehr treffend in folgenden Worten zusammen <sup>1)</sup>: »Jene Tendenz, auf die *Marx* und *Engels* vertrauten, ist eingeschränkt, verzögert, abgewendet oder umgekehrt worden. Die Industrie hat sich nicht in dem Grade konzentriert, wie es die Väter des wissenschaftlichen Sozialismus erwarteten. Die Landwirtschaft zeigt Tendenzen zur Dezentralisation. Die Konzentrierung des Reichtums und die Proletarisierung des Mittelstandes haben sich als Fabeln erwiesen; die mittleren Einkommen vermehren sich fortwährend, die Verelendung des Proletariats ist aufgegeben im Angesicht von Tatsachen, die das Gegenteil beweisen; der Klassenkampf, statt sich zu verschärfen, läßt im großen und ganzen nach. Die Handelskrisen, welche zunehmen sollen, bis sie wie ein Erdbeben die ganze industrielle Organisation zerstörten, lassen, wie zugegeben wird, in ihrer Bedeutung nach . . . Was ist aus der Universalkrise geworden, dem völligen Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise, der sozialen Revolution, der Diktatur des Proletariats, der allgemeinen Expropriation und dem sonstigen blutigen Melodrama« <sup>2)</sup> ?

Die ganze jetzige Situation im Sozialismus ist ein deutlicher Beweis dafür, daß auch der moderne Sozialismus seine Stütze in erster Linie nicht in einem *Wissen* von den Tendenzen der sozialen Entwicklung, sondern in einem *Glauben* an die wirtschaftliche und soziale Überlegenheit des sozialistischen Gesellschaftssystems hat. Jede andere Auffassung geht von einer falschen Psychologie des Menschen aus. Alle Kämpfe um die Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens werden in letzter Linie bestimmt nicht durch theoretische Einsichten, sondern durch ethische Überzeugungen, sie beruhen auf einem Glauben, nicht auf einem Wissen. Darum muß aber auch jede Auseinandersetzung mit dem Sozialismus auf die ethisch-politischen Anschauungen zurückgehen, die ihm zugrunde liegen und in denen er die Wurzeln seiner Kraft hat. Wer den Sozialismus mit Erfolg bekämpfen will, der muß imstande sein, den

---

<sup>1)</sup> Und zu dem gleichen Ergebnis war ja auch bereits *Bernstein* in seiner Schrift von 1899 über »die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie« gekommen, deren Erscheinen damals so großes Aufsehen erregte, weil sie offen zugab, daß von dem theoretischen Lehrgebäude des Marxismus eigentlich nur noch ein großer Trümmerhaufen übrig sei.

<sup>2)</sup> Marxismus gegen Sozialismus, S. 152/53.

Glauben an die höhere Gerechtigkeit und die größere wirtschaftliche Zweckmäßigkeit, die angeblich erst das sozialistische Rechtsprinzip heraufzuführen vermag, zu erschüttern. Pfeile, die nicht auf diesen Kern der sozialistischen Anschauungswelt gerichtet sind, werden den Sozialismus nicht ernstlich verwunden.

## 2. DIE HAUPTRICHTUNGEN DER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFTSREFORM.

Daß der Staat, um die Ziele des Sozialismus durchzuführen, auch die Produktionsleitung übernehmen und, um dafür wieder die Voraussetzung zu schaffen, auch die Verfügung über sämtliche Produktionsmittel, die sachlichen Produktionsfaktoren sowohl, wie auch die menschlichen Arbeitskräfte, in seiner Hand haben muß, das ist ein Gedanke, der im allgemeinen erst im modernen Sozialismus, im Sozialismus des 19. Jahrhunderts, deutlicher hervortritt. Viele wollen ja mit dem Auftauchen dieses Gedankens überhaupt erst den Sozialismus beginnen lassen. Sozialismus ist ihnen gleichbedeutend mit Verstaatlichung der Produktionsmittel und Übernahme der gesamten Produktionsleitung durch den Staat. Vor allem der Sozialismus selbst läßt seine eigene Geschichte mit einer gewissen Absichtlichkeit erst mit dem Aufkommen der Forderung nach Verstaatlichung oder, wie er dafür lieber sagt, »Vergesellschaftung« der Produktionsmittel und Einführung einer zentralen Leitung der Produktion beginnen. Das ist indessen eine unhaltbare Auffassung, die darauf hinausläuft, das innere Wesen des Sozialismus mit der äußeren Form seiner Verwirklichung zu verwechseln. In bezug auf die technische Art und Weise der Verwirklichung des rechtspolitischen Grundgedankens des Sozialismus sind vielmehr in der Entwicklungsgeschichte des Sozialismus zwei Hauptstufen zu unterscheiden: Sie lassen sich etwa bezeichnen als die Stufe des primitiven *Teilungs*-Sozialismus und als die des *organisatorischen* Sozialismus, d. h. des Sozialismus, der auch eine andere *Organisation der Arbeit* verlangt. Der Teilungssozialismus begnügt sich mit der Forderung einer — eventuell periodisch zu wiederholenden — Neuverteilung des Privateigentums, bei dem organisatorischen Sozialismus dagegen tritt an die Stelle der Forderung nach Neuverteilung des Privateigentums die nach Abschaffung des Privateigentums.

Solange im Wirtschaftsleben die Arbeitsteilung noch wenig entwickelt ist, solange das Wirtschaftsleben etwa noch auf der Stufe der Eigenproduktion steht oder über diese wenigstens nicht viel hinausgekommen ist, solange läßt sich ja das ökonomische Ideal des Sozialismus sehr einfach durch eine Neuverteilung der Produktionsmittel, insbesondere des auf dieser Entwicklungsstufe der Arbeitsteilung ausschlaggebenden Pro-

duktionsmittels, des Grund und Bodens, die dann unter Umständen von Zeit zu Zeit wiederholt werden muß, in die Tat umsetzen. Einer Änderung der Organisation der Produktion, insbesondere einer Übertragung ihrer Leitung an den Staat oder andere Organe der Gesellschaft, bedarf es dagegen zu diesem Zwecke hier noch nicht. Das wird aber völlig anders in dem Maße, wie die Arbeitsteilung auf den höheren Stufen ihrer Entwicklung anlangt, insbesondere in dem Maße wie der Großbetrieb, der ja auch nur eine Spezialform der Arbeitsteilung darstellt, auf immer mehr Gebieten des Wirtschaftslebens Fuß faßt. Da genügt, um das sozialistische Gleichheits- und Existenzsicherungsideal zu verwirklichen, nicht mehr eine veränderte Aufteilung des Produktionsmittelbesitzes, oder richtiger, sie ist technisch überhaupt nicht mehr durchführbar, es bleibt vielmehr unter diesen Umständen gar nichts anderes übrig, als die Wirtschaftsordnung auf eine völlig neue Grundlage zu stellen, indem man den Staat zum Besitzer aller Produktionsmittel und zum Leiter der Produktion macht, wenn man Ernst mit der Verwirklichung der ökonomischen Gleichheit machen will. Das ist die einfache Erklärung dafür, weshalb der Sozialismus, der eine völlig neue Organisation auch der Produktion verlangt, erst ein Kind des letzten Jahrhunderts ist. Insofern war die Geburtsstunde des modernen Großbetriebs zugleich auch die Geburtsstunde des modernen Sozialismus. Das darf indessen nicht so aufgefaßt werden — so stellen es die Sozialisten selbst mit Vorliebe dar — wie wenn in der modernen Großindustrie von Anfang an die Tendenz des Übergangs zur sozialistischen Produktionsweise stecke, wie wenn sie in sich den Keim trage, der notwendig eine Umgestaltung der Wirtschaftsordnung bewirke, sondern es bedeutet lediglich: wenn in einem Wirtschaftsleben, in dem auf allen wichtigeren Gebieten, im Gewerbe, im Verkehrswesen, im Bankwesen usw. der Großbetrieb sich siegreich durchgesetzt hat, das sozialistische Gleichheitsideal verwirklicht werden soll, dann steht man auch vor der Notwendigkeit, den Staat zum Eigentümer aller Produktionsmittel zu machen und ihm die Leitung der gesamten Produktion zu übertragen. Das ist der einfache Sachverhalt. Was aber haben die sozialistischen Theoretiker aus diesem einfachen Sachverhalt gemacht? Während eine ruhige und besonnene Betrachtung der Dinge hieraus doch eigentlich nur den Schluß ziehen kann, daß auf den höheren Entwicklungsstufen der Arbeitsteilung die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung des Sozialismus entgegenstehen, ins Ungeheure wachsen, und daß somit die wirtschaftliche Entwicklung nicht zum Sozialismus hin-, sondern im Gegenteil von ihm wegführt, haben die Sozialisten es verstanden, den Anschein zu erwecken, wie wenn zugleich mit dem Aufkommen des Großbetriebs geheimnisvolle Kräfte ihren Einzug in das Wirtschaftsleben gehalten hätten, die mit innerer Notwendigkeit eine Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung

im sozialistischen Sinne hervorrufen müßten. So entstand durch eine Art wissenschaftlicher Hypnose die weit verbreitete Auffassung, der Sozialismus sei überhaupt erst ein Erzeugnis der Entwicklung der letzten hundert oder höchstens hundertfünfzig Jahre, vorher habe es noch gar keinen Sozialismus gegeben — eine Behauptung, die in den Tatsachen keine Begründung findet — und die moderne wirtschaftliche Entwicklung dränge ganz von selbst auf eine sozialistische Umgestaltung der Volkswirtschaft zu. Gegenüber diesen Entstellungen und willkürlichen Behauptungen von Entwicklungsnotwendigkeiten kann der wirkliche Sachverhalt, um den es sich bei dem Verhältnis zwischen Sozialismus und moderner wirtschaftlicher Entwicklung handelt, nicht besser wiedergegeben werden als mit folgenden Worten von *L. Mises* <sup>1)</sup>:

»Es ist leicht zu erklären, warum der sozialistische Gedanke nicht aufkommen konnte, ehe es Großbetrieb in der Industrie, im Verkehrswesen und im Bergbau gab. Solange man an eine Aufteilung der Besitztümer der Reichen denken konnte, fiel es niemand ein, die Bestrebungen zur Herstellung der Einkommensgleichheit anders verwirklichen zu wollen. Erst als die Entwicklung der gesellschaftlichen Kooperation den Großbetrieb geschaffen hatte, dessen Unteilbarkeit nicht zu verkennen war, mußte man auf die sozialistische Lösung des Gleichheitsproblems verfallen. Doch das erklärt nur, warum in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht mehr vom ‚Teilen‘ die Rede sein kann, keineswegs aber auch schon, warum in ihr der Sozialismus die gegebene Politik des Proletariates sein mußte.«

Der moderne Sozialismus verlangt eine vollständige Neuorganisation der Gesellschaft. Ein naives Gemüt könnte daher meinen, auf nichts habe der Sozialismus soviel Eifer und Nachdenken verwendet, wie auf die klare Herausarbeitung der Einrichtungen wirtschaftlicher und sozialer Natur, die er in seinem zukünftigen Gemeinwesen an die Stelle der verrotteten Zustände der heutigen Gesellschaft setzen will. Der Sozialismus bedeutet doch seinem Grundgedanken nach, wie auch von den Sozialisten selbst unzähligemal verkündet worden ist, die Ersetzung der heutigen »anarchischen und chaotischen Wirtschaft«, in der jeder einzelne Produzent für sich allein handelt, durch eine *bewußte und planmäßige Leitung* der Wirtschaft durch Organe der Gesellschaft, die Umwandlung der gegenwärtig in jedem Volke unendlich zersplitterten Wirtschaft in eine große Einheitswirtschaft. Wie ist aber, um mit einem radikalen Marxanhänger der neuesten Zeit zu sprechen, »eine bewußt planmäßige Regelung der Wirtschaft anders möglich als dadurch, daß man sich zuvor im Bewußtsein ein Bild davon gemacht hat« <sup>2)</sup>?

<sup>1)</sup> Die Gemeinwirtschaft, S. 350.

<sup>2)</sup> *W. Greiling*, Marxismus und Sozialisierungstheorie, Berlin 1923, S. 58.

So klar diese Sachlage ist, so hat die Periode in der Entwicklung des Sozialismus, in der man frisch und fröhlich daran ging, die Einrichtungen des sozialistischen Zukunftsstaates im einzelnen auszudenken und auszumalen, doch nur kurze Zeit gedauert. Der neuere sogenannte wissenschaftliche Sozialismus sah es im Gegenteil geradezu als ein Kennzeichen der Wissenschaftlichkeit des Sozialismus an, daß er auf die Erörterung der Einrichtungen der sozialistischen Gesellschaft verzichtete <sup>1)</sup>.

Bereits im kommunistischen Manifest wendet sich *Marx* gegen »eine nirgends ausgeheckte Organisation der Gesellschaft« und proklamiert den Grundsatz: »Die Arbeiterklasse hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen«. Damit war innerhalb des Marxismus jede Beschäftigung mit der Sozialisierungstheorie streng verpönt. Die Sozialisierung sollte eben nach dem Glauben der Marxisten kommen, ganz ohne Zutun der einzelnen, rein als ein Resultat der gesellschaftlichen Tätigkeit der Klassenbewegung des Proletariats. Dieser Glaube an die Allmacht der ökonomischen Entwicklung, die alles von selbst besorgt, bei der die Menschen sich damit begnügen können, sich von ihr treiben zu lassen, ohne selbst aktiv in sie einzugreifen, hat im Marxismus lange nachgewirkt und die Marxjünger davon abgehalten, über die Einrichtungen im Zukunftsstaat mehr zu sagen als die dürftigen Andeutungen, die sich bei *Marx* selbst über diesen wichtigen Punkt finden. Vor allem hat auch *K. Kautsky*, der offizielle Interpret der Lehren des Marxismus, sich lange Zeit auf dem Standpunkt des Verzichts der Beschäftigung mit den Sozialisierungsproblemen gestellt. In seiner Schrift über das Erfurter Programm weist er die Aufstellung von »Rezepten für die Garbüche der Zukunft« mit Entschiedenheit ab. Das Spintisieren über den Zukunftsstaat steht nach ihm in Widerspruch zu der materialistischen Geschichtsauffassung, die der Sozialismus vertritt. Derselbe *Kautsky* hat freilich später in seiner Schrift »Die soziale Revolution« selbst Untersuchungen darüber angestellt, wie sich die Verwirklichung des Sozialismus vollziehen wird. In der Tat ist ja auch die Enthaltensamkeit, die der Marxismus auf diesem Gebiete predigt, weiter nichts als ein Verlegenheitsprodukt, und die Vertreter des Marxismus verwickeln sich dabei in Widersprüche. Denn während sie auf der einen Seite erklären, es sei unmöglich, darüber etwas auszusagen, wie die sozialistische Gesellschaft aussehen wird, stellen sie auf der anderen Seite fortwährend bestimmte Behauptungen darüber auf, welche Vorzüge die nach sozialistischen Grundsätzen eingerichtete Gesellschaft vor der heutigen Gesellschaft besitzen, wie sie vor allem den Ertrag der Produktion auf eine ganz andere Höhe bringen wird. Man vermag also zwar nicht zu sagen, wie die neue

<sup>1)</sup> Vgl. *Boris Brutzkus*, Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution. Berlin 1928, S. 9 ff.



Gesellschaft aussieht, aber man ist imstande, ihre Wirkungen anzugeben!

Politisch war diese Enthaltbarkeit des neueren Sozialismus in bezug auf die Entwicklung des Programms für den Zukunftsstaat ganz klug erdacht. Einmal wurde damit vermieden, Punkte zu schaffen, an denen die Kritik der Gegner einsetzen konnte, vor allem aber wurde damit auch die Entstehung von Gegensätzen in den eigenen Reihen des Sozialismus verhütet. Denn sobald es an die Bestimmungen der Einrichtungen des Zukunftsstaats geht, muß es ja offenbar werden, daß der Sozialismus keine Einheit ist, sondern daß innerhalb des Sozialismus noch sehr verschiedene Richtungen möglich sind, die in den leidenschaftlichsten Streit miteinander geraten können, wie vor allem die Auseinandersetzung zwischen *Lenin* und den deutschen Marxisten in der Zwischenzeit gezeigt hat.

In der bisherigen sozialistischen Literatur treten diese verschiedenen Richtungen des konstruktiven Sozialismus allerdings meist nicht scharf geschieden hervor. Die sozialistische Literatur war, um die Geschlossenheit der proletarischen Bewegung zu erhalten, oft mehr auf die Verwischung, als auf die klare Herausarbeitung dieser Gegensätze abgestellt. Fast jeder Sozialist, der sich überhaupt mit dem Zukunftsstaat beschäftigt hat, hat nicht nur *ein* Programm für diesen, sondern mehrere, zwischen denen er noch unentschieden hin- und herschwankt. Das gilt z. B. auch für *Marx*, der neben dem Bekenntnis zu den streng kommunistischen Prinzipien gelegentlich auch eine Neigung für den bloßen Genossenschaftssozialismus an den Tag legt. So befindet sich das Schrifttum über die Sozialisierung in einem höchst unerfreulichen Zustand, es ist unfertig und unklar. Die Schilderung des Zukunftsstaats bleibt meist in der Aufstellung von allgemeinen Richtlinien stecken, unter denen man sich sehr verschiedenes vorstellen kann. Gerade da, wo die eigentlichen Schwierigkeiten beginnen, bricht die Darstellung der Zukunftsstaatsprogramme regelmäßig ab, und es wird der Phantasie des Lesers überlassen, sich das weitere selbst auszumalen.

Diese Sachlage macht die Darstellung der sozialistischen Pläne für die Neuordnung der Gesellschaft und die Auseinandersetzung mit ihnen natürlich außerordentlich schwierig. Immerhin lassen sich doch auch hier einige Hauptrichtungen deutlich voneinander unterscheiden, wenn sie in der Literatur nach dem eben Bemerkten auch nicht immer scharf geschieden sind. Die Scheidung der Hauptrichtungen innerhalb des konstruktiven Sozialismus geht dabei naturgemäß aus von dem verschiedenen Maß von Einfluß, das dem Staat in dem sozialistischen Gemeinwesen auf das Wirtschaftsleben eingeräumt wird.

Durch den Sozialismus soll ja eben der Staat in ein ganz anderes Verhältnis zum Wirtschaftsleben treten als heute. Der Sozialismus ist

seinem ursprünglichen Sinne nach diejenige Wirtschaftsordnung — das läßt sich durch unzählige Stellen aus der sozialistischen Literatur belegen —, in der es an Stelle der vielen Hunderttausende von kleinen Zentren, die heute in jedem Lande das Wirtschaftsleben in Gang setzen und in Bewegung erhalten, nur noch eine einzige bewegende und organisierende Kraft für das Wirtschaftsleben gibt: *den Staat*. Während der Staat im individualistischen Gesellschaftssystem nach einem treffenden Wort von *Goldscheid* nur »das Gehäuse« des Wirtschaftslebens bildet, soll er im sozialistischen System auch dessen *Motor* werden. Das ganze wirtschaftliche Getriebe soll durch den Staat in Gang gesetzt und von ihm aktiv bestimmt werden. Der organisatorische Sozialismus läßt sich also seinem inneren Wesen nach auch als Verstaatlichung des Wirtschaftslebens bezeichnen. Das liegt in der Natur der Dinge. Denn der Staat ist eben das Organ, durch das die Gesellschaft handelt.

Daß die wirtschaftliche Tätigkeit vom Sozialismus aus dem Kreise der privaten Initiative der Staatsbürger überlassenen Gegenstände herausgehoben und zu einer Funktion des Staats gemacht werden soll, darüber ist bei den modernen Sozialisten, speziell den Marxisten, nun freilich meist nur wenig zu lesen. Im Antidühring<sup>1)</sup> wird allerdings über den Akt des Übergangs zum Sozialismus noch ebenso offen wie kurz und bündig bemerkt: »Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum«, woraus ohne weiteres die wichtige Rolle erhellt, die dem Staat im sozialistischen Gemeinwesen zugeordnet ist. Im allgemeinen sucht man aber auf seiten des Marxismus über das Verhältnis, in dem der Staat zum Wirtschaftsleben in der zukünftigen Gesellschaft stehen wird, einen Schleier zu breiten. Das hat seine guten Gründe. Zu den Hauptlehren des marxistischen Sozialismus gehört es, daß die staatliche Organisation der Gegenwart überhaupt nur eine Folgeerscheinung der aus verschiedenen Klassen zusammengesetzten Gesellschaft darstellt und daß daher der Staat in Zukunft, wenn die Gesellschaft ihren Klassencharakter verloren haben und es keine Klassenunterschiede mehr geben wird, ganz in Wegfall kommen könne. Auf die Lehre vom Absterben des Staates in ihrer Gesellschaftsorganisation wird von den Sozialisten marxistischer Richtung außerordentlich großes Gewicht gelegt<sup>2)</sup>. Demgemäß vermeiden sie es ängstlich, für den Zukunftsstaat von einer »Verstaatlichung« der Produktionsmittel zu sprechen, sie haben dafür den unbestimmten Ausdruck »Vergesellschaftung« eingeführt. *Bebel* z. B. stellt in seinem be-

<sup>1)</sup> »Herrn *Eugen Dührings* Umwälzung der Wissenschaft« von *Engels*.

<sup>2)</sup> Vgl. zu dem Folgenden: *Hans Kelsen*, Sozialismus und Staat. Eine Untersuchung der politischen Theorie des Marxismus. 2. Aufl., 1923. Ed. *Heimann* in »Sozialisierung«, Neue Blätter für den Sozialismus, Jahr 1, Heft 1, S. 22. *Röpke*, Art. »Sozialisierung« im Hdw. d. Stw. 4. Aufl., VII. Bd., S. 569.

kannten Buche »Die Frau und der Sozialismus« die Organisation der Zukunftsgesellschaft so dar, wie wenn es in ihr keinen Staat und keinen staatlichen Herrschaftsbefehl mehr geben werde, durch den die Mitglieder des Gemeinwesens zur Begehung oder Unterlassung von Handlungen gezwungen werden könnten. An die Stelle der Herrschaft über Menschen tritt nach *Bebels* Versicherung im Zukunftsstaate die Leitung von Produktionsprozessen und die Verwaltung von Produktionsmitteln. »Wohlgemerkt«, ruft *Bebel* aus, »an der Spitze steht keine Regierung mit herrschender Gewalt, sondern nur ein ausführendes Verwaltungskollegium«. Dabei läßt die weitere Schilderung der Einrichtungen seines Zukunftsstaats, die er entwirft, aber deutlich erkennen, wie auch in diesem Gemeinwesen nicht ohne den »Zwangsapparat« auszukommen wäre, der zu allen Zeiten das Wesentliche der staatlichen Organisation gebildet hat. Es heißt nämlich bei ihm weiter: »Die Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen, ohne Unterschied des Geschlechts, wird das Grundgesetz der sozialisierten Gesellschaft . . . . Jeder entscheidet, in welcher Tätigkeit er sich beschäftigen will . . . . Stellt sich auf dem einen Gebiet ein Überschuß, auf dem anderen ein Mangel an Kräften heraus, so hat die Verwaltung die Arrangements zu treffen und einen Ausgleich herbeizuführen.« Derartige »Arrangements« setzen aber doch, wenn sie Erfolg haben sollen, das Vorhandensein einer Behörde, die den Bürgern mit zwingender Gewalt befehlen kann, sowie bei letzteren das Bestehen einer Gehorsampfpflicht voraus, die von dem jetzigen Recht der freien Berufswahl und der Freizügigkeit nicht viel übrig lassen würden. Ob man die Behörde, der diese Befugnisse zustehen, Staatsorgan oder Verwaltungskollegium nennt, ändert an dem Wesen der Sache nichts. Die Unterscheidung zwischen »Verstaatlichung« und »Vergesellschaftung«, die bei dem modernen Sozialismus eine so große Rolle spielt, ist weiter nichts als eine Wortspielerei. Dieses Verfahren von *Bebel* in bezug auf die Darstellung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft im sozialistischen System ist nun aber überhaupt typisch für den neueren Sozialismus. Und speziell die Marxisten lassen, wenn es sich darum handelt, zu beweisen, daß im sozialistischen Gemeinwesen der Zukunft der Staat und die staatliche Zwangsgewalt im heutigen Sinne verschwunden sein würden, alle Künste der Dialektik spielen und scheuen vor den gewagtesten Hypothesen nicht zurück. Für den einfachen Menschenverstand liegt darin aber doch ein Widerspruch, wenn auf der einen Seite der »gleiche Arbeitszwang für alle« als die grundlegende Einrichtung der sozialistischen Gesellschaft hingestellt, zugleich aber auf der anderen Seite versichert wird, daß von einem staatlichen Zwang im sozialistischen Gemeinwesen der Zukunft nicht mehr die Rede sein könne. Nach der Auffassung der gläubigen Marxisten löst sich dieser krasse Widerspruch aber sehr einfach auf folgende Weise: »Der Widerspruch zwischen

der Notwendigkeit größter Autorität in der zukünftigen Gesellschaft und der Unnötigkeit des staatlichen Zwangs, jener Maschine der Willensbeugung, ohne die die heutige Gesellschaft freilich nicht bestehen kann, löst sich durch die Annahme der freiwilligen Autoritätsunterordnung in der klassenlosen Gesellschaft. Zwang ist nur nötig, wo die Willen entgegengerichtet sind. In der neuen Gesellschaft aber werden die Willen gleichgerichtet sein«<sup>1)</sup>).

Mit dem Glauben, daß die menschliche Natur sich bei einer Änderung der Rechtsordnung in dem Sinne ändern werde, wie er es gerade braucht, löst, wie man sieht, der moderne Sozialismus spielend die schwierigsten Probleme.

Es hat natürlich, wie schon erwähnt, seine tieferen Gründe, wenn der Sozialismus sich so unendliche Mühe gibt, das wahre Verhältnis, in dem der Staat in seinem Gesellschaftssystem zum Wirtschaftsleben steht, möglichst im Dunkeln zu halten und es durch willkürliche Unterscheidungen und Annahmen wie die eben angeführten zu verschleiern. *L. Mises* hat die Gründe, die den neueren Sozialismus zu diesem eigentümlichen, mit Recht von ihm als »scholastisch« bezeichneten Verhalten veranlaßt haben, schon treffend aufgezeigt. Das Wort Staat hatte nämlich »bei den Freiheitsmännern und Demokraten, auf deren Gefolgschaft der Marxismus in seinen Anfängen nicht verzichten wollte, einen bösen Klang. Ein Programm, das den Staat zum alleinigen Träger und Leiter der gesamten Produktion machen will, hatte keine Aussicht, in diesen Kreisen beliebt zu werden. Und darum mußte und muß der Marxismus nach einer Phraseologie suchen, die den Kern seines Programms verhüllt. Damit gelingt es ihm, den tiefen, unüberbrückbaren Gegensatz, der zwischen der Demokratie und dem Sozialismus klafft, zu verschleiern. Es zeugt nicht gerade von großer Denkkraft der Menschen, die in den dem Weltkrieg unmittelbar vorangegangenen Jahrzehnten gelebt haben, daß sie diese Sophismen nicht durchschaut haben«<sup>2)</sup>. Bei den »Freiheitsmännern«, auf die *Mises* hier anspielt, ist vor allem an die Auseinandersetzung zwischen *Marx* und dem Russen *Bakunin* zu denken, der von seinem anarchistischen Standpunkte aus von der Übertragung der Produktionsleitung an den leidenschaftlich gehaßten Staat nichts wissen wollte.

Damit nennen wir diejenige sozialreformerische Richtung, die in bezug auf das Verhältnis des Staats zum Wirtschaftsleben in dem denkbar schärfsten Gegensatz zum Sozialismus steht, aber doch als der Zwillingsbruder desselben zur Welt gekommen ist — den *Anarchismus*. Der Anarchismus läßt sich bezeichnen als ein Sozialismus, der des Glaubens ist,

<sup>1)</sup> *W. Greiling*, *Marxismus und Sozialisierungstheorie*. Berlin 1923, S. 16.

<sup>2)</sup> *Mises*, *Die Gemeinwirtschaft*, S. 117.

seine Ziele erreichen zu können, ohne das Wirtschaftsleben der Allgewalt des Staates unterwerfen zu müssen, ja der den Staat, d. h. den staatlichen Zwangsapparat, bei der Organisation der menschlichen Gesellschaft überhaupt für entbehrlich hält und ihn daher vollkommen ausschalten will. Alle gesellschaftlichen Verbindungen sollen nur auf freien Vereinbarungen der Individuen beruhen, ohne daß irgendein staatlicher Zwang dahinter steht.

So stark und unüberbrückbar der Gegensatz zwischen Sozialismus und Anarchismus nach dem Gesagten erscheinen muß, so ist doch der Anarchismus ursprünglich als ein Bestandteil des Sozialismus entstanden und hat sich mit ihm entwickelt. In dem abgrundtiefen Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung waren Anarchismus und Sozialismus einig, darüber konnte man anfänglich die unvereinbaren Gegensätze, die zwischen ihren Gesellschaftsidealen bestanden, übersehen. Der ältere naive Sozialismus umfaßt also auch den Anarchismus mit, ohne sich des Gegensatzes bewußt zu sein, in dem sich das anarchistische Grundprinzip zu dem des eigentlichen Sozialismus befindet. Nicht übel hat man diese älteren Sozialisten, deren Sozialismus staatsfeindlich ist und die bei ihren Gesellschaftskonstruktionen ohne staatlichen Zwang auszukommen suchen, als »individualistische Sozialisten« charakterisiert. Es liegt hier noch kein klar bewußter Anarchismus vor, sondern nur das Unvermögen zu erkennen, daß die Ideale des Sozialismus nicht durchführbar sind, ohne das Wirtschaftsleben der Allgewalt des Staates zu unterwerfen. Ein individualistischer Sozialist in diesem Sinne war z. B. *William Thompson* <sup>1)</sup>. Erst in viel späterer Zeit hat sich der Anarchismus dann vom Sozialismus getrennt, auf politischem Gebiet war es ja *Marx* selbst, der die Scheidung zwischen anarchistischer und sozialistischer Bewegung mit herbeiführte. Immer aber war der Sozialismus genötigt, auf das staatsfeindliche, eine größere Freiheit versprechende Programm der Anarchisten Rücksicht zu nehmen, und daher erklärt sich die eigentümliche zwiespältige Rolle, die der Staat in den Zukunftsprogrammen auch des Sozialismus spielt. Der Sozialismus braucht den Staat notwendig, um sein Gesellschaftsideal durchzuführen, der Staat wird von ihm aber gleichzeitig wie eine partie honteuse behandelt, von der man möglichst wenig oder doch höchstens in allerlei vorsichtigen Umschreibungen spricht, um nicht die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß der staatliche Zwangsapparat im Zukunftsstaate eine viel größere Bedeutung erlangen wird, als sie ihm in der liberalen Wirtschaftsordnung der Gegenwart zukommt.

Es war nötig, diese allgemeinen Bemerkungen über die Stellung der

<sup>1)</sup> Richtig hervorgehoben bei *Hasbach*, W. Thompson, Jena 1922, sowie bei *L. Gubert*, Der Sozialismus William Thompsons (Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, Neue Folge, 4. Bd., S. 677 ff.)

Sozialisten, namentlich der modernen, zum Staat vorzuschicken, ehe wir nun daran gehen, in bezug auf das Gesellschaftsideal des Sozialismus einige Hauptrichtungen auseinanderzuhalten. Denn diese Richtungen unterscheiden sich vor allem in bezug auf die Rolle, die dem Staate bei der Verwirklichung der sozialistischen Forderungen zugewiesen wird. In dieser Beziehung spaltet sich der Sozialismus zunächst in zwei Hauptrichtungen: Bei der einen hat der Staat nicht nur die Aufgabe, die Durchführung einer neuen Eigentumsordnung zu ermöglichen, sondern der Staat wird zugleich dauernd zum Eigentümer der Produktionsmittel und zum Organisator und Leiter der ganzen Wirtschaft gemacht. Diese Richtung ist die ältere und ursprünglichere, im Grunde verdient sie auch einzig und allein den Namen Sozialismus. Wir wollen sie hier als »zentralistischen Sozialismus« bezeichnen. Neben dem zentralistischen Sozialismus spielt in den sozialistischen Reformplänen aber auch eine *dezentralistische* Richtung eine vor allem neuerdings immer stärker hervortretende Rolle. Für sie ist kennzeichnend, daß sie den Staat, nachdem er seine Schuldigkeit bei der Expropriation der Expropriateure getan, also das Privateigentum beseitigt hat, wieder gehen läßt. Nicht der Staat selbst soll Eigentümer der Produktionsmittel werden und das ganze Wirtschaftsleben leiten, sondern diese Aufgabe soll besonderen Organisationen der einzelnen Produktionszweige, die eine mehr oder weniger große Unabhängigkeit vom Staate genießen, sogenannten »Gilden«, übertragen werden. Als Hauptvertreter dieser dezentralistischen Richtung, die in ihren Einzelprogrammen wieder die allergrößten Abweichungen zeigt, ist der moderne *Gildensozialismus* anzusehen, der hier aber nicht ohne weiteres mit der englischen Bewegung, die diesen Namen trägt, gleichgesetzt werden darf. Man kann, wie gesagt, darüber streiten, inwieweit der Gildensozialismus überhaupt auf die Bezeichnung Sozialismus noch Anspruch erheben kann, er bildet, wenigstens bei manchen seiner Vertreter, schon den Übergang zu einer bloßen Planwirtschaft, die aber an den Grundlagen der bestehenden Wirtschaftsordnung nichts Wesentliches ändert. Das Aufkommen des dezentralistischen oder Gildensozialismus stellt indessen eine so bedeutsame Erscheinung innerhalb der modernen sozialistischen Bewegung dar, daß sie aus begrifflichen Bedenken nicht etwa mit Stillschweigen übergangen werden kann. Mit der Umbildung zum Gildensozialismus hat der Sozialismus eine ungemein bedeutsame Annäherung an die Verhältnisse der Wirklichkeit vollzogen, er hat einen Schritt getan, der schon eine teilweise Anerkennung der bestehenden Wirtschaftsordnung bedeutet. Geht er in dieser Richtung weiter, so muß er schließlich bei der vollständigen Anerkennung ihrer Grundlagen ankommen.

Innerhalb des eigentlichen oder zentralistischen Sozialismus, der den Staat selbst zum Träger des Wirtschaftslebens macht, wenn er ihm even-

tuell auch ein anderes Etikett aufklebt, sind wieder zwei Hauptrichtungen zu unterscheiden. Wir wollen sie als die *kommunistische* und die *kollektivistische* bezeichnen. Kommunismus und Kollektivismus sind im einzelnen natürlich wieder einer sehr verschiedenen Ausgestaltung fähig. Das unterscheidende Merkmal zwischen diesen beiden Hauptformen des zentralistischen Sozialismus liegt in folgendem: Im kommunistischen Zukunftsstaat ist der Staat Eigentümer sämtlicher Produktionsmittel, und es ist dadurch, daß der Staat jedem die Gegenstände seines Bedarfs in natura zuweist, gegebenenfalls absolute Gleichheit des Konsums hergestellt.

Auch im kollektivistischen Zukunftsstaat ist der Staat Eigentümer sämtlicher Produktionsmittel. Vom kommunistischen Zukunftsstaat unterscheidet sich der kollektivistische aber dadurch wesentlich, daß der Staat nicht auch den Konsum regelt, sondern die individuelle Freiheit der Bedarfswahl aufrechterhält. Das Einkommen für alle wird zwar möglichst gleich gemessen oder zeigt jedenfalls nur geringe, durch Unterschiede in der Größe und in der sozialen Bewertung der Arbeitsleistungen hervorgerufene Abstufungen, aber dieses Einkommen ist zunächst ein Geldeinkommen und bleibt frei verwendbar für die verschiedenen Bedürfnisse. —

Das Gesagte mag zur vorläufigen Orientierung über die Haupttypen der sozialistischen Gesellschaftsideale genügen. Nicht vergessen werden darf, daß sich zu dem echten Sozialismus vielfach auch noch ein Pseudo-Sozialismus gesellt. Darunter verstehen wir Reformprogramme, die sich ganz gut auch auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung verwirklichen lassen und ohne ein zwangsweises Eingreifen des Staates in die Entwicklung durchführbar sind. Dahin gehört zunächst ein großer Teil der Vorschläge des *Genossenschaftssozialismus*. Der Genossenschaftssozialismus ist als eine der Keimzellen des modernen organisatorischen Sozialismus anzusehen. Ein großer Teil der englischen und französischen Sozialisten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, so *Owen*, *Thompson* und *Fourier*, stellten sich die künftige sozialistische Gesellschaft unter dem Bilde von kleinen, für den Bedarf ihrer Mitglieder arbeitenden Genossenschaften vor, die nur je etwa 2000 Mitglieder zählen. Der Aufbau ihrer neuen Gesellschaft auf der Grundlage so kleiner Gemeinwesen war für diese Sozialisten dabei ein wichtiges Mittel, um den Zwang, ohne den das sozialistische Rechtsprinzip nicht durchführbar ist, seiner Gefährlichkeit zu entkleiden und ihn als harmlos erscheinen zu lassen. In so kleinen Gemeinwesen, wo jedes Mitglied das andere kennt und ganz von selbst ein starkes Gemeinschaftsgefühl sich entwickelt, da wird selbstverständlich die gesellschaftliche Organisation oft anderer Mittel sich bedienen können als in einem großen Millionenreich. Was in letzterem nur durch die Mittel des äußeren Zwanges erreicht werden kann, das

wird sich in Gemeinwesen der ersteren Art teilweise schon durch den Druck der öffentlichen Meinung erreichen lassen. Der ältere Genossenschaftssozialismus ist also wesentlich als eine Form der Flucht vor dem staatlichen Zwangsapparat zu betrachten, dessen der Sozialismus bedarf, sobald größere Gemeinwesen nach seinen Prinzipien eingerichtet werden sollen, wie überhaupt einer der Leitgedanken des organisatorischen Sozialismus darin besteht, das Unmögliche möglich zu machen und eine Gesellschaftskonstruktion zu erfinden, in der das sozialistische Gleichheitsprinzip verwirklicht ist, ohne daß man dafür die wirtschaftliche Freiheit zu opfern braucht.

Der neuere Genossenschaftssozialismus hat mit dem älteren, der den Urtypus des sogenannten utopischen Sozialismus bildet, eigentlich nur noch wenig gemein. Er verlangt nicht wie der letztere eine Auflösung der bestehenden Gesellschaft in lauter kleine, wirtschaftlich sich selbst genügende Gemeinwesen, sondern er rechnet mit einer allmählichen Umbildung und Durchsetzung der bestehenden Wirtschaftsverfassung mit genossenschaftlichen Organisationen, wobei die eine Richtung ihre Hoffnungen mehr auf die Arbeiterproduktivgenossenschaft, die andere mehr auf die Konsumgenossenschaft setzte. Namentlich die letztgenannte Richtung spielt ja in der sozialistischen Literatur bis zum heutigen Tage eine wichtige Rolle. Ihr sind die Konsumvereine nicht nur ein Organisationsprinzip, das in gewissen Grenzen in der individualistischen Wirtschaftsordnung sich zu entfalten vermag, sondern sie sind ihr die Wirtschaftsform, die zu immer weiterer Ausbreitung bestimmt ist und von der die Überwindung des Kapitalismus — und zwar ohne Katastrophen, durch eine organische und friedliche Entwicklung — ausgehen wird.

Neben dem Genossenschaftssozialismus sind als weitere Formen des unechten Sozialismus die *Planwirtschaft* und die *Teilsozialisierung* zu nennen. Die Verwandtschaft der Planwirtschaft mit dem Sozialismus ist allerdings nur ganz äußerlicher Natur. Denn die Planwirtschaft läßt die Eigentumsordnung unangetastet, sie übernimmt vom Sozialismus nur den Gedanken, daß an die Stelle der heutigen »anarchischen« Produktionsweise eine einheitliche Leitung der Produktion unter Heranziehung aller an ihr wirtschaftlich Beteiligten treten soll. Da neuerdings die Planwirtschaft in diesem Sinne auch von offizieller sozialistischer Seite als eine Form des Sozialismus anerkannt und ihre Einführung empfohlen worden ist, so darf sie aber bei einer Besprechung der Richtungen des organisatorischen Sozialismus nicht übergangen werden. Die Teilsozialisierung endlich ist nichts anderes als die Verstaatlichung einzelner Wirtschaftszweige. Die Sozialisten unterscheiden sich, wenn sie für diese eintreten, von den Vertretern anderer wirtschaftspolitischen Ideenrichtungen gewöhnlich nur dadurch, daß sie die Forderung der



Verstaatlichung in viel weiterem Umfange stellen und dabei den Hintergedanken haben, daß durch fortgesetzte Teilsozialisierungsaktionen schließlich doch einmal eine Vollsozialisierung des Wirtschaftslebens erreicht werden könne.

Mit diesem Überblick haben wir bereits das Reich des organisatorischen Sozialismus nach allen Richtungen hin durchmessen. In der sozialistischen Literatur wird zwar gern der Anschein zu erwecken gesucht, wie wenn der Sozialismus zur Durchführung seiner Prinzipien eine Fülle der verschiedensten Möglichkeiten zur Verfügung habe, in Wahrheit sind aber die Auswahlmöglichkeiten sehr beschränkt. Alle Konstruktionen des sozialistischen Zukunftsstaats, die in der Literatur bisher aufgetaucht sind, lassen sich auf einige wenige Grundtypen zurückführen, die nur in wenigen wichtigen Punkten voneinander abweichen. Der Anschein der Fülle entsteht nur durch folgende Umstände.

Einmal hat fast jeder Sozialist bei der Beschreibung seines Gesellschaftssystems und den Prinzipien, auf denen er es aufbaut, seine eigene Terminologie. Der Reichtum an Worten täuscht dann leicht über die sachliche Armut hinweg. In Wahrheit laufen die Schilderungen des Zukunftsstaats, die entworfen werden, trotz der verschiedenen Ausdrücke, mit denen es geschieht, doch immer wieder auf eine der vorhin von uns unterschiedenen Hauptformen: Kommunismus, Kollektivismus, Gildensozialismus, Genossenschaftssozialismus, Planwirtschaft, Staatssozialismus hinaus. Denn in diesen Typen erschöpft sich der Reichtum des organisatorischen Sozialismus.

Zum anderen aber täuschen die Sozialisten bei ihren Gesellschaftskonstruktionen auch dadurch einen größeren Reichtum vor, als er in Wahrheit vorhanden ist, daß sie auf dem geduldigen Papier mit den sozialen Institutionen wie mit den Bausteinen eines Baukastens hantieren, aus denen man beliebige Figuren zusammensetzen kann. Sie versprechen in ihren Entwürfen Einrichtungen, ohne danach zu fragen, ob diese Einrichtungen wirklich nebeneinander bestehen können. Bekanntlich haben aber die sozialen Einrichtungen ihre eigene Logik. Sie lassen sich nicht beliebig durcheinander mischen und zusammensetzen. Wenn wirklich lebensfähige Gebilde entstehen sollen, so muß man sich darum kümmern, welche Einrichtungen durch die Natur der Dinge innerlich miteinander verknüpft sind und welche sich zueinander wie Wasser und Feuer verhalten. Indem der Sozialismus die Gesetzmäßigkeiten, die in bezug auf die Möglichkeit der Vereinigung sozialer Institutionen bestehen, souverän ignoriert <sup>1)</sup>, hat er es natürlich leicht, mit einer Fülle von Ver-

---

<sup>1)</sup> Der holländische Nationalökonom *N. G. Pierson* hat dieses Verfahren der Sozialisten schon in einem 1902 erschienenen Aufsätze über »Das Wertproblem in der sozialistischen Gesellschaft« treffend mit den Worten charakterisiert: »Sorgfältigkeit der Betrachtung ist nun einmal nicht die Haupttugend der Sozialdemo-

wirklichungsmöglichkeiten seines Gesellschaftsideals zu glänzen. Von dieser Fülle bleiben aber nur die oben angegebenen Formen übrig, sobald man sich auf die in sich widerspruchsfreien beschränkt.

## A. Der Kommunismus.

Wir beginnen die eingehendere Behandlung der Hauptrichtungen der sozialistischen Gesellschaftsreform mit der Betrachtung des zentralistischen Sozialismus, der allein den positiven Grundgedanken des Sozialismus klar und rein zum Ausdruck bringt. Der zentralistische Sozialismus verlangt, daß das oberste Rechtsprinzip, auf dem die gegenwärtige Wirtschaft ruht, aufgehoben und durch das entgegengesetzte Rechtsprinzip ersetzt werde. Das oberste Rechtsprinzip der heutigen Wirtschaftsordnung ist, wie gezeigt wurde (S. 5 ff.) der Grundsatz der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit und wirtschaftlichen Selbstbestimmung des einzelnen. An Stelle dieses Rechtsprinzips soll nach Auffassung des zentralistischen Sozialismus gerade das entgegengesetzte für das Verhalten des Staats zum Wirtschaftsleben bestimmend werden. Der Staat soll selbst die Fürsorge für die wirtschaftliche Existenz seiner Bürger übernehmen. Die Leitidee für den Aufbau des Zukunftsstaates ist dem Gesagten gemäß die Verwirklichung des »Rechtes auf Arbeit« und zwar nicht bloß im Sinne eines Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung, sondern im Sinne der Forderung, daß der Staat eine Organisation der Wirtschaft schafft, die die Möglichkeit der Stellenlosigkeit von vornherein ausschließt. Die wirtschaftliche Existenz der Mitglieder des Gemeinwesens soll, so will der echte Sozialismus, überhaupt von allen Zufälligkeiten der Geburt und allen Schwankungen der Konjunktur unabhängig gemacht, sie soll zugleich auf eine gesicherte und für alle möglichst gleiche Grundlage gestellt werden. Das kann aber nur geschehen, wenn die Versorgung der Mitglieder des Gemeinwesens mit den Gegenständen ihres Bedarfes unter die Aufgaben des Staates selbst aufgenommen und die ganze wirtschaftliche Tätigkeit von einer Zentralstelle aus geleitet wird.

Die Erhebung des Staates zum Motor der Wirtschaft kann in zwei Hauptformen geschehen: als Kommunismus und als Kollektivismus. Man hat den Unterschied zwischen beiden oft darin finden wollen, daß der

---

kraten, und so geraten sie auch in eine gewisse Nachlässigkeit bei der Erklärung ihres Systems. Sie machen sich selbst nicht immer klar, was es einerseits erlaubt und was es andererseits auf das Bestimmteste ausschließt. Es ist ihnen möglich, von dem einen Standpunkt zum anderen überzuspringen, ohne sich dessen bewußt zu werden.« Der Aufsatz ist in deutscher Übersetzung von *F. A. Hayek* erschienen in der »Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik«, Neue Folge, 4. Bd., S. 607 ff.)

Kollektivismus nur die Produktionsmittel in das Gemeineigentum überführen, der Kommunismus dagegen auch das Eigentum an den Konsumsmitteln der Gesamtheit vorbehalten will (während der Kollektivismus das Privateigentum an Konsumgütern bestehen läßt). Auf diese Weise kommt man jedoch nicht zu einem richtigen Erfassen des Punktes, in dem der Gegensatz zwischen Kommunismus und Kollektivismus letztlich wurzelt. Der wesentliche Unterschied liegt in folgendem<sup>1)</sup>: Die beiden Hauptformen des zentralistischen Sozialismus stimmen darin überein, daß sie in ihrer Gesellschaftsorganisation das Ideal der ökonomischen Gleichheit aller Mitglieder möglichst weitgehend durchführen wollen. Doch begnügt sich der Kollektivismus mit der Herstellung der Gleichheit des Einkommens und überläßt es den einzelnen, wie sie ihr Einkommen verwenden wollen. Der kollektivistische Staat gewährt mit anderen Worten seinen Bürgern Freiheit des Konsums und es ist für ihn inofgedessen auch der Gebrauch des Geldes unentbehrlich. Denn der Gebrauch des Geldes hat ja vor allem auch die Bedeutung, daß durch ihn die Freiheit der Einkommensverwendung, die Freiheit der Konsumtion ermöglicht wird. Das kommunistische Gemeinwesen dagegen braucht die Einrichtung des Geldes nicht mehr. Die ökonomische Gleichheit, die im Zukunftsstaat des Kommunismus herrschen soll — natürlich sind auch hier noch gewisse Abstufungen denkbar — ist keine Gleichheit der Geldeinkommen, sondern der Naturalbezüge. Der einzelne Bürger erhält von den staatlichen Stellen unmittelbar die Güter zugewiesen, die er konsumieren soll, er hat Anspruch auf gewisse Mengen von Nahrungsmitteln, Kleidern, Brennstoffen, Gebrauchsgegenständen, einen gewissen Wohnraum usw. Das ist der letzte und tiefste Unterschied zwischen den beiden Hauptformen des zentralistischen Sozialismus, daß beim Kommunismus auch die Freiheit des Konsums, die der Kollektivismus bestehen läßt, verschwindet und der Staat auch darüber Vorschriften ergehen läßt, was die einzelnen zu konsumieren haben. Betrachtet man Kommunismus und Kollektivismus vom Standpunkt des sozialistischen Gleichheitsideals, so ist zweifellos der Kommunismus die strengere und konsequentere Form. Der Kommunismus hat die Gedanken, die dem Sozialismus zugrunde liegen, am folgerichtigsten zu Ende gedacht, und er scheut sich nicht, alle Konsequenzen aus dem sozialistischen Rechtsprinzip zu ziehen, auch wenn das zu einer Gesellschaftsordnung führt, deren Einrichtungen weit abliegen von den jetzt geltenden. Der Kollektivismus mit seiner Anerkennung der Konsumfreiheit dagegen bedeutet schon eine gewisse Anpassung an das Gesellschaftssystem des Individualismus und an die liberale Wirtschaftsverfassung.

<sup>1)</sup> Ich stimme in dieser Beziehung ganz mit *Tugan-Baranowsky* überein, vgl. *Der moderne Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung*. Dresden 1908, S. 15 ff.

Doch finden wir auch bei Sozialisten, die zunächst für die Verwirklichung des kollektivistischen Programmes eintreten, nicht selten das Zugeständnis, daß das letzte Ziel der Entwicklung doch der Kommunismus bleibe <sup>1)</sup>.

Wie der Kommunismus die radikalste und geschlossenste Form des Sozialismus darstellt, so ist er auch seine älteste.

Seitdem der Engländer *Thomas Morus* an der Schwelle der Neuzeit im Jahre 1516 in seiner Schilderung der Zustände auf der Insel Utopien zum ersten Male das Bild eines kommunistischen Gemeinwesens entworfen hat, sind zahlreiche ähnliche Schilderungen des kommunistischen Zukunftsstaates entstanden. Vor allem seit dem 18. Jahrhundert werden sie immer häufiger. 1766 macht der Franzose *Morelly* in seinem Code de la Nature sogar zum ersten Male den Versuch, die Einrichtungen eines kommunistischen Gemeinwesens als Paragraphen eines Gesetzbuchs zu formulieren. Unter dem Einflusse *Morellys* hat auch *Gracchus Babeuf* 1795/96 seinen bekannten Versuch unternommen, der großen Französischen Revolution eine ihr an sich fremde Richtung zum Sozialismus hin zu geben. Allein die Verschwörung des *Babeuf* wurde im Keime erstickt, und sein Unternehmen, der Französischen Revolution einen kommunistisch-proletarischen Charakter zu verleihen, blieb eine Episode.

Auch im 19. Jahrhundert hat der kommunistische Gedanke in der Literatur noch zahlreiche Vertreter gefunden. Aus den letzten Jahrzehnten seien außer *Bellamys* bekanntem »Rückblick aus dem Jahre 2000« hier nur noch *Bebels* Buch über die Frau und den Sozialismus, *Ballods* »Zukunftsstaat« (2. Aufl. 1919), »Der Kommunismus« von *Eduard Palyi* (Berlin 1919), sowie *Popper-Lynkeus*, »Die allgemeine Nährpflicht« (1913), genannt. Der Zukunftsstaat, von dem diese Autoren ein Bild zu entwerfen suchen, zeigt alle Züge des unverfälschten Kommunismus, wenn daneben auch von einigen Autoren der Versuch gemacht wird, von den heutigen Einrichtungen Verschiedenes beizubehalten und Kommunismus und Individualismus nebeneinander bestehen zu lassen. So alt die kommunistische Literatur nun auch schon ist — sie hätte während des Weltkriegs das Jubiläum ihres vierhundertjährigen Bestehens feiern können —, so ist es doch erstaunlich, einen wie geringen inneren Fortschritt diese Literatur zeigt. Man kann nicht sagen, daß der kommunistische Zukunftsstaat im Laufe dieser mehrhundertjährigen Entwicklung nun wirklich greifbare Gestalt und lebensvolle Züge angenommen hätte. Sein Bild ist bei den Kommunisten des 19. Jahrhunderts noch ebenso verschwommen und unklar, wie bei denen der vorhergehenden Jahrhunderte. Diese ganze Literaturgattung ist in der Beschreibung

---

<sup>1)</sup> Auf diesem Standpunkt steht z. B. auch *Tugan-Baranowsky* (a. a. O. S. 128), der damit wieder nur dem Beispiele von *Marx* folgt.

der allgemeinsten Einrichtungen steckengeblieben und bietet überwiegend nur kleine Variationen über das von *Morus* in seiner Utopia behandelte Thema, ohne aber dem schon von diesem entworfenen Grundbild wesentlich neue Züge hinzufügen zu können.

Auffallend ist auch, wie wenig die moderne Entwicklung des Wirtschaftslebens — die Entstehung der Weltwirtschaft — Einfluß auf den Inhalt der kommunistischen Literatur gewonnen hat. Die Tatsache, daß das Wirtschaftsleben heute in Reichen organisiert ist, die viele Millionen von Menschen umfassen, wird von einem großen Teil der Kommunisten immer noch einfach ignoriert. Wie ein solches Millionenreich oder gar die Weltwirtschaft auf kommunistischer Basis organisiert werden könnte, dafür einen Weg anzugeben, das geht offenbar über ihr Vermögen<sup>1)</sup>. Und so begnügen sie sich damit, Bilder von kommunistischen Gemeinwesen zu entwerfen, die sich aus sehr kleinen Gebieten und Bevölkerungszahlen zusammensetzen, etwa gar nur eine Stadt mit dem nächsten Landbezirk umfassen. Wie bei diesem Zustand die heutige billige industrielle Technik, die für ihre Massenproduktion große Marktgebiete voraussetzt, soll beibehalten werden können, bleibt das Geheimnis des Kommunismus. Der Kommunismus ist eben heute noch genau so wie vor Jahrhunderten »Utopie«, d. h. er vernachlässigt die realen Bedingungen des Wirtschaftslebens und der menschlichen Natur. Dieses seines utopischen Charakters ist sich ein großer Teil der kommunistischen Literatur auch selbst sehr wohl bewußt. Die häufige Wahl der Romanform für die kommunistische Literatur, die Verlegung des Schauplatzes der geschilderten kommunistischen Gemeinwesen entweder an unbekannte Orte oder in Zeiten, die von der Gegenwart durch Jahrhunderte getrennt sind, das alles sind deutliche Bekenntnisse der Unfähigkeit der Kommunisten, von den Verhältnissen der Gegenwart eine Brücke zu schlagen zu den Einrichtungen ihres Zukunftsstaats.

In diesem Zusammenhang muß es besonders interessieren, welche Stellung der Marxismus zum Kommunismus einnimmt. Liegt der Kommunismus oder der Kollektivismus oder vielleicht gar nur der de-

---

<sup>1)</sup> Mit Recht entgegnet deshalb *Boris Brutzkus* Theoretikern wie *Bucharin*, *Tschajanow*, *Larin*, die die sozialistische Wirtschaft mit der bäuerlichen Naturalwirtschaft vergleichen: »Dieser Vergleich, bei dem sich unsere Forscher des Sozialismus offenbar beruhigen, würde in der Tat wesentlich zur Lösung des Problems der Regelung der sozialistischen Wirtschaft beitragen, wenn . . . nun, wenn die beiden Wirtschaftsorganisationen sich auch in ihrem Umfang nahekommen würden. Die bäuerliche Wirtschaft läßt sich von einem gesunden Bauernverstand übersehen und handhaben. Reicht aber eine analoge Intuition hin, um nicht nur die sozialistische Wirtschaft des großen Rußlands, sondern auch schon die eines Kleinstaates zu übersehen?! In derartigen Fällen werden eben die quantitativen Unterschiede zu qualitativen.« (Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution. Berlin 1928, S. 37/38.)

zentralistische Sozialismus in der Konsequenz des marxistischen Programms?

Bei *Marx* selbst sind nur dürftige Andeutungen darüber zu finden, wie er sich die Einrichtungen des Zukunftsstaates vorstellt. Das Bild des Zukunftsstaates wird von ihm nur in der Weise bestimmt, daß er ausmalt, was die Bewohner dieses Staates an Vorteilen gewinnen werden. Er unterläßt es aber positiv die Einrichtungen zu schildern, durch die diese Ziele sich erreichen lassen. Die Liste der Vorteile ist lang und umfaßt alles, was man begehren mag. Nach der Zusammenstellung, die *Greiling*<sup>1)</sup> gibt, verspricht *Marx* für den Zukunftsstaat z. B.: »Verkürzung der Arbeitszeit, reichlichere Versorgung eines jeden mit allen Gütern, Verwandlung der Arbeit aus einer Last in eine Lust, Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, Beseitigung der zum einseitig entwickelten Teilmenschen, zum umgekehrten Krüppel machenden Arbeitsteilung«.

Durch welche konkrete Umgestaltung der Wirtschaftsorganisation diese umfassenden Ziele erreicht werden sollen, darüber hüllt sich *Marx*, wie gesagt, in Schweigen. Indessen liegt es doch klar zutage, daß er, um dieses Programm zu verwirklichen, den vollständigen Übergang zum kommunistischen System für notwendig hält. Aus den wenigen Stellen, an denen sich *Marx* über die Grundprinzipien der kommenden Wirtschaftsorganisation ausspricht, ist das deutlich zu erkennen. Nach ihm wird sich der Übergang zum Sozialismus, nachdem das Proletariat die Zügel der Staatsgewalt ergriffen hat, in zwei Etappen vollziehen, in denen für die Verteilung des Produktionsertrages wesentlich verschiedene Grundsätze gelten werden. In der ersten Phase der neuen Gesellschaft wird die Verteilung noch nach Maßgabe der individuellen Arbeitsleistungen vorgenommen werden, erst in der zweiten Phase wird das strenge kommunistische Prinzip: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« zur Durchführung gelangen. Nach *Marx* wird also der Sozialismus vom Kollektivismus zum Kommunismus fortschreiten. Eine solche stufenweise Verwirklichung des Sozialismus hält *Marx* für notwendig, weil die von ihm für die Einführung des Sozialismus vorausgesetzte Steigerung der Produktivität der Arbeit ebenso wie die Wandlung der menschlichen Natur vom Egoismus zum Gemeinsinn, die unter der Herrschaft des Sozialismus nach ihm eintreten soll, nur allmählich sich geltend machen kann.

So dürftig die Andeutungen über das Wesen der sozialistischen Zukunftsgesellschaft auch sind, so kann doch hiernach kein Zweifel daran bestehen, daß *Marx* sie sich unter dem Bilde einer straff zentralistischen

<sup>1)</sup> *Marxismus und Sozialisierungstheorie*, Berlin 1923, S. 13. Dort sind auch die Stellen aus den Schriften von *Marx* angegeben, auf die sich diese Zusammenstellung stützt.

Wirtschaftsweise vorgestellt hat, in der die entscheidende wirtschaftliche Macht an einer Stelle konzentriert ist und von dieser Stelle aus die gesamte wirtschaftliche Betätigung der Mitglieder des Gemeinwesens geregelt wird. Ganz in Übereinstimmung hiermit bemerkt *Tugan-Baranowsky* über die Stellung des Marxismus zur zukünftigen sozialen Ordnung: »Unzweifelhaft ist nur eins, nämlich, daß, obwohl die Marxisten verneinen, daß die zukünftige Gesellschaft ‚Staat‘ heißen kann, die sozialistische Organisation der zukünftigen sozialen Wirtschaft, nach der Vorstellung der Marxisten, einen zentralistischen Charakter tragen muß«<sup>1)</sup>. Im Einklang hiermit wird ja auch bereits im »Kommunistischen Manifest« die Einführung eines »gleichen Arbeitszwangs für Alle« unter den Mitteln zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise aufgeführt. *Kautsky* hat freilich neuerdings, wohl unter dem Eindruck der abschreckenden Wirkung der Zwangsbewirtschaftung und Militarisation der Arbeit in Rußland, versucht, den von *Marx* geforderten gleichen Arbeitszwang für alle recht harmlos zu deuten. Er versichert, daß diese Forderung nur den Gedanken ausspricht, »daß jede Art des arbeitslosen Einkommens ausgeschlossen, jeder zu *irgendeiner Arbeit* verpflichtet sein soll. Er besagt keineswegs, daß jedem einzelnen seine besondere Arbeit und seine besondere Arbeitsstätte vorzuschreiben sei«<sup>2)</sup>. Diese Interpretation fordert zu berechtigter Skepsis heraus. Es heißt doch, *Marx* in die Kategorie der Vulgärökonomen einreihen, wenn man ihm zutraut, er habe die Konsequenzen des zentralistischen Sozialismus für die Freiheit der Arbeit nicht erkannt.

Als treue Schüler *Marx*' können nach dem Gesagten nur Vertreter des zentralistischen Sozialismus betrachtet werden<sup>3)</sup>. Als solche sind neben dem bereits erwähnten *Ballod* in den letzten Jahren vor allem *Otto Neurath* und *Rudolf Goldscheid* zu nennen. Sie bewegen sich mit ihren Sozialisierungsvorschlägen, mögen sie in anderen Punkten von der Lehre des Marxismus auch abweichen, durchaus auf marxistischem Boden, indem sie das Bild einer völlig zentralisierten Wirtschaft zu entwerfen suchen, in der es keinen Markt im heutigen Sinne, keine Konkurrenz zwischen verschiedenen Betrieben usw. mehr gibt, sondern alle Fäden des Wirtschaftslebens an einer Stelle, eben dem Zentralwirtschaftsamt, zusammenlaufen, das den Plan für die Verwendung der Produktionsmittel im Dienste der Bedarfsbefriedigung aufstellt. Daß *Neurath* und

<sup>1)</sup> Der moderne Sozialismus, S. 116.

<sup>2)</sup> Von der Demokratie zur Staatssklaverei, 1921, S. 114.

<sup>3)</sup> Zu diesen ist auffallenderweise *Kautsky*, der so lange Zeit die Rolle des offiziellen Interpreten der marxistischen Lehre gespielt hat, nicht mehr zu rechnen. *Kautsky* hat sich mit seinem in den letzten Jahren entwickelten Sozialisierungsprogramm offenkundig auf den Boden des dezentralistischen Sozialismus gestellt, kann in dieser Beziehung also nicht mehr als echter *Marx*-Jünger betrachtet werden.

*Goldscheid*, mögen sie ursprünglich auch nicht vom Marxismus ausgegangen sein, als echte Nachfolger von *Marx* anzusehen sind, ist ihnen auch von marxistischer Seite selbst bescheinigt worden. So schreibt z. B. *Greiling* über *Neurath*: »Das Gesamtbild der marktfreien, planmäßigen Verwaltungswirtschaft bei *Neurath* entspricht durchaus dem *Marxschen* Kollektivismus«<sup>1)</sup>.

*Neurath* und *Goldscheid* haben ihre Sozialisierungsprogramme in einer Reihe von Schriften ausführlich entwickelt<sup>2)</sup>. Trotz der Ausführlichkeit ihrer Darstellungen bleibt das Bild des Zukunftsstaates, den sie entwerfen, aber doch sehr verschwommen. Es lohnt sich hier nicht eine genaue Analyse dieser Schilderungen vorzunehmen. Im Grunde sind sie mit ihren Entwürfen nicht über das bereits von *Morus* und *Cabet* geleistete hinausgekommen. Auch tut man ihnen sicherlich nicht Unrecht, wenn man von ihnen behauptet, daß sie auf dem Boden des strengen Kommunismus stünden. Dadurch, daß z. B. *Neurath* gelegentlich ein »Verteilungssystem der Güter mit möglichst freier Wahl« verspricht, kann die Tatsache nicht aufgehoben werden, daß die Konsequenz seiner, den Markt im heutigen Sinne völlig beseitigenden Wirtschaftsweise eine staatliche Regelung des Konsums ist, ohne welche die Produktionsleitung ihre Aufgabe unmöglich erfüllen kann. In *Goldscheids* Sozialisierungsprogramm tritt die ausschlaggebende Rolle, die dem Staat im sozialistischen System bei der Regelung der wirtschaftlichen Betätigung in allen Beziehungen zufällt, denn auch ganz deutlich hervor.

Wie sehr der zentralistische Sozialismus in der Konsequenz des Marxismus liegt, dafür ist ja auch die Entwicklung in Rußland seit 1917 eine wertvolle Bestätigung. Indem *Lenin* und *Trotsky*, sobald sie sich der Staatsgewalt bemächtigt hatten, eine kommunistische Neuordnung des Wirtschaftslebens durchzuführen suchten, glaubten sie nur nach den Grundsätzen ihres Lehrmeisters *Marx* zu handeln. Ganz wie für *Marx*, so war auch für *Lenin* das Gesellschaftsideal »ein Bureau und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn«, in der »alle Bürger Angestellte und Arbeiter eines Staatssyndikats des gesamten Volkes geworden sind«. Allerdings wird heute schon behauptet, in Rußland sei überhaupt gar kein Versuch, kommunistische Wirtschaftsgrundsätze durchzuführen, gemacht worden. Alle Maßregeln, die in Rußland in den ersten Jahren der Bolschewistenherrschaft ergriffen und als kommunistisch angesehen worden seien, verdankten gar nicht dem Streben, das kommunistische Programm zu verwirklichen, ihre Entstehung, sondern

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 76.

<sup>2)</sup> Vgl. *Neurath*, Wesen und Weg der Sozialisierung, München 1919. Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft, München 1919. Vollsozialisierung, 1920. — *Goldscheid*, Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott, Leipzig und Wien 1919.



seien einfach Kriegsnotwendigkeiten gewesen. Vorbilder für sie seien auch in der Kriegszwangswirtschaft anderer Länder zu finden. Solche Behauptungen stimmen aber durchaus nicht mit den Tatsachen überein. Wer die Worte und Taten der bolschewistischen Regierung untersucht, kann nicht daran zweifeln, daß es ihr drei Jahre lang absolut ernst gewesen ist mit der Durchführung ihres grundsätzlich kommunistisch eingestellten Wirtschaftsprogramms. Es ist interessant festzustellen, wohin die Versuche mit dem kommunistischen Wirtschaftsprogramm in Rußland zwangsläufig geführt haben.

## B. Der Kollektivismus.

Die zweite Hauptspielart des zentralistischen Sozialismus ist der Kollektivismus. Der Kollektivismus ist insofern eine besonders interessante Form des Sozialismus, als er den Versuch darstellt, das Problem der sozialistischen Wirtschaftsorganisation auf dem Boden der Freiheit zu lösen. Diejenigen Sozialisten, die sich ausgesprochen auf den Boden des Kollektivismus stellen, versuchen in gewissem Sinne schon eine Versöhnung, einen Ausgleich zwischen Sozialismus und Individualismus herbeizuführen. Sie haben die große Bedeutung, die den in der individualistischen Wirtschaftsordnung gelegenen Freiheitsrechten des Individuums, insbesondere der Freiheit des Konsums und der Freiheit der Arbeit für die Entwicklung der Persönlichkeit zukommt, richtig erkannt, und sie glauben nun eine Gesellschaftskonstruktion gefunden zu haben, die den Grundgedanken des Sozialismus zur Verwirklichung verhilft, ohne daß in ihr die wirtschaftliche Selbstbestimmung des einzelnen und die hohen Werte, die mit ihr verknüpft sind, preisgegeben zu werden brauchte.

*Pecqueur* und *Rodbertus*, die beiden Hauptvertreter des kollektivistischen Gesellschaftsideales, stimmen darin überein, daß sie beide den Bürgern ihres Zukunftsstaates gleichmäßig Freiheit des Konsums gewähren wollen. *Pecqueur* hält streng an dem Prinzip der absoluten Gleichheit aller Einkommen fest, nur soll eben das Einkommen ein Geldeinkommen sein, über dessen Verwendung für den Konsum die einzelnen frei verfügen können, indem sie für ihr Geld beliebige Produkte aus den staatlichen Magazinen entnehmen dürfen. In dem letzten Punkte stimmt *Rodbertus* ganz mit *Pecqueur* überein. In dem Gesellschaftszustand, den er seinen Betrachtungen zugrunde legt, ist ein Arbeitsgeld eingeführt, dessen Entstehung darauf beruht, daß jedem Arbeiter eine Bescheinigung über soviel geleistete normale Arbeit ausgestellt wird, als das Produkt, das er hergestell hat, enthielt. »Diese Bescheinigung würde genau den von ihm geschaffenen Wert bezeichnen und deshalb auch für den Inhaber eine Anweisung auf ebensoviel Wert sein können. Diesen letzteren

würde er gegen Rückgabe des Scheins in beliebigen Einkommensgütern aus den Magazinen der Gesellschaft, wie jetzt gegen Geld aus den Läden der Privaten, zur Vergeltung seiner Arbeit beziehen können<sup>1)</sup>).

Im Gegensatz zu *Pecqueur* werden bei *Rodbertus* also nicht alle Arbeitsarten gleich entlohnt, sondern es ist eine bestimmte Skala dafür aufgestellt, in welchem Verhältnis die einzelnen, nach der Schwierigkeit und Mühe verschiedenen Arbeitsleistungen auf Normalarbeitsstunden umgerechnet werden sollen. *Rodbertus* legt seinem Sozialismus den Gedanken des *individuellen* Rechts auf den vollen Arbeitsertrag zugrunde und sieht die Einführung einer Reduktionsskala vor, nach der die einzelnen Arbeiten bei der Bemessung der Preise sowohl, die für die einzelnen Waren bei dem Entnehmen aus den gesellschaftlichen Magazinen zu zahlen, als auch bei der Ausstellung der vorhin erwähnten Bescheinigungen an die Arbeiter zu berechnen sind. Ist diese Reduktionsskala, nach der etwa eine Stunde Bergmannsarbeit zwei Stunden Näharbeit gleichwertig ist, einmal angenommen, so gehört sie zu den Grundsätzen der sozialistischen Gesellschaft, die unverändert aufrechterhalten bleiben.

Mit der Einführung einer festen Reduktionsskala wollen Sozialisten wie *Rodbertus* vor allem eine Erscheinung der heutigen Wirtschaftsorganisation beseitigen, die sie als einen besonderen Mißstand empfinden: der Arbeit soll der Charakter einer »Ware« genommen werden, d. h. die Entlohnung der Arbeit soll unabhängig davon gemacht werden, ob das Angebot von Arbeit auf einem bestimmten Arbeitsgebiet gerade größer oder geringer ist, sie soll sich ein für allemal nur nach bestimmten objektiven Merkmalen der Arbeit (Schwierigkeit, Mühe) richten, nicht aber nach irgendwelchen wechselnden Konjunkturen des Marktes. Ohne Zweifel kommt der Sozialismus, wenn er derartige Forderungen erhebt und die Abschaffung des »Lohnsystems« in seiner heutigen Form verlangt, einem tief empfundenen Sehnen weiter Arbeiterkreise entgegen — einem Sehnen, das an sich auch absolut verständlich ist. Wir haben es also bei dem *Rodbertusschen* Gesellschaftssystem nicht mit einer beliebigen Konstruktion zu tun, sondern mit einem Gedankengebilde, auf das man notwendig kommen mußte, sobald man überhaupt anfang ernsthaft nach Organisationen zu suchen, durch welche die sozialistischen Wunschziele verwirklicht werden könnten. Das gleiche gilt auch von dem zweiten Grundsatz des *Rodbertusschen* Gesellschaftssystems, daß nämlich bei der Berechnung der Preise, zu denen die Waren aus den staatlichen Magazinen abgegeben werden, *nur* Arbeitskosten in Ansatz gebracht werden dürfen. Diese Art der Preisfestsetzung ist ja nichts weiter als die notwendige Konsequenz aus dem obersten Theorem der

---

<sup>1)</sup> Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände, 1842.

sozialistischen Wirtschaftstheorie, daß die Produktionskosten der Güter im Grunde nur aus Arbeit bestehen, daß die Arbeit den einzigen ursprünglichen und allgemeinen, d. h. von der Gesellschaftsordnung unabhängigen Produktionsfaktor darstellt. Diese Art der Preisbildung ist daher auch nichts dem *Rodbertusschen* System allein Eigentümliches, sie kehrt in ganz ähnlicher Weise in anderen sozialistischen Reformplänen wieder, wie z. B. auch in der Tauschbank *Proudhons* oder in den Vorschlägen *Owens* zu einer genossenschaftlichen Organisation des Wirtschaftslebens.

Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß sich das *Rodbertussche* Gesellschaftssystem aus Bestandteilen aufbaut, die dem Sozialismus wesenseigentümlich sind. Die überlegene Ablehnung, mit der die Sozialisten marxistischen Bekenntnisses das System *Rodbertus* zu behandeln pflegen, ist darum wenig angebracht. Wenn man überhaupt den Versuch wagt, die Probleme einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, in der die an der heutigen Wirtschaftsorganisation im Interesse der Arbeiter zu beanstandenden Erscheinungen zum Verschwinden gebracht sind, ernsthaft zu durchdenken, und sich nicht auf den bequemen Standpunkt des Marxismus zurückzieht, die Entwicklung zum Sozialismus dem freien Spiel der vom bewußten menschlichen Handeln unabhängigen gesellschaftlichen Kräfte zu überlassen, dann muß man notwendig auf solche Gesellschaftskonstruktionen verfallen wie sie *Rodbertus* schon 1842 entworfen hat. *Gustav Cassel* ist daher durchaus richtig vorgegangen, wenn er seiner schon 1900 erschienenen kritischen Betrachtung der Durchführbarkeit des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag in erster Linie den Plan von *Rodbertus* zugrunde gelegt hat.

Bei der eingehenden Analyse, der *Cassel* das *Rodbertussche*, auf den Grundgedanken des Kollektivismus ruhende Gesellschaftssystem unterzogen hat, kommt er zu einem durchaus negativen Ergebnis. Nach den Untersuchungen *Cassels* ist es »bei einer Preisbestimmung lediglich nach Arbeitsquantitäten nicht möglich, weder die Produktion im einzelnen so zu leiten, daß jeder sich daraus nach Belieben eine seinem Arbeitsertrag entsprechende Menge von Nützlichkeiten aussuchen kann, noch im ganzen so viel zu produzieren, daß die verfügbaren Nützlichkeiten zur Deckung der Gesamtheit aller berechtigten Ansprüche hinreichen«<sup>1)</sup>.

Indem wir wegen des näheren Beweises für diese Sätze auf die eingehende Darstellung bei *Cassel* selbst verweisen, begnügen wir uns hier damit, zur Kritik des kollektivistischen Gesellschaftsideals die Frage etwas näher zu erörtern, inwieweit die einzelnen Bestandteile dieser Gesellschaft miteinander vereinbar sind, inwieweit es insbesondere möglich ist, die Einrichtungen des Kollektivismus, in denen seine Eigen-

<sup>1)</sup> Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, Göttingen 1900, S. 51/52.

art gegenüber dem Kommunismus am schärfsten hervortritt, also die Freiheit des Konsums und die Freiheit der Arbeit, zugleich aufrechtzuerhalten mit einer Entlohnung der Arbeit, wie sie ihm vorschwebt, also entweder mit einer absoluten Gleichheit der Einkommen oder mit einem nach einer Reduktionsskala abgestuften Einkommen für verschiedene Arbeitsarten, — in Verbindung mit einer Preisfestsetzung, die lediglich die Arbeitskosten der Güter berücksichtigt. Den letzteren Punkt, der von *Cassel* besonders sorgfältig untersucht wird, können wir einstweilen sogar beiseite lassen, um das Problem nicht unnötig zu komplizieren. Es wird sich zeigen, daß auch, wenn man nur die Arbeitskosten bei der Preisbildung zu berücksichtigen brauchte, die Gleichheit des Einkommens für alle bzw. die Aufrechterhaltung einer festen Reduktionsskala unmöglich ist, wenn die Gesellschaft gleichzeitig auch Freiheit des Konsums und Freiheit der Arbeit gewähren will. Es ist unmöglich, eine Gesellschaftsordnung zu konstruieren, die in ihrer Verfassung gleichzeitig gewährleistet: Freiheit des Konsums, Freiheit der Arbeit und Gleichheit oder feste Abstufung der Einkommen. Gewährt man Freiheit des Konsums und will man außerdem Gleichheit oder feste Abstufung der Einkommen erreichen, so wird man unbedingt zu einem System zwangsweiser Regelung der Arbeit greifen müssen, bei dem dem einzelnen Arbeiter nicht mehr die freie Berufswahl zusteht. Will man aber die zwangsweise Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Berufe und Produktionszweige vermeiden, so wird die Aufrechterhaltung der Gleichheit der Lohnsätze oder der festen Reduktionsskala zu einem Ding der Unmöglichkeit, dann bleibt nichts anderes übrig, als die Höhe der Entlohnung der Arbeiter in den einzelnen Berufen mit der größeren oder geringeren Stärke des Zudrangs zu diesen auf- und abschwanken zu lassen, mit anderen Worten, die Arbeit wieder in demselben Sinne zu einer Ware zu machen, wie sie es heute ist. Dies ist ein Haupteinwand gegen den Kollektivismus: er will Einrichtungen miteinander verbinden, die soziologisch schlechterdings nicht miteinander vereinbar sind. Man muß sich *entweder* für Gleichheit bzw. feste Abstufung der Lohnsätze *oder* für Freiheit der Arbeit entscheiden, — die Freiheit des Konsums betrachten wir als dem Streite der Parteien entrückt und als unbedingt festzuhaltende Einrichtung —, man kann aber nicht beides zugleich in einer Gesellschaftsordnung haben.

Weshalb diese beiden Dinge — immer die Anerkennung der Freiheit des Konsums vorausgesetzt — nicht miteinander vereinbar sind, weshalb das eine oder das andere preisgegeben werden muß, das ist nicht schwer zu erkennen. »Jeder Arbeiter wird sich«, wie *Cassel*<sup>1)</sup> richtig bemerkt, »natürlich auf Grund seiner Arbeitsscheine die Nützlichkeiten aussuchen, die ihm gefallen, unbekümmert darum, was er selbst hervor-

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 6r.

gebracht hat«. Es besteht dabei aber nicht die geringste Gewähr dafür, daß die Stärke des Zudrangs zu den verschiedenen Berufen dann, wenn man in diesen auf eine gleiche oder doch wenigstens eine feste, im voraus bestimmte Entlohnung rechnen kann, sich immer im Gleichgewicht mit dem Verhältnis, in dem die einzelnen Produkte begehrt werden, befindet. Die Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Berufe vollzieht sich, sobald man sie in rechtlicher Freiheit vor sich gehen läßt, nach vollkommen selbständigen Gründen, insbesondere unabhängig davon, wie sich die gesellschaftliche Nachfrage einteilt. Sie wird in erster Linie durch Familientradition, Gewohnheit, größere oder geringere Annehmlichkeit der einzelnen Arbeiten, die Schwierigkeit ihrer Erlernung und dergleichen Momente bestimmt. Auch die Mode spielt bei der Berufswahl manchmal eine nicht unwichtige Rolle. Es ist unter solchen Umständen selbstverständlich, daß fortwährend die größten Disharmonien zwischen den Mengen der hergestellten und denen der begehrten Produkte auf den einzelnen Gebieten sich ergeben müssen, daß die Magazine der Gesellschaft über gewisse Gegenstände, die sich besonderer Beliebtheit erfreuen, bald überhaupt nicht mehr verfügen werden, während sie mit anderen Gütern überfüllt sind.

Wenn in dieser Weise das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch gestört ist, so kann die Leitung eines sozialistischen Gemeinwesens die Abhilfe auf drei verschiedenen Wegen versuchen. Einmal kann natürlich die Freiheit des Konsums aufgehoben und eine obrigkeitliche Regelung des Bedarfes vorgenommen werden. Das betrachten wir indessen nach dem vorhin Gesagten als ausgeschlossen, da der kollektivistische Sozialismus gerade auf diesen Punkt seines Programms entscheidenden Wert legt. Dabei können wir allerdings die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die Freiheit des Konsums, an die der kollektivistische Sozialismus denkt, unter Umständen etwas ganz anderes ist, als die freie Bedarfswahl, die in der gegenwärtigen Wirtschaft herrscht. So schreibt z. B. *Schäffle*: »Die berufsanstaltlich organisierte, in sich geschlossene Kollektivproduktion könnte unzweifelhaft mindestens ebenso gut eine vollkommene tägliche, wöchentliche, monatliche, semestrals, jährliche Statistik der freien Individual- und Familienbedarfe aufnehmen, als solche jetzt auf dem Markt mit seiner Nachfrage sich von selbst vollzieht, und hierdurch könnte die Nationalproduktion quantitativ und qualitativ nach dem freien Bedarf sich gliedern . . . . Die Bedarfssummen an jeder Produktart müßten durch eine fortlaufende offizielle Erhebung des Bedarfs seitens der Absatzämter und Produktionsvorstandschäften festgestellt und dem sozialen Betriebsplan zugrunde gelegt werden«<sup>1)</sup>. In diesen Worten wird aber offenbar für den Sozial-

<sup>1)</sup> *A. Schäffle*, Die Quintessenz des Sozialismus, Gotha, seit 1891 viele unveränderte Abdrucke, S. 23 und 3.

staat eine völlig andere Art der Bedarfsbildung angenommen als sie in der heutigen Wirtschaft sich vollzieht, eine Art der Bedarfsbildung, die man nur als ein kümmerliches Surrogat der gegenwärtig herrschenden Freiheit des Konsums bezeichnen kann. Denn wenn mit Hilfe der Statistik eine sichere Leitung der Produktion ermöglicht werden soll, so müssen die oben erwähnten statistischen Erhebungen doch bedeuten, daß die Konsumenten in gewissen Perioden ihren Bedarf anzumelden haben und an diese Anmeldung dann auch streng gebunden sind. Man mache sich einmal klar, was das auf manchen Gebieten des Bedarfes bedeuten würde. Jedenfalls wäre es etwas ganz anderes als der gegenwärtige Zustand, bei dem der Konsument sich erst im letzten Augenblick zu entscheiden braucht, was er konsumieren will, und seine Auswahl unter fertig produzierten Gegenständen trifft, die, ohne daß er sich irgendwie zu binden brauchte, hergestellt worden sind.

Gleichviel aber, ob wir völlige Freiheit des Konsums oder in der geschilderten Weise eine Art Produktion auf Vorausbestellung haben: in jedem Falle wird entweder eine Zwangsbewirtschaftung der menschlichen Arbeit oder aber ihre Verwandlung in eine Ware in dem Sinne, daß die Lohnsätze in den einzelnen Gewerben mit dem Zudrang schwanken, notwendig. Für eine dieser beiden Möglichkeiten muß sich die Verfassung des Sozialstaates entscheiden — *tertium non datur*.

Der Sozialismus *Pecqueurs* hat sich in dieser Zwangslage, um das Prinzip der gleichen Entlohnung zu retten, zu einer weitgehenden staatlichen Regelung der Ausbildung der Jugend und des Zugangs zu den einzelnen Berufen entschlossen. *Pecqueur* macht folgenden Vorschlag: »Für die Beschäftigung mit irgendeiner Arbeit muß bewiesen werden, daß die gegebene Persönlichkeit die geeignetste dazu ist. Als Beweis dafür gilt eine besondere Prüfung durch kompetente Behörden und die Wahl durch die Bevölkerung. Den Vorzug auf ein gewisses gesellschaftliches Amt haben Personen, die dazu am geeignetsten sind und die größten Sympathien der Bevölkerung genießen. Diese beiden Voraussetzungen bestimmen auch das Aufsteigen auf der gesellschaftlichen Stufenleiter — die Bekleidung höherer gesellschaftlicher Ämter«<sup>1)</sup>. An diesen Vorschlägen *Pecqueurs* ist interessant, daß in ihnen schon lange vor der Entstehung der psychotechnischen Wissenschaft an die Einführung eines Systems von Eignungsprüfungen für die einzelnen Berufe gedacht wird. Materiell sind die Vorschläge aber freilich nicht ausreichend, um das vorhin dargelegte Problem in seinem vollen Umfang zu lösen. Denn es handelt sich bei diesem nicht darum, auf die Verteilung der neu in die Beschäftigung eintretenden Arbeitskräfte auf die einzelnen Berufe Einfluß auszuüben, sondern daneben besteht vor allem die Aufgabe, fort-

---

<sup>1)</sup> Nach der Schilderung bei *Tugan-Baranowsky* a. a. O. S. III.

laufend die richtige Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Produktionszweige entsprechend den Änderungen der gesellschaftlichen Nachfrage herbeizuführen, mit denen doch auch in einem sozialistischen Gemeinwesen, das Freiheit des Konsums gewährt und den wirtschaftlichen Fortschritt, speziell die Einführung neuer Produkte nicht ausschließt, beständig gerechnet werden muß. *Bellamy*, der Nachfolger *Pecqueurs*, hat sich für den zweiten Teil des Problems eine Lösung ausgedacht, die scheinbar gestattet, das Prinzip des gleichen Einkommens für alle zusammen mit der Freiheit der Arbeit aufrechtzuerhalten. Nach seiner Idee sollen nämlich die Behörden des Zukunftsstaats für jede Arbeitsart die Arbeitsbedingungen so gestalten, daß Arbeitsangebot und -nachfrage in jedem Gewerbe sich ausgleichen. »Wenn die Zahl derjenigen, die in einer bestimmten Arbeitsart Aufnahme finden wollen, größer ist als die vorhandene Arbeitsgelegenheit, so wird die Arbeit durch Verlängerung der Arbeitszeit weniger anziehend gestaltet, was auch das Sinken des Arbeitsangebotes bis zum Niveau der Nachfrage nach sich zieht. Ein ungenügendes Arbeitsangebot ruft entgegengesetzte Maßnahmen hervor: die Arbeitszeit wird verkürzt, oder es werden andere Mittel angewendet, um die Arbeit anziehender zu gestalten, und als Folge davon steigt das Arbeitsangebot«<sup>1)</sup>. Fürwahr, ein eigentümliches System, das *Bellamy* hier ausgedacht hat, um den Bürgern seines Gemeinwesens Freiheit der Beschäftigung zugleich mit Gleichheit des Einkommens und Freiheit des Konsums zu garantieren! *Bellamy* bemerkt anscheinend gar nicht<sup>2)</sup>, daß die Gleichheit des Einkommens bei der von ihm vorgeschlagenen Lösung verloren geht. Denn was ist das für eine Gleichheit, wenn für eine sehr verschieden lang bemessene Arbeitszeit alle das gleiche Einkommen erhalten? Man wird es auch den Bürgern des Zukunftsstaates nicht abgewöhnen können, daß sie ihr Einkommen als Entgelt für die von ihnen geleistete Arbeit betrachten. Und wenn die einen für lange Arbeitszeit — ohne daß an sich die Arbeit etwa besonders leicht ist! — nur das gleiche Einkommen erhalten, wie andere für wesentlich kürzere Arbeit, so werden sie das als sehr ungerecht empfinden. Hinter der von *Bellamy* vorgeschlagenen Lösung versteckt sich, wenn man näher zusieht, doch wieder nur die heute übliche Regulierung des Zugangs zu den verschiedenen Berufen und Gewerben durch die Höhe der Lohnsätze. Aber die *Bellamysche* Regelung hat dabei den großen Nachteil, daß sie das Übel, um das es sich in Wahrheit handelt, nur verschlimmert. Es ist doch ein ganz absurder Gedanke, die Zustände in einem Gewerbe, in dem mehr Personen beschäftigt sind, als eigentlich auf Grund der Nachfrage nach seinen Produkten gebraucht werden,

<sup>1)</sup> *Tugan-Baranowsky* a. a. O. S. 119.

<sup>2)</sup> Und *Tugan-Baranowsky* anscheinend ebensowenig, da er zu diesen Vorschlägen *Bellamys* kein Wort der Kritik zu sagen hat.

dadurch verbessern zu wollen, daß man die Arbeiter dieses Gewerbes auch noch Überstunden machen läßt, und ebenso, daß man umgekehrt, wenn Mangel an Arbeitern in einem Gewerbe herrscht, die Arbeitszeit verkürzt. Wie man bei dieser Methode, bei der der Teufel durch Beelzebub auszutreiben gesucht wird, das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion im Sozialstaate herstellen will bei Aufrechterhaltung der Freiheit des Konsums bleibt das Geheimnis *Bellamys*.

Das Gebiet, auf dem im kollektivistischen Sozialismus der Zwangscharakter, der vom zentralistischen Sozialismus nun einmal nicht zu trennen ist, hervortritt, ist also die Wahl der Beschäftigung. Wie im Kommunismus die staatliche Regelung des Konsums die spezifische Form des Zwanges ist, so ist es im Kollektivismus die Zwangsbewirtschaftung der Arbeit. Der Kollektivismus kann die Freiheit des Konsums nur erkaufen durch Preisgabe der Freiheit der Arbeit. Oder aber er muß auf die Forderung verzichten, die sein eigentliches Ideal ausmacht: die Gleichheit oder wenigstens annähernde Gleichheit der Einkommen. Es ist interessant zu sehen, wie moderne, vom Marxismus herkommende Sozialisten, vor dieses Dilemma gestellt, die Zwangsbewirtschaftung der menschlichen Arbeit verwerfen und im Vergleich mit ihr in dem jetzigen Zustand, in dem die Arbeit als Ware behandelt wird und in ihrem Preise auf und abschwankt, das geringere Übel erblicken. Wir haben hier vor allem die entschiedene Absage im Auge, die *Kautsky Trotzki* hat zuteil werden lassen, als die Sowjetregierung zur Einführung des Systems der vollständigen Militarisierung der Arbeit sich entschloß. *Trotzki* hatte ganz den Grundsätzen des alten zentralistischen Sozialismus entsprechend verkündet: »Ein anderer Weg zum Sozialismus außer der gebieterrischen Verfügung über die Wirtschaftskräfte und Mittel des Landes, außer einer zentralisierten Verteilung der Arbeitskraft in Abhängigkeit vom gesamtstaatlichen Plan, kann es für uns nicht geben. Der Arbeiterstaat hält sich für berechtigt, jeden Arbeiter auf den Platz zu stellen, wo seine Arbeit notwendig ist«<sup>1)</sup>.

Darauf erwiderte *Kautsky*: »Eines ist sicher: nirgends werden die Arbeiter auf die Freiheiten verzichten, die sie bisher errungen haben und die ihnen teuer sind; weder ihre politischen noch ihre ökonomischen. Es ist ein schlimmes Zeichen für die Degradation der russischen Arbeiter unter dem gegenwärtigen Regime, daß sie sich den Verlust der Freiheit der Presse und der Versammlungen sowie die Knebelung der Sowjets gefallen ließen. Englischen oder deutschen Sozialisten, die die Staatsmacht gewonnen, dürfte man derartiges nicht bieten. Schon gar nicht aber den Verlust der Freizügigkeit, sowie die Freiheit der Berufs- und Betriebswahl . . . . . Man sage einem westeuropäischen Arbeiter, daß

1) *Terrorismus und Kommunismus*, 1920, S. 117/18.



in einem sozialistischen Gemeinwesen die Behörden die Macht bekommen, jeden Arbeiter, den sie brauchen, von seiner Familie zu reißen, in einen Militärzug zu setzen und für beliebig lange Zeit administrativ zu verschicken, und man wird eine Ablehnung dieser Art Moskauer Sozialismus erleben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen wird . . . Kein Proletariat, das über die Herdennatur hinaus, das also reif geworden ist zum Sozialismus, würde sich auch nur die leiseste Annäherung an militaristischen Arbeitszwang weder innerhalb des Betriebs, noch in Form zwangsweiser Zuweisung an bestimmte Betriebe gefallen lassen«<sup>1)</sup>. Aus diesen Ausbrüchen *Kautskys* ersieht man die Verlegenheit, in welche die Sozialisten geraten, wenn sie erkennen, daß der Weg zum Sozialismus im alten Sinne durch die Zwangsbewirtschaftung der Arbeit führt, daß der zentralistische Sozialismus unvereinbar ist mit der Freiheit der Arbeit, wie sie das liberale Wirtschaftssystem gebracht hat. Die Abwendung *Kautskys* vom alten zentralistischen Sozialismus und seine Hinwendung zum dezentralistischen Sozialismus, die in seiner hier erwähnten Schrift mehrfach deutlich zum Ausdruck gelangt, ist ohne Zweifel auf das Konto dieser Erkenntnis zu setzen. Ursprünglich hat sicherlich auch *Kautsky*, wie überhaupt der gesamte Marxismus, die Verwirklichung des zentralistischen Sozialismus gewollt. Erst als ihm durch das russische Experiment die Augen darüber geöffnet wurden, unter welchen Bedingungen allein der zentralistische Sozialismus erreichbar ist, da wurde er an ihm irre. Man hatte zwar den Sozialismus gewollt, nicht aber auch die Mittel, durch die er allein verwirklicht werden kann.

Gegenüber der »gebieterischen Verfügung über die Arbeitskräfte des Landes«, wie sie *Trotski* fordert, hält *Kautsky* sogar die Wiederherstellung des Charakters der Arbeit als Ware, d. h. ihre ungleiche Entlohnung je nach Mangel und Überfluß auf einem bestimmten Gebiete des Arbeitsmarktes, auch im Sozialstaate für das kleinere Übel. Denn nur in diesem Sinne können doch die folgenden Worte gedeutet werden: »In solchen Fällen bleibt nichts anderes übrig, als die außergewöhnlichen Nachteile des Betriebes durch anderweitige Vorteile wettzumachen. Etwa die Arbeitszeit in solchen Produktionszweigen unter den in der Gesamtindustrie geltenden Durchschnitt zu verkürzen, oder den Arbeitslohn besonders zu erhöhen, unter Umständen beide Methoden zu vereinigen oder ähnliche besondere Vorteile zu gewähren«<sup>2)</sup>.

Wie recht hatte doch *Cassel*, als er schon 1900 schrieb: »Die Arbeit wird in der sozialistischen Gesellschaft in ganz demselben Sinne eine ‚Ware‘ bleiben, in dem sie es in der heutigen ist. Die Abschaffung des Lohnes und dessen Ersatz durch eine Reduktionsskala ist, kurz gesagt, die Utopie der Utopien«<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 104, 105, 122.

<sup>2)</sup> A. a. O. S. 115.

<sup>3)</sup> Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, S. 6.

### C. Die sozialistische Wirtschaftsrechnung.

Wenn man sich über den zentralistischen Sozialismus und seine Durchführbarkeit ein Urteil bilden will, so muß vor allem die Frage gelöst werden, wie das Prinzip der Wirtschaftlichkeit in einem Gemeinwesen gewahrt werden soll, in dem es keinen Markt und somit auch keine Preisbildung für die Produktionsmittel mehr gibt, da diese ja vergemeinschaftet worden sind. Wie wird die notwendige Ordnung in der Verwendung der Produktionsmittelmengen hergestellt, wenn die heutige Ordnung auf Grund des Preisbildungsprozesses nicht aufrechterhalten werden kann? Im Grunde bedeutet diese Frage ja das Kardinalproblem des ganzen Sozialismus. Ist der Sozialismus außerstande dieses Problem zu lösen, so heißt das, daß er nicht eine Wirtschaftsordnung, sondern nur ein Wirtschaftschaos zu schaffen vermag.

Trotz der ungeheueren Bedeutung der vorliegenden Frage hat man sich in der sozialistischen Theorie lange Zeit sehr wenig um sie gekümmert. Kennzeichnend dafür ist die Art, in der *Schäffle* sich über dieses Grundproblem ausspricht. Er stellt für die Preisbildung im Sozialstaat zunächst die gleichen Grundsätze auf, die uns schon von der Betrachtung des *Rodbertusschen* Systems bekannt sind. »Die Absatzämter erheben den Bedarf, verteilen hiernach die Nationalarbeit auf die verschiedenen Geschäftsgattungen, auf die Produktions-, Transport- und Lagerkorporationen und deren Ämter und setzen den Wert der Produkte nach Maßgabe der darauf zu verwendenden »gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit« (*K. Marx*) fest. Nach dem so regulierten Wert kämen die Produkte zur Verteilung durch Liquidation gegen die Arbeitsguthaben der sämtlichen Produzenten. Der Spekulationsmarkt wäre also überflüssig«<sup>1)</sup>. Bei weiterer Erörterung des Gegenstandes kommt er indessen zu der richtigen Erkenntnis, daß damit noch keine befriedigende Lösung erzielt ist, daß insbesondere bei diesem Vorgehen die Zentralbehörde eines wirklichen Maßstabes für die Verteilung der Produktivkräfte auf die Produktionszweige entbehrt. Er will daher das zuerst vorgeschlagene Verfahren noch durch die Aufnahme des Gebrauchswertes in die Bestimmung der Sozialtaxen ergänzt wissen. »An sich ist nun die Aufnahme des Gebrauchswertes in die Bestimmung der Sozialtaxen nicht undenkbar. Bei einheitlicher Produktion wird ja sehr bald bemerkbar, welche Arten von Arbeit und wo diese überflüssig oder begehrt wären; die Bedarfsänderungen und Ausfälle ließen sich viel einheitlicher übersehen. Danach könnte niedriger oder höher taxiert werden, um die wirtschaftliche Wanderung der Arbeit anzuregen. Aber dann müßte der jetzige Irrtum derjenigen Werttheorie, für welche der Wert nur nach den Sozialkosten

<sup>1)</sup> Die Quintessenz des Sozialismus, S. 40/41.

sich richtet, in Ansehung der Taxation der Arbeiten ebenso aufgegeben sein, als in Ansehung der Taxation der Produkte. Beide müßten bei sinkendem Gebrauchswert Abschlüge, bei steigendem aber Zuschläge erfahren. Ohne diese Einführung des Gebrauchswertes in die Sozialtaxe, d. h. ohne analoge Nachahmung aller Wertbestimmungsvorgänge des heutigen Marktes, wäre gar nicht daran zu denken, daß irgendeine oberste Leitung des einheitlichen Produktionssystems Arbeits- und Güterbedarfe *quantitativ* und *der Art nach* mit den Arbeits- und Gütervorräten in Übereinstimmung erhalten, d. h. jenes volkswirtschaftliche Gleichgewicht der Arbeit und Verzehrung bewahren könnte, welches jetzt täglich neu, wenn auch stoßweise, unter dem Einfluß der auch den wechselnden Gebrauchswert (Begehr) beobachtenden Marktpreise, hergestellt wird«<sup>1)</sup>. Hier wird also der anfänglich für überflüssig erklärte Spekulationsmarkt auf einem Umwege wieder eingeführt, oder es wird doch wenigstens nach einem Ersatz für ihn gesucht. Ob der zentralistische Sozialismus freilich imstande ist, einen solchen Ersatz zu schaffen, ob er nicht vielmehr, wenn er nach einem Ersatz sucht, sich selbst in den Kernstücken seines Programms aufgeben muß, darauf weiß *Schäffle* keine bestimmte Antwort zu geben. Er bricht daher die Auseinandersetzung über diese grundlegende Frage mit der Erklärung ab, er wolle es dahingestellt sein lassen, ob es jemals möglich wäre, ein soziales Taxewesen nach Maßgabe auch des besonderen und wechselnden Gebrauchswertes aller Einzelarbeiten und aller Einzelprodukte zu organisieren. Die Frage sei bisher fast gar nicht erörtert und daher nicht spruchreif.

Die Erörterung der Frage, die von *Schäffle* in Schwebelassen worden war, hat dann lange Zeit fast völlig geruht. Erst von *Ludwig Mises* ist sie in ihrer ganzen Schwere und Tragweite aufgerollt und von neuem zur Diskussion gestellt worden<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 50/51.

<sup>2)</sup> »Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen«, Archiv für Sozialwissenschaft, 47 Bd., S. 86—121 und »Die Gemeinwirtschaft«, II. Teil »Die Wirtschaft des sozialistischen Gemeinwesens«, S. 94—264. Das Manuskript dieses Abschnittes bricht hier ab. Die weiteren Ausführungen stammen vom Herausgeber. Über die Bedeutung der Problemstellung *Mises'* vgl. man auf sozialistischer Seite *Eduard Heimann*, Kapitalismus und Sozialismus, Potsdam 1931, S. 29: ... »das — zuerst von *Max Weber* und *Mises* durchgeführte — Bedenken gegen die sozialistische Wirtschaftsorganisation geht darauf hinaus, daß sie die Möglichkeit des Überblicks und der Kontrolle über die Wirtschaftlichkeit verliere, weil sie die Konkurrenz ausschalte. Man darf nicht glauben, daß die Kontrolle eine lediglich kapitalistische Notwendigkeit sei: auf welche Weise und in welcher Höhe immer die Einkommen entstehen, immer ist es die Aufgabe der Wirtschaft, die Produktionsrichtungen den beweglichen Richtungen der Einkommensverausgabung möglichst prompt und elastisch anzupassen, und das geschieht durch Orientierung an frei beweglichen, die jeweilige Stärke der Nachfrage ausdrückenden Preisen der Produkte und der Produktionsmittel. Man darf auch nicht glauben, daß die von

Es wurde schon gezeigt, daß bei freier Konsumwahl im sozialistischen Gemeinwesen entweder die freie Arbeitswahl aufgegeben, oder aber die Marktpreisbildung für Arbeitsleistungen wieder eingeführt werden müßte. Gleichviel nun, ob man die eine oder die andere Entscheidung trifft: das Problem der sozialistischen Wirtschaft wäre auch nach dem Verzicht auf die Freiheit der Arbeit oder nach Einführung der Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt, also nach Aufgabe der Freiheit oder der Gleichheit nicht gelöst. Denn es kommt ja nicht *nur* darauf an, die Arbeitskraft dem Konsum anzupassen, die Arbeiter so in die Produktionen einzugliedern, daß gerade die begehrten Güter, und diese in einer dem Bedarf gerade entsprechenden Menge, hergestellt werden: was von der Arbeit gilt, gilt ganz ebenso von den anderen Produktionsfaktoren, insbesondere vom Kapital. Diese Feststellung mag zunächst überraschen. Denn es scheint doch sinnlos zu sein anzunehmen, die sozialistische Wirtschaft hätte auch noch mit anderen als mit Arbeitskosten zu rechnen. Die sachlichen Produktionsmittel (Kapital und Boden) sollen doch gerade deshalb in Gemeinbesitz übernommen werden, damit den arbeitslosen Einkommen (Zins und Rente) die Entstehungsgrundlage entzogen wird. Besitzt die sozialistische Wirtschaft selbst alle zur Produktion notwendigen Mittel, so ist sie nicht genötigt, sich die Mitwirkung dieser Mittel bei der Produktion durch die Bezahlung von Preisen zu erkaufen, so, wie sich heute der Unternehmer Rohstoffe kauft und Kredite gegen Zinsversprechen nimmt. Die sozialistische Wirtschaftsgesellschaft hat es, mit anderen Worten, nicht nötig, sich »ausbeuten« zu lassen, sie kann ohne Schwierigkeiten unmittelbar das Recht auf den vollen Arbeitsertrag verwirklichen und eine reine Arbeitswertrechnung durchführen.

Diese Auffassung ist jedoch, so richtig sie zunächst scheint, völlig unhaltbar. Schon früher (vgl. S. 58 ff.) wurde dargelegt, daß unter der Voraussetzung freier Konsumwahl auch in einer sozialistischen Wirtschaft mit einem Zinspreis gerechnet werden müßte. Denn das Kapital ist — obgleich Kapitalgüter jederzeit mit Arbeitsaufwendungen und Materialien hergestellt werden können — ein Produktionsfaktor, dem eine besondere Seltenheit anhaftet. Das kommt daher, daß die Herstellung von Kapitalgütern deshalb dauernd geringer sein wird als ihre Verwendungsmöglichkeit (d. h. die Nachfrage nach ihnen), weil sie — obschon sie schließlich die Produktivität der Wirtschaft erhöht — zu-

---

der älteren sozialistischen Theorie gewollte Arbeitsstundenrechnung die verkehrswirtschaftliche Preisrechnung ersetzen könne; nicht wieviel Arbeitsstunden aufgewendet worden sind, sondern ob sie in der richtigen Richtung aufgewendet wurden, das ist die Frage der Wirtschaftsrechnung. Diese Frage ist für den Sozialismus begrifflicherweise unbequem, die Auseinandersetzung mit ihr aber gerade darum notwendig; und sie darauf gestoßen zu haben, ist ein großes Verdienst der genannten kapitalistischen Theoretiker.«

nächst doch eine Verminderung der Konsumgüterproduktion erfordert, eine Verminderung, die wegen des laufenden Konsums eben doch nur in relativ engen Grenzen ertragen werden kann. Würde nun angesichts der besonderen Seltenheit des Kapitals — die wohlgemerkt auf einem Tatbestand beruht, der von der Organisation des Wirtschaftslebens völlig unabhängig ist — nicht auch ein besonderer Preis für diesen Produktionsfaktor berechnet werden, so könnten bei freier Konsumwahl Angebot und Nachfrage nicht in Übereinstimmung gebracht werden. Die Güter, die außer Arbeitskraft auch noch Kapitalaufwendungen enthalten, müssen im Preis über die Arbeitskosten steigen — oder aber die Nachfrage nach ihnen (z. B. nach Wohnraum) muß rationiert werden, was aber dem Prinzip der freien Konsumwahl widersprechen würde.

Selbstverständlich ist, daß in der sozialistischen Wirtschaft der private Zinsbezug wegfallen könnte. Die einzelnen Mitglieder des sozialistischen Gemeinwesens müssen nicht durch ein Zinsversprechen zum Konsumverzicht, d. h. zur Sparkapitalbildung, angeregt werden, nachdem die Wirtschaftsleitung, die sich im Besitz der Produktionsmittel befindet, sich auf Wunsch eine vermehrte Ausrüstung mit Kapitalgütern beschaffen kann — einfach dadurch, daß sie die Kapitalgüterproduktion auf Kosten der Konsumgütererzeugung ausdehnt. Mit dem, was wir heute unter freier Konsumwahl verstehen, stimmt das allerdings nicht ganz überein. Aber auf die Wahl zwischen Gegenwarts- und Zukunftsbedarf würde sich die Konsumfreiheit in der sozialistischen Wirtschaft überhaupt wohl kaum erstrecken können, da eine Einschränkung des Gegenwartsbedarfes im Interesse des Zukunftsbedarfes *private* Kapitalbildung bedeuten würde und diese bei Vergemeinschaftung des Kapitalbesitzes, dem Wesen der sozialistischen Wirtschaft entsprechend, unmöglich wäre.

Wenn nun aber auch festgestellt werden kann, daß in der kollektivistischen Wirtschaft eine Zinspreisbildung notwendig wäre, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß sie auch möglich sein würde. Denn es ist eben gerade die Schwäche der sozialistischen gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß in ihr der Preisbildungsprozeß fehlt, der in der gegenwärtigen Konkurrenzwirtschaft die Ordnung herbeiführt <sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Diese und die folgenden Ausführungen zum Teil wörtlich in Anschluß an folgende Arbeiten des Herausgebers: Die Konkurrenz, München und Leipzig 1929, S. 30 ff.: »Die sozialistische Wirtschaft«; Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Berlin 1929; Kann der Zins abgeschafft werden? in »Deutsche Arbeit«, Augustheft 1929. Der Herausgeber weicht mit diesen Ausführungen von der Auffassung *Gustav Cassels* ab, der in der sozialistischen Wirtschaft eine zureichende Preisbildung für möglich hält. Es ist anzunehmen, daß auch der Verfasser, der der Beweisführung von *Mises* zustimmte, in diesem Punkte der Meinung *Cassels* widersprochen hat. Da im übrigen Verfasser wie Herausgeber durchaus auf dem Boden der *Casselschen* Theorie stehen und die vorliegende Schrift als eine Ergänzung zum *Casselschen*

Eine Preisbildung ist immer nur möglich, wenn sich Angebot und Nachfrage treffen, wenn durch Konkurrenz mehrerer Anbieter und Nachfrager sich ganz allmählich ein Preis findet, bei dem Angebot und Nachfrage in Einklang gebracht werden können. Der Zins z. B. bildet sich gegenwärtig auf dem Kreditmarkt, auf dem sich Anbieter und Nachfrager von Kapital treffen. In der sozialistischen Wirtschaft wird eine solche Preisbildung nicht möglich sein. Denn Angebot und Nachfrage befinden sich in einem einheitlichen Willenssitz — das gesamte Kapital gehört ja der Gemeinschaft — es kann also gar nicht angeboten und nachgefragt werden! Man könnte vielleicht meinen, die Leitung der Gemeinwirtschaft wisse genau Bescheid über die Seltenheit des Kapitals (die sie ja selbst willkürlich bestimmen kann) und es sei deshalb möglich, mit einem Zinssatz zu arbeiten, der, ohne daß eine Marktpreisbildung notwendig wäre, genau der Seltenheit des Kapitals entsprechend festgesetzt werden könne. Eine solche Annahme wäre jedoch völlig verfehlt. Es kann gar keine Rede davon sein, daß mit einer künstlichen Festsetzung des Zinssatzes irgend etwas gewonnen wäre. Die Leitung der sozialistischen Wirtschaft ist zwar in der Lage, die Menge der in ihrem Besitz befindlichen Kapitalgüter festzustellen, aber sie ist durchaus nicht fähig, die Seltenheit des Kapitals zu bestimmen. Der Preis richtet sich nicht nach der Menge eines Gutes, sondern nach der Menge im Verhältnis zu unserem Bedarf, nach Angebot und Nachfrage. Die Nachfrage ist aber nicht bekannt. Der Bedarf kann nur in einem Marktpreis zum Ausdruck kommen. Alles andere ist theoretische Konstruktion, die sich praktisch nicht verwirklichen läßt. Das Bedürfnis der einzelnen läßt sich in seiner Intensität nur ermitteln in der Bereitschaft, einen Preis von bestimmter Höhe zu bezahlen. Was hinter diesen objektiven Auswirkungen an psychischen Vorgängen steckt, ist eben wegen der rein psychischen Natur dieser Vorgänge nicht exakt quantitativ festzustellen.

Selbst wenn es der Leitung einer Gemeinwirtschaft gelingen könnte, einen der Seltenheit des Kapitals entsprechenden Zinssatz künstlich festzusetzen, so bliebe doch eine zweite und größere Schwierigkeit. In der kapitalistischen Wirtschaft wird der Zins in Prozenten einer in Geld ausgedrückten Wertsumme errechnet. Der Wert materieller Produktionsanlagen läßt sich in der gegenwärtigen Wirtschaft unschwer in Geld ausdrücken. Zur Wertbemessung dienen Angebot und Nachfrage am Kapitalgütermarkt und auf die Dauer die Produktionskosten. In der sozialistischen Wirtschaft ist es nicht möglich, auch nur einen künstlichen (also an sich schon höchst unvollkommenen) Zinssatz zur Anwendung zu bringen, weil in jedem einzelnen Verwendungsfalle die Kapitalsumme

---

Werke gedacht war, mußte, zur Vermeidung von Irrtümern, auf diese Meinungsverschiedenheit hingewiesen werden.

von der er berechnet werden sollte, völlig unbekannt ist. Denn die Kapitalgüter befinden sich alle im Besitz der Gemeinschaft, infolgedessen bildet sich auch für sie kein Preis. Angebot und Nachfrage kommen also auch hier (bei der Berechnung der jeweils aufgewandten Kapitalmenge) nicht in Betracht. Und ebensowenig natürlich die Produktionskosten. Denn es zeigt sich ja gerade, daß es für die sozialistische Wirtschaft unmöglich ist, Produktionskosten zu berechnen, wo doch Zins und Kapitalsumme unbekannt sind. Dabei hat die Herstellung von Kapitalgütern meist besonders auf die Kapitalkosten zu achten. Es ist also nicht nur unmöglich einen richtigen Preis für das Kapital herauszufinden, es ist auch nicht möglich mit einem willkürlich angenommenen Zinssatz eine Kostenrechnung durchzuführen, weil die Größe der Kapitalaufwendung jeweils nur im technisch materiellen Sinn, als eine Masse von Kapitalgütern (zusammen mit einer gewissen Lohnsumme natürlich) gegeben ist, von der nicht gesagt werden kann, wie sie als einheitliches Geldkapital (von dem allein Zinsen berechnet werden können) zu bewerten ist.

Wenn man also — unter Aufgabe des Gleichheitsgedankens — selbst annehmen wollte, daß sich in der kollektivistischen Wirtschaft Preise für Konsumgüter und Arbeitskräfte bilden würden, so wäre das keine genügende Grundlage für eine vollständige Wirtschaftsrechnung. Der innere Zusammenhang zwischen der Preisbildung auf dem Konsumgüter- und Arbeitsmarkt (dessen Fehlen im System *Rodbertus'* beanstandet wurde) genügt nicht. Es müßte eine Zinspreisbildung (und wohl auch eine Rentenbildung) die Arbeitswertrechnung ergänzen. Und zwar würde es nicht ausreichen, wenn lediglich, entsprechend ihrer größeren Seltenheit, die Preise der Güter, die unter Kapitalaufwand hergestellt wurden, über die Arbeitskosten steigen würden. Wesentlich ist, daß sich diese Kapitalkosten durch eine Preisbildung auf eigenen Kapital- und Kapitalgütermärkten feststellen und zusammen mit den Arbeitskosten den Produktpreisen gegenüberstellen lassen. Denn dies ist der Sinn der Wirtschaftsrechnung: daß den Produktpreisen die Produktionskosten gegenübergestellt werden, so daß ohne weiteres festgestellt werden kann, ob in den einzelnen Produktionen Gewinne oder Verluste erzielt werden, ob also die Produktionen ausgedehnt oder eingeschränkt werden sollen.

Übrigens muß jetzt gesagt werden, daß die eben angenommene innere Verbundenheit zwischen der Preisbildung der Konsumgüter und der Preisbildung der Arbeit (die *Rodbertus* gegenüber gefordert werden mußte) in der sozialistischen Wirtschaft gar nicht bestehen kann: die Vergemeinschaftung der sachlichen Produktionsmittel (des Kapitals) zerstört auch diesen tauschwirtschaftlichen Teil des Kollektivismus, der eben von Anfang an den Prinzipien des zentralistischen Sozialismus widersprach. Der Preisbildungsprozeß ist ein Netz unendlicher Wechselbe-

ziehungen, aus dem nicht willkürlich einzelne Teile (Zinspreisbildung) herausgerissen werden können, ohne daß die anderen Teile notwendig Schaden leiden. Werden die Fäden dieser Beziehungen zerschnitten, indem eine tauschwirtschaftliche Preisbildung aller sachlichen Produktionsmittel unmöglich gemacht wird, so fehlt es auch den verbleibenden Teilen des Preisbildungsprozesses an jener typisch straffen Verbundenheit, auf deren Vorhandensein die Ordnung und Wirtschaftlichkeit einer Verkehrswirtschaft beruht.

Kann mangels eines zureichenden Preisbildungsprozesses die Produktion nicht so geleitet werden, daß die seltenen Produktionsmittel auf den Bedarf nach Maßgabe der Kaufkraft verteilt werden, so ist mit der freien Wahl des Bedarfes nicht viel gedient. Denn es werden von der gemeinwirtschaftlichen Zentrale die Güter dann doch nicht in Anpassung an diesen frei sich gestaltenden Konsum erzeugt. Die freie Wahl erstreckt sich nur auf die schon produzierten Güter, während es vor allem darauf ankommen müßte, auch die Verwendung der Erzeugungsmittel nach dem Bedarf zu orientieren. Dann aber unterscheidet sich die kollektivistische Wirtschaft nur dadurch noch vom Kommunismus, daß in ihr der Verbraucher innerhalb des Rahmens der vorhandenen Konsumgüter frei wählen darf, und daß die Beschränkung der Nachfrage durch entsprechende Preisfestsetzungen erreicht wird, während im Kommunismus eine der kriegswirtschaftlichen Rationierung ähnliche Verteilung vorgenommen würde. Das Absterben der verkehrswirtschaftlichen Elemente des Kollektivismus, gegenüber seinen planwirtschaftlichen Elementen, macht sich also auch in der Art der Verteilung geltend <sup>1)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Da die Ausführungen dem streng zentralistischen Sozialismus gelten, darf nicht mit einer »Konkurrenz« der einzelnen sozialistischen Betriebe und einer auf dieser Konkurrenz beruhenden Preisbildung argumentiert werden. Macht man in der Theorie des dezentralistischen Sozialismus diese Voraussetzung, so bleibt das Problem solange ungelöst, bis man nicht tatsächlich ein ziemlich weitgehendes Sondereigentum an den Produktionsmitteln annimmt (man vgl. auch *Mises*, Die Gemeinwirtschaft, S. 120), d. h. also, bis man sich nicht im Prinzip zu einem Aufbau der Volkswirtschaft entschlossen hat, der dem gegenwärtigen so sehr ähnelt, daß die Bezeichnung Sozialismus in der üblichen wirtschaftlichen Bedeutung des Wortes nicht mehr am Platze sein dürfte. Man vgl. hierzu, wie überhaupt zum Problem der Wirtschaftsrechnung, die Diskussion des Herausgebers mit *Ed. Heimann* enthalten in *Heimann*, Mehrwert und Gemeinwirtschaft, Berlin 1922; *Halm*, Die Konkurrenz, München und Leipzig 1929; *Heimann*, Über Konkurrenz, Monopol und sozialistische Wirtschaft, in »Die Arbeit«, 6. Jahrgang, Heft 9 und 10; *Halm*, Über Konkurrenz, Monopol und sozialistische Wirtschaft, in »Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik«, 133. Bd., S. 321 ff.; *Heimann*, Kapitalismus und Sozialismus, Potsdam 1931. Diese Schrift enthält außer dem schon genannten Aufsatz »Über Konkurrenz usw.« auch eine vom Herausgeber kritisierte Abhandlung »Zur Kritik des Kapitalismus und der Nationalökonomie« und im Anhang antikritische Bemerkungen zu dessen Einwendungen.



## D. Das russische Experiment.

1. **Der Kriegskommunismus.** Als ihm die Macht zugefallen war, ging der russische Kommunismus unter Führung *Lenins* daran, das Wirtschaftsleben auf eine *völlig* neue Grundlage zu stellen. *Lenin* hat es noch in der 1920 erschienenen Schrift über die russische Agrarfrage für völlig falsch erklärt, etwa in der Frage des Grundeigentums das wichtigste Problem des Sozialismus zu sehen und es als lächerlich bezeichnet von Sozialismus zu reden, solange der Warenmarkt besteht. *Lenin* wollte ganze Arbeit machen. Der Krebschaden der bestehenden Gesellschaft, die Produktion um des Erwerbes, des Profites willen, sollte mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. »Man wollte die Bourgeoisie aus ihren letzten ökonomischen Stützpunkten vertreiben und auch die Ansätze zu einem Wiederaufleben des kapitalistischen Systems im Keim vernichten. Zu diesem Zweck führte man einen erbitterten Kampf gegen den Markt«<sup>1)</sup>. Die Maßnahmen, die ergriffen wurden, ließen an Radikalismus nichts zu wünschen übrig. Schon im Frühjahr 1918 erging ein Verbot des Handels in landwirtschaftlichen Produkten und sehr bald wurde die Bekämpfung der »Spekulation«, d. h. praktisch überhaupt die Bekämpfung jedweden Handels als die Hauptaufgabe der bolschewistischen Regierung angesehen. Die Absicht der kommunistischen Regierung bei diesem Vorgehen war die folgende: »Die Bauernschaft sollte alle Überschüsse, die sie nicht zur eigenen Ernährung brauchte, dem Staate für die Ernährung der Städte und der Roten Armee freigeben, d. h. ohne geldlichen Gegenwert zur Verfügung stellen, und der Staat sollte umgekehrt dafür den Dörfern die ihnen so dringend fehlenden Produktionsmittel, Geräte und namentlich Vieh, sowie die ebenfalls sehr stark begehrten Bekleidungsmittel als Entgelt zuführen; es sollte aber keinerlei unmittelbare Aufrechnung der beiderseitigen Leistungen stattfinden, sondern ohne jegliche geldliche Wertung Überschuß und Bedarf als Ganzes gegeneinander gestellt werden«<sup>2)</sup>. Mit dieser Grundidee hat der Kommunismus nach kurzer Frist Schiffbruch erlitten. Und das Wirtschaftsprogramm, das er in völliger Verkenning der menschlichen Natur durchzuführen suchte, hat für Rußland geradezu verheerende Wirkungen gehabt. Die Hungersnot, von der Rußland 1921/22 heimgesucht worden ist, ist zur Hauptsache auf das Konto der kommunistischen Regierung zu setzen, die unter Ausschaltung der Kräfte, die bis dahin das wirtschaftliche Getriebe auch in Rußland in Gang gehalten hatten, eine Produktion unmittelbar für den gesellschaft-

<sup>1)</sup> *Friedrich Pollock*, Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917—1927. Leipzig 1929, S. 69.

<sup>2)</sup> *Wiedenfeld*, Landwirtschaft in Räterußland, Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, Neue Folge, 3. Band.

lichen Bedarf einzuführen suchte. Der Bauernschaft gegenüber ist das Wirtschaftsprogramm, allerdings nur soweit die Lieferungen der Bauern in Betracht kamen, durchgeführt worden. Da die Bauern weit davon entfernt waren, ihre Produktion ohne Bezahlung und ohne sonstige Gegenleistung — über die von den Bauern so heiß begehrten Industrieprodukte verfügte die Räteregierung infolge des rapiden Verfalls der Industrie nicht <sup>1)</sup> — für den gesellschaftlichen Bedarf zur Verfügung zu stellen, konnte das aber nur unter Anwendung sehr harter Maßnahmen geschehen. »Eine besondere Lebensmittelarmee von rund 40 000 Köpfen wurde aus militärdienstuntauglichen Elementen zusammengestellt und in kleineren oder größeren Abteilungen überall dorthin geworfen, wo die Dörfer nicht soviel ablieferten, wie die Regierung und ihre Lokalkommissäre von ihnen forderten« <sup>2)</sup>. Daß die Bauern sich dieses Verfahren auf die Dauer nicht gefallen ließen, liegt auf der Hand. Sie antworteten auf das Vorgehen der Regierung mit passiver Resistenz, d. h. sie schränkten die Bestellung ihrer Felder immer mehr ein <sup>3)</sup> und begnügten sich damit, nur noch soviel anzubauen, als sie unbedingt für die Deckung des eigenen Bedarfs brauchten <sup>4)</sup>. Angesichts der Schwächung der russischen Landwirtschaft durch die Ansprüche des Weltkrieges war die Politik der Regierung die schädlichste, die überhaupt gefunden werden konnte. Sie endete in der Hungerkatastrophe 1921/22.

Und nun trat die entscheidende Wendung ein. Die Tatsachen sprachen eine so deutliche Sprache, daß auch der verhärtetste Doktrinär sie verstehen mußte. Das Wirtschaftsleben zeigte, daß es sich nach kommunistischen Grundsätzen nicht verwalten ließ, wenn man es nicht völlig zugrunde richten wollte. Es ist anzuerkennen, daß *Lenin*, der doch selbst erst den Kommunismus schärfster Observanz gepredigt hatte, die Einsicht und den Mut zur vollständigen Umkehr auf der bisher verfolgten

<sup>1)</sup> »Die Bruttoproduktion war, berechnet für die ganze Industrie, (1920) auf 18% des Standes von 1913 gesunken.« *Pollock a. a. O.* S. 67.

<sup>2)</sup> *Wiedenfeld a. a. O.*

<sup>3)</sup> »Unter solchen Umständen gingen auch die Bodenerträge stark zurück; nach den Berechnungen des statistischen Amtes betrug der Rohertrag an Brotgetreide auf einer Deßjatine vor dem Krieg 48 Pud, im Jahre 1920 nur noch 36 Pud. Die Saatfläche ging von 93,6 Millionen Deßjatinen im Jahre 1917 . . . auf 86,1 Millionen im Jahre 1920 zurück, d. i. um 8%, verglichen mit dem Jahre 1917, und um 12½% bezogen auf das Jahr 1913. Der Ernteertrag betrug in Prozent vom Erntedurchschnitt des letzten Vorkriegsjahrzehnts:

1917.....	93%	1919.....	80%
1918.....	89%	1920.....	70%.

*Pollock a. a. O.* S. 59.

<sup>4)</sup> »Außer mit blutigen Aufständen reagierten die Bauern auf die Maßnahmen der Regierung dadurch, daß sie die Anbaufläche, insbesondere für technische Kulturen, immer mehr einschränkten und in weitestem Umfang zur geschlossenen Hauswirtschaft zurückkehrten.« *Pollock a. a. O.* S. 48.

Bahn aufbrachte. In einer Rede vom Oktober 1921 erklärte er: »Teils unter dem Einfluß der militärischen Aufgaben und jener, wie es schien, verzweifelten Lage, in der sich die Republik damals (Mitte 1918) befand, unter dem Einfluß dieser Umstände und vielleicht einiger anderer, . . . begingen wir den Fehler, daß wir uns entschlossen, *den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Distribution vorzunehmen*. Wir kamen zu dem Schluß, daß die Bauern uns auf dem Wege der Requisition die nötige Menge Getreide geben und wir sie an die Fabriken und Betriebe verteilen würden, und daß bei uns eine kommunistische Produktion und Verteilung herauskommen würde. Ich kann nicht behaupten, daß wir uns einen solchen Plan so bestimmt und anschaulich aufgezeichnet hätten, aber ungefähr in diesem Sinne handelten wir. Das ist leider Tatsache. Ich sage: leider, weil eine nicht sehr lange Erfahrung uns zur *Überzeugung von der Irrigkeit dieser Konstruktion brachte, die dem widersprach, was wir früher über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus geschrieben hatten*, zur Überzeugung, daß es, ohne die Periode der sozialistischen Rechnungslegung und Kontrolle zu durchlaufen, unmöglich ist, selbst zur untersten Stufe des Kommunismus zu gelangen . . . . An der Wirtschaftsfront haben wir bei dem Übergang zum Kommunismus im Frühjahr 1921 eine ernstere Niederlage erlitten, als irgendeine Niederlage vorher, die wir uns von *Koltshak, Denikin* oder *Pilsudski* holten, sie kam darin zum Ausdruck, daß unsere ökonomische Politik sich in den oberen Gliedern von den unteren isoliert erwies und nicht den Aufschwung der Produktivkräfte zeitigte, der im Programm unserer Partei als grundlegende und unaufschiebbare Aufgabe anerkannt ist. Die Requisition auf dem Dorf und die unmittelbare kommunistische Durchführung der Aufbauaufgaben in der Stadt, diese Politik hinderte den Aufschwung der Produktivkräfte und erwies sich als die Hauptursache der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise, auf die wir im Frühjahr 1921 stießen . . .«<sup>1)</sup> Und in einer Schrift über das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum meinte *Lenin*: »Grundsätzlich ergibt sich folgende Lage: entweder wir müssen das mittlere Bauerntum wirtschaftlich zufriedenstellen und uns zur Freiheit des Umsatzes verstehen, oder es ist bei dem langsamen Tempo der internationalen Revolution unmöglich, in Rußland die Macht des Proletariats aufrechtzuerhalten. Wir sind wirtschaftlich nicht dazu in der Lage. Das muß klar erkannt und offen ausgesprochen werden«<sup>2)</sup>.

Was an den Jahren des sogenannten »Kriegskommunismus« hauptsächlich interessiert, ist der harte Zwang, zu dem der Kommunismus notwendig greifen muß, wenn er sein System der »Bedarfsdeckungswirtschaft« durchzuführen sich bemüht. Bedarfsdeckungswirtschaft läßt

<sup>1)</sup> Zitiert nach *Pollock* a. a. O. S. 101/02.

<sup>2)</sup> Zitiert nach *Pollock* a. a. O. S. 116.

sich ohne Schwierigkeit nur durchführen in einem Zustande ohne Arbeitsteilung, auf der Entwicklungsstufe der Eigenproduktion, wenn jede Familie lediglich für die Deckung des eigenen Bedarfs produziert. Sucht man aber die Grundsätze der Bedarfsdeckungswirtschaft in einem Zustande mit weitgehender Arbeitsteilung durchzuführen, so wird der Kommunismus immer wieder die Erfahrung machen, daß die Menschen zur Arbeit bloß um der Befriedigung des gesellschaftlichen Bedarfes willen, ohne daß ihnen eine der Größe ihrer eigenen Arbeitsleistung genau entsprechende Gegenleistung gesichert ist, nicht bereit sind, und daß, wenn man unter solchen Umständen doch eine Produktion in dem nötigen Umfang erzielen will, nichts übrigbleibt, als einen weitgehenden Produktions- oder Arbeitszwang ihnen aufzuerlegen. In der Tat hätte die bolschewistische Regierung, wenn sie nach dem Jahre 1921 ihr System der Bedarfsdeckungswirtschaft und des Verbots des Verkaufs von Agrarprodukten durch die Produzenten und für deren Rechnung noch weiter hätte aufrechterhalten wollen, sich dazu entschließen müssen, für die landwirtschaftliche Bevölkerung einen bis ins einzelne geordneten Produktionszwang einzuführen. Jedem Bauern hätte vorgeschrieben werden müssen, wie er sein Fläche mit den einzelnen Früchten zu bestellen habe. Und um diesen Produktionszwang wirklich wirksam zu machen, hätte jeder einzelne Bauer dauernd kontrolliert werden müssen. Die eine Hälfte der Bevölkerung wäre dann notwendig gewesen, um die andere zu überwachen. Vor diesen Konsequenzen schreckte man zurück und deshalb kam es zur neuen ökonomischen Politik.

Wie das kommunistische System notwendig zu Zwangsmaßnahmen führt, das zeigte sich auch auf industriellem Gebiete. Hier glaubte man schließlich die gestellten Aufgaben nur mit Hilfe eines völlig ausgebildeten Systems der Zwangsarbeit lösen zu können. Selbstverständlich hat dieses System ebenso versagt, wie die Politik gegenüber der Landwirtschaft und mußte daher ebenfalls nach kurzer Zeit wieder aufgegeben werden.

Im Anfang glaubte die Sowjetregierung auch im kommunistischen Staat ohne jede Beschränkung der Arbeitsfreiheit auskommen zu können. Sie teilte den Glauben aller Utopisten an die angeborene Güte der menschlichen Natur und glaubte, daß freiwillig Arbeitsleistungen in genügendem Umfang zur Verfügung gestellt werden würden. Allein dieser Glaube an den Idealismus der großen Masse erwies sich bald als eine große Täuschung. Zum größten Erstaunen aller Marxenthusiasten zeigte es sich, wie *H. v. Eckardt* berichtet, »daß das ‚freie Proletariat‘ jede Arbeitslust verlor, daß die direkte Beteiligung am Produktionsertrage keine neuen Energien, keinen Arbeitseifer erzeugte«<sup>1)</sup>. Als die Macht-

<sup>1)</sup> Der Kreislauf der Wirtschaftspolitik des russischen Kommunismus. Weltw. Archiv, 17. Bd., S. 13 ff. Diesem Aufsatz sind auch die folgenden Angaben entnommen.

haber den psychologischen Fehler, den sie begangen hatten, erkannten, zögerten sie nicht, eine gründliche Änderung ihrer Politik vorzunehmen. Im Januar 1920 erschien ein Dekret über die Mobilisierung des industriellen Proletariats, das nichts anderes als eine vollständige Aufhebung der Arbeitsfreiheit nach allen Richtungen hin und eine Militarisierung der Arbeit bedeutete. Punkt 11 des von *Trotzki* entworfenen Gesetzes besagt: »Die sozialistische Gesellschaftsordnung lehnt prinzipiell das liberalkapitalistische Prinzip der ‚freien Arbeit‘ ab, das in der bürgerlichen Gesellschaft für die einen die Freiheit auszubeuten, für die anderen die Freiheit ausgebeutet zu werden, bedeutet. Soweit die Überwindung der den Menschen feindlichen äußeren physischen Verhältnisse die grundlegende Aufgabe der gesellschaftlichen Organisation bildet, verlangt der Sozialismus die obligatorische Teilnahme aller Mitglieder der Gesellschaft an der Erzeugung materieller Werte«. Aus diesem neuen Standpunkt zögerte die Sowjetregierung auch nicht rücksichtslos alle Konsequenzen zu ziehen. Die Idee der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Betrieben, zu der man sich nach der Revolution zunächst bekannt hatte, wurde wieder preisgegeben, den Betriebsräten wurde die Leitung der Betriebe genommen und an die Spitze der Betriebe wurden von der Regierung ernannte Direktoren mit uneingeschränkter Gewalt über die Arbeiter gestellt. Also ein völliger Systemumschlag, der seine Krönung durch die in dem erwähnten Dekret ausgesprochene Militarisierung der Arbeit und der Arbeitsstätten erhielt. Alle Wirtschaftsfragen wurden als solche des militärischen Kampfes bezeichnet. Mit den strengsten Mitteln sollte die Arbeitsdesertion beseitigt werden, die in den nationalisierten Betrieben in unerhörter Weise um sich gegriffen hatte. (Die Gesamtzahl der russischen Fabrik- und Bergarbeiter war vom 1. Januar 1917 bis zum 1. Januar 1920 von mehr als 2 Millionen auf 1 Million gesunken!) Jeder Arbeiter in Stadt und Land wurde nunmehr als Arbeitssoldat bezeichnet. Die Jugendlichen sollten von ihrem 14. Jahre an dem Zwang unterworfen sein. Den Organisationen, denen die Militarisierung und Mobilmachung des Proletariats obliegen sollte, wurden militärische Disziplinarrechte verliehen. Die Methoden und die Struktur der Roten Armee sollten Anwendung auf die Arbeitermassen finden. Es entstanden »Arbeitsfronten«, an welche die neuen »Arbeitsbataillone« geschickt wurden, man gab »Frontberichte« heraus und feierte gelegentlich »Arbeitssiege«, wenn ein vorgeschriebenes Pensum erfüllt werden konnte. Sehr richtig bemerkt *Johannes Gerhardt*: »Der Sozialismus, der ausgegangen war, die Wirtschaftsakokratie zu vernichten und an die Stelle einer Herrschaft über Menschen die ‚Verwaltung der Sachen‘ zu setzen, endet hier in einer Herrschaftsverfassung, die seine letzten Ziele nicht zur Verwirklichung kommen läßt.« Und *Gerhardt* zitiert *Bourguin*: »Gewiß, es ist eine Ver-

waltung der Sachen, aber eine Verwaltung, die aus Anlaß der Sachen von Menschen auf Menschen ausgeübt wird; und diese Menschen, die erwählten Vertreter der Volksmehrheit, die von Leidenschaften und Abneigungen beeinflußt werden, sind mit der furchtbarsten Gewalt, der man jemals in der menschlichen Gesellschaft begegnet ist, ausgestattet. Wenn der kapitalistische Staat eine Polizeieinrichtung zum Schutze des Kapitals ist, so ist der sozialistische Staat eine ebensolche Polizeieinrichtung zur Aufrechterhaltung der sozialistischen Ordnung, deren Mittel aber alle, die bisher angewendet worden sind, an Bedrückung und Tyrannei überragen«<sup>1)</sup>).

Auch die relativ kurze Zeit, in der die russische Wirtschaftspolitik ernstlich auf die Durchführung des kommunistischen Programmes eingestellt war, reicht schon aus, um die wahre Natur des kommunistischen Ideals einer Bedarfsdeckungswirtschaft klar erkennen zu lassen. Die Konsequenz, zu der dieses System notwendig führt, ist der Zwang auf allen Gebieten der wirtschaftlichen Betätigung, die zwangsweise Regelung des Konsums und des Maßes und der Art der Arbeitsleistung. Von der Arbeitsfreiheit in dem heute geltenden Umfang und Sinne kann im System des Kommunismus nicht mehr die Rede sein. Er bedeutet eben nicht nur Aufhebung des Privateigentums an den sachlichen Produktionsmitteln, sondern, so will es die unerbittliche Logik der Tatsachen. *auch die Aufhebung des Privateigentums an der menschlichen Arbeitskraft*, er ist gleichbedeutend mit Staatssklaverei! Wer sich für den Kommunismus entscheidet, muß sich daher darüber klar sein, daß er, um einen Ausdruck *Dostojewskis* zu gebrauchen, dafür, daß man ihm satt zu essen gibt und ein geheiztes Zimmer, mit dem Preis seiner Persönlichkeit bezahlen soll.

**2. Die neue ökonomische Politik.** Am 15. März 1921 beginnt die Periode der neuen ökonomischen Politik (NEP). Diese Politik besteht darin, daß die Bauern über die Vorräte, die ihnen nach einer Steuerentrichtung bleiben, nach Belieben verfügen dürfen. Sie dürfen sie sogar veräußern. Der Tausch wird in den Grenzen eines lokalen wirtschaftlichen Umsatzes zugelassen. Doch erwies es sich als unmöglich, die Grenzen dieses lokalen Verkehrs zu bestimmen. »Den verstaatlichten Fabriken war auch anfänglich vorgeschrieben, einen naturalen Warenaustausch mit der Bauernwirtschaft zur Durchführung zu bringen. Aber auch die verstaatlichten Unternehmungen wollten jetzt schon von dem primitiven Naturalaustausch nichts mehr wissen. Sie waren sehr damit

---

<sup>1)</sup> Unternehmertum und Wirtschaftsführung, Tübingen 1930, S. 183/84; Zitat nach *Bourguin*, Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung, Tübingen 1906, S. 70. Es ist interessant, wie genau die Verhältnisse im russischen Kriegskommunismus die Feststellungen *Bourguins* bestätigten.

zufrieden, daß sie endlich die Möglichkeit erhielten, sich von dem guten Willen der bürokratischen Zentralstellen zu befreien und selbständig sich auf dem Markte mit den ihnen nötigen Produktionsmitteln zu versorgen. Mit einem Schlage wurde also der Marktverkehr wiederhergestellt und das Geld, das aus dem Leben beinahe ausgeschieden war, kam trotz des Fehlens seiner Wertbeständigkeit bald wieder zu Ehren. Der vereinigte sozialistische Haushalt wurde dadurch gesprengt, und die ihn verkörpernden bürokratischen Zentralstellen wurden, und zwar zur allgemeinen Freude, abgeschafft«<sup>1)</sup>.

Von Anfang an war die neue ökonomische Politik aber nur als eine Not- und Übergangsmaßnahme angesehen worden, zu der man sich entschließen mußte, wenn man die Wirtschaft vor dem sicheren Untergang retten wollte. Man suchte die Kräfte des Marktes zu nutzen, behielt sie aber scharf im Auge, um ein allzustarkes Anwachsen des kapitalistischen Geistes zu verhindern. Eine wirkliche Gefahr konnte von seiner Seite übrigens nicht drohen, da man sich auf den »Kommandohöhen der Wirtschaft« verschanzte, da m. a. W. das Proletariat die Staatsmacht, die Großindustrie, das Transportwesen und das Außenhandelsmonopol in Händen hielt. Damit wird aber auch schon deutlich, daß die Wirtschaft Rußlands unter der NEP keineswegs als »kapitalistisch« bezeichnet werden darf. Sie ist vielmehr eine Mischung planwirtschaftlicher und geldwirtschaftlicher, kommunistischer und kapitalistischer Elemente. Am ehesten dürfte sie wohl eine kollektivistische Wirtschaft in dem früher bezeichneten Sinne darstellen. Die Erfahrungen aus der zweiten Periode des bolschewistischen Experimentes sind für unsere Untersuchung deshalb ebenfalls von Interesse. Denn in ihr müssen notwendig jene Schwierigkeiten auftreten, die aus dem Fehlen wichtiger Teile des Preisbildungsprozesses gefolgert werden konnten.

Die Eigenart der russischen Wirtschaft in dieser Zeit besteht, wie gesagt, in der Vermischung kapitalistisch-tauschwirtschaftlicher und kommunistisch-planwirtschaftlicher Elemente. Darüber kann die äußere Form des Aufbaus der Staatsindustrie nicht hinwegtäuschen. Denn: »keineswegs entscheidend ist . . . die Tatsache, daß laut dem Gesetz vom 10. April 1923 die wichtigsten nationalisierten Unternehmungen die Industrie-Trusts, d. h. die Zusammenfassungen der Fabrikunternehmungen einer Branche, auf kommerziellen Grundlagen ausgebaut sein müssen, und daß ihr Ziel die Erlangung des möglichst größten Gewinns sein soll, denn nicht alle Gesetze, besonders in der kommunistischen Gesellschaft, sind ernst zu nehmen. Entscheidend ist die Tatsache, daß in den . . . Unternehmungen kein privatwirtschaftliches kapitalistisches Inter-

---

<sup>1)</sup> *Boris Brutzkus*, Die Sowjetwirtschaft, ihr Wesen und ihre neuere Entwicklung, Economist, Jahrgang 1929, S. 523.

esse steckt. Daraus folgt der außerordentliche Bürokratismus und die Schwerfälligkeit aller dieser Staatsunternehmungen«<sup>1)</sup>).

Zwischen staatlichen Unternehmungen ohne privatwirtschaftliches Eigeninteresse kann ein echter Tausch, als Grundlage einer zureichenden Preisbildung, nicht bestehen. Am wenigsten dann, wenn die Zusammenfassung zu Industrietrusts branchenmäßig erfolgt, so daß ihre Stellung notwendig monopolistisch sein muß. Aber selbst wenn es den Staatsbetrieben möglich sein sollte, den von ihnen geforderten »kaufmännischen« Grundsätzen Rechnung zu tragen, ohne die »Erzielung eines möglichst großen Gewinnes« auf dem einfachen Weg der monopolistischen Ausbeutung durchzuführen, so kann dies wenig nützen, solange die Wirtschaftszentrale die Trusts gleichzeitig zu gewissen, rein politisch zu erklärenden, nicht aus der Bedarfsgestaltung des Volkes erwachsenden, planwirtschaftlichen Maßnahmen verwendet. »Die Funktion des Trusts als Mittel der Planwirtschaft soll dadurch ausgedrückt werden, daß sie zwar kaufmännische Unternehmungen sind, die zum Zwecke der Erzielung von Gewinnen arbeiten, andererseits aber ihre Arbeit den Plänen des OVWR (Oberster Volkswirtschaftsrat) und des STO (Rat für Arbeit und Verteidigung) bzw. den entsprechenden republikanischen Organen unterordnen sollen. Eine wichtige Folge dieser Abhängigkeit ist die Tatsache, daß dem Trust kein Recht zur freien Anpassung an den Markt eingeräumt, sondern die Möglichkeit des Eingriffes in die Festsetzung der Fabrikpreise dem OVWR vorbehalten bleibt. Es liegt auf der Hand, daß hier versucht wird, zwei widerstrebende Grundsätze zu vereinigen und daß dieser Widerspruch immer wieder zum Ausdruck kommen muß«<sup>2)</sup>).

Daß in den russischen Industrieunternehmungen das Selbstinteresse fehlt, daß deshalb wenig wirtschaftlich gehandelt wird und daß die geringen Erfolge wieder aufgezehrt werden durch den ungeheuren Bürokratismus, der aus der vielseitigen Abhängigkeit der einzelnen Stellen notwendig erwächst, sowie durch die Kontrolle, die mit jedem Bürokratismus notwendig verbunden ist, wurde schon früher gelegentlich erwähnt (vgl. Anmerkung zu S. 161 und 163). Ein weiteres Beispiel, das *Pollock* zitiert, mag zur Veranschaulichung der Verhältnisse dienen: »Neulich, so berichtet der Direktor eines Trusts, waren in einer unserer Fabriken gleichzeitig vier Untersuchungskommissionen tätig — die Arbeiter- und Bauerninspektion, die Trustrevisionskommission, die Kommission für Realisierung der illiquiden Fonds und noch eine weitere, — und dies zur Zeit der Aufstellung des Jahresberichts, wo die Fabrikleitung ohnehin mit Arbeit überlastet ist. Infolgedessen konnte ich als Vorsitzender des Trusts mich mit der Fabrik nicht beschäftigen, denn wenn ich auch

<sup>1)</sup> *Brutzkus*, Die Sowjetwirtschaft, S. 526.

<sup>2)</sup> *Pollock* a. a. O. S. 220.



noch mit irgendwelchen Forderungen gekommen wäre, so hätte überhaupt alles auf dem Kopf gestanden. So blieb mir nichts übrig, als wieder abzureisen. Im Trust selbst konnte die Hauptarbeit — die Zusammenstellung der Fabrikproduktionspläne — nicht gemacht werden, weil alle verantwortlichen Leiter mit Arbeit im Auftrage der Revisionskommission oder der Behörden der Republiken beschäftigt waren«<sup>1)</sup>.

An dieser Stelle muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Berichte über ein außerordentliches Steigen der Produktivität, die mit diesen Feststellungen nicht übereinzustimmen scheinen, auch dort, wo sie nicht übertrieben sind, wenig besagen. »Wenn in den ersten Jahren der NEP die russische Volkswirtschaft bedeutende Fortschritte aufzuweisen hatte, so verdankt sie das der Tatsache, daß die Sowjetregierung über eine kolossale Erbschaft der enteigneten Bourgeoisie disponierte. Die Industrie war unter dem konsequenten Kommunismus lahmgelegt. Aber die Gebäude, die Maschinen und auch Rohmaterialien waren vorhanden. Diese große Erbschaft der enteigneten Bourgeoisie wird mit über 5 Milliarden Tschervonez-Rubel bewertet. Man brauchte nur ein wenig Ordnung zu schaffen und ein gewisses Betriebskapital hineinzustecken, um das brachliegende ungeheure Grundkapital wieder in Gang zu bringen. Das konnte in ziemlich schnellem Tempo ohne zu große Opfer seitens der Bevölkerung verwirklicht werden. Die Emission des neuen wertbeständigen Geldes, für das die auflebende Volkswirtschaft empfangsfähig war, konnte zur Versorgung der Großindustrie mit Betriebsmitteln ohne Schaden benutzt werden«<sup>2)</sup>.

Daß ein zureichender Preisbildungsprozeß innerhalb des planwirtschaftlichen Sektors in Sowjetrußland nicht bestehen kann, ergibt sich eben aus dem planwirtschaftlichen Charakter dieser Wirtschaftsteile, der dem Wesen der Konkurrenzpreisbildung widerstreitet. Daß in der NEP durch »die Sprengung des zentralistischen sozialistischen Haushalts, die Abschaffung der Zentralstellen und die Verflechtung der Trusts in den Markt- und Geldverkehr« eine »minimale Ordnung«<sup>3)</sup> geschaffen werden konnte, ist selbstverständlich zuzugeben. »Es ist aber gar nicht schwierig einzusehen, daß die Volkswirtschaft diese teilweise Erholung nicht dem Sozialismus, sondern gerade seinem Rückzug verdankte«<sup>4)</sup>. Ferner ist daran zu erinnern, daß in der ersten Zeit (1921—23), als der privatwirtschaftliche Sektor am größten war, die Bedingungen also am günstigsten lagen, »eine wirkliche Konkurrenz nur insoweit vorhanden war, als die einzelnen Trusts sich gegenseitig die Käufer abjagten, um sich in Besitz der notwendigen Umsatzmittel setzen zu können . . . Als Anhaltspunkte für die Preisgestaltung dienten zu-

<sup>1)</sup> Pollock a. a. O. S. 207.

<sup>2)</sup> Brutzkus a. a. O. S. 540/41.

<sup>3)</sup> Brutzkus a. a. O. S. 538.

<sup>4)</sup> Brutzkus a. a. O. S. 538.

nächst — die Vorkriegspreise, die natürlich bei der herrschenden Inflation nur schwer zu ermitteln waren und im übrigen den völlig veränderten Verhältnissen, insbesondere der stark gesunkenen Arbeitsproduktivität, in keiner Weise mehr entsprachen«<sup>1)</sup>). Als infolge der Stabilisierung sich die markttechnischen Bedingungen besserten, begann schon wieder das Vordringen des planwirtschaftlichen Sektors. Die Kleinindustrie und das Handwerk, die sich gut entwickelt hatten und die Großindustrie durch ihre Konkurrenz bedrohten, wurden so schwer mit Steuern belastet, daß sie verkümmern mußten. Durch Monopolisierung des Einkaufs der Rohstoffe wurde ihr Schicksal vollends besiegelt. Der private Handel, der in den ersten drei Jahren der NEP den Markt der industriellen Erzeugnisse weitgehend beherrschte hatte, wurde 1924 »beinahe ausgeschaltet, seine Vertreter wurden zum bedeutenden Teil gefangen genommen und verschickt und ihr Kapital wieder konfisziert. Dann unternahm die Regierung eine große Aktion, um den privaten Handel auch aus dem Detailgeschäft mit den Industrieerzeugnissen durch schwere Belastung herauszustoßen und durch die Konsumgenossenschaften zu ersetzen. Von Ende 1925 werden auch Maßnahmen getroffen, um den privaten Handel aus dem Ankauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zurückzudrängen. Im Jahre 1927 beherrschte schon die Sowjetregierung durch die Staatshandelsorganisationen und durch die ihr untergeordneten Genossenschaften den Engros-Handel fast gänzlich und den Detail-Handel in vorherrschendem Maße. Dieser Kampf der schwerfälligen Sowjetunternehmungen mit der beweglichen privaten Wirtschaft konnte aber nicht auf der Grundlage der freien Konkurrenz, des fair play geführt werden. Sogar die großen und hochmechanisierten Fabriken sind außerstande mit ganz primitiven privaten Unternehmungen zu konkurrieren. Bei der Konkurrenz mit der privaten Wirtschaft war es immer ausschlaggebend, daß diese durch schwere Besteuerung und allerlei administrative Maßnahmen unterdrückt werden konnte«<sup>2)</sup>).

Während so von unten her die Grundlagen der freien Preisbildung allmählich wieder zerstört wurden, nahm die Beeinflussung der Industrietrusts von oben her zu. Es kommt — deutlichster Widerspruch zur kapitalistischen Wirtschaftsweise — zur Aufstellung von Gesamtwirtschaftsplänen, welche die Einzelproduktionen in einen zentralistischen Rahmen zwängen, der jeden Versuch einer Anpassung an den Bedarf nach Maßgabe der Preisbildung im Keime ersticken müßte, wenn er überhaupt möglich gewesen wäre. Die Anpassung an den Bedarf ist aber auch gar nicht beabsichtigt, vielmehr »spielen gewöhnlich politische Erwägungen eine entscheidende Rolle und diese bewegen oft

<sup>1)</sup> *Pollock* a. a. O. S. 138/39.

<sup>2)</sup> *Brutzkus* a. a. O. S. 529/30.

mals die Sowjetregierung in solche Unternehmungen sich einzulassen, die vom wirtschaftlichen Standpunkt als abenteuerlich erkannt werden müssen<sup>1)</sup>. Das Wesentliche ist, daß man in Verfolgung der letzten Ziele der Sowjetpolitik versucht, die Produktion von Kapitalgütern auf jede Weise auszudehnen. Dies kann in jeder Wirtschaftsordnung nur geschehen durch Einschränkung der Konsumgütererzeugung. Unter der NEP mußte diese Politik die Form annehmen, daß man, abgesehen von der Steuerpolitik, die Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte möglichst niedrig festsetzte, während die Preise für Industrieprodukte sehr hoch standen. Letzteres war wieder die Folge der starken Nachfrage seitens des vergleichsweise kaufkräftigen Industrieproletariats und des geringen Angebotes infolge forcierter Produktion von festem Realkapital. (Hinzu trat eine rücksichtslose Monopolpolitik.) Aber nicht nur, daß man auf diese Weise die Konkurrenz des noch bestehenden privaten Handels herausforderte: die Bauern weigerten sich zu verkaufen, weil sich bei der bestehenden Preisspanne zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen der Verkauf nicht rentierte. Die Folgen waren (1926) »Preissteigerungen, Warenhunger, Getreidemangel, Brennstoff- und Transportschwierigkeiten, Kreditrestriktion, drohende Inflation, wachsende Arbeitslosigkeit und eine passive Handelsbilanz«<sup>2)</sup>. Das gleiche wiederholte sich als Folge des Wirtschaftsplanes von 1927/28. »An die Stelle des Wirtschaftsplanes, der die elementaren Kräfte des Marktes hätte regulieren sollen, waren diese selbst getreten in der Gestalt des ‚Kulaken‘ und ‚regulierten‘ den Plan . . . Die Erfahrungen von 1925/26 mögen eine erste Vorstellung davon geben, auf welche unübersehbaren Schwierigkeiten die Ausführung eines Wirtschaftsplanes in der Sowjetunion stoßen kann«<sup>3)</sup>. Dabei sind noch nicht einmal die großen technischen Schwierigkeiten berücksichtigt worden, die dadurch entstanden, daß die Industrietrusts nach Plänen arbeiten sollten, die sie erst im Laufe des Wirtschaftsjahres bekamen, für das sie aufgestellt waren!

Die Feststellung, daß der Plan durch die elementaren Kräfte des Marktes reguliert worden sei, darf natürlich nicht so verstanden werden, als ob der Preisbildungsprozeß genügend stark gewesen wäre, das wieder in Ordnung zu bringen, was durch den Plan in Unordnung geraten war. Es zeigte sich nur, daß man privatwirtschaftliche und planwirtschaftliche Elemente nicht beliebig kombinieren kann, und daß die freien Teile der Wirtschaft heftig gegen die planwirtschaftlichen Eingriffe reagieren. Die Wirtschaftsgesetze erwiesen sich als stärker als der Plan und mahnten in Form übelster Folgen, daß sie sich nicht ungestraft übersehen lassen.

<sup>1)</sup> *Brutzkus* a. a. O. S. 534.

<sup>2)</sup> *Pollock* a. a. O. S. 169.

<sup>3)</sup> *Pollock* a. a. O. S. 170.

Man darf wohl behaupten, daß die Erfahrungen aus der zweiten Periode der bolschewistischen Politik bestätigen, was über die Schwierigkeiten einer zureichenden Wirtschaftsrechnung im Kollektivismus angedeutet werden konnte. Auch *Pollock* gibt das bedingt zu: »Zweifellos ist ein Teil der Schwierigkeiten, welche die sozialökonomische Theorie der marktlosen Wirtschaft prophezeit hat, eingetroffen, trotzdem der sowjetrussischen Wirtschaftsleitung das Hilfsmittel des Marktes bis zu einem gewissen Grade zur Verfügung steht«<sup>1)</sup>. Allerdings meint *Pollock*, es ließen sich auch Ansätze zu neuen Methoden aufzeigen, mit deren Hilfe diese Schwierigkeiten wenigstens teilweise überwunden werden könnten. Doch *Pollock* widerlegt sich selbst, indem er zugibt, daß, obwohl die Ermittlung des Bedarfes an Produktionsmitteln ohne Markt mit Hilfe verfeinerter Planmethoden vorgenommen werden könne, die Ermittlung der Nachfrage nach Konsumtionsmitteln, nach Überschreitung der Grenze des Warenhungers, vor schwierigen Aufgaben stünde<sup>2)</sup>: als ob, abgesehen von rein technischen Betriebsfragen, die Ermittlung des Bedarfes an Produktionsmitteln denkbar wäre, wenn man das Ziel der einzelnen Produktionen, den Bedarf der Konsumenten, nicht festzustellen weiß!

Übrigens sind dies schon wieder Fragen der kommunistischen — nicht der kollektivistischen — Wirtschaft. Für die kollektivistische Wirtschaft muß gerade auf Grund der Erfahrungen in Rußland an der Behauptung festgehalten werden, daß eine zureichende Wirtschaftsrechnung nur dann möglich ist, wenn sich die Güterpreise und die Produktionskosten (in allen ihren Teilen) marktmäßig feststellen und miteinander vergleichen lassen — ohne übertriebenen Monopolismus, auf Grund echter Konkurrenzpreisbildung, und selbstverständlich ohne fortgesetzte Eingriffe seitens der Wirtschaftszentrale.

**3. Der Fünfjahresplan.** Wie aus der kurzen Schilderung der Periode der neuen ökonomischen Politik zu ersehen ist, wurden die Lockerungen, die das Wesen dieses Systems ausgemacht hatten, in dem Maße, wie sie ihren Zweck, Ordnung zu schaffen und die Produktion anzuregen, erfüllten, wieder beseitigt, zugunsten eines immer stärkeren Anwachsens der zentralistisch-planwirtschaftlichen Elemente. Nach den erwähnten mißlungenen Versuchen mit einjährigen Wirtschaftsplänen fand die fortschreitende Zentralisierung ihren Ausdruck in einem fünfjährigen Wirtschaftsplan.

Ziel dieses Plans ist schnellste Industrialisierung Rußlands, Beseitigung der Abhängigkeit von der kapitalistischen Umgebung, Verbreiterung der sozialen Grundlage des Systems durch Vergrößerung und

<sup>1)</sup> *Pollock* a. a. O. S. 232.

<sup>2)</sup> *Pollock* a. a. O. S. 381.

Besserstellung des industriellen Proletariats und Kollektivierung der Landwirtschaft. Die führenden Industriestaaten sollen zuerst eingeholt, dann rasch überholt werden. Zu diesem Zweck werden Investitionen in einem so unerhörten Umfang vorgenommen, wie er tatsächlich nur von einer sozialistischen Zentrale geplant und durchgeführt werden kann, da diese allein über den gesamten Produktionsapparat verfügt und insofern völlig unabhängig ist vom Sparwillen der Bevölkerung, der in Ländern kapitalistischer Produktionsweise die Grenzen der Kapitalgütererzeugung bestimmt. In der sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft kann die Kapitalbildung bis zur Grenze des physischen Existenzminimums und der seelischen Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung, gegenüber den aufgenötigten Entbehrungen, ausgedehnt werden. Wo diese Grenzen liegen, kann nur durch Experiment erwiesen werden. Sicher ist, daß diese Grenzen gezogen sind. Denn darüber kann sich auch die Willkür zentralistischer Planung nicht hinwegsetzen, daß dann, wenn die Kapitalbildung rascher steigt als die Produktivität der Gesamtwirtschaft, die Ausdehnung der Kapitalgütererzeugung nur erfolgen kann unter entsprechender Einschränkung der Konsumgütererzeugung. Da für eine plötzliche mehrhundertprozentige Produktivitätssteigerung alle Voraussetzungen fehlen, so kann also das Programm raschster Industrialisierung nur durchgeführt werden auf Kosten der Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes. Unmöglich ist es Kapitalgüter- und Konsumgütererzeugung gleichzeitig in dem ungeheuren Umfang zu steigern, den der Fünfjahresplan vorsieht, während selbstverständlich gewaltigen Investitionen in einzelnen Industriezweigen nichts im Wege steht.

Es wurde geplant, daß im Jahre 1932/33 die Bruttoproduktion der Industrie 253,9%, die Bruttoproduktion der Landwirtschaft 154,9% und das Volkseinkommen 203,4% desjenigen von 1927/28 betragen solle <sup>1)</sup>.

Ohne näher darauf eingehen zu können, ob in den einzelnen Zweigen der Industrie die vom Plan vorgeschriebenen Ziffern erreicht, überschritten oder unterschritten worden sind, kann festgestellt werden, daß quantitativ (nicht qualitativ) das Industrialisierungsprogramm schon weitgehend durchgeführt wurde. Die Industrialisierung ist in überaus raschem Tempo und im wesentlichen aus eigenen Mitteln gefördert worden. Dagegen bestätigen die Tatsachen die Annahme, daß nicht gleichzeitig die vorgesehene Steigerung des Volkseinkommens erzielt werden konnte, daß im Gegenteil die Lebenshaltung auch der bevorzugten Klasse der Industriearbeiter sich gegenüber der Periode der neuen ökonomischen Politik ganz wesentlich verschlechtert hat. »Die

<sup>1)</sup> Angaben nach *Boris Brutzkus*, Sowjetrußlands Fünfjahresplan, Der deutsche Volkswirt, 3. Jahrg. 1929 Nr. 51.

Behauptung *Stalins* auf dem Parteikongreß (27. Juni 1930), daß der Reallohn der Arbeiter, wenn man die Sozialversicherung und die Abschreibungen aus den Industriegewinnen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter in Betracht zieht, 167% des Vorkriegslohnes ausmache« ist nach den Feststellungen von *Brutzkus* »sinnlos«. »Es gibt keine Möglichkeit, das Leben unter den Bedingungen einer kommunistisch rationierten Wirtschaft und einer bürgerlichen freien Wirtschaft ziffernmäßig zu vergleichen, denn diese Lebensformen sind grundsätzlich verschieden. Wir können uns aber ein Bild von der Lage der Arbeiter nach den geltenden Lebensmittelrationen machen. Seit dem Frühjahr 1929 ist das Brot der Arbeiter rationiert, und bald wurde die Rationierung auf alle anderen Nahrungsmittel ausgedehnt, ohne daß die Bevölkerung deshalb ausreichend und regelmäßig versorgt wurde . . . Daß die Lebensmittelrationen der Arbeiter ganz ungenügend sind, erhellt aus der Tatsache, die auch *Stalin* nicht unerwähnt lassen konnte, daß die Arbeiter 25% der verzehrten Nahrungsmittel bei den Privathändlern einkaufen müssen. Dabei werden Preise gezahlt, die drei- und mehrmal so hoch sind als die festen Preise der Rationen. Hätte man bei Berechnung des *Reallohns* auch diese Preise berücksichtigt, so hätte *Stalin* zu seiner optimistischen Verhältniszahl für den Reallohn nicht kommen können . . . Was die *Wohnungsverhältnisse* betrifft, so ist es bekannt, daß sie geradezu schauerhaft sind«<sup>1)</sup>).

*Michael Farbman*, der die Gesamtverhältnisse eher günstig als ungünstig beurteilt, betont, daß die verschwenderische Verwendung aller Mittel des Landes auf beschleunigte Industrialisierung ökonomisch ausgedrückt, die schwersten Entbehrungen bedeute. ». . . Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Finanzierung des Wiederaufbaus dem Lande eine schwere Last aufbürdet. Es heißt sogar, sie bedeute nicht weniger als die Einbehaltung der Hälfte oder einer noch größeren Portion des Volkseinkommens von fünf Jahren. Ob diese Zahl richtig ist oder nicht, auf alle Fälle besagt sie, daß ein ganz ungewöhnlich großer Teil des Volkseinkommens dem Konsum entzogen und der Produktion zugeführt wird. Nicht einmal während des Krieges haben die kriegführenden Nationen einen so großen Teil des Volkseinkommens einbehalten«<sup>2)</sup>).

Und ein anderer Kenner russischer Verhältnisse, *Paul Haensel*, berichtet: »Bei Entbehrungen wird es bleiben, und vielleicht wird die große Mehrheit des russischen Volkes sich an eine so niedrige Lebenshaltung gewöhnt haben, daß sie bessere Verhältnisse gar nicht erstrebt; denn schon jetzt sind sie daran gewöhnt, um alles und jedes anstehen

<sup>1)</sup> *Boris Brutzkus*, Die Lage der russischen Arbeiter und Bauern. Der deutsche Volkswirt, 4. Jahrg. 1930 Nr. 47. S. 1607/1608.

<sup>2)</sup> *Michael Farbman*, Piatiletka. Der Fünfjahresplan. Die neue Offensive des Bolschewismus. Berlin 1931, S. 27 und 46.

zu müssen, und finden so etwas ganz natürlich!! . . . . Wie wenig es sich die Sowjetregierung angelegen sein läßt, daß das russische Volk einigermaßen genügend mit Industrieerzeugnissen versorgt wird, ist schon daraus zu ersehen, daß trotz des bedeutenden Zuwachses an Bevölkerung (2,4% jährlich) im laufenden Jahre an vielen Erzeugnissen weniger auf den Markt gebracht wird, als es selbst im vorhergehenden Jahre geschehen ist. Daher wird auch im laufenden Jahre (1930) der entsetzliche ‚Warenhunger‘ noch verschärft werden . . . . Das bedeutet keinen Sieg sozialistischer Methoden . . . ; es ist nichts als eine Entfaltung fanatischer Gewalt«<sup>1)</sup>.

Die Opfer, die vom Volk für die Industrialisierung gebracht werden müssen, sind ungeheuer. Ist aber nicht auch der Erfolg ungeheuer, die enorme Industrialisierung in wenigen Jahren? Bedeutet sie nicht einen Sieg der Planwirtschaft? Ist sie nicht der Beweis für die wirtschaftliche Möglichkeit des Sozialismus, ja sogar für seine Höherwertigkeit verglichen mit dem kapitalistischen System, das gerade eben jetzt von einer schweren Krise erschüttert wird?

Ohne der großen Leistung, die hinter der teilweisen Verwirklichung des Planes steht, die Achtung zu versagen und unter der (durchaus nicht zutreffenden) Annahme, daß die Industrialisierung im qualitativ-technischen Sinne einwandfrei zu Ende geführt werden könnte, muß auf diese Fragen ganz entschieden mit »nein« geantwortet werden. Erwiesen ist bisher nur (was nie bezweifelt wurde), daß unter ungeheueren Opfern gewaltige Produktionsanlagen erstellt werden können. Nicht erwiesen ist, ob diese Produktionsanlagen, wenn sie fertiggestellt sind, in wirtschaftlicher Weise produzieren werden, ob sie in geeigneter Weise aufeinander abgestimmt sind, ob sie reibungslos ineinandergreifen, ob die qualifizierten Arbeitskräfte zu ihrer Bedienung bereitgestellt werden können und schließlich vor allem: ob sie ausgerichtet sind auf die Befriedigung des tatsächlichen Bedarfes der breiten Volksmassen, denen letzten Endes doch in Form gesteigerter Bedarfsbefriedigung der Lohn für ihre schweren Entbehrungen werden soll.

Zeiten gewaltiger Kapitalinvestitionen enden in den Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise regelmäßig, nach einem mehr oder weniger krisenhaften Übergang, in einer Depressionsperiode. Schuld an der Abwärtsbewegung der Konjunktur trägt, wie früher gezeigt (184/85) eine Disproportionalität in der Güterherstellung: es fehlen die Sparmittel, um die Kapitalgüter zu kaufen, während sich die vorhandene Kaufkraft auf die in zu geringem Umfang erzeugten Konsumgüter richtet. Der Sparwille der Bevölkerung bemißt die Ausdehnung der Kapitalgütererzeugung, aber aus den früher angegebenen Gründen meist

<sup>1)</sup> *Paul Haensel*, Die Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands. Tübingen 1930, S. 134 bis 135.

erst zu spät. An der Stockung zeigt sich dann deutlich, daß es nicht möglich ist, die Kapitalgüter unmittelbar in den Dienst der Konsumgütererzeugung zu stellen. Zum großen Teil dienen die erstellten Produktionsanlagen erst wieder der Herstellung weiterer Produktionsmittel, welche auch ihrerseits vielleicht noch nicht unmittelbar konsumfähige Güter liefern. Fehlt aber das Kapital, um diese notwendigen Zwischenprodukte herzustellen, so kann an eine unmittelbare Verwertung der Produktionsmittel nicht gedacht werden. Für das vorliegende Problem des Fünfjahresplans ergibt sich die Konsequenz, daß unbedingt damit gerechnet werden muß, daß die Leidenszeit mit den ersten fünf Jahren noch nicht beendet sein wird: es müssen erst noch weitere Kapitalmengen bereitgestellt werden, um die Ausnützung des produzierten Realkapitals zu ermöglichen. Statt daß also der Konsum erhöht werden könnte, muß er noch weiter herabgedrückt werden. Damit vermeidet die Sowjetwirtschaft eine Überinvestitionskrise, die normalerweise eintreten müßte. Aber das darf nicht als Erfolg gebucht werden. Es bedeutet nur, wie *Carl Landauer* sehr richtig feststellt, daß dem Investitionsbedarf mit staatlichen Machtmitteln solange der Vorrang gesichert ist, bis der absolute physische Existenzbedarf der Massen unterschritten wird, bei dessen Nichtbefriedigung die körperliche Arbeitsfähigkeit versagen würde <sup>1)</sup>. Die Krise im üblichen Sinne kann also zunächst wohl vermieden werden, nur sind die Entbehrungen der Volksmassen ungleich größer, als auch bei der schwersten Krise im kapitalistischen System. Ob die Krise überhaupt vermieden werden kann, das hängt davon ab, ob die Gesamtkapitalmenge, die notwendig ist, um alle geplanten Produktionsumwege *völlig* zu Ende zu führen, jenen äußersten Grad der möglichen Aussaugung des Volkes nicht überschreitet. Es sei nochmals festgestellt, daß auch die Erreichung der vorgesehenen Investitionsziffern *nicht* die Beendigung der Produktionsumwege bedeutet, daß vielmehr noch weitere große Kapitalmengen erforderlich sind zur Ausnützung der produzierten Produktionsmittel.

Nimmt man an, die Industrialisierung sei zu Ende geführt, so ist unter großen Opfern die Volkswirtschaft um einige gewaltige Staubecken, Traktorenfabriken, Baumwollfabriken u. dgl. reicher geworden. Aber nur rein äußerlich betrachtet. Volkswirtschaftlich gesehen können die neuen Produktionsanlagen erst dann positiv gewertet werden, wenn sie reibungslos ineinandergreifen und wenn die von ihnen erzeugten Güter dem Bedarf entsprechen. Es bleibt also nach wie vor das Grundproblem der Planwirtschaft, das Problem der Wirtschaftsrechnung noch zu lösen. Und mit seiner Lösung hat die restlose Erfüllung auch des gewaltigsten technischen Programmes nicht das geringste zu tun. Freude am Rein-

<sup>1)</sup> *Carl Landauer*, Der Ursprung der Krisen. Der deutsche Volkswirt. 5. Jahrg. 1931 Nr. 20. S. 637.



Technischen und der Ehrgeiz, phantastisch große Projekte durchzuführen, um mit ihnen alles bisher Dagewesene zu übertrumpfen, sind ein schlechter Berater bei Fragen wirtschaftlicher Kalkulation, deren Lösung doch zum allermindesten die Erkenntnis vom Unterschied zwischen Ökonomik und Technik zur Voraussetzung hat. Gerade jene industriellen Prachtbauten, die die Begeisterung Rußlands und das Staunen der ausländischen Besucher erregen, sind ganz bedenkliche Wahrzeichen für die neuerliche völlige Verkenning des Problems der Wirtschaftsrechnung, dessen Vernachlässigung nach dem Zugeständnis *Lenins* doch schon einmal den Zusammenbruch der Wirtschaft bewirkt hat.

Man müßte sich darüber wundern, daß die furchtbaren Lehren des Kriegskommunismus und die Warnungen *Lenins* so rasch vergessen werden konnten, wenn man nicht ganz deutlich zu erkennen vermöchte, daß die neueste Entwicklung aus dem sehr einfachen Grunde sich zwangsläufig vollzieht, weil eben Planwirtschaft und Wirtschaftsrechnung völlig unvereinbare Dinge sind.

Daß man ursprünglich beides vereinigen wollte, daß der Fünfjahresplan auf der Grundlage der Wirtschaftsrechnung aufgebaut werden sollte, das zeigt allein schon die Tatsache, daß mit Preisen (und nicht mit naturalen Güter- und Leistungsmengen) operiert wurde. »Den wichtigsten Bestandteil des Fünfjahresplans bildet ein System a priori berechneter Preise; diese Preise sollten sich aber auf dem formal freien Markte durchsetzen, d. h. sie mußten immer Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht halten und dadurch ihre wirtschaftsorientierende Bedeutung beweisen. Eine schnelle Erweiterung und Vervollkommnung der Produktion nach den Weisungen des Fünfjahresplans sollte es ermöglichen, die Preise von Jahr zu Jahr zu senken . . . . Das letzte Ziel des Fünfjahresplans bildeten nicht die ungeheuren Investitionen als Selbstzweck — großartige Bauten verstanden einst auch die russischen Zaren auf Kosten ihrer Untertanen aufzuführen —, sondern es sollte parallel mit der Erfüllung des Aufbauplans auch der Wohlstand der Volksmassen in schnelles Wachstum geraten« <sup>1)</sup>.

Was aber ist aus diesen guten Vorsätzen geworden, was mußte notwendig aus ihnen werden?

Die Wirtschaftsrechnung hat zur Voraussetzung ein stabiles Geldsystem. Doch schon im zweiten Planjahr kam es zu einer Verdoppelung des Geldumlaufs, zur Inflation. »Nun versichern uns die kommunistischen Nationalökonomien, daß eine *Inflation* nur in einer planlosen bürgerlichen Wirtschaft böse Folgen zeitige. In der Sowjetwirtschaft, wo die Preise gebunden sind, sei sie belanglos. Es ist richtig, daß die Folgen der Inflation in einer freien und in einer Planwirtschaft grundsätzlich

<sup>1)</sup> *Boris Brutzkus*, Planwirtschaft und Marktwirtschaft in der Sowjetunion. Der deutsche Volkswirt. Jahrg. 1931 Nr. 32. S. 1073/1074.

verschieden sind. In der ersten steigen die Preise; das hat viele ungünstige Folgen, aber eben auf diesem Wege erfüllen die Preise ihre Funktion — das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Markt wiederherzustellen. Dagegen sind in der Planwirtschaft, in der die Preise fixiert sind, die Folgen der Inflation ganz andere: die Preise hören auf ihre Funktion zu erfüllen, und das bedeutet das Ende des Marktverkehrs und in Verbindung damit auch des Geldsystems. Gerade diese Erscheinung beobachten wir jetzt in der Sowjetwirtschaft. Die Sowjetregierung kauft nicht mehr der Bevölkerung ihre Erzeugnisse ab, sondern sie enteignet sie zu fixen Preisen mittels offenen oder verhüllten Zwangs. Nicht die gezahlten Geldpreise, sondern die Macht der Regierung ist dabei entscheidend. Die Sowjetregierung verkauft die Erzeugnisse nicht auf einem freien Markt, sondern sie verteilt sie nach Rationen. Entscheidend sind wieder nicht die gezahlten Geldpreise, die für verschiedene Käuferschichten nach politischen Gesichtspunkten festgesetzt werden, sondern die Bezugskarte, die der Konsument von einer Gewerkschaft, von einem Kolchos usw. erhalten hat. Wenn der *Markt der Konsumwaren* nicht mehr besteht, so besteht der *Markt der Produktionsmittel* erst recht nicht. Wenn eine Fabrikleitung über Geldmittel verfügt, so ist dadurch noch keine Gewähr vorhanden, daß sie auch in den Besitz der gerade nötigen Produktionsmittel kommt. Entscheidend hierfür ist der Beschluß einer Reihe von bürokratischen Instanzen, denen die Verteilung der Produktionsmittel obliegt. Die Abschaffung des Markts der Produktionsmittel wurde durch die Verordnung über das Kreditwesen, die am 1. April 1930 in Kraft trat, besiegelt. Nach dieser Verordnung dürfen die sozialistischen Unternehmungen (einschließlich der Genossenschaften) einander keine Kredite bewilligen und keine Wechsel ausschreiben. Kurzfristige Kredite soll nur die Staatsbank erteilen und dabei diese Vollmacht benutzen, um die strikte Erfüllung des Plans zu überwachen. Wenn man den Markt der sachlichen Produktionsmittel abgeschafft hat, so war es nur folgerichtig, wenn im letzten Herbst das Recht der Arbeiter, frei über ihre *Arbeitskraft* zu verfügen, abgeschafft wurde<sup>1)</sup>. Der Fünfjahresplan sollte unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft verwirklicht werden; nach 2½ Jahren ist man zu einer marktlosen Wirtschaft gekommen. Die Vorbedingung des Fünfjahresplans war ein geordnetes Geldsystem, nach 2½ Jahren ist die Wirtschaft in einen solchen Zustand geraten, wo das Geld als Tauschmittel und auch als Wertmesser seine Bedeutung verloren hat. *Die Planwirtschaft hat den Marktverkehr erdrosselt. Die Sowjetwirtschaft hat wieder wie in der Zeit des Kriegskommunismus alle wichtigsten konstitutiven Merkmale einer sozialistischen Wirtschaft erhalten*«<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Man vgl. hierzu das S. 246—49 Gesagte.

<sup>2)</sup> *Boris Brutzkus*, Planwirtschaft und Marktwirtschaft. S. 1074.

Aller Voraussicht nach wäre der gleiche Prozeß auch ohne Inflation allmählich eingetreten, da es einfach unmöglich ist, die Preise so zu erraten, daß sie nachher wirklich genau den Seltenheitsverhältnissen entsprechen, zumal man ja von vornherein den grundsätzlichen Fehler machte, an die Möglichkeit einer gleichzeitigen Ausdehnung von Konsumgüterproduktion und Kapitalgüterproduktion zu glauben. Der Warenhunger hätte mit der gleichen Notwendigkeit zur Rationierung geführt wie in Kriegszeiten. Von einer Wirtschaftsrechnung im eigentlichen Sinne des Wortes kann überhaupt nicht mehr die Rede sein, wenn man Produktionsziele setzt, die völlig in Widerspruch stehen mit der Bedarfsgestaltung des Volkes, der man sich doch anzupassen hätte. Der Fünfjahresplan mußte mit Notwendigkeit zum strengen Kommunismus führen, weil man bei willkürlicher Festlegung eines Produktionsprogrammes, eine von den Bedarfsansprüchen des Volkes getragene Preisbildung, — die diesem Programm, das ausgesprochen gegen die Bedarfsansprüche gerichtet war, natürlich ebenfalls widersprochen hätte, — nicht brauchen konnte, da man sonst wiederum das Programm hätte aufgeben müssen!

Unter solchen Umständen kann es nicht überraschen, daß sich alle die nachteiligen Folgen, die das völlige Fehlen einer Wirtschaftsrechnung im Kriegskommunismus zeitigte, heute wieder in stark zunehmendem Maße bemerkbar machen. Die Unternehmungen sind nicht mehr selbständig, nicht mehr verantwortlich und bezüglich der Versorgung mit Produktionsmitteln genau so wie im Kriegskommunismus von den obersten Zentralstellen abhängig. Diese aber stehen, wie *Brutzkus* sehr richtig bemerkt, vor einer Aufgabe, die *grundsätzlich unlösbar* ist. Denn sie müßten »allwissend sein, um die Produktionsmittel richtig nach ihrem höchsten Nutzen zu verteilen. Dadurch entstehen unausweichlich Versorgungskrisen in den einzelnen Unternehmungen. Eine gefährliche Entwicklung! Denn die Versorgungskrisen waren eben der Hauptgrund der allmählichen Lahmlegung der ganzen Industrie unter dem Kriegskommunismus«<sup>1)</sup>.

Ein Beispiel für die Planlosigkeit der Planwirtschaft bietet das Transportwesen. »Die durchschnittliche Strecke, die die Waren durchlaufen, hat sich nicht verkleinert, sondern bedeutend vergrößert. In dieser Planwirtschaft ist es eine gewöhnliche Erscheinung, daß dieselben Waren in gegensätzlicher Richtung große Strecken zurücklegen. Schwere und umfangreiche Waren werden auf ungeheuerere Entfernungen versandt, bei denen ihr Wert eigentlich von den Transportspesen aufgefressen wird. ‚So sonderbar es unter Bedingungen einer Planwirtschaft auch klingen mag‘, lesen wir im Leitartikel der ‚Ekon. Shisnj‘ vom 15. April 1930,

---

<sup>1)</sup> *Boris Brutzkus*, Planwirtschaft und Marktwirtschaft. S. 1075.

„so müssen wir doch anerkennen, daß das bestehende Transportsystem unter unseren Bedingungen an dem Fehler der Planlosigkeit leidet. Keine der Transportorganisationen ist darüber im klaren, woher, wann, wieviel und was sie eigentlich in den bevorstehenden Monaten transportieren werde. Bei den transportierenden Organisationen ist ein äußerst leichtsinniges, ein verbrecherisches Verhalten in der Ausnutzung der Transportmittel festzustellen“. In Wirklichkeit haben wir es nicht mit verbrecherischer Gesinnung, sondern mit dem Verfall der Wirtschaftsrechnung zu tun«<sup>1)</sup>.

Und obwohl man meinen sollte, daß die Verteilung der Konsumgüter ohne die Voraussetzung freier Konsumwahl, keine übermäßig großen Schwierigkeiten verursachen könnte, so bemerkt man doch auch hier an zahlreichen Fällen von Fehldispositionen, daß das Verteilungsproblem selbst in der unendlich vereinfachten Form einer Zuteilung ohne Anpassung an die Wünsche des Konsumenten, nicht gelöst werden kann. Dabei wäre aber auch die vollkommenste Lösung *dieser* Aufgabe noch nicht als eine *wirtschaftliche* Verteilung anzusehen. Denn »wenn wir eine bestimmte Menge von Wirtschaftsgütern unter einer bestimmten Anzahl von Menschen behördlich verteilen lassen, so werden deren Bedürfnisse schlechter befriedigt werden, als wenn man denselben Menschen es ermöglichte, die gleichen Wirtschaftsgüter frei gemäß ihren differenzierten Bedürfnissen unter sich zu verteilen. Gegenstände werden zu Wirtschaftsgütern gewissen Wertes letzten Endes nicht durch sich selbst und nicht einmal durch den in ihnen steckenden Arbeitsaufwand (wie die Marxisten glauben), sondern einzig und allein soweit sie die vorhandenen Bedürfnisse der Menschen befriedigen. Wenn aber eine Organisation der Verteilung den Bedürfnissen der einzelnen Persönlichkeiten, aus denen die Gesellschaft besteht, nicht Rechnung trägt, so ist es gleichbedeutend einer Produktivitätsminderung«<sup>2)</sup>.

Aber auch die Verteilung der *produzierten* Güter nach Maßgabe der Bedürfnisse würde vom wirtschaftlichen Standpunkt aus noch nicht genügen, denn es handelt sich ja vor allem darum, daß schon die Produktionsmittel mit Rücksicht auf den zu befriedigenden Bedarf in die einzelnen Produktionszweige eingestellt werden. Dieses Problem könnte — mangels einer Wirtschaftsrechnung — die kommunistische Wirtschaftsleitung erst recht nicht lösen. Sie *will* es aber auch gar nicht. Und bei diesem Nicht-Wollen endet die Zuständigkeit sozialökonomischer Betrachtung. — Ob die nichtwirtschaftlichen Kräfte und Bestrebungen dauernd stärker bleiben werden als die wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, das muß die Zukunft entscheiden.

<sup>1)</sup> Boris Brutzkus, Planwirtschaft und Marktwirtschaft. S. 1075/1076.

<sup>2)</sup> Boris Brutzkus, Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution. Berlin 1928, S. 69.

## E. Der dezentralistische Sozialismus (Syndikalismus und Gildensozialismus).

Das Wesentliche des dezentralistischen Sozialismus liegt darin, daß er nicht einfach den Staat zum Eigentümer der gesamten Produktionsmittel und zum Leiter des Wirtschaftslebens machen will. Gewiß braucht auch diese Form des Sozialismus zunächst die Staatsgewalt, um die Aufhebung des bisherigen Privateigentums und eine neue Eigentumsordnung durchzusetzen. Allein der Staat soll die Leitung des Wirtschaftslebens nicht dauernd als seine Funktion übernehmen. Die Leitung der Produktion soll vielmehr an große Selbstverwaltungskörper der einzelnen Industrien übergehen, denen auch an Stelle des Staates das Eigentumsrecht an den von ihnen verwalteten Produktionsmitteln übertragen wird. Unter einer gewissen Aufsicht des Staates — über deren Maß die Ansichten der Vertreter dieser Richtung allerdings erheblich auseinandergehen — sollen die zur Inbesitznahme der sozialisierten Produktionszweige gegründeten Selbstverwaltungskörper bei ihrer wirtschaftlichen Betätigung im wesentlichen selbständig sein. Dabei ist regelmäßig daran gedacht, daß alle in einer solchen sozialisierten Industrie Beschäftigten auch ein Mitbestimmungsrecht an der Leitung, den Arbeitsbedingungen usw. haben sollen.

Der dezentralistische Sozialismus steckt sich also wesentlich bescheidenere Ziele als der zentralistische. Er konzentriert sich hauptsächlich auf die Forderungen, das arbeitslose Einkommen möglichst zum Verschwinden zu bringen und die Leitung der Produktion in die Hände der Arbeiter selbst zu legen. Er will auch nicht dem gesamten Wirtschaftsleben eine neue Verfassung geben, sondern beschränkt sich (meist) auf die Teile der Industrie, die in der Neuzeit von der Entwicklung zum Großbetrieb erfaßt worden sind. Gegenüber der Vollsozialisierung des zentralistischen Sozialismus begnügen sich die Vertreter des dezentralistischen Sozialismus gewöhnlich mit einer Teilsozialisierung. In der älteren sozialistischen Literatur tritt der dezentralistische Sozialismus manchmal allerdings nur als eine Form des Übergangs zum Sozialismus, als ein Vorstadium desselben auf. In dieser Form wird er z. B. in *Schäffles* Quintessenz des Sozialismus erwähnt. Zum Range eines selbständigen sozialistischen Programms und einer Dauerform des Sozialismus ist er erst in den letzten Jahrzehnten gelangt.

Das Aufkommen und die Ausbreitung des dezentralistischen Sozialismus in der Gegenwart geht vor allem auf die zunehmende Einsicht der Arbeitermassen in den Zwangscharakter des zentralistischen Sozialismus zurück. Es ist auch kein Zufall, daß der dezentralistische Sozialismus sich vor allem in England entwickelte. Dem individualistisch veran-

lagten und Eingriffen des Staates in das Wirtschaftsleben abgeneigten Engländer widerstrebt der staatliche Zwangsapparat, ohne den der zentralistische Sozialismus nicht auskommen könnte, ganz besonders. Wenn der englische Arbeiter überhaupt für eine Form des Sozialismus gewonnen werden sollte, so konnte das nur eine Form sein, die den direkten Einfluß des Staates auf das Wirtschaftsleben möglichst ausschaltete. So ist der moderne »Gildensozialismus« in England sozusagen als ein autochthones Gebilde entstanden.

Der dezentralistische Sozialismus hat aber auch schon in der älteren sozialistischen Literatur Vorläufer. Als solcher ist vor allem *Louis Blanc* zu nennen. Denn der Grundgedanke, auf dem sein Plan zur »Organisation der Arbeit« beruht, ist der, daß jede Industrie in einer großen, unmittelbar von den beteiligten Arbeitern geleiteten Organisation zusammengefaßt werden soll. Auf diesem Wege will *L. Blanc* die Konkurrenz zwischen den einzelnen Unternehmungen, in der die Ursache aller sozialen Mißstände zu erblicken sei, aus der Welt schaffen. Dieses große Ziel soll ganz allmählich erreicht werden. Zunächst sollen sich in jeder Industrie Arbeitergruppen freiwillig zusammenschließen um mit Hilfe des Staates, der das nötige Kapital zur Verfügung stellt, Arbeiterproduktivgenossenschaften zu gründen. Diese Produktivgenossenschaften oder »sozialen Werkstätten« werden die privaten Unternehmungen infolge ihrer inneren Überlegenheit niederkonkurrieren und sich zu großen Einheitsorganisationen zusammenschließen. Die nationale Produktion wird, soweit nicht bestimmte Gebiete (Eisenbahn, Versicherung, Bergbau) überhaupt gänzlich verstaatlicht werden, in einzelne, in sich geschlossene, dem Staate völlig unabhängig gegenüberstehende Produktionszweige zerfallen. Nur in einer Hinsicht ist eine gewisse Mitwirkung des Staates bei der Verwaltung der Produktion vorgesehen. Die einzelnen Zentralgenossenschaften haben aus ihren Reingewinnen gewisse Beträge an den Staat abzuführen und diese Summen sollen dazu verwendet werden eine gegenseitige Hilfe einzurichten, falls einzelne Produktionen in eine bedrängte Lage geraten sollten. Die Verwaltung dieses Ausgleichsfonds wird dem Staate übertragen.

Das Reformprogramm *Louis Blancs* fängt, wie man sieht, mit sehr kleinen und bescheidenen Änderungen an: Gewährung von Staatskredit an einzelne Arbeiterproduktivgenossenschaften. Aber doch erwartet *L. Blanc* von dieser so harmlos erscheinenden Maßnahme sehr weitreichende Wirkungen: die ganze bestehende Wirtschaftsordnung wird aus den Angeln gehoben, insbesondere der sie beherrschende Zustand der Konkurrenz zwischen vielen Betrieben auf jedem Produktionsgebiet wird beseitigt und durch eine einheitliche Organisation jeder Berufsgruppe ersetzt.

Obwohl der Vorschlag *L. Blancs* von *Ferdinand Lassalle* aufgegriffen

wurde, hat er doch nur für kurze Zeit ein gewisses Ansehen erlangt. Der Marxismus gewann die Oberhand in der deutschen Arbeiterbewegung, und vom dezentralistischen Sozialismus war auf Jahrzehnte hinaus kaum mehr die Rede. Er galt für eine der überwundenen unvollkommenen Formen des älteren Sozialismus. Auch *Tugan-Baranowsky*, der dem theoretischen Marxismus, wie schon mehrfach erwähnt, sehr kritisch gegenübersteht, verhält sich zu dem dezentralistischen Sozialismus *L. Blancs*, den er in seinem Wesen ganz richtig erkannt hat und »korporativen Sozialismus« nennt, durchaus ablehnend. Er sagt von der *Blancschen* Gesellschaftsorganisation, »daß sie dem sozialistischen Ideal nicht entspricht, weil sie die ökonomische Gleichberechtigung aller Gesellschaftsmitglieder nicht wahr«. Gerade vom rechtspolitischen Grundgedanken des Sozialismus aus verwirft er also die dezentralistische Lösung. Aus der Begründung seiner ablehnenden Haltung seien folgende Sätze wiedergegeben: »Unter der Herrschaft des korporativen Sozialismus würden die Produktionsmittel nicht der ganzen Gesellschaft, nicht dem ganzen Volke, sondern nur seinen einzelnen Gruppen gehören. Die Arbeiter solcher Arbeitszweige, die sich in günstigeren Umständen befinden, konnten ihre ökonomischen Vorteile zu Ungunsten des übrigen Teils der Gesellschaft ausnutzen und ihn auf diese Weise ausbeuten. Der Kampf entgegengesetzter ökonomischer Interessen wird bei einer solchen Organisation der sozialen Wirtschaft nicht abgeschafft, sondern nur aus dem Gebiet privater Unternehmungen ins Gebiet organisierter gesellschaftlicher Gruppen übertragen und kann dadurch sogar noch erbitterter werden. Der korporative Sozialismus läßt die nationale Produktion als Ganzes unorganisiert und planlos. Jede Gruppe von Arbeitern leitet selbständig die Produktion, ohne auf die Bedürfnisse und Wünsche anderer Gruppen Rücksicht zu nehmen. In dieser Beziehung würden die organisierten Gruppen der Berufsarbeiter völlig den modernen Unternehmensverbänden entsprechen, nur mit dem Unterschied, daß sie keinen kapitalistischen Charakter tragen würden. Aber ebenso wie die Kartelle nicht imstande sind, den industriellen Krisen und den ökonomischen Reibungen vorzubeugen, die das Wachstum des Volksreichtums unter der Herrschaft des Kapitalismus hemmen, so werden auch die Produktivgenossenschaften der Arbeiter nicht die Kraft haben, die soziale Wirtschaft zu organisieren. Nach dem Plane von *Louis Blanc* wird die Produktion von den Genossenschaften selbständig geleitet, aber wenn eine Genossenschaft in Bedrängnis gerät, wird sie vom Staate unterstützt. Auf diese Weise können die Genossenschaften frei über die gesellschaftlichen Mittel verfügen, sie sind aber von jeglicher Verantwortlichkeit für eine schlechte Geschäftsleitung befreit. Dies kann aber zum Gedeihen der gesellschaftlichen Wirtschaft unter keinen Umständen beitragen«<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> *Tugan-Baranowsky*, Der moderne Sozialismus. Dresden 1908, S. 131/32.

Als 1908 diese entschiedene Absage an die Grundgedanken des korporativen Sozialismus *Louis Blancs* veröffentlicht wurde, da war in England bereits die erste Schrift erschienen, in der das gildensozialistische Programm vertreten und eine Neubelebung der dezentralistischen Form des Sozialismus unternommen wurde. Der Schrift *Pentys* »The Restoration of the Guild-System« vom Jahre 1906, die gewöhnlich als der erste Ausdruck gildensozialistischer Ideen angesehen wird, war allerdings kein besonderer Erfolg beschieden. Mehr Beachtung fanden die gildensozialistischen Ideen erst nach Ausbruch des Weltkrieges. 1915 entstand in England die National Guilds League und 1917 erschien die Schrift, die wohl am meisten dazu beigetragen hat, die gildensozialistischen Ideen in weiten Kreisen bekannt zu machen, das Buch von *G. D. H. Cole* »Selfgovernment in Industry«. Da die Gedankenwelt des Gildensozialismus in den Schriften von *Cole* ihren klarsten und übersichtlichsten Ausdruck gefunden hat, liegen diese der folgenden Auseinandersetzung mit dem gildensozialistischen Programm zugrunde<sup>1)</sup>.

Der *Gildensozialismus* beansprucht »eine Synthese des Besten« zu sein, »was die miteinander wetteifernden sozialistischen Schulen hervorgebracht haben«<sup>2)</sup>. Von dem gewöhnlichen Sozialismus, d. h. dem zentralistischen Sozialismus wollen die Gildensozialisten nichts wissen. »Wenn man den Kapitalismus einfach durch die Sozialisierung ersetzte, würde sich in der Lage des Arbeiters im Grunde nichts ändern. Der Betriebsobmann, der ihm seine Einzelaufgabe zuweist, ist von oben ernannt; der Betriebsleiter steht mehr oder weniger seinem Untergebenen fremd gegenüber, und die übergeordnete fiskalische Stelle verlangt in erster Linie niedrige Produktionskosten«<sup>3)</sup>.

Die Gildensozialisten bekämpfen diesen Zustand, der nach ihnen nichts anderes ist als eine Kapitulation. Das Schlagwort, unter dem sie kämpfen, heißt Herstellung der industriellen Freiheit (Industrial freedom) oder Kontrolle der Industrie. »Was bedeutet die Kontrolle der Industrie, wie sie der Arbeiter fordert? Hier genügen zwei Worte: direkte Leitung.

<sup>1)</sup> Daneben sind die beiden von *O. Eccius* ins Deutsche übertragenen Schriften von *G. R. Stirling Taylor* »Der Gildenstaat« (Tübingen 1921) und »Gildenpolitik« (Tübingen 1922) herangezogen worden, die die Gedanken *Coles* näher ausführen, in manchen Punkten aber auch von ihnen abweichen.

Bezüglich der deutschen Literatur über den Gildensozialismus vgl. die Schrift von *Plaut*, Wesen und Bedeutung des Gildensozialismus. Jena 1922, S. 1. Die englische Literatur ist zusammengestellt bei *Charlotte Leubuscher*, Sozialismus und Sozialisierung in England. Jena 1921, S. 60/61. Ergänzungen dazu bietet *Plaut* a. a. O. S. 4, Anm. 1. Eine treffende Kritik des gildensozialistischen und anderer sozialistischer Programme enthält vor allem *Hartley Withers*, The Case for Capitalism, 1923.

<sup>2)</sup> *G. D. H. Cole* und *M. Mellor*, Gildensozialismus. Köln 1921, S. 11.

<sup>3)</sup> A. a. O. S. 31.



Die wirkliche Leitung des Geschäfts muß auf die Arbeiter übergehen, die in ihm tätig sind. Ihre Aufgabe muß es sein, Erzeugung, Verteilung und Austausch zu ordnen. Erobern müssen sie die industrielle Geschäftsführung und das Recht, die Beamten selbst zu wählen; sie müssen das ganze verwickelte Räder- und Hebelwerk der Industrie und des Handels verstehen und überwachen lernen; sie müssen zu den anerkannten Beauftragten der Allgemeinheit auf wirtschaftlichem Gebiete werden. Nur direkte Leitung vermag die idealen Bestrebungen der Arbeiter zu erfüllen, sie allein sichert Freiheit und Selbstverwaltung. Der Prüfstein des Gildensozialismus ist seine Bereitschaft, die Leitung der Industrie in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Wer der Demokratisierung des industriellen Lebens zwar günstig gegenübersteht, aber vor diesem Zugeständnis zurückschreckt, hat den Sinn der Freiheit nicht begriffen<sup>1)</sup>.

Ihr Endziel, Organisierung der Industrie in geschlossenen nationalen Gilden, die unter der ausschließlichen Leitung der Arbeiter stehen, wollen die Gildensozialisten — hier weichen sie also von *Louis Blanc* ab und stimmen mit den Syndikalisten überein — mit Hilfe der Gewerkschaften erreichen. Die Arbeitergewerkschaften haben nach gildensozialistischer Auffassung ihre Hauptaufgabe noch gar nicht erkannt. Diese besteht nicht darin, für die Arbeiterschaft eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems zu erreichen, sondern darin, die Kontrolle über die ganze Industrie an sich zu reißen und damit überhaupt das Lohnsystem oder, die Gildensozialisten bedienen sich hier genau so wie die Marxisten der Terminologie der Vertreter des Klassenkampfstandpunktes, »die Lohnsklaverei« aufzuheben. Damit die Gewerkschaften fähig werden, diese ihre wahren Aufgaben richtig zu erkennen und erfolgreich durchzuführen, müssen sie allerdings zunächst eine Umwandlung ihres Charakters vornehmen. Sie müssen — diese Forderung betrifft in erster Linie die ältere Verfassung der britischen Gewerkvereine — aufhören, nur Vereinigungen der Arbeiter desselben gelernten Berufes zu sein, sie müssen Großgewerkschaften werden, in denen alle Arten von Arbeitern, die in einer Industrie beschäftigt werden, zusammengeschlossen sind. Der Gildensozialismus verlangt also zunächst allgemeine Durchführung des Prinzips der »Industrieverbände« unter gleichzeitiger Einbeziehung auch der Kopfarbeiter in die Arbeiterorganisationen, um die Arbeiter besser fähig zu machen, die Kontrolle der Industrie zu übernehmen.

Was sich bei den Gildensozialisten hinter dem zunächst ziemlich harmlos klingenden Wort »Kontrolle der Industrie« verbirgt, ist dabei nichts anderes als die Enteignung der Unternehmer (wenn auch gegen eine gewisse Entschädigung), sowie ihre Verdrängung aus der jetzt von

---

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 27/28.

ihnen übernommenen sozialen Funktion der Leitung und Verwaltung der Produktion. Der Gildensozialismus stimmt in dieser Hinsicht, wenn er sich auch anderer Ausdrücke für seine Forderungen bedient, in weitgehendem Maße mit den Zielen des Syndikalismus überein.

Unter *Syndikalismus* verstehen wir hier diejenige Richtung der Arbeiterbewegung, welche unmittelbar die Arbeiter selbst, nicht den Staat zu Eigentümern der Produktionsmittel machen will. *Mises* hat wohl nicht Unrecht, wenn er vom Syndikalismus sagt, daß er in dem Bewußtsein der Arbeitermassen, die sich sozialistisch nennen, als Ziel der großen Umwälzung mindestens so lebendig sei, wie der Sozialismus. »Die große Masse wünscht nicht echten, d. h. zentralistischen Sozialismus, sondern Syndikalismus. Der Arbeiter will Herr der Produktionsmittel werden, die in seinem Betriebe in Verwendung stehen . . . . Die Eisenbahn den Eisenbahnern, die Bergwerke den Bergleuten, die Fabriken den Arbeitern, lautet die Losung« <sup>1)</sup>.

Der Syndikalismus in diesem Sinne ist ohne Zweifel die naivste und primitivste Form des modernen Sozialismus. Er gibt sich dem Glauben hin, wenn nur erst die Expropriation der Expropriateure durchgesetzt und den Arbeitern selbst das Eigentum an den industriellen Werken übertragen sei, sei das Ziel des Sozialismus schon erreicht und die Wirtschaft werde dann ohne Schwierigkeiten von selbst weiterlaufen. Der national-ökonomische Dilettantismus ist hier auf die Spitze getrieben. Für den Syndikalismus existieren alle die Probleme, welche die Aufrechterhaltung der Ordnung des Wirtschaftslebens in einem sozialistischen Gemeinwesen zu einer so schwer lösbaren Aufgabe machen, überhaupt nicht. Er macht gar keinen Versuch zu ihrer Lösung, er sieht sie mit der Übertragung des Eigentumsrechtes an den Produktionsmitteln an die Arbeiter schon als gelöst an <sup>2)</sup>.

Mit dem Syndikalismus in diesem Sinne zeigt der Gildensozialismus moderner britischer Prägung eine gewisse Verwandtschaft, worauf von den Gildensozialisten selbst auch mehrfach hingewiesen wird. Allerdings

<sup>1)</sup> *Mises*, Die Gemeinwirtschaft, S. 257/58.

<sup>2)</sup> Um welche Probleme es sich handelt und welche Schwierigkeiten bei ihrer Lösung auftauchen, hat *Mises* a. a. O. S. 259 ff. dargelegt.

Man vgl. auch *Johannes Gerhardt*, Unternehmertum und Wirtschaftsführung S. 146: »Wie jedoch diese autonomen Syndikate sich zum Gebilde einer Volkswirtschaft zusammenschließen und nach welchen regulativen Prinzipien Produktion und Verteilung vor sich gehen sollen, wird nicht weiter ausgeführt. Auch hier findet sich die werkmeisterhafte Vorstellung, daß der Sozialismus danach streben müsse, 'die Ordnung der Werkstatt auf die Gesellschaft zu übertragen' (*Sorel*). Der Syndikalismus schwelgt ganz in seiner Mythologie der Gewalt. Er übersieht die Funktion der Leitung völlig und gibt sich keine Rechenschaft über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen einer solchen Führungslosigkeit. Er ist der reinste Ausdruck der Revolte, des Protestes unterdrückter Menschen, welche Führung mit Macht verwechseln und allein in den Besitz von Macht zu kommen suchen.«

weicht der Gildensozialismus vom Syndikalismus auch wieder in wichtigen Punkten ab. So zunächst in bezug auf den Weg, auf dem er sein Ziel zu erreichen hofft. Die syndikalistische Richtung der Arbeiterbewegung, die namentlich in romanischen Ländern größere Ausbreitung gefunden und größeren Einfluß erlangt hat, ist eine sehr entschiedene Vertreterin des Klassenkampfgedankens. Deshalb scheut sie auch nicht davor zurück, die neue Produktionsordnung, die sie anstrebt, auf dem Wege der Gewalt, durch direkte Aktion des Proletariats, durchzusetzen. Mit Hilfe von Sabotage, Generalstreik, Besetzung der Betriebe usw. soll sich in einer großen Krisis der Übergang der Werke in das Eigentum der Gewerkschaften vollziehen. Die Gildensozialisten stellen sich die Erreichung ihres Endzieles etwas weniger gewaltsam vor. Ohne Generalstreik geht es allerdings auch bei ihnen nicht ab. Wenn für alle Industrien die von ihnen verlangten Großgewerkschaften entstanden sind, dann werden diese in der Lage sein, durch einen Streik einen so starken Druck auf die Unternehmer auszuüben, daß diesen gar keine andere Wahl bleibt, als die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, d. h. in diesem Falle auf das Eigentum an ihren Betrieben gegen eine gewisse Entschädigung zu verzichten.

Wichtiger als dieser Unterschied in der Methode ist indessen die ganz verschiedene Stellung, die die Gildensozialisten im Vergleich mit den Syndikalisten dem Staate gegenüber einnehmen. Hier ist auch der Punkt, an dem der moderne Gildensozialismus über den korporativen Sozialismus *Louis Blancs* hinausgeht, der mit der völligen Freiheit, die er den Zentralassoziationen der einzelnen Gewerbe gewährt, dem Syndikalismus näher steht als dem englischen Gildensozialismus. Freilich ist das Programm des Gildensozialismus in diesem wichtigen, ja entscheidenden Punkte nicht frei von Unklarheiten, Widersprüchen und Lücken. In der Theorie ist es zwar nicht schwer, vom Standpunkt des Gildensozialismus aus die Grenze einerseits gegen den Syndikalismus, andererseits gegen den Staatssozialismus zu ziehen. In den gildensozialistischen Schriften sind auch vielfach Formulierungen hierüber zu finden, die auf den ersten Blick sehr klar und überzeugend zu sein scheinen. So bestimmen *Cole* und *Mellor* das Verhältnis des Gildensozialismus zu Staatssozialismus und Syndikalismus folgendermaßen: »Staatssozialismus ist Staatskapitalismus, der Kapitalismus steht hier nur auf kollektiver Grundlage, er will nur den Profite sammelnden, unkontrollierten Privatkapitalisten durch die Profite sammelnde Allgemeinheit, vertreten durch den Staat, ersetzen. Man könnte den Gildensozialismus demgegenüber als Syndikalismus auf sozialistischer Grundlage bezeichnen. Während der Syndikalismus das Gruppenindividuum auf den Thron erheben will, ohne an Sicherungen gegen Gruppenprofit zu denken, hält der Gildensozialismus die Volksherrschaft im Wirtschafts-

leben aufrecht, wie es die Endabsicht des Syndikalismus ist, gesteht aber zu, daß es auch Rücksichten auf kommunale Bedürfnisse und kommunale Politik geben muß.«

Sehen wir nun aber näher zu, welche Einrichtungen denn im gildensozialistischen System dafür vorgesehen sind, daß die einzelnen Gruppenindividuen, d. h. die nationalen Gilden, ihre wirtschaftliche Stellung nicht mißbrauchen können, so tritt sofort hervor, daß auch die Gildensozialisten für diesen Punkt, auf den, wie gesagt, in ihrem System alles ankommt, keine Lösung wissen. Eine klare Verteilung der wirtschaftlichen Befugnisse zwischen dem Staat und den nationalen Gilden, den großen Selbstverwaltungskörpern der Industrie, sucht man in ihren Programmen vergebens. An Stelle klarer und bestimmter Formulierungen werden unbestimmte Redewendungen gebraucht, durch die die vorhandenen Schwierigkeiten nicht gelöst, sondern nur umgangen werden. Der Gildensozialismus hat wohl richtig erkannt, daß der Syndikalismus in seiner landläufigen Form ein Ding der Unmöglichkeit ist, und daß man den Staat, nachdem er den Arbeitern das Eigentum an den Produktionsmitteln verschafft hat, nicht einfach aus dem Wirtschaftsleben ausschalten kann; getrieben von der Sehnsucht, den Arbeitern den Blick auf ein Paradies der Freiheit und der Selbstverwaltung zu eröffnen, zögert er aber, aus dieser theoretischen Einsicht die nötigen Konsequenzen zu ziehen. So kommen die Gildensozialisten über gelegentliche Hinweise auf die unentbehrliche Mitwirkung des Staates bei der Preisfestsetzung und anderen wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen nicht hinaus, zugleich können sie sich aber gar nicht genug tun, die Bewegungsfreiheit, welche die einzelnen Gilden im Zukunftsstaat genießen werden, auszumalen. Die Gildensozialisten haben das naive Zutrauen, daß diejenigen, die in einer Industrie tätig sind, auch gerade die richtigen sein werden, um diese Industrie im Interesse der Allgemeinheit zu leiten. Sie nehmen also an, daß zwischen den Interessen der einzelnen Gilde und denen der Allgemeinheit Übereinstimmung und Harmonie herrscht. So heißt es bei *Cole* und *Mellor* hierüber: »Jede Gilde ist in ihrem besonderen Industriezweig die berufene Vertreterin der Allgemeinheit. Sie leitet die Produktion ohne Einmischung der Politiker. Zum Dank für diese Freiheit ordnet und leitet die Gilde die gesamte betreffende Industrie, und zwar weder zu ihrem eigenen Nutzen allein, noch für das Wohl der Verbraucher allein, sondern zugunsten aller. Keine Gilde darf jemals in die Lage geraten, die Allgemeinheit zu tyrannisieren; über ihr steht die Verantwortung dem Volksganzen gegenüber<sup>1)</sup>).

Gewisse Zweifel darüber, ob sich alles so glatt abwickeln und die

---

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 32.

Harmonie der Produzenten- und Konsumenteninteressen im gildensozialistischen System sich so von selbst herstellen wird, tauchen allerdings bereits bei den Gründern dieser Richtung auf. An der zuletzt zitierten Stelle heißt es z. B. weiter: »Man wird fragen, wo ist eine Gewähr dafür, daß die Gilde nicht zur Ausbeuterin der Allgemeinheit wird. Darauf ist zu erwidern, daß die Gilden überhaupt nicht für den Profit arbeiten, und daß das Einkommen des einzelnen nicht darauf beruhen darf, was er herstellt. Jedem Mitglied der Gesellschaft steht sein Einkommen solange rechtmäßig zu, als er ehrlich seinen Anteil an der Gesamtarbeit der Gesellschaft leistet. Wenn eine Gilde diese Grundlage der Produktion für den Verbrauch aufgeben und die Produktion für den Profit wieder einführen wollte, so würde sie die gesamte öffentliche Meinung gegen sich haben, und hinter dieser stünde nicht nur die politische Macht des Staates, sondern auch die wirtschaftliche Macht aller übrigen Gilden. In einer auf wirkliche Demokratie gegründeten Gesellschaft würde eine einzelne Körperschaft nicht die geringste Aussicht haben, aus einem solchen Kampf als Siegerin hervorzugehen.«

Diese Sätze sind nach mehr als einer Richtung hin interessant. Zunächst ist an ihnen bemerkenswert, daß in einem Teil dieser Ausführungen das gildensozialistische Programm überhaupt aufgegeben wird, um an seine Stelle einfach wieder das des zentralistischen Sozialismus und zwar sogar des Kommunismus zu setzen. Das geschieht da, wo davon gesprochen wird, daß in dem gildensozialistischen Staat nicht einfach für den Profit, sondern für den Verbrauch produziert wird, und daß jedem Arbeiter sein Einkommen ohne Rücksicht darauf, was er produziert zufließen soll. Das sind Anschauungen, die wohl in das kommunistische Programm passen und in ihm ganz folgerichtig sind, die aber mit den Anschauungen, die sonst von den Gildensozialisten vertreten werden, nicht zusammenstimmen.

Ein zweiter Punkt ist indessen noch bedeutsamer. In den vorhin angeführten Worten wird die Macht der öffentlichen Meinung für ausreichend erklärt, um die einzelnen Gilden bei ihrer Produktions- und Preispolitik zu einem auf die Interessen der Gesamtheit, d. h. der Konsumenten in genügendem Maße Rücksicht nehmenden Vorgehen zu veranlassen. Das ist ein Illusionismus, der in nationalökonomischen Dingen nicht erlaubt ist. Man wird hier vielmehr von einer realistischeren Betrachtungsweise auszugehen haben und sich auf den Standpunkt des Satzes stellen müssen, den der oberste Gerichtshof des Staates Ohio in einem gegen die Standard Oil Company 1890 erlassenen Urteile so formuliert hat: »Die Erfahrung lehrt, daß es unklug ist, der menschlichen Begierde zu trauen, wo ihr Gelegenheit geboten ist, sich auf Kosten anderer breit zu machen.« Das gilt für ein sozialistisches Gemeinwesen ebenso, wie für eine auf individualistischen Grundlagen beruhende Gesellschaft.

Der Gruppenegoismus ist für die Gesellschaft nicht weniger gefährlich als der Egoismus des einzelnen.

So ganz sicher fühlen sich die Gildensozialisten in ihrer Auffassung, daß im gildensozialistischen Staat zwischen den einzelnen Produzentengruppen eitel Harmonie herrschen und im Notfall schon ein leiser Druck der öffentlichen Meinung genügen werde, um die Gilde, die ihre Stellung zu einer mißbräuchlichen Preispolitik ausnutzen will, wieder in die Reihe der anständigen Gilden zurückzuscheuchen, übrigens selbst nicht. Gelegentliche Äußerungen aus ihrer Mitte lassen erkennen, daß ihnen die Achillesferse des gildensozialistischen Systems nicht ganz unbekannt geblieben ist. So findet sich auch bei *Cole* und *Mellor* einmal der bezeichnende Satz, allerdings erst auf der vorletzten Seite der Schrift: »Die Forderung nach dem vollen Arbeitsertrag für die Gesamtheit verwandelt sich leicht in die Forderung nach Monopolpreisen für einen einzelnen Gewerbezweig.« Damit ist einer der schwächsten Punkte des gildensozialistischen Systems treffend gekennzeichnet, denn von der Arbeiterschaft wird dieses ohne Zweifel so verstanden werden, daß der Arbeiterschaft der einzelnen Industriezweige das Recht eingeräumt werden soll, die Preise für ihre Produkte nach ihrem eigenen Ermessen festzusetzen. Das gildensozialistische System läuft unter diesem Aspekt betrachtet darauf hinaus, den Berufsegoismus der einzelnen Industriegruppen zu entfesseln und den Produzenten einen Freibrief zur Brandschatzung der Konsumenten auszustellen. Stellen wir uns nun vor, daß alle Industrien in solchen Gilden organisiert sind, die ihre wirtschaftliche Machtstellung im Interesse ihrer Mitglieder auszunützen suchen, so ist zugleich klar, daß im gildensozialistischen Staat im Gegensatz zu der von den Anhängern dieses Systems erträumten Harmonie nicht Ruhe und Eintracht, sondern schärfster Kampf zwischen den einzelnen Gilden der normale Zustand sein wird. Diesem Kampf wird der Staat selbstverständlich nicht ruhig zusehen können, er wird beständig in ihn eingreifen müssen, um die Konflikte zwischen den Gilden zu schlichten. Sein Eingreifen ist schon unentbehrlich um des Schutzes der Konsumenten willen, auf deren Rücken die Gilden sonst ihre Streitigkeiten austragen würden. Im Zukunftsstaat der Gildensozialisten wird der Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten in seiner ganzen Schärfe hervortreten. In unserem Wirtschaftssystem findet dieser Gegensatz seinen natürlichen Ausgleich durch die Wirkungen der Konkurrenz. Durch diese wird dafür gesorgt, daß die Interessen der Konsumenten, die identisch sind mit denen der Allgemeinheit, genügend gewahrt werden. Schaltet man die Konkurrenz aus dem Wirtschaftsleben aus, wie dies ein wesentliches Merkmal aller gildensozialistischer Pläne von *Blanc* bis *Cole* ist, so muß man eine andere Instanz schaffen, die befähigt ist, für die Interessen der Konsumenten zu sorgen. Diese Instanz kann na-

türlich nur der Staat sein. Damit ist aber zugleich festgestellt, daß im Gildensozialismus unmöglich eine so weitgehende Freiheit und Unabhängigkeit der Produktion vom Staate bestehen kann, wie uns von gildensozialistischer Seite gerne versichert wird. Die Gildensozialisten haben die Konsequenzen ihres Systems verkannt, wenn sie für dieses als charakteristisch hinstellen »daß der Staat in der Leitung der Industrie nichts zu suchen hat« (*Cole*). Nicht weniger, sondern mehr Einfluß des Staates auf das Wirtschaftsleben ist die notwendige Folge, zu der die Verwirklichung der gildensozialistischen Ideen hinführen muß. Und insbesondere muß der Staat beständig eine scharfe Kontrolle über die von den Gilden festgesetzten Preise ausüben, wenn als Folge des Gildensozialismus nicht sofort ganz unerträgliche Zustände eintreten sollen.

Übrigens müßte der Staat schon deshalb die Festsetzung der Preise übernehmen, weil in einer Wirtschaftsorganisation, in der sich die einzelnen Produktionszweige als riesige geschlossene Einheiten gegenüberstehen, in der die Konkurrenz bewußt ausgeschaltet worden ist, kein Raum mehr für einen Markt, für ein freies Spiel von Angebot und Nachfrage gegeben ist. »Die ‚Preise‘ werden dann durch Vereinbarungen ‚festgesetzt‘, sie bilden sich nicht mehr am Markte, der Austausch erfolgt direkt zwischen den einzelnen Wirtschaftskomplexen. Es bliebe vielleicht ‚noch etwas übrig, was wir, von der kapitalistischen Epoche aus betrachtet, einen letzten Überrest des freien kapitalistischen Marktes nennen könnten‘ (*Weil*), aber der Preisbildungsprozeß hätte im wesentlichen seine Funktion verloren . . . . Es gibt eine Grenze der Zentralisierung, bei der ein freier Marktausgleich notwendig aufhören muß. Und diese Zentralisationsgrenze ist im Gildenstaat erreicht«<sup>1)</sup>.

Unter diesen Umständen braucht man die Staatsleitung um die Aufgaben, die ihr zugeschoben werden, nicht zu beneiden. Denn zum mindesten die Aufgabe der Preisfestsetzung ist unlösbar, wie schon bei Betrachtung des Problems der Wirtschaftsrechnung gezeigt werden konnte.

Daß ohne genügende zentralistische Leitung auf der einen, ohne automatische Leitung der Wirtschaft durch den Preisbildungsprozeß auf der anderen Seite im Gildenstaat die größten Konflikte zwischen den Produzenten untereinander und zwischen Produzenten und Konsumenten herrschen würden, ist leicht vorauszusehen. Dadurch, daß die Gildensozialisten zwei Parlamente schaffen wollen, eines zur Vertretung der in den Gilden zusammengeschlossenen Produzenten, und eines zur Vertretung der Konsumenten und zur Entscheidung anderer als wirtschaftlichen Fragen, ist noch keine Gewähr für einen Ausgleich zwischen Produzenten und Konsumenten und noch weniger für eine Lösung der

<sup>1)</sup> *Johannes Gerhardt*, Unternehmertum und Wirtschaftsführung, S. 196/97. Vgl. auch *Weil*, Gildensozialistische Rechnungslegung, Arch. f. Sozw. u. Sozpol., Bd. 52.

Probleme der Wirtschaftsrechnung ohne Preisbildungsprozeß und Konkurrenz gegeben <sup>1)</sup>).

Erwägt man alles dies, so wird man über den Gildensozialismus als politisch aktuell gewordene Form des dezentralistischen Sozialismus abschließend sagen können: Der Gildensozialismus bedeutet eine Fortbildung des Syndikalismus. Im Grunde ist der »Fortschritt« den der Gildensozialismus gegenüber dem Syndikalismus darstellt, jedoch nur gering. Teilt auch der Gildensozialismus nicht mehr ganz die nationalökonomische Ignoranz und die Brutalität des gewöhnlichen Syndikalismus, so ist er doch weit entfernt eine irgendwie klare und befriedigende Lösung für die grundlegenden nationalökonomischen Probleme zu bieten, die in jedem sozialistischen System zu lösen sind. Vielmehr gilt auch von ihm, daß er an Stelle klarer Lösungen nur verschwommene und in sich widerspruchsvolle Redensarten darbietet, und daß ihm diese Probleme zum Teil in ihrer ganzen Schwere und Tragweite gar nicht aufgegangen sind. Was der Gildensozialismus z. B. darüber zu sagen weiß, wie sich in seinem System die durch Bevölkerungswachstum oder durch Verschiebungen der Nachfrage notwendig werdenden Ausdehnungen (oder Einschränkungen) der Produktion auf einzelnen Gebieten vollziehen sollen, das ist ungemein dürftig und läßt gerade die wichtigsten Fragen offen. Natürlich ist es undenkbar, das haben die Gildensozialisten selbst erkannt, den einzelnen Gilden die Entscheidung darüber zu überlassen, in welchem Umfang auf den einzelnen Gebieten die Produktion erweitert werden soll. Allein, was die Gildensozialisten nicht erkannt haben, ist, daß damit eigentlich ihr ganzes System, das eben der inneren Folgerichtigkeit entbehrt, zusammenbricht und der zentralistische Sozialismus wieder an seine Stelle tritt. Und die größere wirtschaftliche Freiheit, die die Gildensozialisten in ihrem System, das ja unter dem Schlagwort »industrial freedom« ins Leben trat, versprochen, reduziert sich dann darauf, daß im gildensozialistischen Staat die Masse der gewöhnlichen Arbeiter sich ihre Werkmeister und Vorgesetzten selbst wählen kann, während sie im zentralistischen Sozialismus von der Zentrale ernannt werden. Das ist alles, was vom gildensozialistischen System schließlich noch als Besonderheit übrigbleibt.

Es liegt also kein Grund vor, den dezentralistischen Sozialismus als einen großen Fortschritt gegenüber dem zentralistischen zu preisen. Er stellt nicht etwa die soviel gesuchte lebensfähige Synthese zwischen Individualismus und Sozialismus dar, er ist im Grunde ebenso utopisch wie der zentralistische Sozialismus und vermag für die Probleme, die in einer sozialistischen Wirtschaft zu lösen sind, gleich diesem nur Schein-

---

<sup>1)</sup> Vgl. auch *Carl Landauer*, Die Ideologie des Wirtschaftsparlamentarismus in »Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege«, 1. Bd., München und Leipzig 1925, S. 185 ff.



lösungen zu bieten, mag er äußerlich auch als eine größere Annäherung an die jetzt bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse erscheinen als dieser. Die Gilden sind nach ihrer Stellung im Wirtschaftsleben entweder nichts anderes als Arbeiterproduktivgenossenschaften, und dann sind gegen sie alle Bedenken geltend zu machen, die gegen diese Organisationsform sprechen (vgl. S. 26 ff.), oder aber es handelt sich bei ihnen um Körperschaften mit Monopolrechten, die, wenn sie nicht zu einer maßlosen Ausbeutung der Konsumenten benutzt werden sollen, unbedingt einer ständigen scharfen Kontrolle seitens des Staates in ihrer Produktions- und Preispolitik unterworfen werden müssen. Das sind die beiden einzigen Möglichkeiten, zwischen denen der dezentralistische Sozialismus die Wahl hat, und zwischen denen er, wie das Beispiel des englischen Gildensozialismus zeigt, unentschlossen hin- und herschwankt, wenn er nicht überhaupt in den zentralistischen Sozialismus zurückfällt. Weder mit der einen noch mit der anderen Möglichkeit ist aber eine tragfähige Grundlage für eine Neuordnung des Wirtschaftslebens gewonnen, die man gegenüber dem Kapitalismus als eine wirkliche Verbesserung bezeichnen könnte.

## F. Die halb- und pseudosozialistischen Programme (Genossenschaftssozialismus, Planwirtschaft und Staatssozialismus).

Unter den sozialistischen Reformprogrammen finden sich auch Vorschläge, die zwar in der äußeren Form eine gewisse Verwandtschaft mit dem echten Sozialismus zeigen, im Grunde aber des sozialistischen Charakters entbehren, weil sie auch auf dem Boden der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung ohne gleichzeitige Umwälzung der Eigentumsordnung durchgeführt werden könnten. Um die Zwischenstellung dieser Programme zum Ausdruck zu bringen, kann man sie zweckmäßig als halb- oder pseudosozialistisch bezeichnen. Von den Richtungen, denen dieser Zwittercharakter eigen ist, haben vor allem drei in der sozialistischen Literatur — und teilweise auch in der sozialistischen Bewegung — größere Bedeutung erlangt: der Genossenschaftssozialismus, die Planwirtschaft und der Staatssozialismus.

**1. Der Genossenschaftssozialismus.** Wegen seines völlig utopischen Charakters sei der *ältere* Genossenschaftssozialismus nur kurz erwähnt: In England ist *Robert Owen* und ihm folgend *William Thompson*, in Frankreich ist *Charles Fourier* durch die Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung auf den Gedanken gebracht worden, es sei das beste, das Wirtschaftsleben völlig neu, in Form von kleinen (etwa 2000 Personen umfassenden) genossenschaftlichen Gemeinwesen zu organisieren,

die alles selbst erzeugen, was sie zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder brauchen. »Es ist eine kleine Welt, die sich selbst genügt, ein Mikrokosmos, der alles das, was er verbraucht, produziert, und alles das, was er produziert, verbraucht«<sup>1)</sup>. Es erübrigt sich, auf die Ausgestaltung dieser Genossenschaften, die widerspruchsvolle Verknüpfung von völliger Gleichheit mit Freiheit der Arbeit und des Konsums bei *Thompson* oder die eigenartige Verteilung des Gewinnes bei *Fourier* einzugehen. Es genügt darauf hinzuweisen, daß der ältere Genossenschaftssozialismus die grundlegende Tatsache, daß der technische Fortschritt in der Regel ohne eine Ausweitung des Absatzkreises, also eine Vergrößerung der Zahl der Menschen, die wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind, sowie auch ohne Vermehrung des in der Produktion gebundenen Sachgüterbestandes oder »Kapitals«, nicht möglich ist. Daß praktische Versuche zur Verwirklichung solcher Vollgenossenschaften scheiterten, ist selbstverständlich.

Nach diesen Mißerfolgen zieht sich der Genossenschaftssozialismus auf die Teilgenossenschaft zurück, um wenigstens ein Stück seines Grundprinzips zu retten. Er verzichtet damit freilich auf die Hoffnung, eine rasche Umgestaltung der ganzen Gesellschaft durchsetzen zu können, und stellt sich das bescheidenere Ziel, auf eine allmähliche Durchdringung der bestehenden Gesellschaft mit genossenschaftlichen Organisationen hinzuwirken. Die Formen der Genossenschaft, mit denen man von sozialistischer Seite eine solche langsame Umbildung des Kapitalismus zu erreichen hofft, sind doppelter Art: die Arbeiterproduktivgenossenschaft und die Konsumgenossenschaft. Für beide sind die Bedingungen, von denen ihre Entwicklung im Wirtschaftsleben abhängt und damit die Grenzen, die ihrer Ausbreitung gezogen sind, schon früher, bei der Schilderung der Organisationsformen im kapitalistischen Wirtschaftssystem, näher untersucht worden. Darauf soll hier nicht noch einmal zurückgekommen werden. Was hier zu tun noch übrigbleibt, ist lediglich, die Rolle zu charakterisieren, die die Idee der Arbeiterproduktivgenossenschaft sowie auch die der Konsumgenossenschaft in der Entwicklung des Sozialismus gespielt haben. An diese Formen der Genossenschaft knüpft sich bis zur Gegenwart eine wichtige sozialistische Ideologie. Produktivgenossenschaft und Konsumgenossenschaft sind für den Sozialisten eben nicht einfach bloß Formen der Produktionsorganisation, die auch im kapitalistischen System in bestimmtem Umfang vorkommen können und gewisse Funktionen zu erfüllen haben. Sie sind ihm viel mehr. Er erwartet von ihrem Vordringen, bei dem er Grenzen kaum anerkennt, eine grundlegende Veränderung der heutigen Wirtschaftsorganisation von innen heraus und ohne jeden staatlichen Zwang.

<sup>1)</sup> *Ch. Gide* über *Fouriers* »Phalange«, in *Gide und Rist*, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, 3. Aufl., Jena 1923, S. 269.

Ursprünglich knüpfte man sehr weitgehende Hoffnungen an die Arbeiterproduktivgenossenschaft. Von den ungeheueren Hindernissen, auf die gerade diese Genossenschaftsform stößt, hatte man keine rechte Vorstellung, und die Erfahrungen, die in früheren Zeiten im Bergbau und in der Verlagsindustrie mit ihr gemacht worden waren, lagen außerhalb des Gesichtskreises der Sozialreformer und Sozialisten, die für die neue Genossenschaftsform eintraten. In dem Maße, als sie dann in der Industrie erprobt wurde und dabei die früher (S. 26 ff.) geschilderten inneren und äußeren Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatte, immer deutlicher hervortraten, kühlte sich die große Begeisterung, die man anfänglich dieser Genossenschaftsform von sozialistischer Seite entgegengebracht hatte, allmählich wieder ab. Immerhin hat sich innerhalb des Sozialismus für den Gedanken der Arbeiterproduktivgenossenschaft bis zum heutigen Tage eine gewisse Vorliebe erhalten, und man kann von der Vorstellung nicht lassen, daß diese Genossenschaftsform vielleicht doch noch ausersehen sei, in Zukunft eine größere Rolle zu spielen. Diese Erscheinung wirkt zunächst überraschend. Denn nach den Mißerfolgen bei der praktischen Erprobung sollte man meinen, niemand könne auf diese Form der Vereinigung von Kapital und Arbeit noch irgendwelche Hoffnungen für eine durchgreifende Umgestaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsorganisation setzen. Wenn trotzdem die Idee der Produktivgenossenschaft in sozialistischen Kreisen ein so zähes Leben hat und immer wieder Vertreter dieses Gedankens auftreten, so ist das nur daraus zu erklären, daß die Idee der Produktivgenossenschaft den tiefsten Bedürfnissen dieser Kreise entgegenkommt und der Glaube an die Lebensfähigkeit dieser Genossenschaftsform mit dem Glauben an die sonstigen Dogmen des Sozialismus aufs innigste zusammenhängt.

Der Glaube an die Lebensfähigkeit der Produktivgenossenschaften ist ja von keinem Geringeren als *Karl Marx* geteilt worden, wenn *Marx* auch weit davon entfernt war, in der Produktivgenossenschaft der Arbeiter schon die volle Verwirklichung des sozialistischen Ideals zu erblicken. Aber er glaubte doch, daß die Gründung von Arbeiterproduktivgenossenschaften innerhalb des bestehenden Gesellschaftssystems mit Erfolg möglich sei, und schrieb diesem Vorgehen eine hohe Bedeutung für die Erziehung der Arbeiterschaft zum Sozialismus zu. In der Inauguraladresse der internationalen Arbeiterassoziation, die von *Marx* im Herbst 1864 entworfen wurde und die gleichsam ein zweites kommunistisches Manifest darstellt, spricht er über die Lichtseiten in der Entwicklung der Arbeiterbewegung seit dem verhängnisvollen Jahre 1848. Die eine »Lichtseite« sieht er in dem Fortschreiten der Arbeiterschutzesetzgebung in England, die andere, noch bedeutsamere erblickt er in dem Aufkommen von Arbeiterproduktivgenossenschaften. Über diese bemerkt er: »Die auf dem Prinzip der Kooperation beruhenden, durch

wenige unverzagte, wenn auch unterstützte Hände ins Leben gerufenen Fabriken stellen einen noch größeren Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die Ökonomie des Besitzes vor als die Erfolge der Zehnstundenbill . . .« »Der Wert dieser sozialen Experimente kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Durch die Tat statt der Gründe haben sie bewiesen, daß Produktion im großen Maßstabe und in Übereinstimmung mit den Geboten der modernen Wissenschaft stattfinden kann, ohne die Existenz einer Klasse von Arbeitgebern, die einer Klasse von Arbeitnehmern zu tun gibt, daß die Arbeitsmittel, um Früchte zu tragen, nicht als ein Werkzeug der Herrschaft über und der Ausbeutung gegen den Arbeitenden selbst monopolisiert zu werden brauchen, und daß Lohnarbeit wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft nur eine vorübergehende und untergeordnete Form ist, die, dem Untergang geweiht, verschwinden muß vor der Assoziation der Arbeit, welche ihre schwere Aufgabe mit williger Hand, leichtem Sinn und fröhlichem Herzen erfüllt«<sup>1)</sup>.

Auf diese Darlegungen gestützt, nahm der erste Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation, der 1866 in Genf tagte, eine Resolution an, in der den Arbeitern empfohlen wurde, mehr der Gründung von Produktivassoziationen als der von Konsumvereinen ihr Interesse zuzuwenden. Die letzteren berührten nur die Oberfläche des heutigen Wirtschaftssystems, die ersteren dagegen griffen es in seinen Grundfesten an.

In späterer Zeit hat sich *Marx* über die Produktivgenossenschaft und ihre Aussichten im Wirtschaftsleben wesentlich skeptischer geäußert. Vielleicht war ihm die Idee der Produktivgenossenschaft dadurch verleidet worden, daß die Anhänger *Lassalles*, die bis 1875 ja eine selbständige Gruppe in der Arbeiterbewegung und in der Politik bildeten, sowie auch Sozialreformer aus dem bürgerlichen Lager sich dieser Idee bemächtigt hatten und mit ihr politische Erfolge zu erzielen suchten.

Immerhin: wenn selbst ein *Karl Marx* über die Lebensfähigkeit der Produktivgenossenschaft sich getäuscht hat, so darf man sich nicht wundern, wenn sich bis in die neueste Zeit hinein Vertreter des Gedankens der Arbeiterproduktivgenossenschaft finden. So macht *Rosenstock*, der dem Gildensozialismus und überhaupt der Sozialisierung ablehnend gegenübersteht und nach neuen Formen der Vereinbarung zwischen Kapital und Arbeit sucht, in seiner »Werkstattaussiedlung«<sup>2)</sup> Vorschläge, die auf nichts anderes hinauslaufen, als eine Wiederbelebung der Verlagsindustrie und eine Wiederaufnahme der Idee der Arbeiterproduktivgenossenschaft. Er vermeidet zwar diese Ausdrücke ängst-

<sup>1)</sup> Der Wortlaut dieser Äußerung wird sehr verschieden wiedergegeben. Hier zitiert nach *Hainisch*, Ist der Kapitalzins berechtigt?, 1919, S. 42.

<sup>2)</sup> *Rosenstock*, Werkstattaussiedlung. Berlin 1922.

lich und gibt sich große Mühe, seine Vorschläge als etwas Neues erscheinen zu lassen, der Kundige wird in dem Reformprogramm *Rosenstocks* aber doch die alte Produktivgenossenschaft wiedererkennen.

Und selbst ein so kritisch veranlagter Kopf wie *Hainisch* kann, nachdem er zunächst über das Scheitern der meisten Produktivgenossenschaften und seine Ursachen in objektiver und zutreffender Weise berichtet und festgestellt hat, daß diese Mißerfolge »nicht weniger als den Schiffbruch des demokratischen Prinzips in seiner Anwendung auf die Organisation der Unternehmung« bedeuten, nicht umhin, für die Zukunft doch noch die Möglichkeit offen zu halten, daß die Produktivgenossenschaft einmal besser gedeihen wird. Er schreibt: »Es ist zweifellos, daß die Arbeiter derzeit unfähig sind, auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung die Unternehmer in der Leitung der Produktion abzulösen. Damit ist indes keineswegs gesagt, daß dies immer so bleiben müsse. Hoffentlich hat *Schäffle* recht, wenn er annimmt, daß die geistigen Fähigkeiten und sittlichen Tugenden des Arbeiterstandes in hohem Maße entwicklungsfähig seien, und daß mit dieser Entwicklung manche Hindernisse hinwegfallen würden, die heute der Genossenschaftsbildung und dem Gedeihen der bestehenden Genossenschaften im Wege stünden«<sup>1)</sup>.

Auf wie schwachen Füßen diese Hoffnungen stehen, braucht nach unseren Erörterungen nicht dargelegt zu werden. Es heißt die ganze Diskussion auf ein falsches Gleis schieben, wenn man die Ursachen für das Mißlingen der Produktivgenossenschaft in erster Linie in einem Mangel an sittlichen und geistigen Eigenschaften bei den Arbeitern sucht. Der Fehler liegt in der Konstruktion dieser Genossenschaften.

Im allgemeinen ist aber auch innerhalb des Sozialismus die Begeisterung für die Arbeiterproduktivgenossenschaft erloschen. Unter der Wucht des wahrhaft erdrückenden Materials, das über die mit ihr erzielten Mißerfolge im Laufe der Zeit sich ansammelte, hat die Produktivgenossenschaft den Platz, den sie auf den sozialistischen Reformprogrammen eine Zeitlang einnahm, räumen müssen. An die Stelle der Idee der Produktivgenossenschaft trat seit den letzten Jahrzehnten des verflossenen Jahrhunderts immer mehr die der Konsumgenossenschaft. Die gewaltige Entwicklung, die gerade die von den Sozialisten anfänglich so gering geachteten Konsumgenossenschaften in den modernen Industrieländern, insbesondere in Großbritannien und Deutschland, genommen haben, nötigte zu einer Revision der Haltung ihnen gegenüber. Insbesondere in den Kreisen der Revisionisten ging man allmählich dazu über, den Konsumvereinen eine wichtige Rolle bei der Umbildung der kapitalistischen Produktionsweise zu einer dem sozialistischen Ideal besser entsprechenden zuzuschreiben.

---

<sup>1)</sup> *Hainisch*, Ist der Kapitalzins berechtigt?, 1919, S. 55.

Wie sie den Konsumvereinen schon für die Stellung der Arbeiter im Wirtschaftsleben der Gegenwart große Bedeutung beimessen — *Bernstein* hat das kurz dahin formuliert: »Was die Gewerkschaften für die Profitrate in der Produktion, das sind die Konsumgenossenschaften für die Profitrate im Warenhandel« —, so erwarten sie erst recht Großes von der weiteren Ausbreitung der Konsumvereinsbewegung. Ihr Vordringen soll schließlich den ganzen Charakter der heutigen Wirtschaftsverfassung verändern, aus der Produktion für den Erwerb, für den Profit, wird durch sie immer mehr eine Produktion für den Bedarf. In dem Maße, wie in den letzten Jahren die anderen Formen der Verwirklichung des Sozialismus durch die mit ihnen angestellten Versuche diskreditiert worden sind, gewann die »genossenschaftliche Gemeinwirtschaft« an Ansehen und wurde die Position, auf die sich die vielfach enttäuschten Sozialisten immer mehr zurückzogen.

Eine Kritik, wie sie gegenüber den anderen Arten des Sozialismus geübt wurde, muß gegenüber der konsumgenossenschaftlichen Gemeinwirtschaft unterbleiben. Denn im Grunde ist die konsumgenossenschaftliche Produktionsweise gar keine Form des Sozialismus, sondern eine Organisationsform, die auf dem Boden der individualistischen Wirtschaftsordnung entsteht und sich ausbreitet. Wenn *August Müller Mises* gegenüber bemerkt <sup>1)</sup>, dieser, der gegen alle Arten des Sozialismus mit großem Scharfsinn Beweisgründe zusammengetragen habe, wisse gegen die konsumgenossenschaftliche Gemeinwirtschaft keine rechten Einwände zu erheben, so erklärt sich das also sehr einfach. *Müller* selbst sagt über das Wesen des Sozialismus ganz richtig: »Von Sozialismus kann man nur sprechen bei Systemen, die alle Produktionsmittel der ausschließlichen Verfügungsgewalt des organisierten Gemeinwesens unterstellen« <sup>2)</sup>. Bei der konsumgenossenschaftlichen Gemeinwirtschaft kann aber gar keine Rede davon sein, daß sie alle Produktionsmittel der Verfügungsgewalt des Gemeinwesens unterstellen will, sie bewegt sich überhaupt auf einer ganz anderen Ebene wie der gewöhnliche Sozialismus, sie hat die individualistische Wirtschaftsordnung mit ihren grundlegenden Einrichtungen zum Ausgangspunkt und zur Voraussetzung.

Zu einer ablehnenden Haltung liegt also für den Anhänger der individualistischen Wirtschaftsordnung keine Veranlassung vor. Was hier der kritischen Prüfung bedarf, ist der Glaube der Sozialisten an die unbegrenzten Ausdehnungsmöglichkeiten und die umwälzenden Wirkungen der Konsumgenossenschaften.

Die Zahl der sozialistischen oder dem Sozialismus wenigstens nahestehenden Theoretiker, die dem System der konsumgenossenschaftlichen

<sup>1)</sup> In der Einleitung zu seiner Übersetzung von *S. u. B. Webb*, Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft, 1924, S. 20.

<sup>2)</sup> A. a. O. S. 13.

Gemeinwirtschaft die Bedeutung zuerkennen, daß es berufen sei, die kapitalistische Wirtschaft aus den Angeln zu heben, ist gegenwärtig schon sehr beträchtlich. Es seien hier nur einige Hauptvertreter dieser Richtung aus Deutschland, Frankreich und England angeführt. Ihnen ist gemeinsam, daß sie zwar ebenso wie die übrigen Sozialisten annehmen, daß in der heutigen Gesellschaft in großem Umfang eine Ausbeutung stattfindet. Aber nicht der Arbeiter als Produzent ist, wie der Marxismus lehrt, der Gegenstand dieser Ausbeutung, sondern die Hauptausbeutung des Arbeiters vollzieht sich in seiner Eigenschaft als Konsument, und der Hauptträger der Ausbeutung ist der Zwischenhandel, der die Waren dem Arbeiter zu ungerechtfertigt hohen Preisen verkauft. In Deutschland hat vor allem *R. Wilbrandt* diese Auffassung vertreten. Für ihn gibt es »keine unlösbaren Schwierigkeiten, keine Grenzen, solange nicht in den Menschen selber die Grenzen der Entwicklungsfähigkeit erreicht sind«. Der Ankauf eines Landgutes durch einen Hamburger Konsumverein ist ihm ein erster Schritt auf einer Bahn, die allmählich dazu führen mag »Rittergut nach Rittergut durch friedlichen Kauf aus der Hand privater Gutsherrschaft in die Hände freier Gemeinwirtschaft zu übertragen«. Ebenso taucht anlässlich der Errichtung einer Seifenfabrik durch die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bei ihm gleich der Gedanke auf, »wie es in Zukunft sein wird, wenn eine Fabrik nach der anderen aus privatkapitalistischen Unternehmungen in diese freie Gemeinwirtschaft übernommen wird«<sup>1)</sup>. Diese freie Gemeinwirtschaft, deren Entwicklung keine Grenzen gesetzt sind, ist nach ihm imstande, alle Ziele zu erreichen, die man bisher nur mit Hilfe des eigentlichen Sozialismus erreichen zu können glaubte. So wird durch die Ausbildung der konsumgenossenschaftlichen Gemeinwirtschaft der Krebschaden der heutigen Gesellschaft, das arbeitslose Einkommen, beseitigt werden. »Der gesamte Tribut an private Besitzende, die am Arbeitsertrag mit-zehren kraft ihres Besitzes, Grund- und Kapitalrenten aller Art, fällt dann als Rückvergütung, als Warenverbilligung an die Konsumenten, soweit nicht die Lage der Produzenten sowie neue Produktion und gemeinnützige Zwecke vorweg zu bedenken sind. Kurz, was heute auf Kosten der Arbeiter, auf Kosten der körperlichen und geistigen Produzenten aller Art und auf Kosten der Konsumenten aller Schichten an privatem Besitzeinkommen bezogen wird . . . , das fließt dann an die Gesamtheit, die dann Eigentümer von alledem ist, es gibt nicht mehr Besitzeinkommen, sondern nur Arbeitseinkommen, und der Marxsche ‚Mehrwert‘ fällt an seine Erzeuger.«

Daß sich die konsumgenossenschaftliche Produktionsweise immer

<sup>1)</sup> Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften. Vortrag, gehalten auf dem Evangel.-Sozialen Kongreß in Hamburg 1913. Göttingen 1914. Vgl. auch *Wilbrandt*, Der Sozialismus, Jena 1919.

weiter ausbreitet, das erwartet *Wilbrandt* vor allem von der großen organisatorischen Überlegenheit eines solchen Zusammenschlusses. Die Konsumgenossenschaft gleicht in dieser Hinsicht nach ihm dem Trust, nur ohne dessen soziale Schäden, ja sie geht noch weit über den Trust hinaus. Denn bei ihr fällt vor allem die Unsicherheit im Absatz weg. *Wilbrandt* schreibt den Konsumvereinen eine Sicherheit in der Beherrschung des Absatzes zu, von der sie in Wirklichkeit schon allein deshalb weit entfernt sind, weil die Nachfrage der Arbeiter unsicher sein muß, zum mindesten solange, als ihr Lohn und Beschäftigungsgrad teilweise vom Weltmarkt abhängig ist.

Neben *Wilbrandt* sind in Deutschland als Vertreter der Idee der Konsumgenossenschaft vor allem *Franz Staudinger*<sup>1)</sup> und *August Müller*<sup>2)</sup> zu nennen. So sehr die beiden aber auch auf antikapitalistischem Boden stehen und von der Konsumgenossenschaft Großes für die Zurückdrängung des Kapitalismus erwarten, so ist doch nicht zu verkennen, daß sie sich wesentlich vorsichtiger und realistischer äußern als *Wilbrandt*. *Staudinger* z. B. urteilt über die Erweiterung der Eigenproduktion der Konsumvereine nach der landwirtschaftlichen Seite hin ziemlich skeptisch. Wie er berichtet, hat der erwähnte Erwerb eines Landgutes durch einen Hamburger Konsumverein, der *Wilbrandts* leicht beschwingte Phantasie zu so großen Hoffnungen entflammte, keine befriedigenden Ergebnisse geliefert. Und ebenso teilt er mit, daß man in England bei den mit der landwirtschaftlichen Eigenproduktion angestellten Versuchen wirtschaftlich nicht recht auf die Kosten gekommen sei und sie daher größtenteils wieder aufgegeben habe.

Aus der Reihe der französischen Nationalökonomien ist vor allem *Charles Gide* als derjenige zu nennen, der sich schon seit der Mitte der 80er Jahre mit der Bedeutung der Konsumgenossenschaften und der tiefgreifenden Wandlung, die sie durch ihre immer weitere Ausbreitung in den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen bewirken werden, beschäftigt hat. *Gide* bewegt sich in ähnlichen Gedankengängen wie *Wilbrandt*. Gleich diesem sieht er in den Konsumvereinen die Anfänge einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Welt. »Ich bin überzeugt«, so schreibt er, »daß die genossenschaftliche Assoziation als eine höhere Form der industriellen Organisation anzusehen ist, als eine Form, welche die jetzige früher oder später ersetzen muß. Von uns hängt es ab, diese Zukunft uns näher zu bringen.« Ebenso wie *Wilbrandt* sieht auch *Gide* keine Grenzen für die Ausbreitung der Konsumgenossenschaften. In drei Etappen wird nach ihm das Prinzip der Konsumgenossenschaft das Wirtschaftsleben erobern. »Sich vereinigen, die Masse organisieren, möglichst viel von dem Gewinn der Verbrauchergenossenschaften bei-

<sup>1)</sup> Die Konsumgenossenschaft. Leipzig 1918.

<sup>2)</sup> Einleitung zu *Webb*, Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft.



seite legen, um Großeinkaufsgesellschaften mitzubegründen und Einkäufe in großem Maßstab zu machen. Dieses ist die erste Etappe. Dann große Kapitalien mit Hilfe des Abzuges vom Gewinn ansammeln und mit ihrer Hilfe Bäckereien, Mühlen, Tuchfabriken und Werkstätten für fertige Kleider begründen. Dieses ist die zweite Etappe. Schließlich in mehr oder weniger entfernterer Zukunft Boden erwerben und in eigenen Farmen Brot, Wein, Butter, Milch, Geflügel, Eier, Gemüse, Früchte und Blumen zu erzeugen, die die Grundlage eines jeden Verbrauchs sind. Dieses ist die letzte Etappe. Um alles Gesagte mit drei Worten zu umfassen, läßt sich sagen, daß in der ersten siegreichen Etappe der Handel, in der zweiten die Industrie und in der dritten die Landwirtschaft erobert werden wird. Dieses ist das Programm der Genossenschaften aller Länder«<sup>1)</sup>.

Noch älter als in Frankreich und in Deutschland ist die Ideologie der Konsumgenossenschaftlichen Gemeinwirtschaft in England. Wie Großbritannien das Land ist, in dem die Konsumgenossenschaft zuerst Fuß faßte und zu einer wirtschaftlichen Machtstellung gelangte, so ist es auch das Land, das zuerst in der Konsumgenossenschaft eine dem Sozialismus ebenbürtige Kraft erblickt hat. In einem Leitfadens, der am Ende der 70er Jahre im Auftrag einer Konferenz von Vertretern des Genossenschaftswesens über die allgemeine Bedeutung derselben verfaßt und herausgegeben wurde, wird bereits eine Gleichstellung der Konsumgenossenschaften mit dem Sozialismus vorgenommen. Es heißt darin: »Das Ziel unseres englischen genossenschaftlichen Verbandes ist ebenso wie für den kontinentalen Sozialismus die absolute Veränderung des heutigen sozialen und wirtschaftlichen Systems. Seine Waffe zur Erreichung dieses Zieles ist ebenso wie bei uns die Assoziation. Doch findet bereits hier die Ähnlichkeit ihr Ende. Unsere Genossenschaften fordern dank ihrer englischen Diszipliniertheit nichts vom Staate außer der Handlungsfreiheit und dem Wunsche, sich nicht einzumischen. Sie wünschen keine staatliche Hilfe und werden sich beunruhigen, wenn dieselbe ihnen vorgeschlagen werden wird. Sie verlangen nicht die Erweiterung der staatlichen Rechte auf den Boden und andere Nationalreichtümer. Sie vergewaltigen nicht das Eigentum anderer Menschen, sondern verlangen bloß, daß man ihnen bei der Herstellung von Gütern nicht behinderlich sei«<sup>2)</sup>.

In neuerer Zeit hat die Konsumgenossenschaft in England ihre Ideologie vor allem durch die Arbeiten des Ehepaars *Webb* erhalten<sup>3)</sup>. Der Produzentendemokratie, d. h. der Arbeiterproduktivgenossenschaft,

<sup>1)</sup> Zitiert nach *V. Totomianz*, Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus, Jena 1925, S. 187.

<sup>2)</sup> *Totomianz* a. a. O. S. 171/72.

<sup>3)</sup> S. u. *B. Webb*, Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft, 1924.

über die die Geschichte ihr Verdikt gefällt habe, wird von ihm die Konsumentendemokratie, der die Zukunft gehört, gegenübergestellt. Das Ehepaar *Webb* faßt sein Urteil über die bisherigen Lehren der Geschichte auf dem Gebiet der Arbeiterproduktivgenossenschaft in folgenden Sätzen zusammen: »Demokratien von Produzenten, ob nun in der Form der sich selbst regierenden Werkstätte oder in der umfassenderen Form der Gewerkschaften oder Berufsvereinigungen, haben mit nahezu vollständiger Regelmäßigkeit bisher immer Fehlschläge erlitten, wo auch immer sie den Versuch machten, als Besitzer von Produktionsmitteln tätig zu sein oder die Industrie und Dienste, in welchen ihre Mitglieder tätig sind, zu organisieren und zu leiten. Und das ist nicht etwa auf einen Mangel an Versuchen dieser Art zurückzuführen. Die Erfahrung beruht vielmehr auf Tausenden von Beispielen, die sich auf nahezu ein Jahrhundert erstrecken, in nahezu allen Zweigen der Volkswirtschaft in verschiedenen Ländern und oft unter augenscheinlich vielversprechenden Verhältnissen. Selbst der begeistertste Anhänger dieser Form von Demokratie würde Mühe haben, in irgendeinem Zweige von Gewerbe und Handel einen einzigen dauernden Erfolg, der für die Richtigkeit der Idee zeugt, anzuführen. In den verhältnismäßig wenigen Fällen, in denen solche Unternehmungen nicht aufgehört haben, als Geschäftsbetrieb zu existieren, haben sie aber ihre Existenz als Demokratien von Produzenten verloren und sind Gesellschaften von Kleinkapitalisten geworden, die für sich selbst Profit erzielen durch die Beschäftigung von Lohnarbeitern, die nicht Mitglieder der Produktivgenossenschaft sind.« Im Gegensatz zur Produzentendemokratie hat aber die Konsumentendemokratie die Feuerprobe der praktischen Durchführung seit einer langen Reihe von Jahrzehnten so gut bestanden, daß an ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit vernünftigerweise Zweifel nicht mehr bestehen können. Indem das Ehepaar *Webb* mit Befriedigung die großen Fortschritte der Konsumgenossenschaftsbewegung in den meisten Ländern und ganz besonders in Großbritannien feststellt, sieht es für die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft noch viel größere Zukunftsmöglichkeiten voraus und erwartet von ihr eine allmähliche Umbildung der bestehenden Gesellschaft. Es vergleicht die Entstehung und Ausbreitung der konsumgenossenschaftlichen Produktionsweise mit dem Aufkommen der modernen kapitalistischen Wirtschaftsformen, die ja zunächst auch nur auf einzelnen Gebieten ihre Ausbildung erfahren haben und aus kleinen, unscheinbaren Anfängen heraus in die heutige dominierende Stellung gelangt sind. »In derselben Art von stillschweigender und sich ständig ausbreitender, ihren Trägern kaum bewußter Umbildung, verdrängt die freie und disziplinierte Demokratie der Lohnarbeiter im 20. Jahrhundert die kapitalistischen Profitmacher aus einer Sphäre nach der andern, indem sie an Stelle der industriellen Herrschaft

Gebilde ihrer eigenen Erfindung: die Konsumgenossenschaften in Verbindung mit den Gewerkschaften treten lassen«<sup>1)</sup>).

Weil der Genossenschaftssozialismus mit Hilfe seines Organisationsprinzips eine vollständige Umwandlung der bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Welt erwartet, zeigt er trotz aller Verschiedenheit der Organisationsprinzipien eine so nahe Verwandtschaft zu dem echten, den Staat zum Motor des Wirtschaftslebens erhebenden Sozialismus. In beiden Fällen hat der Glaube an die siegreiche, schließlich das ganze Wirtschaftsleben für sich erobernde Kraft des Organisationsprinzips, zu dem man sich bekennt, auch die gleiche Wurzel: es ist die Überzeugung, daß dieses Organisationsprinzip im Vergleich mit dem herrschenden das moralisch höher stehende ist — eine Überzeugung, wie sie bei allen den vorerwähnten Vertretern der Konsumgenossenschaftsidee mehr oder weniger deutlich hervortritt, am deutlichsten vielleicht bei *Wilbrandt*. Und der Mensch kann doch gar nicht anders, wenn er sich nicht als sittliche Persönlichkeit selbst aufgeben will, als sich den Glauben bewahren, daß dem Prinzip, das er für das ethisch höherwertige hält, auch die Zukunft gehören muß. So wächst der Glaube an die bevorstehende unaufhaltsame Ausbreitung der konsumgenossenschaftlichen Gemeinwirtschaft bei den Vertretern des Genossenschaftssozialismus aus der Auffassung, die sie von dem Charakter der bestehenden Wirtschaftsverfassung haben. Weil sie mit den Sozialisten darin übereinstimmen, daß das bestehende System voll von Ungerechtigkeiten und daher zum Untergang reif ist, deshalb können sie gar nicht anders, als felsenfest darauf bauen, daß das genossenschaftliche Prinzip die kapitalistische Welt von Grund aus umzuwälzen vermag.

Der nüchterne, nicht durch seinen moralischen Standpunkt zu einer bestimmten Stellungnahme innerlich gezwungene Beurteiler, wird diese Auffassung nicht teilen können, auch wenn er die Ausbreitung der Konsumgenossenschaften begrüßt, da er nicht sehen kann, woher die Kräfte kommen sollen, die die Konsumgenossenschaften befähigen würden, die großen Widerstände zu überwinden, die heute ihre Ausbreitung hindern.

**2. Die Planwirtschaft.** Eine gewisse Verwandtschaft auch der sogenannten »Planwirtschaft« mit dem Sozialismus läßt sich nicht leugnen. Sie beruht aber auf ganz anderen Momenten als die Verwandtschaft der Genossenschaftsbewegung mit dem Sozialismus. Die Genossenschaftsbewegung will, wie wir sahen, ganz ähnliche Ziele erreichen, wie der Sozialismus, sie will entweder den Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern und damit das »Lohnsystem« aufheben, oder sie will an die Stelle der jetzigen Produktion für den Gewinn eine solche für den Be-

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 24.

darf setzen. Die Genossenschaftsbewegung zeigt also in ihren Zielen eine weitgehende Übereinstimmung mit dem Sozialismus, nur sucht sie diese Ziele auf ganz anderen Wegen zu erreichen. Die Verwandtschaft der Planwirtschaft mit dem Sozialismus dagegen beruht nicht auf einer Übereinstimmung der erstrebten Ziele, sondern auf einer solchen der angewandten Mittel.

Der Sozialismus sieht ja einen Hauptübelstand des gegenwärtigen Gesellschaftszustandes in der Planlosigkeit der Produktion. Darunter versteht er die Erscheinung, daß jeder Unternehmer bei der Bestimmung der Art und Größe seiner Produktion normalerweise selbständig für sich, ohne Föhlung mit den anderen Unternehmern des gleichen Gebietes vorgeht. Der Sozialismus nimmt an, daß der freie Wettbewerb in diesem Sinne zu sehr unwirtschaftlichen Folgeerscheinungen, insbesondere zur Vergeudung oder mangelhaften Ausnutzung der Produktionsmittel föhrt. An die Stelle der heutigen planlosen oder anarchischen Produktionsweise will der Sozialismus eine bewußte, planmäßige Leitung und Verwaltung der Produktion durch Organe der Gesellschaft setzen. In diesem Punkte stimmt die »Planwirtschaft« mit dem Sozialismus überein. Sie will ebenfalls die Freiheit, die heute der Einzelunternehmer in den wichtigsten Beziehungen besitzt, in weitgehender Weise beschränken, ohne allerdings im übrigen an den Grundlagen der Wirtschaftsordnung etwas Wesentliches zu ändern.

Als während des Krieges die Zwangswirtschaft auf vielen Gebieten eingeföhrt werden mußte, gab es vereinzelte Sozialisten, die darin die Ankündigung des kommenden »Friedenssozialismus« erblickten. Im allgemeinen aber wurde von sozialistischer Seite der Unterschied zwischen den aus der Not des Krieges geborenen Organisationen und der vom Sozialismus erstrebten Neugestaltung der Gesellschaft scharf betont, und zwar um so mehr, als mit der Zeit die Begeisterung, die sich anfänglich für die Zwangswirtschaft hier und da gezeigt hatte, sehr bald einer kühlen Beurteilung Platz machte <sup>1)</sup>.

Erst dem aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen Reichswirtschaftsminister *Rudolf Wissell* und seinem Unterstaatssekretär *Wichard von Moellendorf* schien die Planwirtschaft die Bedeutung einer besonderen Art sozialistischer Gesellschaftsreform zu haben <sup>2)</sup>. Die Situation, aus der heraus die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums auf den Gedanken einer Planwirtschaft verfiel, ist leicht zu verstehen. Als die Föhrer

---

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu z. B. *A. Voigt*, *Kriegssozialismus und Friedenssozialismus*. Leipzig 1916.

<sup>2)</sup> Vgl. ihre dem Reichskabinett am 7. Mai 1919 vorgelegte Denkschrift. *Rudolf Wissell* und *Wichard von Moellendorf*, *Wirtschaftliche Selbstverwaltung*. Jena 1919. *Rudolf Wissell*, *Die Planwirtschaft*. Hamburg 1920. *Rudolf Wissell*, *Praktische Wirtschaftspolitik*. Berlin 1919.

der sozialistischen Parteien nach dem Zusammenbruch der alten politischen Mächte die Leitung der Geschicke Deutschlands übernommen hatten, veröffentlichten die Volksbeauftragten im Reichsanzeiger vom 13. November 1918 einen Aufruf, in dem es hieß: »Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen.« Diesen Wechsel galt es einzulösen. Zugleich aber war es klar, daß es unverantwortlich gewesen wäre, in einer Volkswirtschaft, die sich in der Lage der deutschen Volkswirtschaft von 1919 befand, den Versuch zu machen, sozialistische Experimente großen Stils durchzuführen. Schon in seinem am 15. Februar 1919 aufgestellten Wirtschaftsprogramm hatte im Hinblick auf diese Umstände *Wissell* bemerkt: »Unser industrielles Leben ist so nahe vor dem Zerfall, daß man alles tun muß, um es auf der Grundlage der bisherigen Betriebsverfassung wieder einigermaßen in Gang zu bringen, nicht aber um die Grundlagen selbst auszuwechseln«<sup>1)</sup>. Aus dieser Situation ist die Lösung, zu der die *Wissell-Moellendorfsche* Denkschrift kommt, zu verstehen. Sie tritt für die Planwirtschaft als die in der damaligen Lage Deutschlands allein mögliche Form der Sozialisierung ein und verwendet dabei große Mühe darauf, die Planwirtschaft im Lichte einer vollwertigen Form des Sozialismus erscheinen zu lassen. Die Denkschrift wendet sich dagegen, daß man eine Gleichstellung der Begriffe »Sozialisierung« und »Enteignung« vornehme. Enteignung für sich allein biete gar keine Gewähr, daß die wirklichen Ziele des Sozialismus erreicht würden. »Vollsozialisiert man beispielsweise einen einzelnen Gewerbebezirk derart, daß der Fiskus — oder, wie die Syndikalistern wünschen, die Arbeiterschaft des Gewerbebezuges — in die Eigentümerrechte eintritt und danach . . . möglichst viel ‚herauswirtschaftet‘, so geschieht nichts weiter, als daß der Fiskus bzw. die beteiligte Arbeiterschaft auf Kosten der Gesamtheit denselben Profit machen, wie ehedem das beteiligte Unternehmertum.« Bei der Vieldeutigkeit und Verschwommenheit der Ausdrücke »Sozialismus« und »Sozialisierung« sehen es die Verfasser der Denkschrift als ihre Aufgabe an, den Grundsätzen des modernen Sozialismus erst einmal eine neue programmatische Gestalt zu geben. Diese Gestalt aber ist die der »Plan«- oder »Gemeinwirtschaft«. Das Reichswirtschaftsministerium verstand darunter nach seiner eigenen Erklärung »die zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft«<sup>2)</sup>. Die Planwirtschaft in diesem Sinne ist »nicht nur ein aus fiskalischen Nöten entspringendes und zur Milderung sozialer Härten erfundenes Problem, sondern das Grundprinzip jeder sozialistischen —

1) *Wissell*, Praktische Wirtschaftspolitik, S. 18.

2) *Wissell* a. a. O. S. 104.

übrigens auch der bolschewistischen — Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik«.

Die Verfasser der Denkschrift wissen wohl, daß sie mit der von ihnen propagierten Gemeinwirtschaft an die während des Kriegs entstandenen zwangswirtschaftlichen Organisationen anknüpfen und daß durch diese Anknüpfung gerade auch in der Arbeiterschaft Widerstände gegen die neuen Formen der Wirtschaft hervorgerufen werden. Denn die deutschen sozialistischen Parteien verraten, wie in der Denkschrift interessanterweise zugestanden wird, manchmal einen »Hang ins Kleinbürgerliche« und halten an dem von der bürgerlichen Demokratie aufgebrachtten Freiheitsbegriff fest. Die Abneigung gegen die Kriegswirtschaft, die hierdurch auch in großen Teilen der Arbeiterschaft entstanden ist, erklärt die Denkschrift für unberechtigt und mit den sozialistischen Prinzipien unvereinbar. Der Mut und die Offenheit, mit der die Denkschrift sich zu diesem Standpunkt bekennt, verdient große Anerkennung. Den Arbeitern, die bei ihrem bürgerlichen Freiheitsbegriff so wenig von den wahren Prinzipien des Sozialismus verstehen, wird scharf ins Gewissen geredet: »Eine sozialistische Regierung darf nicht gleichgültig zusehen, daß wegen einiger Auswüchse die öffentliche Meinung durch interessierte Vorurteile gegen eine *gebundene Planwirtschaft* vergiftet wird; sie mag die *Planwirtschaft* verbessern, sie mag den alten Bürokratismus auffrischen, sie mag in Form der Selbstverwaltung die Verantwortung dem wirtschaftenden Volk selbst übertragen, aber sie muß sich zur gebundenen Planwirtschaft, d. h. zu den höchst unpopulären Begriffen *Pflicht und Zwang* bekennen.« . . . »Der deutsche Sozialismus hat sich so frühzeitig und so ehrlich wie möglich in seiner ganzen Härte zu offenbaren und vor nichts so sehr zu hüten, wie vor dem Anschein, als ob er ein weichliches Schlaraffendasein hervorbringen könnte.«

Nur in einer Beziehung soll auch in der gebundenen Wirtschaft nach den Vorschlägen von *Wissell* und *Moellendorf* eine gewisse Freiheit erhalten bleiben. Die Denkschrift unterläßt mit voller Absicht eine Festlegung der Organisationsschemata und der Kontrollmittel, sie begnügt sich damit, für die Durchführung der Gemeinwirtschaft im deutschen Wirtschaftsleben nur allgemeine, freilich auch ziemlich unbestimmt gehaltene Richtlinien aufzustellen. Aus diesen Richtlinien sei hier nur folgendes wiedergegeben:

Nach näherer Bestimmung der Reichsregierung (Reichswirtschaftsministerium) werden für die Wirtschaftsgruppen Deutschlands (Landwirtschaft, chemische Industrie, Eisenindustrie usw.) rechts- und geschäftsfähige Wirtschaftsbünde errichtet, die durch Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Wirtschaftsgruppe sowie durch Vertreter des Handels und der Verbraucher gemeinsam geleitet werden. Die Bestellung von Reichskommissaren ist vorzusehen.

Den Wirtschaftsbünden liegt die Leitung der Wirtschaft auf ihren Fachgebieten ob, insbesondere

a) die Regelung der Rohstoffbeschaffung und der Verteilung an die ihnen angeschlossenen Wirtschaftsverbände, unter Prüfung der Dringlichkeit des Bedarfes und der Wirkung auf die Auslandsverschuldung. Durch besondere Außenhandelsstellen, die den Wirtschaftsbünden angeschlossen sind, wird die Ein- und Ausfuhr geregelt.

b) Möglichste Preissenkung durch Verbesserung der Arbeitsmethoden, insbesondere durch Normalisierung und Typisierung und Verhinderung der Produktionsvernichtung durch Auslandskonkurrenz.

c) Absatzregelung unter Ausschaltung unnützer Zwischenglieder und unter Förderung der volkswirtschaftlich nützlichsten Verteilungsfaktoren.

d) Ausgleich der sozialen Gegensätze im Arbeitsprozeß durch Feststellung von Tarifverträgen, durch richtige Gestaltung der Arbeitsbedingungen bei möglicher Nutzbarmachung der Arbeitskraft und durch Verhinderung von Arbeitslosigkeit.

e) Förderung der fachwissenschaftlichen Forschungen und des Fachunterrichts.

f) Aufbringung öffentlicher Lasten.

Unter den Wirtschaftsbünden werden die einzelnen Wirtschaftszweige zu rechts- und geschäftsfähigen Wirtschaftsfachverbänden zusammengeschlossen, die durch Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie durch Vertreter des Handels und der Verbraucher gemeinsam verwaltet werden. Soweit die Wirtschaftsfachverbände nicht durch freiwilligen Zusammenschluß gebildet werden, können die Betriebe des Wirtschaftszweiges auch ohne ihre Zustimmung zu Wirtschaftsfachverbänden zusammengeschlossen werden. Die Wirtschaftsfachverbände haben die Aufgabe, im Rahmen der Anweisungen des Wirtschaftsbundes die Wirtschaft zu fördern, insbesondere Rohstoffe zu beschaffen und zu verteilen, auf eine gesunde Preisbildung hinzuwirken, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu erhöhen.

Die oberste Leitung der deutschen Wirtschaft hat der Reichswirtschaftsrat im Zusammenwirken mit den berufenen höchsten Organen des Reichs. Es wird aus Vertretern des Reichsarbeitsrats und des Reichsunternehmerrats einerseits, der Wirtschaftsbünde andererseits gebildet. Ferner gehören dem Reichswirtschaftsrat Mitglieder aus den Kreisen der Verbraucher, des Handels und der Wissenschaft an, die auf Vorschlag der beteiligten Kreise von der Reichsregierung ernannt werden.

Wie die Planwirtschaft sich ihrem Ursprung nach als eine Verlegenheitsschöpfung darstellt, so ist sie ihrem sachlichen Gehalt nach mit *Mises* als eine Scheinlösung zu kennzeichnen, die nach keiner Richtung

an den bestehenden Zuständen etwas Wesentliches ändert. Das würde nur anders werden, wenn man den für die einzelnen Industrien neu-zuschaffenden Selbstverwaltungskörpern die Stellung von nationalen Gilden im Sinne des englischen Gildensozialismus einräumen wollte, d. h. wenn man sie mit Monopolrechten ausstatten würde. Dann aber müßten gegen die Planwirtschaft sofort auch die gleichen Bedenken erhoben werden, die früher gegen das gildensozialistische Programm geltend gemacht worden sind. In der Tat ist ja auch die nahe Verwandtschaft der *Wissellschen* Planwirtschaft mit dem Programm des Gildensozialismus nicht zu verkennen. Insbesondere in einer Beziehung würde diese Verwandtschaft deutlich hervortreten, sobald man mit dem Gedanken, alle Produktionszweige in Form von großen Selbstverwaltungskörpern zu organisieren, Ernst machte: in dem gewaltigen Einfluß, den die staatliche Zentralgewalt auf die Leitung des ganzen Wirtschaftslebens erlangen würde. Der Schwerpunkt der Verwaltung des Wirtschaftslebens würde bei der *Wissellschen* Gemeinwirtschaft unfehlbar nicht bei den Wirtschaftsfachverbänden oder auch den Wirtschaftsbünden bleiben können, sondern er würde notgedrungen in den Reichswirtschaftsrat verlegt werden müssen. Der Reichswirtschaftsrat würde das Organ werden, in dem alle wichtigen Entscheidungen über die deutsche Wirtschaft zu treffen wären. Die fachlich gegliederten Selbstverwaltungskörper würden daneben nur eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle spielen.

Sucht man aber diese Entwicklung künstlich zu verhindern, rückt man also von dem gildensozialistischen Programm ab, dann ist nicht zu erkennen, was eigentlich dadurch gewonnen wird, daß an die Stelle der Wirtschaft der vereinzelt Einzelbetriebe die Wirtschaft der vereinigten Einzelbetriebe tritt. Es wird damit höchstens eine staatliche Anerkennung des kartellmäßigen Zusammenschlusses erreicht, ohne daß sich daraus neue Vorteile ergeben könnten. In vielen Fällen würden Organisationen ohne echten Daseinszweck errichtet werden — wenigstens, nachdem die Periode einer Rohstoffknappheit, wie sie die ersten Nachkriegsjahre kennzeichnete, überwunden worden ist.

Die Vorschläge der *Wissellschen* Denkschrift für Einführung einer Planwirtschaft in Deutschland haben auf keiner Seite Zustimmung gefunden. Von Sozialisten und Nichtsozialisten wurden sie abgelehnt. Der Reichskanzler *Bauer* gab über sie in der Nationalversammlung in Weimar am 23. Juli 1919 im Namen der Regierung folgendes Urteil ab: »Das Kabinett hat diese Zwangskartellierung aller Zweige der Wirtschaft abgelehnt, die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts vor allem, weil sie in der Planwirtschaft die ernsteste Gefahr für die völlige Durchführung des Sozialismus sehen. Die Regierung will die Zwangsjacke der Kriegsgesellschaften nicht gegen eine neue, für den Frieden zugeschnittene



vertauschen«<sup>1)</sup>). Noch schärfere Töne wurden in einem Flugblatt »Sozialisierung und Planwirtschaft« angeschlagen, das der sozialdemokratische Parteivorstand damals gegen die Vorschläge *Wissells* und *Moellendorfs* verbreiten ließ. Es hieß darin am Schluß: »Der Plan der Planwirtschaft ist fein aber durchsichtig! die Arbeiter mit dem Kapitalismus zu versöhnen, sie mitschuldig zu machen an der Ausbeutung des Volks und ihre Aufmerksamkeit abzulenken von dem Kampf gegen Unternehmerallmacht . . . . Sozialismus wollen wir. Keinen verfälschten Ersatz! Unser Kampf ruft laut: Sozialismus gegen Planwirtschaft«<sup>2)</sup>!

Von den bürgerlichen Parteien versteht es sich von selbst, daß sie von einer Planwirtschaft im Sinne *Wissells* nichts wissen wollten. Sie erblickten in ihr nur Vorschläge zu einer Verlängerung und Verschärfung der Kriegszwangswirtschaft, und zwar zu einer Zeit, wo in weiten Kreisen des Bürgertums immer stürmischer die Forderung nach gänzlichem Abbau der Zwangswirtschaft erhoben wurde. Damit war die ablehnende Haltung dieser Kreise von selbst gegeben.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß die Planwirtschaft nicht die Vorteile der kapitalistischen und der sozialistischen Wirtschaft verbindet, sondern eher ihre Nachteile: daß sie eine kapitalistische Wirtschaftsordnung bleibt, weil sie auf der Grundlage der bisherigen Wirtschaftsweise aufbauen will, daß sie aber mit ihrer künstlichen Durchorganisation des Wirtschaftslebens nichts weiter erreicht, als daß sie die selbsttätige Leitung der Produktion durch den Preisbildungsprozeß stört. Wenn der Preisbildungsprozeß aus mancherlei Gründen durch Marktverbände beeinflußt wird, so liegen — zumeist wenigstens — wirtschaftliche Notwendigkeiten vor, die auf die Dauer von selbst die notwendigen Organisationen herbeiführen. Darüber hinaus um der Organisation willen organisieren zu wollen, wäre in einer Konkurrenzwirtschaft wie der gegenwärtigen prinzipiell verfehlt, da es den Wirtschaftsgrundlagen nicht entsprechen würde. Soweit die organisatorischen Eingriffe aber den Zweck verfolgen, den konkurrenzwirtschaftlichen Charakter der Wirtschaft aufzuheben, müssen sie notwendig beim echten zentralistischen Sozialismus enden. Der Versuch, einander wesensfremde Prinzipien der Wirtschaftsordnung zu verbinden, muß mißlingen.

3. **Der Staatssozialismus.** Von Staatssozialismus wird in sehr verschiedenem Sinne gesprochen. So ist es namentlich durch *Ad. Wagner* in Deutschland üblich geworden, darunter in erster Linie ein gewisses Maß von staatlicher Einmischung in die sozialen Verhältnisse, bestimmte Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, der Sozialpolitik zu verstehen. Wir wollen hier den Ausdruck etwas enger fassen

<sup>1)</sup> Stenographischer Bericht der Nationalversammlung, 64. Sitzung, S. 1848.

<sup>2)</sup> Abgedruckt bei *Wissell*, Praktische Wirtschaftspolitik, S. 135 ff.

und unter Staatssozialismus einfach die Teilsozialisierung, also die Verstaatlichung einzelner Wirtschaftszweige, verstehen. Diese Art des Sozialismus ist ohne Zweifel die nächstliegende und relativ am leichtesten durchzuführende Form. Es ist daher zu begreifen, daß überall, wo sozialistische Parteien an die Regierung gelangen, eine starke Vorliebe für Teilsozialisierungsaktionen sich zeigt. Auf diese Weise hofft man dem definitiven sozialistischen Endzustand der ganzen Gesellschaft schrittweisen näherzukommen, zum mindesten aber kann man den Anhängern die staatssozialistischen Maßnahmen im Lichte einer allmählichen Annäherung an das sozialistische Ideal erscheinen lassen.

Das Urteil über den Staatssozialismus hat nun wesentlich anders zu lauten, als das Urteil über die anderen Versuche zur Verwirklichung des sozialistischen Programms. Allerdings gilt das nur, solange der Staatssozialismus ein partieller Sozialismus bleibt und sich auf die Verstaatlichung oder Kommunalisierung wirklich geeigneter Gebiete beschränkt und nicht den Versuch macht, alle möglichen Gebiete der Volkswirtschaft, in die der Großbetrieb seinen Einzug gehalten hat, wahllos der Verstaatlichung zu unterwerfen. Und das ist eben der Punkt, an dem sich die Geister scheiden.

Ohne allen Zweifel gibt es Gebiete in der Volkswirtschaft — und zwar hat diese meist erst die neuere technische Entwicklung entstehen lassen — wo starke Gründe für eine Sozialisierung sprechen und wo sie sich auch durchführen läßt, ohne daß man auf allzugroße Schwierigkeiten stößt. Es kommen hier diejenigen Gebiete des Wirtschaftslebens in Betracht, auf denen natürlich-technische Verhältnisse bewirken, daß die einmal vorhandenen Betriebe eine bevorzugte, konkurrenzgeschützte Stellung einnehmen, auf denen die Konkurrenz also nicht in dem Sinne, wie sie es sonst tut, regulierend in die Bildung der Preise und Gewinne einzugreifen vermag und daher die Gefahr der Entstehung ungerechtfertigter Unternehmergewinne sich ergibt. Wo die Verhältnisse so liegen, und die eben erwähnten Voraussetzungen sind vor allem bei den modernen Verkehrsmitteln, ferner bei der Versorgung der Städte mit Gas, Wasser und Elektrizität gegeben, da hat man allerdings immer noch zwischen zwei Möglichkeiten die Wahl, wenn man eine ungesunde Preisbildung und die ungerechtfertigte Bereicherung einzelner Privatpersonen verhindern will. Entweder muß man zu diesem Zweck eben die betreffenden Unternehmungen in den Besitz öffentlicher Körperschaften überführen, sie mit anderen Worten »sozialisieren«, oder aber, das ist die zweite mögliche Lösung des Problems, man muß einem Organ, das die öffentlichen Interessen vertritt, evtl. dem Staat oder der Gemeinde selbst, ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Tarife und der Verteilung des Gewinnes einräumen. Ob man den einen oder anderen Weg vorzieht, ist im Grunde gar nicht von so ausschlaggebender Bedeutung,

aber für einen der beiden Wege wird man sich unbedingt entscheiden müssen, der Staat kann hier die Preisbildung nicht einfach dem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen.

Es ist also zuzugestehen, daß es ein Gebiet im Wirtschaftsleben gibt, das man als das natürliche Gebiet der Sozialisierung bezeichnen kann. Mit einer Sozialisierung, die sich in diesen Grenzen hält, kann sich auch der überzeugte Anhänger der individualistischen Wirtschaftsordnung einverstanden erklären. Der Staatssozialismus ist nicht eine Frage des Prinzips, sondern eine Frage des Grades. Das Bezeichnende für die Anhänger des Sozialismus ist nun aber, daß sie mit ihren Sozialisierungsbestrebungen an den erwähnten Grenzen nicht haltmachen, sondern sie viel weiter hinausrücken wollen. In dem Staatssozialismus, wie er gegenwärtig besteht, sieht der echte Sozialist nur eine bescheidene Abschlagszahlung auf das ihm eigentlich vorschwebende Ziel. Sein Ziel ist, die ganze von der Entwicklung zum Großbetrieb erfaßte Industrie in die Hände des Staates zu bringen, zum mindesten aber hält er den Teil der Industrie, in dem die Kartellbewegung Fuß gefaßt hat, für ohne weiteres sozialisierungsreif.

Gegen einen solchen uferlosen Staatssozialismus sind aber die ernstesten Bedenken geltend zu machen. Auf Gebieten, in denen sich der öffentliche Betrieb nicht in einer bevorzugten, konkurrenzgeschützten Stellung befindet, würde sich sofort zeigen, daß der öffentliche Betrieb die Konkurrenz mit dem Privatbetrieb nicht siegreich zu bestehen vermag (s. S. 156 ff.). Und andererseits kann keine Rede davon sein, daß etwa überall da, wo sich Kartelle gebildet haben, von einer monopolartigen Stellung am Markte gesprochen werden dürfte. Es gibt hinsichtlich des wirtschaftlichen Einflusses der einzelnen Verbände im Kartellwesen vielmehr die allerverschiedensten Abstufungen und selbst die straffsten und erfolgreichsten Kartellorganisationen sind noch weit davon entfernt, eine förmliche Monopolstellung einzunehmen. Es fehlt ihnen das, was erst das eigentliche Wesen des Monopols ausmacht, das ausschließliche Recht, eine Ware auf den Markt zu bringen, und damit die Sicherheit, daß die Produktion nicht gegen ihren Willen vermehrt werden kann. Selbst wenn es ihnen also gelingt, alle zur Zeit vorhandenen Werke in das Kartell hineinzubringen — auch das stößt ja meist auf große Schwierigkeiten — so besteht im System der Gewerbefreiheit immer doch die Gefahr, daß neue Werke entstehen, die den kartellierten Unternehmen Konkurrenz machen. Da nun der Staat neben der Sozialisierung auch andere Mittel in der Hand hat, um Ausschreitungen der Kartelle in ihrer Preis- und Produktionspolitik zu bekämpfen (Zollpolitik!), so liegt bei der relativ geringen Bedeutung der weitaus größten Zahl aller Kartelle kein Grund vor, überall da, wo ein Kartell entsteht,

gleich die betreffende Industrie als reif für die Verstaatlichung zu bezeichnen <sup>1)</sup>).

Der entscheidende Einwand gegen grenzenlose Sozialisierungspläne ist aber doch wohl der: Gleichgültig wie man zur Ausdehnung des Staatsbetriebes im Einzelfall eingestellt ist — im großen kommt eine Teilsozialisierung mit dem Ziele schließlicher Vollsozialisierung deshalb nicht in Betracht, weil Teilsozialisierung und Vollsozialisierung so wesensverschieden sind wie Kapitalismus und Sozialismus. Man übersieht eben, »daß die sogenannte Teilsozialisierung deswegen gar keine Sozialisierung im eigentlichen Sinne ist, weil sie die heutige Wirtschaftsordnung in keiner Weise verändert« <sup>2)</sup>. *Mises* bemerkt sehr richtig, daß alle Teilsozialisierungen nur dadurch möglich sind, daß »diese Betriebe in ihrer Geschäftsführung durch den sie umgebenden Wirtschaftsorganismus des freien Verkehrs soweit gestützt werden, daß die wesentliche Eigentümlichkeit sozialistischer Wirtschaft bei ihnen gar nicht zutage treten konnten« <sup>3)</sup>. Wenn also auch der Staatsbetrieb die enge wirtschaftliche Grenze überschreiten würde, innerhalb derer er notwendig und zweckmäßig ist, so würde er sich in dem Maße, in dem er sich der Vollsozialisierung näherte, zugleich selbst das Fundament der Wirtschaftsrechnung entziehen <sup>4)</sup>.

## G. Das freigewerkschaftliche Programm einer „Wirtschaftsdemokratie“.

Schon bei der Erörterung der planwirtschaftlichen Versuche wurde darauf hingewiesen, daß sich diese Form des Pseudosozialismus aus der Zwangslage der Nachkriegszeit erklären läßt. Ähnliches gilt von dem wirtschaftsdemokratischen Programm, das 1928 von Vertretern

<sup>1)</sup> Dies ist auch die Meinung *Robert Liefmanns*: »Der Hinweis darauf, daß in vielen Erwerbszweigen die freie Konkurrenz, das regelnde Prinzip der heutigen Wirtschaftsordnung, faktisch durch private Monopolbildungen, Kartelle und Trusts, ausgeschaltet sei und daß sie deswegen sozialisierungsreif seien und schon im Übergang zur sozialistischen Wirtschaft sich befänden, ist durchaus irrtümlich. Denn die freie Konkurrenz ist gar nicht das Ordnungsprinzip unseres Wirtschaftslebens — das ist eine oberflächliche juristische Auffassung —, sondern das dahinter stehende individuelle *Ertragsstreben*. Dieses wird aber durch private Monopolbildungen noch keineswegs ausgeschlossen und daher auch nicht die Konkurrenz. Denn vielfache Erfahrung zeigt, daß neben Kartellen und Trusts, je mehr sie ihre Monopolstellung ausnützen, neue Konkurrenz auf den Plan tritt und sehr oft zum Zusammenbruch jener geführt hat.« *Geschichte und Kritik des Sozialismus*. Leipzig 1922, S. 167. Vgl. auch *Halm*, *Die Konkurrenz*, S. 134 ff. und *Art. Monopolistische Bestrebungen in der Gegenwart in Hdw. d. Stw. Erg.-Bd.*

<sup>2)</sup> *Liefmann*, *Geschichte und Kritik des Sozialismus*, S. 165.

<sup>3)</sup> *Mises*, *Die Gemeinwirtschaft*, S. 106.

<sup>4)</sup> Vgl. *Halm*, *Die Konkurrenz*, S. 127.

der freigewerkschaftlichen Richtung aufgestellt wurde, nur mit dem grundsätzlichen Unterschied, daß es sich hier nicht um ein pseudo- oder halbsozialistisches Programm handeln soll, sondern um die restlose Erreichung des echten zentralistischen Sozialismus. Die Behandlung des wirtschaftsdemokratischen Programms *nach* der Darstellung des dezentralistischen und des Halbsozialismus darf deshalb nicht zu der Auffassung verleiten, als handle es sich hier um eine noch weitergehende Annäherung an den Kapitalismus. Doch erklärt sich die Behandlung an letzter Stelle auch nicht allein durch die Tatsache, daß es sich hier um das jüngste Programm des Sozialismus handelt: denn tatsächlich wird es sich zeigen, daß die Ausrichtung des ganzen Programmes auf den zentralistischen Sozialismus den Inhalt und die Forderungen des Programmes viel weniger beeinflußt als der erwähnte Zwang zu realpolitischer Tagesarbeit.

Die Situation, aus der heraus sich die Schaffung dieses seltsam zwispältigen Programmes verstehen läßt, war folgende:

Das Ziel des Sozialismus mußte auf jeden Fall unverändert aufrechterhalten werden. Die Arbeiterschaft will Sozialismus und keinen »verfälschten Ersatz« (s. S. 292). Aber der Weg, den der Marxismus gezeigt hatte, mußte verlassen werden. Denn der konsequente Marxismus steht der sozialen Gegenwartsarbeit (zu der man heute gezwungen ist) ablehnend gegenüber. Er muß sie bekämpfen, weil alles, was den Kapitalismus stützt, die Krisen mildert, die zunehmende Verelendung in ein langsames Wachstum des Volkswohlstandes verwandelt, den Zusammenbruch des Kapitalismus und somit das Erreichen des Sozialismus verzögert. Außerdem mußte die marxistische Theorie weitgehend aufgegeben werden, weil sie allzudeutlich den Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung widersprach.

Aber auch der *plötzliche* Übergang zum zentralistischen Sozialismus (der als solcher ebenfalls unmarxistisch ist), mußte angesichts der Mißerfolge des Sowjetexperimentes abgelehnt werden. Das wirtschaftsdemokratische Programm versichert, daß man nicht mehr ernsthaft darüber zu diskutieren brauche, daß die Befreiung der Arbeiterschaft mit Hilfe des aufgeklärten Absolutismus einer proletarischen Minderheit eine Utopie und keine Lösung des Problems sei, daß jeder Versuch, eine solche Lösung durchzusetzen, eine furchtbare Vernichtung der Produktivkräfte und einen sicheren Verlust für die Arbeiterschaft bedeuten würde. Die übergroße Mehrheit der Arbeiter, heißt es, wolle diesen Irrweg nicht einschlagen <sup>1)</sup>.

Welcher Weg aber sollte sonst eingeschlagen werden, wenn trotz

<sup>1)</sup> Wirtschaftsdemokratie, Ihr Wesen, Weg und Ziel, herausgeg. im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von *Fritz Naphtali*, Berlin 1928, S. 9.

allem das Endziel das gleiche bleiben mußte wie bei Marxismus und Bolschewismus: die sozialistische Wirtschaft, d. h. die Vergemeinschaftung der materiellen Produktionsmittel? Ein Programm, das den zentralistischen Sozialismus zum Ziel hat, müßte zeigen, wie unter den Voraussetzungen des zentralistischen Wirtschaftssystems die Wirtschaft geführt werden könnte, es müßte, wenn es den Bolschewismus scharf ablehnt, zeigen, *warum* der Versuch in Rußland nicht gelungen ist und wie man es bei ziemlich gleichen Voraussetzungen (Gemeineigentum an den Produktionsmitteln) wesentlich besser machen könnte. Und zwar nicht nur besser als in Rußland, sondern auch besser als im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Nach unseren Überlegungen über die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Wirtschaft (s. S. 237—243) ist es jedoch nicht zu verwundern, daß man über die Ausgestaltung der zukünftigen zentralistisch-sozialistischen Wirtschaft nichts auszusagen vermochte.

Das wirtschaftsdemokratische Programm mußte das unlösbare Problem ebenso umgehen, wie der Marxismus es umgangen hatte: durch das Aufzeigen von Entwicklungstendenzen, die so notwendig und unaufhaltsam zum Sozialismus hinführen, daß es durchaus unangebracht wäre, sich über die Probleme der zukünftigen Wirtschaft Gedanken zu machen. Wobei allerdings von Anfang an nicht einzusehen ist, wie die Entwicklung zu einem Ziel, das man nicht näher zu beschreiben vermag, als so zweifelsfrei notwendig hingestellt werden kann, daß wegen der Notwendigkeit dieser Entwicklung wiederum die Notwendigkeit einer Analyse des Endproblems entfallen würde!

Die Entwicklungstendenzen, auf die sich das wirtschaftsdemokratische Programm stützt, müssen selbstverständlich so geartet sein, daß sie die notwendige soziale Gegenwartsarbeit nicht ausschließen oder verpönen wie der Marxismus, daß sie vielmehr durch die praktische soziale Hilfsarbeit mächtig gefördert werden können. Selbstverständlich ist auch, daß sie besser als die *Marxsche* Entwicklungslehre mit den Tatsachen der modernen Wirtschaft übereinstimmen müssen.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß das neue sozialistische Programm notwendig folgende Bedingungen erfüllen mußte: es mußte bei unbedingtem Festhalten am sozialistischen Endziel gleichzeitig auch zur Sinngebung für die soziale Gegenwartsarbeit dienen, es mußte sozialistisch sein ohne streng marxistisch oder bolschewistisch zu sein, und es mußte durch das Aufzeigen einer innerlich notwendigen Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus die Möglichkeit gewinnen, sich jeder Andeutung über die Probleme der sozialistischen Wirtschaftsführung enthalten zu können.

Obleich die Lehre von *Marx* durch die Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung widerlegt worden ist, hat sich die kapitalistische Wirt-

schaft nach außen immerhin so stark verändert, daß man an diese Veränderungen im Bedarfsfalle eine neue Lehre von der innerlich notwendigen Entwicklung zum Sozialismus anknüpfen konnte. Großenteils waren es sogar nicht ausgesprochen sozialistische Theoretiker, welche glaubten, die Frage »ob eine Tendenz nach dem Ziel des Sozialismus in den wirtschaftlichen und sozialen Dingen unserer Zeit ganz unabhängig von Wünschen und politischen Tendenzen zu erkennen sei« mit einem glatten »Ja« beantworten zu können <sup>1)</sup>.

Um sich der Notwendigkeit zu entziehen, nähere Aussagen über die Wesensart und den inneren Aufbau der sozialistischen Wirtschaft machen zu müssen, hat das wirtschaftsdemokratische Programm nach dieser bereitliegenden Theorie von der selbsttätigen und notwendigen Entwicklung zum Sozialismus gegriffen.

Zwei Reihen von Entwicklungserscheinungen waren es nach dem Programm insbesondere, die die Ideen des Sozialismus mit denen der Wirtschaftsdemokratie verbanden:

»Die erste Reihe geht aus von den Veränderungen im Wesen und in der Struktur des Kapitalismus selbst . . . . Vom individualistischen Kapitalismus freier Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus — so lautet die stichworthafte Bezeichnung für die große Linie der Entwicklung. Wo früher einzelne Unternehmer den erbitterten Konkurrenzkampf um ihren Anteil am Absatz führten, traten später die kapitalistischen Riesenorganisationen auf. Der Konkurrenzkampf wurde dadurch zwar nicht aufgehoben, aber er nahm wesentlich andere Formen an. In seiner Zielsetzung wurde das Wirken der kapitalistischen Organisationen auf die monopolistische Beherrschung des Marktes eingestellt. Baute die alte liberale Auffassung sich auf dem Trugbilde auf, als ob in der Wirtschaft die gleichen, d. h. von Hause mit gleichen Möglichkeiten ausgerüsteten wirtschaftenden Menschen um den Erfolg ringen, so ließ sich jetzt das krasse Bild der wirtschaftlich uneingeschränkten Selbstherrschaft, der *wirtschaftlichen Autokratie*, nicht länger verschleiern. Nicht bloß die Arbeitenden im Betrieb, sondern alle Konsumenten als Abnehmer auf dem Markt fühlen sich jetzt der kapitalistischen Despotie ausgeliefert. Das Gefühl der ökonomischen Unfreiheit nimmt damit immer konkretere und lebendigere Formen an. In der Gesellschaft, die politisch-demokratisch organisiert ist, wird die Reaktion unvermeidlich« <sup>2)</sup>.

»Der andere Strom derselben Entwicklung mündete in der Erkenntnis, daß man die lebenswichtigsten Zweige der Wirtschaft, die unmittelbar auf den Wohlstand, die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit aller Bürger

<sup>1)</sup> So *Joseph Schumpeter* in »Sozialistische Möglichkeiten von heute«, Arch. f. Sozw. u. Sozpol., 48. Bd., 1920/21. Ähnlich *Amonn, Bücher, Kumpmann, Mitscherlich, Schmalenbach, Sombart* und viele andere.

<sup>2)</sup> A. a. O. S. 111.

wirken, nicht der freien Verfügung des Privatkapitalismus anvertrauen dürfe. In Einrichtung und Leitung der Versorgungsbetriebe, wie auch auf dem Gebiet des Verkehrs, setzt der ununterbrochene *Vormarsch der öffentlichen Wirtschaft* ein. Es wird allmählich allgemein anerkannt, daß die Versorgungsbetriebe entweder durch die öffentlichen Organe unmittelbar bewirtschaftet oder wenigstens überwacht, beaufsichtigt werden müssen«<sup>1)</sup>).

»Durch diese Entwicklung wird einerseits eine breitere Front gegen die wirtschaftliche Diktatur geschaffen, andererseits werden schon jetzt im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft gewisse Möglichkeiten der Einschränkung dieser (oben gekennzeichneten) Despotie angebahnt. Und hier berührt sich die oben skizzierte mit der zweiten großen Linie der Entwicklung«<sup>2)</sup>).

»In der Periode, als der Kapitalismus noch völlig frei war, schien keine andere Alternative für den unorganisierten Kapitalismus denkbar zu sein, als die sozialistische Organisation der Wirtschaft im ganzen; es schien deshalb hoffnungs- und also zwecklos, etwas an der Despotie des kapitalistischen Systems ändern zu wollen. Bis die gewaltige Umwälzung der gesamten Gesellschaftsordnung stattfindet, muß alles so bleiben, wie es ist — so war die gegebene Einstellung. Dann stellte sich allmählich heraus, daß die Struktur des Kapitalismus selbst veränderlich ist, und daß der Kapitalismus, bevor er *gebrochen* wird, auch *gebogen* werden kann. Die andere große geschichtliche Erfahrung war die, daß die organisierten Anstrengungen der Arbeitnehmerschaft schon bedeutende Einschränkungen der kapitalistischen Willkür durchsetzen können«<sup>3)</sup>).

»Mit der politischen Demokratie, die die formale Vollberechtigung für das Proletariat brachte, mußte auch die Grundeinstellung zu den Problemen des proletarischen Befreiungskampfes eine wesentlich andere werden. Zwar ist das Proletariat noch nicht organisiert, geschlossen und stark genug, um die Macht zu erobern und die Gesellschaft nach seinem Ideal umzubilden. Es will aber nicht mehr im Zustande der früheren Sklaverei auf seine Stunde warten; für den politisch befreiten, sich als freien Bürger fühlenden Proletarier ist sein Abhängigkeitszustand im Betrieb und in der Gesellschaft unerträglicher als je geworden. Deshalb führt er erst recht und mit neuer Energie den Kampf um die völlige Befreiung, um das Endziel, aber auch täglich den *Kampf um die sofortige Neugestaltung der sozialen Verhältnisse*. Es ist möglich geworden, die kapitalistische Despotie einzuschränken und ein gewisses Maß der Freiheit auch in den wirtschaftlichen Beziehungen durchzusetzen. Es *muß* also

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 11/12.

<sup>2)</sup> A. a. O. S. 12.

<sup>3)</sup> A. a. O. S. 12.



so viel wie möglich schon jetzt geändert und durchgesetzt werden. Es widerspricht nicht, es entspricht vielmehr vollkommen den Aufgaben des Kampfes um die Zukunft, wenn man so viel wie möglich von dieser Zukunft zur Wirklichkeit macht. Seitdem die politische Vertretung der Arbeiterschaft in vielen Fällen, obwohl in der Minorität, in den Parlamenten mitentscheidend wirkt und manchmal das Zünglein an der Waage bildet, und die Arbeiterparteien in den verschiedenen europäischen wie auch überseeischen Ländern entweder eigene Regierungen gestellt haben oder mit den anderen Parteien zusammen an den Regierungen beteiligt waren, während andererseits die Gewerkschaften in vielen Ländern ganz unbestritten der uneingeschränkten Willkür der Unternehmer Paroli geboten haben, wird es zur gebieterischen Notwendigkeit, daß die Arbeiterschaft alle ihre politischen und wirtschaftlichen Machtmittel mit möglichst großem positiven Effekt zur Neugestaltung der Gesellschaft einsetzt. Dazu gehört, daß alle einzelnen Anstrengungen und täglichen Kämpfe durch den einheitlichen Willen und alle Teilforderungen durch einen Grundgedanken zusammengefaßt werden. Aus diesem Bedürfnis entsteht nun das Programm der Wirtschaftsdemokratie: durch Demokratisierung der Wirtschaft zum Sozialismus«<sup>1)</sup>!

Das Wesen der Wirtschaftsdemokratie wird dann folgendermaßen gekennzeichnet:

»Die übliche Übersetzung des Wortes Demokratie lautet: Volksherrschaft. Es wäre genauer, zu sagen: Selbstregierung des Volkes oder, nach der englischen Formel: Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk (government of the people by the people and for the people). Jede Herrschaft setzt Herrschende und Beherrschte voraus, während das Wesen der Demokratie in der Beseitigung dieser Teilung liegt. Herrschen können einige Teile des Volkes über die anderen: über wen aber kann das Volk herrschen als Inbegriff aller seiner Teile, das Volk als Allgemeinheit? Wenn trotz der politischen Demokratie die Herrschaft bestehen bleibt, so ist das keine Volksherrschaft, sondern die Herrschaft der Minderheit, die zwar nicht mehr politische, dafür aber andere, vor allem wirtschaftliche Privilegien hat, und die über das Volk, d. h. über die große Mehrheit des Volkes herrscht. Im tiefsten Sinne demokratisch ist deshalb die Reaktion gegen die wirtschaftliche Autokratie: gegen die Despotie des Unternehmers oder seiner Agenten im Betrieb, gegen die Beherrschung des Arbeitsmarktes und der Absatzmärkte durch die kapitalistischen Unternehmungen und Organisationen, gegen die Wirtschafts- und allgemeine Politik, die den Staat dem Kapital ausliefert. Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die Beseitigung jeder

---

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 13.

Herrschaft und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit«<sup>1)</sup>.

»Die Demokratie setzt aber auch die Vorstellung eines *Gemeinwesens* voraus. Wir können uns keine politische Demokratie vorstellen, ohne daß wir an den Staat denken. Der Staat aber ist ein Gemeinwesen, das heißt eine über allen einzelnen stehende öffentliche Körperschaft, die einen Gemeinwillen ausdrückt. Das Wesen der Wirtschaftsdemokratie ist daher erst erfüllt, wenn die Verfügung über die Produktionsmittel nicht mehr einzelnen zu Privateigentum für private Zwecke zusteht, sondern einem Gemeinwesen der Wirtschaft, das einen wirtschaftlichen Gemeinwillen verkörpert, in dem nicht mehr der private Nutzen einzelner, sondern der Gemeinnutzen bestimmend ist«<sup>2)</sup>.

Damit wird auch deutlich, daß »vollendete Wirtschaftsdemokratie und Gemeinwirtschaft gleichbedeutend« sind, daß die Forderung einer Wirtschaftsdemokratie »keinen Verzicht auf das sozialistische Ziel und keinen Ersatz für den Sozialismus« bedeutet, sondern »eine Ergänzung der sozialistischen Idee in der Richtung der Klärung des Weges zur Verwirklichung«<sup>3)</sup>. Dieser Weg ist nicht der Klassenkampf, sondern ein langsames Aushöhlen des Kapitalismus, ein stückweises Auswechseln seiner Grundlagen, ein Umbiegen statt eines Zerbrechens. Und das Problem der Wirtschaftsdemokratie ist demnach kein geringeres als dies: die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln, Erwerbstreben und Konkurrenz beruhende kapitalistische Verkehrswirtschaft kontinuierlich, im Wege der Evolution in eine auf Gemeineigentum beruhende, zentralistisch geleitete, sozialistische Gemeinwirtschaft umzuwandeln<sup>4)</sup>.

In erster Linie handelt es sich hier um eine Frage der *Wirtschaftsführung*. Man hat dies erkannt und klar ausgesprochen: »Das Problem, das sich bei einer solchen Umgestaltung zeigt, ist die Erhaltung der Unternehmerfunktion in der Wirtschaftsführung bei Aufhebung der Herrschaftsgrundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln, auf dem sie heute noch beruht«<sup>5)</sup>. Man darf aber nicht meinen, daß dieses Problem einfach durch irgendwelche Formen eines paritätischen Aufbaus der Unternehmungsleitungen zu lösen sei. Die entscheidende Schwierigkeit liegt tiefer: die Funktion des kapitalistischen Unternehmers und die Aufgaben eines sozialistischen Wirtschaftsleiters sind *grundverschieden*. Der kapitalistische Unternehmer hat seinen Betrieb auf Grund exakter Wirtschaftsrechnung an Hand von Marktpreisen möglichst pro-

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 14/15.

<sup>2)</sup> A. a. O. S. 15.

<sup>3)</sup> A. a. O. S. 10.

<sup>4)</sup> Diese und die folgenden Ausführungen größten Teils wörtlich nach dem Aufsatz des Herausgebers »Das gewerkschaftliche Programm der Wirtschaftsdemokratie« in »Das Problem der Wirtschaftsdemokratie«, herausgeg. von der Deutschen Bergwerks-Zeitung, Düsseldorf 1929.

<sup>5)</sup> *Naphtali*, Wirtschaftsdemokratie, S. 48.

duktiv in den Gesamtprozeß der Wirtschaft einzuordnen, die Gesamtleitung der Wirtschaft wird aber ohne zentrale Instanz vom Preisbildungsprozeß besorgt. Ganz anders in der sozialistischen Wirtschaft: in ihr ist, wie gezeigt, ein zureichender Preisbildungsprozeß nicht mehr denkbar (s. S. 242/243), da bei Gemeineigentum an den Produktionsmitteln der preisbildende Tauschverkehr größtenteils entfällt. Nun muß die gesamte Wirtschaft planmäßig, zentralistisch geleitet werden — ein Problem, das sich von den Fragen kapitalistischer Wirtschaftsführung so sehr unterscheidet, wie gegenwärtig Einzelwirtschaft und Volkswirtschaft wesensverschiedene Gebilde sind. Hier liegt das Kernproblem des zentralistischen Sozialismus und somit auch der vollendeten Wirtschaftsdemokratie. Und dieses Problem ist ungelöst. Denn auch das wirtschaftsdemokratische Programm beschränkt sich an diesem entscheidenden Punkte auf die Andeutung, daß die Grundrisse der neuen Wirtschaftsordnung schon sichtbar seien »auf Grund . . . der *Entwicklungstendenzen des Wirtschaftslebens* und auf Grund der Kenntnis des *Willens zur Neugestaltung* der in der Arbeiterschaft lebendig ist«<sup>1)</sup>.

Daß ein noch so intensives Wollen die Probleme der sozialistischen Wirtschaftsführung nicht zu lösen vermag, zeigt Rußland. Wenn *Eduard Heimann* meint, daß das, was »die Arbeiterbewegung mit der elementaren Wucht des gespannten Kraftbewußtseins« fordere, »was also für die Arbeiter dringende Notwendigkeit« sei, sich durchsetzen könne, da es zur produktionspolitischen Notwendigkeit für die wirtschaftende Gesellschaft werde<sup>2)</sup>, so kann man dem entgegenhalten, »daß nicht immer das, was Kraftbewußtsein und Freiheitsdrang einer bestimmten Klasse fordern, zur produktionspolitischen Notwendigkeit für die ganze Volkswirtschaft werden kann. Denn: Kraftbewußtsein und Freiheitsdrang allein vermögen nicht Wegweiser zu sein, aus ihnen strömt lediglich der Impetus, der Elan, die Kraftanspannung für eine Bewegung, die durchaus in die Irre gehen kann, sofern ihr die Erkenntnis und Einsicht in die im Wesen der Wirtschaft gründenden allgemeinen und speziellen Notwendigkeiten fehlt«<sup>3)</sup>.

Und auch das dürfte feststehen, daß die Struktur des »organisierten Kapitalismus« nicht als eine Vorform der sozialistischen Wirtschaftsverfassung angesehen werden darf. Wie sehr sich auch die äußere Gestalt des Kapitalismus durch Bindungen mannigfacher Art wandeln mag: Kartelle, Konzerne, Selbstverwaltungskörper, öffentliche Betriebe, konsumgenossenschaftliche und gewerkschaftliche Eigenbetriebe — sie alle sind einzelwirtschaftliche Gebilde, deren rationelle Führung ohne

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 179.

<sup>2)</sup> Soziale Theorie des Kapitalismus. Tübingen 1929, S. 227/28.

<sup>3)</sup> *Johannes Gerhardt*, Liberalismus und Wirtschaftsdemokratie. Berlin 1930, S. 48.

Preisbildungsprozeß nicht denkbar wäre. Und deshalb hat es einen tiefen Sinn, wenn das wirtschaftsdemokratische Programm trotz der gewagten Ausdeutung der Entwicklungstendenzen des Kapitalismus als Keimzellen einer neuen Wirtschaftsordnung, feststellen muß, daß es keiner Ausführung bedürfe, daß wir eine solche Wirtschaftsdemokratie, die mit dem sozialistischen Endziel zusammenfällt, noch nicht hätten, daß sie, wie der Sozialismus überhaupt, als Ziel und Richtpunkt vor uns stehe, nicht als Wirklichkeit<sup>1)</sup>. Denn bei der grundsätzlichen Verschiedenheit der sozialistischen und der kapitalistischen Wirtschaft kann es gar nicht möglich sein, daß die Konkurrenzwirtschaft durch die ihr innewohnenden Monopolisierungs- und Konzentrationstendenzen, also durch ein »Abbiegen«, eine »Evolution« überwunden wird: der Übergang zum zentralistischen Sozialismus kann nicht ohne einen wirklichen Bruch erfolgen.

Daß die praktischen Forderungen des wirtschaftsdemokratischen Programms, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, so formuliert sind, daß die Arbeit an ihrer Verwirklichung zunächst völlig in den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft fällt, kann nach den bisherigen Überlegungen nicht mehr überraschen. Man darf sich aber durch die damit notwendig verbundene weitgehende Übereinstimmung mit dem sozialen Programm des Liberalismus — man denke etwa an die Ausführungen des Wirtschaftsberichtes der englischen liberalen Partei<sup>2)</sup> — nicht über einen grundsätzlichen Unterschied hinwegtäuschen lassen. Man darf nicht übersehen: die Gesamtheit der sozialen Maßnahmen ist jetzt auf ein ganz anderes Ziel ausgerichtet! Die typisch kapitalistischen, tragenden Elemente unserer Wirtschaftsordnung — Privateigentum, Erwerbsstreben, Konkurrenz, Preisbildungsprozeß, Unternehmerinitiative — werden in ihrer Bedeutung verkannt und in die Lücke, die so beim Betrachten des Wirtschaftsprozesses entsteht, tritt die Überschätzung der Organisation der Schablone, des Planmäßigen. »Es ist die große Schwäche dieser Denkschrift« meinte *Stolper*, »daß sie überall nur Organisationen und Schemen und nicht Menschen sieht«<sup>3)</sup>.

Dies ist begreiflich, aber gefährlich. Begreiflich von seiten der Arbeitnehmer, die, eingespannt in den unentrinnbaren Mechanismus des einzelwirtschaftlichen Produktionsprozesses, zu einer Überschätzung des Planmäßig-Organisatorisch-Zentralistischen gedrängt werden. Gefährlich, weil das Ordnungsprinzip unserer Volkswirtschaft völlig verkannt und ihr Lebensnerv stückweise ertötet wird.

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 15.

<sup>2)</sup> Vgl. Britain's Industrial Future, being the Report of the Liberal Industrial Inquiry, Ernest Benn Limited 1928.

<sup>3)</sup> *Stolper*, Sozialistische oder liberale Wirtschaftsdemokratie? Der deutsche Volkswirt, Bd. 2 Nr. 50.

## SCHLUSSBETRACHTUNGEN.

Das letzte Jahrhundert war geneigt, im Triumphgefühl der beispiellosen Fortschritte, die es auf allen Gebieten materieller Kultur aufzuweisen hatte, die Lehre, die die Geschichte doch so eindringlich predigt, zu vergessen: daß der Fortschritt der Menschheit kein ununterbrochener zu sein braucht, daß keine Kultur, auch nicht die höchste und auf scheinbar unerschütterlichen Grundlagen beruhende, vor dem Untergang sicher ist. Der Anstoß zur Auflösung einer Kultur, die ihren Höhepunkt überschritten hat, kommt dabei gewöhnlich von innen heraus, nicht bloß durch äußere politische Ereignisse, die höchstens die Bedeutung auslösender Momente haben. Die psychischen Kräfte der Menschen versagen, sie sind den geistigen Anforderungen, welche die Fortsetzung des Lebens unter den Bedingungen der hochgetriebenen Kultur stellt, mit einem Male nicht mehr gewachsen, sie streben mit aller Kraft zurück zu einfacheren Verhältnissen. Und die große Frage ist nun, ob der Sozialismus nicht vielleicht in seinem tiefsten Kerne als eine solche Bewegung aufzufassen ist. Seine Rolle in der Geschichte würde dann darin bestehen, eine Periode des Völkertodes einzuleiten und vorzubereiten.

Das ist die eine Zukunftsmöglichkeit, die im Sozialismus beschlossen liegt. Der Sozialismus bietet indessen auch Raum für eine optimistischere Beurteilung der Zukunftsaussichten, die sich der europäischen Kultur eröffnen, und dieser zweiten Auffassung möchten wir uns anschließen.

Man kann den Sozialismus auch als Mittel ansehen, dessen sich die Weltgeschichte bedient, um die Völker zur richtigen Einsicht in die Grundlagen zu führen, auf denen sie ihre Wirtschaftsordnung aufzubauen haben. »Die Ameise kennt die Formel ihres Baues, die Biene die ihres Stockes, aber der Mensch kennt seine Formel nicht«, sagt *Dostojewskij*. Indessen: Die Formel für die soziale Organisation des Menschengeschlechts steht ebenso fest, wie die des Ameisenhaufens oder des Bienenstocks. Die Mitglieder des menschlichen Gemeinwesens unterscheiden sich von denen der Tierstaaten nur dadurch, daß sie die Formel für den Aufbau ihrer Organisation nicht bloß instinktiv, sondern bewußt zur Anwendung bringen wollen. Diese Aufnahme ins Bewußtsein kann aber nur erfolgen auf dem Wege durch den Irrtum, durch das Auftauchen

von Zweifeln an der Richtigkeit der zunächst nur instinktiv angewandten Formel. Dieses Irrewerden an der überkommenen Formel für den Aufbau der Gesellschaft verkörpert der moderne Sozialismus, aber die sozialistische Bewegung hat nicht die Aufgabe, die alte Formel selbst durch eine völlig neue zu ersetzen, sondern vielmehr nur die, die Menschheit zur klaren Einsicht in die Notwendigkeit der alten Formel zu führen. Die Geschichte des Sozialismus ist die Geschichte des Mißverstehens der modernen Volkswirtschaft, allein wie auf anderen Gebieten, so wird auch auf diesem der Irrtum schließlich nur das Durchgangsstadium zur Erkenntnis der Wahrheit sein.

In dieser optimistischen Auffassung kann eine Beobachtung bestärken, die man an dem Entwicklungsgang des Sozialismus machen kann. Wir denken hierbei nicht so sehr an die Entwicklung der politischen Parteien. (In dem bekannten Satze *Bernsteins*, daß das Endziel nichts und die Bewegung alles sei, wird ja für die praktische Politik die sozialistische Idee schon so gut wie preisgegeben.) Wir denken hierbei vor allem an die Entwicklung des sozialistischen Ideals selbst. Mögen auch die Nöte und Wirren der Gegenwart so groß sein, daß manche Sozialisten aus ihnen keinen Ausweg als den strengen Kommunismus sehen, im ganzen läßt sich doch nicht verkennen, daß die Entwicklung des sozialistischen Gesellschaftsideals immer mehr von dem eigentlichen, dem zentralistischen Sozialismus weg und näher an die Einrichtungen der bestehenden Wirtschaftsordnung heran geführt hat. Der Kollektivismus war der erste Schritt auf diesem Wege, der Gildensozialismus der zweite, der Genossenschaftssozialismus der dritte, der Gedanke des planwirtschaftlichen Sozialismus der vierte und das wirtschaftsdemokratische Programm, das nach Absicht seiner Schöpfer zentralistisch-sozialistisch sein soll, ist in Wahrheit eine Verschmelzung kollektivistischer, genossenschaftlicher, planwirtschaftlicher und staatssozialistischer Ideen mit praktischen Maßnahmen, die zum weit überwiegenden Teil auf bürgerliche Initiative zurückgehen. Jede dieser später entwickelten Formen des Sozialismus bedeutet eine Erweichung, eine Milderung der ursprünglichen Härte und Strenge der sozialistischen Idee und eine Annäherung der Einrichtungen des Zukunftsstaats an die der bestehenden Gesellschaft. Der Unterschied zwischen der erträumten Gesellschaft der Zukunft und dem Gesellschaftssystem der Gegenwart wird immer geringer.

Der natürliche Ausgang der Geschichte des Sozialismus wird daher in der Anerkennung der Notwendigkeit der Grundlagen der geltenden Wirtschaftsordnung bestehen. Selbstverständlich darf man dabei nicht erwarten, daß die sozialistischen Parteien dem Ideal, zu dem sie sich bisher bekannt haben, auch offiziell abschwören werden. Die Entwicklung wird sich so vollziehen, daß der Name »Sozialismus« zwar bestehen bleibt und die Kämpfe auch weiterhin unter dem Banner des Sozialis-

mus geführt werden, daß aber der Begriff »Sozialismus« seines ursprünglichen Inhalts immer mehr entleert wird. Schon jetzt sind die Anfänge dieser Entwicklung deutlich zu erkennen. Das Bemühen der Sozialisten ist darauf gerichtet, allerlei Bindungen im Wirtschaftsleben einzuführen und sozialpolitische Reformen vorzuschlagen, die man wenigstens in ihrer Gesamtheit mit einigem Schein des Rechts noch als »sozialistisch« hinstellen kann, obwohl sie die Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten. Und der bürgerliche Politiker mag die Sozialisten in diesem Bestreben, das Gesicht zu wahren, ruhig unterstützen. Denn mit diesem Ausgang des Kampfes zwischen Sozialismus und bestehender Wirtschaftsordnung können schließlich beide Teile zufrieden sein: der Sozialismus, weil er seinen Anhängern doch so etwas wie eine Sozialisierung vorzuweisen vermag, der Individualismus, weil er in der Sache selbst gesiegt hat.

## PERSONENVERZEICHNIS.

- A**  
 Amonn 298.  
**B**  
 Babeuf 223.  
 Bakunin 215.  
 Ballod 125, 126, 223, 226.  
 Bauer, G. 291.  
 —, O. 156, 162, 163.  
 Bebel 125, 171, 213, 214, 223.  
 Bellamy 223, 234, 235.  
 Bentham 122.  
 v. Bergmann, E. 178.  
 Bernstein 8, 80, 190, 203, 207, 281, 305.  
 Beveridge 101.  
 Bismarck 8.  
 Blanc 265—268, 270, 273.  
 Bourguin 248, 249.  
 Bowley 92.  
 Brutzkus 8, 29, 41, 161, 163, 167, 211,  
 224, 250—254, 256, 257, 260—263.  
 Bucharin 224.  
 Budge 203.  
 Bücher 2, 127, 159, 298.  
**C**  
 Cabet 227.  
 Cassau 32.  
 Cassel 38, 41, 56—63, 109, 165, 182  
 bis 184, 190—195, 198, 230, 231, 236,  
 240.  
 Catchings 176.  
 Cohen, H. 120.  
 Cole, G. D. H. 267, 270, 271, 273, 274.  
 Comte 122.  
 Conrad, O. 96, 109, 150.  
 Curschmann 109.  
**D**  
 Damaschke 90.  
 David 132.  
 v. Degenfeld-Schonburg 148, 153, 156,  
 162.  
 Diehl 67, 196, 206.  
 Dietzel, H. 41.  
 Dostojewskij 249, 304.  
**E**  
 Eberstadt 180, 181.  
 Eccius 267.  
 v. Eckardt 247.  
 Engels 83—85, 110, 151, 153, 155, 167,  
 174, 194, 207, 213.  
**F**  
 Farbman 257.  
 Feig 199.  
 Flürscheim 177.  
 Ford 118.  
 Foster 176.  
 Fourier 124, 125, 150, 152, 174, 218,  
 276, 277.  
**G**  
 Garrett 176.  
 Gemünd 72.  
 George 64, 177, 178.  
 Gerhardt, J. 21, 25, 41, 151, 248.  
 Gide 50, 201, 277, 283, 284.  
 Goldscheid 148, 213, 226, 227.  
 Gorki 110.  
 Greiling 215, 225, 227.  
 Grünberg 206.  
 Gubert 216.  
**H**  
 Haensel 257, 258.  
 Hahn 182.  
 Hainisch 280.  
 Halm 110, 135, 173, 182, 185, 198, 240,  
 243 295, 301.  
 Hasbach 216.  
 v. Hayek 176, 221.  
 Hegel 122.  
 Heimann 41, 42, 48, 49, 83, 162, 203,  
 213, 238, 243, 302.  
 Hellpach 151.  
 Herkner 121, 175.  
 Hertig 28.  
 Hertzka 125.  
 Heyck 16.  
 Hodgskin 43.  
 Hume 122.



- Jakobs 119.  
 Jakovlev 163.  
 Jevons 194, 196.
- Kautsky 85, 132, 138, 141, 142, 148,  
 156, 163, 204, 226, 235, 236.  
 Kelsen 213.  
 Keynes 121.  
 v. Keyserling 121.  
 Krzizanovskij 150.  
 Kumpmann 298.
- Lampe 110.  
 Landauer, C. 259, 275.  
 Lange, F. A. 79.  
 Lansburgh 182.  
 Larin 224.  
 Lassalle 26, 52, 78—80, 265.  
 Lederer 110.  
 Lenin 7, 28, 212, 227, 244—246, 260,  
 279.  
 Leroux 201.  
 Leubuscher 267.  
 Levy 114.  
 Lexis 189.  
 Liefmann 41, 171, 172, 295.  
 Lukas 41.
- Malthus 52, 54.  
 Mannstaedt 110.  
 Marschak 110.  
 Marx s. Sachverzeichnis.  
 Maß 117.  
 Massar 110, 176.  
 May 175, 178.  
 Mehring 85.  
 Mellor, 267, 270, 271, 273.  
 Menger, A. 200.  
 Meßner 41.  
 Mill, J. St. 64, 67, 122.  
 v. Mises 36, 37, 45, 76, 77, 110, 120,  
 152, 171, 205, 211, 215, 238, 240, 243,  
 269, 281, 290, 295.  
 Mitscherlich 298.  
 v. Moellendorf 287—292.  
 Mombert 196.  
 Morelly 223.  
 Morus 223, 224, 227.  
 Müller, A. 281, 283.  
 Münsterberg 118.
- Naphtali 20, 150, 296, 301.  
 Naumann, M. 72.  
 Neurath 125, 171, 226, 227.
- Oppenheimer, F. 26, 29, 41, 48, 53, 54,  
 125, 126.  
 Owen 175, 201, 218, 230, 276.
- Palyi 223.  
 Pecqueur 228, 229, 233, 234.  
 Penty 267.  
 Pierson 220.  
 Plaut 267.  
 Pohle 14, 25, 172, 179, 240.  
 Pollock 150, 163, 244—246, 251—255.  
 Popper-Lynkeus 223.  
 Preobrazhenskij 167.  
 Proudhon 153, 230.
- Rathenau 151.  
 Rathgen 159.  
 Ricardo 37, 38, 64—67, 72, 200.  
 Rist 50, 201, 277.  
 Rockefeller 61.  
 Rodbertus 39, 40, 175—178, 186, 228  
 bis 230, 237, 242.  
 Röpke 213.  
 Roscher 187.  
 Rosenstock 151, 279, 280.
- Saitzew 156.  
 Schäffle 232, 237, 238, 264, 280.  
 v. Schanz 98.  
 Schmalenbach 298.  
 Schumacher 48.  
 Schumpeter 48, 298.  
 Senior 49, 50.  
 Shadwell 87.  
 Simkhovitsch 207.  
 Simon, H. 98.  
 Sismondi 140, 175—179, 186.  
 Sombart 110, 203, 298.  
 Sorel 269.  
 Spiethoff 182, 183, 185, 186, 193, 195,  
 197.  
 Stalin 257.  
 Staudinger 283.  
 Stolper 156, 303.  
 Styrling-Taylor 267.
- Taine 7.  
 Tarnow 110, 176.  
 Tschajanow 224.  
 Thompson 201, 216, 218, 276, 277.  
 Tönnies 2.  
 Totomianz 284.  
 Trotzki 155, 227, 235, 236, 248.

- Tugan-Baranowsky 34, 39, 99, 123, 124,  
125, 185, 194, 201, 222, 223, 226, 233,  
234, 266.  
Tyszka 92, 158.
- Voigt 72, 115, 202, 287.  
Voltaire 122.
- Wagner, Ad. 139, 292.  
Webb, S. und B. 93, 94, 98, 103, 281,  
283—285.  
Weber, Ad. 27, 30, 32, 41, 72, 90, 110,  
118, 176, 182, 195.
- Weber, M. 238.  
Wedemeyer 110.  
Weil, H. 30, 274.  
Wiefenfeld 244, 245.  
v. Wieser 66, 67, 69, 70, 72, 122.  
Wilbrandt 125, 153—156, 282, 283, 286.  
Wissell 287—292.  
Withers 267.  
Wolf, J. 80, 82.
- v. Zwiedineck-Südenhorst 98.

## SACHVERZEICHNIS.

- Abhängigkeit 299.  
 Absatzschwierigkeiten 174.  
 Absterben des Staates 213.  
 Abstinenztheorie 49, 50, 62.  
 Agrarsozialismus 63.  
 Akkordlohn 144, 145.  
 Akkumulationstheorie 54, 78—86.  
 Aktiengesellschaft 25, 158—161.  
 Altruismus 6.  
 Anarchie der Produktion 194, 195, 210, 287.  
 Anarchismus 215, 216; und Sozialismus 216.  
 Arbeit, Mechanisierung 115; Einförmigkeit 115—117; als Lebensbedürfnis 153, 155; als Ware 229, 236.  
 Arbeiterproduktivgenossenschaft 21 bis 32; Geschichte 26; Gründe des Fehlschlagens 26—32; Kapitalmangel 26; Disziplinmangel 27, 28; Verlustgefahr für den Arbeiter 30—32; Gesetz der Transformation 30; bei Blanc 265, 266; und Gildensozialismus 276; und Genossenschaftssozialismus 278—280.  
 Arbeitsausgleich 151.  
 Arbeitsdesertion in Sowjetrußland 248.  
 Arbeitseinkommen, Berechtigung 73, 74.  
 Arbeitsfreiheit 11, 101, 143, 214, 228, 231, 234, 235, 239, 247—249.  
 Arbeitsfreude, im Kapitalismus 110 bis 122; im Mittelalter 112, 113; im Sozialismus 119; und Mechanisierung 122; und Weltanschauung 122.  
 Arbeitsgeld 228.  
 Arbeitsleid 116, 149, 152, 154.  
 Arbeitsleistung 140—155; und Arbeitslohn 74.  
 Arbeitslohn, und Arbeitsleistung 74; Ansteigen 87—92; in Deutschland 88, 89; in England 92; in Sowjetrußland 257, 258.  
 Arbeitslosenversicherung 197.  
 Arbeitsloses Einkommen 36, 60, 63; sozialistische Kritik 73—78.  
 Arbeitslosigkeit 35, 97—110; gegenwärtige 98; strukturelle 98; Hauptarten 99; im Gefolge einmaliger Störungen 99—104; und Entwicklung der Löhne 102; durchschnittliche Dauer 103; im Saison- und Kampagnengewerbe 104—106; Krisenarbeitslosigkeit 106; und Konjunkturbewegung 107, 108; und Lohnhöhe 109, 110; als Dauererscheinung 109, 110; als Kaufpreis für wirtschaftliche Freiheitsrechte 110; und Produktionsmöglichkeit 170.  
 Arbeitsmarkt, Organisation 101.  
 Arbeitspflicht 147, 214.  
 Arbeitstag, Verkürzung im Sozialismus 125, 126.  
 Arbeitsteilung 2, 3, 11, 134, 151, 201, 209.  
 Arbeitsverfassung, familienhafte 135, 137; patriarchalische 141.  
 Arbeitsverhältnis, Kündigung 146, 147, 161; Wandlung im Sozialismus 148.  
 Arbeitsverschiebung 127.  
 Arbeitswertlehre 36—43.  
 Arbeitswertrechnung 239, 242.  
 Arbeitswilligkeit 143.  
 Arbeitszeit, in England 93, 94; in Deutschland 94.  
 Arbeitszeitregulierung im Kollektivismus 234—236.  
 Arbeitszwang 226; im Kriegskommunismus 246—249; im Fünfjahresplan 261.  
 Armenpflege 5.  
 Ausbeutungsgedanke 33, 34, 36—78, 174.  
 Ausgleich der Profitrate 83.

- Außenhandelsmonopol (Sowjetrußland) 250.  
 Autokratie, wirtschaftliche 298—300.
- B**  
 Bäuerlicher Betrieb 134—139.  
 Beamtenverwaltung 158.  
 Bedarfsdeckungswirtschaft 20.  
 Bedarfsgestaltung 15; Unregelmäßigkeit 15.  
 Bedürfnisse, Unbegrenztheit 154.  
 Berufsegoismus 273.  
 Betrieb s. Großbetrieb, Kleinbetrieb, öffentliche Unternehmung.  
 Betriebskonzentration 125; Mangelhaftigkeit im Kapitalismus 168; bei Marx 204.  
 Betriebsleitung 155—165.  
 Bevölkerungsgesetz 52, 54, 79; spezifisches 54.  
 Bewegungsfreiheit, wirtschaftliche 4, 7, 9.  
 Boden, Unvermehrbarkeit 70, 71.  
 Bodenreform 63—65, 90, 177, 180 bis 182.  
 Bodenrente, städtische 72, 73.  
 Börsenspekulation und Kapitalmangel 182.  
 Bolschewismus s. Sowjetrußland.  
 Bürokratismus, in Sowjetrußland 29, 161, 163, 251; im öffentl. Betrieb 158—165.
- D**  
 Dezentralistischer Sozialismus 217, 264 bis 276.  
 Differentialrente, und Unternehmergewinn 47; reine 64, 72.  
 Diktatur 7.  
 »Direkte Aktion« 270.  
 »Direkte Leitung« 267.  
 Distributive Gewerbe 128.
- E**  
 Egoismus 6; und Gruppenegoismus 273; Berufsegoismus 273.  
 Ehernes Lohngesetz 70—80.  
 Eignungsprüfung 233.  
 Einförmigkeit der Arbeit 115—117.  
 Einkommen, arbeitsloses 36, 60, 63; sozialistische Kritik 73—78; Rechtfertigung 74—78.  
 Einkommensteuerstatistik 90.  
 Einkommensverhältnisse, Verschiebung in der Konjunktur 187.  
 Einkommensverteilung, Ungerechtigkeit 33, 73—78; Ungleichheit 33, 73—78, 205; Kritik 36—38, 73—78, 206; Vorbedingung hoher Produktivität 74 bis 78; Differenziertheit und Kapitalbildung 166; und Wirtschaftskrisen 174; Gleichheit 228, 231, 234.  
 Eisenbahn, Verstaatlichung 156.  
 Elementargüter 40.  
 Enteignung und Sozialisierung 288.  
 Entwicklungsgang des Sozialismus 305.  
 Erbrecht 6.  
 Erwerbstrieb 3.  
 Erwerbswirtschaftliche Produktionsweise 3, 4, 12—21; Vorzüge 17—21; Pionier des Fortschritts 18; als Profitwirtschaft 20.  
 Ethik und Wirtschaft 74—78.  
 Existenzsicherung, Idee der 201.  
 Expropriation der Expropriateurs 204, 269.
- F**  
 Fabrik 11.  
 Familie 6, 131, 132.  
 Familienegoismus 6.  
 Familienhafte Arbeitsverfassung 135, 137.  
 Freiheit, der Bewegung 4, 7, 9; wirtschaftliche 9—11; der Produktion 10, 11; des Konsums 10, 14, 16, 56, 59, 100, 218, 228, 231—236, 239, 240, 243; der Arbeit 11, 101, 143, 214, 228, 231, 234, 235, 239, 248, 249; der Unternehmung 11; und Arbeitslosigkeit 110; industrielle Freiheit im Gildensozialismus 267.  
 Freizügigkeit 235.  
 Fünfjahresplan 255—263; Ziel 255, 256; Kapitalbildung bis zur Grenze des Existenzminimums 256—259; Ziffern 256; Reallohn 257; Lebensmittelrationen 257; Wohnungsverhältnisse 257; Warenhunger 258, 262; Sieg der Planwirtschaft? 258; Ungelöste Probleme 258; Problem der Wirtschaftrechnung 259—263; Inflation 260, 261; Verordnung über das Kreditwesen 261; Abschaffung der Arbeitsfreiheit 261; Vernichtung des Marktverkehrs 261; Vergleich mit dem Kriegskommunismus 262; Planlosigkeit der Planwirtschaft 262; Transportwesen 262, 263; Verteilungsproblem 263.

- Gebrauchswert 40, 51, 237, 238.  
 Geld in der sozialistischen Wirtschaft 222, 228, 244, 250, 252, 260, 261.  
 »Gemeinwirtschaft« 288.  
 Genossenschaftssozialismus 3, 13, 212, 219, 276—286; älterer 276, 277; in Form der Arbeiterproduktivgenossenschaft 278—280; in Form der Konsumgenossenschaft 280—286.  
 Gesetz, der Akkumulation 54, 78—86; des Ausgleichs der Profitrate 83; der Erhaltung der Kaufkraft 177—179; der fallenden Lohnquote 175, 176; der industriellen Reservearmee 80 bis 86; Gesetze der Transformation bei Arbeiterproduktivgenossenschaften 30.  
 Gewinnbeteiligung 32.  
 Gewinnstreben 13.  
 Gildensozialismus 217, 265—276; Forderungen 267, 268; Endziel 268; und Syndikalismus 269, 270; und Staatssozialismus 270; Paradies der Freiheit und Selbstverwaltung 271; und Kommunismus 272; Monopolproblem 273; Staatskontrolle 274, 276; Wirtschaftsrechnung 274—276; und Planwirtschaft 291.  
 Gleichheit, natürliche 34.  
 Gleichheitsidee 201, 205, 206, 209, 222.  
 Großbetrieb 3, 23, 142; Steigerung der Absatz- und Transportkosten 127, 128; in der Landwirtschaft 132, 133; und moderner Sozialismus 209, 210.  
 Großgewerkschaften 268, 270.  
 Grundeigentum, privates, volkswirtschaftliche Wirkung 68; Wirkung einer Verstaatlichung 68.  
 Grundrente, Kritik des Sozialismus 63 bis 73; Entstehung 64, 65; Einfluß auf ihre Höhe 66, 67; Rechtfertigung 68; 69, als Monopolgewinn 70.  
 Gruppenegoismus 273.  
 Gruppenfabrikation 151.  
  
 Halbsozialismus 218, 276—295.  
 Handel 2, 3.  
 Handelskrisen 174.  
 Handwerk und Arbeitsfreude 112, 113.  
 Hauswirtschaft 2, 3, 140, 208.  
 Hilfsdienstgesetz 11.  
 Hingabewirtschaft (Wilbrandt) 154.  
  
 Individualismus und Sozialismus 202, 216, 228, 275.  
 Individualistische Wirtschaftsordnung 1, 4—11.  
 »Industrielle Freiheit« (industrial freedom) 267.  
 Industrielle Reservearmee 35, 54, 55, 80—86; und Konjunkturbewegung 191—193.  
 »Industrieverbände« 268.  
 Inflation (Sowjetrußland) 253, 260, 261.  
 Intensive Bewirtschaftung 135.  
 Investitionsquote 42, 59, 61; in Sowjetrußland 256—259.  
  
 Kapital, bei Marx 52—55; variables und konstantes 55, 83; Verwertungsbedürfnis 81; Realkapital 165, 166.  
 Kapitalbildung 165—168; in Sowjetrußland 166—167; im Laufe der Konjunktur 184—186; im Fünfjahresplan 256—259.  
 Kapitaldisposition 58.  
 Kapitalgewinn und Unterkonsumtion 177.  
 Kapitalgütermarkt 241.  
 Kapitalgüterproduktion als Sitz der Konjunkturbewegung 183.  
 Kapitalismus, Hauptbestandteile 1—4, 12; und Handel 2, 3; Rückständigkeit 35, 122—198; und Arbeitsfreude 110—122; organisierter 298.  
 Kapitalknappheit, Ursachen 56; in der Hochkonjunktur 184, 189.  
 Kapitalmarkt 181, 182, 194, 195, 241.  
 Kapitalverhältnis (Marx) 53—55.  
 Kapitalzins, Kritik des Sozialismus 49 bis 63; Abstinenztheorie 49, 50, 62; sozialistische Zinslehre 50—55; als Knappheitspreis (Cassel) 55—59; Notwendigkeit in der sozialistischen Wirtschaft 56, 239, 240; Notwendigkeit überhaupt 57—63; privater Zinsbezug 59, 240; soziale Funktion 62; und Konjunkturbewegung 185; mangelnde Zinspreisbildung in der sozialistischen Wirtschaft 241, 242.  
 Kartelle 19, 294.  
 Kaufkrafttheorie 175, 176.  
 Klassenscheidung 52.  
 Klassenverhältnis, gesellschaftliches 52.  
 Kleinbetrieb, Gründe für sein Vorkommen 130—139; und Siedlungsweise

- der Bevölkerung 130, 131; in der Landwirtschaft 132—139; »Überarbeit und Unterkonsumtion« (Kautsky) im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb 138.
- Koalitionsfreiheit 5.
- Kollektivismus 218, 228—236; und Kommunismus 221—222, 225, 231, 243; und Marxismus 230; Bestandteile nicht miteinander vereinbar 230 bis 243; Haupteinwand 231; NEP als Kollektivismus 250.
- »Kommandohöhen« der Wirtschaft 250.
- Kommunismus 218, 221—228; und Kollektivismus 221, 222, 225, 231, 243; Geschichte 223; als Utopie 223; 224; im Marxismus 224, 225; und Gildensozialismus 272.
- Kompensationstheorie 55, 178, 179.
- Konjunkturbewegung 107, 108, 183 bis 185; zukünftige Entwicklung 190 bis 197; psychologische Momente 194; Bedeutung 198; und Fortschritt 198.
- Konjunkturforschung 196.
- Konjunkturpolitik 196.
- Konjunkturtheorie 183—198.
- Konkurrenz 4, 19, 46, 157, 241; zwischen sozialistischen Betrieben 243; Bekämpfung durch L. Blanc 265; Versagen 293.
- Konstantes Kapital 55, 83.
- Konsumtendenzdemokratie 120, 285.
- Konsumfreiheit 10, 14, 16, 56, 59, 100, 218, 228, 231—236, 239, 240, 243.
- Konsumgenossenschaft 13, 14; und Produktivgenossenschaft 23; Eigenproduktion 17; Bekämpfung der Kartelle 19; und Preisbildung 19; und Beamtenverwaltung 19; im Genossenschaftssozialismus 280—286; Glaube an die unbegrenzte Ausdehnungsmöglichkeit 281—286.
- Konsumgenossenschaftliche Produktionsweise 3, 12—21.
- Konsumquote 42, 59; in Sowjetrußland 256—259.
- Konsumziffern, Entwicklung 90.
- »Kontrolle der Industrie« 267, 268.
- Konzentration der Betriebe 125, 168, 204.
- »Korporativer Sozialismus« 266, 270.
- Kreditmarkt, und Konjunktur 185, 189; und Zinspreisbildung 241.
- Pohle-Halm, Kapitalismus. 4. Aufl.
- Kriegskommunismus 244—249; Kampf gegen den Markt 244; Hungersnot 244, 245; Verfall der Industrie 245; Rückgang der Bodenerträge 245; Umkehr Lenins 245, 246; Arbeitszwang 247—249; Vergleich mit dem Fünfjahresplan 262.
- Kriegswirtschaft 287, 289.
- Kündigung des Arbeitsverhältnisses 146, 147, 161.
- Landarbeit, Naturgebundenheit 134; Arbeitsteilung 134; Intensitätsgrad 135.
- Landflucht 114; und Konjunkturbewegung 191—193.
- Landwirtschaft und Maschinentechnik 113.
- Lebensdauer, Erhöhung 86—88.
- Lebenshaltung, Verbesserung 89—91; Verschlechterung in Rußland 244, 245, 256—259.
- Lohnarbeit, System der freien L. 143; Abschaffung 229.
- Lohnarbeiter, materielle Lage 86—97.
- Lohnberechnungsmethoden 143.
- Lohngesetz, ehernes 78—80.
- Lohnhöhe, in Deutschland 88—90; in England 92; und Arbeitslosigkeit 109, 110; in Sowjetrußland 257—259.
- Lohnquote, Gesetz der fehlenden L. 175, 176.
- Marx und Marxismus, Arbeitswerttheorie 39; Gebrauchswert 40; Mehrwert 41; Verwechslung von Wirtschaft und Technik 48; unerlaubte Abstraktionen 49; Gebrauchswert und Tauschwert 51; Stellung zum Malthusschen Bevölkerungsgesetz 52, 79; »Kapitalverhältnis« 53, 54; Zusammensetzung des Kapitals 55, 83; Gesetz der Akkumulation 54, 80—85; Abzug vom Arbeitsertrag für Produktionsausdehnung 59; Konflikt zwischen Akkumulations- und Gebußtrieb 61; Stellung zum ehernen Lohngesetz 79, 80; Gesetz der industriellen Reservearmee 80—85, 106, 107, 190, 191; Verelendungstheorie 81, 82; Gesetz vom Ausgleich der Profitrate 83; Länge des Arbeitstages 93; Verminderung der Arbeitsnachfrage durch die Maschine 100; Maschine und Ar-

- beitsinhalt 110; Verteilung nach den Bedürfnissen 144; Wandlung der menschlichen Natur 153; Arbeit als erstes Lebensbedürfnis 155; Unterkonsumtionstheorie 176; Steigen des Lohnes vor der Krise 187; Krisentheorie 190, 191, 195; Arbeiterklasse hat keine Ideale zu verwirklichen 202; ethischer und theoretischer Mehrwertbegriff 203; Zentralisation der Betriebe und Konzentration der Kapitale 204; Expropriation der Expropriateurs 204, 205; Entwicklungstheorie 207; Genossenschaftssozialismus 212; Auseinandersetzung mit Bakunin 215; Ziel der Entwicklung: Kommunismus 223, 225; Einrichtungen und Vorteile des Zukunftsstaates 225; gleicher Arbeitszwang für alle 226; echte Nachfolger 227; und die Bolschewisten 227; gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit 237; Arbeiterproduktivgenossenschaft 278, 279; Entwicklungslehre durch die Tatsachen widerlegt 297.
- Mechanisierung der Arbeit 115; und Psyche des Arbeiters 117.
- Mehrwert 34, 41—43, 48, 51—55; Entstehung 51; und Ausbeutung 78; naturrechtliche Begründung 203.
- Mietsteigerung 90, 91.
- Militarisierung der Arbeit 235, 248.
- Mittelalter, Arbeitsverhältnisse 112.
- Mode 16.
- Modewechsel 15, 16; und Arbeitslosigkeit 100; und Berufswahl 232.
- Monopol, Begriff 70; und Grundrente 70; und Knappheit 71; und Stadtrente 72; und öffentl. Unternehmung 157, 158, 293—295; in der Sowjetwirtschaft 251, 253, 254; im Gildensozialismus 273; 276; im organisierten Kapitalismus 298.
- Naturrecht und Sozialismus 199—208.
- NEP s. Neue ökonomische Politik.
- Neue ökonomische Politik 249—255; Zulassung des Tausches 249; »Kommandohöhen« 250; Vermischung tauschwirtschaftlicher und planwirtschaftlicher Elemente 250; Industrietrusts 250, 251; fehlendes Selbstinteresse 251; Bürokratismus 251; Steigen der Produktivität 252; Unzureichender Preisbildungsprozeß 252; Inflation 252, 253; Neuerliches Ausschalten des privaten Handels 253; Aufstellen von Gesamtwirtschaftsplänen 253; Folgen der Wirtschaftspläne 254; Unmöglichkeit der Kombination tauschwirtschaftlicher und planwirtschaftlicher Elemente 255.
- Neukantianismus 120.
- Normalarbeitsstunde als Rechnungseinheit 229.
- Oberster Volkswirtschaftsrat 251.
- Öffentliche Unternehmung 20, 146, 149, 150, 156—165; Vordringen 157, 158, 299; und Aktiengesellschaft 158 bis 160; Wirtschaftlichkeit 156—165; Notwendigkeit eines Kontrollapparates 160, 161.
- »Organisation der Arbeit« (Blanc) 265.
- Organisationen, Überschätzung 156, 286, 303.
- Organisationsformen, produktionstechnische 11; sozialistische Kritik der kapitalistischen 124—168.
- Organisatorischer Sozialismus 208.
- Organisierter Kapitalismus 258.
- Pachtsystem, Nachteile und Gefahren 69.
- Patriarchalische Arbeitsverfassung 141.
- Pauperismus 81; und Handelskrisen 175.
- Piatiletka s. Fünfjahresplan.
- Planwirtschaft 219, 286—292; Richtlinien 289, 290; und Gildensozialismus 291; und Sozialismus 292.
- Preisbildungsprozeß 237—243; Zerstörung im Kriegskommunismus 244; in der NEP 251—255; im Fünfjahresplan 260—263.
- Privateigentum 4, 7; Bedeutung 8; Unsicherheit 8; und Ausbeutung 34; und Klassenverhältnis 52; am Kapital 58 bis 63; an Grund und Boden 68; Aufhebung 148; an der menschlichen Arbeitskraft 148; Aufhebung als leitende Idee des Sozialismus 200; Aufhebung des Privateigentums an der menschlichen Arbeit 249.
- Produktionsfähigkeit und tatsächliche Produktion 169.

- Produktionsfreiheit 10, 11.  
 Produktionskosten 40, 239—243.  
 Produktionskostentheorie 37, 38.  
 Produktionsmittelindustrie als Sitz der Konjunkturbewegung 183.  
 Produktionsweise, erwerbswirtschaftliche 3, 4, 12—21; Vorzüge 17—21; als Pionier des Fortschritts 18; als Profitwirtschaft 20.  
 Produktionsweise, kapitalistische 2; konsumgenossenschaftliche 3, 12—21.  
 Produktivgenossenschaft s. Arbeiterproduktivgenossenschaft.  
 Produktivität, Überschätzung ihres möglichen Wachstums 126—139; Steigerung im Sozialismus 126; und Sparfähigkeit 167; und Rentabilität 170 bis 173.  
 Produktivkraft, Fesselung im Kapitalismus 168—174.  
 Profitrate, Ausgleich der 83.  
 Profitwirtschaft 20, 119; Bekämpfung durch Lenin 244.  
 Pseudosozialismus 218, 276—295.  
 Psychotechnik 233.
- Rationalisierung, ungenügende im Kapitalismus 168.  
 Reallöhne, in Deutschland 89, 97; in England 92; in Sowjetrußland 257.  
 Recht auf Arbeit 221.  
 Recht auf den vollen Arbeitsertrag 38, 73, 205, 229, 239.  
 Rechtsideen sozialistische 199—208.  
 Rechtsprinzip, individualistisches 1, 3.  
 Reduktionsskala 229, 231, 236.  
 Reichsarbeiterrat 290.  
 Reichsunternehmerrat 290.  
 Reichswirtschaftsrat 290, 291.  
 Rentabilität und Produktivität 170 bis 173.  
 Reproduktion der Reservearmee 54.  
 Reservearmee 35, 54, 55, 80—86.  
 Risiko der Produktion 3, 4, 12, 13, 22 bis 26.  
 Rückständigkeit, wirtschaftliche im Kapitalismus 122—198.  
 Rußland s. Sowjetrußland.
- Selbstinteresse 20, 140, 161; bei sozialistischen Unternehmungen 251.  
 Selbstverantwortlichkeit 1, 5, 140, 143, 221.
- Selbstverwaltungskörper 264, 302.  
 Sowjetrußland 7, 29, 149, 150, 161, 163, 166, 167, 227, 228, 235, 236, 244 bis 263.  
 »Soziale Werkstätten« (Blanc) 265.  
 Sozialismus, naturrechtlicher Ursprung 199—208; und Individualismus 202, 228, 275; Entwicklung von der Utopie zur Wissenschaft 202; als Theorie der gerechten Verteilung 205; Teilungssozialismus 208; organisatorischer 208; wissenschaftlicher und Sozialisierungstheorie 211; Hauptrichtungen 212—221; und Verstaatlichung 213; als Zwangsapparat 214; zentralistischer 217, 221—263; dezentralistischer 217, 264—276; korporativer 266, 270; gegen Planwirtschaft 292; Staatssozialismus 292—295; Entwicklungsgang 305; Ausgang des Kampfes mit dem Kapitalismus 305, 306; Wandlung des Begriffes 306.  
 Sozialsachen (Schäffle) 237, 238.  
 Sparen 57, 165—167.  
 Sparfähigkeit und Produktivität 167  
 Staat, und Wirtschaft 213, 264, 271; Absterben 213.  
 Staatsklaverei 249.  
 Stadtrente 72, 73.  
 Stadtwirtschaft 2.  
 Standort und Unternehmengewinn 47.  
 Statistik 15, 232, 233.  
 Sterblichkeit, Verringerung 87, 88.  
 Syndikalismus 269, 270, 275; und Gildensozialismus 269, 270.
- Tauschwert 37, 39, 51.  
 Technik und Wirtschaft 48.  
 Technischer Fortschritt 126—139, 155, 164, 165.  
 Teilbau 22.  
 Teilsozialisierung 219, 264, 293—295; entscheidender Einwand 295; und Wirtschaftsrechnung 296.  
 Teilungssozialismus 208.  
 Transportwesen 127, 128; in Sowjetrußland 262, 263.  
 Trusts in Sowjetrußland 250, 251.
- Überkonsumtionshypothese 187—190.  
 Überproduktion an Kapitalgütern 186, 195.  
 Unbegrenztheit der Bedürfnisse 154.



- Ungleichheit der Einkommen 33.  
 Universalstatistik 15, 232, 233.  
 Unsicherheit der Existenz 35, 81, 98, 201.  
 Unterkonsumtionstheorie 174—177, 186; bei Marx 176; Untergruppen 177.  
 Unternehmer 4, 155; Streik 8; Ersetzung durch Organisationen 155, 301—303; in der öffentl. Wirtschaft 162, 163; und technischer Fortschritt 164.  
 Unternehmergeinn 43—49.  
 Unternehmerlohn 43, 44.  
 Unternehmerprofit 43.  
 Unternehmung 4, 11, 21—32; öffentliche 20, 146, 149—150, 156—165.  
 Unternehmungsfreiheit 11.  
 Unternehmungsformen 25.  
 Unternehmungskapital 24, 25.
- Variables Kapital 55, 83.  
 Verelendung, seelische 35, 81; dreifache 80, 81; materielle 81.  
 Verelendungsgedanke 34, 35, 78—122; Verbindung mit dem Ausbeutungsgedanken 78.  
 Vergeistigung der Arbeit 115.  
 Vergesellschaftlichung und Verstaatlichung 214.  
 Vergesellschaftung der Produktionsmittel 208.  
 Versicherung 18.  
 Verstaatlichung 156; und Sozialisierung 162; und Sozialismus 213—221; und Vergesellschaftlichung 214.  
 Verwertungsbedürfnis des Kapitals 89.  
 Volkswirtschaft 2, 3.
- Wandlungsfähigkeit der menschlichen Natur 153.  
 Warenproduktion 2, 4.  
 Weltanschauung und Arbeitsfreude 122.  
 Weltwirtschaftskrise 96, 97.  
 Werklohn 145.  
 Werkstattaussiedlung 151, 279, 280.
- Wirtschaft, und Technik 48; und Ethik 74—78; und Staat 264, 271.  
 »Wirtschaftsbünde« 289, 290.  
 Wirtschaftsdemokratie 20, 26, 32, 48, 150, 156, 295—303; als zentralistischer Sozialismus 296; und Marxismus 296; und Sowjetexperiment 296; Bedingungen 297, 298; Lehre von der selbständigen Entwicklung zum Sozialismus 298, 299; wirtschaftliche Autokratie 298, 300; Vormarsch der öffentl. Wirtschaft 299; Wesen 300, 301; Problem der Wirtschaftsführung 301; Praktische Forderungen 303; Überschätzung der Organisation 303.  
 »Wirtschaftsfachverbände« 290.  
 Wirtschaftsführung 20, 301.  
 Wirtschaftsordnung, individualistische 1, 4—11.  
 Wirtschaftsrechnung, sozialistische 237 bis 243; Sinn der Wirtschaftsrechnung 242; Abschaffung im Kriegskommunismus 244—246; unzureichende in der NEP 251—255; und Fünfjahresplan 259—263; und Inflation 260—261; im Gildensozialismus 274—276; und Teilsozialisierung 296; und Wirtschaftsdemokratie 301.  
 Wirtschaftsstufen 2, 3.  
 »Wirtschaftsverbände« 290.  
 Wirtschaftsverfassung, Formen 11—32.  
 Wohnboden, Unbegrenztheit 71.  
 Wohnungsaufwand 90, 91.
- Zeitlohn 144, 145, 147.  
 Zentralisation der Betriebe 204.  
 Zentralistischer Sozialismus 217, 221 bis 263.  
 Zwangsarbeit 142, 233, 235, 236, 247 bis 249.  
 Zwischenhandel 2.  
 Zusammenbruchstheorie, naturrechtliche Begründung 203.  
 Zukunftsaussichten 304.

# Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart in Darstellungen führender Fachgelehrter

Herausgegeben von Prof. Dr. **Hans Mayer**, Wien,  
Prof. Dr. **Frank A. Fetter**, Princeton, Prof. Dr. **Richard Reisch**, Präsident der  
Nationalbank, Wien

**Band I: Gesamtbild der Forschung in den einzelnen Ländern.**  
XII, 280 Seiten. 1927. RM. 18.—; geb. RM. 19.50

Bearbeitet von *J. Schumpeter*, Bonn, *F. A. Fetter*, New Jersey, *H. Higgs*, Bangor, *G. Pirou*, Bordeaux, *A. Graziani*, Neapel, *T. Aarum* †, Oslo, *C. A. Verrijn Stuart*, Utrecht, *W. J. Gelesnoff*, Moskau, *L. Zawadzki*, Wilna, *K. Engliš*, Brünn-Prag, *K. v. Balás*, Budapest, *G. Francia*, Murcia, *A. Andréadés*, Athen, *M. Nedelković*, Belgrad, *G. F. Shirras*, Bombay.

**Band II: Wert, Preis, Produktion, Geld und Kredit.** In Vorbereitung.  
Inhaltsübersicht: Wert und Preis: Wertlehre. Von *O. Engländer*, Prag. — Die Werttheorie. Von *M. Roche-Agussol*, Montpellier. — Werttheorie. Von *W. R. Scott*, Glasgow. — Das Wertproblem in der Wirtschaftstheorie. Von *F. H. Knight*, Chicago. — Die wesentlichen Bestimmungsgründe des Tauschwertes. Von *G. Masci*, Palermo. — Bemerkungen zu den Gleichungen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes. Von *P. Borinsegni*, Lausanne. — Die Preis- und Wertlehre. Von *A. Bilimovic*, Ljubljana. — Theorie der Preisbildung. Von *H. Mayer*, Wien. — Preistheorie. Von *Ch. Bodin*, Rennes. — Die Theorie des Monopolpreises. Von *R. Liefmann*, Freiburg i. Br. — Theorie der gebundenen Preisbildung. Von *W. Vleugels*, Königsberg. — Produktion: Theorie der Produktion. Von *R. Wilbrandt*, Tübingen. — Die Lehre von der Produktivität. Von *K. Diehl*, Freiburg i. Br. — Produktion als Organisation von Nutzen und Kosten. Von *J. M. Clark*, New-York. — Das übernormale Unterprodukt. Von *A. Loria*, Turin. — Geld und Kredit: Die Stellung des Geldes im Kreise der wirtschaftlichen Güter. Von *L. Mises*, Wien. — Vom Geld-, Kredit- und Notenbankwesen. Von *R. Reisch*, Wien. — Zur Theorie des Geld- und Kreditwesens. Von *E. W. Kemmerer*, Princeton-New Jersey. — Geldtheorie und Handelsbilanz. Von *T. E. Gregory*, London. — Die Einkommenstheorie des Geldes und ihre Bestätigung durch die gegenwärtigen Phänomene. Von *A. Aftalion*, Paris. — Kapitalmangel und Währungsstabilisierung. Von *C. Bresciani-Turroni*, Kairo.

**Band III: Einkommensbildung.** V, 341 Seiten. 1928. RM. 26.—; geb. RM. 27.50

Inhaltsübersicht: Theorie der Verteilung. Von *C. Landauer*, Berlin. — Der Einkommensbegriff im Lichte der Erfahrung. Von *I. Fisher*, New Haven. — Volkswirtschaftlicher und privatwirtschaftlicher Reinertrag und die Lehre von der Maximalbefriedigung. Von *A. C. Pigou*, Cambridge. — Grundsätze einer Theorie vom Arbeitslohn. Von *A. Salz*, Heidelberg. — Die Lohntheorien der deutschen Arbeiter- und Arbeitgeberverbände seit der Stabilisierung der Valuta. Von *H. Herkner*, Berlin. — Die Lohntheorie. Von *C. Gide*, Paris. — Die Arbeit in der Individualwirtschaft. Von *U. Ricci*, Rom. — Theorie des Kapitalzinses. Von *H. Oswald*, Frankfurt a. M. — Die Theorie des Zinses. Von *T. N. Carver*, Cambridge (U. S. A.). — Der Diskont als geldtheoretisches Problem. Von *C. Supino*, Pavia. — Realkapital contra Privatkapital. Von *L. V. Birck*, Kopenhagen. — Zur Zinstheorie (Böhm-Bawerks Dritter Grund). Von *K. Wicksell* †, Lund. — Die Grundrente im System der Nutzwertlehre. Von *F. X. Weiss*, Prag. — Die städtische Grundrente. Von *A. Weber*, München. — Kosten und Einkommen bei der Bodenverwertung. Von *R. T. Ely*, Chicago. — Der Unternehmergewinn. Von *A. Amonn*, Prag. — Bemerkungen zur Theorie des Profits. Von *D. H. MacGregor*, Oxford. — Untersuchungen zur Theorie des Unternehmergewinnes. Von *G. del Vecchio*, Bologna. — Das Anglo-amerikanische Recht und die Wirtschaftstheorie. Von *J. R. Commons*, Wisconsin. — Das Einkommen der Vereinigten Staaten und der zu seiner Berechnung verwendbare Einkommensbegriff. Von *W. J. King*, New York. — Die Grenzen der Macht. Von *J. Bonar*, London. — Ein altes Prinzip in neuer Zeit. Von *J. Bates Clark*, New-York.

**Band IV: Konjunkturen und Krisen. Internationaler Verkehr. Hauptprobleme der Finanzwissenschaft. Ökonomische Theorie des Sozialismus.** V, 375 Seiten. 1928. RM. 32.—; geb. RM. 33.50

Inhaltsübersicht: Zur Morphologie der Krisen. Von *E. Lederer*, Heidelberg. — Das Studium der Krisen und Wirtschaftszyklen in den Vereinigten Staaten. Von *C. Snyder*, New York. — Krisenlehre. Von *J. Lescure*, Paris. — Zur Theorie der Handelspolitik. Von *R. Schüller*, Wien. — Die Standortstheorie in Einstellung auf die Weltwirtschaft. Von *L. V. Furlan*, Basel. — Handels-, Zahlungs- und Wirtschaftsbilanz. Von *J. Gruntzel*, Wien. — Die Theorie des auswärtigen Handels. Von *J. Viner*, Chicago. — Die internationalen Kapitalbewegungen bei stabiler und entwerteter Währung. Von *A. Cabiati*, Turin. — Die Grenzen der Besteuerung. Von *W. Gerloff*, Frankfurt a. M. — Theorie der Steuermonopole. Von *K. Th. v. Eneberg*, Erlangen. — Zur Theorie der Steuerüberwälzung. Von *R. Strigl*, Wien. — Die gesellschaftliche Theorie der Finanzwirtschaft. Von *E. R. A. Seligman*, New-York. — Die Theorie der progressiven Steuer. Von *E. Allix*, Paris. — Moderne Tendenzen der italienischen Theorie und Praxis in der Erbschaftsbesteuerung. Von *L. Einaudi*, Turin. — Steuern, Anleihen und Vermehrung des Umlaufes als Mittel außerordentlicher Einnahmen. Von *M. Fanno*, Padua. — Einige strittige Fragen der Steuertheorie. Von *E. Lindahl*, Upsala. — Der heutige Stand der Theorie des Sozialismus in Deutschland. Von *F. Oppenheimer*, Frankfurt a. M. — Die ökonomischen Theorien des französischen Sozialismus der Gegenwart. Von *E. Laskine*, Paris. — Studien über den Sozialismus in Italien. Von *A. Labriola*, Neapel. — Der gegenwärtige Stand der ökonomischen Theorie des Sozialismus in Rußland. Von *D. N. Iwanzoff*, Moskau-Prag. — Anhang: Was der allgemeinen Wirtschaftstheorie gegenwärtig not tut. Von *E. Cannan*, Oxford.

Subskribenten auf das Gesamtwerk (4 Bände) erhalten die einzelnen Bände zu einem um 10% ermäßigten Preise. Der Subskriptionspreis ertischt mit Erscheinen des letzten Bandes (Band II).

Verlag von Julius Springer, Wien

## **Verlag von Julius Springer, Berlin und Wien**

---

**Theorie der Volkswirtschaft.** Von Professor Oskar Engländer, Prag.

Erster Teil: **Preisbildung und Preisaufbau.** X, 192 Seiten. 1929. RM. 8.60; geb. RM. 9.80

Zweiter Teil: **Geld und Kapital.** VI, 203 Seiten. 1930. RM. 9.60; geb. RM. 10.80

---

**Die Gesetzmäßigkeit in der Wirtschaft.** Von Dr. Josef Dobretsberger, Wien. VIII, 159 Seiten. 1927. RM. 6.50

---

**Die wirtschaftliche Konzentration.** Von Hofrat Dr. Josef Gruntzel, ord. Professor an der Hochschule für Welthandel, Wien. IV, 78 Seiten. 1928. RM. 3.60

---

**Die Ordnung des Wirtschaftslebens.** Von Geh. Regierungsrat Dr. Werner Sombart, Professor an der Universität Berlin. Zweite, verbesserte Auflage. (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, Bd. 35.) V, 65 Seiten. 1927. RM. 3.60

---

**Empirische Soziologie.** Der wissenschaftliche Gehalt der Geschichte und Nationalökonomie. Von Dr. Otto Neurath, Wien (Schriften zur wissenschaftlichen Weltauffassung, Band 5.) III, 151 Seiten. 1931. RM. 9.60

---

**Roter Imperialismus.** Eine Studie über die Verkehrsprobleme der Sowjetunion. Von Geh. Regierungsrat Georg Cleinow, Berlin. Mit 25 Kartenskizzen und 76 Abbildungen. XVI, 224 Seiten. 1931. RM. 14.—

---

**Der Staatsgedanke des Faschismus.** Von Ludwig Bernhard, ord. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin. IV, 44 Seiten. 1931. RM. 1.50

---